Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Historische Schlüsselereignisse von 1989 bis 2017 in drei Bänden Band 10/3

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselereignisse von 1989 bis 2017
Band 10/3

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Inhaltsverzeichnis Band 10/3	**Seite**
Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 2	2-162
Politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und systematische Umerziehung des deutschen Volkes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges	162-205
Der gescheiterte Staat "Failed state": Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung	206-395
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	396-403

Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 2

Der schweizerische Theologe Martin Hohl-Wirz berichtete im Jahre 2013 über die Freimaurerei und die Weltpolitik (x910/…): >>**… 5.1.4. … Weltpolitik**
… Verschiedene Gruppen und Gesellschaften einflußreicher Persönlichkeiten, die auf höchster Ebene Einfluß auf die Weltpolitik nehmen, sollen mit der Freimaurerei in Verbindung stehen. So unter anderen der Club of Rome, die Trilaterale Kommission, der Council on Foreign Relations (CFR), die 'Bilderberger', die Round-table Gruppen, die B'nai B'rith sowie engere Kreise um die Familien Rothschild und Rockefeller.
Diese informellen Gruppen sollen hierarchisch, wie eine Pyramide, geordnet sein. Eine solche Pyramide ist, zusammen mit dem 'allsehenden Auge Gottes' und anderen FM-Symbolen, auf der US 1 $ Note abgebildet. Zur Weltfreimaurerei sollen rund 100 Organisationen gehören.
Im Zusammenhang mit dem Bestreben nach Völkerverständigung steht auch der Einsatz für den Frieden. Die Zeitschrift 'Alpina' (Nr. 12, 1986, S. 298) nennt die folgenden Freimaurer, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden:
1902 Elie Ducommun (1833-1906), 1906 Theodore Roosevelt (1858-1919), 1911 Alfred Hermann Fried (1864-1921), 1913 Henri de la Fontaine (1854-1943), 1920 Léon Victor Auguste Bourgeois (1851-1925), 1926 Gustav Stresemann (1878-1929), 1929 Frank B. Kellogg (1856-1937), 1935 Carl von Ossietzky (1889-1938), 1953 George C. Marshall (1880 1959). Der 'Marshall Plan' hat nach dem zweiten Weltkrieg bekanntlich wesentlich zur wirtschaftlichen Erholung Deutschlands und damit Europas beigetragen.
In der FM-Literatur nicht genannt ist, möglicherweise weil er der Schwedischen Lehrart angehörte: 1930 Nathan Söderblom (1866-1931), Mitbegründer der ökumenischen Bewegung.
5.2. Einfluß in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik
Der Einfluß der Freimaurerei auf die Arbeitsethik in den westlichen, protestantischen Ländern scheint mir außerordentlich groß aber unabschätzbar zu sein. Die Konzentration auf das Diesseits, auf 'Taten statt Worte', und die Pflege eines 'Kultes der Arbeit' haben sicher den 'Geist des Kapitalismus' stark geprägt. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik werden dem Herrschaftsbereich der Kirchen entzogen, verselbständigt und von jeglicher religiösen Auseinan-

dersetzung 'befreit', 'neutralisiert'. Sie sollten ihrerseits Maßstab für Sinn, Wahrheit und Erfolg werden.
Das Kirchliche, Religiöse wird stark relativiert, aus der Alltagswirklichkeit verbannt, und bekommt seine Geltung höchstens noch am Sonntagvormittag. Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sind scheinbar 'wertfrei', über jede geistige Auseinandersetzung erhaben. Die Hauptaufmerksamkeit gilt nicht nur dem diesseitigen Tun, sondern auch dem Erleben aller Art, dem Beschaffen und Konsumieren von Erlebnissen. Diese heutige Realität atmet wohl eindeutig und deutlich auch den Geist der Freimaurerei.
Die Freimaurerei erhebt denn auch den Anspruch, in dieser Welt der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik Orientierung zu ermöglichen. "Die Freimaurerei entwickelt die ethischen Normen, die Wissenschaft und Technik erst zu Werkzeugen des Menschen statt zur Gefahr der Menschlichkeit machen."

5.2.1. Die Eroberung der Welt

Wir haben gesehen, daß der freimaurerische Arbeitsraum eine diesseitige, dem Menschen zugängliche Welt (bzw. Welten) symbolisiert, in der sich der Mensch nach seinen Maßstäben orientiert: Nach Osten und Westen, Norden und Süden, nach Sonne, Mond und Sternen sowie nach anderen Menschen (Meister vom Stuhl) richtet sich der Blick, die Aufmerksamkeit, die Orientierung.
Die folgenden Namen zeigen, daß erstaunlich viele derjenigen, die das Diesseits erobern wollten, Freimaurer waren. Dazu sollen auch die Abenteurer aller Art gezählt werden. Freimaurer waren die Arktisforscher Ronald Amundsen und Robert F. Scott. Der Antarktisforscher Admiral Richard E. Byrd gründete zusammen mit 60 von 85 Teilnehmern einer Expedition 1935 die 'Antarctic Loge No. 777'. Der Erfinder des Heißluftballons, Jacques Etienne Mongolfier, sowie der Flugpionier Charles August Lindbergh besuchten eine Loge.
Von den amerikanischen Astronauten waren die folgenden sicher Freimaurer: L. G. Cooper jun., John H. Glenn, Grissom, Eisele, Aldrin, Stafford, Schirra. Eroberer von altertümlichen Schätzen war der bekannte deutsche Altertumsforscher und Kaufmann Heinrich Schliemann (1822-1890), der u.a. Troja entdeckte.
Wesentlich wichtiger und einflußreicher als die realen Abenteurer sind die phantastischen Abenteuer der Helden freimaurerischer Schriftsteller und Filmemacher, auf die wir noch zu sprechen kommen werden (von Goethes Faust und Peter Schlemihl bis z.B. zu Gullivers Reisen, Tom Sawyer und Huckleberry Finn, Sherlock Holmes, Ben Hur, Kiplings Dschungelkind Mowgly, Micky Maus & Co., die Filmhelden von Charlie Chaplin und viele andere mehr).

5.2.2. Wer steuert die Wirtschaft?

In Verschwörungstheorien erscheinen die Freimaurer oft als die geheimen Drahtzieher des wirtschaftlichen Geschehens. Hitler pflegte in diesem Zusammenhang die Freimaurer in einem Atemzug mit den Juden zu nennen. Aus unserer Sicht sind es natürlich sicher nicht die Freimaurer, die die Welt regieren. Hinter allem Geschehen stehen geistige Mächte, und der Mensch meint höchstens, die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst gestalten und kontrollieren zu können.
Ein solcher Versuch, die wirtschaftlichen Beziehungen selbst zu gestalten, sind die sogenannten 'Service Clubs' (Rotary, Lions, Kiwanis u.a.m.), von denen die meisten erwiesenermaßen mit der Freimaurerei in einem direkten Zusammenhang stehen.
Sie gelten auch als ein Missionsfeld der Freimaurerei, indem bei Leuten, die in diesen Klubs noch nicht die wichtigen und richtigen Kontakte haben anknüpfen können, inoffiziell die Erwartung geweckt wird, bei den Freimaurern seien die wirklich einflußreichen 'Freunde' zu finden. "1905 rief der Hochgradfreimaurer Paul Harris in Chicago 'Rotary International' ins Leben, 1917 folgte in derselben Stadt Melvin Jones mit den 'Lions International'."
Böni verteidigt in seinem Artikel 'Rom und die Rotarier' die Rotarier vehement gegen einen

'Erlaß der katholischen Kirche gegen die Rotarier'. Er schreibt: "Freimaurer standen an der Wiege des Rotary-Klubs." Und es gibt "eine große Zahl von Rotariern, die zugleich Freimaurer sind." Die Rotarier haben ähnliche Ideale wie die Freimaurer. Im Gegensatz zu den Freimaurern ist aber die 'Erweiterung des Bekanntenkreises' ausdrückliches Ziel.
Beiden gemeinsam ist das Bekenntnis zu einem allgemeinen Menschentum unabhängig von Konfession, Religion und Parteizugehörigkeit sowie das Bestreben 'hitzige' geistige Auseinandersetzungen zu vermeiden.
"Politische und religiöse Gespräche von Partei gegen Partei oder Religion gegen Religion werden bei ihnen ebensowenig wie in unseren Logen gehalten." Ähnliches kann von den Mitgliedern des Lions Club (Liberty Intelligence Our Nations Safety) gesagt werden: Viele Lions sind zugleich Freimaurer. Melvin Jones (1880 1961), der Gründer des Lions Club, "war Mitglied der 'Garden City Lodge No. 141' in Chicago". Älter und heute wohl weniger einflußreich ist der 1803 in London gegründete Odd Fellow Orden, der noch direkter und offizieller mit der Freimaurerei verbunden ist. Dieser wollte (und will) eine 'Pflanzstätte der Menschlichkeit und der Wohltätigkeit' sein.
Von den in der Wirtschaft wirklich maßgebenden Personen und Firmengründern scheinen mir relativ wenige Freimaurer gewesen zu sein, bzw. zu sein. In der freimaurerischen Literatur werden die folgenden Firmengründer und Unternehmer genannt: Henry Ford (Autos), Charles C. Hilton (Hotels), John Jacob Astor (Hotels), Frank G. Hoover (Staubsauger), George Mortimer Pullman (Eisenbahn-Schlafwagen), Samuel Colt (Feuerwaffen), Pierre Samuel du Pont de Nemours (Chemie u.a.m.), Eberhard Faber (Schreibmaterial), King Camp Gillette (Rasierapparate), Anton Philipp Reclam (Verleger).
Die Rothschilds sollen seit 1809 den deutschen, französischen und englischen Logen angehören. In der Schweiz sind Jakob Rieter (Spinnereimaschinen) und Philippe Suchard (Schokolade) zu nennen.
Auch unter den wissenschaftlichen Ökonomen scheint es relativ wenige Freimaurer zu geben. Bekannt ist, daß der deutsche Volkswirt Friedrich List (1789-1846) Freimaurer war.

5.2.3. 'Humane' Wissenschaft und Technik

In der freimaurerischen Literatur werden auch sehr wenige Wissenschaftler und Techniker genannt, die Freimaurer waren oder sind. Erwähnenswert sind: Alexander Fleming, der Entdecker des Penicillins, der Zoologe Alfred Edmund Brehm ('Brehms Tierleben'), der Physiker Albert Abraham Michelson sowie verschiedene Ärzte. Der größte Teil der von Itor in dieser Rubrik genannten Personen sind Ärzte.
Von den Ärzten seien erwähnt: Christoph Wilhelm von Hufeland (1762-1836), Charles Richet (1850-1935), der 1913 den Nobelpreis für Medizin erhielt. Auffallend ist der relativ große Anteil der 'Alternativ-Mediziner': Freimaurer war der Arzt und Magnetiseur Anton Mesmer (1734-1815), "der Begründer des Mesmerismus, des animalischen Magnetismus und anderer Heilmethoden jenseits der Schulmedizin."
Der Begründer der Homöopathie, Christian Friedrich Samuel Hahnemann (1755-1843) war ebenfalls Freimaurer. Zu den Freimaurern gehörte auch der englische Arzt Bach, der die heute in esoterischen Kreisen berühmte und beliebte 'Bach-Blüten-Therapie' entwickelte. Der Psychoanalytiker Carl Gustav Jung war Sohn und Enkel führender schweizerischer Freimaurer".

5.3. Einfluß auf die Gesellschaft

Seit der Aufklärung entwickelt sich ein gesellschaftlicher Bereich als eine von Kirche und Staat unabhängige Lebenssphäre. Der Mensch 'emanzipiert' sich von kirchlicher und staatlicher Bevormundung und organisiert sich sein Gesellschafts- und Privatleben selbst. Er schafft sich seine eigenen Beziehungen und Vereine, wählt sich seine eigene Kirche und Religion aus, er erzieht und bildet sich selbst, er erdenkt und erdichtet sich seine eigenen Welten, und er sorgt für die eigene Unterhaltung.

Nicht zuletzt versichert er sich selbst und hilft er sich selbst bei allen Wechselfällen des Lebens. Freimaurer haben bei der Verselbständigung und Ausgestaltung dieses gesellschaftlichen Lebensbereiches wesentlich mitgewirkt. Der Mensch schafft sich die Regeln des Zusammenlebens selbst: Der Verfasser des Werkes 'Über den Umgang mit Menschen', Adolph Freiherr von Knigge (1752-1796) war Freimaurer.

5.3.1. Sozietäten und Vereine

Nach Im Hof ist die Freimaurerei ein Teil der 'umfassenden Sozietäts- oder Gesellschaftsbewegung', die im 18. Jahrhundert entstand und bis heute nachwirkt. Die wissenschaftlichen Akademien und gelehrten Gesellschaften, die literarischen Gesellschaften und Lesegesellschaften, die gemeinnützigen Gesellschaften, die ökonomisch landwirtschaftlichen Gesellschaften sowie die patriotisch politischen Gesellschaften wirkten als 'Beförderer von Reform und Aufklärung'. In ihnen wirkte ein humanitär liberal aufgeklärter Geist, der mit dem freimaurerischen Geist eng verwandt war.

"Ähnlich wie in vielen Sozietäten wurde der internationale Zusammenhang gepflegt. Schließlich war die Freimaurerei den Sozietäten gleich in der Betonung der Gleichheit innerhalb der Gesellschaft. Adelige und Bürgerschaft fanden sich hier auf gleichem Fuß als 'Brüder' einem höheren Ideal, dem Tempelbau, unterstellt." Sozietäten wie Freimaurer pflegten zudem die Geselligkeit und die Gemeinschaft, was auch für die heute blühenden Vereine gilt, die ebenfalls eine gemeinsame menschliche Aktivität (Turnen, Schießen, Wandern, Kegeln, Singen etc.) verbindet.

Die Gesellschaften standen miteinander in Beziehung, und es gab stets viele Doppel- und Mehrfachmitglieder. "Darum finden wir Freimaurer stets und oft führend in verschiedenen Sozietäten. Man war oft nicht nur Mitglied einer Loge, sondern auch der lokalen gemeinnützigen, literarischen oder wissenschaftlichen Gesellschaft." "Zum Beispiel sind in der Helvetischen Gesellschaft mindestens 22 Freimaurer nachweisbar, darunter drei Präsidenten der Gesellschaft."

5.3.2. Schule, Erziehung, Pfadfinderbewegung

Wir haben bereits gesehen, daß die 'Selbsterziehung' und die 'Beförderung des sittlichen Lebens' zu den Hauptanliegen der Freimaurer gehören. Die 'Erziehung des Menschengeschlechtes' (Lessing) soll vor keiner Kategorie von Menschen Halt machen. Stets waren wohl viele Erzieher und Lehrer Freimaurer.

Der Schweizer Pädagoge Heinrich Pestalozzi war nicht Freimaurer, aber Illuminat. Der Orden der Illuminaten war mit der Freimaurerei geistig und personell eng verbunden. Sie wollten politisch aktiver … und "klarer als die Freimaurerei, für Aufklärung und Moral wirksam sein … Pestalozzi - eines der wenigen Schweizer Mitglieder - hatte den Namen Alfred."

Die internationale Pfadfinderbewegung ist eindeutig auf freimaurerischem Boden entstanden und gewachsen. "Das Pfadfindertum ist freimaurerischen Ursprungs. Sein Gründer, Sir Baden Powell, war ein bedeutender Freimaurer." Für Rothkrantz ist die "internationale Pfadfinderkonföderation nachweislich ein Logeninstrument."

5.3.3. Wohltätigkeit und Religion

Wir haben gesehen, daß die Freimaurerei eine sittliche Bewegung sein will, die Nächstenliebe nicht nur predigt, sondern auch praktiziert. Ihre 'Religion' ist die sittliche Tat nicht nur den Brüdern, sondern auch den 'Profanen' gegenüber. "Da alle Freimaurer Brüder sind, müssen sie einander helfen und sich gegenseitig Beistand leisten, wenn dies notwendig ist. Das ist ein Grundsatz, den fast sämtliche Obödienzien mit fast den gleichen Worten in ihren Statuten und Gelöbnissen formulieren. Die elementarste Form der Anwendung dieses Prinzips ist die freimaurerische Wohltätigkeit.

Jede Loge der französischen Obödienzien besitzt ihren Bruder Almosenier, dessen Kasse getrennt von jener des Bruders Kassiers geführt wird, und jede Obödienz hat ihren Groß Almo-

senier … Es gibt darüber hinaus Waisenhäuser und Spitäler, die von Freimaurern unterhalten werden, und das Wohltätigkeitsbudget vor allem der angelsächsischen Freimaurerei ist gewaltig." Die Freimaurerei bot eine Form von Sozialversicherung an, was besonders zu Zeiten, als es noch keine staatliche Sozialversicherung gab, ein wichtiger Grund für ihre Attraktivität gewesen sein mochte. Der Freimaurer fühlte sich durch die Solidarität der Brüder gegen die Wechselfälle des Lebens wie Krankheit, Unfall etc. versichert.
In der Schweiz "ist z.B. der 'Verein zur Verbreitung guter Schriften' eine Freimaurer Gründung. Ebenso sind es verschiedene Brockenhäuser, Wohltätigkeitsvereinigungen, Altersheime, Armen und Krankenkassen usw."
Freimaurerischer Geist weht wohl durch weitere, auch internationale, Wohltätigkeits- und Hilfsorganisationen der verschiedensten Art. So zum Beispiel entstand das 'erste Pestalozzi Kinderdorf Europas' in Trogen zur Zeit, als der Trogener Pfarrer J. Böni Großmeister der Schweizer Großloge 'Alpina' war.
Nach Deiters und Naudon war der Gründer des Roten Kreuzes Henri Dunant (1828-1910) ein Freimaurer. In der freimaurerischen Literatur selbst wird er jedoch nicht aufgeführt. (Nach Dr. Gabriel Mützenberg hat man bis heute kein Dokument gefunden, das die Zugehörigkeit Dunants zu einer Freimaurerloge beweisen würde).
Böni empfiehlt in seinem Aufsatz *'Moralische Aufrüstung und Freimaurerei'* seinen Brüdern, bei der Moralischen Aufrüstung mitzumachen. Es bestünde eine 'Geistesverwandtschaft', und es gebe viele Berührungspunkte. "Beide verfolgen das Ziel einer besseren Menschheit, und beide stehen außerhalb des konfessionellen Streites. Wir können viele weitere Berührungspunkte finden, wenn wir auf die Grundsätze schauen."
Ökumene: Der Geist der Ökumene steht dem der Freimaurerei sehr nahe. Der Mitbegründer der ökumenischen Bewegung Nathan Söderblom (1866-1931) soll Hochgradfreimaurer gewesen sein, ebenso Willem Adolph Visser't Hooft, der 1948-1966 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen war. Carl Friedrich von Weizsäcker soll Hochgradfreimaurer des 33. Grades sein.
Noch eine Bemerkung zum Thema Religion: Eine Zeitschrift der amerikanischen Freimaurer trägt den Titel 'The New Age'. Die zum 'Lucis Trust' in Genf gehörende 'Arkanschule' soll von Freimaurern geleitet sein und sich als 'magnetisches Zentrum' der Freimaurerei betrachten.

5.3.4. Philosophen, Dichter, Schriftsteller

Auffallend viele bekannte Philosophen, Schriftsteller und Dichter waren Freimaurer. Bekannt ist die Mitgliedschaft bei den deutschen Idealisten und Klassikern wie J. W. Goethe, G. E. Lessing, J. G. Herder, J. G. Fichte, C. M. Wieland, E. von Kleist, F. G. Klopstock, Matthias Claudius. Dazu kommen Autoren wie Adalbert von Chamisso, Heinrich Heine, Georg Büchner, G. A. Bürger, Friedrich Rückert, Johann Heinrich Voss, Ferdinand Freiligrath, Felix Salten, Kurt Tucholsky.
Im französischen Sprachbereich sind neben den genannten Montesquieu und Voltaire zu erwähnen: Alexandre Dumas, Stendhal (Henry Beyle), Victor Hugo. Freimaurer war auch der russische Dichter A. S. Puschkin. Aus dem angelsächsischen Kulturbereich sind zu nennen: Sir Arthur Conan Doyle, Robert Burns, Walter L. Scott, Jonathan Swift, Oscar Wilde, Laurence Sterne, Rudyard Kipling, Mark Twain, Lewis Wallace.

5.3.5. Unterhalter; Musiker und andere Künstler

Sehr viele bekannte Musiker, nicht nur Klassiker, sondern zum Beispiel auch Jazz-Musiker, waren Freimaurer. Folgende Namen sind bekannt: Johann Nepomuk Hummel, Leopold Mozart, Wolfgang Amadeus Mozart (Die 'Zauberflöte' gilt als das klassische Werk der Freimaurerei.), Franz Joseph Haydn, Jean Sibelius, Giacomo Puccini, Jean Philippe Rameau, Johann Christian Bach, Gustav Albert Lorzing, Louis Spohr, Giacomo Meyerbeer, Franz Liszt, George Gershwin, Duke Ellington.

In der amerikanischen Film- und Unterhaltungsbranche sind die Freimaurer auffallend stark vertreten. So gehörten zu den ersten und bedeutendsten amerikanischen Filmproduzenten die Freimaurer Cecil B. de Mille und Jack M. Warner. Logenmitglieder waren auch die folgenden US-Filmschauspieler und Komiker: Oliver Hardy, Harold Lloyd, Red Skelton, Clark Gable. Einen unschätzbar großen, weltweiten Einfluß übten die Filmproduzenten und Künstler Walt Disney (1901 1966) und Charles S. Chaplin (1889-1977) aus.
Die amerikanischen Zirkuskönige 'The Ringling Brothers' waren Freimaurer, ebenso der zu seiner Zeit bekannte Schweizer Clown Adrian Wettach ('Grock'). …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Irakkrieg im Jahre 1991 (x348/12-14): >>**Die Neue Weltordnung**
_ *von Gerhard Wisnewski*
Die Operation Wüstensturm gegen den Irak war der erste Krieg nach dem Untergang des Warschauer Paktes. Er wurde an der medialen Front begonnen und gewonnen. Die Greuelpropaganda der Amerikaner griff alte Muster auf.
Man schreibt den 10. Oktober 1990. Vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses sagt ein hübsches, 15-jähriges Mädchen aus. Einen Namen oder Nachnamen hat es nicht, beziehungsweise nur einen falschen: "Nayirah".
Mit gedämpfter Stimme hatte John Porter, der Vize-Vorsitzende des Gremiums, "unsere Freunde in den Medien" gebeten, die falsche Identität zu respektieren, um Nayirah und ihre Familie zu schützen. Dann ist sie an der Reihe: Sie komme aus Kuwait, sagt sie, wo sie mit ihrer Mutter die Ferien habe verbringen wollen. Aber nach dem Einmarsch der Iraker (am 2. August 1990) habe sie sich freiwillig zum Dienst im Al-Idar Krankenhaus gemeldet. Immer wieder blickt sie schüchtern auf; ihre Stimme stockt. Was den Kindern von Kuwait angetan worden sei, habe ihr Leben für immer verändert.
"Während ich da war, sah ich, wie die irakischen Soldaten mit ihren Waffen ins Krankenhaus kamen. Sie nahmen die Babys aus ihren Brutkästen", schluchzt sie, "nahmen die Brutkästen mit und ließen die Babys auf dem kalten Boden sterben". Alle wissen, das bedeutet Krieg: Krieg der USA von Präsident Bush Senior gegen den Irak des Saddam Hussein, um Kuwait von diesem grausamen Invasoren und seinen Schergen zu befreien.
Das bedeutet Krieg
Was viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen: Das Mädchen ist keine unbedarfte 15-Jährige, sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, Saud bin Nasir Al-Sabah. Daher auch das fließende Englisch. Und was man sich nicht hätte träumen lassen: Die ganze Geschichte ist erstunken und erlogen. Das Mädchen war mit Hilfe der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton für seinen Auftritt geschult worden.
In Wirklichkeit heiße sie Nijirah al-Sabah, wird die Süddeutsche Zeitung später schreiben (21.5.2010). Der stellvertretende Chef von Hill & Knowlton, ein gewisser Craig Fuller, habe sie persönlich für den Auftritt vor dem Kongreß trainiert. Fuller war Bush Seniors ehemaliger Stabschef. Die Administration schulte also quasi ihre eigenen Zeugen, um die USA in einen Krieg gegen den Irak zu führen - zur Befreiung Kuwaits, einer absoluten Monarchie unter dem Herrscherhaus Al-Sabah, zu dem auch die Zeugin Nijirah al-Sabah gehört.
Bevor die Waffen sprechen, sprechen die Lügner
Bevor die Waffen sprechen, sprechen erst einmal die Lügner. Und zwar nicht erst seit 1990. In Wirklichkeit fußt das gesamte Schicksal der Menschheit auf erfolgreichen Lügen, vor allem Kriegslügen. Ohne sie sähe die Welt wohl anders aus. So hätte es zum Beispiel keinen spanisch-amerikanischen Krieg gegeben, der 1898 durch die angebliche Versenkung des US-Kriegsschiffes Maine im Hafen von Havanna ausgelöst wurde. Vielleicht wären die USA auch nie in den Ersten Weltkrieg gezogen, wenn nicht das Passagierschiff Lusitania 1915 genau vor die Torpedorohre deutscher U-Boote geschickt worden wäre.

Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde auch erst durch eine Lüge möglich, nämlich den angeblich überraschenden Angriff der Japaner auf die US-Marine-Basis Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. In Wirklichkeit hatten die Amerikaner die japanische Flotte seit Wochen auf dem Schirm. In den sechziger Jahren brauchten die Vereinigten Staaten eine weitere Lüge, um ihren Vernichtungskrieg gegen Vietnam führen zu können - den angeblichen Überfall auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tongking durch nordvietnamesische Schnellboote 1964. Heute wissen wir: Den Angriff hat es nie gegeben.

Ergebnis: Hetzpropaganda

Was die angebliche Zeugenaussage Nayirahs angeht, hätte man nüchtern betrachtet auch gleich darauf kommen können, daß damit etwas nicht stimmen konnte. Schließlich wies "Nayirahs" abgelesener Text die typischen Merkmale von Propaganda auf:

- auf die Spitze getriebene, sinnlose Greuel;
- Zivilisten, insbesondere Kinder, als Opfer;
- totale "Überdrehung" (unnatürliche Übertreibung und Verdichtung von Greueln);
- Darstellung des Feindes als "tollwütig" und "außer Rand und Band";
- extrem aufstachelnde Wirkung.

Propagandawaffe Kind

Der Sinn bestand darin, das Denken auszuschalten und die Gefühle direkt in Handlungen umzusetzen: War das nicht so schrecklich, daß man sofort etwas unternehmen mußte - und zwar ohne weitere Fragen zu stellen? Das Motiv der gequälten Kinder ist geradezu ein Klassiker zur Rechtfertigung aller möglichen totalitären und kriegerischen Maßnahmen. Mit dem Leid von Kindern läßt sich alles Mögliche begründen, seien es die Kriegspläne eines George Bush, die komplette Entwaffnung der Bevölkerung (nach immer neuen "Amokläufen") oder eben andere totalitäre Pläne.

Denn Kinder werden nicht nur sexuell mißbraucht, sondern auch politisch. Ihr Leid ist so wirksam, weil einen ihre Mißhandlung in eine sprachlose Wut versetzt. Das war nicht erst 1990 so, als George Bush Senior einen Krieg gegen den Irak anzetteln wollte. Schon "Napoleon war in England als Menschenfresser verfemt, der sich vom Fleisch kleiner Kinder ernährte", so Hermann Joseph Hiery in dem Buch Angst und Politik. Im Ersten Weltkrieg verbreiteten dann die Engländer die Propagandalüge, die Deutschen würden belgischen Kindern Arme und Beine abhacken.

Schon damals wurde Kaiser Wilhelm II. als "Schlächter von Berlin" bezeichnet und mit einem blutigen Messer in der Hand dargestellt - ähnlich wie 80 Jahre danach Saddam Hussein. Erst viele Jahre später wurde die Lüge in einer BBC-Dokumentation aufgedeckt und quasi "zurückgenommen".

Im Grunde genommen tauscht die angloamerikanische Propaganda in ihren Kriegslügen seit etwa 100 Jahren nur die Namen ihrer geostrategischen Feinde aus. Und die Sache mit den gequälten Kindern ist einfach zu gut und das Gedächtnis der Menschheit zu schlecht, um sie nicht wieder und wieder zu benutzen. Noch am Abend des 10. Oktober 1990 wurde Nayirahs "Zeugenaussage" in den amerikanischen TV-Nachrichten ausgestrahlt und erreichte Millionen Zuschauer. Nicht weniger als sieben Senatoren zitierten Nayirahs Erzählungen in ihren Kriegsreden. Und auch Präsident George Bush Senior nahm etwa ein Dutzend Mal auf Nayirahs Horror-Story Bezug.

Amnesty und die Brutkastenlüge

Die Berichte von den "ermordeten Babys" waren schon seit der irakischen Invasion in Kuwait am 2. August 1990 in die USA lanciert worden. "Nayirahs" Job war es, der Sache ein Gesicht zu geben und sie auf höchster Ebene emotional zu präsentieren. Sozusagen der letzte Schuß auf das "psychologische Tor". Sogar Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügenpartie. In einem Amnesty-Bericht vom 19. Dezember 1990 über Menschenrechtsverlet-

zungen in Kuwait kam auch die Brutkastenlüge vor.
Ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, der Rechtsprofessor Francis Boyle, sagte später in einem Interview, der Bericht sei "schlampig und ungenau" gewesen: "Ich hatte den Eindruck, daß er nicht durch die normalen Qualitätskontrollen gegangen war. ... Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß die Geschichte mit den Babys absolut sensationsheischend war, in den USA ganz sicher für Kriegstreiberei genutzt werden würde und die Weichen für einen Krieg stellen könnte. Und deshalb hätten wir die Sache wirklich zwecks Überprüfung zurückziehen sollen.
Aber sie (Amnesty) taten es nicht. ... Schließlich veröffentlichten sie den Report, und Sie wissen, welche schrecklichen Auswirkungen das im Hinblick auf die Kriegspropaganda hatte. Mehrere der US-Senatoren, die für einen Krieg stimmten, sagten, daß der Amnesty-Report sie beeinflußt habe." (*Covert Action Quarterly*, Sommer 2002, Ausgabe 73, S. 9-12)
Prompt wedelte im Fernsehen auch US-Präsident George Bush Senior mit dem Amnesty-Bericht herum. Und noch am 8. Januar 1991 wiederholte ein leitender Mann von Amnesty die Lüge vor dem Kongreß-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar, stimmte der US-Kongreß für den Krieg. Am 16. Januar flogen die ersten Bomben auf den Irak.

Grünes Licht von den Vereinigten Staaten

Was dabei völlig unterging: Der Krieg war von Anfang an ein Produkt der Vereinigten Staaten. Da kein "Diktator" so verrückt ist, ohne Zustimmung des "Großen Bruders" ein Land zu besetzen und eine Öl-Region neu zu ordnen, sicherte sich auch Saddam Hussein vor dem Einmarsch in Kuwait ab.
Zu diesem Zweck traf er sich am 25. Juli 1990 mit der amerikanischen Botschafterin in Bagdad, April Glaspie. Dabei klagte Saddam darüber, von Kuwait in die Enge getrieben worden zu sein. Und zwar zum einen durch Preisdrückerei der Kuwaitis beim Rohöl, wodurch er seine Kriegsschulden (aus dem Iran-Irak-Krieg) gegenüber dem Land nicht abzahlen könne. Und zum zweiten durch illegale Ölbohrunternehmen an der kuwaitisch-irakischen Grenze.
Dort hatten die Kuwaiter mit Hilfe schräger Bohraktionen irakische Ölfelder angebohrt, wodurch dem Irak Milliardenverluste entstanden.
Was Saddam nicht wußte: Die USA und Kuwait stimmten in der beabsichtigten Schwächung Iraks im wesentlichen überein. Daher versuchte der irakische Herrscher, bei Glaspie die Haltung der USA zu einem Einmarsch in Kuwait zu sondieren. Glaspie spielte die Desinteressierte und vermittelte den Eindruck, daß die USA sich heraushalten würden. Die USA hätten "keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, wie Ihre Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait", log die US-Botschafterin.
Dies habe auch Außenminister James Baker betont. Außerdem ließ das US-Außenministerium den Irak wissen, es bestünden "keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheits-Verpflichtungen gegenüber Kuwait".
"Die Vereinigten Staaten mögen nicht beabsichtigt haben, Saddam Grünes Licht zu geben", schrieben die renommierten Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt später, "aber im Endeffekt taten sie genau das." Kaum war Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert, saß er in der Klemme. Die USA spielten die Überraschten - und Saddams Einmarsch in Kuwait zum Verteidigungsfall der "Freien Welt" gegenüber einem bösartigen Diktator hoch.
Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spricht für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben. Solche Brandwaffen wurden 1980 von der UNO verboten.

Wer Propaganda sät, wird Krieg ernten

Die Greueltaten, die man Saddam Husseins Soldaten unterstellte, wurden nun von den Verei-

nigten Staaten und ihrer Kriegskoalition begangen. Möglich wurde das erst durch die totale Entmenschlichung des Gegners, wie in Nijirah al-Sabahs "Zeugenaussage" geschehen. "Nachdem Saddam Hussein im Einklang mit der UN-Resolution 660 einen vollständigen Truppenabzug aus Kuwait angekündigt hatte", wurden beispielsweise Tausende fliehender Zivilisten und Soldaten auf der Straße von Kuwait-Stadt nach Basra bombardiert: "US-Flugzeuge stoppten den Konvoi, indem sie die Fahrzeuge vorne und am Ende zerstörten", heißt es in einem Bericht des früheren US-Justizministers Ramsey Clark.
"Anschließend zerbombten und beschossen sie das Verkehrschaos stundenlang". "Über 60 Meilen waren mehr als 2.000 Fahrzeuge und Zehntausende von verbrannten und verstümmelten Leichen verstreut", so Clark. Im Unterschied zu Nayirahs "Brutkastenmassaker" wurden die Überreste dieses Gemetzels in Film und Bild dokumentiert.
Zwischen den Militärfahrzeugen sah man zahlreiche Busse und Personenkraftwagen. Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spreche für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben, die durch die Genfer Konvention von 1977 verboten seien, so Clark.
Es gebe "deutliche Anzeichen, daß viele der Getöteten palästinensische und kuwaitische Zivilisten waren, die vor den zurückkehrenden kuwaitischen Truppen fliehen wollten." Insgesamt forderte der Golfkrieg Zehntausende von Opfern, die genauen Zahlen sind umstritten.
"Kuwait ist frei. Danke Amerika!", titelte die deutsche Wochenzeitung Die Zeit nach dem "erfolgreichen" Abschluß dieses Golfkrieges 1992. Was eine deutsche Wochenzeitung eben so unter Freiheit versteht. Denn nach dem Krieg wurde aus der absoluten Monarchie Kuwait lediglich eine "konstitutionelle Monarchie" - mit einem Verwandten von "Nayirah" als nach wie vor unantastbarem Herrscher: dem Emir Sheikh Sabah al-Ahmad al-Sabah.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über die US-Begründung für den Irakkrieg im Jahre 2003 (x348/40-42): >>**9/11 - Die Mutter aller Lügen**
_von Oliver Janich
Mit den Terrorangriffen des 11. September 2001 begründete die Regierung von George W. Bush die Kriege der folgenden Jahre. Dabei springen die Widersprüche und Leerstellen der offiziellen Theorie sofort ins Auge. Wäre der 11. September Thema in der Fernsehserie Columbo, wäre die Folge nach zehn Minuten zu Ende. Jeden Tag bewundern wir im Fernsehen Kommissare, denen kleinste Widersprüche reichen, um den Täter zu überführen.
Weisen jedoch investigative Journalisten und Aktivisten auf Löcher in der offiziellen Theorie zum 11. September hin, werden sie nicht etwa wegen ihres kriminalistischen Spürsinns gelobt, sondern als Verschwörungstheoretiker verunglimpft. Dabei sind die Löcher so groß, daß eine ganze Galaxie hineinpassen würde. Würde ein Drehbuchautor so eine Story schreiben, würde er umgehend gefeuert.
Die Smoking Gun
Das ultimative Beweismittel, die "Smoking Gun", wie Amerikaner das nennen, sind natürlich die Bilder vom Einsturz von World Trade Center Nr. 7. Von keinem Flugzeug getroffen, sackt der Wolkenkratzer - wie von der Regierungsbehörde NIST nach sieben endlosen Jahren bestätigt - in freier Fallgeschwindigkeit in sein eigenes Fundament. Das ist physikalisch unmöglich. Nach den Newtonschen Gesetzen geht Masse den Weg des geringsten Widerstandes.
Das bedeutet, daß ein Gebäude immer auf die Seite kippt, auf der die Struktur nachgibt. Deshalb sind bei kontrollierten Sprengungen Spezialfirmen nötig, die alle tragenden Teil gleichzeitig entfernen. Selbst das gelingt nicht immer, weil die Sprengladungen wirklich exakt zur selben Zeit hochgehen müssen. Anzunehmen, daß zufällig verteiltes und nach den Bildern kaum vorhandenes Bürofeuer dasselbe Resultat zustande bringen kann, ist absurd. Dasselbe gilt natürlich auch für die Twin Towers, also World Trade Center Nummer eins und Nummer

zwei, aber da dort Flugzeuge hineingeflogen sind, können die Behörden zumindest behaupten, daß dies der Grund für den symmetrischen Kollaps war. Das ist auch physikalischer Unsinn, aber zumindest leichter zu verkaufen.
Mittlerweile haben sich fast 2.000 Architekten, Statiker, Ingenieure und Physiker den Architects & Engineers for 911 Truth (*aefor911truth.org*) angeschlossen, die die oben beschriebene Ansicht vertreten. Und das sind nur diejenigen, die den Mut hatten, ihre Karriere aufs Spiel zu setzen. Schließlich haben sie millionenschwere Auftraggeber, denen das im Zweifel nicht recht ist, weil das Image der beauftragenden Firma darunter leiden könnte.

Luftabwehr? Fehlanzeige!

Aus kriminalistischer Sicht gibt es jedoch hunderte von weiteren Widersprüchen. Am auffälligsten ist zunächst, daß es den angeblichen Attentätern gelungen sein soll, die gesamte Luftwaffe der größten Militärmacht der Welt auszuschalten. Erklärt wird dies mit Inkompetenz. Doch das Abfangen von Flugzeugen, die auch nur leicht vom Kurs abkommen, ist reine Routine. Von September 2000 bis Juni 2001 wurden 67 Flugzeuge von der Flugabwehr NORAD abgefangen (AP, 12.8.2002). Im Jahr 2000 waren es insgesamt 129.
Die Flieger sind normalerweise auf einem 15-Minuten Alarm, was bedeutet, daß sie innerhalb von etwa acht Minuten in der Luft sein können (Calgary Herald vom 13.10.2001). Ab 8:13 Uhr betrachtete die Flugsicherung Flug 11 als entführt (AP 12.8.2002). Um 8:46 Uhr krachte Maschine 11 in den Nordturm. Um 9:38 Uhr soll Flug 77 ins Pentagon gestürzt sein. Insgesamt waren also fast eineinhalb Stunden Zeit, um etwas zu unternehmen. Das ist für die militärische Abwehr eine Ewigkeit.
Nun sind in den Jahren danach etliche sich widersprechende Erklärungen aufgekommen, wieso kein Flugzeug abgefangen wurde. Eine dieser Erklärungen ist, daß niemand damit gerechnet hätte, daß Terroristen Flugzeuge als Waffen benutzen könnten (Condoleezza Rice laut CBS am 16. Mai 2002). Das ist längst widerlegt, weil die Flugabwehr vor 9/11 etliche solcher Übungen abgehalten hat.
Alleine am 11. September fanden laut Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mindestens vier solcher Kriegsspiele statt (C-Span, 11.2.2005) Übungsszenario: Flugzeuge werden entführt und in das World Trade Center und andere Hochhäuser geflogen.
Die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Übungsszenario am selben Tag auch Wirklichkeit wird, geht gegen Null. Bei staatsterroristischen Anschlägen sind parallele Manöver hingegen häufig zu beobachten. Auf diese Weise können die Behörden unbehelligt operieren. Kommt aus Versehen eine nicht informierte Polizeibehörde den Geheimdiensten ins Gehege, erklärt man, es sei nur eine Übung.
Im Falle von 9/11 hatte diese Parallelität eine weitere Funktion. Durch die gleichzeitig stattfindenden Manöver konnten die Sicherheitskräfte nicht mehr zwischen echten und falschen Radarsignalen unterscheiden. Normalerweise werden Übungen natürlich streng von der realen Situation getrennt.
In diesem Fall geht aber eindeutig aus den Überwachungsbändern, die vom Magazin *Vanity Fair* auf seiner Website veröffentlicht wurden, hervor, daß die Lotsen nicht mehr wußten, welches gekidnappte Flugzeug echt war und welches nur zu einer Übung gehörte. Verantwortlich für diese Übungen war Colonel Robert Marr. Er hat als diensthabender Kommandant im Zentrum der nördlichen Flugabwehr (NEADS) dafür gesorgt, daß die Abfangjäger zu spät vor Ort waren. Begründet wird dies mit Mißverständnissen und Irrtümern. Alleine die Tatsache, daß dieser Mann nicht auf jeder Titelseite ist und niemals vor irgendeinem Gericht erscheinen mußte, spricht Bände. …

Rumsfelds Visionen

Doch aus solchen Erklärungsnöten könnten sich die Verantwortlichen notfalls noch herausreden. Aber daß das Loch im Pentagon viel zu klein für eine Boeing war und keinerlei eindeutig

identifizierbare Wrackteile zu erkennen waren, kann nicht wegdiskutiert werden. Auch dafür werden die kuriosesten Begründungen geliefert, etwa, daß sich das Flugzeug aufgrund der Geschwindigkeit vaporisiert, also praktisch in Luft aufgelöst hätte. Es bleibt dann aber immer noch die Frage, warum es vom am besten überwachten Gebäude der Welt keine Videoaufnahmen gibt, die eine Boeing zeigen.
Die vom Spiegel am 8. Februar 2002 als Beweis gefeierten Bilder des Einschlags zeigen alles mögliche, nur keine Boeing. Bis heute hält das FBI 84 Videos unter Verschluß, die unmittelbar nach den Anschlägen rund um das Gebäude beschlagnahmt wurden. Eine Klage des Anwalts Scott Hodes - spezialisiert auf das Freiheitsinformationsgesetz (FOIA) - auf Freigabe der Bänder scheiterte. Beim angeblich in Shanksville abgestürzten Flug 93 sind ebenfalls keinerlei Wrackteile - wie sonst üblich - zu sehen.

Weisheiten

"Laßt uns niemals frevelhafte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September tolerieren, boshafte Lügen, die bezwecken, die Schuld von den Terroristen selbst abzulenken."
(G. W. Bush, 10. November 2001) …
"Ich glaube nicht auch nur eine Minute daran, daß wir alles richtig verstanden haben."
(Lee Hamilton, stellvertretender Leiter der 9/11-Commission des US-Kongresses)
"Tatsächlich hält die offizielle Version einer genauen Überprüfung nicht stand."
(Roland Dumas, französischer Außenminister von 1984 bis 1986 sowie von 1988 bis 1993)

Hauptverdächtig sind diejenigen, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten.

Für jeden Kriminalkommissar würden diejenigen zum Kreis der Hauptverdächtigen gehören, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten. Als oberster Hellseher hat sich dabei ausgerechnet der diensthabende Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entpuppt. Der *Fayettville Observer* schreibt am 16. September 2001, daß Rumsfeld am Morgen des 11. September mit einigen Leuten über Raketenabwehr und Terroranschläge in der Vergangenheit sprach. Rumsfeld sagte zu den Anwesenden: "Lassen Sie mich Ihnen eines sagen.
... Es wird noch ein weiteres Ereignis geben." Dann schreibt die Zeitung: "Zwei Minuten später krachte ein Flugzeug ins World Trade Center und bewies, daß er richtig lag."
Rumsfelds erstaunliche hellseherische Fähigkeiten an diesem Tag sind damit nicht zu Ende. Der britische Telegraph schreibt am 16. Dezember 2001, daß Christopher Cox, der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des Repräsentantenhauses, mit Rumsfeld im Ostflügel des Pentagon vor dem Fernseher saß und das Geschehen in New York betrachtete. Cox erinnerte sich daran, daß Rumsfeld zu ihm sagte: "Glauben Sie mir, es ist noch nicht vorbei. Es wird eine weitere Attacke geben, und es könnte uns treffen. "Momente später", schreibt der Telegraph, "schlug das Flugzeug (ins Pentagon) ein."
Schon tags zuvor bewies Rumsfeld ein erstaunliches Gefühl für Timing. Am 10. September erklärte er einem verdutzten Auditorium, daß 2,3 Billionen Dollar im Haushalt des Pentagon unauffindbar seien (CBS, 29.1.2002). Einen Tag später fragte niemand mehr nach dem Verbleib dieser unglaublichen Summe. Laut Pittsburgh Post Gazette vom 20. Dezember 2001 wurden 34 von 65 Angestellten des Resource Office der Armee im Pentagon an diesem Tag getötet. Die meisten der in diesem Büro Umgekommenen seien private Wirtschaftsprüfer, Buchhalter und Budget-Analysten gewesen.
Ebenso frappierend ist, daß sowohl der Krieg gegen Afghanistan als auch der gegen den Irak bereits vor dem 11. September 2001 geplant waren, obwohl diese Kriege ohne diesen Anschlag niemals hätten gerechtfertigt werden können. Die BBC meldete am 18. September 2001, daß die Pläne für eine militärische Aktion in Afghanistan laut dem früheren pakistanischen Außenminister Niaz Naik bereits im Juli 2001 für Oktober vorlagen.
Am 10. September 2001 sollten George Bush die Pläne präsentiert werden (CBS News,

5.8.2002). Bereits am 7. November 2000 meldete die BBC, daß im Rahmen der Aktion "Swift Sword" - der größten Übersee-Übung in der englischen Militärgeschichte - im September 2001 insgesamt 20.000 Soldaten in den Oman verlegt werden würden. Die "Swift Sword-Truppen" wurden später für den Kampf in Afghanistan eingesetzt (Telegraph, 1.10.2001)
Am 18. Januar 2004 erzählt der von Bush zum Rücktritt gedrängte Finanzminister Paul O'Neill in der CBS-Sendung *60 Minutes*, daß die Invasion im Irak bereits Anfang 2001 geplant war, was ein Memo, das im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes ans Licht kam, bestätigt. In dem Schriftstück vom 31. Januar 2001 wird eine Sitzung für den 1. Februar 2001 anberaumt, die den politisch-militärischen Plan für die "Nach-Saddam-Irak-Krise" zum Inhalt hatte.
Während es für die Täterschaft von Osama bin Laden so wenige Beweise gibt, daß selbst das FBI ihn dafür nicht auf die Fahndungsliste setzte, schmelzen alle vermeintlichen Beweise für die offizielle Geschichte nach und nach dahin wie Eis in der Sahara nach 1.000 Jahren globaler Erwärmung.
Der einzige indirekte Zeuge dafür, daß auf den Flügen überhaupt Entführer mit Teppichmessern waren, ist mit Ted Olson ausgerechnet der Anwalt, der George W. Bush im Fall gegen Al Gore um die falsch ausgezählten Stimmen im 2000er Präsidentschaftswahlkampf vertreten hat und der von Juni 2001 bis Juli 2004 Generalstaatsanwalt unter Bush war. Ein Drehbuchautor, der den Anwalt von Bush als Zeugen präsentiert hätte, wäre damit noch nicht mal an der Sekretärin eines Produzenten vorbeigekommen.
Ted Olson will mit seiner Frau Barbara in einem der entführten Flugzeuge telefoniert haben. Unglücklicherweise für den Herrn Staatsanwalt kam im Prozeß United States gegen Zacarias Moussaoui - einem angeblichen 9/11-Mittäter, dem nur nachgewiesen werden konnte, daß er die anderen Beschuldigten kannte - heraus, daß es nur einen Anruf von Barbara Olsen gab. Der war "unconnected" (nicht verbunden) und dauerte exakt 0 Sekunden. Wie sagte Inspektor Columbo immer so schön? "Das muß ich unbedingt meiner Frau erzählen!" Die war in der Serie exakt so oft zu sehen, wie der Welt definitive Beweise für die offizielle 9/11-Story präsentiert wurden: Nie.<<
Hermann Hitthaler berichtete auf seiner Webseite "www.gottliebtuns.com" über die "Neue Weltordnung" (x938/…): >>**Auf dem Weg zur Weltherrschaft**
Vereinte Nationen - UNO
Dunkle Mächte beherrschen die Welt.
Die neuen Organisationen, die die Round-Table-Groups weitgehend ersetzten, verfolgten einen doppelten Zweck. Sie dienten als Brains Trust oder Denk-Tanks, die dem Hauptzweck der Förderung des Eine-Welt-Ideals diente. Da sie direkte Verbindungen zu den obersten Befehlsebenen des Großgeschäfts, einschließlich Banken, mit Regierungen und politischen Parteien und Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Arbeitsämter, deren Aufgabe darin bestand, angemessen indoktrinierte Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo man von ihnen erwarten konnte, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben würden, um die gemeinsame Vision eines Eine-Welt-Himmels auf Erden verwirklichen zu helfen. ...
Wen dieser Bereich interessiert, kann hier viele Informationen finden und Hintergründe erfahren, ohne Gewähr: Round Table, CFR ...
Während des Zweiten Weltkrieges Planung der Aufrichtung der VEREINTEN NATIONEN - UNO
1. Das CFR, mit der Ausarbeitung für Nachkriegspläne beauftragt, entwirft die Statuten der VEREINTEN NATIONEN

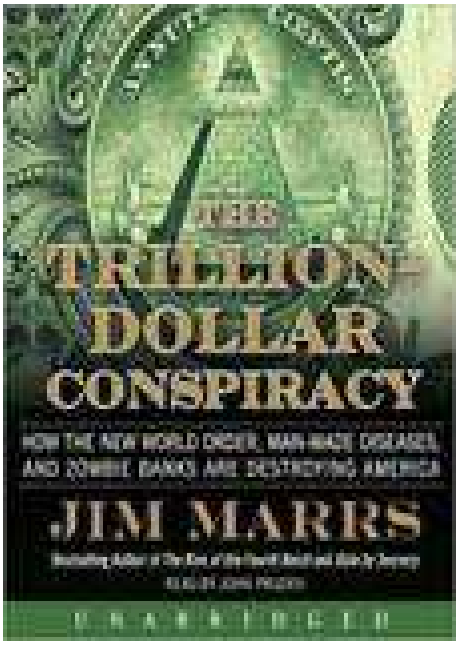
Dies ist die Gruppe, die die Vereinten Nationen ersann - der erste große, erfolgreiche Schritt auf dem Weg zu einem Welt-Superstaat. Mindestens 47 CFR-Mitglieder waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Franzisko im Jahre 1945. Es waren neben anderen:
Harold Stassen, John J. McCloy, Owen Lattimore (der vom senatsinternen Sicherheitsausschuß ein "bewußtes Bindeglied der sowjetischen Verschwörung" genannt wurde), Alger Hiss (kommunistischer Spion), Philipp Jessup, Harry Dexter White (kommunistischer Agent), Nelson Rockefeller, John Foster Dulles, John Carter Vincent und Dean Acheson.
Um sicher zu sein, daß die kommunistischen Parteimitglieder die Wichtigkeit der Etablierung der UN verstanden, gab das offizielle theoretische Parteijournal Political Affairs in seiner April-Ausgabe 1945 folgende Anordnung:

"Allgemeine Unterstützung und großer Enthusiasmus sollten hervorgerufen werden, gut organisiert und leidenschaftlich artikuliert. Doch dies genügt nicht. Die Opposition muß so hilflos gemacht werden, daß sie unfähig ist, irgendeine bedeutende Unterstützung im Senat gegen die Charta der Vereinten Nationen und die nachfolgenden Verträge zu finden."
Es ist erstaunlich, daß sich die Parteien noch niemals die Frage stellten, weshalb sie eine Organisation unterstützen müssen, die von den ihnen verhaßten Persönlichkeiten der Wall Street beherrscht wird. Die meinungsbildenden Vertreter der Massenmedien haben sich geradezu selbst übertroffen, indem sie die UN als Friedensorganisation anstatt als Fassade der internationalen Bankiers darstellen.
Die Mitglieder des CFR beherrschten nicht nur die Einrichtung der UN, sie standen auch dem amerikanischen Präsidenten bei den Konferenzen in Teheran, Potsdam und Jalta zur Seite, wo Millionen von Menschen den Händen Joseph Stalins ausgeliefert wurden - eine gewaltige Ausdehnung der kommunistischen Verschwörung. Verwaltungsassistent von F. D. Roosevelt war zu dieser Zeit ein Schlüsselmitglied des CFR namens Lauchlin Currie, der später von J. Edgar Hoover als Sowjetagent identifiziert wurde.
So vollendet hat das CFR das Außenministerium in den vergangenen 38 Jahren beherrscht, daß außer Cordell Hull, James Byrnes und William Rogers alle Staatssekretäre CFR-Mitglieder waren. Rogers war kein Mitglied, doch Mr. Nixons Hauptberater in auswärtigen Angelegenheiten, Prof. Henry Kissinger, wechselte aus dem Stab des CFR zu diesem Posten über. Auch die Untersekretäre des Außenministeriums sind fast durchweg Mitglieder.

2. Eindeutiges Ziel des CFR ist und bleibt Errichtung einer Weltregierung, einer "internationalen Ordnung"

Auch heute arbeitet das CFR aktiv auf sein Hauptziel hin, die Regierung über die ganze Welt - einer Regierung, die von den Insidern und deren Verbündeten kontrolliert werden soll. Das Ziel des CFR ist also schlichtweg die Abschaffung der Vereinigten Staaten mit ihrer konstitutionell garantierten Freiheit. Und es wird noch nicht einmal versucht, dies zu verbergen: Study Nr. 7, vom CFR am 25. November 1959 veröffentlicht, rät offen zur "Bildung einer neuen

internationalen Ordnung, (welche) dem Verlangen der Welt nach Frieden (und) nach sozialer und wirtschaftlicher Veränderung entsprechen muß. … eine internationale Ordnung (das Codewort für Weltregierung) … inklusiv der Staaten, die sich selbst als Sozialisten (Kommunisten) bezeichnen."



Diese Motivation wird für die verständlich, die die Mitgliederliste des CFR studiert haben. Internationale Bankorganisationen, die gegenwärtig Mitglieder des CFR stellen, sind u.a.: Kuhn-Loeb & Co.; Lazard Freres (direkt verbunden mit Rothschild); Dillon Read; Lehman Bros.; Goldman, Sachs; Chase Manhattan Bank; Morgan Guaranty Bank; Brown Bros. Harriman First National City Bank; Chemical Bank and Trust und Manufacturers Hanover Trust Bank.

Führende Männer von folgenden großen Gesellschaften sind Mitglieder des CFR: Standard Oil, IBM, Xerox, Eastman Kodak, Pan American, Firestone, US Steel, General Electric und American Telephone and Telegraph Company.

Ebenfalls Mitglieder der CFR sind Männer von so offensichtlich linksgerichteten Organisationen wie der Fabian Socialist Americans for Democratic Action (FS), die Socialist League for Industrial Democracy - früher Intercollegiate Socialist Society - und die United World Federalists, die offen zu einer Weltregierung mit den Kommunisten raten.

So ergebene sozialistische Arbeiterführer wie vormals Walter Reuther, David Dubinsky und Jay Lovestone waren ebenfalls Mitglieder des CFR. Man hält diese Männer und Organisationen doch für eingefleischte Gegner der oben aufgeführten Banken und Gesellschaften, dennoch gehören sie demselben Lager an. Es liegt auf der Hand, warum diese Tatsache nicht publik gemacht wird.

Das CFR ist völlig verknüpft mit den großen Stiftungen und den sogenannten "Denkfabriken". Mit eingeschlossen in diese Verknüpfung sind die Rockefeller-, Ford- und Carnegie-Stiftungen und die Rand-Corporation, Hudson Institut, Fund - for - the - Republic und Brookings Institute.

Unter den Kommunikationsgesellschaften, die im CFR vertreten sind, finden wir: National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Corporation, Time, Life, Fortune, Look, Newsweek, New York Times, Washington Post, Los Angeles Times, New York Post, Denver Post, Louisville Courier Journal, Minneapolis Tribune, die Knight-Zeitungen, McGraw-Hill, Simon & Schuster, Random House, Little Brown & Co., McMillan Co., Viking Press, Saturday Review, Business Week, Harper Bros, und den Club "Das Buch des Monats".

Wenn die Kontrolle einer Organisation über ein solches Aufgebot von Firmen unmöglich erscheint, so nur deshalb, weil die meisten Leute nicht wissen, daß die Gründer solcher Giganten wie der New York Times und NBC (Nationale Rundfunkgesellschaft) von Morgan, Schiff und deren Verbündeten ausgewählt, finanziert und dirigiert wurden. David Ochs von der Times und David Sarnoff von der RCA (Radiogesellschaft von Amerika) sind Beispiele hierfür. Beide erhielten frühe finanzielle Hilfe durch Kuhn-Loeb & Co. und eine Morgan-Bürgschaft.

Alle diese Firmen und Gesellschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit das CFR nicht entdeckt und seine Rolle bei der Erschaffung einer sozialistischen Weltdiktatur nicht ausfindig macht. …

Stiglitz und der Herdentrieb

Der Nobelpreisträger und Informationsökonom Joseph E. Stiglitz läßt keinen Zweifel daran, daß eine kritische Presse dem Herdentrieb entgegenwirken könnte, der Spekulationsblasen entstehen läßt. Der Journalismus könnte für die nötigen "checks and balances" sorgen und "zur Gesundung von Märkten beitragen, die den Bezug zur Realität verloren" haben. Anderseits macht Stiglitz klar, weshalb solch ein Anspruch vielfach Wunschdenken bleibt: Journalisten "stehen nicht abseits vom Rest der Gesellschaft". Auch sie werden leicht von der Herdenmentalität erfaßt - es gebe starke Anreize, weshalb sie sich meist nicht "gegen den herrschenden Wind" stemmen könnten.

Auch Stiglitz sieht "in der symbiotischen Beziehung" zwischen Journalisten und ihren Quellen eine große Gefahr. Dieses enge Verhältnis füge der Gesellschaft oftmals Schaden zu. Zudem verleite "Hybris Journalisten zur Fehleinschätzung, sie könnten als Empfänger von Informationen verzerrte und fehlerhafte Darstellungen aussortieren, solange sie nur die Information selbst bekommen". Allzu oft flüchteten Redaktionen obendrein in "He said, she said-Berichterstattung", ein "einfaches, wenig ausgewogenes Reportieren der verschiedenen Positionen, ohne jedwede Analyse" - als würde "ein farbenblinder Reporter über den Himmel berichten und denen, die ihn für orangefarben erklären, gleiches Gewicht geben wie denen, die ihn für blau halten".

Offenbar ist diese Angst den Job zu verlieren, wenn etwas über die Bilderberger-Gruppe oder das CFR und dessen enge Verbindung zur Federal-Reserve und der US-Regierung, bis hin zur UNO offengelegt werden müßte sehr groß! Von Verschwörung überhaupt keine Rede aber von der Notwendigkeit einer "neuen Weltordnung" bestimmt, um die Massen auf das Kommende einzustimmen. Da jene Weltbürger vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind aber wenig bis nichts über biblische Vorhersagen wissen, unterstützen sie die Idee, die "Frieden und Sicherheit" verkünden wird!

(1. Thessalonicher 5,1-5) *Was nun die Zeiten und die Zeitabschnitte betrifft, Brüder, braucht euch nichts geschrieben zu werden.*

Denn ihr selbst wißt sehr wohl, daß Jehovas Tag genauso kommt wie ein Dieb in der Nacht. Wann immer sie sagen: "Frieden und Sicherheit!", dann wird plötzliche Vernichtung sie überfallen wie die Geburtswehe eine Schwangere; und sie werden keinesfalls entrinnen.

Ihr aber, Brüder, ihr seid nicht in Finsternis, so daß jener Tag euch so überfalle, wie er Diebe (überfallen) würde, denn ihr alle seid Söhne des Lichts und Söhne des Tages. Wir gehören weder zur Nacht noch zur Finsternis.

Es ist an jedem von uns, die Zeichen die Jesus für das herannahende Ende vorgab zu erkennen und selbst sich vor Gott rein zu erhalten! Mit dem Friedensjahr der UNO 1986 und den Friedensgebeten der Religionsführer in Assisi, dann Ende August 2001 mit dem Friedenstreffen der religiösen Führer in New York vor der UNO im WORLD PEACE SUMMIT wurden erste Ankündigungen kommenden "Friedens und Sicherheit" ausgerufen!

(Daniel 2, 41-43) *Und daß du die Füße und die Zehen teils aus geformtem Töpferton und teils aus Eisen bestehend sahst: Das Königreich selbst wird sich als geteilt erweisen, aber etwas von der Härte des Eisens wird offenbar in ihm sein, da du ja das Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast.*

Und was die Fußzehen betrifft, die teils aus Eisen und teils aus geformtem Ton waren: Das Königreich wird sich teils als stark erweisen und wird sich teils als zerbrechlich erweisen.

Daß du Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast: Sie werden schließlich mit der Nachkommenschaft der Menschen vermischt sein; aber sie werden sicherlich nicht aneinanderhaf-

ten, dieses an jenem, so wie sich Eisen nicht mit geformtem Ton vermischt.
Anglo-Amerika, als die "Füße aus Eisen mit feuchtem Ton vermischt", wird trotz seiner scheinbaren Härte nicht zu bestehen vermögen. Die Demokratie erweist sich als schwach und die eisenharte Regierung wird das Aufbegehren der Völker nicht zu kontrollieren vermögen! Was aber schlußendlich den Zusammenbruch dieser Weltregierung bewirken wird ist das Einschreiten von Gottes eigenem Engelheer in Harmagedon. Dort wird jede Autorität und jede Machtstruktur dieses Systems zum Ende kommen! Das "Königreich der Himmel", das danach über die Erde zu herrschen beginnt ist eine vollkommene Theokratie und wird wahren Frieden und wirkliche Sicherheit für das ganze Millennium sicherstellen!

4. Die Idee von Colonel House: Zwei politische Parteien aber nur eine Ideologie die auf oberster Ebene verschmelzen

Colonel House war - es wurde schon erwähnt - der Auffassung, daß es zwei politische Parteien, aber nur eine Ideologie geben sollte - den Weltsozialismus. Genauso verhält es sich heute in Amerika. Obwohl es philosophische Differenzen zwischen den bodenständigen Demokraten und Republikanern gibt, wird man bei Betrachtung der politischen Parteien feststellen, daß diese Differenzen sich nach oben hin immer mehr verlieren. Schließlich verschwinden die Unterschiede ganz hinter der vom Establishment gemanagten Pressezensur. An der Spitze steht die Kontrolle des CFR.
George Wallace hatte recht, als er im Jahre 1968 behauptete, es gäbe zwischen den beiden Parteien nicht den geringsten Unterschied.
Folgende Mitglieder der Demokratischen Partei waren oder sind CFR-Agenten: Dean Acheson, Alger Hiss, Adlai Stevenson, John Kennedy, Robert Kennedy, Edward Kennedy, Averell Harriman, George Ball, Henry Fowler, Dean Rusk, Adam Yarmolinsky, Hubert Humphrey und John Lindsa.
Von den internationalen Bankiers wurden viele, die in der L. B. Johnson-Verwaltung tätig waren, für ihre Dienstleistungen mit bequemen und lukrativen Posten belohnt. Unterstaatssekretär George Ball kam zu Lehmann Brothers; Finanzsekretär Henry Fowler zu Goldman, Sachs & Co.; der Budget-Direktor Peter Lewis, Finanzuntersekretär Frederick Deming und der ehemalige Handelssekretär C. R. Smith wurden von Lazard Freres (Rothschild) aufgenommen. Fowler und Deming waren in hohem Maße für die Politik verantwortlich, die dazu führte, daß die Nationen Europas die Hälfte unseres Goldes beanspruchten und die US-Staatskasse all ihrer Silber-Reserven beraubt wurde, die sie während eines Jahrhunderts angelegt hatte. Wurden diese Männer aus Mitleid wegen ihrer Unfähigkeit oder zum Dank für ihre Verdienste belohnt?
Die Republikanische Partei wurde von folgenden Männern für das CFR kontrolliert: Dwight D. Eisenhower, John Foster Dulles, Thomas E. Dewey, Jacob Javits, Robert McNamara, Henry Cabot Lodge, Paul Hoffman, John Gardner, dem Rockefeller-Clan, Elliott Richardson, Arthur Burns, Henry Kissinger und Richard Nixon.
Es wurde zwar jede Verwaltung seit F. D. Roosevelt vom CFR beherrscht, die Nixon-Regierung hält jedoch durch die Berufung von 110 CFR-Mitgliedern in Schlüsselpositionen der Regierung den Rekord. Henry Kissinger repräsentiert das vollkommene Gegenteil von dem, wofür Richard Nixon in seiner Wahlkampagne einzutreten versprach. Liberale und Konservative sind sich einig, daß Kissinger bei weitem der bedeutendste Mann in der Nixon-Regierung ist. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>**Schöne neue Welt**
_ von Jürgen Elsässer
Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf

der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.
Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.
Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.
Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine verrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.
In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab’s statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration ") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen.
Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse " verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.
"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Heroin, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.
Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und vor allem Michel Foucault.
Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"
Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.
Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...
"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderhei-

ten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebellen. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psychedelischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.

Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugedröhnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.

Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.

"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krawatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. … Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."

Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.

Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.

Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren

der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.

Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.

Mit der Vorherrschaft der Egomanen und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.

"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.

In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".

Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 27. Januar 2014 (x892/…): >>**Erziehung ist nicht Staatsrecht, sondern Elternrecht**

Kindertagesstätte in den frühen 50er Jahren

Wem gehört das Kind? Nichts beweist so sehr den Ernst der Lage, als der Umstand, daß wir jeden Augenblick genötigt sind, Dinge zu beweisen, die früher zu den Selbstverständlichkeiten gehört haben. Wir sind fast ständig damit beschäftigt, Fundamentsteine herbeizuschleppen und kommen nie zum eigentlichen Bauen. Eine solche Fundamentfrage, die man nur in Zeiten allgemeiner Verwirrung beweisen muß, die aber derartig bedeutungsvoll ist, daß auf ihr das ganze Gebäude der Gesellschaftsordnung ruht, ist die Eigentumsfrage: Wem gehört das Kind?

Zahllose politische und soziale Irrlehren haben ihren Grund darin, daß die Staatsmänner in diesem Punkt unwissender sind als das Zweijährige, das die ersten Worte seines armen Sprachschatzes benützt, um auf die Frage "Wem gehörst du?" mit der Sicherheit der Natur zu

erklären: dem Vater und der Mutter!
Ein alter Natur- und Rechtsgrundsatz sagt: Res clamat ad dominum - das Eigentum schreit nach dem Eigentümer. Das Naturrecht macht sich schon in der Stimme des Kindes geltend. Es ist nicht nur Sache der Gewöhnung sondern Naturgesetz, daß die ersten Worte, die das Kind lernt, Papa und Mama sind. Ein Kind, das zuerst Staat, Staat rufen würde, wäre etwas ganz Unheimliches, geradezu Ungeheuerliches.
Das Wort Staat versteht man eigentlich erst mit zwanzig Jahren. Das Naturrecht schreit im Kind zuerst nach dem Vater und der Mutter, weil der Vater und die Mutter nächst Gott es waren und sind, die ihm das gaben, was es ist und hat. Das Kind ist etwas vom Vater und etwas von der Mutter, wie es etwas von Gott ist. Das Kind ist nicht da, weil es der Staat wollte, sondern es ist einzig und allein da, weil Gott wollte, weil der Vater wollte und weil die Mutter wollte. Damit ist die Eigentumsfrage erledigt: das Kind gehört Gott als dem obersten Eigentümer und dem Vater und der Mutter als den gottstellvertretenden Eigentümern.
... Im Jahre 1793 erklärte Danton zum ersten Mal seit Christi Geburt: "Es ist Zeit, das große Prinzip wiederherzustellen, das man nicht mehr zu kennen scheint, daß nämlich die Kinder der Republik gehören, bevor sie den Eltern gehören." Robespierre griff den Gedanken auf, indem er bemerkte: "Das Vaterland allein hat das Recht, seine Kinder zu erziehen. Es kann dieses ihr anvertraute Gut nicht dem Stolz der Familien überlassen." Napoleon hat dann das Evangelium von Danton und Robespierre, d.h. das Evangelium barbarischer Tyrannei zur Grundlage der liberalen Schulpolitik des 19. Jahrhunderts gemacht.
Prälat Robert Mäder (1875 - 1945): Der hl. Josef und Herodes, Schildwache 1928, in: Schule und Erziehung, Stuttgart 1991, S. 11 ff.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Februar 2014 (x892/…): >>**Unterrichtsziel: Zerstörung der Familie**
Seit einigen Jahrzehnten haben die revolutionären Gesellschaftsveränderer erkannt, daß der herkömmliche Klassenkampf inzwischen ungeeignet ist, um eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen.
Deshalb haben sie sich auf die Väter des Kommunismus, wie Marx und Engels, und der französischen Revolution besonnen und konzentrieren sich jetzt auf die Zerstörung der überlieferten Familie. Vorne weg kämpft die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) für die Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie in den Köpfen kleiner Kinder. Bereits 2012 veröffentlichte der Baden-Württembergische Landesverband der GEW hierzu Anregungen für die Unterrichtspraxis die einfach unglaublich sind.
Zunächst wird suggeriert, daß 10 Prozent der Bevölkerung homosexuell bzw. bi- und transgender veranlagt ist und deshalb dieser Personengruppe unbedingt Sonderrechte einzuräumen sind. Gesicherte wissenschaftliche Studien gehen davon aus, daß die Zahl derartiger Personen bei unter zwei Prozent liegt. Dieser Personenkreis wird von den Linken dazu mißbraucht, ihre revolutionären Ziele durchzusetzen und zwar durch den Angriff auf die Familie, die als "Hort der Reaktion und des Konservatismus" gilt.
In allen Unterrichtsfächern von der Grundschule bis in die höheren Klassen des Gymnasiums sollen daher "alternative Lebensmodelle" und die Gender Mainstreaming Ideologie unterrichtet werden; selbst die Mathematik bleibt davon nicht verschont. Einen idealen Hebel zur Politisierung der gesamten Lebenswelt - ein Ziel der Linken seit der 1968er Bewegung - haben sie mit der Gender Ideologie gefunden. Diese greift in die intimsten und privatesten Bereiche der menschlichen Persönlichkeit ein und macht alles öffentlich. Die Kinder berichten in der Klasse über die Lebensverhältnisse ihrer Eltern und Geschwister.
Hier ein Beispiel für einen "Unterrichtsbaustein":
"Baustein II: Sich einfühlen
Ziel: Die Schüler/innen setzen sich mit der sexuellen Orientierung und dem Coming Out aus-

einander und nehmen Stellung).
Ablauf:
- Einzelarbeit: Die Mädchen schreiben einen Antwortbrief auf den Hilferuf einer guten Freundin, der gerade klar geworden ist, daß sie lesbisch ist (erste Phase des Coming Out). Entsprechend beantworten die Jungen den Brief eines Freundes.
- Gruppenarbeit: Die Schüler/innen tauschen sich in Gruppen über ihre Briefe aus.
- (Alternative: Die Lehrkraft sammelt die Briefe ein, die in diesem Falle anonym gehalten sein sollten. Damit bekommt sie einen Überblick über Einstellungen zum Thema.)

Baustein III: Dokumentarfilme zum Coming out

Als Impuls werden Videos über Jugendliche im Coming Out gezeigt. (Videos werden von der Gayunion e.V., einem Verein für Homosexuelle, empfohlen). Die Schülerinnen und Schüler nehmen Stellung zu den Fragen:
- Was denkst du über schwule Jungen oder lesbische Mädchen?
- Was sagen deine Freundinnen und Freunde über Lesben und Schwule?"

In den weiteren Bausteinen geht es dann darum, diese Einstellungen der Kinder zu verändern und dem Gender Mainstreaming anzupassen. Dadurch werden die Kinder zunehmend verunsichert und ihren Eltern und Familien entfremdet. So atomisierte Individuen sind dann für alle Ideologien zugänglich.
Daß staatliche Institutionen und Regierungen derartige Bestrebungen offen unterstützen und besorgte Eltern als "homophob" denunzieren, wie jetzt in Baden-Württemberg, macht deutlich, daß immer größere Teile des Staates nicht mehr Willens sind, unsere Kinder vor Ideologen zu schützen.
In Frankreich, wo dieselben Bestrebungen durch die sozialistisch-kommunistische Koalition noch weiter fortgeschritten sind, sind daher Millionen von Eltern zum Schutz ihrer Kinder und Familien auf die Straße gegangen und kämpfen bis heute gegen die sozialistische Umerziehung durch die Regierung.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. März 2014: >>**Angriff auf die Kindheit**

von Mathias von Gersdorff

Möglicherweise aufgrund der Lautstärke der Proteste gegen den "Bildungsplan 2015" in Baden-Württemberg entging der breiten Öffentlichkeit, daß in den Kindertagestätten (Kitas) für drei- bis sechsjährige Kinder ein Umerziehungsprogramm eingeführt wurde, das gewissermaßen noch radikaler ist als das Projekt für die Schulen.
Maßgeblich in Baden-Württemberg ist die Schrift "Gleichstellung beginnt im Kindergarten. Eine Arbeitshilfe zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in Kindertageseinrichtungen", herausgegeben vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg. Die 80seitige Schrift kann von der Internetseite www.sozialministerium-bw.de heruntergeladen werden.
Die Schrift wurde von Gunter Neubauer, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SOWIT), verfaßt. Die Tendenz des Instituts wird deutlich, wenn man erfährt, was es unter dem Begriff "Geschlecht" versteht: "Geschlechter werden gemacht, können aber auch neu ausgebildet und verbessert werden. Es gilt, Geschlechterpotentiale zu nutzen! Wir sehen Geschlechter besonders in ihren gestaltbaren Seiten und nutzen dieses Potential bei der Entwicklung von Organisationen und Unternehmen." Nach diesem Grundsatz ist die Arbeitshilfe für das baden-württembergische Familienministerium geschrieben: Wie "verbessert" man die Geschlechter - aber noch viel mehr, wie wir noch sehen werden - in und durch die Kitas.

Düsteres Menschenbild: Kleinkinder programmieren wie Computer

Liest man diese ungeheuerliche Schrift, stellt man schnell fest, daß der Autor und die gesamte Gender-Mainstreaming-Ideologie von einem düsteren Bild des Menschen, der Gesellschaft,

der Kultur und der Familie beseelt sind. Diese negative, geradezu deprimierende Sichtweise, durchzieht den gesamten Text und ist wohl der Antrieb der Leute, die meinen, man müsse die menschliche Natur, die Familie und die Gesellschaft "korrigieren". Diese drei sind in der Wahrnehmung der "Gender-Mainstreamer" dermaßen korrumpiert, daß man schon bei dreijährigen Kindern mit der Umerziehung beginnen müsse, um anständige - sprich gendergerechte - Menschen hinzukriegen.

Eine ernsthafte psychologische Studie über die Macher des Gender-Mainstreaming würde sicherlich Erstaunliches ans Licht bringen und zeigen, in wessen Hände die Kinder hierzulande gegeben werden.

Die ersten Opfer der Gender-Maistreaming-Umerziehung in den Kitas sind natürlich die Kinder. Ihre Mentalität, die sie im Elternhaus erworben haben, muß dekonstruiert und nach der Gender-Ideologie neu programmiert werden (Der Duktus des Textes entspricht eher einem Text über Computer als über Menschen): "Bei der Auswahl und Zusammenstellung von Spielmaterialien wird darauf geachtet, daß Geschlechtsrollenstereotypen aktiv und bewußt entgegengewirkt wird." Die gemeinten "Geschlechtsrollenstereotypen" können dreijährige Kinder nur im Elternhaus bekommen haben. Allein an diesem Satz erkennt man, wie dezidiert der Autor gegen das Elternrecht vorgeht und welche moralische Autorität er sich zumißt.

Anweisungen zur Charakterwäsche

Das Papier gibt klare Anweisungen, wie die Charakterwäsche vollzogen werden soll: "Geänderte Spiele unterstützen Einverständnis abseits der traditionellen Rollen. Buben lernen zum Beispiel wickeln und nicht nur Garagen bauen, Mädchen bauen Hochhäuser und nicht nur Puppenbetten und sie lernen, ihre Interessen durchzusetzen."

Das Papier des baden-württembergischen Ministeriums verheimlicht gar nicht, daß dieser Erziehungsansatz im Feminismus der siebziger und achtziger Jahre wurzelt, denn damals wurde "die Reproduktion von Rollenstereotypen im Kindergartenalltag thematisiert und kritisiert. Aus dieser Tradition speist sich ein Verständnis von Geschlechterpädagogik als Vermeidung des geschlechtertypischen Rollenlernens."

Wie allgemein bekannt, sah der Feminismus dieser Jahrzehnte in der Familie und in der Frau als Mutter die Haupthindernisse für die Emanzipation der Frau. Gunter Neubauer möchte also seine Schrift ausdrücklich in die Tradition der emanzipatorischen Bewegung der Zeit unmittelbar nach der Achtundsechziger-Kulturrevolution setzen.

Damit ein Erzieher seine Rolle effizient erfüllt, soll er sein ganzes Handeln unter folgendes Postulat stellen: "Der Reflexionshintergrund für Gender-Kompetenz ist das Wissen darum, daß Geschlechterverhalten und Geschlechterverhältnisse 'gemacht' und nicht einfach 'natürlich' sind."

Das ist der Grundgedanke des Gender-Mainstreamings. Bemerkenswert ist allerdings, wie unkritisch man annimmt, das Geschlechtsverhalten und die Geschlechtsverhältnisse seien mit drei Jahren schon derart willkürlich "gemacht", daß man die Kinder schon zu diesem Zeitpunkt umprogrammieren müsse. Daß das Geschlechtsverhalten bei einem dreijährigen Kind möglicherweise von Natur aus gegeben ist, wird gar nicht in Betracht gezogen.

Kitas als Ort umfassenden Gesellschaftsumbaus

Kindertagesstätten sind für die Genderisten nicht nur ein Instrument der Umerziehung von Kindern, sondern auch der Familien bzw. der Eltern der Kinder. Über die Kitas soll auch das Familienleben umgestaltet werden und die traditionellen Rollenmuster in der Familie dekonstruiert werden: "Im Alltag der meisten Kindertageseinrichtungen geht man stillschweigend davon aus, daß vor allem die Mütter für Erziehungsfragen und den Kontakt zum Team 'zuständig' sind, auch wenn sich Väter immer öfter blicken lassen und eine zunehmend aktive Erziehungsrolle übernehmen wollen."

Den Erziehern in den Kitas sollte es eigentlich egal sein, wie die Eltern die Erziehung ihrer

Kinder organisieren. Doch für Genderisten ist die Kita ein Ort einer umfassenden Gesellschaftsumgestaltung. Welches Recht sie dazu haben, wird gar nicht hinterfragt. Für sie ist das eine Selbstverständlichkeit.
Spätestens an dieser Stelle wird einem klar, daß die Gender-Ideologen sich wie die Verkünder einer neuen Religion gebaren: Sie sind von ihrer Sache völlig überzeugt und fühlen sich im Besitz der absoluten moralischen Autorität. In der gesamten Schrift des baden-württembergischen Familienministeriums ist kein einziges Wort enthalten, das auf Selbstkritik oder Selbstzweifel schließen ließe. Die Genderisten sind dermaßen davon überzeugt, sie hätten die Wahrheit gepachtet, daß sie keinerlei Skrupel spüren, wenn sie über die Mentalitäten der Kinder, über das Familienleben und über die gesellschaftlichen Gewohnheiten urteilen. Alles muß von ihnen "korrigiert" und in die "richtige" Bahn gelenkt werden.
Entsprechend der "Arbeitshilfe" zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming sollen die Kitas auch an der ideologischen Umpolung des Volkes mitwirken, indem sie einen neuen Familienbegriff prägen:
"Für Erzieherinnen und Erzieher gilt es aber auch, einen professionellen Blick für die Vielfalt moderner Familienformen mit ihren teils ganz unterschiedlichen Bedürfnissen zu entwickeln: traditionelle Familien (Vater arbeitet, Mutter ist zu Hause), modernisierte Familien (z. B. beide sind berufstätig, verbinden Erwerbs- und Familienarbeit oder praktizieren einen Rollentausch), 'neue Eltern' (alleinerziehende Mütter und Väter, 'Regenbogenfamilien'), zusammengesetzte Lebens- und Familienformen (Stief- oder Fortsetzungsfamilien, Wohn- und Lebensgemeinschaften).
Hilfreich ist dabei die Reflexion der eigenen Familiengeschichte und des eigenen Familienbilds. Familien stärken heißt dann, sich offen und einladend für alle Familienformen zu zeigen und die eigene Praxis entsprechend zu gestalten von der Anmeldung, Aufnahme und Eingewöhnung über Elterngespräche und Angebote der Elternbildung 'für alle' bis hin zur Gestaltung von Festen."

Lebenslange Prägungen eingravieren

Gunter Neubauer setzt einfach voraus, Patchwork sei das neue Familienbild, obwohl das weder in der Politik noch in der Gesellschaft so ist. Es leben zwar viele Menschen in Verhältnissen, die nicht der traditionellen Familie entsprechen, dennoch wird diese als die ideale Partnerschaftsform von einer großen Mehrheit angesehen. Für die Genderisten spielt das keine Rolle. Sie haben die Wahrheit schon anders definiert.
Auch "Diversity" beziehungsweise "Akzeptanz sexueller Vielfalt" dürfen in der Kita nicht fehlen, denn "Respekt und Toleranz für die moderne Vielfalt von Geschlechterrollen, Geschlechtsidentitäten und Familienformen" seien zu fördern - bei dreijährigen Kindern!
Offensichtlich sollen die Kitas die Kinder lebenslang prägen. Die Aufgabe der Kitas ist, aus den Kindern den neuen genderkonformen Menschen zu basteln: "Bei der Entwicklung von Gehirnstrukturen gibt es kein voreingestelltes biologisches Programm, das Entwicklungen absolut determiniert. Das Gehirn ist vielmehr ein biosoziales Organ, das sich nur in der Interaktion mit der natürlichen, vor allem aber der sozialen Umwelt entwickeln kann. Insofern ist jedes Gehirn das Ergebnis seines Gebrauchs (Gerald Hüther). Daraus folgt eine große Offenheit für kulturelle Prozesse."

Radikale Fanatiker am Werk

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Die Genderisten wollen nicht bloß die Ansichten, Meinungen, Anschauungen ändern, was ja auch jede politische Partei oder Kirche anstrebt. Nein, ihr Ziel ist die Veränderung des menschlichen Gehirns, um so eine lebenslange Prägung zu erzielen! In der Antike wurden Sklaven Brandzeichen auf die Haut gesetzt. Heute wird die Gender-Ideologie ins Gehirn eingebrannt, um aus den Menschen Sklaven dieser Ideologie zu machen. Spätestens an dieser Stelle versteht man, wieso die Gender-Revolution mit

den dreijährigen Kindern durchgeführt werden muß. Die Genderisten wissen: Je jünger ein Gehirn, desto beeinflußbarer ist es.
Die Hartnäckigkeit, die Zielstrebigkeit, aber auch die Bosheit, mit der die Genderisten vorangehen, ist erschütternd. Unfaßbar auch, wie die Union diese Revolution gefördert hat. Eine CDU-Politikerin, Bundesfamilienministern Ursula von der Leyen während der Großen Koalition 2005-2009, hat die entscheidenden Maßnahmen zur Durchsetzung des Gender-Mainstreamings in Deutschland durchgeführt.
Diese Revolution konnte nur im stillen umgesetzt werden, so ungeheuerlich ist sie. Würde die große Mehrheit der Menschen erfahren, welche radikalen Fanatiker da am Werk sind, wäre ihre Durchführung nicht möglich. Doch die Erfahrung zeigt, daß man sich nicht groß auf die Politik verlassen darf. Wie in vielen anderen Themenbereichen auch, kann nur der Protest der Basis der Gesellschaft, also des Volkes selbst, diesen Angriff auf die Kindheit abwenden.
Über Mathias von Gersdorff
Diplom-Volkswirt (Bonn) und katholischer Publizist, geboren 1964 in Santiago de Chile. Seit 1990 in der Lebensrechtsbewegung aktiv. Er leitet die Aktion "Kinder in Gefahr" der "Deutschen Vereinigung für eine christliche Kultur" (DVCK) und schrieb mehrere Bücher zu Themen wie Sexualisierung der Kindheit, Lebensrecht und Christenverfolgung.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 28. März 2014: >>**Aus der Welt der Geheimbünde**
Templer, Illuminaten, Freimaurer, Bilderberger, die Trilaterale Kommission, Skulls & Bones - Verschwörungstheoretiker sehen in allen diesen Gruppen geheimbündlerische Aktivitäten am Werk, und so befassen sich Hunderte Bücher, Filme und Magazine mit ihnen. Finstere Machenschaften, dubiose Phänomene und geheime Missionen wittert auch die zweimonatlich mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift *Mysteries*. In der aktuellen Ausgabe März/April 2014 befaßt sie sich unter anderem mit den geheimen Bilderberger-Akten der Schweiz, bizarren PSI-Wundern und dem Geheimnis der Kienbachklamm im österreichischen Salzkammergut.
Im Schweizer Bundesarchiv stieß Mysteries auf umfangreiche Akten über die Bilderberg-Treffen der westlichen Machtelite aus hochrangigen Politikern und Finanzoligarchen. Der brisante Fund enthält nach Angaben der Zeitschrift als "vertraulich" deklarierte Dokumente über Konferenzen der Bilderberger zwischen 1958 und 2003. Die lange geheimgehaltenen Treffen der Weltmächtigsten, die einmal im Jahr abwechselnd in Europa und in den USA unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, wurden offenbar sowohl von der deutschen als auch von der Schweizer Regierung heimlich mit Steuergeldern finanziert.
Ein durchaus umstrittenes Vorgehen, da die gut betuchten Wirtschaftsführer und Parlamentarier offiziell zu einem Privattermin unterwegs waren. Doch sind sie inhaltlich, organisatorisch und finanziell so eng mit Regierungspolitikern der westlichen Staaten verflochten, daß für sie nicht nur Polizisten und Personenschützer, sondern auch gepanzerte Limousinen und Helikopter bereitwillig zur Verfügung gestellt werden. Zudem sorgte die Schweizer Luftwaffe für den Transport des nimmersatten Millionärsklubs, dem dann auf Kosten der Steuerzahler üppige Luxus-Dinner ausgerichtet wurden. Kritische Nachfragen von Bürgern, Journalisten und Abgeordneten dazu werden regelmäßig abgewiegelt.
Spiritistische Sitzungen, sogenannte Séancen, erlebten in den frühen zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts eine Blüte. In München befaßte sich Albert Freiherr von Schrenck-Notzing besonders intensiv mit Materialisationsphänomen, die auch Hypnotismus, Telekinese, Telepathie, Levitation und Geisterphotographie einschlossen. Thomas Mann berichtete über diese physikalistischen Sitzungen, und der amerikanische Schriftsteller William S. Borroughs erwähnte sie in seinem berühmten Werk "Naked Lunch".
Derzeit erlebt der Okkultismus eine Renaissance. Als eines der erstaunlichsten PSI-Medien

gilt hierzulande Kai Mügge, der mit beunruhigender Regelmäßigkeit paranormale Phänomene produziert, die selbst Skeptiker verblüffen. Zudem ist er das einzige physikalische Medium, das bereit ist, Phänomene wie das Produzieren von Ektoplasma, Telekinese und Levitationen wissenschaftlich kontrollieren zu lassen.
Kontakt: Mysteries, Postfach, CH-4002 Basel, … www.mysteries-magazin.com …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Mai 2014: >>**George Soros. Der umstrittene US-Investor mischt auch gerne politisch mit**
Der Pate
Er hat 24 Milliarden Dollar auf dem Konto, eine 42 Jahre jüngere Drittfrau und ein 16-Zimmer-Appartement in New York. Sein Einfluß reicht von der US-Ostküste einmal rund um den Globus. Er bezeichnet sich selbst als Spekulant und "gescheiterter Philosoph". Die Rede ist von George Soros. Der mittlerweile 83jährige Hedgefonds-König ist trotz seines unermeßlichen Reichtums gerngesehener Interviewpartner in den mehrheitlich marktfeindlich eingestellten Redaktionsstuben Deutschlands.
Woran liegt das? Der Mann hat eine politische Botschaft, die einem großen Teil der Meinungselite hierzulande gefällt: Er will erstens den Euro mit Eurobonds retten und Schulden vergemeinschaften und zweitens die Nationalstaaten in einer supranationalen EU aufgehen lassen: "Für mich ist die Europäische Union das ideale Modell einer offenen und freien Gesellschaft", bekennt Soros im Gespräch mit Spiegel-Journalist Gregor Peter Schmitz, das dieser zu dem Buch "Wetten auf Europa. Warum Deutschland den Euro retten muß" ausgewalzt hat und nun häppchenweise auf Spiegel Online an das Internetpublikum verfüttert. Deutschland solle, so des Investors Idee, als "wohlwollender Hegemon" Europas seinen Wohlstand unter den europäischen Völkern verteilen und so die politische Union vorantreiben.
Soros wuchs im kosmopolischen Haushalt des jüdischen Rechtsanwalts Theodor Schwartz in Budapest auf, der sich später in "Soros" umbenannte. Er studierte in London, als Karl Popper mit seinem Werk "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" philosophische Ambitionen bei Soros weckte. Das Talent zum Geldverdienen war freilich größer; Soros avancierte nach Gründung des Quantum Funds 1969 - einem der ersten Hedgefonds der Welt - zum Pionier der angelsächsischen Finanzindustrie. 1992 zwang er in einem legendären Coup die Bank of England mit Wetten gegen das britische Pfund in die Knie.
Nebenher wirbt der Multimilliardär mit seinen Open Society Foundations - in Anlehnung an Popper - für die offene Gesellschaft, engagiert sich für Demokratie - sprich "Zivilgesellschaft" - in Osteuropa, etwa 2004 für die "Orangene Revolution" in der Ukraine. Oder er spendet für Klimaschutz und die Legalisierung von Marihuana.
Daß sich Soros' Utopien mit denen der politisch Mächtigen, der Eine-Welt-Ideologen und Gleichheitsapostel decken, ist kein Zufall. Tatsächlich sind die "Finanzmärkte", auf denen Soros mit staatlichem Monopolgeld jongliert, längst keine Märkte mehr, sondern Finanzierungsinstrumente überschuldeter Wohlfahrtsstaaten. Der Staatsmonopolkapitalismus triumphiert gegenwärtig über die marktwirtschaftliche Ordnung; Soros' philanthropisch garnierte Visionen bemänteln die Evidenz dieser Tatsache lediglich.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014: >>**Der Selbsthaß blüht**
Der "häßliche Deutsche" lebt. Und es sind die Deutschen selbst, die inzwischen am eifrigsten damit beschäftigt sind, ein Zerrbild ihrer selbst am Leben zu erhalten. Als Nationalneurose wirkt die Kriegspropaganda aus zwei Weltkriegen verinnerlicht in den Köpfen der Besiegten weiter - vom Unbehagen an der eigenen Identität über das Mißtrauen politischer und medialer Eliten gegenüber dem eigenen Volk bis zum manifesten Selbsthaß.
Mit ihrem zynisch-vulgären "Deutschland verrecke!" - "Nie wieder Deutschland!" - "Bomber Harris, do it again!" überschreiten die autoaggressiven National-Borderliner aus der linksex-

tremen "Antifa"-Szene mitunter selbst die Geschmacksgrenzen der linksliberal-postnational sich dünkenden Juste milieu ("richtige Mitte").
Die radikalisierten Bürgerkinder sind in ihrem auf die Spitze getriebenen Nationalmasochismus freilich Fleisch vom Fleische einer politisch-medialen Klasse, in der die Verächtlichmachung des Eigenen und die permanente innere Distanzierung vom eigenen Volk zum guten Ton gehört. Der neue Deutsche ist stolz auf seine vermeintlich weltoffene und kosmopolitische Einstellung.
Deutsche Tugenden im Ausland geschätzt
"Typisch deutsch" gilt in weiten Teilen der Welt noch heute als Ausdruck der Anerkennung. Man schätzt deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz - dieser uns immer noch umgebende Ruf ist übrigens von Amerika bis Asien ein wesentliches Argument, deutsche Maschinen, Anlagen, Automobile und Industrieprodukte zu kaufen, mithin ein Grundpfeiler unseres noch immer beachtlichen Wohlstands. Wer Werte schafft, hört solche Komplimente durchaus gern, der diskutierenden Klasse sind sie unangenehm.
Da wird dann barsch zurückgewiesen, was freundlich und höflich gemeint war, und der eifernde deutsche Rechthaber, der sich sein schönes Negativbild vom eigenen Land nicht trüben lassen will, steht auf einmal wieder so da, wie er auf gar keinen Fall sein möchte: "typisch deutsch".
So typisch deutsch wie jener nachmalige SPD-Chef Oskar Lafontaine, der als Nachwuchssozialist dem aus der Weltkriegsgeneration stammenden Bundeskanzler Helmut Schmidt entgegenhielt, seine "deutschen Tugenden" seien "Sekundärtugenden, mit denen man auch ein KZ leiten" könne.
Da ist er, der Holocaust- und Kriegsschuldkomplex, der jedem deutschen Fluchtreflex aus der eigenen nationalen Identität unausgesprochen zugrunde liegt. Im vergifteten Klima der ersten Nachkriegsjahre gaben junge Deutsche, die in der dänischen, niederländischen oder französischen Provinz umherreisten, sich schon mal als "Österreicher" aus, um Anfeindungen zu entgehen. Der Fluchtreflex hat sich, aller beschworenen Versöhnung zum Trotz, vererbt.
Gravierende politische Konsequenzen
Man könnte geradezu eine Psychotypologie der Deutschen aufstellen, je nach den Völkern, in deren Haut man gerne schlüpfen möchte, um nur ja die eigene, mit dem ewig empfundenen NS-Makel behaftete, hinter sich zu lassen: die Atlantiker, die gern die besseren Amerikaner wären, die Zivilisations-Europäer, die sich französisch verfeinert fühlen möchten, die Toskana-Linken, die ganze Landstriche des deutschen Sehnsuchtslandes aufkaufen, die nach Harmlosigkeit gierenden Bullerbü-Deutschen, die Volvo fuhren, um in einem Stück der skandinavischen Heimat von Michel und Pippi vom dritten Weg zu träumen, und nicht zu vergessen diejenigen, die dem eigenen "Tätervolk" am konsequentesten zu entkommen suchen und sich eine jüdische Ersatzidentität zulegen, sei es als Konvertiten oder auch nur per Künstlername und gesellschaftlichem Engagement.
Man könnte dies als "typisch deutsche" Grübelei und Selbstbeschäftigung einer in der Seele tief verletzten Nation der allmählichen Selbstheilung überlassen, fände der unterschwellige deutsche Selbsthaß im luftleeren Raum statt und hätte er nicht laufend gravierende politische Konsequenzen. Der wohl fatalste Typus sind jene Deutschen, die aus der deutschen in eine nebulöse europäische Identität zu fliehen versuchen.
Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten.
Deutschlands politische Eliten sind vermutlich die einzigen in Europa, die tatsächlich an die Überwindung des Nationalstaats durch die "Vereinigten Staaten von Europa" oder dergleichen

glauben. Die Opfer, die sie dafür zu bringen bereit sind, von der allzu bereitwillig aufgegebenen eigenen Sprache bis hin zu Währung und Wohlstand, werden gern angenommen, die ersehnte Erlösung vom Deutschsein wird trotzdem nicht gewährt. Wenn es ernst wird, winkt doch wieder die "ewige" deutsche Schuld, um den Deutschen zusammenzucken zu lassen.
Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet
Den Reflex nutzen nicht nur griechische Demagogen, sondern auch aggressive Jungorientalen, die wissen: Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet und darf obendrein auf öffentliches Verständnis hoffen. Vom freudig begrüßten Einwanderer als "Scheiß-Deutscher" geschmäht zu werden, ist Migrantensalz in die Identitätswunde des guten Deutschen, der doch gerade keiner mehr sein wollte und sich vom Multikulturalismus die finale Befreiung von der Last der nationalen Identität erhofft hat.
Hundert Jahre nach der Geburt des "häßlichen Deutschen" aus dem Geist der britischen Kriegspropaganda sollte es an der Zeit sein, Schuldkult und Nationalneurosen allmählich abzustreifen. Die unangenehme Seite des "typisch Deutschen" ist heute der Schuldstolz, der sich lustvoll selbst an den Pranger stellt, wo andere längst differenzierter hinschauen.
Nicht jeder sieht in uns noch immer den ewigen "Nazi", wenn wir diesen nicht selbst beständig kultivieren, instrumentalisieren und ausnutzen lassen. Ein Volk, das sich weigert, in das 21. Jahrhundert mit einer gefestigten Identität zu gehen, wird das Ende dieses Jahrhunderts vielleicht nicht mehr erleben.<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 13. Juni 2014 (x893/…): >>**Freimaurerei treibende Kraft bei Neuer Weltordnung - Kirche unterwandern**
Der Gründer von *Noticias Globale*s, Monsignore Juan Claudio Sanahujo, enthüllte in einem Interview für *Infovaticana* den "Schlüssel zum Verständnis der neuen Weltordnung", so Sanahujo, die man gerade dabei ist zu errichten. Das Hauptinstrument dazu seien die Vereinten Nationen. Das eigentliche Ziel ist es jedoch, so Sanahujo, "die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren". Dazu bediene man sich zahlreicher Instrumente und versuche andere zu instrumentalisieren, darunter auch die Religion.
Monsignore Sanahujo ist Argentinier und damit ein Landsmann von Papst Franziskus, er gehört der *Priestergemeinschaft vom Heiligen Kreuz* der *Personalprälatur des Opus Dei* an.
Noticias Globales ist ein wichtiger Bezugspunkt, um zu verstehen, was auf internationaler Ebene geschieht. Wie entstand diese Initiative?
Noticias Globales entstand 1998. Wir sahen die Notwendigkeit, zu informieren. Man kennt nicht die inneren Mechanismen der UNO und verwechselt zum Beispiel die Vollversammlung und die internationalen Konferenzen mit den Kommissionssitzungen. Wir verfügten über viele Informationen und begannen diese Informationen weiterzugeben.
Neben dem Nachrichtenbulletin haben wir eine Reihe von Büchern veröffentlicht. "*El Gran Desafào. La Cultura de la Vida contra la Cultura de la Muerte*" (*Die große Herausforderung. Die Kultur des Lebens gegen die Kultur des Todes*) erschien bereits vor dem Bulletin. "*El Desarrollo Sustentable. La Nueva Ética Internacional* (*Nachhaltige Entwicklung. Die neue internationale Ethik*) und "*Poder Global y religión universal*" (*Globale Macht und Welteinheitsreligion*). Demnächst erscheint eine verbesserte und erweiterte Ausgabe von "*Die große Herausforderung*".
Ethik ohne Gott?
Einer der großen Schwerpunkte der modernen Welt ist eine große säkulare Ethik. Ist eine Ethik ohne Gott möglich?
Es ist unmöglich, ohne Gott eine starke und damit tragende Ethik aufzubauen. Ethik bezieht sich auf transzendente Grundsätze und diese Grundsätze können nur von Gott kommen. Es gibt Versuche, eine sogenannte säkulare Ethik aufzubauen, aber alle diese Versuche stehen

ausnahmslos im Dienst neuheidnischer Ideologien und sind leicht widerlegbar. Mit der Unterstützung durch die Massenmedien scheinen sie jedoch vorherrschend zu sein, was dazu führt, daß viele hilflose Menschen, die auf der Suche nach etwas sind, an das sie glauben können, auf sie hineinfallen.

Ist es vorstellbar, daß man die nicht verhandelbaren Werte achtet, ohne eine christliche Weltsicht zu haben?

Es ist nicht unmöglich, aber sehr schwierig. Letztlich muß dahinter immer eine transzendente Weltsicht stehen. Die nicht verhandelbaren Werte sind ja das Ergebnis einer jüdisch-christlichen Weltsicht.

Neo-Malthusianer und "Selektive Kinderlosigkeit"

Was wollen die Neo-Malthusianer wirklich? Könnte man sagen, daß die Zielsetzungen der UNO am besten im Wort "Kinderlosigkeit" zusammengefaßt sind?

Die Weltgesundheitsorganisation *WHO* präsentierte in den frühen 90er Jahren das neue Gesundheitsparadigma, das lautet: der Bürger der neuen Weltordnung ist der gesunde und produktive Erwachsene. Nur diejenigen, die gesund und produktiv sind, haben wirklichen Anspruch auf die Menschenrechte. Alle anderen, die diesen Standards nicht entsprechen, müssen am Rande der Geschichte bleiben, sollen erst gar nicht geboren werden, und wenn sie doch geboren werden, soll für sie kein Cent investiert werden. So gesehen ist es zutreffender, die Zielsetzungen der UNO mit dem Wort "selektive Kinderlosigkeit" zusammenzufassen.

In wieweit ist die Einbindung der Frauen in die Berufswelt Teil dieser globalen Strategie der Unfruchtbarkeit?

Man wird mir heftig widersprechen, weil jede Kritik an diesem Punkt als Angriff auf die "Selbstbestimmung" der Frau ausgelegt wird, weil man es Frauen und Männern seit Jahrzehnten so einredet. Dennoch: Der Zusammenhang ist offensichtlich. Die Forderung findet sich in den Dokumenten der *Konferenz von Dhaka* von 1969 der I*nternational Planned Parenthood Federation* (IPPF) auf Vorschlag des Vorsitzenden des 1952 von John Rockefeller III. gegründeten *Population Council* Dr. Bernard Berelson, das seine Wurzeln in der rassistisch-eugenetischen Bewegung hat.

Konkret lauteten die Schlußforderungen dieser Konferenz: "das Bild der Familie verändern durch Umlenkung der Frauen auf den Arbeitsmarkt" und durch "Förderung der Homosexualität". An der Umsetzung dieser Ziele wird also seit fast 50 Jahren gearbeitet.

Umweltschutz als Religionsersatz instrumentalisiert

Es wird viel über Umweltschutz gesprochen. Welche Rolle spielt der Umweltschutz in der modernen Anthropologie?

Für die Vereinten Nationen und andere Organisationen ist der Umweltschutz ein praktischer Ersatz. Zum Beispiel kann man den Leuten nicht einfach sagen, daß es die Zehn Gebote nicht gibt, ohne einen Ersatz dafür zu bieten. Mit dem Druck der Medien können sie den Menschen einreden, daß jemand, der Müll trennt oder sich in einer bestimmten Weise ernährt, Solidarität mit der Welt und künftigen Generationen übt. Das ist gut und recht, aber bestenfalls eine Konsequenz aus einer Haltung.

Für die "neuen Ethiker" liegt darin jedoch ein entscheidendes Element, denn durch den Schutz der Erde sehen sie sich in ihrem Handeln gerechtfertigt: Die Erde nimmt den Platz Gottes ein. Es geht dabei nicht um die Frage, daß es nicht wichtig wäre, die Erde auf der wir leben zu schützen. Das ist wichtig, da sie uns von Gott anvertraut wurde und Christen aus ihrer Glaubenshaltung heraus verantwortungsbewußt mit der Natur umgehen. Hier geht es jedoch um die richtigen Prioritäten. An erster Stelle kommt das Gesetz Gottes, kommen die Zehn Gebote.

Auf dem Weg zur Weltregierung

Gibt es einen Plan zur Errichtung einer Weltregierung? Ist die Freimaurerei in diesem Be-

reich aktiv?
Die Pläne für eine Weltregierung spielen in der Freimaurerei eine wichtige Rolle und gehen bereits auf den Ersten Weltkrieg zurück oder sogar schon etwas früher.
Welche Rolle hat der internationale Zionismus in diesem Plan?
In diesen Plänen sind durch sogenannte Konsenstische eine enorme Reihe von Einrichtungen, Organisationen und Gruppen eingebunden. Der Zionismus kann einige von ihnen beeinflussen. Um konkret zu werden und hinter die Kulissen zu blicken, gilt es die Aufmerksamkeit auf das dichte Netzwerk der Nichtregierungsorganisationen zu lenken, die die Agenda der UNO bilden.
Zum Beispiel den *Club of Madrid*, den *Club of Budapest*, den *Club of Rome*, die *The Elders*, die *Erd-Charta* und die darum kreisenden Organisationen, die *Bilderberger*, die multireligiöse Organisation *World Conference of Religions for Peace* und die darum kreisenden Organisationen, ebenso die *United Religions Initiative, State of the World Forum* und *Commission on Global Governance*, dann natürlich das *Council of Foreign Relations*, die *Interparlamentarische Union* und so könnte man die Liste lange fortsetzen.
In allen übt die Freimaurerei einen wichtigen Einfluß aus. Einige dieser Organisationen sind zwar mehr auf den Dialog ausgerichtet, aber alle haben dasselbe Ziel: Die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren durch Abschaffung der nationalen Souveränität und die Instrumentalisierung der Religionen, das heißt, sie für die eigenen Zielsetzungen dienstbar zu machen.

Die Naivität der Katholiken

Denken Sie, daß unter den Katholiken Naivität vorherrscht, was die Zielsetzungen der UNO anbelangt?
Ich will damit antworten, was Erzbischof Luigi Negri von Ferrara dazu sagte: Weite Teile der katholischen Gemeinschaft sind von einem "übereifrigen Irenismus" untergraben, "der seit Jahrzehnten seine Wühlarbeit leistet und dessen Hauptsorge nicht die eigene Identität ist, sondern der Dialog um jeden Preis, mit dem Ziel auch die entfernteste Position irgendwie vereinbar erscheinen zu lassen. Die Verschiedenheit der kulturellen und religiösen Standpunkte zum höchsten Gut erhoben, die von der Überzeugung einer substantiellen Gleichwertigkeit der verschiedenen, auch religiösen Positionen ausgeht, läßt die Katholizität ihre absolute Sonderstellung verlieren.
Dieser Irenismus, Offenheitswahn, Wille zum Dialog um jeden Preis wird aber auf die einzige Weise belohnt, mit der die menschliche Macht seit jeher ein solch ungeordnetes Kompromißverhalten belohnt: mit Verachtung und Gewalt."
Die Gefahr für die Kirche besteht daher in erster Linie innerhalb und nicht außerhalb. Vor langer Zeit hörte ich den Heiligen Josemaria Escriva sagen: "Wenn die Welt im Dunkeln ist, dann weil die Kirche aufgehört hat, Licht zu sein".
Es geht um eine übertriebene Suche nach den "Zeichen der Zeit", die in der Regel im Widerspruch zur katholischen Lehre stehen. Statt immer neu zu versuchen, den Menschen umzuwandeln, einen nach dem anderen für Christus zu gewinnen, wollen sie einen schnellen, bequemen Weg gehen, indem sie die Lehre der Situation anpassen wollen, die oft bedauerlich ist, wie im Fall der wiederverheirateten Geschiedenen. Aus demselben Grund sagen sie auch nichts zu den Homosexuellen, denn die scheinen inzwischen unantastbar zu sein.
Auf unkritische Weise akzeptiert man jede Behauptung als wahr, Hauptsache sie kommt über bestimmte, vermeintlich "neutrale" Kanäle: das gilt ebenso für die Katastrophenmacherei der Grünen, die Unwahrheiten über die Anzahl der Todesfälle durch Abtreibung, die Ausbreitung von AIDS. Dazu gehört auch die unkritische Akzeptanz der angeblich harmlosen Millenniums-Entwicklungsziele und die künftige Agenda für nachhaltige Entwicklung.

Eingeschleuste und nützliche Idioten in der Kirche

Hat diese globale Strategie Verbündete innerhalb der katholischen Kirche?

Ja, auf die eine und auf die andere Weise: Es gibt in die Kirche Eingeschleuste und es gibt "nützliche Idioten".

Unter einigen Kardinälen herrscht eine gewisse Sorge wegen der Ausführungen von Walter Kasper beim Konsistorium im vergangenen Februar. Denken Sie, daß die Kirche am Ende die wiederverheirateten Geschiedenen zur Kommunion zulassen wird?

Ich denke nicht, daß es dazu kommt, daß die Kirche die wiederverheirateten Geschiedenen ermächtigt, die Kommunion zu empfangen. Würde sie es tun, würde sie aufhören, die Kirche Jesu Christi zu sein.

Der Katechismus der Katholischen Kirche ist eindeutig: "Darum dürfen sie, solange diese Situation andauert, nicht die Kommunion empfangen. Aus dem gleichen Grund können sie gewisse kirchliche Aufgaben nicht ausüben. Die Aussöhnung durch das Bußsakrament kann nur solchen gewährt werden, die es bereuen, das Zeichen des Bundes und der Treue zu Christus verletzt zu haben, und sich verpflichten, in vollständiger Enthaltsamkeit zu leben" (KKK, Nr. 1650).

Homo-Lobby

Sie haben gesagt, daß die Homo-Lobby in Spanien versucht, ihre Zielsetzungen in den Religionsunterricht einzuschleusen. Denken Sie, daß es eine bedeutende Präsenz der Homo-Lobby in der Kirche Spaniens gibt? Und im Vatikan?

Die Homo-Lobby haben wir zum großen Teil leider selbst erst groß werden lassen. Ich verweise auf das, was ich bereits zur Naivität der Katholiken gesagt habe.

Es ist unglaublich, aber in vielen Kreisen kann man heute nicht mehr sagen, daß Homosexualität eine "objektiv ungeordnete" Neigung ist (in der deutschen Übersetzung des Katechismus fehlt diese Wertung, weshalb sie stark defizitär ist, Anmerkung der Redaktion), wie der *Katechismus der Katholischen Kirche* in der Nr. 2358 sagt. Praktisch alle lehramtlichen Erklärungen der Kirche ab einschließlich der Erklärung *Persona Humana* von 1975 von Papst Paul VI. werden versteckt.

Gleichzeitig wird die Kirchenzucht gelockert. Bestimmte Teile der kirchlichen Hierarchie lassen es zu, daß Männer mit solchen Neigungen zu Priestern geweiht werden oder Zugang zu verantwortungsvollen Ämtern in den kirchlichen Strukturen erhalten, zum Beispiel im Religionsunterricht oder an katholischen Schulen und Internaten usw. Auf diese Weise hat man die Ausbreitung einer Art von schlechter Toleranz und falscher Barmherzigkeit gefördert, die nicht wenig zur heutigen Situation beigetragen hat.

Dazu kommt der externe Druck auf die Kirche, diese Verhaltensweisen zu akzeptieren. Kardinal Ratzinger warnte 1995 davor, indem er sagte, daß es *Pressure Groups* gibt, die darauf hinarbeiten, die öffentliche Meinung zu ändern, damit Homosexualität als normale Form der Sexualität angesehen wird, und im nächsten Schritt fordern sie, daß die Kirche ihr Urteil über sie revidiert. Diese Gruppen, sagte der Kardinal, beschuldigen jeden der Diskriminierung, der nicht so denkt wie sie.

In Spanien fordern sie Gefängnis für Kardinal Sebastián, weil er daran erinnerte, daß Homosexualität eine Krankheit ist. Gibt es Hoffnung? Was bringt die Zukunft den Katholiken?

Persönlich empfehle ich, die Nummer 675 des *Katechismus der Katholischen Kirche* zu lesen, über die ich oft nachgedacht habe. Sie spricht vom zweiten Kommen Jesu Christi: "Vor dem Kommen Christi muß die Kirche eine letzte Prüfung durchmachen, die den Glauben vieler erschüttern wird (vgl. Lukas 21,12; Johannes 15,19-20). Die Verfolgung, die ihre Pilgerschaft auf Erden begleitet, wird das ‚Mysterium der Bosheit' enthüllen: Ein religiöser Lügenwahn bringt den Menschen um den Preis ihres Abfalls von der Wahrheit eine Scheinlösung ihrer Probleme."

Ich sage nicht, daß wir am Vorabend der Wiederkunft des Herrn stehen, aber dieser Text hilft, sich zu orientieren. Er hilft, sich zu vergegenwärtigen, daß wir nicht dafür bestimmt sind, was

die Menschen Erfolg nennen oder um von den Massen bejubelt zu werden. Unser Triumph ist ein anderer. Unser Triumph ist es, uns mit dem Kreuz Christi zu vereinen, uns Ihm anzugleichen, um nach dem Tod in den Himmel zu kommen. Unsere Hoffnung ist im Kreuz und in der Auferstehung.

Juan Claudio Sanahuja wurde 1947 in Buenos Aires geboren. Nach dem Studium der Kommunikationswissenschaften an der Universität von Navarra, studierte er Theologie in Rom und erwarb 1973 das Doktorat in Theologie an der Universität von Navarra. 1972 wurde er zum Priester geweiht, seither gehört er dem Klerus der Personalprälatur des *Opus Dei* an. Er ist Professor des Studium Generale der Prälatur des *Opus Dei* in Argentinien.

Im Januar 2011 verlieh ihm Papst Benedikt XVI. für seinen Einsatz für das Lebensrecht und die Familie den Titel eines *Kaplans Seiner Heiligkeit.*

Er ist Autor mehrerer Bücher, von denen einige am Beginn des Interviews genannt werden. 1998 gründete er die Internet-Nachrichtenagentur *Noticias Globales*, die neben internationalen Entwicklungen seit 2001 gesondert auch über die Entwicklungen in Argentinien berichtet.

Er war korrespondierendes Mitglied der *Päpstlichen Akademie für das Leben* (1998-2011), arbeitete an verschiedenen Projekten des *Päpstlichen Rats für die Familie* mit und ist Vorstandsmitglied der *Stiftung Nueva Cristianidad*.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2014 (x892/…): >>**Im spätantiken Rom - Brot und Spiele zur Beruhigung des Volkes. Eine Polemik.**

Die Abstumpfung, die Ablenkung vom Wesentlichen durch den Sport ist ein wesentliches Element der Konditionierung der westlichen Völker, sei es durch Propagierung individuellen Sports, damit man in Form bleibt (aber nur, wenn man dabei auch Nike-Schuhe und Adidas-Taschen trägt, klar), oder durch die Propagierung kollektiven Massensports.

Bereits Gustave Le Bon ("Psychologie der Massen") beschrieb, daß der Massensport dazu genutzt werden kann, psychologische Massen zu schaffen. Die Weltmeisterschaften vampirisieren gewissermaßen die Medien - das heißt, die Werbeeinnahmen - und somit die Aufmerksamkeit aller. So werden auch die allerkleinsten Gesten und Vorkommnisse analysiert und kommentiert, als ob es sich um die delphischen Orakel unserer Zeit handele. Der und der hat einen Stinkefinger gezeigt, ein anderer Der und der hat einem anderen eine Kopfnuß verpaßt, und jener Spieler hat seine Freundin verhauen oder seinen Trainer beleidigt. Und mit ganzem Herzen und vollem Einsatz sind die Medien dabei, uns zu "informieren" und in dieser grotesken Bedeutungslosigkeit zu ersäufen!

Und man hat keine Möglichkeit, dem ganzen zu entkommen: Spielergebnisse werden per Lautsprecher durchgegeben oder als Textbänder eingeblendet, und wenn man erklärt, daß das alles einem komplett egal ist, dann wird man schon verdächtig. Ist das nicht vielleicht schon ein Zeichen gesellschaftlichen Abweichlertums?

Der globalisierte Fußball ist ein völlig verblödeter Patriotismus. Man wedelt mit Fahnen, als ob es gälte, einen militärischen Sieg zu feiern, oder ein großes nationales Ereignis. Ist der Fußball denn jetzt so etwas wie die letzte Zuflucht der Vaterlandsliebe? Aber jene Helden, die wir da feiern sollen, sind doch nichts als Söldner, ihre Kämpfe sind gestellte Spektakel, wenn sie nicht gar getrickst oder gedopt sind. Und trotzdem explodieren die "Fans" bei jedem Spiel vor Jubel, machen einen Höllenlärm und grölen bei jedem Tor, legen ganze Innenstädte nicht nur verkehrstechnisch lahm, schlagen alles kurz und klein. Dann heißen sie allerdings nicht mehr "Fans", sondern "Hooligans".

Es ist so, daß man an Abenden, an denen Spiele stattfinden, am besten zu Hause bleiben sollte, woran man sieht, wie dieser "Sport" die Sitten verfeinert. Wäre es letzten Endes nicht das beste, vor dem Fernseher klebenzubleiben und der Göttin Reklame ihr eingefordertes Opfer zu bringen? Die Fußballweltmeisterschaft ist auch so etwas wie das Hochamt der

weltweiten Entwurzelung: jenes Hochamt, das in regelmäßigen Abständen den Glauben ans Kosmopolitische neu festigt. Und deshalb ist der Fußball für genau daran interessierte Kreise und Zirkel so wichtig. Der Fußball fördert zunächst einmal die europäische Entwurzelung, denn unsere "Nationalmannschaften" setzen sich nun einmal hauptsächlich aus kosmopolitischen Spielern zusammen, viele kommen aus Afrika.
Gestern Spanier, heute Franzose, morgen Engländer oder Türke, vielleicht durch die Zauberei goldträchtiger Verträge - der Fußballspieler ist ein Held, der von eben diesen goldträchtigen Verträgen gewissermaßen wie von einem Wind mal hierhin, mal dorthin geblasen wird. Zu Hause ist er nirgends. Und falls er die Nationalhymne seiner momentanen Staatsangehörigkeit kennt, zieht er es vor, sie nicht zu singen. Das wiederum hat er mit manchem seiner eingeborenen Kollegen gemein. Und so ist der Fußball auch die vorprogrammierte Entwurzelung z.B. aller jener kleinen Afrikaner oder Afrikanischstämmiger, die von den Vereinen und deren Managern wie "Menschenmaterial" eingekauft werden, um Gewinn zu erarbeiten.
Im dekadenten spätantiken Rom gab man dem zunehmend unruhigen Volk Brot und Spiele, um es ruhig zu stellen. Letztlich hat das den Zusammenbruch auch nicht verhindert. Im dekadenten und deindustrialisierten Europa gibt man den Arbeitslosen Fußball im Fernsehen ...<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 2. Juli 2014 (x892/…): >>**Schweine an der Macht - Eine Lese-Empfehlung**
George Orwell ist durch seinen Roman "1984", den er im Jahr 1948 veröffentlichte, weltberühmt geworden. 1945 hatte er bereits einen anderen Roman verfaßt, für den er allerdings nur schwer einen Verleger fand, der aber ein großer Erfolg und sogar (als Zeichentrick) verfilmt wurde. "Seit Gullivers Reisen ist keine Parabel mehr geschrieben worden, die es an Tiefe und beißendem Spott mit der Farm der Tiere aufnehmen kann", schrieb Arthur Koestler über dieses Buch.
Orwell selbst schreibt über die Entstehung des Buches: "Die Details der Geschichte wollten mir ziemlich lange nicht in den Sinn kommen, bis ich eines Tages einen kleinen Jungen sah, vielleicht zehn Jahre alt, der ein riesiges Zugpferd einen schmalen Pfad entlang lenkte und es, jedesmal wenn es sich abzuwenden versuchte, peitschte. Es kam mir zum Bewußtsein, daß, wenn solche Tiere sich ihrer Kraft nur bewußt würden, wir keine Macht über sie hätten und daß die Menschen die Tiere in ziemlich derselben Weise ausbeuten wie die Reichen das Proletariat."
Lange galt "Die Farm der Tiere" (so heißt das Buch) als Parabel gegen den Kommunismus, und das ist es auch. Es ist aber gleichermaßen eine Parabel auf jegliche Entartung der Herrschaft, welcher Herrschaft auch immer. Und es zeigt in Bildern die Mechanismen, die solcher Entartung zugrunde liegen und woran man sie erkennen kann.
Orwell: "Dem Roman liegt die Überzeugung zugrunde, daß alle Revolutionen letzten Endes nur eine Verschiebung im Kaleidoskop der Macht herbeiführen, daß die Grundstruktur der Gesellschaft aber immer die gleiche bleibe. Dieser Pessimismus zeigt, daß die Farm der Tiere mehr ist als nur eine Satire auf die kommunistische Revolution in Sowjetrußland. Die Satire zielt nicht nur auf den einmaligen historischen Tatbestand, sondern auf jede Revolution überhaupt, deren Ursachen und Antriebe, deren Versagen und endliche Verkehrung ins Gegenteil."
Zum Inhalt: auf einem heruntergekommenen Bauernhof verjagen die Tiere unter Führung der Schweine den Besitzer und übernehmen den Hof in Eigenregie. Aus der anfänglichen Idee der Freiheit und Gleichheit, für welche die Tiere gegen Rückeroberungsversuche kämpfen, entwickelt sich jedoch sehr bald ein neues, perfides und erfolgreiches System der Unterdrückung und Ausbeutung ...
Über die Manipulation der Massen durch Massenveranstaltungen hier ein Auszug - den Nut-

zen und Wert sportlicher Großveranstaltungen zur Ablenkung der Massen hat man erst lange nach Orwell erkannt und genutzt, das Prinzip jedoch gilt nach wie vor:
Doch wenn es auch Ungemach zu erdulden gab, so wurde dies teilweise durch die Tatsache aufgewogen, daß das Leben heutzutage mehr Würde besaß als früher. Es gab mehr Lieder, mehr Reden, mehr Aufmärsche. Napoleon hatte befohlen, daß einmal in der Woche eine sogenannte 'Spontan-Demonstration' stattfinden sollte, deren Zweck es war, die Kämpfe und Triumphe der Farm der Tiere zu feiern.
Zur festgesetzten Zeit verließen die Tiere dann ihre Arbeit und marschierten in militärischer Formation die Grenzen der Farm ab, voraus die Schweine, dann die Pferde, dann die Kühe, dann die Schafe und schließlich das Federvieh. Die Hunde flankierten den Aufmarsch, und ganz vorneweg stolzierte Napoleons schwarzer Junghahn. Boxer und Kleeblatt trugen gemeinsam immer ein grünes Banner mit dem Huf und dem Horn und der Aufschrift 'Lang lebe Genosse Napoleon!'.
Anschließend wurden zu Napoleons Ehren verfaßte Gedichte rezitiert, und Schwatzwutz hielt eine Rede, in der er Einzelheiten über die jüngsten Steigerungen in der Futterproduktion bekanntgab, und gelegentlich wurde ein Schuß aus dem Gewehr abgefeuert. Die Schafe waren die begeistertsten Anhänger der 'Spontan-Demonstrationen', und wenn sich irgend jemand beschwerte (was einige Tiere manchmal taten, wenn gerade keine Schweine oder Hunde in der Nähe waren), daß sie reine Zeitverschwendung wären und nur langes Herumstehen im Kalten bedeuteten, brachten ihn die Schafe todsicher mit einem ohrenbetäubenden Geblöke "Vierbeiner gut, Zweibeiner schlecht!" zum Schweigen.
Doch im großen und ganzen genossen die Tiere diese Feierlichkeiten. Sie fanden es tröstlich, daran erinnert zu werden, daß sie immerhin und wahrlich und wahrhaftig ihre eigenen Herren waren und daß die Arbeit, die sie leisteten, nur ihnen allein zugute kam. Und so gelang es ihnen, über den Liedern, den Aufmärschen, Schwatzwutz' Zahlenkolonnen, dem Donnern des Gewehrs, dem Krähen des Junghahns und dem Flattern der Flagge wenigstens hin und wieder zu vergessen, daß ihre Bäuche leer waren.
George Orwell: Die Farm der Tiere, Zürich 1982<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 3. Juli 2014 (x892/…): >>**Die besonders negativen Effekte der Zerstörung der Familie für die Jungen**
Als ich vor ca. zwei Jahrzehnten begann, mich mit Forschungen über das Wohlbefinden der Kinder zu beschäftigen, konzentrierten sich diese Forschungen sehr bald und fast immer auf die Probleme junger Mädchen: ihr Mangel an Selbstwertgefühl, ihr schwacher Ehrgeiz, ihr gestörtes Eßverhalten und, noch beunruhigender als das alles, die überdurchschnittliche Zahl der Schwangerschaften bei Jugendlichen.
Heute jedoch ist diese Zahl im Vergleich zum Maximum im Jahre 1991 um 50 % gesunken, die Mädchen dominieren in den Klassenräumen und bei den Abschlußfeiern, und die Aufmerksamkeit richtet sich zunehmend auf die Jungen und Männer. Ihre Schulabschlußnoten in den Colleges und Gymnasien, ihre Immatrikulationszahlen an den Universitäten stagnieren seit Jahrzehnten. …
In diesem Frühjahr haben David Autor und Melanie Wasserman, beide Wirtschaftswissenschaftler am MIT, versucht, eine Erklärung zu finden. Der Grund für die mittelmäßigen Schulleistungen der Jungen, so die beiden Autoren, liegt in der zunehmenden Zahl von Haushalten, in denen kein Vater lebt. …
In der Tat sind die Anzeichen dafür, daß der Zusammenbruch der Kernfamilie in den vergangenen 50 Jahren einen besonders negativen Einfluß auf das Wohlbefinden der Jungen gehabt hat, nicht neu. Während der 70er und 80er Jahre bemerkten Familienforscher, welche Kinder von der Umwälzung der Scheidung an beobachteten, daß Mädchen und Jungen ihr Leiden an der Trennung der Eltern auf verschiedene Weise zeigten.

Die Mädchen neigten dazu, ihre Trauer zu "internalisierten", sie wurden ängstlich und depressiv, viele neigten zu Selbstverletzungen oder dämmerten in Drogen und Alkohol dahin. Die Jungen hingegen "externalisierten" oder "gingen zur Tat über": sie wurden impulsiver, aggressiver und "asozialer" in ihrem Verhalten. Beide Verhaltensweisen waren belastend, das Verhalten der Jungen hatte jedoch den Nachteil, die Klassenkameraden, die Lehrer und die Nachbarn zu erschrecken. Die Wahrscheinlichkeit, der Schule verwiesen oder von der Polizei verhaftet zu werden, war für Jungen größer, die aus zerbrochenen Familien stammten. Auch schien das schlechte Befinden der Mädchen sich nach einem oder zwei Jahren nach der Scheidung der Eltern abzuschwächen - das der Jungen aber nicht. (…)
In einer bekannten, breit angelegten Studie über jugendliche Mütter (fast alle unverheiratet) war der Soziologe Frank Furstenberg, Familienforscher an der Universität von Pennsylvania, auf "ein alarmierend hohes pathologisches Niveau bei den Jungen" gestoßen. "Sie waren häufiger drogenabhängig, häufiger in kriminelle Aktivitäten verwickelt und häufiger im Gefängnis als die wenigen Jungen in der Studie, die in Familien mit verheirateten Eltern aufgewachsen waren. (…)
Die Autoren fassen das Ergebnis ihrer Forschungen so zusammen: "Die Abweichungen zwischen Mädchen und Jungen bezüglich ihrer Verhaltensstörungen, auf dem Niveau des CM2 und den Schulverweisen in der 10. Klasse (…) sind in intakten Familien geringer." - "Alle anderen Familienstrukturen scheinen für Jungen nachteilig zu sein." (…)
Experten, welche die Straffälligkeit Jugendlicher untersucht haben, wissen schon seit langem, daß Erziehungseinrichtungen für Jugendliche und Jugendstrafanstalten voll sind mit Kindern aus getrennten Familien. (…)
Die (liberale) Linke unterstellt normalerweise, daß die gesellschaftlichen Probleme dieser Art aus der ungenügenden Großzügigkeit unseres Unterstützungssystems für unverheiratete Mütter und ihre Kinder entstehen. Die Vorstellung ist die: wenn wir mehr Elternfreizeit ermöglichen, wenn wir gute Kinderkrippen anbieten, wenn die medizinische Versorgung verbessert wird, dann verschwindet automatisch ein großer Teil der Nachteile, die man hat, wenn man in einer alleinerziehenden Familie aufwächst. Andererseits: die Verbindung zwischen Kriminalität und der Abwesenheit eines Vaters existiert selbst in Ländern, welche sehr großzügige Sozialsysteme haben. (…)
Mehrere Studien sind zu dem Ergebnis gekommen, daß Jungen, die in alleinerziehenden Familien aufgewachsen sind, weniger Aussicht haben, zur Universität (College) zu gehen als Jungen mit demselben schulischen Niveau, die aus Familien mit beiden Elternteilen kommen; bei den Mädchen ist der Unterschied nicht so signifikant.
Der Autor zitiert einen Artikel aus der "American sociological review", laut dem Jungen, deren Vater abwesend ist, weniger Aussicht haben, einen Universitätsabschluß zu erreichen als Mädchen mit demselben Familienhintergrund, das trifft auch zu, wenn ihre Leistungen auf dem Gymnasium mit denen der Mädchen identisch waren. (…)
(Auszüge aus einem Artikel von Kay Hymowitz in "The City Journal"; Übersetzung der französischen Quelle: JV)<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/27-29): >>**Der Krieg der Werte**
_ von *Ulrich Schacht*
Rußland sei immer noch zu sowjetisch, klagt die Europäische Union. Dabei droht der Totalitarismus heute viel eher aus Brüssel als aus Moskau. und die Konstellation des Kalten Krieges hat sich umgekehrt.
Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ich heute auf einer Konferenz zusammen bin mit Valentin Falin, einem Mann jenes Systems, dem ich noch als politischer Widerstandskämpfer bis zu meiner Verhaftung in der DDR radikal gegenüberstand.

Es entspricht aber eben auch einer gewissen Logik, daß wir heute auf dieser Konferenz zusammen sind, denn ich war ja damals mit anderen zusammen kein Widerstandskämpfer aus falschen Motiven gegen Rußland, sondern gegen die totalitäre Gesellschaft der Sowjetunion heraus.
Mein politisches Ziel und das anderer in diesem Zusammenhang war die Hoffnung und das Mitarbeiten und Mittun daran, daß Rußland eines Tages Abschied nehmen kann von der Sowjetunion. Das ist zwischenzeitlich gelungen. Und es gibt keinen Grund mehr, Ressentiments oder negative Erfahrungen in einen nach-totalitären Zusammenhang in Europa zu perpetuieren, sondern es gibt nur die Aufgabe hinzuschauen: Was versucht dieses neue Rußland, um sich zu stabilisieren vor dem Hintergrund der großen, schrecklichen totalitären Erfahrung?

Gegenläufige Entwicklungen

Die schrecklichen Erfahrungen des modernen Rußlands sind ja Erfahrungen mit dem Import eines Ideensystems aus dem Westen. Das bolschewistische basiert auf dem jakobinischen System.

Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, nicht nationalistisch.

Lenin hat sich als Exekutor und Anwender jener terroristischen Glücksdiktatur des Maximilien de Robespierre und anderer verstanden und sie unter den Bedingungen Rußlands angewendet. Wie kommen wir heute dazu, den Russen ein weiteres Mal zu empfehlen, sich aus dem Westen ein System zu importieren - was ihnen das vorige Mal die größte Katastrophe der nationalen Geschichte serviert hat?
Um welches System geht es aktuell? Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, aber nicht nationalistisch, religiös, aber nicht fundamentalistisch, etatistisch, aber sich nicht in eine amorphe, von internationalen Konzernen betriebene Größenordnung auf den geopolitischen Feldern der Nachkriegsordnung bewegend. Jene drei Essentials der russischen Politik der Gegenwart, Rekonstruktions-Essentials, stoßen auf den fanatischen Widerstand jener Funktionseliten in Westeuropa, welche sich in diesem neuen Hegemonialzentrum zu Brüssel konstituiert haben, die postnational, postsäkular und postetatistisch sind.

Der Glaube, die Nation, die Familie - das muß zerstört werden.

Postetatistisch heißt: Zivilgesellschaft. Wir alle sind Zeugen der Entwicklung, daß eine Zivilgesellschaft, wie sie uns dort vorgeschlagen wird, mehr an raffinierter Unterdrückung zu praktizieren versucht, wenn es um die Beschneidung der freien Meinungsäußerung und anderer Dinge geht, als man sich das im freien Diskurs des gegenwärtigen Rußlands auch nur vorzustellen vermag. Ich bin tief davon überzeugt, und nicht nur überzeugt durch Spekulation, sondern auch durch Wissen, daß der historische Diskurs, der politische, der philosophische Diskurs unverstellter, unbehinderter in Rußland vor sich geht, als zur Zeit in dieser großen liberalen Demokratie hierzulande.
Die Liberalität des Westens, für die wir unter den Bedingungen der Teilung Europas mit der Existenz einer totalitären Gesellschaft und Großmacht wie der Sowjetunion gekämpft haben, jene Liberalität existiert nicht mehr. Was existiert, ist eine liberale Phrase, die Menschenrechts-Phrase, die genutzt wird, was mit Bezug auf sie besonders schäbig ist, um Unrecht zu praktizieren, international und national.
Es gibt einen geradezu extremen Haß in den "Katakomben zu Brüssel" - anders kann man die selbstisolationistischen Tendenzen, den Autismus dieses Institutes, das dort versucht, ein homogenes Europa herbeizumanipulieren, anders kann man ja die Dinge nicht bezeichnen.

Totalitäres Menschenexperiment

Das ist ein Angriff auf das, was diesen europäischen Kontinent immer schon qualifiziert hat: Die Vielfalt seiner Sprachen, seiner Kulturen, seiner Literaturen, seiner Kunst. Es gibt eine genau umgekehrte Rechnung. Denn: Die großen totalitären Gesellschaften des 20. Jahrhunderts, die kommunistische in der Sowjetunion, die nationalsozialistische in Deutschland, sind

eben gerade nicht - was uns immer wieder suggeriert wird - Ausdruck gewesen von verrückt gewordenem Nationalismus, sondern von verrückt gewordenem Universalismus. Das ist genau der Unterschied.
Was läuft hier, abschließend gesagt, für ein übles Spiel? Es ist der dritte Versuch aus dem totalitären Quellgebiet des Westens - wurzelnd im zweiten Teil der Aufklärung, diesen gottlosen Versuchen, die Ordnung des Menschen, seine innere anthropologische und ideelle Stabilität zu zerstören und zu vernichten -, es ist der dritte Versuch, den Menschen geschichtlich umzubauen.
Es ist der neue Mensch das Ziel dieses neuen totalitären Versuches. Der jetzt allerdings, und zum ersten Mal in der Geschichte, zu einer eigenartigen, auch das kann man genau nachprüfen, Logik und Synthese geführt hat, denn der internationale, entfesselte Kapitalismus ist der beste Zuarbeiter dieser Tendenz. Worum geht es? Es geht darum, alles abzuschleifen, was diesem Prozeß, den man auch schon in nuce im Kommunistischen Manifest nachlesen konnte, dem großen Verwertungsprozeß in der Geschichte der Menschheit, im Wege steht: der Glaube, die Nation, die Familie und und und.
Das muß abgeschliffen werden. Das muß zerstört werden. Und der progressive Liberalismus, die progressive Linke, die progressiven Konservativen, sie alle sind nichts Anderes als bewußte oder unbewußte Agenten dieses Verwertungsprozesses, der über die ganze Welt geschoben werden soll.

Das größte Opfer des Bolschewismus waren die Russen selber.

Das betrifft diese Währungsgeschichte, die wir gerade erleben. Das betrifft eine fanatische, obskure Idee wie die Gender-Ideologie, die ja nicht das Ziel hat, Gerechtigkeit herzustellen - diese Phrase ist durchschaut, wie ein ganz zerschlissener Vorhang. Sondern es geht darum, aus einem Menschen fünf zu machen. Was heißt das? Jeder Mensch ist eigentlich biologisch präformiert, Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber: Die neue Gender-Philosophie ist sozusagen die direkteste Agentur des kapitalistischen Profitstrebens.
Ein Mensch, der fünf Geschlechter hat, der kauft sich in der Woche fünf Mal verschiedene Klamotten, Kleider … Es ist ein durchschaubares Prinzip. Das Verrückte ist nur: Schon wieder fallen die Umbauer der Menschheitsgeschichte darauf herein, beziehungsweise fühlen sich davon ermutigt. Dahinter steht, vielleicht als letzter Satz - als Theologe darf ich mir das erlauben - der Größenwahn aller modernen Philosophien: Die Welt besser zu machen, als der liebe Gott sie vielleicht in ihrem Grundformat geschaffen hat. Dieser Größenwahn hat zu den größten Verbrechen der Menschheit geführt.

Eurokraten im Niemandsland

"Wir haben es in den EU-Institutionen mit Leuten zu tun, die von Kultur reden, aber den tiefsten Charakter von Kultur, die Differenz, nicht verstehen. Der Pluralismus dieser Leute besteht darin, daß sie in den Hauptstädten Europas von einer Shopping-Mall in die andere stolpern. Daß sie nicht mehr wissen, wo sie sind. Daß sie bei Grenzübertritten immerzu dasselbe Schild sehen, und wenn sie zu schnell fahren, wissen sie gar nicht, was in der Mitte zwischen den Sternen steht. - Wo bin ich? Heiteres Länderraten im befriedeten Europa." (Ulrich Schacht)

Eine Bitte an Rußland

Wir sollten diesen Größenwahn als europäische Völker zurückweisen und zwar - das wäre die neue Perspektive, die ich einbringen würde - zusammen mit Rußland. Denn Rußland ist heute in seiner Rekonstruktionsphase eines russischen Staates.
Russische Souveränität, die Wiederkehr der Ikone als inneres Stabilitätsmoment seiner Geschichte und Identität, die Rückkehr zur Orthodoxie - was im Übrigen die Säkularisten im Westen und in unseren Feuilletons zum Wahnsinn treibt, kann man jeden Tag lesen, wenn man die Zeitung liest - das alles sind Vorbilder für deutsche Gegenwartspolitik.

Rußland, das heutige Rußland unter Putin, hat sich nicht zu entschuldigen bei irgendwem für irgendwas. Das heutige Rußland kann fragen: "Wie halten Sie es denn, Frau Merkel, in Ihrem Land mit den Menschenrechten? Wie werden denn Parteien, die Ihnen nicht passen, behandelt - erhalten sie Zugang zu den Medien?"
Wir könnten das abendfüllend ausweiten, jeder in diesem Saal weiß, wovon ich spreche. Nein - einen Hinweis an die russischen Vertreter habe ich dann doch: Bei all dieser neuen Übereinstimmung können wir natürlich eins nicht ausblenden - was noch eine Replik auf meinen Vorredner Valentin Falin wäre, der geäußert hat: "Es kommt darauf an, nichts Schlechtes über Tote oder Lebende zu sagen." Rußland muß natürlich verstehen, daß die Sowjetunion nicht neutral gesehen werden kann - nicht von den baltischen Staaten, vielleicht auch nicht von Polen und anderen. Es hat schon etwas stattgefunden, was nicht so schnell zu vergessen ist.
Aber heute sind gerade die Länder, die nach dem Zusammenbruch des Imperiums ihre Souveränität zurückgewonnen haben, schon wieder in einem Souveränitätskonflikt. Sie sollen Souveränität an Brüssel abgeben. Und wir wissen ja, wenn wir die Äußerung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus hören, wir wissen ja, wenn wir Viktor Orban in Budapest hören, und wenn wir sozusagen über einige baltische Probleme hören, daß diese Rechnung nicht nahtlos aufgegangen ist. Rußland hätte hier eine große Chance, zu einer Form von Bündnis zu kommen bei der Verteidigung der Souveränität - unter Gleichberechtigten aufgrund einer gemeinsamen negativen Erfahrung.
Denn das größte Opfer des bolschewistischen Totalitarismus waren die Russen selber. Und das ist die verbindende Linie, das ist die Basis für jene Gemeinsamkeit, die auch heute hier in dieser Halle stattfinden kann. Dafür plädiere ich, und vielleicht kommen wir ja gemeinsam ein Stück weiter. Dankeschön.
_ Ulrich Schacht erblickte 1951 in der DDR im Frauengefängnis Hoheneck, wo seine Mutter inhaftiert war, das Licht der Welt. Der Student der evangelischen Theologie wurde 1973 in der DDR wegen "staatsfeindlicher Hetze" zu sieben Jahren Haft verurteilt und 1976 in die Bundesrepublik abgeschoben. Er arbeitete später als Redakteur für "Die Welt" und als Autor für die "FAZ", "Focus", "Weltwoche" und andere. 1994 war er zusammen Heimo Schwilk Herausgeber des Sammelbandes "Die selbstbewußte Nation", einem Manifest patriotisch-demokratischer Selbstvergewisserung.
Schacht lebt heute in Schweden, veröffentlicht aber weiter in großen Zeitungen und Verlagen. 2011 erschien sein Buch "Vereister Sommer. Auf der Suche nach meinem russischen Vater" (Aufbau-Verlag …). - Die hier gekürzt wiedergegebene Rede wurde auf der COMPACT-Souveränitätskonferenz am 24. November 2012 an der FU Berlin gehalten.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 über die Außenpolitik Rußlands (x350/32-34): >>**Schlachtfeld Deutschland**
_ von *Valentin Falin*
Die Einkreisung Rußlands war nicht erst ein Projekt des 20. Jahrhunderts, sondern begann schon vor über 250 Jahren. Großbritannien war oft der Motor dieser Aggressionspolitik, ihre Frontlinie lief vielfach durch Mitteleuropa.
Napoleon 1812 - das war eine europäische, nicht nur eine französische Invasion.
Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) zwischen Rußland und Preußen fand nicht nur zwischen den genannten Staaten statt, sondern war ein Weltkrieg. An Preußens Seite waren Großbritannien und einige italienische Fürsten, an Rußlands Seite war Frankreich. Und dieser Krieg war nicht entstanden, weil die Zarin Elisabeth Friedrich II. nicht mochte, sondern sie hatte Österreich gebeten, Rußland gegen Preußen zu verteidigen, weil Preußen Schlesien von Österreich erobert hatte.
Der erste Eiserne Vorhang
Frankreich hat diesen Krieg und alle seine Besitzungen in Indien verloren, und was schrieb

Ludwig XV. danach? Ich zitiere aus einem vertraulichen Papier: "Einziges Ziel meiner Politik gegenüber Rußland sei es, Rußland soweit wie möglich von europäischen Angelegenheiten fernzuhalten.
Alles, was Rußland im Haus und im Dunkeln treibt, ist mir nützlich." So organisierte er eine Abmachung mit Schweden, Polen und dem Osmanischen Imperium; und dieses Projekt hieß: "Errichtung einer Ostbarriere", also eines "Cordon sanitaire" oder eines "Eisernen Vorhanges", und das war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.
Man sieht den Eisernen Vorhang im Westen immer als "Initiative Sowjet-Moskaus". Dabei hat der französische Premier Georges Clemenceau 1919 vorgeschlagen, "einen Eisernen Vorhang rund um den Bolschewismus aufzuziehen, damit die Bolschewisten das zivilisierte Europa nicht stören".
Zu dieser Zeit hat auch ein bekannter Demokrat, Winston Churchill, gefordert: "Sowjet-Rußland muß von einem Ring wütender stürmischer Nachbarn umzingelt werden". Ich könnte eine dicke Mappe solcher Äußerungen bringen, aber das spare ich mir.
Als Dank für unsere russische Hilfe im Siebenjährigen Krieg haben neben Österreich auch andere, vor allem die Türkei, versucht, die Interessen Rußlands nicht nur zu beeinträchtigen, sondern gegen uns aggressiv vorzugehen. Aber alle Rekorde hat Großbritannien gebrochen. Die Jakobiner waren noch nicht an der Macht, da versuchten die Briten schon, Polen, Schweden, die Türkei und Österreich zu bewegen, gegen Rußland eine aggressive Position einzunehmen.
Und in eben jener Zeit, 1787, waren in den gerade gegründeten Vereinigten Staaten auch schon die Federalist Papers (Föderalistenartikel, eine Art Verfassungserläuterung) in Kraft. Was hatten sie zum Inhalt? Ihre Autoren haben Folgendes geschrieben: "Irgendwann werden die Vereinigten Staaten ökonomisch und militärisch so mächtig sein, daß sie die Alte und die Neue Welt beherrschen und regieren werden." Interessant, nicht wahr?
Zum Thema Napoleon und zu seinem Rußland-Feldzug 1812 gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen: In den napoleonischen Armeen bildeten Franzosen nur die Hälfte aller Streitkräfte, die andere bestand aus Österreichern, Preußen und Soldaten aus verschiedenen deutschen Teilstaaten.
Das war also nicht nur eine französische, sondern eine europäische Invasion. Ich möchte nicht die Geschehnisse im Einzelnen erwähnen. Entscheidend ist der Beitrag Rußlands für die Niederlage Napoleons, dieser wird heute kaum erwähnt, obwohl er von den Historikern mit Recht nicht in Frage gestellt wird. Und wie war die weitere Entwicklung?
Am 22. Dezember 1814 unterzeichnen Frankreich, Großbritannien und Österreich einen Vertrag über ihre Allianz mit dem Ziel, "Rußland in seine Grenzen zurückzutreiben für die Ehre, Gerechtigkeit und Zukunft Europas".

Die russischen Revolutionen

Wer hat den Krieg Japans gegen Rußland 1904/05 entfesselt? Großbritannien! Und es hat alle Schiffe für die japanische Kriegsmarine gebaut, diese Schiffe wurden von amerikanischen Banken finanziert. Im Rahmen dieses Krieges hat England versucht, Tibet unter seine Kontrolle zu bringen. Es geschah auch etwas in Bhutan und Nepal, diese zwei Staaten gerieten ebenfalls unter britische Vorherrschaft. Im Kontext dieses Krieges haben die USA und Japan einige ihrer Angelegenheiten geregelt. So bekam Japan Korea unter Verletzung amerikanischer Garantien für Korea, und die USA bekamen die Philippinen. Die "Demokratisierung" dieser Inselgruppe brachte den Tod für ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Deshalb ist die antiamerikanische Stimmung der Philippinos bis heute so stark.

"Einziges Ziel sei es, Rußland von europäischen Angelegenheiten fernzuhalten." Ludwig XV.

Einige Bemerkungen (zu Fakten), die Ihnen nicht bekannt sein dürften, zur russischen Revolu-

tion. Die erste Revolution 1905 bis 1907 wurde von Japanern finanziert, sie hatte auch Unterstützung von Briten und Franzosen. Vor dem Sturz von Zar Nikolaus II. 1917 bekommt der britische Botschafter in Sankt Petersburg die Instruktion, daß die oppositionelle Gruppe gegen den Zaren zu unterstützen und zu finanzieren sei. Das Ergebnis war die Abdankung von Zar Nikolaus II. Eines der Ziele des Ersten Weltkrieges war erreicht. Rußland sollte nie wieder so erstehen, daß es für das britische Königreich eine Gefahr werden kann. Wer waren die Ausführenden dieser Entscheidung? Wer hat den Schuß auf den Zaren-Berater Grigori Rasputin abgegeben? Ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes!

Kampf um Rußland

1756-1763 Siebenjähriger Krieg.
1812 Einfall Napoleons in Rußland.
1813/1815 Niederlagen Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig und in Waterloo.
1815 Wiener Kongreß.
1853-1856 Krimkrieg. Osmanisch-britisch-französisch-sardinische Allianz gegen Rußland.
1904-1905 Russisch-japanischer Krieg.
1905-1907 Erste Revolution gegen den Zaren.
1914-1918 Erster Weltkrieg.
1917 Februarrevolution (Sturz des Zaren), Oktoberrevolution (Machtergreifung der Bolschewiki und Austritt Rußlands aus der Kriegsallianz).
1922 Nach Lenins Tod wird Stalin Generalsekretär der KPdSU.
1939 Hitler-Stalin-Pakt. Beginn des Zweiten Weltkrieges.
1941 Deutsche Truppen fallen in Rußland ein.
1945 Ende des Zweiten Weltkrieges, Aufteilung Deutschlands in provisorische Besatzungszonen.
1949 Gründung von BRD und DDR.

Stalin und Deutschland

Wir registrieren meist, dies oder das hat Rußland oder die Sowjetunion nicht getan. Man versteht kaum Josef Stalins Politik vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Dazu eine Tatsache, die Ihnen unbekannt ist: Vor dem Verlassen der Münchner Konferenz (zur Sudetenfrage) hat der britische Premier Neville Chamberlain am 30. September 1938 noch ein Treffen mit Adolf Hitler gehabt und zu ihm gesagt: "Sie haben genug Bomber, um Rußland anzugreifen, besonders jetzt nach dem Münchner Abkommen, weil sowjetische Flugzeuge nicht auf tschechoslowakischen Flugplätzen plaziert werden können."
Unsere Aufklärung hat all diese Dokumente an Stalin weitergeleitet. …
Stalin hat nach unserem unglücklichen Krieg mit Finnland 1939/40 angefangen, die sowjetische Armee durchgreifend zu reformieren, und seine Pläne sollten in groben Zügen bis Herbst 1942 vollendet werden. Die Reaktion Hitlers war dieselbe wie die Reaktion von Wilhelm II. vor dem Ersten Weltkrieg. Zar Nikolaus II. plante 1913 eine Reform seiner Armee, die 1914 beginnen und 1917 beendet werden sollte. Die Reaktion von Wilhelm II. war: "Warum sollen wir warten, bis Rußland stark wird, wir sollten sofort handeln."
Genauso war es mit dem Angriff Hitlers auf Rußland. All die Legenden des Buchautors Viktor Suworow lassen Sie beiseite, aber Folgendes ist wichtig: Als die Wehrmacht vor den Toren Moskaus steht, sagt Stalin in seiner Rede am 6. November 1941: "Die Hitlers kommen und gehen, Deutschland und das deutsche Volk bleiben bestehen." Das war in einer für die Sowjetunion schlimmen Situation, denn wenn Moskau gefallen wäre, hätte ihr sofort Japan den Krieg erklärt, die Türkei hätte sie mit ihren 27 Divisionen attackiert und Schweden hätte sich der Hitler-Allianz angegliedert. …
Valentin Michailowitsch Falin (*1926) war Berater des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow sowie des Außenministers Andrei Gromyko. Von 1971 bis 1978

war Falin Botschafter der UdSSR in Bonn, leitete anschließend die Nachrichtenagentur Nowosti und war zweimal Direktor des Internationalen Ausschusses des Zentralkomitees der KPdSU, bis zu deren Auflösung 1991. Er ist bis heute ein gefragter Kommentator in russischen Medien. - Der obige Text ist die leicht redigierte und gekürzte Fassung des Vortrages, den Falin auf der "Souveränitätskonferenz" von COMPACT Magazin Ende November 2012 in Berlin hielt. …<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Januar 2015 (x892/…): >>**Robert Spaemann fragt ob der Rechtsstaat "verwertet" wird**

Der Philosoph Robert Spaemann hat in einem sehr lesenswerten Beitrag für die "Neue Züricher Zeitung" auf eine Entwicklung hingewiesen und davor gewarnt, die in den letzten Jahren und insbesondere in den letzten Monaten immer deutlicher erkennbar wird. Der Staat selbst versucht derzeit mit unredlichen Mitteln, mit Methoden, die ansonsten nur in Diktaturen üblich sind, "Werte" zu vermitteln und alle diejenigen auszugrenzen, die diese Werte nicht teilen. Damit wird der Rechtsstaat untergraben. Dies wird an verschiedenen Zeichen besonders deutlich: jede Diskussion über Zuwanderung wird unterdrückt und der Staat selbst ruft zu Demonstrationen gegen Kritiker von Zuwanderung, Islamisierung und die vom Staat verordnete Ideologie auf.

In dem Beitrag von Professor Spaemann heißt es unter anderem:

"In der Öffentlichkeit fast ohne Widerspruch, breitet sich das Reden von Werten und von der Wertegemeinschaft aus. Verfassungen werden als Wertordnung verstanden, die Nato soll der Verteidigung der westlichen Wertegemeinschaft dienen und neuerdings auch deren offensiver Ausdehnung. Sogar die Kirchen empfehlen sich der Gesellschaft weniger durch den Anspruch, den geoffenbarten Willen Gottes kundzutun und die Auferstehung von den Toten zu bezeugen, als durch das Angebot, die Gesellschaft durch "Wertevermittlung" und durch "Wertorientierung" der Jugend zu stabilisieren."

Und weiter:

"Wo aber die Staatsgewalt sich unter Berufung auf höhere Werte für legitimiert hält, Menschen an etwas zu hindern, was zu verbieten ihr kein Gesetz erlaubt, da ist Gefahr im Verzug. Und in dieser Gefahr befinden wir uns gegenwärtig."<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 19. Januar 2015 (x893/…): >>**Houellebecq und Chesterton über die Islamisierung Europas und das Versagen der Obrigkeit**

G. K. Chesterton veröffentlichte bereits 100 Jahre vor Michel Houellebecq einen Roman über die islamische Herrschaft und den Freiheitskampf gegen diese Herrschaft

(Paris) "Unterwerfung" von Michel Houellebecq ist das Buch des Jahres. In Frankreich wurde der Roman nach dem islamistischen Attentat von Paris schnell aus dem Buchhandel zurückgezogen. Man wolle nicht "provozieren", hieß es. Die "Sicherheit" der Menschen stehe auf dem Spiel. Die Begründung klingt vertraut, wurde doch gewissermaßen als Folge des Attentats inzwischen auch der für heute angesetzte Abendspaziergang von Pegida in Dresden abgesagt. Die Unterscheidung, ob es sich um eine "freiwillige" Absage wegen Morddrohungen gegen den Veranstalter handelt, oder um eine faktische Untersagung durch die staatliche Autorität, der die abendlichen Bürgerspaziergänge längst ein Dorn im Auge waren, fällt schwer.

Islamisten morden mitten in Paris. Die Folgen aber sind polizeistaatliche Eingriffe und vorauseilende "Unterwerfung" durch Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Europa? Dem Verkauf des Buches tut das keinen Abbruch. Im Gegenteil. Wie es mit der Pegida weitergeht, wird sich erst zeigen.

Hundert Jahre vor Michel Houellebecq

"Unterwerfung" von Houellebecq erzählt die Geschichte einer islamischen Machtübernahme in Frankreich. Durch das Attentat von Paris bekam der Roman schaurige Aktualität. Houelle-

becq, der eigentlich über die Poesie zur Prosa kam und heute einer der bekanntesten französischen Schriftsteller ist, war aber nicht der erste, der ein solches Zukunftsszenario skizzierte. Weniger beachtet, aber schon hundert Jahre vor dem Franzosen, wurde die Unterwerfung Großbritanniens unter die islamische Herrschaft geschildert. Eine Unterwerfung, die erst mit Hilfe und Zustimmung der Mächtigen der damaligen Zeit möglich wurde.
1914 brachte der 40jährige G.K. Chesterton die Moslemherrschaft an der Themse mit dem Roman "The Flying Inn" (Das fliegende Wirtshaus) zu Papier. Er schildert die Situation nach einem Krieg zwischen Abend- und Morgenland. Der scharfsinnige Chesterton kleidet die Handlung in eine lustige Satire über vermeintlichen religiösen Fortschritt und das angeblich erstrebenswerte Ziel fortschrittlicher Religionen.
Die internationale Diplomatie, worin der Westen Meister ist, bemüht sich im Roman um Friedensabkommen. Für Europa werden die Verhandlungen den beiden führenden Nationen England und Deutschland anvertraut.
Der exzentrische Lord Ivywood hält im Namen Englands folgende Friedensansprache: "Die unsere ist eine Zeit, in der die Menschen immer stärker zur Überzeugung gelangen, daß alle religiösen Glaubensbekenntnisse untereinander ein Geheimnis bewahren. Wenn es stimmt - und ich appelliere noch einmal an die Nachsicht von Omar Pascha (Leiter der islamischen Verhandlungsdelegation) und sage, daß es meines Erachtens stimmt - wenn es also stimmt, daß wir, der Westen, dem Islam das eine oder andere Licht gegeben haben, indem wir ihn den Frieden und die zivile Ordnung schätzen haben lassen, können wir dann nicht vielleicht auch sagen, daß der Islam seinerseits uns in tausend Dingen den Frieden geben wird und uns ermutigen wird, jenen Fluch zu unterdrücken, der so sehr dazu beigetragen hat, die Tugenden der westlichen Christenheit zu schädigen und zu verwirren?"

"Ich habe etwas gesehen, das schlimmer ist als der Krieg …"

Unter den Teilnehmern der Friedensverhandlungen befindet sich auch Patrick Dalroy, ein unerschrockener Ire, der mit einer kleinen Schar entschlossener Männer Europa im Krieg verteidigt hatte. Als er die Worte von Lord Ivywood hört, ist seine Reaktion:
"Ich werde jetzt gehen. Heute habe ich etwas gesehen, das schlimmer ist als der Krieg: sein Name ist Frieden."
Der Roman schildert dann den Kampf Dalroys und des Wirts Humphrey Pump für die Befreiung Englands von der islamischen Herrschaft. Eine Revolution, die keineswegs gewalttätig ist, sondern unter anderem darin besteht, den Menschen Rum und Käse zu bringen, weil die neuen Machthaber mit einem Gesetz ein Wirtshausverbot erlassen haben.
Es gibt einen Frieden, der ist schlimmer als Krieg, läßt Chesterton Dalroy sagen. Es gibt einen Frieden, der tötet. Der Unterschied ist, daß der Frieden leise tötet. Dazu gehört die Ausbreitung einer unbestimmten Uniformität, einer amorphen Form von Toleranz, in der alles akzeptiert und allem Verständnis entgegengebracht wird.
Das aber erleben wir in unseren Tagen. Unterschiede werden geleugnet oder eingeebnet, das Geschlecht wird neutralisiert, die Sexualität liberalisiert, die Religionen werden in einem großen Kessel zusammengerührt und ozeanische Menschenmassen werden mit einheitlich erhobenem Bleistift ins Bild gesetzt. Wie weit ist es von Chestertons imaginärer Romansituation und unserer Aktualität? Männliche und weibliche Lord Ivywoods reden täglich die Notwendigkeit eines Friedens ein, der schlimmer als der Krieg ist, von dem Dalroy spricht.

"Der wahre Soldat" kämpft, weil er das Seine liebt

Dalroys Krieg hingegen ist nicht gewalttätig. Er ergreift die Waffen, wenn es darum geht, zu verteidigen, denn Chesterton schildert überzeugt, daß "der wahre Soldat kämpft, weil er liebt, was er in seinem Rücken hat und nicht weil er haßt, was ihm gegenübersteht". Wenn es zum Angriff geht, setzt Dalroy Rum und Käse ein. Er setzt die Wirtshausmethode ein, die der eigentliche Ort der Demokratie ist, wo die Männer die ernsten Dinge beim Essen und Trinken

diskutieren. Eine Schreckensvorstellung für Puritaner und Berufspolitiker, die den Demos kanalisieren, institutionalisieren und damit entmachten.
Die abschätzige Chiffre "Stammtisch" ist eine obrigkeitliche Propagandalist professioneller Machthaber in einer "parlamentarisch" deformierten Demokratie. Deformiert, weil die Gewaltenteilung vor allem auf dem Papier funktioniert, die vierte Gewalt der Medien ungenannt bleibt und sich schließlich Demokratie auf Oligarchie reimt.

Die Wirtshausdemokratie und das leere Bild

Chesterton skizziert diese Wirtshausdemokratie als einzige ernsthafte Methode über wichtige Dinge zu diskutieren, da sie berücksichtigt, daß die Menschen Kreaturen sind, die Hunger und Durst haben, was schlichtweg realistischer ist. Dalroy ist ein "umgekehrter" Terrorist. Er unternimmt gezielte Angriffe, um die eingeschlafene Menschlichkeit in den Leuten wieder aufzuwecken.
Der Maler, der in der Natur vor einem Baum steht und diesen malen möchte, füllt die Leinwand durch immer neue Striche, setzt unterschiedliche Farben und Farbtöne ein, und je mehr er sich mit ihm befaßt, desto stärker treten Unterschiede zwischen den vielen Verästelungen dieses Baumes auf, die er Schritt für Schritt schafft. Die vage Ausgangsidee wird immer konkreter, immer ausgeprägter, immer feingliedriger und differenzierter. Das Einheitsdenken, das sich immer weiter ausbreitet, möchte dem Künstler jedoch nahelegen, daß es eigentlich besser sei, wenn er seine Leinwand gleich weiß lasse - um den Baum wirklich zu respektieren. Man weiß nicht mehr recht wie es dazu gekommen ist, doch scheint es heute die beste Art, um zu "verstehen" und "verständnisvoll" zu sein, zu schweigen.
Chesterton war nicht aufdringlich, aber er war mit Sicherheit keiner, der schwieg. Was das Bewußtsein angeht, war er jedoch wie der Maler, der die Realität in ihren Verästelungen nachzeichnet und nicht der leeren Leinwand huldigt oder gar ein Trugbild malt. Chesterton wörtlich: "Meine These ist, daß die gesamte Hoffnung, und die einzige mögliche Hoffnung, nicht darin besteht, zwei Dinge miteinander zu vermischen, sondern vielmehr sie so gründlich als möglich zu trennen. Das ist die einzige Art, die es möglich macht, daß es zwei Dingen gelingt, indem das eine außerhalb der Reichweite des anderen liegt, sich vernünftigerweise gegenseitig zu schätzen und zu bewundern. Solange zwei Dinge verschieden sind, man aber annimmt, sie seien gleich, kann das nur einen gespaltenen Verstand und ein taumelndes Gleichgewicht ergeben."

Chestertons Analyse des Islams - Drang zur Apokalypse

Die kleine Prämisse ist notwendig, wenn man Chestertons Haltung gegenüber dem Islam verstehen will, anstatt sie voreilig als Einseitigkeit abzutun, wie wir es heute gewohnt sind im Umgang mit politisch nicht korrekten Themen.
1917 veröffentlichte Chesterton einen Aufsatz über Lord Kitchener, jenen britischen General, der im Burenkrieg siegreich war und bereits 1898 im Sudan gegen die Truppen des Mahdi kämpfte, wo ein islamischer Staat ausgerufen worden war. Auch diesbezüglich also nichts Neues unter der Sonne. 1880 rief sich ein gewisser Muhammad Ahmad zum Mahdi (der von Allah recht Geleitete) aus und führte eine Revolte gegen die britisch-ägyptische Herrschaft im Sudan an. 1884 belagerte er die britischen Streitkräfte in Khartum und zwang sie am 26. Januar 1885 zur Kapitulation.
Das Ereignis wird im gleichnamigen Film (Khartum - Der Aufstand am Nil) von Laurence Olivier und Charlton Heston dargestellt. Muhammad Ahmad starb an Typhus, nachdem er den islamischen Staat ausgerufen hatte. Seine Anhänger, die Mahdisten, angeführt von seinem Chulafa (Kalif) genannten Nachfolger, wurden am 24. November 1898 besiegt. Diesen Sieg kommentierte Chesterton auf eine Weise, die auch auf unsere aktuelle Situation gemünzt scheint:
"Es gibt im Islam ein Paradox, das vielleicht eine ständige Bedrohung darstellt. Dieser große

in der Wüste geborene Glauben bringt seine Ekstase gerade aus der Trostlosigkeit seines Landes hervor, und man könnte auch sagen aus der Einsamkeit seiner Theologie. Diese besagt etwas, und das mit nicht geringer Erhabenheit, was nicht so sehr die Einzigartigkeit Gottes meint, sondern seine Einsamkeit. Extrem vereinfachend gesagt, ist dieser Glaube in allem der einsamen Gestalt des Propheten Mohammed ähnlich. Und doch bricht diese Isolation ständig in seinem genauen Gegenteil hervor. Im Herzen des Islams ist eine Leere, die wieder und immer wieder neu durch die ständige Wiederholung jener Revolution gefüllt werden muß, die ihn hervorgebracht hat.

Es gibt keine Sakramente. Das einzige, was geschehen kann, ist eine Art von Apokalypse, einzig wie das Ende der Welt. Daraus folgt, daß man nichts anderes tun kann, als immer neu diese Apokalypse herbeiführen zu wollen, damit die Welt vergeht, wieder und wieder. Es gibt keine Priester, doch diese Gleichheit kann nur eine Vielzahl anarchischer Propheten, so zahlreich wie die Priester hervorbringen. Gerade dieses Dogma, das besagt, daß es nur einen Mohammed gibt, erzeugt eine unendliche Kette von Mohammeds.

Unter diesen sind die mächtigsten unserer Tage ein Mann namens Ahmad, dessen berühmtester Titel der des Mahdi ist, und sein viel grausamerer Nachfolger Abdullah, allgemein bekannt als Kalif. Diesen großen Fanatikern, oder großen Erzeugern von Fanatismus, ist es gelungen, ihren Militarismus fast so berühmt und hervorragend zu machen wie das Osmanische Reich, an dessen Grenzen sie stehen, und ein Reich des Terrors aufzurichten und auszudehnen, wie man es nur selten zu organisieren weiß, außer mit Hilfe der Zivilisation."

Die Ivywoods unter uns

Es ist letztlich ein ziemlich genaues Abbild dessen, was wir heute erleben: einen fanatischen Militarismus, der von angeblichen Propheten und Kalifen angeführt wird und der einen apokalyptische Vernichtungsdrang hat. Vor allem aber sagt uns Chesterton, daß eine Terrorherrschaft nur selten organisierbar ist und wenn, dann nur mit Hilfe der Zivilisation. Und damit geht der Blick auf die zahlreichen Lord Ivywoods unserer Tage. Eine Lady Ivywood erklärte jüngst gar, der Islam sei ein Teil Deutschlands, obwohl sich in der langen greifbaren Geschichte des Landes kein Beleg für eine solche Behauptung finden läßt.

Es tröstet uns natürlich, wenn wir hören, daß gewisse, gemäßigte Imame den Koran zitieren und behaupten, er würde jeden verurteilen, der einen anderen Menschen tötet. Gleichzeitig sind wir irritiert, wenn wir hören, daß führende Imame, wie jener von London, um bei Chesterton zu bleiben, denselben Koran zitieren und behaupten, er würde jeden zum Tode verurteilen, der den Namen des Propheten beleidigt. Das ist der unendliche Zug von Mohammeds, von dem Chesterton berichtet, und der sich nicht ändert. Dem Wesen des Islams entsprechend, wie es Chesterton freigelegt hat, werden immer neue Mohammeds aufstehen, um die dieser Religion innewohnende Leere durch die vernichtende Apokalypse zu füllen.

Die Beziehung zwischen Mensch und Gott

Der Kommentar Chestertons zeigt, daß der Islam tatsächlich eine Religion ist, denn das Wort Religion beschreibt eine unendliche Sehnsucht. Sie ist der Versuch, den ganzen menschlichen Ruf nach dem fernen Gott zusammenzufassen. Der Gegensatz zum polytheistischen Olymp fernöstlicher Spiritualität, die letztlich nicht als wahre Religion zu verstehen ist, ist offensichtlich. Das gilt erst recht für den westlichen Relativismus, der Myriaden von Götzen in das Vakuum abstrakt postulierter Leere eindringen läßt.

Im Gegensatz dazu konzentriert sich Religion erst im Monotheismus, in der Sehnsucht nach dem einen Gott. Es geht um die Begegnung zwischen Mensch und Gott. Chesterton zeigt kein Verständnis für den Islam und sein apokalyptisches Handeln, aber er weiß ihn zu erklären und zu deuten. Eine Deutungsfähigkeit, die selbst professionellen Islamexperten heute oft abgeht. Chesterton erkennt in den eruptionsartigen islamimmanenten Gewaltexzessen den Versuch, den Abstand in der Beziehung zwischen Mensch und Gott zu überwinden.

Der Blindflug der aufgeklärten Ideologen

Daraus ergibt sich, wie falsch der Versuch aufgeklärter Ideologen unserer Tage ist, die das Phänomen Islam damit einhegen möchten, indem sie jede Religion marginalisieren wollen und sich auch gegen das Christentum stellen. Die Antwort auf die Sehnsucht, die den Islam hervorgebracht hat und antreibt, kann jedoch nicht die sterile Aufklärung sein, der jede Attraktivität abgeht, sondern letztlich nur das Christentum. Die westlichen Ideologen bekämpfen das einzige Instrument, das den Islam wirklich überwinden kann, weil es seinen Motor nicht zu ersticken versucht, was ohnehin sinnlos wäre, sondern ihn - obwohl das genaue Gegenteil des Islams - in die richtigen Bahnen lenkt, zu Christus. Das ist der kategorischen Religionsskepsis natürlich ein Greuel, ändert aber nichts an der Realität.

Im Gegensatz zum Islam, der aus einer irdischen Revolution entstand, fand die "Revolution" des Christentums im Himmel statt. Die Ferne zwischen dem Menschen und Gott wurde, wie das Evangelium lehrt, besiegt, indem Gott seinen Sohn auf die Erde sandte unter die Menschen, der selbst Mensch wurde. Das bekennt das Christentum und ist damit sogar mehr als Religion, da es direkte Erfahrung der göttlichen Manifestation in der materiellen Welt ist.

Gott selbst lebte mehr als 30 Jahre auf Erden mitten unter den Menschen. Abgesehen davon, wie Chesterton betont, ist der christliche Gott eine Dreieinigkeit und damit nicht totale Einsamkeit, wie ihn der Islam behauptet. Der christliche Gott ist weder ein einsamer, noch ein ferner Gott. Er ist Mensch geworden, hat unter uns gelebt und ist unter uns geblieben, indem er uns die Sakramente hinterlassen hat, um uns auf jedem Schritt unseres irdischen Lebens zu führen.

Wie behaupten in diesen Tagen doch "aufgeklärte" Ideologen wie Corrado Augias: die tragenden Säulen Europas seien die protestantische Reformation und die Französische Revolution. Doch, Hand aufs Herz, wann je hat irgend etwas Tragendes mit einem Protest oder einer Revolution begonnen? Das setzt allemal schon Bestehendes voraus. Die Behauptung spiegelt vielmehr das verwirrte Stammeln und die Orientierungslosigkeit angesichts einer Entwicklung wider, die wir nicht wollen, auf die wir aber nicht zu antworten wissen, weil uns ideologische Scheuklappen das Denken verhindern.

So versucht der Westen auf den islamischen Terror mit einer weiteren Zurückdrängung des Christentums zu reagieren, indem er sich der zentralen, wirklich tragenden Säule beraubt, die ihn zum erfolgreichen Widerstand befähigt. Damit beschleunigt der Westen die eigene Kapitulation und fördert die Islamisierung Europas. Das schildert Michel Houellebecq heute und das schilderte bereits hundert Jahre vor ihm G.K. Chesterton.

Beide Romane sind 2015 zur Lektüre empfohlen. Chestertons Roman "Das fliegende Wirtshaus" wurde zwischen 1922 und 1976 in mehreren Ausgaben in deutscher Sprache vorgelegt, ist im Handel aber nur mehr antiquarisch zu erhalten. Eine Neuauflage oder auch Neuausgabe wäre dringend geboten. Bis dahin lohnt die Suche nach einem Exemplar einer der vergriffenen Ausgaben.

Text: Giuseppe Nardi<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 26. Mai 2015: >>**Wie die USA zur Weltmacht aufstiegen**

Am Ende des Ersten Weltkriegs spülte die Sintflut aus Krieg und Revolution die von Europa dominierte Weltordnung hinweg. Der britische Historiker Adam Tooze zeigt, wie die USA global an Einfluß gewannen - und stößt damit Tore zu neuer Erkenntnis auf.

Gastbeitrag von Eckart Conze

Eckart Conze lehrt Neuere Geschichte in Marburg und ist derzeit Gastprofessor an der Munk School of Global Affairs der Universität Toronto (Kanada).

Was der britische Historiker Adam Tooze in seinem jüngsten Buch über die Neuordnung der Welt am Ende des Ersten Weltkriegs schreibt, wird in Deutschland viel weniger Aufmerk-

samkeit finden als Christopher Clarks Opus magnum zum Kriegsbeginn 1914. Dabei ist seine Darstellung mindestens genauso wichtig.
Aber sie bedient nicht die Erwartungen, welche "Die Schlafwandler" gerade hierzulande geweckt haben und welche mit großer Sicherheit die unausweichlich nahende historische und politische Reflexion über das Kriegsende 1918, die Pariser Friedenskonferenz und den Versailler Vertrag bestimmen werden.
Denn wenn man sich Clarks Thesen zur kollektiven Verantwortung der europäischen Mächte für den Weltkrieg zu eigen macht, wenn man die Katastrophe von 1914 primär als Systemversagen erklärt, dann bleibt das nicht ohne Wirkung auf Wahrnehmung und Beurteilung der Friedensregelung von 1919, zu deren zentralen Säulen die im berüchtigten Artikel 231 des Versailler Vertrags festgeschriebene deutsche Kriegsschuld gehört.
Und schon sind wir dann wieder mitten in der alten, der sehr deutschen Debatte über die Kriegsschuld und, implizit oder explizit, über die Verantwortung der Alliierten für einen "falschen Frieden", der am Ende Hitler zur Macht verholfen und dadurch die Menschheit in einen zweiten Weltkrieg gestürzt habe. Daß eine solche germanozentrische Diskussion wirklich weiterführt, darf man bezweifeln.

Globaler Hegemonieanspruch der USA

Der an der Yale-Universität lehrende Tooze, dem vor einigen Jahren mit einer umfassenden Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus ("Ökonomie der Zerstörung") ein großer Wurf gelungen ist, untersucht die Entstehung und Entwicklung der internationalen Nachkriegsordnung aus einer ganz anderen Perspektive. Seine Geschichte ist global angelegt, und sie fragt insbesondere nach der Rolle der USA in den Dynamiken einer wahrhaft weltumspannenden Transformation.
Der Untersuchungszeitraum des Buches liegt in den Jahren 1916 bis 1931, doch Toozes Blick richtet sich weit über diesen Zeitabschnitt hinaus auf das "American Century", das in dieser formativen Phase Gestalt annahm: auf ein Jahrhundert, das geprägt wurde durch den ökonomisch fundierten und dann ideologisch aufgeladenen globalen Hegemonieanspruch der USA, der sich auf eine liberal-kapitalistische internationale Ordnung richtete, die nach 1945 in der westlichen Welt umfassend durchgesetzt wurde und deren transnationaler Geltungsanspruch die Politik der Vereinigten Staaten auch im beginnenden 21. Jahrhundert bestimmt.
Daß die USA 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahr der grauenhaften Schlachten bei Verdun und an der Somme, das britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt ablösten, war weit mehr als nur eine ökonomische Entwicklung. Die Geschichte des amerikanischen Aufstiegs zu einer globalen Machtposition ist schon oft erzählt worden.
Gerade mit Blick auf den Ersten Weltkrieg wurde sie verknüpft mit der Geschichte des Sieges der westlichen Alliierten über das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten, aber auch mit der Geschichte der idealistischen Visionen des amerikanischen Präsidenten Wilson von einer friedlichen Weltordnung demokratisch selbstbestimmter Staaten.

"Frieden ohne Sieg" - dank den USA

In erfrischender Weise stellt Adam Tooze diese etablierten Deutungen in Frage. Die amerikanische Kriegserklärung an das Deutsche Reich 1917 wird nicht aus dem Gegensatz von Demokratie und Autokratie erklärt; ihr wird keine Zwangsläufigkeit unterlegt. Eher war aus der Sicht der Washingtoner Regierung nach der törichten Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs durch die von der Militärführung beherrschte deutsche Reichsleitung der amerikanische Kriegseintritt nicht mehr zu vermeiden.
Aber als Woodrow Wilson im Präsidentschaftswahlkampf 1916 damit warb, die USA aus dem Krieg herausgehalten zu haben, zielte das nicht nur auf Wählerstimmen, sondern spiegelte auch das enorme Selbstbewußtsein einer Nation und ihrer politischen Elite.
Wilson wollte in dem Ringen der Europäer nicht Partei ergreifen; die USA sollten vielmehr,

so sah es der Präsident, in dem Konflikt zwischen den alten Mächten Europas, gefangen in ihren imperialistischen Traditionen und Ambitionen, kraftvoll vermitteln. Das war gemeint, wenn Wilson von "Peace without Victory" sprach, von einem - amerikanisch initiierten, von den USA durchgesetzten und kontrollierten - Frieden ohne Sieg.
In London und Paris lösten derartige Perspektiven Entsetzen aus, und man war dort geradezu dankbar, daß die deutsche Führung in ihrer Fixierung auf einen "Siegfrieden" den USA eine Absage erteilte.

Hin zur Welt, in der wir heute leben

War Woodrow Wilson, wie wir es alle zu wissen glauben, der Vertreter eines naiven politischen Idealismus, der angesichts der Realitäten europäischer Machtpolitik nur scheitern konnte? Die simple Gegenüberstellung von Idealismus und Realismus, so argumentiert Tooze, führe bei Wilson nicht weiter, sie verdecke seinen Machtwillen, seine hegemoniale Ambition.
Der amerikanische Präsident, der 1918 nach Europa reiste, um der entstehenden Friedensordnung nicht zuletzt durch die Errichtung eines "Völkerbunds" seinen Stempel aufzudrücken, war sich des ökonomisch begründeten Machtpotentials der USA klar bewußt.
Aber noch zögerte die aufsteigende Weltmacht. Der Kongreß, in dem Wilsons Gegner seit Ende 1918 eine Mehrheit hatten, verweigerte nicht nur die Ratifizierung des Versailler Vertrags, sondern lehnte damit auch einen amerikanischen Beitritt zum Völkerbund ab.

Sintflut von Krieg und Revolution

Doch überall auf der Welt wurde das ökonomische, politische und auch militärische Gewicht der USA wahrgenommen; es wurde zum archimedischen Punkt der Nachkriegsordnung und es beeinflußte innen- und außenpolitische Entwicklungen überall auf dem Globus: Das zeigt Tooze in einer Reihe von Kapiteln, die von Japan, China und Indien, vom Nahen und Mittleren Osten sowie von Lateinamerika handeln. Die europäisch-atlantische Perspektive wird darin aufgebrochen und relativiert.
Das folgt nicht einfach den modischen Tendenzen eines historiographischen Globalismus, sondern es verschränkt globalgeschichtliche und außenpolitikhistorische Perspektiven mit der Untersuchung von Wirkung und Wahrnehmung der USA als "Global Player" im Zentrum.
Vor Fabrikarbeitern und Gewerkschaftern sprach der britische Munitionsminister David Lloyd George an Weihnachten 1915 von der grundstürzenden Kraft des gegenwärtigen Krieges, der die Welt völlig umgestalten werde. Der Krieg sei eine Sintflut und werde beispiellose Veränderungen im gesellschaftlichen und industriellen Gefüge mit sich bringen.
Aus Adam Toozes Sicht, der der Rede des späteren Premierministers den Titel seines Buches entnimmt: "Sintflut", wurde die alte Ordnung Europas und einer von Europa beherrschten Welt von der gewaltigen Sintflut von Krieg und Revolution hinweggespült. Ein Zurück gab es nicht mehr.

Frage nach Versagen der "Friedensmacher" verliert an Bedeutung

Statt dessen gelangte nun eine neue, eine globale Ordnung technisch-industrieller Modernität zum Durchbruch, demonstriert, getragen und vertreten von den USA, deren gewaltige Dynamik den Zeitgenossen unaufhaltsam erschien und aus der Tooze die Radikalität und den Handlungswillen entgegengesetzter Ordnungsentwürfe erklärt, die sich angesichts dieser Dynamik gleichsam unter höchstem Zeitdruck sahen: vom italienischen Faschismus über den Nationalsozialismus bis hin zum Stalinismus.
Die Perspektive des Buches ist die der internationalen politischen Ökonomie, und das wird den Entwicklungen der Zwischenkriegszeit und weit darüber hinaus gerecht. Dies macht das Buch nicht immer zur leichten Lektüre, und auch die Zeitsprünge und der permanente Wechsel der Schauplätze bilden eine Herausforderung für den Leser.
Aber für eine Geschichte der Zwischenkriegszeit, die global angelegt ist und das weitere 20. Jahrhundert im Blick hat, erweist sich diese Perspektive als außerordentlich fruchtbar und er-

hellend, weil sie die komplexe Interaktion von wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Dynamik erfassen und analytisch aufschlüsseln kann.
Die alte Frage nach dem Versagen der "Friedensmacher" von 1919, die Generationen von Historikern um- und angetrieben hat, eine Frage, die sich aus den Debatten der Zwischenkriegszeit und den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg speiste, verliert vor diesem Horizont ihre erkenntnisleitende Bedeutung. Ihr analytisches Potential hatte sich ohnehin erschöpft.
Adam Toozes Buch stößt demgegenüber neue Tore auf. Es läßt die Entwicklung der internationalen Ordnung nach 1918 nicht als abgeschlossenes Kapitel der Vergangenheit erscheinen, sondern als Beitrag zur Entstehung einer Welt, in der wir noch heute leben.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 6. Juni 2015 (x892/…): >>**EU-Parlament: Erneuter Angriff auf Ehe und Familie**
Trotz europaweiter Massenproteste gegen die Versuche des linken EU-Parlaments zur Diskriminierung von Ehe und Familie, liegt jetzt wieder ein neuer "Bericht" vor, der vom Parlament verabschiedet werden soll. Diesmal ist es die linksradikale bayrische SPD-Abgeordnete Maria Noichl, eine unauffällige Hinterbänklerin.
Mit ihrem Bericht soll nun erneut das durchgesetzt werden, was zuvor mit dem "Estrela-Bericht" 2013 und im letzten Jahr mit einem gleichen Versuch einer österreichischen Sozialistin vom Parlament abgelehnt wurde. Alle Initiativen verstoßen gegen das Subsidiaritätsprinzip, nach dem die EU keinerlei Kompetenz in Fragen von Ehe und Familie hat. Doch Linke akzeptieren nur Gesetze, die sie selbst verabschiedet haben. Es geht wieder Mal um die Durchsetzung der Gender-Agenda.
Im Zentrum des neuen Berichts steht die Durchsetzung der Freigabe der Tötung ungeborener Kinder und die Diskriminierung von Ehe und Familie durch die Gleichstellung homosexueller Beziehungen. Der Frauenausschuß des Parlaments hat den Bericht bereits mit 20:12 Stimmen durchgewinkt und so kann der Bericht nun ins Parlament eingebracht werden.
Gefordert wird eine neue Strategie zur Bekämpfung einer angeblichen Diskriminierung von Homos und anderen Personen mit seltsamen Sexualpraktiken, die unter der Abkürzung LGBT zusammengefaßt werden. Tatsächlich handelt es sich um eine Diskriminierung von Ehe und Familie.
Weiter fordert der Bericht eine Verbesserung der Abtreibungsmöglichkeiten durch "qualitativ hochwertige und leicht zugängliche Dienste mit angemessener geographischer Streuung", also Abtreibungseinrichtungen in jedem Dorf.
Menschenleben sind diese aus unseren Steuergeldern hochdotierten Zerstörern von Ehe und Familie und damit unseres Gemeinwesens, nichts wert. Sie wollen, wie schon Lenin und Stalin, jede Bastion gegen den linken Terror schleifen.
Die linke Hinterbänklerin will die Abtreibung ausdrücklich als Dimension der Entwicklungshilfe durchsetzen. Schon heute bekommen Entwicklungsländer, die Abtreibung nicht legalisieren, keine Entwicklungshilfe mehr. Auch im "Noichl-Bericht" wird wieder die Abtreibung als Menschenrecht proklamiert. Da sieht man was es mit den sogenannten "Menschenrechten" auf sich hat: Massenmord als Menschenrecht!
Und dann geht es weiter mit der ideologischen Gender-Mainstreaming Indoktrination von der Kindertagesstätte bis zur Schulentlassung. Die EU soll "Modelle für bewährte Verfahren für die Sexualerziehung junger Menschen in ganz Europa entwickeln". Dazu sollen Umerziehungsprogramme für Schulen entwickelt werden, damit junge Menschen Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibung bekommen. Die Unterschiede zwischen Mann und Frau sollen vollständig nivelliert werden, durch einen Unterricht, der den Kindern eintrichtert, daß alle Unterschiede nur anerzogen sind und durch soziale Rollen durchgesetzt werden. Linksfaschismus in Reinkultur!

Die linksradikale bayrische Familienzerstörerin kritisiert dann sogar in ihrem Bericht allen Ernstes, daß die EU-Kommission bisher zu wenig zur diktatorischen Durchsetzung der Gender-Ideologie getan hat. In allen Bereichen des Lebens, von der KITA, über Schule und das gesamte Erziehungswesen, in der Wirtschaft, Kulturpolitik und Außenpolitik, überall soll die Gender-Ideologie zum Maßstab der Tätigkeit der Politik werden. …<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 25. Juli 2015 (x892/…): >>**Westliche Welt am Abgrund**

Ein Blick in die Tageszeitung von heute zeigt, wie nah die sogenannte westliche Welt am Abgrund steht. Selten zuvor in der europäischen Geschichte gab es eine Kultur, die so menschenverachtend und lebensfeindlich ist, wie die sich selbst ständig lobpreisende liberale westliche Welt.

Beginnen wir mit dem Artikel, der darüber berichtet, daß die frauen- und kinderfeindliche Abtreibungsorganisation Planned Parenthood (deutscher Ableger "pro familia"), die für den vorgeburtlichen Tod von Millionen Kinder verantwortlich ist, in Geschäfte verwickelt ist, bei denen getötete Kinder für die Biotech Industrie vermarktet werden sollten.

Weiter geht es mit dem "Diktat der Anhänger der linken Weltanschauung", wie sich Erzbischof Henryk Hoser, Vorsitzender der Bioethik-Kommission der polnischen Bischofskonferenz ausdrückte. Die linksliberale polnische Regierung hat ein radikalliberales In-vitro-Gesetz verabschiedet, das weiter geht als irgendein anderes Gesetz in Europa.

Es wird nur noch darüber diskutiert, ob man auch Koma-Patienten zu Ei- oder Samenspenden heranzeihen soll. Weitere Beschränkungen der künstlichen Reagenzglasbefruchtung gibt es praktisch nicht. Auch in Polen ist das Verständnis für jedes Maß verloren gegangen. Mitmenschen dienen nur noch zur Selbstbefriedigung der Bedürfnisse schon Lebender, starker und gesunder Menschen.

Weiter geht es mit einem Bericht über den Boom des Verkaufs der sogenannten "Pille danach" in Deutschland, die nicht selten auch zur Abtreibung der befruchteten Eizelle und damit eines Menschen führen kann. Seit der Zulassung dieser Pille für die Freigabe an alle Frauen im gebärfähigen Alter (das sind z.B. auch 14-jährige Mädchen) im Mai diesen Jahres, also vor zwei Monaten, wurde 167.500 Packungen abgegeben.

Als letztes Land in Europa wird auch im katholischen Italien die "Homo-Ehe" noch in diesem Jahr per Gesetz eingeführt. Personen gleichen Geschlechts können dann auch "heiraten". Damit wird auch in Italien die Ehe schlicht und einfach neu definiert. Und wenn man die Ehe in der Weise einfach neu definieren kann, warum sollte man die "Ehe" zwischen einem Mann und vier Frauen oder umgekehrt, oder die "Ehe" zwischen fünf Frauen, oder die "Ehe" zwischen dem Hund Bello und seinem Frauchen nicht künftig mit in die Ehedefinition aufnehmen? Das ist eine ernsthafte Frage:

Wenn Ehe beliebig umdefiniert werden kann und nicht das Wesen, die Natur der Ehe eine Rolle spielt, kann man jede beliebige Eigenschaft zu einem Ehekriterium machen. Doch soweit denken die Verantwortlichen (noch) nicht. Für Politiker ist Denken ohnehin zu viel verlangt!

Mütter die ihr natürliches Recht und ihre höchste Pflicht erfüllen möchten, werden gegenüber Frauen, die in den allermeisten Fällen aus einer finanziellen Zwangslage heraus arbeiten gehen müssen und deshalb ihre Kinder in KITAS abgeben, massiv benachteiligt. Während der Staat kein Problem damit hat, das Subsidiaritätsprinzip auszuhebeln und KITAS mit nahezu eine Milliarde Euro zu fördern, wurde das Betreuungsgeld in Höhe von nur 150 Euro vom Bundesverfassungsgericht genau damit gekippt, daß der Staat hier Leistungen zahlt, die in die Kompetenz der Länder fallen. Warum sagt das Bundesverfassungsgericht nicht, daß auch die Bundes-KITA-Finanzierung verfassungsfeindlich ist?

Nahezu alle wesentliche Rechte und Pflichten, die sich aus dem Naturrecht ergeben, sind

inzwischen durch diesen "Rechtsstaat" ausgehebelt worden. Dies ist kein Rechtsstaat mehr, sondern ein Unrechtsstaat, der sein Existenzrecht Tag für Tag mehr verspielt und nur noch wenige Schritte um Absturz entfernt ist. Trotzdem dürfen wir Katholiken und alle Menschen guten Willens den Absturz in den Abgrund nicht tatenlos abwarten. Wir müssen weiter und verstärkt kämpfen für die Wahrheit, für die Rechte der Kinder, für die Rechte der Frauen und Mütter, für die Rechte der Familien und für alle Rechte, die sich aus der Natur des Menschen ergeben. Auch wenn man manchmal diesem Staat nur den letzten Stoß geben möchte, damit er endlich in den Abgrund stürzt…
Helfen Sie mit Ihrem Gebet: Für ein Deutschland, in dem Christus wieder herrschen kann, für ein Deutschland, daß wieder das Naturrecht achtet. Beteiligen Sie sich am Rosenkranzkreuzzug für die Königherrschaft Jesu Christi über unser deutsches Vaterland.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. September 2015: >>**Immigration als Waffe**
Krude Strategie: Jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt sollen Europas Intelligenz senken
Rassismus ist das Standardargument schlechthin, wenn Kritiker einer unkontrollierten Zuwanderungspolitik mundtot gemacht werden sollen. Ein Blick in die Geschichte zeigt jedoch, daß erstaunlicherweise gerade einflußreiche Befürworter einer multikulturellen Gesellschaft oftmals mit einem kruden Biologismus argumentiert haben.
Mit Blick auf den europäischen Kontinent hatte Richard Nicolaus Graf von Coudenhove-Kalergi etwa im Jahr 1925 in seiner Programmschrift "Praktischer Idealismus" die Entstehung einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" vorausgesagt. Äußerlich der altägyptischen ähnlich, sollte diese Mischrasse nach Meinung des Gründers der Paneuropa-Union, die "Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten" ersetzen. Bis heute eine Fundgrube für antisemitische Verschwörungstheoretiker sind die Ansichten Coudenhove-Kalergis zu den Juden, die er als die "geistige Führerrasse Europas" bezeichnete.
Rund 20 Jahre später tauchten im Zuge des Zweiten Weltkriegs dann Ideen für eine biologische Lösung des "deutschen Problems" auf. Für Aufsehen sorgte etwa ein 1943 im Selbstverlag erschienenes Traktat von Theodore Newman Kaufman. Unter dem Titel "Germany must perish!" plädierte Kaufman für eine Massensterilisation der Deutschen. Im Jahr 1944 war es der US-Finanzminister Henry Morgenthau, der vorschlug, Deutschland in einen Agrarstaat zu verwandeln. Zitate, die Morgenthau zugeschrieben werden, sprechen dafür, daß ihm durchaus bewußt war, daß die Umsetzung seiner Pläne Millionen Menschenleben gefordert hätten.
In der Öffentlichkeit weit weniger bekannt sind die Gedanken des US-amerikanischen Anthropologen Ernest Hooton, der die Deutschen unterschiedslos für "moralische Schwachsinnige" hielt. In einem 1943 veröffentlichten Aufsatz hatte Hooton empfohlen, die Geburtenzahl der Deutschen zu reduzieren sowie die Einwanderung und Ansiedlung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern, in Deutschland zu fördern. Um größeren Widerstand bei den Deutschen zu vermeiden, schlug Hooton vor, diese "Umzüchtung" langsam durchzuführen.
Zur Entlastung Hootons wird angeführt, daß seine Vorschläge außerhalb des Artikels nie wieder öffentlich erwähnt worden seien und auch sonst niemand die dahinterstehenden Ideen propagiert habe. Der Bedeutung Hootons wird dies allerdings kaum gerecht. Der Lehrstuhl des Wissenschaftlers war in den Vereinigten Staaten das Hauptzentrum zur Forschung und Ausbildung im Fachbereich der biologischen Anthropologie. Dazu galt Hooton seinerzeit als prägend für eine ganze Generation von Anthropologen.
Daß Ideen einer gezielten Völkervermischung bis heute ihre Anhänger haben, macht das Beispiel des 1962 in Chilton, Wisconsin, geborenen US-amerikanischen Forschers auf dem Gebiet der Militärstrategie Thomas Barnett deutlich. In Büchern wie "The Pentagon's New Map" und "Blueprint for Action" nennt der als "Vordenker der Globalisierung" bezeichnete Barnett

als Endziel der US-Politik die "Gleichschaltung aller Länder der Erde". Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Immigrationswelle interessant sind Barnetts Gedanken zu Europa.
Der Kontinent soll nach Ansicht des Geostrategen jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufnehmen. Ähnlich wie bei Coudenhove-Kalergi taucht der Gedanke auf, daß in Europa die Entstehung einer "hellbraunen Rasse" gezielt herbeigeführt werden müßte. Ergebnis wäre laut Barnett eine Bevölkerung mit einem durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 90, "zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug, um zu arbeiten".
Ein anderer geopolitischer Vordenker aus den USA, Zbigniew Brzezinski, prognostiziert in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" noch eine andere Folgewirkung, die eine multikulturelle Gesellschaft nach sich ziehe. Speziell mit Blick auf die USA gerichtet äußerte Brzezinski die Befürchtung, daß der Niedergang der Dominanz des weißen, angelsächsisch geprägten Amerika zugunsten einer multikulturellen Gesellschaft langfristig eine Schwächung der USA darstellt. Eine stark fragmentierte Gesellschaft würde es zunehmend verhindern, daß sich die USA künftig noch militärisch im Ausland engagieren würden, so die Argumentation Brzezinskis.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 2. Oktober 2015: >>**Finanzguru George Soros' Plan für Europas Flüchtlingskrise**
Von George Soros
Der Exodus aus Syrien hätte nie in eine Krise münden müssen. Jetzt muß Europa mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren. Sie muß die Panik und das unnötige menschliche Leiden beenden.
Die Europäische Union muß die Verantwortung für das Fehlen einer gemeinsamen Asylpolitik übernehmen. Dieser Mangel führte dazu, daß der wachsende Flüchtlingsstrom dieses Jahres von einem handhabbaren Problem zu einer politischen Krise eskaliert ist.
Jeder Mitgliedsstaat hat sich auf selbstsüchtige Weise nur um seine eigenen Interessen gekümmert und oft gegen die Interessen anderer gehandelt. Dies hat unter den Asylsuchenden, der Öffentlichkeit sowie unter den Polizei- und Justizbehörden für Panik gesorgt.
Um auf die Krise reagieren zu können, braucht die EU einen gemeinsamen Plan. Dieser muß eine effektive Methode zur Handhabung der Asylantenströme beinhalten, damit diese auf sichere, geordnete Weise stattfinden können - und in einer Geschwindigkeit, die Europas Aufnahmefähigkeit entspricht.
Dieser Plan muß so umfassend sein, daß er auch über die Grenzen Europas hinausreicht. Es ist weniger zerstörerisch und viel weniger kostenaufwendig, wenn die potentiellen Asylanten in oder in der Nähe ihrer jeweiligen Umgebung bleiben.
Die EU muß jährlich eine Million Flüchtlinge aufnehmen
Angesichts dessen, daß der Ursprung der aktuellen Krise in Syrien liegt, muß das Schicksal der syrischen Bevölkerung erste Priorität haben. Aber auch andere Asylbewerber und Migranten dürfen nicht vergessen werden.
Dementsprechend muß ein europäischer Plan von weltweiten Maßnahmen begleitet werden, die unter der Leitung der Vereinten Nationen stehen und deren Mitgliedsstaaten mit einbeziehen.
Dadurch werden die Lasten der syrischen Krise auf eine größere Anzahl von Staaten verteilt und gleichzeitig weltweite Standards für den Umgang mit dem Problem der erzwungenen Migration eingeführt.
Erstens muß die EU in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich aufnehmen. Und um dies tun zu können, muß die Last fair verteilt werden.
Die EU zahlt 15.000 Euro für jeden Flüchtling
Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muß während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und

Ausbildung bereitstellen - und den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen.
Diese Mittel können durch die Ausgabe langfristiger Anleihen aufgebracht werden, die sich den größtenteils ungenutzten AAA-Kreditstatus der EU zunutze machen. Dies hätte den zusätzlichen Vorteil eines moralisch gerechtfertigten Haushaltsstimulus für die europäische Wirtschaft.
Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg.
Zweitens muß sich die EU an die Spitze der weltweiten Bemühungen stellen, Jordanien, dem Libanon und der Türkei genügend Mittel zur Unterstützung der vier Millionen Flüchtlinge zukommen zu lassen, die momentan in diesen Ländern leben.

20 Milliarden für die Lager in Nahost

Bis jetzt wurde nur ein Bruchteil der Summe aufgebracht, die für die grundlegenden Bedürfnisse benötigt wird. Wenn man Ausbildung, Training und andere wichtige Maßnahmen mit einbezieht, liegen die jährlichen Kosten bei mindestens 5.000 Euro pro Flüchtling oder 20 Milliarden insgesamt.
Obwohl die EU-Hilfen für die Türkei gerade verdoppelt wurden, liegen sie immer noch bei nur einer Milliarde Euro. Zusätzlich sollte die EU in der Region und auch in Tunesien und Marokko zur Schaffung wirtschaftlicher Sonderzonen beitragen, um Investitionen anzuziehen und sowohl für die Lokalbevölkerung als auch für die Flüchtlinge Arbeitsplätze zu schaffen.
Die EU müßte den Frontstaaten jährlich mindestens acht bis zehn Milliarden Euro garantieren, und der Rest sollte von den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt aufgebracht werden. Auch diese Summe könnte durch die Art langfristiger Anleihen finanziert werden, deren Erlöse bereits den Asylbewerbern in Europa zugute kommen.
Drittens muß die EU sofort damit beginnen, ein einheitliches Büro für Asyl und Migration zu gründen, und später auch eine einheitliche EU-weite Grenzsicherung. Das momentane Flickwerk von 28 unterschiedlichen Asylsystemen funktioniert nicht: Es ist teuer und ineffizient, und bei der Bestimmung, wer asylberechtigt ist, führt es zu völlig uneinheitlichen Ergebnissen.
Das neue Büro könnte die einzelnen Verfahren schrittweise aneinander angleichen, gemeinsame Regeln für Beschäftigung, Unternehmensgründung und Hilfszahlungen aufstellen und eine effektive und rechtlich einwandfreie Rückkehrpolitik für Migranten einführen, deren Asylanträge abgelehnt wurden.

Der Türkei mehr helfen, sie ist Frontstaat

Viertens müssen die Reiserouten der Asylbewerber gesichert werden, darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer. Dies ist sehr wichtig, um die Panik zu beruhigen.
Der nächste logische Schritt wäre dann, sichere Verbindungsrouten zu den Frontregionen zu schaffen und damit die Anzahl der Migranten zu verringern, die sich auf die gefährliche Mittelmeerüberquerung begeben.
Haben Asylsuchende eine vernünftige Chance, letztlich Europa zu erreichen, ist es viel wahrscheinlicher, daß sie bleiben, wo sie sind. Dazu müssen in Zusammenarbeit mit dem EU-Flüchtlingsbüro Verhandlungen mit den Frontstaaten geführt werden, um dort Bearbeitungszentren zu gründen - in erster Linie in der Türkei.
Die durch die EU entwickelten operationalen und finanziellen Regelungen sollten dann dazu verwendet werden, für den Umgang mit Asylbewerbern und Migranten weltweite Standards einzuführen. Dies ist der fünfte Bestandteil des umfassenden Plans.

Orbáns Plan droht die EU zu teilen und zu zerstören

Und um schließlich über eine Million Asylsuchende und Migranten jährlich aufnehmen zu können, muß die EU den privaten Sektor - NGOs, Kirchengruppen und Unternehmen - dazu mobilisieren, als Sponsoren aufzutreten. Dazu ist nicht nur eine ausreichende Finanzierung erforderlich, sondern auch die menschlichen und computertechnischen Mittel, um zwischen Migranten und Sponsoren zu vermitteln.

Der Exodus aus dem kriegsgeschüttelten Syrien hätte nie zu einer Krise werden müssen. Er war schon seit Langem abzusehen, leicht prognostizierbar, und Europa sowie die internationale Gemeinschaft hätten ihn durchaus bewältigen können.

Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat jetzt einen Sechspunkteplan zur Krisenbewältigung aufgestellt. Aber sein Plan, der die Menschenrechte der Asylsuchenden und Migranten auf Kosten der Sicherheit der Grenzen mißachtet, droht die EU zu teilen und zu zerstören, indem er ihre grundlegenden Werte leugnet und die Gesetze verletzt, mit denen diese geschützt werden sollen.

Die EU muß darauf mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren, die geeignet ist, die Panik und das unnötige menschliche Leiden zu beenden.

Aus dem Englischen von Harald Eckhoff.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 8. Oktober 2015 (x892/…): >>**Die Völkerwanderung**

Unter dem Titel "Die Völkerwanderung" hat der Regens des Priesterseminars Herz-Jesu und geistliche Beirat des Civitas Instituts, Pater Franz Schmidberger, eine Analyse der derzeitigen Masseneinwanderung nach Europa und Deutschland veröffentlicht. Die Analyse nimmt besonders die religiöse Dimension in den Blick, denn die nahezu eine Millionen Einwanderer aus dem Nahen Osten sind in der Mehrzahl Moslems. Pater Schmidberger stellt die Frage: "Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall?"

DIE VÖLKERWANDERUNG

Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall? Wir glauben es nicht. Sie hat vielmehr ihre mehr oder minder offenkundigen Gründe. Zählen wir einige davon auf.

1. Der westliche Liberalismus hat in Europa ein geistiges Vakuum geschaffen. Ein Vakuum bleibt aber nie als solches bestehen, es zieht außerhalb Liegendes an. So zieht der religiöse und moralische Verfall jene Völker an, die, wenn auch einem falschen und gefährlichen Glauben verpflichtet, diesen doch bis in die letzte Konsequenz leben, wie dies eben beim Islam der Fall ist.

2. An der Mittelmeerküste zwischen Genua und Nizza liegt die Geburtsrate pro Frau bei 0,6 Kindern, im gegenüberliegenden Marokko und Algerien bei 6 Kindern. In den Ländern Mitteleuropas insgesamt ist es nicht viel besser, so in Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien. Dabei sind in den entsprechenden statistischen Erhebungen die kinderreichen Einwandererfamilien aus Algerien in Frankreich und aus der Türkei in Deutschland schon mit eingerechnet.

3. Es gibt Kräfte, die an einer systematischen Zerstörung der letzten Reste des christlichen Erbes in Europa arbeiten. Was ist leichter, als durch einen solchen Zustrom von vor allem jungen islamischen Männern das Christentum auszuhebeln?

Hier und dort hört man, daß das Geld für die Schleuser aus den USA fließt und die französischen Behörden in den Ländern Nordafrikas die Massenflucht mit organisieren. Saudi-Arabien bietet der Bundesrepublik Deutschland wohl keine Flüchtlingshilfe an, wohl aber den Bau von 250 Moscheen. Menschen, die inmitten dieses Chaos zu Besonnenheit aufrufen, wie der ungarische Präsident Orban, werden als Rechtsradikale verschrien. Dabei sind die Massenmedien gleichgeschaltet.

4. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es diese nämlichen antichristlichen Kräfte

sind, die Bürgerkriege im Irak und in Syrien entfesselt haben, welche jetzt einen Teil der heutigen Asylanten in die Flucht getrieben haben. Wer hat vor einigen Jahren den sogenannten "arabischen Frühling" inszeniert? Wer hat den Irak unter Saddam Hussein mit dem Vorwand angegriffen, er besitze Massenvernichtungsmittel, was sich in der Folge als falsch, als Lüge entpuppt hat? Als dieser Tage Rußland in der UNO die Resolution einbrachte, die IS als terroristische Gruppe einzustufen, scheiterte der Antrag am Widerstand der USA Obamas.
Werfen wir noch kurz einen Blick auf die Folgen dieser Masseninvasion. Kurzfristig stehen die Asylanten, meist junge Männer, da ohne Arbeit, ohne Kenntnis unserer Sprache, ohne das geringste Interesse an einer Integration. Schwere soziale Unruhen kann man für die nahe Zukunft sich an der Hand abzählen. Längerfristig gesehen werden die angestammten Europäer sich in ein neues Europa mit der Scharia integrieren müssen.
Frau Aydan Özoguz (*31.5.1967 in Hamburg, deutsche Politikerin, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit Dezember 2011 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, seit Dezember 2014 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) sagt unverblümt, daß die Europäer sich in Zukunft täglich ihre Rechte erstreiten müssen.
Beten wir darum mit der ganzen Kirche gegen deren Verfolger:
"*Wir bitten Dich, o Herr: Zermalme den Hochmut unserer Feinde und wirf nieder ihren Trotz mit Deiner mächtigen Hand. Durch Christus, unseren Herrn.*"
P. Franz Schmidberger, Regens<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 14. Oktober 2015 (x893/…): >>**Käufliche Journalisten manipulieren die öffentliche Meinung**
Der Titel des Buches "Gekaufte Journalisten" ist für die Pressevertreter an sich schon eine Provokation, der Autor Udo Ulfkotte als gelernter Journalist gilt als ein Nestbeschmutzer.
Eine Buchbesprechung von Hubert Hecker
Das Buch stand bis vor kurzem ein Dreiviertel Jahr lang auf den vorderen Plätzen der Verkaufslisten des Buchhandels. Dieses außerordentliche Publikumsinteresse bei einem mittelmäßigen Buch zeugt von tiefem Mißtrauen gegenüber der Glaubwürdigkeit von Journalisten. Und tatsächlich bestätigt das Werk, warum bei demoskopischen Befragungen zum Ansehen von Berufen die Presseleute auf den hinteren Plätzen landen. Es ist daher nicht überraschend, daß Vertreter der Journalistenzunft über das Buch hergefallen sind.
Sicherlich spielt für den Verkaufserfolg auch eine Rolle, daß Ulfkotte seine Schrift als Enthüllungsgeschichte/n konzipiert hat - durchaus im Stil des Boulevard-Journalismus', also mit Skandalisierungen, Übertreibungen und Aufbauschungen. Da diese Methoden auch eine Domäne des Spiegels sind, hat das Hamburger Nachrichtenmagazin allen Grund, gegen den Erfolgsautor einen Mitarbeiter anzusetzen.
Die dreiseitige Spiegelstory von Jan Fleischhauer in der Ausgabe 11/2015 ist mit der hausüblichen Häme und Herablassung geschrieben. Das wird deutlich bei der Inhaltsbeschreibung des Buches, das der Spiegelautor in wenige Zeilen zusammenquetscht: Das "Pressekorps der Qualitätsmedien" sei "ein korrupter Haufen von Abstaubern, die die Öffentlichkeit belügen" würden, indem sie ihren "heimlichen Auftraggebern bei CIA und Wallstreet nach dem Munde" redeten. Mit solchen lächerlich machenden Sätzen signalisiert der Spiegelschreiber seinen Unwillen, sich ernsthaft mit dem Inhalt des Buches auseinanderzusetzen. Er wendet sich statt dessen *cum ira et studio ad personam*: Den Buch-Autor stellt er als verrückten und an Verfolgungswahn leidenden Anhänger von Verschwörungstheorien dar.
Auch andere Medienleute haben in ihren Rezensionen wenig Geschmack an der Journalistenkritik von Ulfkotte gefunden. Die meisten halten zwar den einen oder anderen Kritikpunkt für berechtigt, um dann aber seitenlang über die Fehler des Buches herzuziehen. Diese Buchbesprechung geht gerade umgekehrt vor, um nach den Schwächen und Mängeln von Ulfkottes Werk seine inhaltlichen Ausführungen zu würdigen.

Die Mängel des Buches

Einer der wenigen positiven Rezensenten, Albrecht Müller von den 'Nachdenkseiten', charakterisiert das Buch als ein "Kompendium von interessanten Informationen zu Kommunikationskampagnen" herrschender Elitegruppen.

Statt 'Kompendium' hat man eher den Eindruck eines Sammelsuriums von wichtigen und unwichtigen Informationen - erst recht bei der Darstellung einzelner (käuflicher) Journalisten: Müssen wir wissen, daß ein Redaktionsleiter der FAZ Alkoholiker war? Oder Ulfkottes "Freund" Klaus Bering im Flieger volltrunken mehrfach kotzte - "ungeniert vor den Mitreisenden"? Die Stewardessen hätten Bering "wie einen kleinen Scheich" vom Erbrochenen gereinigt, "denn alle Rechnungen wurden ja vom Sultan vom Oman bezahlt". In diesem Stil findet sich eine Reihe von Erlebnisgeschichten, die das schlechte Benehmen und die "Raffgier" von Journalisten bei luxuriösen Einladungsreisen belegen sollen.

Ulfkotte hat eine Tendenz zum Skandalisieren, zweifelhafte journalistische Praktiken werden zu "Überlebensgröße aufgeblasen" (S. Niggemeyer). Zu dem Abschnitt: "Wie Journalisten ihre Villen in der Toskana bezahlen" sei aus der längeren Einleitungspassage zitiert - auch um den boulevardesken Stil und die teilweise unsinnigen Folgerungen des Enthüllungsjournalisten zu dokumentieren: "Haben Sie sich auch schon mal darüber gewundert, warum so viele Alpha-Journalisten Häuser in der Toskana oder Spanien haben? Sie ahnen vielleicht, wie man als Journalist seine Seele an den Teufel verkauft, um auf Kosten Dritter in exotische Länder reisen zu können. Die volle Wahrheit kennen Sie aber noch nicht":

Bei Einladungsreisen von reichen Sultanen gibt es bei 5-Sterne-Vollpension vor Ort "Schlemmermenüs bis zum Abwinken". Zugleich könnten die Journalisten ihre amtlichen Tagessätze für Auslandsreisen beim Finanzamt steuerlich geltend machen. "Für jeden Tag im Oman gab es beispielsweise 2014 immerhin 48 Euro. (…) So lernte ich denn irgendwann, wie die geschicktesten und skrupellosesten Alpha-Journalisten der Leitmedien ganz nebenbei ihre Häuschen in der Toscana finanzierten." Manchmal ist es wirklich schwer, nicht Satire zu schreiben: Schreibe, raffe, Spesen klauen, Steuern sparen, Häusle bauen …

Es finden sich vielfach solche aufgebauschten Übertreibungssätze im Bildzeitungsstil wie: "Bild-Journalismus ist Kanonenfutter für die Rendite" oder: "Während da draußen langsam, aber sicher alles vermodert und zusammenbricht, präsentieren uns 'Qualitätsmedien' Tag für Tag mit Durchhalteparolen die Illusion von Stabilität, Wohlstand und finanzieller Sicherheit."

Oder: Das nachträgliche "Autorisieren" von Interviews bringt Ulfkotte mit dem nordkoreanischen Staatsfernsehen in Verbindung.

Die vielen Wiederholungen, Nebensächlichkeiten und Längen des Geschichtenerzählers Ulfkotte blähen das Buch auf 300 Seiten auf. Für die wesentlichen Aussagen hätten 150 Seiten allemal gereicht.

Beispiele für "gekaufte Journalisten"

Journalisten haben in den letzten Jahren mehrfach die Luxusreisen von Versicherungskonzernen für Spitzenverkäufer enthüllt. Doch war die Breite der Skandalisierungen angemessen? Schwerer wogen die Lust-Reisen für Betriebsräte des VW-Konzerns. Denn das waren echte Bestechungsversuche, um Betriebsräte zu schmieren - zum Schaden für die VW-Belegschaft. Damit vergleichbar sind die zahlreichen Luxusreisen von Journalisten, die anschließend ein Millionenpublikum von Lesern mit ihren geschönten Berichten im Sinne der Reise-Finanziers belügen. Von diesen Skandalen las man kaum etwas in den Medien, jedenfalls nichts Enthüllendes. Ob das Vertuschen der sonst so skandalisierungsfreudigen Medien etwas damit zu tun hat, daß die Journalisten zum großen Teil bestechlich sind? Dazu später mehr.

Ulfkotte kommt das Verdienst zu, an vielen Beispielen die Käuflichkeit von Journalisten aufgezeigt zu haben - aus eigenen Erfahrungen, aber auch durch Recherche:

In den 80er Jahre 'kauften' südafrikanische Bergbau- und Touristik-Unternehmen bei der FAZ

geschönte Berichte über das damalige Apartheidsregime, indem sie mehreren FAZ-Journalisten eine Luxusreise nach Südafrika anboten. Die Reporter wurden mit Privatflugzeugen durchs Land geflogen, um in Berichten und Filmen die Zustände im damaligen Rassenstaat aufzuhübschen.
1996 finanzierte der Shell-Konzern für den FAZ-Reporter Ulfkotte und einen Kollegen von der Süddeutschen Zeitung eine luxuriöse Recherchereise einschließlich eines Hubschraubers in das Ölfördergebiet im Niger-Delta. Anschließend publiziert die FAZ auftragsgemäß den Artikel: "Die Legende von der Umweltkatastrophe am Niger". Selbstverständlich vertuschte Ulfkotte in seinem Artikel, daß Shell der Auftraggeber, Finanzier und Nutznießer dieses Beitrags war. Das Kölner Landgericht bestätigte später den Vorwurf eines anderen Journalisten, daß Ulfkotte von Shell "geschmiert" worden sei und seine Zeitung sich für Shell prostituiert habe.
Vom Diktator Quabus aus dem ölreichen Sultanat Oman haben sich Ulfkotte und andere FAZ-Journalisten oft und gerne zu Luxusreisen einladen lassen. Sie wurden vor Ort mit Geschenken wie chauffierter Luxuslimousine oder Tauchkursen überhäuft. Dadurch schlüpften die Reporter in die Rolle von Hofberichterstattern, die die Augen vor den Polizeistaatsmethoden des Diktators verschlossen. Statt dessen erzählten sie Märchen über den brutalen Diktator als "Stimme des Ausgleichs und der Vernunft".
Ulfkotte betont, daß diese Beispiele für viele andere Länder, Konzerne sowie Journalisten anderer deutscher Leitmedien gelten würden. Die Auftraggeber rechneten so: Der 'Kauf' eines redaktionellen Berichtes sei letztlich billiger und glaubwürdiger als Anzeigen in den großen Leitmedien: Im Juli 2012 wurde der FAZ-Reporter Sturbeck mit dem Firmenjet von Thyssen-Krupp nach München und von dort mit der Lufthansa in der *First Class* für fünf Tage nach Peking geflogen und dort ebenso *First Class* untergebracht. Für die Premium-Reise lieferte der FAZ-Journalist einen Premium-Artikel zugunsten des Thyssen-Krupp-Konzerns ab.
Über diese journalistische *First-Class*-Reklamereise mit dem Zweck, anschließend die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen, mokierten sich zwar einige Zeitungen. Diese marginale Journalistenkritik stand aber in keinem Vergleich zu dem moralischen Entrüstungssturm, den fast alle deutschen Medienhäuser über das privat finanzierte Upgrade der Indien-Flugreise des Limburger Bischofs entfachten. Dabei hat diese Premium-Reise keinem geschadet, während das *First-Class*-Ticket von Thyssen ein echtes Bestechungsgeld war, mit dem ein Journalist gekauft und die Öffentlichkeit belogen wurde. Es zeigt die Komplizenschaft der Pressezunft, wenn eine solche Verletzung fundamentaler Prinzipien des Journalismus keinen Entrüstungssturm hervorruft.
Die Tabakindustrie kauft sich Journalisten durch Preisverleihungen. Die deutsche Reemstma-Gruppe verleiht jährlich den mit 15.000 Euro dotierten "Liberty"-Preis für "mutige Journalisten, die dem täglichen Kampf für die Freiheit eine Stimme geben". Die Journalisten Konrad Schuller (FAZ) oder Thomas Roth (ZDF) ließen sich dafür kaufen, nie mehr ihre Stimme gegen Tabak und Tabakwerbung zu erheben.
VW war Sponsor der Olympischen Spiele in Peking. Damit dieser Einsatz genügend gewürdigt würde, lud der Autokonzern damals dreißig ausgewählte Autojournalisten aller großen deutschen Zeitungen für vier Tage nach Peking ein - für etwa 25.000 Euro pro Person. "Medienlandschaftspflege" heißen solche Geschäftsausgaben bei Großkonzernen: Samsung hatte zahlreiche Journalisten für die Olympischen Spiele in London bezahlt - gegen Gefälligkeitsberichte natürlich. Bei Funkausstellungen, Hannovermesse und anderen Großereignissen ist ebenso ein Heer von bezahlten Reportern anwesend, die für ihre Auftraggeber redaktionell schmeicheln.
Die Autoindustrie spricht ganz offen vom Einkauf journalistisch positiver Berichte. Dafür gehen die Autokonzerne bei Präsentation nach der Formel vor: "Super Destination, super Ho-

tels, super Service, super Geschenke" - so der frühere Marketingchef von Mazda. Die exotischen Präsentationsorte für neue Modelle sind nur wegen der Journalisten gewählt. Denn: "Je attraktiver der Vorstellungsort, desto besser die Presse." Die Rechnung des Marketingchefs wörtlich: "Ein Journalist kostet bei unseren Events durchschnittlich drei- bis fünftausend Euro. Er bringt aber einen Gegenwert von mindestens 15.000 Euro." Wahrscheinlich war der Moderator der BBC-Autoshow "Top gear", Jeremy Clarkson, der letzte unabhängige Autojournalist. Ihm wurde kürzlich wegen politischer Unkorrektheiten gekündigt.
Von den 85.000 etwa gleichviel festangestellten wie freien Journalisten im deutschsprachigen Raum nehmen rund 73.000 Presserabatte in Anspruch. Ein großes deutsches Journalistenportal wirbt mit bis zu 50 Prozent Rabatt für 1.700 Produkte wie Flugtickets, Fitneßgeräte, Kaffeeautomaten bis zu Gleitgel; "weitere 10.000 Kollegentipps zu allen Pressekonditionen". Presserabatte sind Zuwendungen von geldwerten Geschenken an Journalisten, also Bestechung. Aus diesen Daten und von anderen Studien kommt Ulfkotte zu dem Ergebnis:
Zwei Drittel bis drei Viertel aller Journalisten sind bestechlich und lassen sich kaufen. Tatsächlich gibt es PR-Agenturen, die ganz offen mit dem Slogan werben: "Kauf Dir einen Journalisten!" Die Berufsethik der Journalisten, die ehemals stolz auf ihre Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit waren, scheint nicht mehr zu greifen. Und die gegenseitige Kontrolle durch journalistische Enthüllung der Bestechlichkeit auch nicht.

Druck auf Journalisten von politischer Seite

Ulfkotte berichtet von verschiedenen Fällen, in denen Politiker oder hohe Staatsbeamte sanften Druck auf Journalisten ausüben: Die Ressortleiter für Wirtschaftsförderung in den deutschen Auslandsbotschaften fordern von deutschen Korrespondenten, positiv über diesen und jenen Wirtschaftsbereich zu schreiben, der für deutsche Firmen profitabel sei.
Ulfkotte berichtet davon, daß er im Iran, arabischen und afrikanischen Ländern vom deutschen Botschaftspersonal aufgefordert wurde, Gefälligkeitsinterviews mit Politikern oder Wirtschaftsgrößen jener Länder zu führen. Ulfkotte, ein Spezialist für den nachrichtendienstlichen Bereich, machte auch Erfahrungen damit, von den Militärattachés der deutschen Botschaften mit geheimdienstlichen Hinweisen, Materialien und teilweise direkten Aufforderungen journalistisch gelenkt zu werden.
Wirklich massiven Druck übten Politiker auf den Journalisten Winfried Münster von der Süddeutschen Zeitung aus. Als sich der Korrespondent in Brüssel Ende der 80er Jahre kritisch und standhaft gegen die Einführung der Währungsunion aussprach, wurde er vom deutschen Botschafter in Brüssel als "Ratte" beschimpft: Er würde das politische Klima vergiften. Der damalige Außenminister und sogar Bundeskanzler Kohl versuchten auf den Journalisten einzuwirken, seine "destruktive" Haltung gegenüber dem Euro aufzugeben.
Wichtig ist bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß der Euro und andere Europa-Ideen Initiativen der europäischen Eliten waren. Der Euro geht nach Übereinstimmung von linken und konservativen Medien auf den Elitenzirkel der Bilderberger zurück. Die herrschenden Politiker versuchen zusammen mit der Brüsseler Bürokratie ihre Projekte von oben nach unten durchzudrücken - eine Variation des 'demokratischen Zentralismus' in den sozialistischen Ländern. Bei dieser Top-down-Strategie stören kritische Journalisten. Vom Standpunkt der Demokratie jedoch war und ist die kritische Presse die einzige Instanz, die gegenüber den Elitenzirkeln von Brüssel sowohl Kontrollfunktion hat als auch eine demokratische Brücke zur Basis vermitteln kann.

Geschmierter Journalismus durch Einbindung in Eliten-Netzwerke

Die Verflechtung von sogenannten Alpha-Journalisten der deutschen Qualitätsmedien mit elitären Machtzirkeln wirtschaftlicher, politischer und militärischer Ausrichtung ist der zweite große Themenkomplex, den Ulfkotte vorstellt. Dabei kann er sich neben seiner Journalistenerfahrung auf verschiedenen Forschungsstudien stützen.

Eine Bachelor-Arbeit fördert eklatante Ergebnisse zutage. Untersucht wurden in 80 Artikeln der FAZ von 2000 bis 2012 Adjektive und Adverbien, mit denen Person und Politik von Obama und Putin bewertet werden. Bei Putin verwenden die FAZ-Schreiber nur negative Bewertungen wie: drohend, rau, angriffslustig, konfrontativ, antiwestlich, machtpolitisch, wahrheitswidrig, kühl, kalkuliert, berechnende, zynisch, harsch, barsch, nicht stichhaltig, nicht glaubwürdig etc. Ganz anders der Ton gegenüber Obama: engagiert, begeistert, konziliant, gelobt, frenetisch begrüßt, hoffnungsvoll und entschlossen.
Resultat: Unabhängig, unparteiisch und objektiv ist die außenpolitische Berichterstattung der renommierten FAZ offensichtlich nicht mehr. Den Lesern werden überdeutlich Urteile über die beiden Weltmachtlenker vorgegeben und aufgedrückt. Eine andere Hochschularbeit bestätigte die "tendenziöse Attributisierung in deutschen Printmedien". Woher kommt das nur, daß die FAZ, die ehemals im Ruf von Nüchternheit und vornehmer Zurückhaltung stand, sich so bedingungslos auf die eine Seite schlägt und gegen die andere polemisiert, fragt Ulfkotte.
Einen Gipfel an penetranter Lobhudelei lieferte 2003 der Washingtoner FAZ-Korrespondenten Matthias Rüb - und zwar auf Obamas Vorgänger George W. Bush. Das war kurz vor dem Irak-Krieg. Der Präsident sei ein "Ausbund an Bescheidenheit und Volksverbundenheit". Seine "Portion missionarischen Eifers" werde durch "staatsmännische Besonnenheit abgefedert". Auf seinen "politischen Instinkt, seine Klugheit und seinen Mutterwitz" könne sich das "politische Naturtalent" verlassen. Darauf muß man erst mal kommen, die (außen-)politische Ahnungslosigkeit von Bush jun. als 'naturtalentiert' zu bezeichnen. Rüb bekam ein Jahr später den Arthur-F.-Burns-Preis verliehen, überreicht durch den deutschen Außenminister.
Der Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer ambitionierten Studie bei führenden Journalisten von vier renommierten deutschen Zeitungen die Korrelationen untersucht, inwieweit sich deren Verflechtungen in elitären transatlantischen Netzwerken auf ihre Berichterstattung auswirken. Bei 83 relevante Artikel der Journalisten Joffe (Die Zeit), Frankenberger (FAZ), Kornelius (SZ) und Stürmer (Welt) stellte Krüger fest, daß deren Mehrfachmitgliedschaften in US-beherrschten und NATO-nahen Elitezirkeln ihre Berichte signifikant beeinflußten. Auf diese und andere medienwissenschaftliche Studien stützt sich Ulfkotte.
Die Vernetzung dieser Journalisten mit zwölf transatlantischen Denkfabriken war Thema der ZDF-Sendung "Die Anstalt" vom 29.4.2014. Das Ergebnis faßte ein Akteur so zusammen: "Dann sind ja alle diese Zeitungen nur so was wie die Lokalausgaben der NATO-Pressestelle." Die betroffenen Zeitungen beschwerten sich anschließend über die Satire-Sendung, teilweise mit Unterlassungserklärungen. Ihr Ansinnen: Satire darf alles - aber nicht über die geheimen Netzwerke der Alpha-Journalisten aufklären.
Bei der "Atlantik-Brücke" ist der Name Programm: ein transatlantisches Netzwerk der Eliten. Der Verein mit angeschlossener Stiftung ist gegliedert nach Fach- und Regionalgruppen. Die Mitglieder sind zu etwa je einem Drittel führende Finanz- und Wirtschaftsleute, Politiker und Journalisten. CDU-Mann Walter Leisler Kiep war Vorsitzender, seit 2010 Friedrich Merz, Stellvertretung Edelgard Buhlmann (SPD). Mitglieder sind Jürgen Fitschen, Deutsche Bank, Wolfgang Ischinger, Allianz, Eckart von Klaeden, Daimler AG und andere Führer der Deutschland AG. Aus dem Medienbereich kommen die schon mehrfach genannten Journalisten Frankenberger, Kornelius und Joffe, dazu Claus Kleber, Kai Diekmann (Bild), Theo Koll u.a.
Das Interesse von deutscher Seite an dem Elitenzirkel wurde von dem früheren Vorsitzenden, Arnd Oetker, so formuliert: "Die USA wird von 200 Familien regiert und zu denen wollen wir gute Kontakte haben." Die Atlantikbrücke vergibt jährlich den *Vernon-A.-Walters-Award* vorwiegend an deutsche Finanz- und Wirtschaftsführer. Der Namensgeber der Auszeichnung hat wohl auch programmatischen Charakter:
Der CIA-Leiter war an allen weltweiten Geheimdienstaktionen der USA in der zweiten Hälfte

des 20. Jahrhunderts beteiligt - vom Sturz des Iran-Präsidenten 1953 bis zum Militärputsch in Chile 1973. Den Vietnamkrieg nannte Walters den "nobelsten und selbstlosesten Krieg" der USA. Letztlich geht es bei dem "deutsch-amerikanischen Austausch" darum, daß die deutsche Seite in die weltweite Dominanz-Strategie der USA in politischer und militärischer Hinsicht im Rahmen der US-geführten NATO eingebunden wird.
Den Amerikanern ist sehr daran gelegen, daß die Top-Journalisten in diesem Sinne über die Medien die deutsche Bevölkerung dirigieren. In Amerika selbst ist es nicht erlaubt, daß Journalisten in den Clubs und Zirkeln Mitglied sein dürfen, über die sie schreiben. In Deutschland dagegen schreiben die Alpha-Journalisten kritiklos über die elitären Zirkel, in denen sie Mitglieder sind, ohne ihre Mitgliedschaft den Lesern transparent zu machen.
Neben der Atlantik-Brücke bestehen zahlreiche ähnliche deutsch-amerikanische Elitenzirkel und Stiftungen wie die Trilaterale Kommission, Aspen Institut Deutschland, International Institute for Strategic Studies, Goldman Sachs Foundation, Münchener Sicherheitskonferenz, Bilderberg, American Council of Germany, German Marshall Fund u.a. Alle diese Organisationen betreiben Young-Leader-Programme, um junge deutsche Nachwuchskräfte aus Politik, Wirtschaft und Medien auf die amerikanische Interessensicht der Dinge einzuschienen. Bei entsprechenden Seminaren, Akademie-Einladungen und USA-Aufenthalten werden die young leader in diesem Sinne mit Geld, Geschenken und Ausflügen umschmeichelt sowie mit ideologischer Indoktrination in die Spur gebracht.
Später werden die Journalisten mit Hintergrundinformationen, exklusiven Kontakten und hochrangigen Interviewpartnern geködert. Und dieser amerikanische Einsatz zum Kauf deutschen Journalisten lohnt sich:
Nicolas Busse, heute stellvertretender Leiter im Ressort Außenpolitik der FAZ-Zentrale, leistete 2003 kurz vor dem Irak-Krieg einen Nibelungen-Treueid auf die Politik der damaligen amerikanischen Regierung. Busse hatte mit anderen in einer Anzeige der Atlantik-Brücke einen Treueschwur unterzeichnet, in dem er seinen Willen verkündete, in Verbundenheit mit den USA die gemeinschaftlichen Werte zu "verteidigen".
Mit diesen Werten waren anscheinend die Macht- und Rohstoffinteressen der USA gemeint sowie deren Dominanz-Strategie einschließlich völkerrechtswidriger Kriege, Folterungen, Drohnen-Hinrichtungen, Überwachung von Freund und Feind etc. Für den Journalisten Busse hat sich der Treueschwur an die USA gelohnt: Er wurde von seiner Zeitung vier Jahre später als NATO-Korrespondent nach Brüssel geschickt, um die FAZ als Lokalausgabe der NATO-Pressestelle zu simulieren.
Für junge Politiker lohnt es sich allemal, in außen- und sicherheitspolitische Eliteorganisationen eingebunden zu sein. Die transatlantischen Seilschaften sind der politischen Karriere sehr förderlich. Karl-Theodor zu Guttenberg etwa verdankt seinen kometenhaften Aufstieg den Förderern und Freunden der transatlantischen Lobby-Organisation Atlantik-Brücke, insbesondere auch seinem Brücken-Freund Kai Dickmann, Chef der Bild-Zeitung.

In die Elitenzirkel eingebetteter Journalismus

Wenn die Journalisten im Rahmen ihrer transatlantischen Mitgliedschaften einbezogen werden in vertrauliche Politikplanungsprozesse, stehen sie schon im Konsens mit den politisch-militärischen Eliten und übernehmen deren Perspektiven und Wertungen. Je näher die Zeitungsleute den Machthabern und Entscheidern kommen, desto mehr büßen sie ihren Standpunkt der Unabhängigkeit, Kritik und Kontrolle ein.
Als integrierte Teilnehmer der transatlantischen Eliten-Zirkel können sie gar nicht mehr ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen, kritische Anwälte der Öffentlichkeit zu sein gegenüber den Macht-Eliten. Die transatlantischen Organisationen fungieren als Instrumente des *embedded journalism*. Die wichtigen Leitmedien in Deutschland sind US-nah gleichgeschaltet.
Der FAZ-Journalist Frankenberger, Ressort-Leiter Außenpolitik, ist Mitglied der 'Trilateralen

Kommission'. Dort sitzt er neben dem Milliardär David Rockefeller, dem Bilderberger Mario Monti, EZB-Expräsident Jean-Claude Trichet, Deutsche-Bank-Chef Fitschen, Ex-US-Geheimdienstchef Negroponte und dem früheren amerikanischen Verteidigungsminister John Deutch. Ist diese konspirativ wirkende Lobby-Organisation der Wirtschaftselite der richtige Platz für einen Journalisten, der nach bisherigem Verständnis die Kontrollfunktion der Medien repräsentieren soll? Ulfkotte hat einen Frankenberger-Artikel aus dem Archiv ausgegraben, der mit den Worten beginnt:
"Vor dreißig Jahren hatte David Rockefeller eine gute Idee, ein Forum zu schaffen…Die Trilaterale Kommission war die Antwort des New Yorker Bankiers, Mäzens …". Soso, der gute Milliardär Rockefeller hatte eine gute Idee, einen Ableger der Bilderberger zu gründen. Selbstverständlich verschwieg Frankenberger in dem Artikel, daß er Mitglied in diesem sauberen Zirkel ist und zwar in der Funktion, deren Ideen über seine Zeitung in die Öffentlichkeit zu tragen.
Schon vor einiger Zeit berichteten verschiedene Medien, daß kremlnahe Agenturen jungen Leuten in Rußland Geld und Gratis-Essen anböten, wenn sie im Internet regelmäßig Kommentare im Sinne des Kremls schrieben. Das ist natürlich ein Skandal, wenn die öffentliche Meinung auf diese Weise manipuliert wird. Bei uns in Deutschland kommen solche Manipulationen nicht vor - jedenfalls nicht auf diese billige Tour …

Die mediale Konstruktion der Wirklichkeit

Elisabeth Noelle-Neumann sagte vor etwa 20 Jahren anläßlich eines Redaktionsbesuches der FAZ: "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte Wirklichkeit." Das geschieht durch die systematische Beeinflussung und Steuerung der Massen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Die Gründerin des Umfrage-Instituts Allensbach benannte die Folge eine "Schweigespirale", wenn das Fernsehen ständig Minderheitenmeinungen als Mehrheitsmeinungen darstellt.
Die Bürger präsentieren den Journalisten dafür die Rechnung, indem zwei Drittel der Befragten den Medienleuten mangelnde Objektivität und Glaubwürdigkeit bescheinigen. Die Journalisten werden nicht mehr als ehrliche Makler zwischen Politik, Wirtschaft und Weltgeschehen einerseits und den Bürgern andererseits angesehen. Denn das sind sie nicht. Viele von ihnen sind "gekaufte Journalisten".<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Oktober 2015 (x892/…): >>**Familie zwischen Gender-Ideologie und IS-Terror**
"Was Faschismus und Kommunismus im zwanzigsten Jahrhundert waren, sind westliche Ideologien in Bezug auf Homosexuelle oder Abtreibung und islamischer Terror heute".
Dieser Satz stammt von S. Em. Robert Kardinal Sarah bei der derzeitigen Bischofssynode in Rom. In eindeutigen, klaren Worten, die keine Rätsel aufgeben, wie dies bei Worten des Papstes und unserer völlig verweltlichten deutschen Bischöfen der Fall ist, hat der afrikanische Kardinal Ehe und Familie gegen alle Angriffe verteidigt. Kardinal Sarah ist Präfekt der Kongregation für die Sakramentenordnung und einer der einflußreichsten afrikanischen Kardinäle in Rom.
In seiner Rede sagte der Afrikaner weiter: "Eine theologische Unterscheidung befähigt uns, in unserer Zeit zwei unerwartete Bedrohungen zu sehen (fast wie zwei "apokalyptische Tiere"), die auf einander entgegengesetzten Polen anzusiedeln sind: auf der einen Seite die Idolatrie der westlichen Freiheit; auf der anderen Seite der islamische Fundamentalismus: atheistischer Säkularismus kontra religiöser Fanatismus. Um ein Schlagwort zu benutzen: wir befinden uns zwischen 'Gender-Ideologie und ISIS'.
Der Kardinal führt aus, daß diese beiden Hauptideologien die Ehe und Familie frontal angreifen, daß sie das Wesen des Menschen, die Menschlichkeit des Menschen vernichten wollen.

Die Hauptbedrohungen für die Familien sind "ihre subjektivistische Zersetzung im säkularisierten Westen durch schnelle und einfache Ehescheidung, Abtreibung, homosexuelle Verbindungen, Euthanasie etc. Auf der anderen Seite die Pseudo-Familie des ideologisierten Islam, der Polygamie, der Unterwürfigkeit der Frau, Zwangsprostitution, Kinderehe etc."
Wir vermuten, daß diese Rede den deutschen Bischöfen, die an der Synode teilnehmen und deren Denken schon seit langem durch die "subjektivistische Ideologie des Westens" zersetzt ist, aber auch dem Papst wohl nicht gefallen hat.<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 27. Oktober 2015 (x893/…): >>**Das Werden des Heiligen Römischen Reiches - Wie das römische Kaisertum zu den Deutschen kam**
Thomas Jentzsch: "Das Werden des Heiligen Römischen Reiches"
Buchbesprechung von Wolfram Schrems
Mit größtem Interesse nimmt man den publizistischen Beitrag eines Angehörigen der Priesterbruderschaft St. Pius X. auf dem Gebiet der Geschichtsdarstellung zur Kenntnis. In einer Zeit praktisch völlig gleichgeschalteter Geschichtsschreibung und -vermittlung ist eine selbstbewußte katholische Alternative sehr erfrischend. Der Sarto-Verlag brachte im vergangenen Jahr eine Neuauflage des zuerst 2006 erschienenen Buches heraus.
Das Buch: Glaube und Geschichte
P. Jentzsch zeichnet in großer Materialfülle den Weg der reichsbildenden Franken und Sachsen vom Untergang des Alten Roms bis zum Tod Ottos des Großen (973) nach. Dabei fügt er theologische Überlegungen und ausführliche Einzelbiographien ein.
Von besonderer Wichtigkeit ist die Darstellung der Rolle herausragender Persönlichkeiten, die durch ihren Entschluß, Gott zu dienen, im Guten geschichtsmächtig und kulturbildend geworden sind:
Genannt seien die hl. Frankenkönigin Clothilde, der hl. Angelnkönig Oswald, der hl. Klostergründer Severin und die iro-schottischen Missionare Kolumban (gestorben 615 in Bobbio, Piacenza), Fintan (Schweiz), Kilian, Kolonat und Totnan (Würzburg). Für den deutschen Raum besonders wichtig ist der hl. Bonifatius (Winfrith), der "Apostel der Deutschen": "Wie Papst Gregor I. den Benediktinerabt Augustinus nach England entsandte, so sandte über hundert Jahre später Papst Gregor II. den Engländer und Benediktiner Bonifatius nach Deutschland, das eine reife Frucht der Missionsarbeit werden sollte.
So wie die römischen Kaiser ihre Legionen ausgesandt hatten den Erdkreis zu bezwingen, so sandte jetzt der Hirte der ganzen Kirche die Glaubensboten aus die Völker Christus und seiner Kirche einzugliedern".
Heiligkeit als Fundament der Kultur
Die weltliche Führung fühlte sich in jener Zeit den Geboten des Glaubens verpflichtet. Freilich verwirklichte nicht jeder einzelne Kaiser, Fürst und Heerführer persönliche Heiligkeit. Familienfehden, Bruderkämpfe und Kriege aller Art illustrieren die katholische Überzeugung von der Erbsünde und ihren oft nur schwer zu überwindenden Nachwirkungen. Paradiesische Zustände gab es in jener Zeit ("Mittelalter") klarerweise nicht - andererseits auch keine für das 20. Jahrhundert so typischen Genozide, Gulags und KZs.
Bei aller Unvollkommenheit wird man also guten Willen in der Lenkung der Völker feststellen und die pauschale Verunglimpfung des christlichen "Mittelalters" abstellen müssen.
Über eine der zentralen Gestalten der Epoche, Karl den Großen, schreibt P. Jentzsch etwa:
"Es ist kein Zweifel, daß Karl aus echter Verantwortung handelte und daß ihm die Ausbreitung christlichen Glaubens und christlicher Gesittung ebenso sehr am Herzen lag wie die Ausweitung seiner politischen Macht".
Auch in Bezug auf die Kirchenhierarchie muß man sich gegen jede Verleumdung stellen: Das Papsttum wurde in der hier behandelten Epoche von vielen heiligen Amtsträgern ausgeübt,

von denen Gregor der Große (590-604) der prominenteste ist.
Unbestritten ist allerdings auch, daß es ab dem 9. Jahrhundert zu einer tiefen Krise des Petrusamtes kam (*saeculum obscurum*, das "dunkle Jahrhundert", von 882 bis 1046 angesetzt).
Der Konkurrenzkampf zwischen geistlicher und weltlicher Macht wird daher von Jentzsch als desaströs eingestuft:
"Beide Gewalten (geistliche und weltliche), beide 'Schwerter', wie das Hochmittelalter es nannte, mußten an Autorität und Macht verlieren, sobald die aufeinander bezogene Zweiheit der unterschiedlichen Herrschaften (Dyarchie) in ein Ringen um die praktische Überordnung einer über die andere sich hineinsteigerte, anstatt sich in die von Christus jeweils gesetzten Grenzen hineinzufügen".

Otto der Große als paradigmatische Gestalt

Otto wird als besonders vorbildliche und richtungsweisende Gestalt dargestellt. Kirche und Kaisertum gelangten in ihm zu einer geschichtsmächtigen fruchtbaren Kooperation:
"Durch die Kaiserkrönung des deutschen Königs (Otto der Große) durch den Papst wird eben diesbezüglich vor aller Welt offensichtlich und unwiderlegbar kundgemacht, daß aus den beiden legitimen Nachfolgestaaten des Fränkischen Reiches, dem Westfränkisch-Französischen Reich und dem Ostfränkisch-Deutschen Reich der deutsche König als der geeignetste und überragende Kandidat erwählt wurde und somit das Deutsche Reich Träger des Kaisertums und des Imperiums geworden war (…)
Kaisersalbung und Krönung waren für ihn als den Gründer des deutschen Kaisertums nicht Mittel zum Zweck, wie er es im Prozeß des Erwerbes der Krone auch bewiesen hat, sondern eine heilige Weihe, die ihm eine gleichsam (quasi-)sakramentale Teilhabe am Priestertum der Kirche verlieh".

Kirche und Reich - Fundament der Zivilisation

Jentzsch gelangt zu einer differenzierten Beurteilung der gegenseitigen Beziehungen von Papst und Kaiser im Spannungsfeld der Forderungen des Glaubens, wobei sowohl dem erneuerten Mönchtum von Cluny als auch verantwortungsbewußten Fürsten eine wichtige Rolle zukam:
"Wenn auch durch das klärende Reformwerk von Cluny im Wiederherstellen der von Christus gesetzten Freiheit der Kirche die Mitbestimmung der Kaiser bei der Papstwahl auf der Lateransynode 1059 durch die Einsetzung des Kardinalrates als einziges wahlberechtigtes Gremium der Papstwahl ausgeschaltet wurde, so bleibt es dennoch das historische Verdienst der deutschen Kaiser Otto I., Otto II., Otto III. und Heinrich III., daß sie durch die Auswahl und Bestimmung geeigneter Päpste gerade dem Reformwerk 'auf die Sprünge halfen', es unterstützten und installierten, wenn sich auch tragischerweise dieses verantwortungsbewußte Handeln im klärenden Investiturstreit gegen sie wandte. Die deutschen Kaiser haben dies mit bestem Wissen und Gewissen gehandhabt (…). Den Verfall des Papsttums konnten sie so betrachtet nicht zulassen. Herrschaft war nicht Selbstzweck, sondern nur gerechtfertigt als Dienst an der von Gott eingesetzten Ordnung".
Schließlich noch ein Blick auf eine der geschichtsmächtigsten Gestalten Europas und der Welt überhaupt:

Der hl. Benedikt und seine Schüler

Relevant ist dieses Buch, wie gesagt, vor allem deswegen, weil die zentrale Rolle der Katholischen Kirche in der Herausbildung unserer Kultur ausführlich dargestellt wird. Es war zudem der Glaube an Christus, der unzählige Menschen motiviert hat, in einem opferreichen Mönchsleben in der Nachfolge des hl. Benedikt von Nursia (480-547) die geistigen und materiellen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundlagen der europäischen Zivilisation zu legen. Jentzsch behandelt die Geschichte des Benediktinischen Mönchtums, das durch ungeheuren Einsatzwillen und eine in der Antike unbekannte Hochschätzung der körperlichen Ar-

beit gewaltige Werte geschaffen hat. Das Motto *Ora et labora* orientiert sich übrigens an einer Weisung des Apostels: "Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen" (2 Thessalonicher 3, 10).
Gleichzeitig wurden die Klöster zu Zentren des gesellschaftlichen Zusammenhaltes im Zeichen des gemeinsamen Glaubens an den, der von sich gesagt hat, die Wahrheit in Person zu sein.

Resümee: Das religiöse Fundament Europas - Grund zu katholischem Selbstbewußtsein

Das Buch ist Zeugnis für ein gesundes katholisches Selbstbewußtsein. Es zeigt, aus welcher Motivation die europäische Zivilisation geschaffen wurde. Und diese Zivilisation ist so gut, daß sogar noch die letzten Reste und Trümmer dermaßen stark ausstrahlen, daß die halbe Welt, ohne einen eigenen Beitrag leisten zu wollen, daran partizipieren will ("Asyl").
In den ausführlichen kulturhistorischen Darstellungen zeigt Jentzsch auch, wie mühsam die Umsetzung des christlichen Glaubens und seiner Gebote in das reale und besonders politische Leben hinein ist. Es brauchte Generationen, bis die humanisierenden Auswirkungen des Evangeliums zu greifen begannen, d.h., bis eine unmäßige Strafjustiz, Duelle, Rauflust, sexuelle Ausschweifungen, Ausbeutung von Untergebenen und dergleichen im gesellschaftlichen Maßstab zurückgedrängt werden konnten.
Mit Entsetzen muß man feststellen, daß das alles in Zeiten eines präzedenzlosen Glaubensabfalls, nicht zuletzt aufgrund des pastoralen Versagens der kirchlichen Hierarchie der letzten Jahrzehnte, in geradezu monströsem Ausmaß zurückkommt. -
Das Buch ist mit 266 dichtbedruckten Seiten sehr umfangreich. Einige gut ausgewählte Bilder illustrieren das Gesagte auf prägnante Weise. Ein geistlicher Epilog des Autors, sechs Stammtafeln, zwei Zeittafeln und eine sechsunddreißig Titel umfassende Literaturliste mit teilweise schon älterer (und daher nicht dem gegenwärtigen Konformitätsdruck unterworfener) Literatur runden das Werk auf passende Weise ab.
Kritisch anmerken muß man, daß der Autor an etlichen Stellen zu viel auf einmal sagen wollte. Dann wird der ansonsten gut lesbare Text allzu dicht. Leider gibt es auch Kritikwürdiges im Formalen: Die zahlreichen Verschreibungen, Syntax- und Interpunktionsfehler und Wiederholungen wären für eine - wünschenswerte - überarbeitete und (etwas geraffte) Neuauflage zu beseitigen.
In einer Zeit, in der bezüglich der Entstehung unserer ganzen Zivilisation das Evidenteste übersehen oder verdrängt wird, nämlich, daß unsere Zivilisation auf dem Christentum ruht und nur von daher Leben und Form bewahren kann, ist eine derartige Publikation aber so und anders von großem Wert.
P. Thomas Jentzsch, *Das Werden des Heiligen Römischen Reiches - Wie das römische Kaisertum zu den Deutschen kam*, Sarto, Bobingen, 2. Auflage 2014, 266 S.
Wolfram Schrems, Linz und Wien, katholischer Theologe, Philosoph, kirchlich gesendeter Katechist<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 19. Februar 2016 (x892/…): >>**Die Gnosis, der Gutmensch und die derzeitige Politik**
Das Wesen des gnostischen Denkens besteht in der Verdrängung der Unterscheidung zwischen "wahr" und "falsch" durch die starre und gedankenlose Gegenüberstellung von "gut" und "böse", "Helldeutschland" und "Dunkeldeutschland" beziehungsweise "halal" und "haram" oder auch "erneuerbar" und "fossil".
Es kommt dem Gnostiker nicht darauf an, ob und inwieweit etwas wahr ist, sondern daß es als gut gilt. Nach Eric Voegelin, der den Begriff "politische Religion" geprägt hat, zeichnet sich der Gnostiker durch sechs Merkmale aus. Er ist erstens unzufrieden mit seiner Lage. Er hält zweitens die Welt für schlecht, den Menschen an sich aber für gut. Er glaubt drittens an die Möglichkeit innerweltlicher Erlösung und viertens an die Veränderbarkeit der natürlichen

Seinsordnung im historischen Prozeß des Fortschritts. Er muß deshalb die Vergangenheit schlechtmachen. Er glaubt fünftens an die Möglichkeit der Selbsterlösung durch eigene Anstrengung. Schließlich glaubt er sich im Besitz des dafür nötigen Erlösungswissens.
Die beste Übersetzung für den wenig gebräuchlichen Begriff "Gnostiker" ist übrigens "Gutmensch". Insofern haben sich die freiheitsliebenden Menschen nicht geirrt, als sie darin ihren Feind erkannten. Gerade wurde "Gutmensch" zum Unwort des Jahres 2015 erkoren, was das oben gesagte nur bestätigt.
In der Tat finden wir bei den heutigen Gutmenschen alle Attribute der Gnosis beziehungsweise des Manichäismus. Ihre Heilsgewißheit äußert sich in einer eigenartigen Mischung aus Narzißmus, Selbsthaß und Hochmut beziehungsweise Dämlichkeit und Skrupellosigkeit. Der Applaus für Angela Merkels Entscheidung, die zuverlässige, aber "böse" Kernenergie im Hauruck-Verfahren durch die "guten" Zufallsenergien Wind und Sonne zu ersetzen und Deutschland mit jungen männlichen muslimischen Migranten zu fluten, liefern dafür genügend Anschauungsmaterial.
Überzeugt, auf der Seite des "Fortschritts" zu stehen, übersehen die "helldeutschen" Gutmenschen, daß sie sich einer archaischen Denkweise bedienen, die Kannibalismus, das heißt Menschenopfer in Form der sozialen Ausgrenzung und Existenzvernichtung von Kritikern oder auch in Form der Versklavung, der Steinigung oder der Tötung von "Ungläubigen" rechtfertigt.
Quelle: Edgar L. Gärtner: *Der Kannibalismus der Gutmenschen. Nur der Totalitarismus braucht kein Feindbild*. In: eigentümlich frei, Nr. 160 (März 2016), S. 42.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 3. März 2016 (x892/…): >>**Saarbrücken: Kreuze aus Amtsgericht entfernt**
Der Saarbrücker Gerichtspräsident hat alle Kreuze aus den Sitzungssälen des Amtsgerichts entfernen lassen. Seine Begründung für diesen feindlichen Akt gegen Gott ist immerhin sehr ehrlich, ehrlicher als diejenigen CDU-Abgeordneten, die dagegen protestierten. Der Gerichtspräsident Stefan Gelb sagte, daß Kreuz sei auch ein Symbol einer Autorität. Es sei aber nicht diese Autorität, "in deren Namen wir Recht sprechen". Genau darin besteht das Problem des deutschen "Rechtsstaats".
Es gibt keine Autorität in dieser Welt, sei es die der Politiker und Regierenden, sei es die Autorität der Eltern, Lehrer oder Polizeibeamten, die nicht von Gott stammt. Wenn man diese Autorität Gottes bestreitet, dann gibt es keine Autorität mehr. Und genau in dieser Situation befindet sich nicht nur der deutsche Rechtsstaat, sondern die meisten westlichen Länder. Sie herrschen ohne Autorität. An die Stelle der Autorität tritt dann die Gewalt.
Dies hat Immanuel Kant ganz richtig gesehen. Er gründet das gesamte Recht auf Gewalt, da er die Autorität nicht als Quelle des Rechts erkennen kann. Der Rechtsstaat ist eigentlich ein Gewaltstaat. Deshalb fordert der Rechtsstaat für sich auch das "Gewaltmonopol". Niemand anderes als der Staat und seine Organe kann Gewalt ausüben. Dies ist nur verständlich, wenn Gewalt und Autorität voneinander getrennt werden.
Eigentlich beruht die Gewalt auf Autorität. Oft, sogar in den meisten Fällen, erübrigt sich die Anwendung von Gewaltmaßnahmen, wenn eine Autorität akzeptiert wird. Wenn dies aber nicht mehr der Fall ist - und in Deutschland wie auch anderswo wird immer weniger die Autorität des Staates akzeptiert, auch vom Staat selbst nicht mehr gefordert - dann bleibt nur die Gewalt zur Durchsetzung der Gesetze.
Daher sind die Proteste gegen die Maßnahme des atheistischen Gerichtspräsidenten auch kraftlos. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion kritisiert die Maßnahme, weil das Kreuz für die christlich-abendländische Kultur der Mitmenschlichkeit und der Nächstenliebe stehe und damit für "Werte", auf denen das Gemeinwesen beruhe.
Erstens ist das Christentum keine Werteethik und außerdem steht das Kreuz für die Erlösung

des Menschen aus der Gefangenschaft der Sünde durch unseren Herrn Jesus Christus, der zweiten Personen des Dreieinigen Gottes, der unsere Schuld auf sich genommen und durch seinen Tod gesühnt hat.
Die Krise von Staat und Gesellschaft, die enorme Zunahme von Gewalt und Kriminalität, hat hier ihren tieferen Grund: Das die Autorität Gottes und dadurch die Autorität des Staates durch Gewalt ersetzt wurde, daß Gewalt und Autorität voneinander getrennt wurden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im März 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 9 (x341/8-10): >>**Feindbild Mutter**
_ *von Tino Perlick*
Mit ihrem Engagement für die traditionelle Familie verstieß Eva Herman gegen die Genderpolitik. Die Feminismus-Lobby erklärte ihr den Krieg. Um die beliebte "Tagesschau-Sprecherin" zu einer Aussätzigen zu machen, plakatierte sie die Journaille als Nazibraut. Das Berufsverbot bei den GEZ-Medien war die Folge.
Am 9. Oktober 2007 erreichte eine unvergleichliche Hetzjagd in einem Schauprozeß im ZDF ihren medialen Höhepunkt. Nach 50 Minuten öffentlicher Inquisition sprach der gleichnamige Moderator der Sendung Johannes B. Kerner das Urteil: "Es sind ja doch die besonders spannenden Momente", begann Kerner, "wo man sich selbst so ein bißchen Gedanken macht, wie man weitermacht. Und die hab ich mir jetzt gemacht. Und habe mich entschieden, daß ich mit meinen drei Gästen weiterrede und Dich, Eva, jetzt verabschiede."
Zum ersten und bislang einzigen Mal in der Geschichte des Deutschen Fernsehens mußte ein Talkshowgast vorzeitig gehen, weil er nicht öffentlich Abbitte leisten wollte. Die Ausgestoßene: Eva Herman, 57 Jahre alt, laut TNS Emnid einst beliebteste Fernsehmoderatorin Deutschlands.
Noch wenige Monate zuvor schien Herman im inneren Kreis der deutschen Medienlandschaft fest verankert. Seit 1989 war sie als Nachrichtensprecherin das Gesicht der ARD-Tagesschau gewesen. Darüber hinaus servierte sie ab 1999 den deutschen Zuschauern vor allem leichte Kost wie die NDR-Talkshow Herman und Tietjen.
Als sie im selben Jahr, mit Ende 30, einen Sohn auf die Welt brachte, änderte sich für die Powerfrau alles. Herman befaßte sich ausgiebig mit frühkindlicher Bindungsforschung. Ihr Fazit: Nur ein intensiver Mutter-Kind-Kontakt schützt das Kind in seiner Entwicklung dauerhaft. Fremdbetreuung lehnt sie entschieden ab. In einer Gesellschaft, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie über diverse "Kita-Offensiven" quasi erzwingen will, war sie mit dieser Haltung schon eine Außenseiterin.
Angriff der Feministinnen
Die öffentliche Hetzjagd beginnt im Mai 2006: In einem Cicero-Artikel warnt die in vierter Ehe verheiratete Herman junge Frauen aus leidvoller eigener Erfahrung, sich lieber nicht der Doppelbelastung von Familie und Karriere auszusetzen. Die Moderatorin, eine gläubige Christin, verweist auf den "Schöpfungsauftrag" der Frauen. Den 1968 entfesselten Feminismus macht sie unter anderem für die niedrige Geburtenrate verantwortlich, die einmal zum Aussterben der Deutschen führen werde.
Konservativen Frauen wird meist der Mief der 1950er Jahre unterstellt. Herman jedoch wird sofort mit der Nazi-Keule angegangen: Sie bewege sich "zwischen Mutterkreuz und Steinzeitkeule", schimpft Alice Schwarzer im Spiegel. "Wir müssen doch im Jahr 2006 dem Führer kein Kind mehr schenken." Die Emma-Herausgeberin fordert ihre Leser auf, sich bei der Tagesschau zu beschweren. Dort sieht man die Neutralität der Nachrichtensprecherin in Gefahr und trennt sich erst einmal für die Dauer von zwei Jahren - angeblich einvernehmlich.
Herman nutzt die Zeit, um ihr Buch Das Eva-Prinzip zu bewerben. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Mutter-Kind-Forschung macht sie sich darin erneut für eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau stark. Die erste Auflage ist sofort vergriffen, das

Publikum ist begeistert. Die Medien hingegen suggerieren, es gebe eine flächendeckende Verachtung für die Thesen der "ostfriesischen Blondine". Mehrmals stören Feministinnen ihre Lesungen.
Mit dem Taz-Artikel *Das Eva-Braun-Prinzip* schlägt die Schriftstellerin Thea Dorn schließlich erneut und besonders hart mit der braunen Keule zu. Aus Hermans Egoismuskritik konstruiert Dorn eine gedankliche Nähe zur Nazi-Ideologie von der Selbstaufgabe für Volk und Führer. Daß sie die Familienpolitik im Dritten Reich in ihrem Buch auf das Schärfste kritisiert, läßt Dorn unerwähnt.

Die Mär von der Nazibraut

Hermans darauffolgendes Buch Das Prinzip Arche Noah - Warum wir die Familie retten müssen kritisiert unter anderem die damals noch völlig unbekannte Gender-Mainstream-Forschung. Bei der Buchvorstellung am 5. September 2007 in Berlin distanziert sich die im Netzwerk Laut gegen Nazis aktive Herman gleich zu Beginn von sämtlichen Vorwürfen, rechts zu sein. Nützen wird es ihr nichts.
"Wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen, das leider ja mit dem Nationalsozialismus und der darauf folgenden Achtundsechziger-Bewegung abgeschafft wurde", fordert Herman vor 30 Pressevertretern. "Mit den Achtundsechzigern wurde damals praktisch alles das - alles was wir an Werten hatten - es war eine grausame Zeit, das war ein völlig durchgeknallter hochgefährlicher Politiker, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat, das wissen wir alle - aber es ist eben auch das, was gut war - das sind die Werte, das sind Kinder, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt - das wurde abgeschafft."
Diesen verschlungenen Satz, der in den folgenden Jahren Sprachwissenschaftler und Richter beschäftigen wird, verkürzt Springers Hamburger Abendblatt noch am selben Tag zu folgender Botschaft: "Da sei vieles sehr schlecht gewesen, zum Beispiel Adolf Hitler, aber einiges eben auch sehr gut. Zum Beispiel die Wertschätzung der Mutter."

Tausende Gebührenzahler, die sich beim NDR beschweren, werden als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt.

Revolverblätter und vermeintliche Qualitätsmedien spitzen weiter zu. "Eva Herman lobt Hitlers Familienpolitik", verkündet die Bild am Sonntag. "Eva Herman und die Mütter unter Hitler", titelt Spiegel Online. Zwei Tage nach der Pressekonferenz kündigt der NDR Hermans Entlassung an. Besonders dreist: Tausende Gebührenzahler, die sich beim Sender darüber beschweren, werden im ZAPP-Medienmagazin als rechtsextreme Anhängerschaft dargestellt. "Die Frauen zurück an den Herd, die Männer hinaus ins feindliche Leben, dieser Tenor schließt nahtlos an die Nazizeit an", äußert sich Familienministerin Renate Schmidt (SPD), die vielleicht größte Nutznießerin der Situation: Die schärfste Kritikerin ihres wirtschaftskonformen Plans, 750.000 Krippenplätze zu schaffen, ist endlich so gut wie mundtot.
"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann."
Eva Herman
Es beginnt die gesellschaftliche Ausgrenzung. Kollegen distanzieren sich öffentlich von der, laut Neuer Zürcher Zeitung, "meistgehaßten Frau Deutschlands". Termine, für die Herman gebucht worden ist, werden abgesagt. Die Geschaßte beauftragt eine Sprachanalyse ihrer Aussage und wehrt sich mit rechtlichen Klagen unter anderem gegen den NDR und den Axel-Springer-Verlag. Herman sagt später, sie wolle "Licht ins Dunkel bringen und solange kämpfen, bis die Wahrheit auch in der Öffentlichkeit bekannt ist".

Der Hexenprozeß

Als einen Monat nach der Pressekonferenz die Redaktion von Johannes B. Kerner Herman einlädt, bietet sich ihr dazu die Chance - scheinbar. Thema der Sendung: "Der Fall Eva Herman." Die Besetzung der Runde spricht von Anfang an gegen einen fairen Prozeß: Mit Senta

Berger lädt man eine der 28 Frauen ins Studio, die 1971 an der Alice-Schwarzer-Aktion *"Wir haben abgetrieben"* teilgenommen haben. Mit Margarethe Schreinemakers und Mario Barth wird die Geschworenenbank im Weiteren mit desinformierten Laien besetzt. Unerhört ist die Auswahl des Gutachters: Im Zuschauerrang lauert der Historiker Wolfgang Wippermann von der Freien Universität Berlin - ein hartlinker Professor, der auch die Antifa-Szene mit Geschichtsdeutung versorgt.
Der TV-Prozeß verläuft kafkaesk. Daß Hermans Worte schlicht falsch interpretiert worden sein könnten, steht außerhalb jeder Diskussion. Der Antifa-Professor verkauft die Desinformation der Lügenmedien als Tatsachendarstellung: "Das ist in allen Zeitungen. Jetzt sagen Sie, das hat es nicht gegeben. So kann man da nicht mit umgehen als Historiker. Das ist doch sozusagen da." Hermans faktengestützter Hinweis, daß der Privatsender RTL die einzigen Aufnahmen der Pressekonferenz unter Verschluß hält, diagnostiziert er als "Verschwörungsideologie".
Als er Herman belehrt, mit "Gleichschaltung" einen angeblichen Nazi-Begriff verwendet zu haben, erwidert sie schlagfertig: "Es sind auch Autobahnen damals gebaut worden, und wir fahren heute drauf." Das Trio Berger-Schreinemakers-Wippermann reagiert entsetzt, das Publikum gespalten.
Applaus und Empörung halten sich in etwa die Waage. "Autobahn geht nicht", verwarnt Kerner die Angeklagte. "Das! Geht! Nicht! ... Ich krieg erhöhten Puls", wettert Schreinemakers los. War der Rausschmiß schon im Voraus beschlossen worden? Ein Versprecher Senta Bergers weist darauf hin. Als die Diskussion zunächst weitergeht, appelliert sie entnervt an Kerner: "Da muß ich mich vorbereiten, muß ihre Bücher kennen - oder aber wir machen, was wir eigentlich auch mal vorgesehen hatten." Der Moderator handelt und wirft Herman aus dem Studio. Als sie geht, applaudiert das Publikum.
"Ich muß einfach lernen, daß man über den Verlauf unserer Geschichte nicht sprechen kann, ohne in Gefahr zu geraten", gibt Herman danach zu Protokoll. Noch vor der Ausstrahlung gibt Deutschlands größte Presseagentur dpa Hermans Haltung falsch wieder: "Wenn man nicht über Familienwerte der Nazis reden dürfe, könne man auch nicht über die Autobahnen sprechen, die damals gebaut wurden." Fast sämtliche Zeitungen übernehmen diese verzerrte Darstellung ungeprüft. Herman wird endgültig zur Unperson.
2009 gibt ihr das Oberlandesgericht Köln Recht: Sie habe den Nationalsozialismus nicht gelobt. Im selben Jahr aber weist das Hamburger Landesarbeitsgericht Hermans Klage gegen die Auflösung ihres Arbeitsvertrages in zweiter Instanz zurück. Damit ist ihr Berufsverbot bei ARD und ZDF zementiert. 2011 entscheidet der Bundesgerichtshof, das Hamburger Abendblatt habe Hermans Aussagen als Lob für die Wertschätzung der Mutter in der NS-Zeit interpretieren dürfen.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2016: >>**Letzter Ausweg Kulturmarxismus**
Mimikry, Camouflage und das Interesse der Ideologie: Die Frankfurter Schule im Dienste des amerikanischen Geheimdienstes
Die Erklärungsversuche der Erschütterungen, Verwerfungen und Brüche, die mit dem 20. Jahrhundert verbunden waren, sind allgegenwärtig. Hinter der Oberflächenformel vom "Zeitalter der Extreme" verbirgt sich indes ein Jahrhundert der Ideologien, deren Konfliktmuster die Konturen eines europäischen Bürgerkrieges aufwies.
Demzufolge spielten in dieser Epoche sehr abstrakte, die Ideologien als elementare Glaubenskomplexe konstituierende Vorstellungen und Begriffe eine wesentliche Rolle. Um ein angemessenes Verständnis dieser Semantiken wird wohl noch lange erbittert gerungen werden. Während der Nationalsozialismus als "Radikalfaschismus" (Ernst Nolte) ein ausgezeichnetes Studienobjekt bildet, wird die Rolle der zweiten Großideologie des Jahrhunderts, des Mar-

xismus und seiner Derivate, nicht selten marginalisiert.
Doch der klassische Parteimarxismus ist in Deutschland längst ad acta gelegt; die Sozialdemokraten entledigten sich seiner 1959 in Bad Godesberg; den Kommunisten und ihren Nachfolgern gelang es im Zuge der mitteldeutschen Wende von 1989/90 den einst alles beherrschenden Marxismus-Leninismus abzuschütteln. Anders verhält es sich mit dem erfolgreichsten Ableger der Ideenreihe des Marxismus, dem schillernden Neomarxismus der sogenannten Frankfurter Schule. Sie ist bis heute überaus wirkmächtig und gilt als das eigentliche ideologische Rückgrat der Bundesrepublik, wie das Standardwerk über "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" (3. Auflage 2007) nachweist.
Wie konnte eine neumarxistisch orientierte Denkströmung derart staatstragend werden? Und vor allem: Was ist die Frankfurter Schule? Dazu gibt es zwei Auskünfte, eine weithin bekannte und eine eher unbekannte. Die intellektuellen Köpfe erkannten - so hebt die offizielle Sichtweise an - frühzeitig, daß der sowjetische Versuch der Verwirklichung eines Kommunismus mit dem humanistischen Gehalt des Marxismus nicht übereinzubringen war.
Marxisten im Dienste einer kapitalistischen Weltmacht
Statt dessen inaugurierten sie eine modernisierte Neubegründung der sozialistischen Tradition, bevor sie im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 aus rassischen Gründen in die Emigration gezwungen wurden. Nach 1945 kehrten sie in die Bundesrepublik zurück und inspirierten, was nicht ohne fortschrittsfördernde Konflikte vonstatten ging, die Kulturrevolution von 1968, in deren Gefolge die Bundesrepublik erst recht eigentlich zu ihrer gegenwärtigen Form fand und seitdem als stabile Demokratie und offene Gesellschaft ein positives Beispiel deutscher Staatlichkeit darstellt, wie die heutigen Adepten dieser Schule selbstzufrieden resümieren würden.
Natürlich rufen derartige Erfolge auch Zweifler oder politische Gegner auf den Plan - und doch hat eine wirklich kritische Sicht auf die Frankfurter Denker sich auf vor allem ein Schlüsseldokument zu konzentrieren.
Dabei handelt es sich um "33 Thesen", die im amerikanischen Exil entstanden und Anfang Februar 1947 von Herbert Marcuse in deutscher Sprache abgefaßt wurden (Feindanalysen, 2. Auflage 2007). Das vertrauliche Papier ist indes nicht das alleinige Produkt Marcuses, sondern wurde Ende des Jahres 1946 bei Diskussionen im innersten Zirkel der Frankfurter Schule konzipiert, den Max Horkheimer anleitete. Es wurde mehrfach diskutiert, ergänzt und erweitert und war über fast zwei Jahre hinweg virulent. Prinzipiell gilt: Wer diese in Paragraphenform abgefaßten Thesen nicht kennt, weiß nicht, was die Frankfurter Schule ihrer ersten Natur nach war.
Ihr Ausgangspunkt war, daß der Westen insgesamt sich nach dem Sieg über den Nationalsozialismus selbst faschisieren würde, wodurch sich weltweit neo-faschistisches Kapital und revolutionsunfähiger Sowjetblock gegenüberstünden. Aber nicht die verfehlte Zeitdiagnose ist letztlich bemerkenswert, sondern ihr extrem orthodoxer Marxismus und dessen utopistische Ziele: Abschaffung von Herrschaft, Ausbeutung, Arbeitsteilung und (Lohn-)Arbeit. Die politische Haltung der Frankfurter Schule entpuppt sich als ein konsequenter, die Option von Anarchie und "Terror" (Horkheimer, Gesammelte Schriften Band 19) einschließender Leninismus - allerdings ohne Partei und ohne Arbeiterklasse.
Diese Praxislücke ließ sich in Amerika nicht überbrücken, sondern verwies nach Westeuropa und Westdeutschland. Von der Sache her aber handelt es sich hier um eine Art Blaupause für einen Zivilisationsbruch nach bolschewistischem Vorbild, auch wenn der katastrophische Bruch als "Sprung in den Sozialismus" verklärt wurde. Mit dieser denkwürdigen Programmatik, die im ersten Heft der erneuerten Zeitschrift für Sozialforschung erscheinen sollte, wollte man der "allgemeinen Orientierungslosigkeit" nach dem Epochenschnitt von 1945/46 entgegenwirken. Die originäre Frankfurter Schule war, so muß die Wesensdefinition lauten, die

geschäftigste Gruppe der am meisten progressiven, pseudomessianischen und revolutionstrunkenen Elemente der Ewigen Linken.
Der gewonnene Gesichtspunkt der verborgenen innersten Verfaßtheit der Frankfurter Schule leitet über zur anzuzeigenden Edition. Im Frühjahr 1943 traten drei ihrer Mitarbeiter in den Dienst des amerikanischen Geheimdienstes OSS ein: Herbert Marcuse (1898-1979), Otto Kirchheimer (1905-1965) und der Sozialdemokrat Franz Neumann (1900-1954), der als Doppelagent auch für die Sowjetunion agierte. Womit sich sofort die Frage stellt, wie man sich die Tätigkeit überzeugter Marxisten im Dienste der führenden kapitalistischen Weltmacht vorzustellen habe? Die umfangreiche Edition und das Vorwort des italienischen Herausgebers, Raffaele Laudani, ermöglichen hierzu nunmehr ebenfalls zwei Auskünfte. Eine weithin bekannte und eine eher unbekannte.
Die Amerikaner waren an Informationen über den nationalsozialistischen Gegner interessiert, die Emigranten waren Deutschland-Experten mit hohen wissenschaftlichen Qualifikationen. Über diesen Deal hinaus hatten sie als rassisch Verfolgte gute Gründe, sich in die Front gegen "Nazideutschland" einzureihen; darüber hinaus konnten sie so ihren Lebensunterhalt bestreiten, denn um die Finanzlage der Frankfurter Schule war es seinerzeit schlecht bestellt.
Die kollektiv oder einzeln verfaßten einunddreißig Berichte und Analysen, die hier erstmals vollständig auf deutsch verfügbar werden, sind demzufolge als antifaschistischer Beitrag zu werten. Sie decken eine große Bandbreite von strategischen Fragestellungen ab (unter anderem die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands, Bestrafung von Kriegsverbrechern) und stellen eine außerordentlich interessante Lektüre dar.
Nach 1945 hatten die USA plötzlich andere Interessen
Allerdings blieb die Zusammenarbeit zweier derartig unterschiedlicher Interessenlagen nicht ohne Konflikte, was - wie der Herausgeber herausstellt - "innerhalb der amerikanischen Verwaltung zu regelrechten 'Schlachten' führte - die die Frankfurter Gruppe fast immer verlor". Hiermit wird die ambivalente Seite des marxistischen Kriegseinsatzes sichtbar. Denn immer wieder schossen die engagierten Geheimdienstler über das Ziel hinaus, was an zahlreichen Vorschlägen deutlich wird, die letztlich im Interesse ihrer antikapitalistischen Agenda standen und auf die bürgerliche Substanz Deutschlands zielten, wie die Vorschläge zur Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, ausufernde Namenslisten von Wirtschaftsführern, Demokratie als Arbeiterdemokratie.
Der Nürnberger Hauptankläger Robert Jackson beispielsweise stand der ökonomischen Ursachenforschung Neumanns äußerst ablehnend gegenüber, woraufhin dieser aus Protest zurücktrat. Marcuse und Kirchheimer wurden, da der "linke" OSS geschlossen wurde, ins Außenministerium versetzt, was einer Degradierung gleichkam. Die konservativen Amerikaner verfolgten eigene Ziele in Deutschland, indem sie das christdemokratische Zentrum aufbauten.
Insofern war der Kriegseinsatz der Frankfurter Schule eine Episode, ebenso wie die "33 Thesen" - und doch sind es solche typischen Episoden, die ein stets verklärtes Phänomen der deutschen Ideologiegeschichte besser verstehen helfen.
Die begabten Intellektuellen aber hatten ihre Lektion gelernt und schalteten, als die Amerikaner die kapitalistische Wiedererrichtung Westdeutschlands forcierten (Sommer/Herbst 1948), ihr Theoriedesign endgültig um. Nicht mehr die altmarxistische Politisierung der Ökonomie steht seitdem im Zentrum, sondern die schon länger vorbereitete kritisch-intellektualistische Thematisierung der Kultur; der zuvor verachtete Überbau avanciert zum erfolgversprechenderen Kampffeld (Kulturmarxismus). Marcuse wird sich später diesem Paradigmenwechsel anschließen, verweist doch mancher Gedanke der "33 Thesen" auf den kommenden messianischen Aufbruch des Jahres 1968.
Raffaele Laudani (Hrsg.): Franz Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer. Im Kampf gegen Nazideutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Geheim-

dienst 1943-1949, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2016 …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Mai 2016 (x892/…): >>**"Monokulturelle Staaten ausradieren!"**
Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", Frans Timmermans, hat die Katze aus dem Sack gelassen. Während einer Rede während des "Grundrechte-Kolloquiums der EU" (EU Fundamental Rights Colloquium) hat er die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen. Damit werden die Absichten der gesteuerten Masseneinwanderung nach Europa offengelegt. Im Hintergrund steht eine UN-Entschließung, die dasselbe Ziel weltweit verfolgt.
Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemeinschaften wollen, berufen sich laut Timmermans auf eine "Vergangenheit, die nie existiert hat" und können deshalb nicht die Zukunft diktieren. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte und jeder, der etwas anderes behaupte, sei engstirnig. Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa in Frage.
Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch "die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben."
Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich ausspricht.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 16. Juni 2016 (x892/…): >>**Kirchen zu Moscheen**
Viele Gotteshäuser werden vom Islam übernommen und umgenutzt. - Im Nahen Osten geht die Präsenz der Christen nach 2.000 Jahren angesichts eines gewalttätigen Islams zu Ende. Doch die Liste der an Muslime verkauften Kirchen und Synagogen wird auch in Europa immer länger. Viele sprechen von einem Ausverkauf des Christentums an den Islam. Wieder einmal versuchen türkische Muslime, aufgepeitscht von einem Imam aus Saudi-Arabien, die Hagia Sophia (Heilige Weisheit) in Istanbul, einst die größte Kathedrale der christlichen Welt, bevor die muslimisch-osmanischen Türken sie 1453 eroberten, in eine Moschee umzuwandeln. Zumindest einen Teilerfolg haben sie bereits erreicht.
Vorerst noch auf die Dauer des islamischen Fastenmonats Ramadan beschränkt, wird die 1934 vom Laizisten Kemal Atatürk in ein Museum umgewandelte Hagia Sophia wieder zur Moschee. Der regierungsnahen Morgenzeitung "Sabah" reicht das nicht. Sie fordert, daß die einstige Hauptkirche des orthodoxen Christentums über den Ramadan hinaus Moschee bleibt. Da die westlichen Christen mit ihrer Armenienpolitik keine Freunde mehr seien, brauche man auf sie auch keine Rücksicht mehr zu nehmen.
Zahlreich sind im Nahen Osten die zu Kultstellen des Islam verwandelten Kirchen und Synagogen wie etwa die heutige Umayyaden- Moschee in Damaskus, die Ibn-Tulun-Moschee in Kairo oder die Kreuzfahrer-Kathedrale von Famagusta auf Zypern. Auf dem Jerusalemer Tempelberg errichteten die muslimischen Eroberer ihre drittheiligste Stätte auf den Ruinen des jüdischen Tempels.
In Europa passiert gerade ähnliches. Fast in jeder modernen europäischen Stadt werden neue

Moscheen gebaut oder Kirchen umgewidmet. Es gibt aber auch immer mehr verlassene und profanierte Kirchen. In der niederländischen Provinz Friesland wurden 250 von 720 Kirchen entweder umgewidmet oder geschlossen.
Die Fatih Camii Mosque in Amsterdam war einst die Sankt-Ignatius-Kirche. Eine Synagoge in Den Haag wurde zur Al-Aqsa-Moschee. Die Hauptmoschee in Dublin ist eine ehemalige Presbyterianerkirche. In England wird die St. Marks Cathedral nun New-Peckam-Moschee genannt. Die Moschee von Disbury in Manchester war einst eine Methodistenkirche. In Lancashire gaben die Behörden die Genehmigung, die anglikanische Kirche Saint Peter's in Cobridge zur Madina-Moschee zu verwandeln.
In Belgien, einst eine Wiege des europäischen Katholizismus, werden Dutzende von Kirchen geschlossen. Die Kirche der heiligen Catherine, 1874 errichtet, dominiert Brüssels historischen Stadtkern, sie sollte gemäß einem Vorschlag der Stadt zu einer Obsthalle umfunktioniert werden. Nur die Mobilisierung der Gläubigen vereitelte den Plan.
Auch in Deutschland gibt es einen Ausverkauf von Kirchen. Zwischen 1990 und 2010 hat die Evangelische Kirche in Deutschland 340 Kirchen geschlossen. In Hamburg hat die muslimisch-alevitische Gemeinde kürzlich eine evangelische Kirche gekauft. Die Kirche St. Raphael in Berlin-Spandau ist nun ein Lebensmittelladen. In Trier wurde die St.-Maximin-Kirche, eine der ältesten der Römerstadt, zu einer Schulturnhalle umgebaut. In der Kleinstadt Neunkirchen an der Saar wurden im letzten Jahr allein drei katholische Kirchen profaniert.
Der siebenbürgisch-französische Schriftsteller Emile Cioran stellte Europa einst eine düstere Prophezeiung: "Die Franzosen werden nicht eher aufwachen, als bis Notre Dame zu einer Moschee geworden ist." …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 15. Juli 2016 (x892/…): >>**Der Nationalstaat unter Beschuß**
Während die Souveränität der Nationalstaaten von außen vor allem durch supranationale Organisationen wie die Europäische Union (EU) bzw. supranationale Gerichtshöfe wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGRM) eingeschränkt werden, werden die nationalen Werte durch die Masseneinwanderung von innen ausgehöhlt. Zudem beschränken sich die Nationalstaaten oft selber in ihrer Souveränität, indem sie Vorgaben von internationalen Organisation wie der UNO unhinterfragt übernehmen.
Der Nationalstaat unter Beschuß - Wie supranationale Institutionen und Masseneinwanderung die staatliche Souveränität angreifen
Ein Gastbeitrag von Ralph Studer, Schweiz
Anhand einzelner aktueller Beispiele sollen nachfolgend die Angriffe auf die staatliche Souveränität aufgezeigt werden:
Die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
Die UN-Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde von der UN-Generalversammlung am 25. September 2015 beschlossen. Die Agenda 2030 soll nach offiziellen Aussagen "zur globalen Entwicklung beitragen, menschliches Wohlergehen fördern und die Umwelt schützen". Die Ziele dieser Agenda haben universelle Gültigkeit und fließen in die nationale Politik ein.
Zu den Zielen dieser Agenda 2030 gehört u.a. der allgemeine Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung und Aufklärung, was in der allgemeinen Sprache von UNO (und EU) bedeutet, daß Verhütungsmittel und das Recht auf Abtreibung weiter vorangetrieben werden. Weiter verfolgt diese Agenda das Ziel, die Chancengleichheit von Frauen und die Übernahme von Führungsrollen durch Frauen auf allen Ebenen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zu fördern, geschlechtliche Stereotype abzubauen und Gender Mainstreaming zu einem weltweiten staatlichen Prinzip zu erheben. Zudem sollen Mädchen und Jungen zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Be-

treuung und Vorschulbildung Zugang erhalten.
Bei der Umsetzung dieser Agenda bzw. allgemein bei der nachhaltigen Entwicklung spielen die Nichtregierungsorganisationen (NGO), die über keine demokratische Legitimation verfügen, eine wesentliche Rolle. Diese sollen nach Aussagen der UNO z.B. Wissen und Fakten in leicht verständliche Informationen für die Bevölkerung umwandeln. Den Massenmedien kommt die Aufgabe zu, eine wichtige Kraft beim Lenken von Entscheidungen und des Lebensstils der Konsumenten, vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu übernehmen.
Auch wenn dieser Beschluß der UNO-Generalversammlung zur Agenda 2030 keinen verbindlichen Charakter hat, daß bei Nichtumsetzung weder Sanktionen noch eine Klage gegen die Schweiz drohen, hat diese Agenda nach innen den Charakter eines Angriffs auf die staatliche Souveränität: Die Schweiz z.B. übernimmt bereitwillig die Vorgaben dieser Agenda, indem sie sämtliche Politikbereiche wie Handels-, Finanzsektor- oder die Agrarpolitik oder auch die Gesundheits- Sozial oder Bildungspolitik im Hinblick auf diese Agenda ausrichtet.
Sie unterwirft sich dieser Agenda in Form der nationalen Berichterstattung, welche einer Rechenschaftspflicht gegenüber der UNO gleichkommt, und wird - was zu erwarten ist - zukünftig die UNO-Empfehlungen und Kritiken in diesen Bereichen entsprechend umsetzen. Durch diese Überwachungsmechanismen wird der Nationalstaat geschwächt und gleichzeitig die Demokratie abgebaut.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Auf nationaler Ebene kann das nationale Parlament mit einer Gesetzesrevision eingreifen, wenn das höchste Gericht des Landes seines Erachtens eine falsche Gesetzesauslegung vorgenommen hat. So besteht ein Machtausgleich zwischen Gesetzgeber und Richter und ein Gleichgewicht im Staat. Auf Ebene Europa ist dies nicht der Fall. Der EGMR in Straßburg trifft seine Urteile als supranationaler Gerichtshof mit Mehrheitsentscheidungen von Richtern aus den jeweiligen Mitgliedstaaten. Diese entscheiden je nach Fall für oder gegen einen Nationalstaat wie Deutschland, ohne daß Deutschland auf die Ernennung der Richter Einfluß nehmen könnte.
Problematisch ist beim EGMR zudem Folgendes: Bei seiner Einsetzung in den 1950er Jahren war die Meinung, daß der Gerichtshof nur in fundamentalen Angelegenheiten wie z.B. Folter und ethnischen Säuberungen Recht spricht. Mittlerweile greift der Gerichtshof auch bei alltäglichen Themen wie bei Vorschriften für Hausdurchsuchungen und Polizeivernehmungen ein. Gleichzeitig befassen sich die Richter auch mit Fragen zur nationalen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. So betreiben die Richter nationale Politik und zwingen dem Rest Europas ihre Auffassungen auf. Die Richter stehen außerhalb der Kontrolle der nationalen Parlamente und erweitern ständig ihren Einflußbereich.
Dadurch werden die Kompetenzen der nationalen Politik, insbesondere der nationalen Parlamente ausgehebelt und die staatliche Souveränität eingedämmt. Dies um so mehr, als diese Urteile aus Straßburg in der Schweiz z.B. oft auch Präjudizcharakter haben bzw. vom Schweizerischen Bundesgericht zur Änderung seiner Praxis herangezogen werden. So wird die nationale Rechtsprechung allmählich von Straßburg durchdrungen.

Die Massenmigration ("Flüchtlingskrise")

Die europäische Elite sieht im Verschwinden der nationalen Souveränität eine Verbesserung. Sie glaubt, daß die Nationen Europas von ihrer eigenen Souveränität bedroht sind und tritt deshalb für einen "Multikulturalismus" ein. Wofür steht dieser Begriff? Multikulturalismus bedeutet, daß es keine Leitkultur gibt im Sinne einer dominanten Kultur und somit ein geteilter und gemeinsamer Bereich fehlt. Es sei nicht erstrebenswert, innerhalb einer Gesellschaft dieselben Gesetze und Bräuche zu teilen. Anhänger des Multikulturalismus glauben, daß die Idee einer nationalen Kultur nicht sinnvoll sei und daß das Streben nach kultureller Einigung, worauf viele Gesellschaften und Staaten in der Vergangenheit Wert legten, nicht mehr brauch-

bar sei.
Für eine solche Sichtweise ist es naheliegend, wenn Menschen von anderen Kulturen sich z.B. in Rechtsstreitigkeiten auf ihre Rechtstraditionen berufen (Scharia, Polygamie). Eine Vielfalt der Kulturen auf Kosten eines geteilten nationalen Zusammenhangs. Daraus folgt dann auch, daß keine einzige Gesellschaft das Recht hat, anderen Gruppen innerhalb des Territoriums kulturelle oder soziale Normen aufzuerlegen: Die Kraft künftiger Gesellschaften würde gerade darin liegen, daß eine geteilte Kultur und geteilte Kernwerte fehlen! Dadurch werden letztlich Unterschiede verstärkt und Integration verhindert.
Die aktuelle Massenmigration wird sowohl die ethnische als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in Europa grundlegend verändern. Dieses Vorgehen ist ein direkter Angriff auf die europäischen Nationalstaaten. Vaclav Klaus, ehem. Ministerpräsident Tschechiens, formuliert es pointiert:
"Diese Leute (Elite) haben begriffen, daß die Nationalstaaten im Verein mit der parlamentarischen Demokratie zum absoluten Bremsklotz ihrer Visionen vom neuen Europa und zum Störfaktor ihrer globalen Machtansprüche geworden sind. Die entscheidenden, immer radikaleren Vertreter dieser Visionen haben begriffen, daß die Schaffung des NEUEN MENSCHEN, ewiger Traum aller europäischen Progressisten, in den Grenzen der alten Nationalstaaten niemals funktionieren wird."
Deshalb sollen die nationalen Strukturen zersetzt und die Nationen mit jener fremden Welt konfrontiert werden, welche die Migranten - ohne Bezug zu Europa - mitbringen. Die Herausforderungen durch den Islam sind dabei nicht zu unterschätzen, stellt er doch einen großen Komplex von religiösen Vorstellungen und Gesetzen dar, die das gesellschaftliche Funktionieren und individuelle Verhalten regeln. Dazu gehört auch die Scharia. Parallelgesellschaften werden wachsen, die Sicherheit kann nicht mehr gewährleistet werden und der Nationalstaat wird bis in seine Grundfeste erschüttert, abgesehen von den hohen finanziellen und gesellschaftlichen Kosten.
Dazu kommt, daß noch jedes Problem in Europa mit einer verstärkten Zentralisierung und politischen Integration der EU endete. Die nationalstaatliche Souveränität wird weiter unter Druck geraten (z.B. EU-Polizei, zentrales Krisenmanagement, Subventionspolitik als Druckmittel gegen ausscherende Regierungen, vermehrt Mehrheitsentscheidungen statt Einstimmigkeit) und die EU sich weiter vom Prinzip der Subsidiarität hin zu mehr Immigration-, Sicherheits- und Sozialpolitik entwickeln.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 4. August 2016 (x892/…): >>**DER SPIEGEL hat doch Recht**
Das Wochenmagazin DER SPIEGEL, gelegentlich auch als "Bildzeitung für Intellektuelle" bezeichnet und bekannt für seine radikal säkularistische und atheistische Berichterstattung, hat im Jahr 1970, also vor 46 Jahren, einen Beitrag veröffentlicht, der den Untergang der katholischen Kirche präzise vorhersagt. Die Analyse ist um so überraschender, als der Mainstream der damaligen Zeit und insbesondere der Mainstream in der katholischen Kirche nach dem Konzil eher das Gegenteil behauptete: Einen neuen Aufbruch der Kirche, auch und besonders in Folge der Liturgiereform. Heute wissen wir: DER SPIEGEL hatte Recht.
Die folgenden Zitate stammen aus der Ausgabe des SPIEGEL vom 6. Juli 1970:
"Man braucht nicht das Urteil künftiger Historiker abwarten, um das Ende des europäischen Kirchentums vor sich zu sehen. Es ist nicht das Ergebnis von Kulturkämpfen und diktatorischer Unterdrückung. Zumal auf dem Schauplatz der Bundesrepublik sind die wesentlichen Kompromisse zwischen Staat und Kirche, der Kirchen untereinander, zwischen Säkularisation und Theologie zufriedenstellend formuliert, die Konfessionen Teilhaber des legalisierten Pluralismus, kein Gegner weit und breit. Der Fluch Voltaires ist verhallt, der philosophische Atheismus und die ideologische Entlarvung des Christentums gehören schon zu den Anti-

quitäten des 20. Jahrhunderts."
Man sucht nach Ausdrucksformen, nach 'Welt', weniger nach Wahrheit, und das verstärkt die Gemeinsamkeiten der Kirchen: in der Rezeption der kritischen, zum Teil schon negativen Theologie durch die katholischen Theologen, in dem retardierenden Konservatismus der Kirchenleitungen, in der Neigung zum sozialkritischen Radikalismus beim niedrigen Klerus, den Studenten und ideologisch Aktiven. Der Gegensatz zwischen konservativer Hierarchie und dem progressiven Radikalismus ist freilich nur relativ. Beide wollen die Anpassung, beide wollen, autoritär oder revolutionär, den Glauben als soziale Funktion."
"So sind die Kirchen ähnlich geworden, weniger durch ökumenische Bewegung als durch Assimilation des Alterns. In Zukunft wird die Verständigung unter konservativen und traditionsorientierten Katholiken und Protestanten leichter sein als zwischen Progressiven und Konservativen innerhalb der eigenen Kirchen."
Intra muros die Neuinszenierung von Gottesdiensten, Diskussionen, Beat-Messen oder die liturgische Imitation protestierender Gesten. Alle diese Experimente, radikal und gemäßigt, haben dieselbe Tendenz, aus der traditionellen Gemeinde eine Aktionsgruppe zu machen, die Institution in soziale Energie zu verflüssigen - in Wirklichkeit ist es freilich Regression."
"Um so größer ist ihre Wirkung auf den Kultus der Kirchen. Sie wird ihn in absehbarer Zeit zerstört haben. Man wird nicht mehr lange vom unverbindlichen 'Weltbild der Bibel' sprechen können, ohne zugleich die alten Formen des Kultus bei Seite zu schieben.
Für die protestantische Kirche ist das fast schon selbstverständlich, wenn auch nicht zu sehen ist, welche Formen Kirchenlied, Gebet und Predigt annehmen sollen. Um so tiefgreifendere Folgen muß die Rezeption der kritischen Theologie für den Katholizismus haben, wenn die Messe den Charakter der Mysterienfeier verliert. Hier ist gewiß langer und zäher Widerstand zu erwarten (siehe die Bewegung, die von Erzbischof Marcel Lefebvre ins Leben gerufen wurde. Anm. der Red.). Aber wird es möglich sein, die Auferstehung Jesu und seine Himmelfahrt, die Unbefleckte Empfängnis und vieles andere gegen die theologische Kritik, gewissermaßen als sakrale Folklore, zu erhalten? Vielleicht werden die Gewerkschaften die letzten sein, die die christlichen Feiertage, wenn auch nur tarifpolitisch, verteidigen.
Die Zerstörung des Kultus wäre aber ein Vorgang, der weit mehr als die Außenseite der Liturgie betrifft. Sie trifft die Struktur des europäischen Kirchentums, zu dessen Schwerpunkten der Kultus und seine Öffentlichkeit gehören. Sie trifft die Darstellungsfähigkeit des Glaubens und damit seine Mysterien. Denn die christliche Botschaft ist, trotz der überwältigenden Rationalität, die von ihr als Wirkung ausging, Offenbarung von Geheimnissen. Sollten die Kirchen auch nur allmählich, aber in einer sich rascher beschleunigenden Entwicklung, darauf verzichten müssen, die Wahrheiten ihres Glaubens zu verehren und zu feiern, und sich damit begnügen, soziale Prinzipien zu demonstrieren (man denke an Papst Franziskus u.a.; Anm. der Red.), wäre ihr Ende besiegelt."
Der Artikel endet mit dem Satz:
Die Zukunft der Kirchen liegt wahrscheinlich allein in der Wiederherstellung des Kultus. Das klingt reaktionär, ist es auch. Andernfalls bleibt ihnen die 'Öffnung zur Welt'. Aber was sie für die Teilnahme am sozialen Prozeß halten - das eben ist ihre Liquidation.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 5. August 2016 (x892/…): >>**Zerstörung der Identitäten**
Es ist das ausdrückliche Ziel der politischen Kaste in Deutschland in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen die persönliche und soziale Identität der Menschen zu zerstören. Der Angriff auf die persönliche Identität wird weltweit mit Hilfe der radikalen und undemokratischen Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie verfolgt. Die Zerstörung der sozialen Identität geschieht durch die "Ausradierung monokultureller Staaten", wie dies wörtlich der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans gesagt hat. Hier

einige weitere Zitate, die alle das gleiche Ziel zum Ausdruck bringen:
Nicolas Sarkozy (Nicolas Paul Stéphane Sarközy de Nagy-Bocsa):
"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen. Deshalb müssen wir uns wandeln, und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern. Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien und wir werden uns diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!" (Sarkozy am 17. Dezember 2008 in Palaiseau zu führenden EU-Politikern als Vorsitzender des Europäischen Rates.)
Sergio Vieira de Mello:
Am 4. August 1999 gestand Sergio Vieira de Mello, Ex-UN-Administrator für den Kosovo, in einer Sendung des US-Radiosenders PBS (Public Broadcasting System) folgende UN-Zerstörungspolitik ein, die nie von der Bevölkerung auch nur eines Mitgliedslandes per demokratischem Votum abgesegnet worden ist. Vieira de Mello wörtlich:
"Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern." …
Frans Timmermans im EU-Parlament: Monokulturelle Staaten ausradieren.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. August 2016: >>**Hacker enthüllen Strategien von George Soros**
Die von George Soros gegründete Stiftung für eine offene Gesellschaft (OSF) fordert die Schaffung von Gleichheitsbehörden in allen EU-Mitgliedsstaaten, damit die Brüsseler Direktiven zur Gleichberechtigung durchgesetzt werden können. "Diese Behörden müssen unabhängig, gut ausgestattet und mit großer Macht versehen sein, um auf nationaler Ebene potentielle Diskriminierungsmaßnahmen überwachen zu können", heißt es in einem Strategiepapier der OSF.
Die amerikanische Webseite DC Leaks hat 2.576 Dokumente von den Lobbyorganisationen des Multimilliardärs George Soros veröffentlicht. Die Unterlagen belegen, wie weit das Netz des Amerikaners gespannt ist. Seine Kritiker werfen ihm Aufbau einer internationalen, politisch stark linksgerichteten Lobbyorganisation vor. Sein wichtigster Verein, die Open Society Foundation (Stiftung für eine offene Gesellschaft), hatte im Juni bereits ein Datenleck beim FBI angezeigt.
Clinton-Unterstützer und Bush-Hasser
Soros, ein ungarisch-amerikanischer Geschäftsmann, war ein erklärter Gegner von George W. Bush und langjähriger Unterstützer Hillary Clintons, deren Wahlkampf er mit mehreren Millionen US-Dollar finanziert hat. Sein weltweites Netzwerk besteht außerhalb der USA vor allem aus pro-westlichen Vereinen im ehemaligen Ostblock. Viele Unterlagen beziehen sich auf Moldawien und die Ukraine, wo pro-westliche Organisationen 2013/14 an einem Regimewechsel gegen Viktor Janukowitsch beteiligt waren.
Datenlecks dieser Art bereiten Politikern aller Schattierungen Kopfzerbrechen. Die Wikileaks-Enthüllungen von 2010 wurden von führenden Zeitungen abgedruckt. Zuletzt geriet Hillary Clinton wegen veröffentlichter Emails ins Zwielicht. In Deutschland hat in dieser Woche ein Berliner Betreiber von Asylantenheimen seinen Auftrag verloren, nachdem prekäre Mitarbeiter-Emails verbreitet worden sind. Die Alternative für Deutschland konnte im Mai die Veröf-

fentlichung von Mitgliederdaten nicht verhindern.
Bei den nun aufgetauchten Dateien aus den Unternehmen des US-Milliardärs George Soros handelt es sich um weniger pikantes Material. Veröffentlicht wurden keine persönlichen Emails oder geheimen Verträge. Es handelst sich vielmehr um Schulungsmaterial, allgemeine oder spezielle Lageeinschätzungen, aber auch Zeitungsartikel. Das paßt zu einem Bericht der konservativen Webseite Daily Caller, die behauptet, rechte Hacker hätten Soros' Netzwerk infiltriert. Sehr weit scheinen sie dabei nicht gekommen zu sein.
Er verfügt über ein weltweites Netzwerk
Dennoch geben diese Dokumente Aufschluß beispielsweise über die Arbeitsweise und den Radius von Soros' Lobbyarbeit. So beschreibt ein Dokument die Einflußnahme der Soros-Agenten in Afrika, wo Regierungen, Staatsbedienstete und Frauenrechtlerinnen als Profiteure der Arbeit des Vereins aufgeführt werden.
Ein anderes Dokument schildert, wie Lobbyisten im EU-Parlament Kontakt zu Entscheidern suchen: Sie bringen nahestehende Abgeordnete zu einer sogenannten Intergruppe zusammen. Der anonyme Autor läßt durchblicken, daß er selbst von 2009 bis 2014 eine solche Lobbygruppe für die Durchsetzung von Homosexuellenrechte geführt habe. Zudem habe er für seine 21seitige Abhandlung Kontakt zum "Europäischen Netzwerk gegen Rassismus" gesucht, um deren "Erfahrungen und Erwartungen" berücksichtigen zu können.
Der Ratgeber ist voll von praktischen Hinweisen für die Gründung und den Betrieb solcher Intergroups ("eine Webseite kostet nur 2.000 Euro"). Das Ziel ist klar: "die Vereinigung gewählter Vertreter unterschiedlicher Lager, um einen Konsens herbeizuführen." Die Lobbyismus-kritisch Organisation LobbyControl bezeichnet solche Intergroups als "Vehikel, um Lobbyinteressen ins EU-Parlament zu tragen".<<
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Dezember 2016: >>**Attacke auf Weihnachtsmarkt:**
Polizei: Lastwagen vorsätzlich in Weihnachtsmarkt gesteuert
Bundeskanzlerin Angela Merkel steht nach Angaben ihres Sprechers Steffen Seibert mit De Maizière und Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller in Verbindung. "Wir trauern um die Toten und hoffen, daß den vielen Verletzten geholfen werden kann", twitterte Seibert.
Gauck: "Ein schlimmer Abend für Berlin und unser Land"
Bundespräsident Joachim Gauck äußerte sich tief betroffen über das "schreckliche Geschehen". "Das ist ein schlimmer Abend für Berlin und unser Land, der mich wie zahllose Menschen sehr bestürzt", teilte Gauck am Montagabend mit. "Auch wenn wir noch nicht viel über die Hintergründe des schrecklichen Geschehens auf dem Berliner Weihnachtsmarkt wissen: Ich bin in Gedanken bei den Opfern, bei ihren Angehörigen, bei allen Menschen, die um Familienangehörige oder Freunde fürchten." Er danke den Helfern und Sicherheitskräften für ihren Einsatz, ergänzte das Staatsoberhaupt.
Die Berliner Polizei teilte in der Nacht zu Dienstag über Twitter mit, es bestehe der Verdacht, daß der "Lkw in Polen von einer Baustelle gestohlen wurde". Die Ermittlungen dazu dauerten an. Der Besitzer des polnischen Lkw-Unternehmens erklärte am Montagabend, daß er seit dem Nachmittag keinen Kontakt mehr zu dem Fahrer gehabt habe. "Ich weiß nicht, was mit ihm ist. Er ist mein Vetter, ich kenne ihn seit meiner Kindheit. Ich bürge für ihn", sagte er der Nachrichtenagentur AFP am Telefon.
Ein leitender Mitarbeiter der Firma sagte AFP, seit 15.00 Uhr versuche das Unternehmen vergeblich, Kontakt zu dem 37-jährigen Fahrer aufzunehmen. "Wir wissen nicht, was mit ihm ist. Wurde er entführt, getötet?" Der Lastwagen transportierte den Angaben zufolge 25 Tonnen Metallprodukte aus Italien. Die Berliner Polizei bestätigte, daß der Lkw Metallträger geladen hatte.

Trump spricht von "schrecklichem Terrorangriff"
Der designierte amerikanische Präsident Donald Trump bezeichnete den tödlichen Zwischenfall als einen "schrecklichen Terrorangriff". "Unschuldige Zivilisten wurden auf der Straße ermordet, als sie sich gerade anschickten, die Weihnachtsferien zu feiern", erklärte Trump in einer Mitteilung.
"Regelmäßig schlachten der Islamische Staat und andere islamistische Terroristen Christen in ihren Gemeinden ab", erklärte Trump weiter. Diese "Terroristen, ihre regionalen und weltweiten Netzwerke müßten vom Erdboden getilgt werden", fügte Trump hinzu. "Ein Auftrag, den wir gemeinsam mit allen freiheitsliebenden Partnern durchführen werden." Zum Zeitpunkt der Mitteilung Trumps war in Berlin zwar von einem möglichen Anschlag die Rede, nicht aber von einem islamistischen Hintergrund.
Auch EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini zeigte sich erschüttert. "Europa einmal mehr getroffen", twitterte sie. "Unsere Gedanken sind bei allen Opfern und ihren Familien". Ebenso Frankreichs Präsident François Hollande hat sich nach dem Vorfall auf einem Weihnachtsmarkt in Berlin betroffen gezeigt. "Die Franzosen teilen die Trauer der Deutschen angesichts dieser Tragödie, die ganz Europa trifft", teilte der Élysée-Palast am Montagabend mit. Premierminister Bernard Cazeneuve erklärte auf seinem Twitteraccount auf Deutsch: "Ganz Frankreich steht an Deutschlands Seite."
Der Vorfall erinnert an den Terroranschlag in Nizza vom 14. Juli 2016. An dem französischen Nationalfeiertag fuhr ein Mann mit einem Lkw in die Promenade und tötete 84 Menschen. Mehr als 300 Personen wurden damals schwer verletzt. Der Attentäter wurde noch im Wagen von Sicherheitskräften erschossen.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Juli 2016: >>**Maos Schwimmstunde kostete 100 Millionen Opfer**
Um seine physische Kraft zu beweisen, schwamm Mao Tse-tung im Juli 1966 durch den Jangtse. Sein gestärktes Charisma kostete Millionen Chinesen das Leben. Westliche Bewunderer übersahen das gern.
Von *Alan Posener*
Jeder erfolgreiche Revolutionär steht irgendwann vor dem Problem, daß der Erfolg die Revolution zu fressen droht. George Orwell hat das in "Farm der Tiere" beschrieben, wo die Tiere den Bauern verjagen und am Ende unter die noch schlimmere Herrschaft der Schweine geraten. "Die Tiere blickten von Schwein zu Mensch und von Mensch zu Schwein, und dann wieder von Schwein zu Mensch; doch es war bereits unmöglich zu sagen, wer was war." Was tun? Josef Stalin erfand das Mittel des wahllosen Terrors, um die Verfestigung einer neuen Klasse zu verhindern. Adolf Hitler den totalen Krieg. Mao Tse-tung die Kulturrevolution.
In den zehn Jahren der Revolution zwischen 1966 und dem Tod Maos 1976 wurden zwischen 1,5 und 1,8 Millionen Menschen getötet; ebenso viele trugen dauerhafte körperliche Schäden davon. 22 bis 30 Millionen wurden politisch verfolgt - entlassen, zur "Umerziehung" aufs Land geschickt, ins Gefängnis gesteckt; und da in Maos China die Sippenhaft galt, dürften über 100 Millionen Menschen unter der Kulturrevolution gelitten haben, wie der Freiburger Sinologe Daniel Leese in seinem neuen Buch "Die chinesische Kulturrevolution" vorrechnet. Dennoch wurde die Kulturrevolution im Westen begeistert rezipiert.
Aufmüpfige Schüler identifizierten sich mit Maos "Roten Garden"; Künstler wie Andy Warhol und Gerhard Richter schufen Mao-Porträts; Pariser Modeschöpfer und britische Popgrößen trugen "Mao-Jacken"; rechte und linke Philosophen schwärmten vom "neuen Menschen", der in China entstehe; K-Gruppen studierten die "Mao Tse-tung-Ideen" und kopierten die Organisationsprinzipien der KP Chinas, und die Mitglieder der Terrorgruppe RAF, die vielleicht am besten verstanden hatte, worum es wirklich ging, ließen sich in Palästinenserlagern zu Mördern ausbilden.

Wie kam es zur Kulturrevolution? Im "Großen Sprung nach vorne" zwischen 1958 und 1961 hatte Mao in einem voluntaristischen Akt versucht, China aus einer halbfeudalen in eine kommunistische Gesellschaft zu verwandeln. Die Landwirtschaft wurde kollektiviert, die alte Dorf- und Familienstruktur zerschlagen, die Industrialisierung des Landes forciert.
Das Ergebnis war, wie Leese schreibt, "die größte Hungersnot der Geschichte" mit 30 bis 40 Millionen Toten. Mao mußte zurückstecken. Reformer gewannen in der KP Chinas Einfluß. Sie blickten nach Moskau, wo Nikita Chruschtschow versuchte, den Stalinismus zu überwinden.

Privat genauso brutal wie als Politiker

… Mao schien politisch erledigt, obwohl er noch Parteichef war. Doch er wartete nur ab. Am 10. November 1965 erschien in der Shanghaier Parteizeitung eine Kritik von Maos Getreuem Yao Wenyuan im Theaterstück "Hai Rui wird aus dem Amt entlassen." In den folgenden Wochen lancierten Maos Verbündete überall Angriffe gegen "Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen" und forderten die "Massen" auf, "Ochsengeister und Schlangengötter" hinwegzufegen.
Es war ein einmaliger Vorgang: der Parteichef ruft das Volk auf, die Partei zu kritisieren. Überall bildeten sich an Schulen und Universitäten "Rote Garden", die Professoren kritisierten, demütigten, verprügelten und in einigen Fällen töteten. Am 13. Juni 1966 wurde der Schul- und Universitätsbetrieb in ganz China eingestellt. Die Schüler und Studenten hätten, so Mao, keine andere Verpflichtung mehr, als am "Klassenkampf" teilzunehmen.
Mao jubelte. Es herrsche "großes Chaos unter dem Himmel", schrieb er in einem Gedicht; dies sei gut für die Revolution. Jedoch war der Parteichef schon 72 Jahre alt; eignete er sich als Führer einer revolutionären Jugendbewegung? Am 16. Juli 1966 nahm er an einem Schwimmwettbewerb zur Überquerung des Jangtse-Flusses teil und demonstrierte seine physische Kraft. Die Bilder gingen um die Welt. Die "Große Proletarische Kulturrevolution" nahm ihren Lauf.
Die Polizei bekam Anweisungen, dem Terror der Roten Garden nicht im Wege zu stehen. Am 5. August 1966 ermordeten Schülerinnen der Pädagogischen Hochschule Peking ihre Schulleiterin; in den folgenden Wochen wurden allein in der Hauptstadt 1772 "Klassenfeinde" von Jugendlichen ermordet und 77.000 Menschen mit "schlechtem Klassenhintergrund" vertrieben.
Dazu meinte der Minister für Öffentliche Sicherheit: "Letztlich sind schlechte Personen schlecht, daher ist kein großes Aufheben darum zu machen, wenn sie zu Tode geprügelt werden." (Oder um Berliner Anarchisten des Jahres 2016 zu zitieren, nachdem 123 Polizisten bei Krawallen verletzt wurden: "Es soll angeblich 123 verletzte Schweine geben. Wir hoffen das stimmt, wenn wir das auch stark bezweifeln. Mögen es beim nächsten Mal 234 verletzte Schweine sein! Wir werden weiterhin aktiv sein, um Berlin ins Chaos zu stürzen. Schweine sind Schweine!")

Berlin befürchtet weitere Krawallnächte

In Berlin kämpft die linksautonome Szene gegen die Gentrifizierung. 123 Polizisten wurden in der Krawallnacht verletzt. Die Politik ist ratlos, wie weitere Ausschreitungen verhindert werden können.
Die Bilder randalierender Schüler, die ihre Lehrer einschüchtern, begeisterten viele Gymnasiasten in der westlichen Welt, die gegen autoritäre Lehrer und Eltern aufstanden und ihr Recht auf Lebensfreude einforderten. Sie verwechselten ihre eigene Kulturrevolution - als Mao im Jangste schwamm, arbeiten die Beatles an ihrem Album "Revolver", schufen Hippies in San Francisco die erste Hochburg einer "Counterculture" - mit Maos Revolution von oben: man trug lange Haare und Mao-Buttons, randalierte bei einem Rolling-Stones-Konzert in der Berliner Waldbühne, machte erste Erfahrungen mit Haschisch und zitierte aus der roten "Mao-

Bibel" Sprüche wie "Rebellion ist gerechtfertigt": man inszenierte, um es kurz zu machen, eine sich anbahnende Tragödie als Farce.
Die westliche Lehrergeneration war hilflos. Auch deshalb, weil einige ihrer geistigen Autoritäten Mao bewunderten. Der in Nachkriegsdeutschland immer noch bewunderte Ideologe des Faschismus Carl Schmitt etwa lobte in seiner "Theorie des Partisanen" 1963 Maos Schriften über den Guerillakrieg: Der Partisan, so Schmitt, sei das letzte "tellurische", also erdverbundene, Individuum im Kampf gegen eine bürokratisch-technische Welt. Schmitts Adept Hans-Jürgen Krahl, früher Mitglied einer rechtsextremen Gruppe, trug diese Gedanken später in den linksradikalen "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS), wo sie von Rudi Dutschke popularisiert wurden.

Der große Vorsitzende als Dichter

Chinas Staats- und Parteichef Mao Tse-tung (1893-1976) schrieb nicht nur politische Traktate, sondern auch Gedichte, die sich an klassischen Vorbildern zu orientieren vorgaben.
1965 dichtete Mao ein "Gespräch zweier Vögel". Es war als Angriff gegen den "Gulaschkommunismus" der Sowjetunion unter Chruschtschow gedacht und verwies auf die kommende Kulturrevolution. …
Als das Gedicht zur Jahreswende 1975/76 erschien, mußten es Millionen Chinesen auswendig lernen und vortragen. …
Aber auch ein linksliberaler Intellektueller wie Sebastian Haffner schwärmte 1966, man spüre bei der Lektüre von Maos Schriften eine "eigentümlich elektrische Wirkung", hier handele es sich um "das Werk eines außerordentlichen Geistes". 1965 hatte der politisierende Dichter Hans Magnus Enzensberger das "Kursbuch" gegründet, das zum ideologischen Leitmedium des linksliberalen Bürgertums avancierte, und in dem der Schriftsteller Peter Schneider etwa im Schmitt'schen Sinne eine "Kulturrevolution gegen die Kulturindustrie" forderte.
Im "Kursbuch" erschienen auch Kapitel aus dem ungeheuer einflußreichen "Bericht aus einem chinesischen Dorf", in dem Jan Myrdal, Sohn des schwedischen Friedensforschers Gunnar Myrdal, die Kulturrevolution als Befreiung der Bauern von Liu Ling schilderte. "Wer den Bericht von Jan Myrdal gelesen hat, wird nicht dem Irrtum verfallen können, die Kommunisten in China regierten gegen das Volk", hieß es in einer Besprechung der "Zeit" vom Januar 1967. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich an seinen Geschichtslehrer, der von Hitler, Stalin und Mao als Politiker schwärmte, denen die entscheidende Bedeutung großer Räume klar gewesen wäre.
Schon 1957 hatte die Zürcher "Tat" angesichts einer Reise Maos nach Moskau und Warschau prophezeit "China wird eine geistige und politische Macht in Europa. Gewiß: Es handelt sich dabei 'bloß' um Osteuropa. Aber es ist ein entscheidender Vorgang und wird eine historische Entwicklung besiegeln, die für China und Europa gleich schicksalhaft ist, weil sie etwas vollkommen Neues darstellt: den Eintritt Chinas in die europäische Politik." Zehn Jahre später - vor "68" wohlgemerkt, und lange vor Gründung der K-Gruppen Angang der 1970er-Jahre - war Mao dank der Kulturrevolution auch in Westeuropa eine "geistige Macht".
Dabei hatte sie in China bereits ihren Zenit überschritten. Als sich im November 1966 Arbeiter den randalierenden Studenten anschlossen, höhere Löhne und niedrigere Normen forderten, war der Bestand des Staates gefährdet. Während in West-Berlin die antiautoritäre "Kommune I" vor Mao-Postern freien Sex praktizierte, kritisierte Mao am 12. Januar 1967 in der "Zentralen Gruppe Kulturrevolution" die Gründung der "Shanghaier Kommune" durch revolutionäre Arbeiter und Studenten. "Man braucht einen Kern, ganz gleich, wie der sich nennt, ob nun Kommunistische Partei oder Sozialdemokratische Partei. Auf jeden Fall ist eine Partei vonnöten."
Mao hatte ja auch innerhalb der Partei seine Ziele erreicht. Die Reformer Liu Shaoqi und Deng Xiaoping hatten Selbstkritik geübt und waren kaltgestellt, ihre Anhänger im ganzen

Land waren durch Leute ersetzt worden, die der Leitlinie von Maos designiertem Nachfolger Lin Biao folgten: "Jeder Satz Mao Tse-tungs ist die Wahrheit. Ein Satz von ihm übertrifft zehntausend Sätze von uns."
Nun wandte sich auf Befehl Maos die Rote Armee gegen die Rotgardisten. Vor Aufnahme des Schulbetriebs im Oktober 1967 - hierzulande lauschte man "Sergeant Pepper" und den Reden des Propheten Rudi Dutschke, die sich, so ein "Zeit-Journalist" damals, "großartig, ja furchterregend" anhörten - wurden allein in der Provinz Szetschuan 100.000 Rebellen als "Konterrevolutionäre" verhaftet.
An die 17 Millionen Rotgardisten wurden zur "Umerziehung" aufs Land geschickt oder in Fabriken gesteckt, meist in abgelegenen Regionen wie der Inneren Mongolei oder der Mandschurei, viele gefoltert und hingerichtet. 75 Prozent der Todesopfer stammen aus dieser Phase, da aus der Kulturrevolution eine Konterrevolution wurde. Der Studentenführer Yu Luoke wurde 1970 auf Befehl des Militärs vor rund 100.000 Zuschauern in Peking hingerichtet.
Dennoch wollte man im Westen nicht vom Mao-Kult lassen. "Als die bürgerliche Presse über Massenmorde in China berichtete, haben wir das einfach nicht geglaubt", schrieb Dutschkes Frau Gretchen in ihren Memoiren. Lügenpresse halt. Die Repressionen gegen die Rote Garde deutete man als Ausweitung der Revolution aufs ganze Land; in Westdeutschland zogen sich nicht zuletzt darum viele Studenten einen Blaumann über und begannen mit der "revolutionären" Betriebsarbeit.
In ihren Micky-Maus-Übersetzungen spielte Erika Fuchs mit maoistischem Vokabular, während sich der Fußballer Paul Breitner in der Wohnung, die er mit Uli Hoeneß teilte, vor einem Mao-Foto abbilden ließ. 1972 schrieb die revolutionäre Band "Ton, Steine, Scherben" zwar auf ein Albumcover: "Mao, Mao, warum hast du uns verlassen?" Jedoch meinten die Musiker um Rio Reiser nicht die Millionen Toten, die Maos Revolutionen kosteten. Sie meinten die Tatsache, daß sich der bewunderte Revolutionsführer mit der Verkörperung des Bösen getroffen hatte, dem US-Präsidenten Richard Nixon. …<<
Herbert Ludwig berichtete am 29. August 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die geheimen anglo-amerikanischen Eliten (x944/…): >>**Die geheime Macht-Elite hinter dem anglo-amerikanischen Imperialismus**
Für wachsame Zeitbeobachter ist es kein Geheimnis, daß hinter der anglo-amerikanischen Politik seit langem mächtige finanzstarke Kreise stehen, von denen die Regierungen gestellt oder aus dem Hintergrund dirigiert werden. Der zweimalige britische Premierminister Benjamin Disraeli (1804-1881), eng mit diesen Kreisen verbunden, äußerte sich so bereits vor Beginn seiner politischen Karriere in einem seiner Romane: "*Die Welt wird von anderen Leuten regiert, als es das Volk zu wissen glaubt."*
Auch amerikanische Präsidenten kamen für ihr Land zu dieser Erkenntnis, so Theodore Roosevelt, Präsident von 1901-1909, der 1912 schrieb: "*Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Thron eine unsichtbare Regierung, die dem Volk keine Treue schuldet und keine Verantwortung anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, diese unheilige Allianz zwischen korruptem Business und korrupten Politikern aufzulösen, ist die erste Aufgabe des Staatsmannes."*
Aber das letzte ist natürlich eine hohle Phrase zur Beruhigung des Volkes. Auch Franklin D. Roosevelt, Präsident von 1933-1945, wußte, daß ihm der Handlungsrahmen gesteckt war: *"Die tatsächliche Wahrheit ist, daß seit den Tagen von Andrew Jackson* (1829-1837) *gewisse Teile der großen Finanzzentren die Regierung beherrschen."*
Geheimgesellschaften
Doch viele wußten und wissen, daß hinter diesen Hintergrundkreisen noch mächtigere Kreise stehen, von denen sie wiederum gelenkt werden oder mit denen sie eng verflochten sind: Geheimgesellschaften. Auf sie deutete Woodrow Wilson hin, Präsident von 1913 bis 1921, als er

schrieb: *"Seit ich in die Politik getreten bin, sind mir die Ansichten von Männern vor allem privat anvertraut worden. Einige der größten Männer in den Vereinigten Staaten auf dem Gebiet des Handels und der Industrie haben Angst vor etwas. Sie wissen, daß es eine Macht irgendwo so organisiert, so subtil, so wachsam, so verriegelt, so vollständig, so durchdringend gibt, daß sie lieber nur flüstern sollen, wenn sie sie verurteilen."*
Der Hinweis auf okkulte Logen, die im Hintergrund der westlichen Politik wirksam sind, wird heute als "Verschwörungstheorie" abgetan, also als Spinnerei diskreditiert. Natürlich gibt es auch Spinner. Aber zu tun, als ob es keine Verschwörungen gebe, offenbart solche Reaktionen gerade als Schutz- und Abwehrmechanismen.
Denn Verschwörungen durchziehen die ganze Geschichte der Menschheit. Rudolf Steiner machte 1917 darauf aufmerksam, daß noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts philosophische Historiker *"auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwickelung mit den Logen hinweisen. In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwickelung, die westliche Welt niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. ...*
Sie werden leicht überall Wege finden können, durch die innerhalb der westlichen Kultur der letzten Jahrhunderte, die der Gegenwart vorangegangen sind, die Prägung der Gedanken in der exoterischen Welt durch die Esoterik der Logen nachgewiesen werden kann. Selbstverständlich gilt dies nicht von der Zeit vor Elisabeth, vor Shakespeare; aber von dem, was später kommt, gilt es."
Rudolf Steiner unterscheidet verschiedene Gruppen von verschwörerischen Geheimgesellschaften:
1. solche, die lokale politisch-verschwörerische Ziele haben wie die Jakobiner in Frankreich oder die Carbonari in Italien.
2. Dahinter Gruppierungen mit dem Anstrich einer esoterischen Geheimgesellschaft wie die Illuminaten oder die Omladina in Südosteuropa.
3. Diese werden ihrerseits von verschiedenen (nicht allen) politisch orientierten und auf esoterisch-okkulten Grundlagen beruhenden Freimaurerlogen, wie sie von England aus in ganz Europa gegründet wurden, beeinflußt und instrumentalisiert.
4. Erst hinter diesen stehen lenkend - vielfach durch Unterwanderung - diejenigen, welche R. Steiner die "westlichen okkulten Bruderschaften" nennt, die nicht positive gesamtmenschheitliche, sondern gruppenegoistische Ziele verfolgen und von ihm daher auch "linke" oder "grau- bis schwarzmagisch" arbeitende Zirkel genannt werden.

Ziele

Für Rudolf Steiner kristallisierten sich in seinen Forschungen bereits Anfang des 20. Jahrhunderts u.a. folgende langfristigen Ziele dieser okkulten Bruderschaften heraus:
"Um was es sich handelt, ist doch, daß in den ihr Wissen geheim haltenden Zirkeln des Westens sehr darauf gesehen wird, daß gewisse Dinge sich so herausbilden, daß dieser Westen unter allen Umständen über den Osten die Herrschaft erwirbt. Mögen die Leute heute in ihrem Bewußtsein sagen, was sie wollen, dasjenige, was angestrebt wird, ist, eine Herrenkaste des Westens zu begründen und eine wirtschaftliche Sklavenkaste des Ostens, die beim Rhein beginnt und weiter nach Osten bis nach Asien hinein geht. … Darum handelt es sich, die englisch sprechende Bevölkerung zu einer Herrenbevölkerung der Erde zu machen."
"Bei gewissen Hintermännern … der angelsächsischen Politik besteht eine politische Anschauung, die ich in zwei Hauptsätzen zusammenfassen möchte: Erstens besteht die Ansicht - und es ist eine größere Anzahl von Persönlichkeiten, welche hinter den eigentlichen äußeren Politikern, die zuweilen Strohmänner sind, stehen, durchdrungen von dieser Ansicht - daß der

angelsächsischen Rasse durch gewisse Weltentwicklungskräfte die Mission zufallen müsse, für die Gegenwart und Zukunft vieler Jahrhunderte eine Weltherrschaft, eine wirkliche Weltherrschaft auszuüben.
Es ist dieses festgewurzelt in diesen Persönlichkeiten …, daß man es vergleichen kann mit den inneren Impulsen, welche einstmals das altjüdische Volk von seiner Weltmission hatte. … Es herrscht die Ansicht, daß dann, wenn so etwas vorliege, alles getan werden müsse, … daß man vor nichts zurückschrecken dürfe, was im Sinne eines solchen Weltimpulses liegt. Dieser Impuls wird in einer, man muß schon sagen, intellektualistisch außerordentlich großartigen Weise hineingetragen in die Gemüter derer, die dann in den mehr unteren Stellungen - wozu aber immer noch diejenigen der Staatssekretäre gehören - das politische Leben führen.
Ich glaube, wer die eben angeführte Tatsache nicht kennt, der kann unmöglich den Gang der Weltentwicklung in der neueren Zeit verstehen. …
Das zweite ist dies: Man weiß, daß die soziale Frage ein weltgeschichtlicher Impuls ist, der unbedingt sich ausleben muß. Es gibt keinen der Führenden unter den angelsächsischen Persönlichkeiten, die in Betracht kommen, der nicht mit einem … außerordentlich kalten, nüchternen Blick sich sagte: Die soziale Frage muß sich ausleben. - Aber er sagt sich dazu: Sie darf sich nicht so ausleben, daß die westliche, die angelsächsische Mission dadurch Schaden erleiden könnte.
Er sagt da fast wörtlich, und diese Worte sind oft gesprochen worden: Die westliche Welt ist nicht dazu angetan, daß man sie ruinieren lasse durch sozialistische Experimente. Dazu ist die östliche Welt angetan. - Und er ist dann von der Absicht beseelt, diese östliche, namentlich die russische Welt, zum Felde sozialistischer Experimente zu machen. ...
Dasjenige, was ich Ihnen jetzt sage, ist eine Anschauung, die ich konstatieren konnte - vielleicht geht sie noch weiter zurück, das weiß ich vorderhand nicht - bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück.
… und man hoffte, daß die sozialistischen Experimente, dadurch, daß sie sich so abspielen müssen, wenn die in die Irre gehende Proletarierwelt sich nach marxistischen oder ähnlichen Prinzipien richtet, daß dann diese sozialistischen Experimente auch für die Welt der Arbeiter eine deutliche Lehre sein werden in ihrem Ausgehen, in der Nichtigkeit, in der Zerstörung eine deutliche Lehre sein werden, daß man es auch so nicht machen könne. ... Alles dasjenige, was getan worden ist bis zum Jahre 1914 auf dem Gebiete der Weltpolitik, steht unter dem Einfluß dieser Welttendenz."
Wenn Rudolf Steiner meist von Zielen angelsächsischer Zirkel spricht, sind die amerikanischen immer mitgemeint, da die okkulten Bruderschaften beider Länder intensiv zusammenarbeiten. Bis zum Ersten Weltkrieg war der britische Imperialismus noch der vorherrschende und wurde danach vom amerikanischen abgelöst.
Selbstverständlich sind die okkulten Bruderschaften durch ihre Mitglieder und Beeinflußten in allen Bereichen der Gesellschaft unsichtbar verankert, die sie sozusagen personell an den entscheidenden Stellen durchsetzen, insbesondere in der Wirtschaft und dem von ihr abhängigen staatlichen Leben.
Macht und Herrschaft werden heute vornehmlich *mit den Mitteln der beweglichen kapitalistischen Wirtschaftsimpulse* ausgeübt, wie Rudolf Steiner in einer Tagebuchnotiz bemerkte, in der er die anglo-amerikanischen okkulten Zirkel auch als "Pluto-Autokraten" bezeichnete, um damit ihren Zusammenhang mit den Superreichen anzudeuten.
Das gezeichnete sozialistische Experiment, mit dessen Errichtung notwendig die Ausschaltung Mitteleuropas als eigenständige Kraft verbunden war, haben wir in Gestalt der Sowjetunion und seiner Satellitenstaaten erlebt. Als ihr Zusammenbruch 1989 herbeigeführt wurde, veröffentlichte der amerikanische Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, ein einflußreicher Fädenzieher der westlichen Politik, eine Schrift mit dem bezeichnenden Titel "Das gescheiter-

te Experiment: Vom Untergang des kommunistischen Systems". Mit dem verzerrten "Sozialismus" ist auch der wahre Sozialismus gründlich diskreditiert und der westliche Kapitalismus als einzige Alternative fest etabliert worden.
In China läuft das Experiment noch weiter, befindet sich aber offenbar in einem gewissen Übergangsstadium. Kapitalismus und "Sozialismus" stammen beide aus der derselben westlichen Quelle, und ihre Unterschiede sind vielfach nur äußerlich. Symptomatisch hierfür sind die Worte, die Christine Lagarde, die heutige Chefin des berühmt-berüchtigten IWF und damalige Finanzministerin von Frankreich, am Anfang der Finanzkrise in einer internationalen Konferenz ihrem deutschen Kollegen Peer Steinbrück auf einem Zettel zuschob:
"Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus: Im Kommunismus werden die Banken erst verstaatlicht, und dann gehen sie bankrott. Im Kapitalismus gehen die Banken bankrott, und dann werden sie verstaatlicht. Treffen Sie Ihre Wahl." Die Banken und Staaten lenkenden Kreise sind eben jeweils dieselben.

Strategische Mittel

Okkulte Gesellschaften arbeiten vielfach mit einem aus der Vergangenheit tradierten spirituellen Wissen. Sie gehen davon aus, daß der Weltentwicklung übersinnliche, geistige Impulse zugrunde liegen, die in Gedanken erfaßt werden können. So wies Rudolf Steiner darauf hin, daß bei den westlichen Geheimgesellschaften *"in einer gewissen Beziehung es als eine Lehre der tiefsten Esoterik angesehen wird, daß die Welt eigentlich aus Gedanken gebildet wird*."
Dies fanden sie bei dem deutschen Philosophen G. W. F. Hegel in dessen "Wissenschaft der Logik" exoterisch in aller Breite logisch so entwickelt, daß die Begriffe und Ideen in einer zwingend notwendigen Reihenfolge auseinander hervorgehen.
"Bei Hegel sehen wir, wie alles, was in Entwicklung ist, vom Gedanken durchpulst ist, wie der Gedanke In seinen besonderen Konfigurationen, in seinen konkreten Ausgestaltungen eigentlich das sich Entwickelnde ist. … Hegel redet in seiner Philosophie vom Gedanken und meint eigentlich den kosmischen Gedanken. Hegel sagt: Wenn wir irgendwo sehen in der äußeren Welt, sei es, daß wir einen Stern in seiner Bahn, ein Tier, eine Pflanze, ein Mineral betrachten, sehen wir eigentlich überall Gedanken, nur daß diese Art Gedanken in der äußeren Welt eben in einer anderen Form als in der Gedankenform vorhanden sind."
Die westlichen Geheimgesellschaften erkannten die ungeheuer praktische Bedeutung, die dieser Lehre Hegels innewohnt. Sie sagten sich: Wer das Wesen dieser Gedankenformen und ihre typische Reihenfolge begriffen hat, kann Ereignisse und Entwicklungen in weltpolitischen Dimensionen gezielt in seinem Sinne in Gang setzen. Daher tun sie alles, um Hegels Lehre, die ja sowieso nur von wenigen gelesen und verstanden wird, geheim zu halten. Sie ist Inhalt ihrer Geheimlehre. Denn geheimes Wissen bedeutet Macht.
"Sie können wirklich, wenn Sie bekannt werden mit den alleresoterischsten Lehren der Geheimgesellschaften der anglo-amerikanischen Bevölkerung, inhaltlich kaum etwas anderes finden als Hegelsche Ohilosophie."
Hegel begreift alles Sein der Welt als Entwicklungsprozeß, als ein ständiges Werden und Vergehen, das sich in Gedankenbewegungen vollzieht und erfaßbar wird. Es verläuft ständig in Gegensätzen, die auseinander hervorgehen, wechselseitig umschlagen, und ineinander wieder übergehen. Dies wird häufig als Dialektik von These, Antithese und Synthese bezeichnet, was aber in dieser Abstraktheit die innere Dynamik nur unvollkommen und leicht mißverständlich beschreibt. Die westlichen okkulten Zirkel machen sich diese Hegelsche Lehre mißbräuchlich zunutze, indem sie selbst willkürlich Gegensätze für eine gewünschte Entwicklung in Gang setzen, um sich dann zu Herren über das Ergebnis zu machen.

Methodische Zwischenbemerkung

Es könnte die berechtigte Frage entstehen, woher Rudolf Steiner diese Interna der westlichen Geheimgesellschaften wußte, sogar wörtlich zitierte, da er ihnen doch nicht angehört hat. Da-

mit werden Fragen der anthroposophischen Erkenntnismethode berührt, die hier nicht mit der notwendigen Fundierung behandelt werden können; es muß dazu auf die erkenntnistheoretischen und methodischen Schriften Rudolf Steiners verwiesen werden.
Aber man ist darauf auch nicht unbedingt angewiesen, um Rudolf Steiner ernst zu nehmen. Wenn seine Hinweise in der Wirklichkeit begründet sind, dann müssen sie auch in den zeitgeschichtlichen Ereignissen ihre Bestätigung finden. Dies ist oben bereits an der identischen Wortwahl vom "Experiment" in Rußland durch Brzezinski deutlich geworden.
Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem Opus "Welt im Umbruch" (2014) vielen Hinweisen Rudolf Steiners über die britischen Geheimgesellschaften forschend nachgegangen, die dieser speziell zu den Hintergründen des Ersten Weltkrieges gemacht hat. Einige Artikel dieses Blogs haben sich damit bereits näher befaßt. Osterrieder hat noch genauere und tiefergehende Bestätigungen gefunden, als sie schon aus dem 1981 erschienen Enthüllungsbuch des amerikanischen Insiders und renommierten Historikers Carroll Quigley "Das anglo-amerikanische Establishment" hervorgehen, das sich entgegen des Titels im wesentlichen nur auf das britische Establishment bezieht.

Der Orden "Skull & Bones"

Zu Amerikas geheimem Establishment veröffentlichte Anfang der 1980-Jahre der britisch-amerikanische Historiker Anthony Sutton eine Serie von mehreren kürzeren Büchern über einen geheimen Orden "Skull & Bones" (Schädel und Knochen), die dann in einen Band zusammengefaßt wurden: "America's Secret Establishment. An Introduction to the Order of Skull & Bones". Wie das Buch von Quigley auch, wurde es trotz oder gerade wegen seines sensationellen Inhaltes von keinem großen Verlag übernommen und auch in den Medien nicht rezensiert. Nur Quigleys Buch gibt es inzwischen auf Deutsch.
Sutton war ein anonymes Paket mit einem viele Zentimeter dicken Stapel Mitgliederlisten und Dokumenten des Ordens zugespielt worden. Niemand war besser vorbereitet, sie tiefgründig auswerten zu können als Anthony Sutton.
In der Einleitung zum 1. Band der Serie schrieb er:
"*Nach 16 Büchern und 25 Jahren in der Forschung dachte ich, ich hätte schon alles gehört ... die Welt war ein verwirrendes Durcheinander, wohl jenseits einer Möglichkeit zum Verstehen, geschweige denn zur Erlösung - und es gab wenig, das ich dabei hätte tun können.* 1968 wurde *mein ´Western Technology and Soviet Economic Development' von der Hoover Institution an der Stanford University verlegt.*
In drei starken Bänden zeigte ich detailliert auf, wie der Westen die Sowjetunion aufgebaut hatte. Aber das Werk hinterließ ein scheinbar unlösbares Rätsel. - Warum haben wir das gemacht? Warum haben wir die Sowjetunion aufgebaut, während wir gleichzeitig Technologietransfer nach Hitlers Deutschland betrieben? … Warum haben wir die militärische Macht der Sowjetunion gestärkt? Und gleichzeitig auch unsere eigene? In nachfolgenden Büchern, der Wall Street-Serie, habe ich neue Fragen hinzugefügt - aber keine Antworten."
Dann erhielt er die Dokumente und Mitgliederlisten des Geheimordens. Bei Sichtung der Bögen erkannte er sofort, daß das keine gewöhnliche Gruppe war. "*Diese Namen bedeuteten Macht, sehr viel Macht."* Und als er den einzelnen Personen in ihren gesellschaftlichen Stellungen nachforschte, ergab sich ihm ein ganz bestimmtes Muster, *"und eine vorher verworrene Welt wurde kristallklar."*
Der Orden wurde 1832 auf dem Gelände der Yale-Universität in New Haven (Connecticut) gegründet, die er praktisch beherrscht und aus deren Studentenschaft er jährlich 15 neue Mitglieder rekrutiert. Yale, neben Harvard eine der renommiertesten Universitäten der USA, entstand 1701, um Führungspersonen für das Land auszubilden (Wikipedia). Die Creme der Ostküstenoberschicht schickt hierher ihre Söhne und Töchter zur Vorbereitung. Und in einem noch viel tieferen Sinn geht es dem Geheimorden um die Führung der USA.

In 180 Jahren bildeten sich 20 bis 30 Familien heraus, die es verstanden, ihre Söhne (seit 1991 auch Töchter) und Verwandten in den Orden hineinzubringen und sich auch untereinander zu verheiraten. Sie bilden den harten Kern des Ordens. Zwei Gruppen kann man nach Sutton unterscheiden: einmal alte amerikanische Familien wie Whitney, Lord, Phelps, Wadsworth, Allen, Bundy, Adams usw. und zweitens Familien, die in den letzten hundert Jahren zu Reichtum und Einfluß gekommen sind wie Harriman, Rockefeller, Payne, Davison, Bush usw.
Für Sutton kristallisierte sich heraus, daß es in den Vereinigten Staaten keine wichtige Organisation im Bereich der Forschung, der Politik oder der Meinungsbildung, auch der Kirchen, der Wirtschaft und des Rechtswesens gibt, die der Orden nicht entweder selbst gegründet oder durchdrungen hätte, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen.
"*The Evolution of American society is not, and has not been for a century, a voluntary development reflecting individual opinion, ideas and decisions at the grass roots. On the contrary, the broad direction has been* ***created artificially*** *and stimulated by The Order."*
("Die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft ist keine - und war auch ein ganzes Jahrhundert lang keine - von unten gewachsene, freie Entwicklung, die individuelle Meinungen, Ideen und Entscheidungen berücksichtigte. Im Gegenteil: Die grobe Richtung wurde vom Orden ***künstlich geschaffen*** *und stimuliert."*)
Durch Erforschung und Zusammenführung der Taten der verschiedenen Ordensmitglieder über die letzten hundert Jahre erschloß sich Sutton eine Aufeinanderfolge von Handlungen, die nach einem bestimmten Muster abliefen: Sie seien alle darauf ausgerichtet, die amerikanische Gesellschaft und darüber die Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der nationale Bindungen oder kulturelle Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten stark eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.
Die "Neue Weltordnung" wurde ja auch von Präsident George H. W. Bush (Ordensmitglied seit 1948) am 11.9.1990 vor beiden Kammern des Kongresses offiziell zum Leitbegriff der internationalen Politik erkoren (Wikipedia).
Sutton fand, daß die zentrale strategische Lehre des Ordens, um sukzessive seine Ziele zu erreichen, in der Anwendung der Hegelschen Dialektik bestehe. Diese habe er in die praktische Politik übertragen: man konstruiere künstlich polare Strömungen, um sich dann selbst zum Herren über das Ergebnis zu machen. *"Die operative Geschichte des Ordens kann nur verstanden werden im Rahmen der Hegelianischen Dialektik. Das ist ganz einfach die Vorstellung, daß Geschichte durch Konflikte entsteht. Aus diesem Axiom folgt, daß ein künstlich kontrollierter Konflikt eine vorherbestimmte Geschichte erzeugen kann."*
Allerdings versimplifiziert und verzerrt Sutton hier Hegels Philosophie. Der Orden wendet nicht Hegels Logik an, die sich streng in auseinander hervorgehenden polaren Begriffen bewegt, sondern mißbraucht Hegels Erkenntnisse, um ganz oberflächlich gewünschte - und oft gar nicht polare - Gegensätze hervorzurufen, um sie zu geplanten Entwicklungen gegeneinander zu führen.
Doch erklärten sich daraus für Sutton die gleichzeitige amerikanische finanzielle und materielle Unterstützung der Sowjetunion und des deutschen Nationalsozialismus, der geschaffene Gegensatz Kapitalismus - Kommunismus und viel weitere Konfliktinszenierungen bis zur Gegenwart. Das ist das Muster, das Sutton die *vorher verworrene Welt kristallklar* werden ließ.
Das Wirken von Geheimgesellschaften wird nach wie vor (gehorsam?) von der herrschenden Geschichtswissenschaft ignoriert. Anthony Sutton konstatierte in einem Interview: "*Wenn wir feststellen, daß Geheimgesellschaften wirklich eine Bedeutung haben, dann wird die gesamte Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte neu geschrieben werden müssen." …*<<

Herbert Ludwig berichtete am 12. September 2016 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" (x945/…): >>**Wie die Geheimgesellschaft "Skull & Bones" die Schaltstellen der USA besetzt**

"In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwickelung niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam."

Rudolf Steiner

Daß in der anglo-amerikanischen Welt geheime Zirkel aus dem Verborgenen heraus die Politik bestimmen, hat schon viele Menschen beschäftigt. Aber man kommt schwer an konkrete Beweise und schwimmt weitgehend im Ungewissen. Denn es liegt in der Natur von geheimen Orden, daß ihr Wirken eben streng geheim gehalten wird.

Doch seit dem britisch-amerikanischen Historiker Anthony Sutton Mitgliederlisten und Dokumente des geheimen Ordens Skull & Bones "*von einem Mitglied der 'Familie', das von ihren Aktivitäten angewidert war"*, zugespielt wurden, kann man den ungeheuren Einfluß zumindest dieser einen Geheimgesellschaft auf Politik und Gesellschaft der USA konkret verfolgen, wie ihn Sutton in einem Buch beschrieben hat, das er das wichtigste aller seiner Bücher nannte.

Es ist bezeichnend, daß die Veröffentlichung nur in einem kleinen Verlag erscheinen konnte und von den Historikern, der Politik und den Medien ignoriert wurde. Auch ist es bis heute noch nicht auf Deutsch erschienen.

Ziele und Strategien

Der Orden hat nach Suttons Erkenntnissen das Ziel, die amerikanische Gesellschaft und darüber hinaus die ganze Welt in Richtung einer "Neuen Weltordnung" zu verändern, in der sich unter Führung des amerikanischen Establishments die durchgeplante Ordnung einer Weltregierung herausbildet, in der die Hindernisse nationaler Bindungen oder kultureller Unterschiede aufgelöst und die individuellen Freiheiten eingeschränkt und ohne verfassungsrechtlichen Schutz sein sollen.

Versetzen wir uns in das Denken dieser Leute: Um diese gewaltigen, irrsinnigen Ziele zu erreichen, muß im Inneren des Ordens ein ungeheurer, über Generationen gehender Wille entwickelt werden, in den jedes Mitglied bedingungslos eingespannt ist. Dann muß die amerikanische Gesellschaft in allen wichtigen Schaltstellen von Ordensmitgliedern oder von ihnen Abhängigen durchsetzt werden, um ihre politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung entsprechend zu beeinflussen und zu bestimmen. Und nach außen ist schließlich die amerikanische Wirtschafts- und Militärmacht mit ihrem Geheimdienstapparat gezielt und rücksichtslos einzusetzen, um eine weltbeherrschende Stellung der USA in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht zu erreichen.

Rekrutierung und Inneres des Ordens

Jährlich werden 15 neue Mitglieder aus dem vorletzten Studenten-Jahrgang der Yale-Universität in New Haven (nordöstlich von New York-City) ausgewählt, auf dessen Gelände der Orden 1832 gegründet wurde. Das bedeutet, daß der Orden stets ca. 700-800 Mitglieder hat, von denen nach Sutton etwa ein Viertel eine aktive Rolle spielt, die anderen entweder ihr Interesse verlieren oder ihren Sinn ändern und innerlich aussteigen.

"Bei der Auswahl legt man Wert auf sportliche Fähigkeiten - die Fähigkeit, im Team zu spielen. Am wenigsten erwünscht als Ordensmitglieder sind Einzelgänger, Bilderstürmer und Individualisten, die ihren eigenen Weg gehen. - Am ehesten wird man Mitglied, wenn man aus einer Bonesfamilie kommt und aktiv, einfallsreich und womöglich ein unmoralischer Teamplayer ist.

Ein Mann, der versteht, daß er, um etwas zu werden, jemandem folgen muß. Ein Mann, der sich selbst für das Team opfert. Eine kurze Überlegung zeigt, warum das so ist. Im wahren

Leben ist der Kern des Ordens, seine Ziele voranzubringen. Amt und Würden sowie Aussicht auf finanziellen Erfolg sind durch die Macht des Ordens garantiert. Aber der Preis für diese Würden und Erfolge ist das Selbstopfer für das gemeinsame Ziel, das Ziel des Ordens."
Die neuen Mitglieder werden durch ein Initiations-Ritual aufgenommen, über das nur Bruchstücke bekannt sind, so z.B., daß der Kandidat nackt in einem Sarg liegen muß. Er muß also symbolisch den Tod durchmachen. Er stirbt in gewisser Weise für sein bisheriges Leben und wird in den Orden neu geboren, auf den fortan sein Leben ganz bezogen ist.
Der Orden ist eine Welt für sich, er repräsentiert eine dem irdischen Leben übergeordnete, diese bestimmende Welt, zu deren Ritter er geschlagen wird. Am Ende erhält er eine in schwarzes Leder gebundene Abschrift der Mitgliederliste des Ordens, die außen und innen mit sonderbaren bedeutungsvollen Symbolen versehen ist. Dies muß alles eine seelisch tief konditionierende Wirkung haben.
Offensichtlich werden die Mitglieder in eine Hierarchie eingegliedert, in der die Eingeweihten an der Spitze wohl nur wenigen bekannt sind, von denen letztlich alle Direktiven und Impulse ausgehen, die lehrend, durch Zeichen, Symbole und die Magie des Rituals suggestiv die Gefühle, Gedanken und Willens-Intentionen lenkend, weitergegeben werden.
Um den Orden herum besteht ein äußerer Kreis von Personen in den verschiedensten Institutionen der Gesellschaft, die von den Initiierten des Ordens *"durch persönliche Überredung, finanzielle Förderung und sozialen Druck gelenkt werden. Wahrscheinlich sind sich die meisten Mitglieder des äußeren Kreises gar nicht bewußt, daß sie von einer Geheimgesellschaft benutzt werden."*
Sutton sieht hier Ähnlichkeiten mit der von Cecil Rhodes Ende des 19. Jahrhunderts in England gegründeten und von Alfred Milner weitergeführten Geheimgesellschaft, die Carroll Quigley in "Das Anglo-Amerikanische Establishment" beschrieben und "The Group" genannt hat.

Verflechtungen

Den Kern des Ordens bilden nur 20-30 Familien der Ostküste, die aus einer Gruppe angelsächsischer puritanischer Einwandererfamilien und einer Gruppe Familien bestehen, welche in den letzten 100 Jahren zu großem Reichtum gekommen sind. Sie sind überdies durch Heiraten stark miteinander verflochten. Die Fähigkeit, seine Mitglieder in die zentralen Schaltstellen der Gesellschaft zu bringen, beruht vor allem auf einem der wichtigsten Prinzipien des Ordens: daß ein Bonesman für jeden beliebigen Posten von vorneherein als der Beste gelten, also den absoluten Vorrang erhalten muß. Dafür seinen Einfluß und seine Kräfte einzusetzen, ist die absolute Verpflichtung jedes Mitgliedes.
Eine Vorstellung von den Verflechtungen vermittelt Sutton am Beispiel der Familien Whitney und Harriman. Acht Whitneys wurden Mitglieder des Ordens. Drei von ihnen, William Collins Whitney, initiiert 1863, und seine beiden Söhne Payne und Harry Payne *"sind der Kern des Whitney-Einflusses im Orden."*
William Collins Whitney (1841-1904) wurde 1872 Schulinspektor von New York, erwarb in den folgenden Jahrzehnten auf geheimnisvolle Weise ein beträchtliches Vermögen und wurde eine Macht im Hintergrund für die Regierung von Cleveland. Er heiratete Flora Payne, die Tochter des Standard-Oil-Schatzmeisters Oliver Payne, der zwar nicht im Orden war, dessen Standard-Oil-Anteil aber Whitneys Vermögen vergrößerte. Die von John Rockefeller gegründete Standard-Oil-Company war bis zu ihrer gerichtlichen Entflechtung 1911 das größte Erdölraffinerie-Unternehmen der Welt. Aus der Rockefeller Familie wurde Johns Neffe Percy Rockefeller 1900 Ordensmitglied.
Die beiden Söhne Harry Payne und Payne Whitney studierten in Yale und wurden 1894 bzw. 1898 Ordensmitglieder. Harry Payne heiratete 1896 Gertrude Vanderbilt und verschmolz das Whitney-Payne-Vermögen noch mit einem Teil des Vanderbilt-Geldes. Das Vanderbilt-

Unternehmen besaß die wichtigsten Eisenbahnlinien der USA.
"*Diese geballte Finanzkraft floß in den Guaranty-Trust, in das Bankhaus J. P. Morgan und in die Guggenheim-Stiftung. Und es wird noch komplizierter. Der Sohn von Harry Payne Whitney, Cornelius Vanderbilt Whitney, heiratete Marie Norton. Nach ihrer Scheidung heiratete Marie Norton Whitney W. Averell Harriman (sie war seine erste Frau), der heute* (1983) *mit 91 eine Schlüsselfigur des Ordens ist. Diese eng miteinander verwobene Familie, die an Finanzmächte angekoppelt ist, macht den Kern des Ordens aus."*
Averell Harriman studierte wie sein jüngerer Bruder E. Roland Harriman in Yale, wo sie 1913 bzw. 1917 in den Orden aufgenommen wurden. Das Vermögen des Vaters, eines reich gewordenen Eisenbahnunternehmers, half Averell dabei, 1922 die Investmentbank *W. A. Harriman & Co* zu gründen, der sein Bruder E. Roland 1927 beitrat, so daß sie den Namen *Harriman Brothers & Company* erhielt. 1931 fusionierten sie mit dem schon 1800 gegründeten Bankhaus *Brown Bros. & Co*., deren Partner ebenfalls Ordensmitglieder waren, zu *Brown Brothers Harriman & Co*. (Vgl. Wikipedia)
"In den 70ern des 20. Jahrhunderts hatte das relativ unbekannte, private internationale Bankhaus Brown Brothers Harriman mit einem Vermögenswert von einer halben Milliarde Dollar mindestens 9 von insgesamt 26 Partnern, die der geheimen Bruderschaft angehörten. Von keiner anderen Firma ist eine höhere Konzentration von Ordensmitgliedern bekannt. Was die Sache noch interessanter macht: Prescott Bush (Senator von Connecticut), *der Vater von Präsident George H. W. Busch (beide Ordensmitglieder) war über 40 Jahre lang Partner bei Brown Brothers Harriman."*

Durchdringung des Bildungswesens

Wer die Zukunft einer Gesellschaft bestimmen will, muß vor allen Dingen das Bildungswesen kontrollieren. Der Orden setzt wichtige neue Organisationen selbst in Gang, stellt den ersten Präsidenten oder Vorsitzenden, gibt gleichzeitig die inhaltliche Richtung vor und zieht sich dann, wenn die Dinge laufen, oft zurück, so besonders auch im Hochschulsektor.
Yale, neben Harvard die bedeutendste Elite-Universität der USA, ist ja schon lange in seiner Hand. Die ebenfalls bedeutende Cornell Universität in New York wurde 1865 von Andrew Dickinson White (im Orden seit 1853) mitgegründet und als erstem Präsidenten in die gewünschte inhaltliche Richtung gebracht. Die 1876 in Baltimore gegründete Johns Hopkins-Universität, die im Hochschulranking heute ebenfalls unter den 20 besten Universitäten der Welt geführt wird, hatte als ihren ersten Präsidenten (von 1875-1901) Daniel Coit Gilman (im Orden seit 1852).
Im Bereich wissenschaftlicher Forschungsgesellschaften wurden die "American Historical Association", die "American Economic Association", die "American Chemical Society" und die "American Psychological Association" zu Beginn alle von Mitgliedern des Ordens oder ihm nahestehenden Personen gestartet. Das sind die wichtigsten Verbände zur Konditionierung einer Gesellschaft."
Die "American Historical Association" z.B. wacht darüber, daß sich die Geschichtsschreibung in der gewünschten Richtung bewegt, in der die wahren Ursachen, insbesondere die vom Orden gelegten, verborgen bleiben. "*Wehe dem Buch oder Autor, der sich außerhalb der offiziellen Richtlinien bewegt. Keine Fördergelder. Verlage bekommen kalte Füße. Der Vertrieb ist nachlässig oder nicht existent. - 1946 teilte die Rockefeller Stiftung einer offiziellen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg 139.000 Dollar zu, nur um sicher zu gehen, daß die offizielle Linie dominierte."*
Auch bei wichtigen Stiftungen ist der Orden präsent. So wurde der erste Präsident der 1902 gegründeten, ungeheuer reichen Carnegie Institution zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschung das Ordensmitglied Daniel Coit Gilman, und andere Ordensmitglieder saßen seit der Jahrhundertwende im Aufsichtsrat. *"Gilman war auch bei der Gründung der Peabody,*

Slater und Russel-Sage Stiftungen dabei. McGeorge Bundy (Ordensmitglied seit 1940) *war Präsident der Ford-Stiftung von 1966-1979."*
Ordensmitglied William Howard Taft war der erste Vorsitzende der 1910 gegründeten "Amerikanischen Gesellschaft zur Beilegung internationaler Streitigkeiten", Vorläufer des "Bundes für den Frieden", aus dem sich das Konzept des Völkerbundes entwickelte.

Durchdringung von Kirchen und Medien

Anthony Sutton konstatiert und belegt, daß es in den USA keine wichtige Organisation im Bereich der Bildung, Forschung, Kirche, Meinungsbildung, Wirtschaft, des Rechtswesens und der Politik gibt, die der Orden *Skull & Bones* nicht entweder selbst gegründet, durchdrungen oder beeinflußt hätte. "*Nicht alles zur selben Zeit, aber beharrlich und hartnäckig genug, um die Richtung der amerikanischen Gesellschaft zu bestimmen."*
Zum Bereich von Bildung und Forschung ist vorstehend einiges dargestellt worden, wobei ein Eingehen auf den Einfluß im Schulsystem hier zu weit führen würde. Das nach Sutton bedeutendste Beispiel dafür, wie der Orden in die Theologie der protestantischen **Kirchen** eingedrungen ist, ist das *Union Theological Seminary* an der Columbia Universität in New York, bei dem einst wegen des Verdachts auf kommunistische Infiltration ermittelt wurde und das daher auch unter dem Namen "Rotes Seminar" bekannt war.
Professor für praktische Theologie war dort von 1904 bis 1926 und dessen Präsident von 1926 bis 1945 *Henry Sloane Coffin,* im Orden seit 1897. "*Das Seminar hatte eine so breit angelegte Interpretation von Religion, daß es sogar einen atheistischen Club für seine Studenten hat oder zumindest hatte. - Henry Sloane Jr. (im Orden seit 1948) war einer der ´Boston Five´, die der Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten angeklagt waren. - Und das ist nur ein Teil des Eindringens des Ordens in die Kirche."*
Einen bedeutenden Einfluß übte der Orden auch auf das **Kommunikationswesen** der USA aus. Bedeutende Gestalten waren der in China als Sohn eines presbyterianischen Missionars geborene *Henry Robinson Luce* und sein Freund *Briton Hadden, beide* Ordensmitglied seit 1920, die 1923 das Nachrichtenmagazin TIME gründeten.
"Luce war dabei der Business Manager und Hadden Chefredakteur. Nach Haddens Tod 1929 nahm Luce Haddens Stelle ein. Luce übernahm 1930 das Wirtschaftsmagazin "Fortune" und 1936 das bildhafte "Life Magazine".
1952 gab er "House & Home" und 1954 "Sports Illustrated" heraus. Auch produzierte er die Dokumentarserie "The March of Time" für Radio und Kino. Luce, der bis 1964 Chefredakteur all seiner Zeitschriften blieb, war ein einflußreiches Mitglied der Republikaner.
Mit seiner anti-kommunistischen Einstellung und seinem Interesse für sein Geburtsland war er eine wichtige Persönlichkeit in der sogenannten "China Lobby" und spielte eine große Rolle dabei, Amerikas Außenpolitik zu Gunsten des nationalistischen Führers Chiang Kai-shek und seiner Frau Soong May-ling zu lenken. Er war in den 1920er- und 1930er-Jahren ein begeisterter Förderer des Faschismus. Das Time Magazine veröffentlichte fünf Titelgeschichten über Benito Mussolini." (Wikipedia)
William Buckley (im Orden seit 1950) gründete 1955 die einflußreiche politische Zeitschrift *National Review*. "*Seine öffentliche Präsenz wurde verstärkt durch seine preisgekrönte Fernsehtalkshow Firing Line, die von 1966 bis 1999 lief und die am längsten laufende Talkshow im amerikanischen Fernsehen war"* (Wikipedia).
Alfred Cowles (im Orden seit 1913) war Präsident der Cowles Communications und besaß *Des Moines Register* sowie den *Minneapolis Star*. Russel Davenport (im Orden seit 1923) trat 1930 in die Redaktion von "*Fortune*" und war 1937 bis 1940 Chefredakteur. Von 1945 bis 1952 arbeitete er in den Redaktionen von "Life" und "Time" mit.
John Chipman Farrar (im Orden seit 1918) gründete 1929 einen der erfolgreichsten Verlage: "Farrar & Rinehart" war nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Mitgründer des Verlages "Far-

rar, Straus and Giroux".
Archibald McLeish (im Orden seit 1915) war der erste Geschäftsführer des "Nieman Fund" der Harvard Universität, von dem seit 1939 jährlich der prestigeträchtigste Preis im Journalismus der USA, der "Nieman Fellowship" verliehen wird. Im Krieg betätigte er sich in der Kriegspropaganda des Verteidigungsministeriums.

In Wirtschaft und Rechtswesen

Die Verbindung mit den großen Eisenbahn-Magnaten und Rockefellers Standard-Oil wurde schon erwähnt. Doch auch über die Familien der Paynes und Pratts entstanden Verbindungen zu Shell, Creole Petroleum und Socony Vacuum (später Mobil Oil).
"*Viele Fertigungsunternehmen haben Mitglieder im Orden, von den Donnelleys in Chicago (Drucker des offiziellen Airline-Führers und anderen Referenzen); Konzerne der Holzindustrie wie Weyerhaeuser, der auch Mitglied der Trilateralen Commission ist; Dresser-Industries und so weiter."*
"Ein Dutzend Mitglieder können mit der Federal Reserve (der privaten US-Zentralbank) *in Verbindung gebracht werden, aber vor allem eine Ernennung ist bemerkenswert. Pierre Jay (im Orden seit 1892), der 1913 nur für eine einzige Sache bekannt war, nämlich eine Privatschule zu leiten und ein obskurer Vize-Präsident der Manhattan Bank gewesen zu sein, wurde der ERSTE Präsident der Federal Reserve Bank von New York, der wichtigsten Bank des US-Zentralbankensystems."*
Die großen Rechtsanwalts-Kanzleien des Establishments in New York sind voller Ordensmitglieder. Einen großen Anteil stellt die Lord-Familie, von der allein sechs in den Orden aufgenommen wurden.
George DeForest Lord (im Orden seit 1854) gründete die New Yorker Kanzlei *Lord, Day & Lord*, zu deren Klienten die "New York Times" und die "Rubin-Stiftung" gehörten. Letztere finanziert die große Denkfabrik "Institut für Politische Studien" in Washington, D.C.
Die Kanzlei *Simpson, Thacher & Bartlett* wird vor allem durch die Thacher-Familie bestimmt; der Mitgründer Thomas Thacher wurde 1871 Ordensmitglied, dem weitere Familien- und Kanzlei-Mitglieder folgten. Die Kanzlei mit 900 Anwälten in 11 Büros weltweit zählt zu ihren Klienten u.a. die Blackstone Groupe, JP Morgan Chase, Bank of America und Goldman Sachs. Einflußreiche Ordensmitglieder wirken auch in *David, Polk, Wardwell*, sowie in den Kanzleien *Debevoise* und *Plimpton*. Letztere ist die Kanzlei der Rockefeller.

Der Orden in der Politik

Der *Council on Foreign Relations* (CFR) bestimmt weitgehend die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA. Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert. Er wurde ebenso wie *Chatham House* in London von den Geheimgesellschaften nahe stehenden Männern als äußere Plattform gegründet, ist aber selbst keine Geheimgesellschaft.
Der Orden ist in dieser Organisation nach Suttons Erkenntnissen repräsentiert, aber nicht immer bestimmend. David Rockefeller - zwar kein Mitglied des Ordens, dafür aber vertrat sein Onkel Percy Rockefeller die Familie im Orden - war von 1949 bis 1985 Direktor, von 1950 bis 1970 Vizepräsident und von 1970 bis 1985 Vorsitzender des Vorstands (Aufsichtsrat) des CFR.
Winston Lord, Ordensmitglied seit 1959, war von 1977 bis 1985 Präsident des CFR. Von 1969 bis 1973 war er Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates im Planungs-Komitee.
"*Er war Berater des Nationalen Sicherheitsberaters Henry Kissinger, den er auf seiner Reise nach Peking im Jahre 1971 begleitete. Im folgenden Jahr war er Mitglied der US-Delegation bei Präsident Nixons Reise nach China. Lord wurde später (1973-1977) Director of Policy Planning und Top-Berater des US-Außenministeriums in Angelegenheiten, die China betref-*

fen, US-Botschafter in China (1985-1989) und Staatssekretär (Assistant Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs) in der ersten Amtszeit des US-Präsidenten Bill Clinton." (Wikipedia)
"Man kann die Beziehungen zwischen dem Orden und den größeren Organisationen (wie auch der Trilateralen Kommission und den Bilderbergern) *mit dem Bild konzentrischer Kreise darstellen. Der CFR und ähnliche bilden einen äußeren Kreis, d.h. einen Umkreis, auf den ein Schatten geworfen wird. Sie existieren in diesem Schatten, der von einer inneren Organisation geworfen wird."*
Der Orden ist jedoch nur ein Teil des inneren Kreises, denn Sutton ist sich bewußt - und darauf hat auch Rudolf Steiner hingewiesen - daß es noch mehr Geheimgesellschaften gibt, deren personelle Wirksamkeit nur noch nicht in dem Maße wie bei Skull & Bones nachzuweisen ist.
Bereits einer der beiden Gründer des Ordens, *Alphonso Taft*, drang bis in die Regierung vor. Er wurde 1876 Kriegsminister, von 1876-1877 US-Justizminister, von 1882-1884 US-Minister für Österreich und von 1884-1885 Botschafter in Rußland.
Sein Sohn *William Howard Taft*, im Orden seit 1878, wurde von 1909 bis 1913 Präsident der Vereinigten Staaten und von 1921 bis 1930 Oberster Bundesrichter. Taft machte den Ordensbruder *Henry L. Stimson* (im Orden seit 1888) von 1911-1913 zum Kriegsminister.
"*Stimson wurde von 1911 bis 1946 von jedem Präsidenten, bis auf Harding, in ein Regierungsamt berufen, d.h. von Taft, Wilson, Coolidge, Hoover* (bei ihm 1929-1933 Außenminister), *Roosevelt und Truman"* 1940-45 Kriegsminister).
"*Zehn Tage vor dem Angriff auf Pearl Harbor trug er im November 1941 in sein Tagebuch … ein, daß er angesichts drohender feindlicher Auseinandersetzungen mit Japan mit Präsident Roosevelt diskutiert habe, wie die Japaner dazu zu bringen wären, den ersten Schuß abzugeben, ohne die USA zu großen Gefahren auszusetzen. 1976 als Buch erschienen, verschwand es später aus den Bibliotheken der Welt, Fotokopien sind jedoch erhalten."* (Wikipedia)
"1945 empfahl Stimson als Trumans Kriegsminister, den Abwurf der Atombomben auf Japan." - "Stimson nutzte sein Büro, um die Karriere von Bundesbrüdern aus dem Orden, vor allem die von Harvey Hollister Bundy und seinem Sohn, McGeorge Bundy, voranzubringen."
William Averell Harriman (im Orden seit 1913), war unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt Sondergesandter in Europa und arbeitete mit an der *Atlantik-Charta vom 14.8.1941*, einer gemeinsamen Erklärung Roosevelts und Churchills, in der Grundsätze ihrer internationalen Politik formuliert wurden.
Er war 1941 als Minister für Großbritannien mit der Vorbereitung des Leih- und Pachtgesetzes betraut, das die Lieferung von Militär- und Versorgungsgütern an die Sowjetunion voraussah. Von 1943 bis 1946 amtierte er als US-Botschafter in Moskau. Unter Truman war er Botschafter in London und Handelsminister, danach diente er als Sonderbotschafter und Staatssekretär für politische Angelegenheiten und für Fernost.
George Herbert Walker Bush (Ordensmitglied seit 1948) wurde 1967 republikanischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus für Texas, 1971 Botschafter bei den Vereinten Nationen. Von 1974 bis 1975 war er Leiter des Verbindungsbüros der USA in der Volksrepublik China sowie von 1976 bis 1977 Direktor der CIA.
Von 1981 bis 1989 amtierte er unter Ronald Reagan als dessen Vizepräsident und von 1989 bis 1993 als 41. Präsident der USA. Unter seiner Führung fanden mit fadenscheiniger Begründung der erste Irak-Krieg und der Jugoslawien-Krieg statt.
Sein Sohn George Walker Bush (Ordensmitglied seit 1968) war von 1995 bis 2000 Gouverneur von Texas und von 2001 bis 2009 der 43. Präsident der USA. In seiner Präsidentschaft fanden die mysteriösen und bis heute nicht wirklich aufgeklärten Ereignisse des 11.9.2001 statt, die er zum Anlaß nahm, den Krieg gegen den Terror auszurufen, in dessen Folge der

Einmarsch in Afghanistan und unter erlogenem Vorwand der zweite Irakkrieg stattfand.
Seine Wiederwahl 2004 gewann er gegen den Ordensbruder *John Kerry* (Ordensmitglied seit 1966), der für die Demokratische Partei die Wahlshow geführt hatte. Beide verweigerten jede Auskunft über den Orden. Kerry war seit 1985 als Mitglied für Massachusetts im US-Senat, seit 2009 Vorsitzender im Ausschuß für Außenpolitik und ist seit 1.2.2013 Außenminister unter Präsident Obama (Wikipedia).
Die Präsidentschaftskandidatin der "Demokraten" *Hillary Clinton*, Außenministerin von 2009-2013, hat wie ihr Ehemann Bill, Präsident der USA von 1993 bis 2001, ebenfalls an der Skull und Bones - Universität in Yale studiert. Die Gedanken und Einstellungen beider standen also indirekt unter dem prägenden Einfluß des Ordens, Bill Clinton wurde aber nicht in den Männerorden berufen. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später im September 2016 im COMPACT-Spezial Nr. 11 über den CIA-Chef Allen Dulles (x342/40-41): >>**Mister X packt aus**
_ *von Jürgen Elsässer*
Die Schattenregierung (1946 bis 1970): Unter der Leitung von Dulles veränderte sich die CIA grundlegend: Ebenso wichtig wie die Nachrichtenbeschaffung wurden militärische Geheimoperationen im In- und Ausland.
John Foster Dulles machte nach 1945 Karriere in der Politik, nahm an den Moskauer Konferenzen über den Marshall-Plan teil und wurde 1949 Senator für New York. Dabei half ihm offensichtlich seine Mitgliedschaft in der Rockefeller Foundation und dem mächtigen Thinktank Council on Foreign Relations (CFR).
1952 wurde er unter dem neuen Präsidenten Dwight D. Eisenhower Außenminister und forcierte eine "Policy of Boldness" - so der Titel eines seiner Essays -, eine Politik zur "Befreiung" der sowjetischen Satellitenstaaten. Sie trat an Stelle der bloßen "Eindämmung" der UdSSR, wie sie von Amtsvorgänger Harry Truman praktiziert worden war. Besonders im Korea-Krieg führte dieses Spiel mit dem Feuer an den Rand des atomaren Abgrundes.
Allen Dulles begann sein Spiel über Bande mit den für die US-Politik brauchbaren Elementen des Nazismus schon während des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten Ende 1941 wurde der Geheimdienst Office of Strategic Services (OSS) gegründet, der Vorläufer der späteren CIA. Dulles war OSS-Repräsentant in der neutralen Schweiz. Sein Büro in Genf wurde zum Anlaufpunkt für Widerstandskämpfer, Doppelagenten und kompromißbereite Nazis aller Art.
The Secret Team
Ende der vierziger Jahre wurde Allen Dulles Präsident des Council on Foreign Relations (CFR). Die mächtigste Denkfabrik der USA war mit Geldern von Rockefeller aufgebaut worden und sorgte für die Verzahnung von Monopol-Interessen mit der Regierungspolitik. 1950, nach Ausbruch des Koreakrieges, wurde er Berater der CIA, und zwar auf einer geheim gehaltenen Stelle als Chef für spezielle Operationen.
In dieser Funktion baute er ein globales Spinnennetz für verdeckte Aktivitäten auf, das in den kommenden Jahrzehnten und bis in die heutige Zeit von entscheidender Bedeutung sein sollte. Der Etat und die institutionellen Wege für diese Black Ops waren schier unbegrenzt, nachdem Allen Dulles im Jahr 1953 zum Direktor der CIA ernannt worden war, während sein Bruder John Foster an der Spitze des State Department stand.
Die Veränderung, die unter Dulles‘ Regime in der CIA vor sich ging, war einschneidend. Bei ihrer Gründung 1947 wurde die Agency als Behörde zur Informationsbeschaffung konzipiert und sollte in direkter Anbindung unter Präsident Harry S. Truman agieren. Dulles etablierte militärische Geheimoperationen als zweites Aufgabenfeld und löste dieses aus der Kontrolle des Weißen Hauses. So entstand eine unkontrollierbare Doppelstruktur hinter der anfänglich

harmlosen Fassade.
Der Mann, der dieses Secret Team innerhalb der CIA-Strukturen enthüllt hat, war L. Fletcher Prouty. Kinogänger kennen ihn aus Oliver Stones Film JFK, in dem er die Figur des Mister X (dargestellt von Donald Sutherland) inspiriert hat, der dem Staatsanwalt entscheidende Hinweise auf den CIA-Hintergrund der Kennedy-Ermordung gibt. Prouty war Militär von der Pieke auf und kämpfte an fast allen Schauplätzen des Zweiten Weltkrieges.
Von 1955 bis 1964 wurde er dem Hauptquartier der US-Air-Force zugeteilt und leitete dort die weltweiten Einsätze der Luftwaffe "zur militärischen Unterstützung geheimer Operationen der CIA" (so die Formulierung in der Direktive 5412 des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1954). In den Jahren 1962/63 war er zusätzlich Chef der Special Operations für das Armee-Oberkommando (Joint Chiefs of Staff) unter Präsident Kennedy. Als dieser Mann zur Feder griff, schrieb er als Insider - und als Demokrat, der nach der Ermordung von JFK 1963 entsetzt war über die Entwicklung, die die CIA genommen hatte.

Blut an den Händen

Zu den Geheimoperationen der Dulles-Zeit gehörten etwa der Putsch gegen den gewählten iranischen Premier Mohammed Mossadegh im Jahr 1953, der den angloamerikanischen Ölinteressen im Wege war, und der Sturz der landarbeiterfreundlichen Regierung Guatemalas 1954. Außerdem nutzte Dulles auch seine Verbindungen, die er während des Zweiten Weltkrieges in Italien geknüpft hatte. Wichtigste Person war der Mussolini-Anhänger und zeitweilige Obersturmbannführer der Waffen-SS, Licio Gelli, der nach Kriegsende die Schleusung des NS-Kriegsverbrechers Klaus Barbie nach Lateinamerika organisiert hatte.
Als CIA-Direktor gab Dulles Mordanschläge auf ausländische Staatsmänner in Auftrag, etwa auf Fidel Castro, den kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba (getötet 1961) und den dominikanischen Präsidenten Rafael Trujillo (getötet ebenfalls 1961). Zu den berüchtigtsten Programmen der Dulles-Ära gehörte MK Ultra, bei dem man die Opfer mit Psychodrogen manipulierte und gefügig machte.
Zur Zusammensetzung der Schattenstruktur schreibt Prouty: "Im Herzen des Teams sind natürlich ein paar Spitzenbeamte der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) ... Um sie ist ein innerer Ring von Präsidentenberatern, Zivilisten und Militärs aus dem Pentagon sowie von Karrierebeamten aus den Geheimdiensten gruppiert. ... Außerhalb dieses Rings gibt es ein ausgedehntes und undurchschaubares Netzwerk von Regierungsbeamten, die Verantwortung für ein bestimmtes Aufgabenfeld haben, das mit Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhängt, oder Experten auf diesen Gebieten sind." …<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25/26 berichtete am 8. November 2016:
>>**Soll erneut ein Weltkrieg herbeimanipuliert werden?**

Ein geschichtlicher Blick auf die Bedeutung von EU und Nato sowie den Ersten Weltkrieg

*von Wolfgang Effenberger**

Am 24. Juni 2016, keine 24 Stunden nach der Abstimmung der Briten über den Austritt ihres Landes aus der EU, fragte Paul Craig Roberts auf der Webseite des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What Does it Mean?" und gab in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine eindeutige Antwort: "Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der Nato und damit die Vermeidung des dritten Weltkriegs".
Für den ehemaligen hohen Beamten im Finanzministerium der Regierung von Ronald Reagan sind die EU und die Nato "bösartige Institutionen" ("evil institutions"), die von den USA kreiert wurden, "um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. Nato und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Washingtons Aggression erst möglich.
Ohne EU und Nato kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen

Konflikt mit Rußland zwingen. Ohne EU und Nato hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehaßt und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden."
Paul Craig Roberts vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden:
Der französische Präsident Charles de Gaulle hatte schon früh durchschaut, daß es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler Nato und EU (damals EWG) ging. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM.
Am 4. April 1949 wurde die Nato gegründet mit dem Ziel, "die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten", so der erste Nato-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die Nato den Kriegsplan Dropshot, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte.
Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural".
Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden. Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.
John Foster Dulles als oberster Strippenzieher
Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Zu einem der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln. Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück.
Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des "War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern.
Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben.
1921 war Dulles Mitbegründer des Council on Foreign Relations, wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten.
Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa International Nikkel Company oder Overseas Security Cooperation, aber auch Banken wie die J. P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G. Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank. Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte

Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten.
Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich tätig.
1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der Nato an und später ihres südasiatischen Pendants, der SEATO. Als Befürworter des Korea-Kriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt.
Als CIA-Direktor beziehungsweise US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John Foster Dulles ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort.
Abschaffung der historischen Nationen Europas
Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen.
In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur angloamerikanischen Geostrategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.
Vom Spaltpilz zum Atompilz
Nachdem Paul Craig Roberts Aussage über die Gründungsmotive von EU und Nato nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin Counterpunch seinen Artikel "Do We Really Want a War With Russia?"
Das ehemalige Vorstandsmitglied des Canadian Centre for Policy Alternatives meint, die Nato habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, daß Rußland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, daß die Nato offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde.
Konsequenterweise hätte also die Nato 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Im Laufe des Jahres 2016 führte die Nato ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation Anaconda mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Rußlands Grenze seit der deutschen Invasion Rußlands im Juni 1941.
Polens Präsident: "Wir bereiten uns auf einen Angriff vor"
Dazu paßt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."
Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfaßt vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis.
Er hat an der renommierten School of Foreign Service (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in

Washington D.C., seinen Abschluß gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushofer Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper.
Sie sitzt außerdem im Vorstand des Council on Foreign Relations, des Aspen Institute und des Center for American Progress. 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der Nato ein neues strategisches Konzept vor.
Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Christopher Clarks Meisterwerk "Die Schlafwandler" zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Rußland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war, … wir sehen heute den gleichen Prozeß am Werk.
Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neokons, alle agitieren sie schwer für den Krieg, … seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Rußland zu kämpfen, … man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen, … alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen."
Was bei Christopher Clark nicht zu lesen ist
Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im Committee of Imperial Defense: Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeugnis ab: Maurice Hankey in "The Supreme Command" und A. C. Bell in "A History of the Blockade of Germany".
In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Sealord Churchill sehr erfreuten.
Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine Parallele in unserer Geschichte hat", geplant.
Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandler" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Winkler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf.
Leo Trotzkis Analyse zum Ersten Weltkrieg
Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.
"… die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische 'Demokratie' erklärt, daß sie auf seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten.
Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische 'Demokratie' den Krieg provoziert …"
"Merchants of death" und die Lehren aus dem Weltkrieg

Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das Senate Munitions Investigating Committee, den Einfluß amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.
Der Ausschuß fand heraus, daß die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluß auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen.
Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, daß die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg "getrickst" worden seien.
Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.
Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, daß die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Mißachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifestiert, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte der hundertste Jahrestag von Versailles Anlaß sein, daß alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und einen Prozeß der Heilung einleiten - so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden.
Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Nato-dominierten EU könnte der Neustrukturierungsprozeß hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Rußland einbezieht.
*Wolfgang Effenberger, 1946 geboren, ist Publizist und Buchautor. Seine beiden aktuellen Bücher heißen "Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute" (gemeinsam mit Willy Wimmer), 2014 und "Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt", 2016 …<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 27 berichtete am 22. November 2016:
>>**Angriffe auf die Souveränität der Nationalstaaten**
von Prof. Dr. Ilias Iliopoulos
Strobe Talbott, einflußreicher US-Meinungsmacher und auch Staatssekretär unter Bill Clintons Präsidentschaft, deklarierte Anfang der neunziger Jahre urbi et orbi den kommenden Triumph einer Weltregierung, gesteuert von "einer globalen Autorität", alias Global governance. Am 20. Juli 1992 schrieb er im Time Magazin: "Binnen der nächsten hundert Jahre wird Nationalität, so wie wir sie kennen, obsolet; alle Staaten werden eine einzige, weltweite Autorität anerkennen."
Sollten wir uns über solch eine Entwicklung etwa Sorgen machen? Mitnichten! So die Antwort des mächtigen westlichen Opinion leaders. Denn, wie er erläuterte, im Grunde seien alle Staaten "soziale Konventionen", "Anpassungen an sich wandelnde Verhältnisse"; und er fügte hinzu, "egal wie permanent und sogar sakral" diese zu gegebener Zeit zu sein schienen, eigentlich seien sie alle ja "künstlich und vorübergehend". Eine subtilere Kriegserklärung an die souveränen Nationalstaaten, ja an die nationalen Gemeinschaften und Identitäten, an die Völ-

ker überhaupt, hätte man sich kaum vorstellen können.
Der gegenwärtige, seit 1991 begonnene, vor allem aber seit dem epochalen Sündenfall vom 24. März 1999 (seit Beginn des völkerrechtswidrigen und piratenhaften militärischen Überfalls der supranationalen herrschenden Elite gegen Serbien) losgegangene und sich stets verschärfende Krieg der sogenannten neuen Weltordnung gegen die Nationen läuft an drei Fronten ab:
- an der politischen Front: siehe den Frontalangriff gegen das Grundprinzip der nationalen Souveränität, welches, geschichtlich betrachtet, eine großartige Leistung der europäischen - ja, menschlichen - Zivilisation ist, Symbol, zugleich aber auch Geburtsort von Freiheit, Demokratie und Sozialstaat; und welches heute noch der Sicherheitsgürtel aller Nationen angesichts der Bedrohung seitens des post-nationalen, planetarischen Imperialismus bleibt;
- an der ökonomischen Front: Stichwort Globalisierung, die eigentlich eine Neuausgabe des internationalisierten Kapitalismus des Vorabends des Ersten Weltkrieges darstellt, diesmal in der Erscheinungsform eines post-fordistischen Kasino-Kapitalismus bzw. Raubtier-Kapitalismus oder Turbo-Kapitalismus, wie ihn die ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder bezeichneten;
- an der kulturellen beziehungsweise ideologischen Front: siehe die andauernde, systematische De-Konstruktion, ja Gleichschaltung von natur- und geschichtsgewachsenen gemeinschaftlichen Werten und Traditionen, geo- und ethnokulturellen Identitäten, gemeinsamen Erinnerungen, nationalen Sprachen, Symbolen und Ritualen sowie den von der supranationalen Elite unternommenen Versuch, allen Völkern die Normen und Verhaltensmuster der sogenannten Global governance aufzuoktroyieren.
Offensichtlich ist der letzte Begriff bloß eine modische sophistische Wortkonstruktion orwellschen Stils für den post- und supranationalen globalen Totalitarismus. …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 1. Januar 2017 (x892/…): >>**Einschränkungen der Rechte von Christen im Alltag in Europa**
Was haben der Ministerpräsident Ungarns, Victor Orbàn, und die schwedische Rechtsanwältin Ruth Nordström gemeinsam? Beide werden von den Medien unsanft attackiert. Was haben die beiden verbrochen? Sie setzen sich für die christlichen Werte ein und scheuen sich nicht, dafür Nachteile in Kauf zu nehmen und einen Kampf gegen scheinbar übermächtige Gegner aus Politik, Medien und Justiz zu führen.
Christliche Werte sind nicht hoch im Kurs. Dies mußten beide erfahren.
Von Ralph Studer (Schweiz)
Victor Orbàn, amtierender Ministerpräsident Ungarns sah sich seit Beginn seiner Regierungszeit im Jahre 2010 im Kreuzfeuer der Kritik. Orban wurde u.a. vorgeworfen, er würde die Demokratie, den Rechtsstaat und die Grundrechte abschaffen und die "europäischen Werte" gefährden. Im Rahmen der Flüchtlings- und Migrationsströme im Jahre 2015 und 2016 blies Orbàn erneut heftiger Gegenwind aus Politik und Medien ins Gesicht:
Der Bau von Schutzzäunen sorgte für Unmut, vor allem bei der Europäischen Union in Brüssel. Dabei - wenn man genauer hinschaut - kann dieses Vorgehen Orbàns nachvollzogen werden bzw. hielt er sich damit an seine rechtlichen Verpflichtungen: Er schützte die Schengen Außengrenzen und scheute sich nicht, auf die Gefahren dieser unkontrollierbaren Migrationsströme aus islamischen Ländern hinzuweisen. Doch er fand in der europäischen Elite kaum Unterstützung. Im Gegenteil.
Ein Blick zurück erklärt die Abneigung von Politik und Medien gegen Orbàn und seine Regierung:
Orbàn hatte vor der Wende 1989 an vorderster Front gegen den Kommunismus gekämpft und sah dessen katastrophale Auswirkungen auf Ungarn, insbesondere im Bereich Familie und Abtreibung. Er setzte deshalb als überzeugter Christ mit der Mehrheit des ungarischen

Parlaments 2011 eine neue Verfassung in Kraft. Diese Verfassung rückt das Christentum und Gott ins Zentrum und schützt das ungeborene Leben seit der Empfängnis.
In der Verfassung steht das klare Bekenntnis, daß der wichtigste Rahmen unseres Zusammenlebens die natürliche Familie und die Nation darstellt und der Staat auf Werten wie Treue, Glaube und Liebe aufbaut. Werte, die den linksliberalen Kräften in Politik und Medien zuwiderlaufen. Die deutsche SPD-Politikerin Birgit Sippel brachte die Kritik aus linken und liberalen Kreisen an Orbàn auf den Punkt. Sie sagte: "Die Rückbesinnung auf den christlichen Gott, die Betonung auf ein die Nationen erhaltendes Christentum und die Betonung der Besonderheit der Ungarn ist nun wirklich nicht vereinbar mit den europäischen Werten." Eine klare Aussage.
Gehen wir nun zur eingangs erwähnten Ruth Nordström. Ruth Nordström ist Mitglied der "Vereinigung der Skandinavischen Anwälte für Menschenrechte". Sie erlangte europäische Bekanntheit durch ihren engagierten Einsatz für Ellinor Grimmark und das international garantierte Recht auf Gewissensfreiheit.
Der Fall Ellinor Grimmark. Zunächst eine kurze Sachverhaltsschilderung: Ellinor Grimmark war Hebamme in einem schwedischen Krankenhaus und erhielt die Kündigung, weil sie sich aus Gewissensgründen weigerte, an einer Abtreibung mitzuwirken. Ihre Anwältin Ruth Nordström reichte daraufhin Klage ein und verlor. Das zuständige schwedische Kreisgericht gab 2015 dem Krankenhaus Recht:
Hebammen müssen bereit sein, bei Abtreibungen mitzuwirken, weil die Region verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß Frauen effektiven Zugang dazu hätten. Ellinor Grimmark entgegnete, daß sie als Hebamme Leben schützen wolle und nicht töten. Da sie aber unter diesen Umständen in Schweden keinen Job mehr fand, mußte sie emigrieren und arbeitet heute als Hebamme in Norwegen. Wohlverstanden dieses Gerichtsurteil wurde im liberal-demokratischen Schweden und nicht in einem kommunistisch-diktatorischen Staat gefällt.
Die Reaktionen der schwedischen Öffentlichkeit sind sehr feindselig. So verglich z.B. die frühere Koordinatorin in Schweden gegen religiösen Extremismus und Gewalt, Mona Sahlin, Hebammen, die keine Abtreibung durchführen wollten, mit Dschihadisten, die für den IS kämpfen.
Die Hebamme und die besagte Anwältin Ruth Nordström wollen aber nicht aufgegeben, weil es hier um mehr geht als nur um eine Hebamme, die sich weigert, bei der Tötung ungeborener Kinder mitzumachen. Es geht hier letztlich um den Umgang der Schweden mit der ethischen Verantwortung und der Menschenwürde im Gesundheitswesen.
Ähnlich wie Ellinor Grimmark erging es bereits zweier Hebammen in Großbritannien mit katholischer Werteüberzeugung, die sich ebenfalls weigerten, an Abtreibungen mitzuwirken. Hier ging es konkret um, daß sich die Krankenschwestern aus Gewissensgründen weigerten, sowohl an direkten Abtreibungshandlungen als auch an deren Vor- und Nachbereitung mitzuwirken. Dazu seien sie aber verpflichtet, entschied 2014 das höchste englische Gericht, der Supreme Court, und verurteilte sie.
Der Jurist John Olusegun Adenitire von der Universität Cambridge kritisierte dieses Urteil. Vor allem übte er auch Kritik an den geltenden Richtlinien der British Medical Association und des Nursing and Midwifery Council, welche beide das Recht auf Gewissensfreiheit nicht adäquat regeln. Die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK stehe derzeit nicht hoch im Kurs. Auch wenn er nicht katholisch sei, so der Jurist Adenitire, müssen die rechtsstaatlichen Prinzipien gelten und auch gegenüber katholischen Krankenschwestern das Recht auf Gewissensfreiheit gewährleistet sein.
Auch im Bereich der Sterbehilfe zeigen sich jüngst Tendenzen, den Gewissensvorbehalt einzuschränken. So entschied zum Beispiel das Zivilgericht in Leuven, daß katholische Krankenhäuser und Pflegeheime in Belgien ihren Patienten den Zugang zur aktiven Sterbehilfe

nicht verweigern dürfen. Eine 74-jährige Patientin hatte Lungenkrebs und wollte durch Euthanasie ihrem Leben ein Ende setzen. Das Heim erlaubte dem Arzt jedoch nicht den Zugang zur Patientin. Daraufhin brachten die Angehörigen die Frau nach Hause, wo der Arzt ihr die todbringenden Medikamente gab.
Die Richter argumentierten, daß sich das Pflegeheim nicht in die Beziehung zwischen der Patientin und dem Arzt hätte einmischen dürfen. Das Heim wurde zur Zahlung von 6.000 EUR Schadenersatz verurteilt. Während das belgische Gesetzt vorsieht, daß sich Ärzte weigern können, aktive Sterbehilfe auszuführen, ist dies für Pflege- und Gesundheitseinrichtungen nicht klar im Gesetz festgelegt. Gesetzesvorschläge zur Ausweitung aktiver Sterbehilfe liegen vor, darunter die Forderung nach der Abschaffung der institutionellen Freiheit z.B. eines Altenheims oder eines Krankenhauses.
Damit könnten etwa christliche Institutionen nicht mehr selbst bestimmen, ob aktive Sterbehilfe in ihren eigenen Räumlichkeiten durchgeführt wird. Die Frage, ob Institutionen sich ebenfalls wie natürliche Personen auf das Grundrecht der Gewissensfreiheit berufen dürfen, wird die Gerichte zukünftig noch beschäftigen.
Diese wenigen Beispielen aus dem Gesundheitsbereich verdeutlichen, daß der säkulare Staat das Selbstbestimmungsrecht des Menschen praktisch verabsolutiert und sich von einer christlichen Ethik bzw. von einem christlichen Wertefundament, auf dem unsere Kultur einst stand, verabschiedet.
So ungeheuerlich und nachdenklich diese Beispiele machen, so absurd mutet es an, daß christliche Staaten wie der Vatikan und Polen sich heftiger Kritik Seitens des "UNO-Komitees für die Rechte des Kindes" ausgesetzt sahen. Was war der Grund? Die Anschuldigungen des besagten UNO-Komitees richteten sich im Jahre 2014 gegen die Haltung der Kirche in Fragen der Abtreibung, der Geschlechter und der Homosexualität.
Dieses Komitee zeigte sich in seinen "Empfehlungen" besorgt wegen der früheren Erklärungen des Vatikans zur Homosexualität, die u.a. nach Ansicht des Komitees zur sozialen Stigmatisierung und Gewalt gegen lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle Jugendliche beigetragen hätten. Das Komitee äußerte auch Bedenken gegen die katholische Lehre, daß sich die Geschlechter ergänzen, denn dies - so das Komitee- "widerspreche der faktischen und rechtlichen Gleichheit".
Zudem kritisierte es, daß der Vatikan keine Informationen lieferte, welche konkreten Maßnahmen er ergriffen habe, "um die Geschlechterstereotype aus den Schulbüchern katholischer Schulen zu entfernen". Angriffspunkt waren auch die in verschiedenen Ländern oftmals von katholischer Seite organisierten sog. "Baby-Klappen" oder "Baby-Fenster". Zu guter Letzt zeigte sich das Komitee ernsthaft besorgt über die negativen Auswirkungen der Position des Vatikans, die Jugendlichen den Zugang zu Verhütungsmitteln bzw. Informationen über die sexuelle und reproduktive Medizin zu verweigern.
Ähnlichen Vorwürfen Seitens des "UNO-Komitees für die Rechte der Kinder" sah sich auch Polen 2015 ausgesetzt. In den Empfehlungen des UNO-Komitees ist zu lesen, daß in Polen noch Geschlechterklischees vorherrschen, Gesetze gegen Homophobie nötig seien und der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln zu verbessern sei. Ist man sich dieser Kritik Seitens der UNO bewußt, werden die teilweise rüden Attacken der linksliberalen Medien und bestimmter politischer Kreise gegen das Land Polen bzw. seine Regierung im Jahr 2016 verständlich.
Daß es gefährlich sein kann, sich auf christliche Werte und die Bibel zu berufen, hat auch unlängst Christine Boutin erfahren müssen. Boutin war unter der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy Ministerin für Wohnungs- und Städtebau verantwortlich. In einem Interview im Jahre 2014 wurde sie zur Homosexualität befragt und sagte unter anderem:
"Ich habe nie einen Homosexuellen verurteilt. Die Homosexualität ist ein Greuel, nicht der

homosexuelle Mensch. Die Sünde ist nicht akzeptabel, doch der Sünder ist immer anzunehmen."
Christine Boutin wurde in Frankreich sowohl vor erster Instanz im Dezember 2015 als auch vor der Berufungsinstanz im Herbst 2016 für diese Aussagen wegen Anstiftung zu Haß aufgrund der sexuellen Orientierung verurteilt und u.a. zur Zahlung von 5.000 EUR als Geldstrafe verpflichtet. Boutin kündigte an, alle Rechtsmittel auszuschöpfen und diese Urteile an die nächst höheren Gerichtsinstanzen weiterzuziehen.
Bleiben wir noch in Frankreich. Die sozialistische Regierung unter Holland hat einen Gesetzesentwurf in die Nationalversammlung eingebracht, welcher Lebensschützern unter Androhung strafrechtlicher Folgen verbieten will, für Alternativen zur Abtreibung im Internet zu werben. Der derzeitige Gesetzesentwurf sieht vor, daß Internetseiten gesperrt und deren Betreiber strafrechtlich belangt werden können, wenn durch das Informationsangebot auf Frauen "psychischer Druck" ausgeübt wird, nicht abzutreiben. Lebensschützer würden dadurch kriminalisiert und müßten fortan mit einer Strafe von bis zu zwei Jahren Gefängnis und 30.000 EUR Busse rechnen. Und dies dafür, daß sie Leben retten wollen.
Es ist davon auszugehen, daß Aussagen auf der Webseite über den Tod des ungeborenen Kindes durch die Abtreibung oder Informationen zum "Post-Abortion-Syndrom" bereits strafrechtlich für eine Verurteilung ausreichen würde. Die Nationalversammlung stimmte diesem Entwurf zu. Jetzt ist der französische Senat damit befaßt, bevor dann endgültig die Nationalversammlung darüber abstimmt. Die Lebensschützer in Frankreich gehen harten Zeiten entgegen.
Einen anderen Kampf kämpfen christliche Eltern in Deutschland. Sie setzen sich ein für das christliche Menschenbild, ihre Elternrechte und den Schutz von Ehe, Familie und ihrer Kinder. Sie wehren sich gegen den neuen Lehrplan zur Sexualerziehung im Bundesland Hessen und gegen die darin enthaltene Genderideologie.
Darin werden Ehe und Familie relativiert, indem sie auf eine Variante partnerschaftlichen Zusammenlebens reduziert werden neben nichtehelichen Partnerschaften, Patchworkfamilien und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Im Zentrum dieses Lehrplans steht dabei die fächerübergreifende Thematisierung der "Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten". U.a. sollen folgende Themen im Lehrplan verbindlich bearbeitet werden:
- 6 bis 10 Jahre: "kindliches Sexualverhalten" und "gleichgeschlechtliche Partnerschaften"
- 10 bis 12 Jahre: "unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten (Hetero-, Bi-, Homo- und Transsexualität)
- 13 bis 16 Jahre: "erste sexuelle Erfahrungen", "Schwangerschaftsabbruch", "Aufklärung über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität"
- 16 bis 19 Jahre: "Adoption", "Leihmutterschaft", "künstliche Befruchtung", "geschlechtsspezifisches Rollenverhalten"
Dieser Lehrplan ist mittlerweile vom hessischen Kultusminister, Ralph Alexander Lorz (CDU) durch Ministerbeschluß in Kraft gesetzt worden, obwohl der Landeselternbeirat und die katholischen Bischöfe sich dagegen geäußert hatten. Zugestimmt hatten dagegen die evangelischen Landeskirchen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß diese Sexualerziehung "für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich und nicht an die Zustimmung der Eltern gebunden" ist.
An dieser Stelle sei an die in den Jahren 2012/2013 in den Medien bekannt gewordenen Fällen von Eltern erinnert, die in Deutschland sich weigerten, ihre Kinder in diese Sexualerziehung zu schicken, dafür gebüßt wurden und letztlich im Gefängnis landeten, weil sie die Buße nicht bezahlten.
Doch zurück zum Lehrplan des Bundeslands Hessen. Bei der am 30. Oktober 2016 durch-

geführten Demonstration in Wiesbaden wehrten sich die betroffenen Eltern, weil der Lehrplan den Eindruck erwecke, es sei wissenschaftlich geklärt, was eine sexuelle Orientierung oder eine sexuelle Identität ausmache und alle Varianten sexueller Orientierung und Identität gleichwertig seien.
Gleichzeitig verteidigten die betroffenen Eltern eine Sexualerziehung, in der die Sexualität nicht einfach zur Verhandlungssache oder auf ein Instrument der Lust reduziert wird. Sie standen für eine Sexualerziehung ein, welche Liebe und Verantwortung betont, die Fruchtbarkeit einbezieht und die Sexualität eingebettet ist in Werte und Normen, in Ehe und Familie. Sexualität sei nicht nur Natur oder Trieb, sondern immer auch Kultur.
Ebenfalls einen schweren Stand haben die nach Deutschland gekommenen christlichen Flüchtlinge, die in Flüchtlingsheimen untergebracht sind. Aus den Erhebungen des überkonfessionellen Hilfswerks "Open Doors" im Jahr 2016 wird deutlich, daß die Zahl religiös motivierter Anfeindungen und Übergriffe von seiten muslimischer Mitflüchtlinge sowie des muslimischen Wachpersonals gegenüber Christen im Wachsen begriffen sind. Gewalt, Beleidigungen, Todesdrohungen und sexuelle Übergriffe wurden von den Betroffenen genannt.
Diese Verfehlungen richten sich auch besonders gegen Konvertiten, die vom Islam zum christlichen Glauben übergetreten sind und häufig nicht nur als Verräter ihres Glaubens, sondern auch als Verräter ihres Volkes, ja sogar der Gesamtheit der Moslems angesehen werden. Alarmierend ist gemäß "Open Doors" die Tatsache, daß christliche Flüchtlinge in zunehmendem Masse dieselbe Verfolgung und Diskriminierung wie in ihren islamischen Herkunftsländern erleiden und nicht einmal in Deutschland den erhofften Schutz erhalten.
Die staatlich garantierte Religionsfreiheit wird so zur leeren Hülle. Aufgrund dieser Mißstände fordert "Open Doors" u.a. die getrennte Unterbringung von Christen sowie anderen religiösen Minderheiten, die bereits Opfer von Verfolgung und Diskriminierung geworden sind und die Erhöhung des nicht-muslimischen Anteils innerhalb des Wachpersonals.
Abschließend werfe ich einen Blick auf zwei Themenbereiche aus der Schweiz, die verdeutlichen, daß der staatliche Schutz christlicher Werte nicht mehr hoch im Kurs ist. Im ersten Fall wehrte sich die Heilsarmee gegen ein Gesetz im Kanton Neuenburg, welches vorsah, daß öffentlich anerkannte gemeinnützige Institutionen den Wunsch des Patienten nach einem begleiteten Suizid in ihren Räumlichkeiten respektieren müsse.
Die Heilsarmee sah darin einen Verstoß gegen die Religionsfreiheit. Das Bundesgericht kam jedoch zum Schluß, daß die Heilsarmee in ihrem Heim in Neuenburg den begleiteten Suizid zulassen muß. Dabei begründete das Bundesgericht sein Urteil im Wesentlichen damit, daß jeder Mensch aufgrund seines Selbstbestimmungsrechts selbst entscheiden könne, wann und wie er sterben wolle. Dies müsse der Staat respektieren.
Die Heilsarmee genießt zwar laut dem Urteil den Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Sie hatte in diesem Fall ihr Heim jedoch öffentlich anerkennen lassen und erhielt staatliche Subventionen. Damit gilt gemäß Bundesgericht das Heim als öffentliche Institution und fällt unter diese neue Gesetzgebung des Kantons Neuenburg.
Der zweite Fall betrifft Organisationen, die im Schnittbereich zwischen Landeskirchen und Freikirchen stehen. Diese sollen zukünftig keine staatlichen Fördergelder mehr für ihre Jugendarbeit erhalten, so entschied das Bundesamt für Sozialversicherungen in mehreren Fällen. Diese Entscheide des Bundesamts für Sozialversicherungen wurden in den letzten Monaten durch Urteile des Bundesverwaltungsgerichts geschützt. Christliche Vereine im Jugendbereich bekommen somit nach dem neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz nur noch staatliche Hilfe, wenn sie darlegen können, daß sie vielfältige Aktivitäten anbieten, die der Entwicklung junger Menschen förderlich sind und nicht ihre eigene Glaubensüberzeugung ins Zentrum stellen.
Auf einen Aspekt sei hier besonders hingewiesen: Während christliche Jugendorganisationen

ihre Weltanschauung in der Jugendarbeit nicht zentral zur Schau tragen dürfen, erhalten hingegen die Jungparteien von SP, SVP, CVP, FDP oder Grüne weiterhin staatliche Beiträge, obwohl diese klarerweise ihre politischen Positionen und somit ihre Weltanschauung verbreiten. Hierzu stellt das Bundesverwaltungsgericht nüchtern fest:
Aus der Botschaft zum neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz ist klar zu entnehmen, daß gemäß den eindeutigen Bestrebungen des Schweizerischen Bundesrats die politische Teilnahme von Kindern und Jugendlichen gefördert werden sollte, währenddessen der Bundesrat keine Förderung der Religiosität von Kinder und Jugendlichen als Ziel gesetzt hat. Offenbar sei eine unterschiedliche Behandlung von Organisationen mit religiösem Hintergrund auf der einen Seite sowie von politischen Jugendverbänden auf der anderen Seite gewollt. Somit liege auch kein Verstoß gegen die Rechtsgleichheit vor, so das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen.
Somit komme ich zum Fazit meiner Ausführungen:
Christliche Werte und Positionen werden in unseren europäischen Staaten zunehmend zurückgedrängt. Christliche Persönlichkeiten wie Victor Orbàn oder Ruth Nordström sehen sich zunehmend einer gewaltigen Lawine von Anfeindungen in Medien und Politik ausgesetzt. Der Preis ist hoch und es ist die Frage, ob wir selber bereit sind, diesen Preis zu bezahlen. Die genannten Beispiele zeigen, daß der säkulare Staat mehr und mehr sein atheistisches bzw. linksliberales Antlitz enthüllt, das Selbstbestimmungsrecht des Menschen praktisch verabsolutiert und sein christliches Erbe verleugnet.
Die christlichen Wahrheiten und Werte wie der Schutz der natürlichen Familie und des ungeborenen Lebens geraten in Gefahr, gänzlich aus Staat und Gesellschaft verbannt zu werden. Das Natürliche ist plötzlich unnatürlich. Das Logische plötzlich unlogisch. So ähnlich erging es auch der Hauptfigur Winston Smith in George Orwells fast schon "prophetischem" Buch "1984", als dieser durch Folter dazu gebracht wird, zu glauben, daß zwei und zwei fünf ist. Für die Wahrheit einzustehen kann plötzlich zum revolutionären Akt werden.
Es ist klar und dezidiert der immer wieder geäußerten Position zu widersprechen, daß der Staat sich eben in seinem Handeln religiös- und wertneutral verhalten müsse, weshalb er sich nicht für die christlichen Werte einsetzen und diese vertreten dürfe. Dies ist schlicht und einfach falsch. Es gibt kein neutrales Verhalten des Staates. Jegliche Entscheidung und jegliches Handeln tragen einen Wert in sich.
Werden Hebammen sozusagen "gezwungen", Abtreibungen durchzuführen bzw. sich daran zu beteiligen und gewährt der Staat ihnen kein Recht, ihrem Gewissen zu folgen, dann verwirft der Staat implizit die christliche Überzeugung und das christliche Wertefundament, das menschliche Leben von der Empfängnis an zu schützen und die Einzigartigkeit jedes Menschen anzuerkennen. Der Staat steht somit faktisch auf dem Boden einer feministischen, linksliberalen und atheistisch-materialistischen Weltanschauung und begünstigt letztlich eine Kultur des Todes.
Wir stehen in einem mit harten Bandagen geführten Kulturkampf, einer Kulturrevolution wie sie spätestens seit der 68er Bewegung gegen die christliche Werteordnung in Gang ist. Gerade in unserer heutigen Zeit ist es eine unserer wichtigsten Aufgabe als Christen, uns für die Wahrheit und die Gerechtigkeit einzusetzen.
Unser Einsatz für eine christliche Gesellschaft und für einen christlichen Staat ist unentbehrlich. Als Christen sind wir zum Kampf geboren.
Treffend hat es Vladimir Palko, ehemaliger Innenminister der Slowakei in seinem sehr lesenswerten Buch "Die Löwen kommen" ausgedrückt: "Wir stehen in einer großen kulturellen Wende, die über die Kontinente hinweg stattfindet. Man darf sich nicht mit ihr abfinden und muß sich aber auch nicht vor ihr fürchten. Man muß sie aushalten. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen. Verlieren wir nicht den Mut und den Humor! Glauben wir nicht an

unsere Überlegenheit. Vergessen wir nicht, daß wir keine Heiligen sind. Wir sind gewöhnliche Menschen, die Fehler machen, die aber wissen, daß ihr Kampf nicht nur ein menschlicher Kampf ist."
Ich erinnere hier auch an die Worte von Johanna von Orléans oder besser bekannt unter dem Namen Jeanne d'Arc, welche unerschrocken im Auftrag Gottes das französische Heer im Krieg gegen die Engländer im Hundertjährigen Krieg anführte: "Die Soldaten werden kämpfen und Gott wird den Sieg verleihen". …<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 1 berichtete am 3. Januar 2017: >>**Selbstbestimmtes Handeln als Grundlage von Recht und Frieden**
*von Professor Dr. phil. Dr. h.c. Dr. h.c. Hans Köchler**
… Recht erfordert Abwesenheit von Willkür
Was das Recht betrifft, so erfordert dieses zu allererst die Abwesenheit von Willkür. Das ist das Um und Auf von Rechtsstaatlichkeit. Damit bedarf das Recht eben auch eines Zusammenwirkens auf der Basis der Freiheit und Gleichheit aller - also Umstände, die ihrerseits den selbstbestimmten, nicht den fremdbestimmten, Bürger voraussetzen. Was den Frieden als politisches Ziel angeht, so erfordert dieser - ob zwischen den Individuen innerstaatlich oder zwischen den Kollektiven international - Respekt, das heißt Akzeptanz auf der Basis der Gegenseitigkeit.
Dies ist wiederum nur möglich, wenn jeder Bürger selbstbestimmt zu handeln vermag, das heißt, wenn er nicht lediglich als verlängerter Arm von ihm nicht durchschauter Interessen anderer fungiert, also von mehr oder weniger komplex organisierten sogenannten Pressure groups, wie es heute auf Neu-Englisch heißt. …
Plädoyer für eine Neubesinnung auf Demokratie
… Man kann hier durchaus ohne falsche Anmaßung von der Notwendigkeit einer "Ideologiekritik" der Demokratie sprechen. Schon vor mehr als drei Jahrzehnten habe ich hier in der Schweiz, in Genf, im Rahmen einer internationalen Round-Table-Konferenz über die Krise der repräsentativen Demokratie diese Problematik zur Diskussion gestellt. (The Crisis of Representative Democracy. Frankfurt a. M./Bern/New York, Peter Lang AG, 1985)
Demokratie ist nicht gleich repräsentative Demokratie
Inzwischen - seit dem Ende des Kalten Krieges - ist die Problematik noch viel deutlicher geworden. Demokratie wird sowohl im akademischen als auch im allgemein politischen Diskurs und in den Medien zumeist völlig unreflektiert als sogenannte "repräsentative Demokratie" verstanden, obwohl diese Verbindung des Substantivs "Demokratie" mit dem Adjektiv "repräsentativ" sensu stricto einen Selbstwiderspruch darstellt, da in dieser Begriffsverbindung bereits die Doktrin der Repräsentation enthalten ist.
"Repräsentation" bedeutet jedoch im wörtlichen Sinn das Wieder-gegenwärtig-Machen von etwas, was nicht anwesend ist. Gemeint ist damit, daß das als Ganzes zunächst abwesende Volk erst präsent, sichtbar gemacht werden muß, damit es sich politisch-rechtlich artikulieren kann. Dies geschieht, wie unter anderem Carl Schmitt in seiner "Verfassungslehre" gezeigt hat, jeweils durch einen Einzelnen, dem diese Befugnis zugesprochen wird. Dies kann ein Staatschef sein, der in absoluter Machtbefugnis entscheidet, aber ebenso ein Abgeordneter einer legislativen Versammlung - und in der Folge natürlich auch die Gruppe all dieser Einzelnen.
Entscheidend ist dabei, daß Einzelne die Befugnis haben, im Namen aller Bürger zu entscheiden. Dies wird in einer explizit formulierten Doktrin gerechtfertigt, wonach eben diese einzelnen Funktionsträger die Gesamtheit als solche "gegenwärtig" (präsent) machen könnten und deshalb auch die Befugnis hätten, über sie und in ihrem Namen zu entscheiden.
Als Beispiel für dieses Staatsverständnis kann man das Werk von Gerhard Leibholz über "Das Wesen der Repräsentation" (1929) anführen, das auch im Nachkriegsdeutschland mehrere

Auflagen erlebte. Dazu ist jedoch der begrifflichen Präzision wegen - was den Gebrauch des Wortes "Demokratie" betrifft - festzuhalten, daß Herrschaft des Volkes begrifflich nicht mit Herrschaft über das Volk beziehungsweise im Namen des Volkes gleichgesetzt werden kann.

Volkssouveränität im Rahmen einer repräsentativen Verfassung ist eine Fiktion

Wenn es tatsächlich darum geht, die Herrschaft über das Volk zu rechtfertigen, dann möge man dies offen sagen und für dieses Machtverhältnis einen anderen Ausdruck verwenden. Ich bin im übrigen nicht der einzige, der darauf hinweist. Auch der führende Rechtsphilosoph des 20. Jahrhunderts, Hans Kelsen, "Vater" der österreichischen Verfassung nach dem Ersten Weltkrieg, hat in seiner Abhandlung "Vom Wesen und Wert der Demokratie" (1920) schon vor Jahrzehnten erläutert, daß die Rede von der Volkssouveränität im Rahmen einer strikt repräsentativen Verfassung eine reine Fiktion sei.

Aus Legitimationsgründen gegenüber dem Volk, so Kelsen, tut man so, als ob das Volk, das heißt jeder Bürger für sich, unmittelbar entscheiden würde, während tatsächlich nur einer oder eine Gruppe von Einzelnen im Namen aller entscheidet.

Dafür wäre jedoch die adäquate Bezeichnung Monarchie beziehungsweise Oligarchie. Allerdings wäre es eingestandenermaßen etwa im Falle eines parlamentarischen Systems gegenüber der öffentlichen Meinung geradezu delegitimierend, wenngleich ehrlicher, von "repräsentativer Oligarchie" zu sprechen.

Entscheidend ist jedoch, daß in einem solchen repräsentativen System sich der Einzelne eben nicht als freier und gleicher Bürger verwirklichen kann, da letztlich über ihn verfügt wird. Er kann sich nur - in Form von periodischen Wahlen - an der Auswahl derjenigen, die über ihn für eine festgelegte Zeit herrschen sollen, beteiligen. Dies geschieht in der Regel allerdings auch nur sehr indirekt, weil in den meisten Ländern das Persönlichkeitswahlrecht äußerst schwach entwickelt ist.

Man müßte also, wenn man selbstbestimmtes Handeln als Grundlage der Demokratie tatsächlich ernst nimmt, auf begrifflicher Exaktheit bestehen, und das vorherrschende Staatsmodell präzise benennen, indem man es explizit als die Herrschaft einiger weniger - auf der Grundlage der Doktrin der Repräsentation - charakterisiert.

Realistisch muß man hier wohl anfügen - und dies scheint mir gerade an unserem Tagungsort, hier in der Schweiz, angemessen -, daß man auf Grund der nicht zu bestreitenden notwendigen Arbeitsteilung in unserer modernen Industriegesellschaft letztlich wohl mit einer Mischform aus repräsentativen und demokratischen Entscheidungsmechanismen wird vorliebnehmen müssen.

Direkte Demokratie: Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation

Die Bezeichnung "direktdemokratisch" ist gemäß dem oben Gesagten zwar nicht ein Widerspruch, aber ein Pleonasmus. Wenn Demokratie Herrschaft des Volkes heißt, dann impliziert dies, daß jeder direkt entscheidet.

In der Realität der entwickelten Industriegesellschaften wird man also Entscheidungsfindung in Form von "Repräsentation" derjenigen in Form von "Demokratie" gegenüberstellen, wie dies gerade in der Schweiz erfolgreich praktiziert wird. Entscheidend ist dabei Folgendes: "Direkte" Demokratie ist, wenn die Verwendung dieses Pleonasmus hier nochmals gestattet ist, so etwas wie ein Korrektiv der Herrschaft in Form der Repräsentation.

Grundsätzlich ist es in jeder Angelegenheit - auf lokaler, regionaler wie gesamtstaatlicher Ebene - möglich, daß das Volk auf den Plan tritt und in Form eines Referendums korrigierend eingreift. Wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist oder etwa durch die Verfassung grundsätzlich ausgeschlossen ist (wie zum Beispiel auf gesamtstaatlicher Ebene in der Bundesrepublik Deutschland), dann hat man allerdings, was die Propagierung des demokratischen Ideals betrifft, ein Problem mit der staatspolitischen Glaubwürdigkeit (Hervorhebung durch Zeit-Fragen).

Die Entscheidung über Krieg und Frieden gehört in die Hände der Bürger

Demokratie als direkte Entscheidung der Bürger ist gerade auch auf weltweiter Ebene von Bedeutung, wenn es um die Vermeidung von Kriegen, das heißt um eine nachhaltige Friedenspolitik geht, die nicht nur eine Konfliktsituation taktisch-realpolitisch beruhigt, sondern auf eine Weltordnung hinzielt, die auf dem gegenseitigen Respekt der Völker im Sinne des demokratischen Ideals von Freiheit und Gleichheit basiert.

Nur dann, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen derjenigen liegt, welche die allfälligen Folgen einer solchen Entscheidung unmittelbar am eigenen Leib verspüren - ich meine hier die Bürger -, besteht Hoffnung auf die dauerhafte Vermeidung von Kriegen. In einem nicht-demokratischen Umfeld werden Kriege hingegen viel leichter vom Zaun gebrochen, weil die verantwortlichen "Repräsentanten" in der Regel nicht mit Leib und Leben für die Folgen ihrer Entscheidung einstehen müssen. …

**Vortrag, gehalten bei den Septembergesprächen der Arbeitsgemeinschaft "Mut zur Ethik" vom 2.-4. September 2016.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Januar 2017: >>**Stratege der Globalisierung: Thomas Barnett - jetzt in deutscher Übersetzung**

Vielen gilt das Werk von Prof. Thomas Barnett als Drehbuch für den US-Imperialismus des 21. Jahrhunderts. Der Globalisierungsexperte hatte zudem nicht bloß als Forscher, sondern auch als Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums direkten Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001. Bislang aber waren seine Hauptwerke nur für Leser zugänglich, die der englischen Sprache mächtig sind.

Daß sich dies jetzt geändert hat, ist dem Trio Professor Dr. Michael Vogt, Dr. Baal Müller und Monika Donner zu verdanken. Die Drei haben ihre Übersetzung jetzt im Querdenken.TV vorgestellt sowie Hintergründe und Entstehungsgeschichte dargelegt.

Demnach hatte Thomas Barnett um 1989 ein Problem: Durch den Zusammenbruch der UDSSR war der Feind Rußland verschwunden. Aber wie sollte der gigantische US-Militärapparat jetzt seinen Fortbestand legitimieren? Ganz einfach, indem man sich einen neuen Feind schuf. Zunächst dachte man an China, aber dann kam der "rettende" 11. September. Endlich hatte man wieder einen Gegner. Zwar keinen auf Weltmachtniveau, dafür aber in Form vieler kleiner "Schurkenstaaten".

Dabei hatte Barnett niemals Furcht vor einem "Kampf der Kulturen" à la Samuel Huntington. Nein, ihn interessiert die globale Wirtschaft, deren Ausbreitung und Förderung. Hatte in den Jahrzehnten zuvor der Kommunismus die Globalisierung im Zaum gehalten, ging jetzt die Antiglobalisierungs-Power vom radikalen Islam aus.

Der neue Gegensatz war für Barnett anstelle von arm und reich jetzt vernetzt gegen unvernetzt. Zwar glaubt der Professor unerschütterlich an das Never Ending des American Way of Life, ist aber überzeugt, daß Globalisierung kein Kulturimperialismus, sondern kulturell "wertneutral" sei! Er bedient die klassische neoliberale Perspektive, nach der Religion und Tradition reine Privatsache seien, während der Staat nur die Interessen eines "alternativlosen" Kapitalismus garantieren solle. Im Grunde, so erläutert Baal Müller, sei für Barnett die Kultur eine kommerzielle Angelegenheit. Etwas, das sich kaufen läßt: Waren, Essen sowie Dienstleistungen aus aller Welt. Eine große Vermischung, die der Wirtschaft dient und dienen soll.

Vor allem müsse alles in ständiger Bewegung bleiben, historisch Gewachsenes abgebaut und gegen Neues ersetzt werden. Der Mensch als flexibler Arbeitsnomade solle stets arbeiten und konsumieren. Das würde zunächst viel Widerstand, viele Kriege provozieren - aber am Ende stünde die große kommerzielle Befriedung. Wer sich dauerhaft gegen die Interessen des globalen Kapitalismus wehre, könne nur ein "Schurkenstaat" sein. Für die hat Barnett nur ein Gegenmittel: "Kill them!" Dann ist der Liberalismus am Ende. Dann zeigt sich das "Psychopathische" (Monika Donner) der Global-Imperialisten.

Wo aber, so fragt Michael Vogt, ist heutzutage die Linke, die sich gegen diesen Wirtschaftsimperialismus stellt? Darauf gab Monika Donner, Ministerialrätin im österreichischen Verteidigungsministerium, die Antwort: Diese Linke ist Pegida! Diese neue Linke ist teilweise auch die FPÖ. Die wirklichen Neo-Imperialisten hingegen haben wir großteils unter den Grünen. Hier hat ein kompletter Rollentausch stattgefunden.
- Vielleicht, so könnte man hinzufügen, ist auch Donald Trump ein solcher Linker. Er wäre derzeit der einzige, der die Macht besitzt, Barnetts Drehbuch zu stoppen.
Deutschsprachige Titel:
- Thomas Barnett: Der Weg in die Weltdiktatur: Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert. Die Strategie des Pentagon. Übersetzung von Dr. Baal Müller. Vorwort von Prof. Michael Vogt, Nachwort von Monika Donner. J. K. Fischer Verlag
- Thomas Barnett: Drehbuch für den 3.Weltkrieg: Die zukünftige neue Weltordnung. Übersetzung von Dr. Baal Müller. Vorwort von Prof. Michael Vogt, Nachwort von Monika Donner. J. K. Fischer Verlag
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Januar 2017 (x892/…): >>**Die Universalität des Christentums - gleichbedeutend mit Globalismus?**
Nach unserem Glauben stammen wir alle von dem gleichen Stammelternpaar ab, und das Christentum ist eine universale Religion. Im Galaterbrief lesen wir: "Da gilt nicht mehr Jude und Hellene" (Gal. 3, 28). Und an die Kolosser heißt es: "Da gilt nicht mehr Hellene und Jude, nicht Beschneidung und Unbeschnittensein, nicht Barbar, Skythe, Knecht, Freier, sondern alles und in allem Christus" (Kol. 3, 11). Ist das nun ein extrem frühzeitiger Aufruf zur Globalisierung, der sich gegen nationale Eigenheiten, Besonderheiten, also gegen Realitäten richtet?
In seinem Textzusammenhang erklärt sich der eben zitierte Satz aus dem Brief an die Galater besser: "Denn ihr seid alle Söhne Gottes durch den Glauben in Jesus Christus, alle nämlich, die ihr auf Christus getauft wurdet, habt das Gewand Christi angezogen. Da gilt nicht mehr Jude und Hellene, nicht Sklave und Freier, nicht Mann und Frau, denn alle seid ihr eins in Christus Jesus".
Der Apostel bezieht sich hier ganz klar auf eine übernatürliche Ebene. Er ist in keiner Weise ein früher Verkünder der Gender-Theorie, wenn er sagt, es gebe nicht mehr Mann noch Frau. Er sagt damit ganz einfach, daß alle Getauften zur selben Würde und zur selben übernatürlichen Reinheit berufen sind.
Nachdem die Apostel an Pfingsten den Heiligen Geist empfangen hatten, begannen sie, zu predigen, und jeder hörte sie in seiner Sprache reden: Parther, Meder, Elamiten usw., eben in der Sprache jenes Landes, in dem sie geboren worden waren. Der Heilige Geist unterstützt also unsere armseligen, nachbabylonischen menschlichen Sprachen und somit indirekt die Völker, für welche die Sprache eines der wichtigsten Bestandteile ihrer Identität ist. Die Verkündigung der Frohen Botschaft bedeutet also keineswegs das Verschwinden der einzelnen Völker.
Und Jesus selbst zeigte ja auch eine bewegende Verbundenheit mit seinem Volk, als er über das Schicksal Jerusalems weinte: "Als er näherkam und die Stadt erblickte, weinte er über sie. … Denn es werden Tage über dich kommen, da deine Feinde einen Wall um dich aufwerfen und dich einschließen und bedrängen werden von allen Seiten. Sie werden dich niedermachen und deine Kinder in dir und nicht Stein auf Stein lassen, weil du die Zeit deiner Heimsuchung nicht erkannt hast." (Lukas 19, 41-44).
In der klassischen Gesellschaftslehre ist das Gemeinwesen und dann das Volk eine Erweiterung der Familie, gewissermaßen eine Familie der Familien. Sie beruht auf einer biologischen Grundlage einer auf einem bestimmten Gebiet lebenden Bevölkerung. Nomadische Völker stehen erst am Anfang und sind noch nicht in der Lage, Staaten zu bilden. Das eklatan-

teste Beispiel ist der Staat Israel, der sich erst konstituieren konnte, als er über eine territoriale Grundlage verfügte. Das Christentum hat diesen Zusammenhang zwischen Staat und Staatsgebiet immer bestätigt. Staatsgebiet und Staatsvolk sind die Elemente, die eine Nation ausmachen. Sie sind aber nicht dessen Seele.
Die Seele eines Volkes ist das, was dieses Volk von anderen unterscheidet: ein unter anderem kulturelles, intellektuelles, moralisches, ästhetisches Erbe, das im Laufe der Zeit entstanden ist und das Gemeingut dieses Volkes ausmacht. Diese Seele ist aber auch der Plan Gottes für jedes Volk, dem er einen eigenen Schutzengel gegeben hat: den hl. Erzengel Michael für Deutschland und Frankreich, oder auch den Schutzengel Portugals, der den Seherkindern von Fatima erschien. Wie jeder einzelne Mensch, so hat auch jedes Volk im Plan Gottes seine besondere Bestimmung.
Das heute so verpönte Wort "Vaterland" hat einen direkten Bezug auf die (Vor)Väter, auf die Vorfahren. Es zeigt auch, daß es hier um ein materielles und immaterielles Erbe geht, welches ein jeder von uns bekommen hat - ein Erbe, das im Inneren durch Veruntreuung und von außen durch Zerstörung bedroht ist, z.B. als Folge einer Invasion, einer militärischen Niederlage, einen Völkermord usw. Diese jeweilige Bedrohung wird von manchen Menschen anders gesehen als von anderen. Für die einen ist "Volk" oder "Nation" nichts anderes als eine vertraglich geregelte Beziehung zwischen Lebenden (eben einer "Bevölkerung"), die sich um die Vergangenheit nicht schert.
Für die anderen ist sie so etwas wie eine ständige Volksabstimmung, die Erinnerung an eine gemeinsame, manchmal großartige und manchmal grauenhafte Geschichte und der Wille, weiterhin geschichtlich zu handeln. Somit ist "Volk" oder "Nation" vor allem ein Erbe, für das ein jeder sowohl vor den vergangenen Toten wie vor den zukünftig Lebenden verantwortlich ist.
Die "Bevölkerung" gründet sich auf das Mantra des "Zusammenlebens"; sie ist voller großer Konflikte in einer (in unserer?) Gesellschaft, die sich ihrer Identität, ihrer Kultur unsicher ist und infolgedessen immer mehr davon aufgibt, ohne nennenswerte Gegenwehr im Angesicht einer Lebensweise, welche solche Unsicherheit überhaupt nicht kennt - ganz im Gegenteil.
Es ist eine Tatsache (und das ist auch gut so), daß sowohl die, welche ihrer Kultur treu sind als auch die, welche ihr eben nicht treu sind, immer Erben dieser Kultur sind. Die Anerkennung, die Annahme dieser Verpflichtung, die wir gegenüber unseren Vorfahren haben, trägt den schönen Namen "Pietät", und diese Pietät öffnet uns die Tür in die Zukunft, weil sie uns sagt, woher wir kommen. Dadurch sagt sie uns auch, wer wir sind und welches legitimerweise unser Weg ist. Alles andere ist nichts als Spreu, die vom Wind fortgeblasen wird, von einem Wind, der seiner Natur nach nämlich wechselhaft und (wie die Geschichte zeigt) flüchtig und nur allzu oft auch trügerisch ist.
Um mit den Anfangsüberlegungen zu schließen: nirgendwo ist die Rede davon, daß das Christentum die Völker und ihre Eigenarten auflösen will oder soll. Ganz im Gegenteil: es wird aus Deutschen bessere Deutsche, aus Polen bessere Polen, aus Franzosen bessere Franzosen und, ja: aus Chinesen bessere Chinesen, aus Japanern bessere Japaner, aus Koreanern bessere Koreaner machen.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 29. Januar 2017: >>**Antisemitismus-Skandal**
Wenn im Schulbuch jüdische Banker die EU auffressen
Jahrelang zeigte eine Schulbuch-Illustration die EU-Finanzkrise als antisemitische Verschwörung. Jetzt fordert Volker Beck Aufklärung: Aus der Grafik möchte er eine Unterrichtseinheit machen.
Selbst der Klett-Verlag gesteht ein: Diese Grafik hätte nie in seinem Schulbuch auftauchen dürfen. Daher wurde die Auslieferung nun gestoppt. Nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten Volker Beck (Grüne) ist aber fast noch schlimmer, daß die Illustration über die angeblichen Ursachen der Euro-Krise vier Jahre lang an Schulen genutzt werden konnte, ohne daß

jemand ihren deutlichen Antisemitismus bemerkt oder etwas gegen das Lehrbuch unternommen hätte.
"Die Illustration schockiert mich zutiefst", sagt Beck über das Werk des Amerikaners David Dees, die ausdrückt: An der Finanzkrise ist eine Bank schuld - und zwar eine jüdische. Mit Blick auf den Verlag, aber auch die Kultusministerien, die Lehrmaterial prüfen müssen, fragt Beck als religionspolitischer Sprecher der Grünen: "Schaut sich das niemand an?"
Es geht um das Buch "Anstöße 2" aus dem Jahr 2012. Das vom Stuttgarter Klett-Verlag herausgebrachte Werk wird in den Klassen 7 bis 9 verwendet, um in Gesellschaftskunde oder Politik Diskussionen anzustoßen. Unter "Europas Zahltag" findet sich da die Grafik, die die EU-Staaten zeigt, bedroht von einem riesigen Kopf mit aufgerissenem Maul und scharfen Zähnen. Er ist gelb und sieht aus wie der berühmte Pacman. In dem Videospiel von 1980 frißt sich ein Kopf durch ein Labyrinth. Zur hochbrisanten Aussage wird die Schulbuchgrafik aber durch den Raketenschweif des heranrasenden Pacman: Darin steht wie in einer Endlosschleife das Wort: Rothschild Bank.

Antisemitische Stereotypen weit verbreitet

Eine jüdische Bank ist also, glaubt man der Illustration, die treibende Kraft hinter dem Monster, das die EU verschlingen will. Durch solche Grafiken würde kein kritisches Denken angeregt, sondern genau das Gegenteil, kritisiert Beck: Wenn Juden und jüdische Banken für Krisen verantwortlich gemacht werden, führe dies zur Verbreitung eines antisemitischen Stereotyps bei Jugendlichen - und zeuge von mangelhafter Medienkompetenz der Verantwortlichen. "Das Klischee 'Judengeld regiert die Welt' steckt noch so sehr in unserem kulturellen Gepäck, daß es immer wieder abrufbar ist", meint Beck.
Das Stereotyp beruhe auf jahrhundertealten Ressentiments, die letztlich auch zum Holocaust geführt haben. "Auch zur Zeit des Nationalsozialismus wurde der Name der jüdischen Bankiersfamilie Rothschild für antisemitische Propaganda mißbraucht."
Noch heute gebe es "erschreckende Zustimmungsraten" zu antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen wie 'Juden haben zu viel Einfluß' oder 'Die Juden nutzen den Holocaust für ihre Zwecke' - besonders im Kontext Israel. "Die Anti-Israel-Propaganda, der Antizionismus, ist der neue Treiber für Antisemitismus." Ein weiteres Beispiel sei die jahrelang an einer Hildesheimer Hochschule gehaltene Lehrveranstaltung "Zur sozialen Lage der Jugendlichen in Palästina". In dem Seminar wurden zum Teil antisemitische Materialien verwendet, bis sich eine Lehrbeauftragte wehrte.
Beck will zunächst herausfinden, wie die Grafik in das Buch geriet. Daher hat er den Verlag und das baden-württembergische Kultusministerium um eine Stellungnahme gebeten. Schreiben an die restlichen Landesministerien folgen. Grundsätzlich rät er davon ab, das Thema wegzudrücken, indem das Buch ersetzt oder die Seite ausgetauscht wird. "Aus der Grafik sollte eine Unterrichtseinheit gemacht werden" - damit die Schüler erführen, wie ihnen solche Stereotypen überall begegnen können.

US-Illustrator sieht sich als "politischer Künstler"

Daß es sich bei der Aussage der Grafik nicht um eine Fehlinterpretation handelt, macht ein Blick auf den Urheber der Grafik klar. David Dees versteht sich als "politischer Künstler", der die "Neue Weltordnung durch zionistische Banken" bekämpft. Als Neue Weltordnung wird in Verschwörungstheorien das angebliche Ziel von Eliten und Geheimgesellschaften bezeichnet, eine autoritäre Weltregierung zu errichten. Dees stellte so auch George Soros, den jüdischen US-Investor mit ungarischen Wurzeln, als Monster dar und zeigte die amerikanische Politik als von Israel kontrolliert. Auch ans Revers von Donald Trump heftete Dees einen Israel-Anstecker.
Der aus den Südstaaten stammende Grafiker zeichnete früher für Hollywood und die "Sesamstraße". Dann hatte er ein "Erleuchtungserlebnis" und nimmt seither "zionistische Banken-

kriminelle" ins Visier. In "Eiffel 2" beispielsweise freut sich ein bärtiger Jude händereibend über das Unheil in aller Welt. Die Bilder werden vor allem übers Internet verbreitet, viele davon kostenlos, um "Aufklärung voranzutreiben", wie Dees einmal sagte.
Daß ausgerechnet Klett die Mär der jüdischen Weltverschwörung in Schulen trägt, hat den Verlag nach einer Anfrage des Magazins "Vice" kalt erwischt. Weder konnte sich das Haus daran erinnern, welcher externe Auftragnehmer das Buch entwarf, noch gab es Angaben darüber, wie viele Bücher im Umlauf sind. Das Buch wurde an mehrere Bundesländer ausgeliefert. Der Abdruck sei aber ein "schwerwiegender Fehler", der "nicht hätte passieren dürfen". Die Auslieferung werde gestoppt, zudem werde eine Austauschseite an alle Schulen geschickt.
Anmerkung: Die Herausgeberin der für Baden-Württemberg konzipierten Ausgabe "Anstöße 2 Kursstufe BW", Simone Bub-Kalb, weist darauf hin, daß dort die Karikatur nicht verwendet wurde. Zu finden ist die Illustration in "Anstöße 2 Politik Wirtschaft Gesellschaft (bundesweite Ausgabe)", die von anderen Autoren stammt. Beide Bände hätten zwar dasselbe Titelbild, aber unterschiedliche Konzeptionen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Februar 2017: >>**Eklat im Klassenzimmer - Die Sache mit der Rothschildbank**
Das gab richtig Ärger! Weil ein renommierter Verlag antisemitischen Verschwörungstheorien Auftrieb gibt, hat sich jetzt sogar der Grüne Volker Beck eingeschaltet - und COMPACT bekommt ganz nebenbei auch noch was ab. Irre!
Der Stuttgarter Klett-Verlag wird so manchem Leser ein Begriff sein. Was in seinen Lehrbüchern so alles drinsteht, bringt linken Mainstream, Studentenverbände und Grünen-Politiker derzeit ziemlich auf die Palme. Seit ziemlich genau vier Jahren wird das Schulbuch mit dem Titel "Anstöße 2 - Politik Wirtschaft Gesellschaft" bundesweit im Unterricht der Klassen 7 bis 9 genutzt - nun sorgt es für große Empörung. Schlägt man es auf und blättert zum Kapitel über die Finanzkrise, erblickt man dort unter der Überschrift "Europas Zahltag" eine farbenfrohe Illustration, die eine gelbe Kreatur zeigt, welche die Staaten Europas zu verschlingen scheint.
Das scharfzahnige Symbolbild erinnert an die Videospielfigur Pacman aus den 1980er Jahren, die durch das Verschlingen ihrer Gegner Punkte sammelt. Sieht man etwas genauer hin, dann kann man deutlich erkennen, welche Beschriftung diese symbolische Darstellung der Raffgier internationaler Banken trägt. Dort steht in Großbuchstaben: ROTHSCHILDBANK. Gemeint ist die seit dem 18. Jahrhundert im Bankgeschäft tätige Familie der Rothschilds aus Frankfurt. Selbst manch unverdächtiger Finanzexperte schätzt, daß sie zu den reichsten und mächtigsten Dynastien des Planeten gehört, doch allein die Erwähnung ihres Namens - besonders in diesem Zusammenhang - sorgt für Aufregung.
Daß dieses Detail seit der Drucklegung 2012 anscheinend niemandem aufgefallen ist (außer dem Journalisten einer Studentenzeitung, wie der *Tagesspiegel* schreibt), der Grüne Volker Beck jetzt der erste war, der sich öffentlichkeitswirksam beschwerte und eine sofortige Zensur forderte, ist ebenfalls interessant. Doch wie kam es eigentlich dazu?
Der Illustrator des Schulbuchs ist ein Amerikaner namens David Dees. *Die Welt* will herausgefunden haben, daß der Mann sich als "politischer Künstler" versteht, der die "Neue Weltordnung durch zionistische Banken" bekämpft. Den Leser klärt die Zeitung an dieser Stelle verantwortungsbewußt auf:
"Als Neue Weltordnung wird in Verschwörungstheorien das angebliche Ziel von Eliten und Geheimgesellschaften bezeichnet, eine autoritäre Weltregierung zu errichten." Ist David Dees also eine Art Troll, der seine politische Anti-NWO-Agenda in Schulbücher geschmuggelt hat? Auf seiner Homepage gibt es allerhand markige Verschwörungs-Illustrationen zu bestaunen, die für den Mainstream klarerweise pure Hetze sind.

Wie die uralte Bankier-Dynastie Rothschild praktisch als Urheber oder Profiteur der Finanzkrise 2008 ff. dargestellt werden konnte, ohne daß dies dem Lektorat im Klett-Verlag aufgefallen wäre, das ja wohl bei Büchern für Schüler ganz besonders wachsam sein sollte, ist eine interessante Frage. Im Hause Klett hat man mittlerweile eine ausführliche Stellungnahme zu dem Thema abgegeben. Dort heißt es zur Erklärung: "Eine aufmerksame letzte Sicherung der für den Druck fertig geschriebenen Daten ist bei dieser Grafik leider nicht mehr in ausreichender Qualität erfolgt."
Fragen wir uns der Vollständigkeit halber noch kurz, wie die deutschen Systemmedien und -Politiker mit der Geschichte umgegangen sind. *Taz, Frankfurter Rundschau, Vice News, Huffington Post* und andere Postillen nahmen sich des Falles an und berichten ziemlich gleichlautend von einem antisemitischen Affront eines geistig verwirrten Künstlers. *Die Welt* titelte etwa: "Wenn im Schulbuch jüdische Banker die EU auffressen." Weiter berichtet das Blatt, daß selbst der Klett-Verlag sich nun eingesteht: "Diese Grafik hätte nie in seinem Schulbuch auftauchen dürfen." Die Auslieferung wurde sofort gestoppt. Vorhandene Exemplare werden aus dem Verkehr gezogen, die anstößige Seite durch eine Austauschseite ersetzt.
Volker Beck reicht das allerdings nicht. "Aus der Grafik sollte eine Unterrichtseinheit gemacht werden", fordert er, damit die wilden Verschwörungstheorien um die "Rothschildbank" im Keim erstickt werden können. "Die Illustration schockiert mich zutiefst", so Beck nach ihrer Entdeckung. "Das Klischee, Judengeld regiert die Welt‘ steckt noch so sehr in unserem kulturellen Gepäck, daß es immer wieder abrufbar ist", wird er weiter von der *Welt* zitiert.
Besonders empörend ist jedoch, daß bei einigen Berichten auch das *COMPACT-Magazin* als Medium der Querfront von Links und Rechts in diesem Zusammenhang Erwähnung findet. Die *Taz* etwa erdreistete sich folgender Formulierung:
"Diese Rothschild-Verschwörungstheorie ist ein antisemitischer Evergreen: Nicht nur Akteure der neurechten Querfront-Bewegung wie der Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer behaupten, die "Strippenzieher" der Welt explizit benennen zu können, auch während des Nationalsozialismus wurde schon gegen jüdische Bankiersfamilien wie die Rothschilds als "Verschwörer" agitiert."
Liebe Kollegen von der *Taz*: Was Ihr hier versucht, ist offensichtlich und keineswegs verwunderlich. Wir werden diese üble Nachrede mit unseren Anwälten prüfen und sehen, ob Euch das nicht noch richtig teuer zu stehen kommt. Dem COMPACT-Magazin in irgendeiner Weise antisemitische Tendenzen zu unterstellen, ist absurd und durch nichts zu belegen! Nicht umsonst wurde die aggressive Linke Nazi-Jägerin Jutta Ditfurth zwei Mal verurteilt, weil sie den COMPACT-Chefredakteur als "Antisemiten" bezeichnet hatte.
Jürgen Elsässer hat übrigens - was viele gar nicht wissen - geraume Zeit für linke Presseorgane und sogar für die *Jüdische Allgemeine Zeitung* geschrieben. Euer Versuch - liebe Tazis - durch Assoziation eine "Kontaktschuld" aufzubauen - als hätten wir die antisemitische Karikatur in jenem Schulbuch in Auftrag gegeben -, ist daher lächerlich und fällt auf Euch selbst zurück.
Fast noch dreister ist, was die *Studentenzeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet* zu der Thematik Ende Januar auf ihre Webseite schmierte:
"Der moderne Antisemitismus drückt sich vor allem durch Codierungen aus. Was im Dunstkreis von verschwörungstheoretischen Medien wie Compact und KenFM zur Konzeption des Weltbildes gehört, fand mit einer Karikatur im Schulbuchverlag Klett auch eine breitere Plattform."
Eine echte Frechheit! Für wie dumm haltet Ihr Eure Leser eigentlich, Ihr Erstsemester? Vermeintlich belegt wird dieser Humbug durch den Sozialwissenschaftler und Journalisten Kevin Culina. Seine Argumentation ist allerdings ebenso lächerlich und infantil wie die der von und zu Ditfurth. Das Thema Antisemitismus scheint für die Massenmedien immer eine

gute Gelegenheit zu bieten, um mit der entsprechenden Keule gegen publizistische Konkurrenz vorzugehen.
Auflagenabsturz und Leserflucht haben die Flaggschiffe der Lügenpresse hypernervös gemacht. Auch deshalb soll das rasante Wachstum und der große Erfolg von COMPACT gestoppt werden. Die Massenmedien arbeiten dabei offenbar nach folgendem Prinzip: "Gab's heute wieder was Antisemitisches in den Nachrichten? Ja? Können wir COMPACT oder Ken Jebsen da irgendwie mit verwursten? Ja? Gut! An die Arbeit." Prädikat: Ekelhaft!<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Februar 2017: >>**TV-Doku … Mafia in Frankreich**
Wenn der Bock zum Gärtner wird
Eine Arte-Dokumentation zeigt, wie Korruption und organisierte Kriminalität den französischen Staat aushöhlen. Die Verbindungen reichen bis in höchste politische Kreise.
"Keine Demokratie muß mit einer Mafia, die sie unterwandert, gemeinsame Sache machen." Daß dies keine Platitüde ist, sondern ein händeringender Appell, versteht man vielleicht erst, wenn man drei dichtgedrängte Stunden lang das erschreckende Ausmaß der Verquickung von Politik und organisierter Kriminalität in Frankreich vorgeführt bekommen hat.
Angesichts der schieren Masse an Informationen grenzt es zwar an Überforderung, alle drei Teile von Christophe Bouquets herausragender Dokumentation "Die Mafia in Frankreich" hintereinander zu sehen, aber Kontinuität und Struktur eines Staates im Staate, der vor allem auf der politischen Rechten immer wieder Protektion fand, werden so besonders eindrücklich deutlich. Diese von korsischen Clans geprägte, lange von Marseille und Paris aus operierende "Mafia" unterhöhlt seit etwa einem Jahrhundert die französische Demokratie. Ihre Paten galten in Politik und Wirtschaft stets als willkommene Geschäftspartner. Wer wie Bouquet den Zentralfiguren folgt, entdeckt langlebige Netzwerke.
Gelungen ist die Auswahl an Gesprächspartnern: Historiker, Journalisten und Ermittler, aber auch die Tochter eines wichtigen Paten sowie der ehemalige Vorstandsvorsitzende des in dubiose Afrikageschäfte verwickelten Energiekonzerns Elf Aquitaine. Zudem wurde das Material durch viele Schaubilder und eine klare Erzählstruktur - jede Episode konzentriert sich auf eine der drei Paten-Generationen - vorbildlich aufbereitet.
Den Beginn markiert der Pakt des notorisch kriminellen Korsen Paul Carbone mit dem ebenfalls aus Korsika stammenden Politiker Simon Sabiani, der im Jahre 1929 Stellvertreter des Bürgermeisters von Marseille wurde. Die Männer Carbones und seines Kumpans François Spirito betätigten sich als Ordnungskräfte Sabianis und wurden dafür mit Posten in Verwaltung und Polizei belohnt - ein wiederkehrendes Muster der Unterwanderung der Staatsgewalt und sicherlich ein Grund für das geschwundene Institutionsvertrauen in Frankreich.
Kollaboration mit den Nationalsozialisten
Im Drogenhandel kooperierten Carbone und Spirito mit weiteren korsischen Clans. Allerdings unterstützten sie im Spanischen Bürgerkrieg die Partei Francos und kollaborierten wenig später mit den Nationalsozialisten, während die etwas jüngeren Brüder Guerini im Widerstand aktiv waren. Bereits jetzt tauchte an der Seite Sabianis - und für die Gestapo tätig - eine äußerst schillernde, fortan stets staatsnah im Hintergrund mitmischende Figur auf: Étienne Léandri, dessen vielfältige Mafia-Kontakte erst nach seinem Tod im Jahre 1995 offenbar wurden. Laut Bouquet gilt er heute gemeinsam mit dem Korsen Marcel Francisci als Haupt der dritten Mafia-Generation. Sein ehemaliger Sekretär sagt, er habe mächtige Bankpräsidenten vor Léandri winseln gesehen.
Carbone kam 1943 bei einem Attentat der Résistance ums Leben. Spirito ging nach dem Krieg in die Vereinigten Staaten und wurde später Teil der drogenschmuggelnden "French Connection". In Marseille gaben nun die Guerini-Brüder den Ton an. Sie verlegten sich auf die von deutschen Chemikern erlernte Heroinherstellung. Politisch profitierten sie mächtig vom Alge-

rienkrieg und von der Angst vor den Kommunisten. Vor allem Charles de Gaulle und die CIA setzten auf die Schlagkraft der Mafia. Der Preis war hoch: Politisch protegiert bauten die Guerinis ein Weltimperium des Drogenhandels und des Glücksspiels auf.

Die Spur führt bis nach Afrika

Erst ein interner Zwist beendete ihre Ära, aber da stand die dritte Generation längst bereit, um in den ehemaligen französischen Kolonien das große Rad der Wirtschaftskorruption zu drehen. Das geschah im Dunstkreis von Elf Aquitaine. Diese vor Gericht nur partiell aufgearbeitete Phase der engsten Zusammenarbeit der Mafia mit afrikanischen Diktatoren und mit höchsten Kreisen der französischen Politik - eine Schlüsselfigur war Innenminister Charles Pasqua - ist der spannendste Teil des Films. Bouquet hat sich dafür durch das Bildmaterial der großen Nachrichtenarchive gewühlt.

Als politische Umwälzungen die afrikanischen Unternehmungen der korsischen Mafia unter Druck setzten, zog sie sich nach Korsika zurück und heizte dort, so Bouquets These, den gewalttätigen Unabhängigkeitskampf radikaler Separatisten gezielt an, um die bis dahin aus allen Mafia-Geschäften herausgehaltene Insel zu destabilisieren. Mit Erfolg.

Heute befänden sich große Teile der Politik und Wirtschaft Korsikas - Tourismus, Immobilien, Sicherheit - fest in der Hand der Mafia. Eine vierte Generation übernehme derzeit die Macht, lautet der wenig hoffnungsvolle Ausblick. Dann fällt der eingangs erwähnte Satz. Was Journalisten zum Kampf gegen mafiöse Unterwanderungen beitragen können, ist die Herstellung von Transparenz. Das hat Christophe Bouquet getan. …<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 16. März 2017 (x893/…): >>**"Von wegen Terrorismus: Das ist eine Invasion mit einem klaren Eroberungsplan" - Eine Ex-Dschihadistin über den Islam**

Isik Abla: "Der Islam ist keine Religion des Friedens. Es ist idiotisch, daß der Westen das nicht erkennen will."

(New York) Sie hat einen langen Weg hinter sich: von der Vorbereitung zur Selbstmordattentäterin bis zum Einsatz ihres Lebens, um die Strategien des Dschihad, dem sie angehörte, zu enthüllen. Die Rede ist von Isik Abla, einer früheren Muslimin, die sich zu Christus bekehrte.

Islamische Einwanderung "nicht unterschätzen"

Sie lebte in der Türkei bis sie vor ihrem zweiten Mann, der so gewalttätig war wie ihr erster, in die USA flüchtete. Der *Christian Post* enthüllte sie die Pläne, wie die Islamisten den Westen erobern wollen. Abla warnt davor, die Gefahren der islamischen Masseneinwanderung nach Europa zu unterschätzen. Die Bedrohung durch islamistische Attentate lasse sich mit einer nennenswerten muslimischen Minderheit in einem Land nicht kontrollieren. Selbstmordattentäter seien wie verirrte Kugeln. Es sei unmöglich vorherzusagen, wo sie einschlagen werden.

Es gehe aber nicht nur um die offenkundige Gewalt im Islam. Dahinter stehe eine "subtilere und weit gefährlichere" Bedrohung: "Es gibt im Islam eine Erziehung zum Dschihad. Es gibt ein Volk des Dschihad, ein Mediensystem des Dschihad und ein Wirtschaftssystem des Dschihad", so Abla.

Es gebe inzwischen, dank der Einwanderung, bereits "verschiedene Formen von Dschihad, die sich in der westlichen Welt festgesetzt haben". Als sie noch eine fanatische Muslimin war, habe sie auch an den Dschihad geglaubt, an den "physischen Dschihad", einen "ganz konkreten, gewalttätigen Dschihad", denn wie der Koran lehre, sei die physische Gewalt notwendig, und die höchste Form dieser Gewalt sei das Töten. Laut Koran gebe es "keine höhere und reinere Form des Dschihad als das Töten von Ungläubigen". Dieses Morden habe daher einen "reinigenden, rituellen, ja sakralen Charakter". Dieses Element könne in seiner ganzen Bedeutung gar nicht genug überschätzt werden.

Der "andere Dschihad": die Einschleusung

Der Dschihad sei aber nicht nur das.

"Ich war Teil eines anderen Dschihad. Das war ein erzieherischer Dschihad, den ich durch meinen ersten Mann erlebte, weil seine Familie den Dschihad unterstützte."

Dabei ging es um die "Finanzierung von Stipendien, um Studenten an die renommiertesten Universitäten der westlichen Welt zu schicken. Über diesen Bildungsdschihad wird die Ausbildung in Harvard, das Studium in Princeton, in Yale finanziert."

"Ein verzweigtes Netz sammelt das Geld, um ausgewählten jungen Männern einen Lebenslauf zu schaffen, der sie in die höchsten Positionen führen soll."

Das gelte für die islamischen Staaten, aber ebenso für die westlichen Staaten. Der Westen suche "treue Verbündete" in der islamischen Welt, deren Aufstieg er dort fördert. Idealerweise stützt er sich dabei auf Personen, die im Westen ausgebildet wurden. Gleichzeitig suchen heute Regierungs- und Oppositionsparteien des Westens nach Muslimen als Aushängeschilder, denen sie zu Blitzkarrieren verhelfen. Auf diese durchschaubaren und berechenbaren westlichen Denkmuster ziele der Bildungsdschihad. Die mit westlicher Hilfe eingeschleusten Dschihadisten "haben die Aufgabe, die westliche Welt zu islamisieren. Das ist eine Form von ideologischem Islam, dem ich angehört habe", so Abla.

Die Flucht, der Selbstmordversuch, die Bekehrung

Im Alter von 12 Jahren schloß Isik Abla ihr Koranstudium ab. In dem Alter "habe ich davon geträumt, für Allah zu sterben und so eine Heldin und Märtyrerin zu werden". Ihre Altersgenossen, ob Burschen oder Mädchen, hätten genauso gedacht. Im Grunde sei das "im Denken eines jeden Muslims verankert", so Abla.

Zur Flucht führte sie nicht die Ablehnung des Islams, sondern die unerträglich gewordene Gewalt, die ihr Mann gegen sie ausgeübte. Nach ihrer Flucht in die USA fand sie Arbeit. Ihr Arbeitgeber, ein gläubiger Christ, erzählte ihr von Jesus. Diese Welt kannte sie aber nicht und sträubte sich dagegen. Sie befand sich damals in einem großen Tief, war allein, verzweifelt und wollte sich umbringen.

"Als ich Selbstmord begehen wollte, zeigte sich mir Jesus plötzlich auf wundersame Weise und hat mein Leben völlig verändert."

Die zur Christin gewordene Abla hat heute eine neue Mission. Es ist nicht mehr Dschihad. Ihre Mission sieht sie darin, das im Westen verbreitete Image vom Islam als einer "friedlichen Religion" zu korrigieren und das wahre Wesen des Islams zu enthüllen.

"Der Islam ist nicht Frieden"

"Der Islam ist nicht Frieden. Der Islam ist keine Religion des Friedens. Das ist ein Betrug. Es ist mir schleierhaft, wie der Westen das nicht verstehen kann. Ich würde sagen, das ist naiv, aber diese Naivität ist gefährlich, denn in Wirklichkeit ist es idiotisch, nicht begreifen zu wollen, daß der Islam nichts mit Frieden zu tun hat."

Gewiß, so Abla, der Schein könne trügen:

"Ich war selbst eine von ihnen. Ich erschien sogar modern. Das ist die besorgniserregendste Seite des heutigen Islams, daß seine Vertreter sehr modern wirken können. Sie können sogar sehr westlich auftreten, wie ich es tat. Wenn ich aber den Auftrag erhalten hätte, im Namen Allahs zu töten, hätte ich es getan und mich in die erste Reihe gestellt."

Abla empfindet heute weder Zorn noch Haß auf ihre eigene Vergangenheit. Sie treibt nicht Vergeltung an. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die Muslime, als Menschen ausgestattet mit Herz und Verstand, den Frieden begreifen und sich danach sehnen können. Deshalb sieht sie ihre zweite große Aufgabe in der Evangelisierung der Muslime. Sie will den Menschen "guten Willens" unter ihnen dabei helfen, ihrem Herz und ihrem Verstand zu folgen, um sich aus den Fängen des Islams zu befreien. Zu diesem Zweck gestaltet sie heute eine eigene Fernseh- und Radiosendung, die auf türkisch, arabisch, Urdu, Farsi und englisch ausgestrahlt wird. Sie

erreicht damit ein Einzugsgebiet von fast 400 Millionen Menschen.

"Ich verschweige die Wahrheit nicht"

"Ich evangelisiere", sagt Abla, "das heißt, ich verschweige die Wahrheit nicht." Ihr Appell an die Muslime: "Finde Deinen Daseinszweck und Deine Identität im wahren Gott. Wenn Du siehst, daß der Islam tötet und daß die Muslime töten, dann stell Dir diese Frage, schau Dich um und frage Dich: Ist das Gott? Kann das Gott sein? Kann das Gott wollen? Kann das Dein Schöpfer wollen?"

Aus demselben Grund wendet sich Abla entschieden gegen den westlichen Relativismus, den sie als "falsche Antwort" auf den Islam sieht. Im relativistischen oder synkretistischen Denken sieht sie den "Antichrist" am Werk, der sich einen "humanitären Mantel umhängt": "Wenn wir in Jesus Christus sind und das Wort Gottes kennen, dann wissen wir, daß es nur einen Namen gibt, und daß Sein Name Jesus, der Messias ist." Gleichermaßen an Muslime, Relativisten und Synkretisten gewandt, sagt Isik Abla in ihrer Sendung:

"Du mußt wissen, wem Du dienst und zu welchem Zweck. Ohne Jesus, den Christus weißt Du weder, wer Du bist noch wozu Du bist."<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. März 2017 (x892/…): >>**Europas wahre Größe - ein Bekenntnis**

Großbritannien verläßt "Europa". In den Niederlanden und anderswo soll es ähnliche Absetzbewegungen geben. Eine seltsame Vorstellung: wozu gehören diese Länder denn dann, wenn sie Europa verlassen? Bilden sie einen neuen Kontinent? Eine neue Zivilisation? - Sogenannte "rechte" Gruppen reklamieren "Europa", seine Geschichte, seine Zivilisation für sich. Ist das dann das wahre Europa? Ein Europa mit Zukunft?

Ja. Ich liebe dieses Europa. Aber es ist nicht das Europa der "EU", nicht das Europa der "Rechten", sondern jenes Europa, das zutiefst in der Wahrheit des christlichen Glaubens verwurzelt ist, dessen Wurzeln seine Identität geformt haben. Das strahlende Licht dieses Europas ist das Licht der Welt, ist Jesus Christus.

Das Europa, das ich liebe, ist ein Europa der Völker, jener Völker, welche "Gedanken Gottes" sind und deren Kultur um so schöner ist, als sie durch den Einfluß des Christentums veredelt, geadelt worden ist. Ja: es ist offensichtlich, was diese Kultur leisten kann und daß sie sich verteidigen muß. Europas Identität, seine Kultur, seine Traditionen und Leistungen sind wertvolle Güter. Allein: das genügt nicht.

In meinem Europa gibt es schöne junge Menschen, es gibt wunderbare junge Frauen, junge Familien. Aber nicht nur.

Mein Europa ist das Europa der Jungen und der Alten, der Häßlichen und der Schönen, der Kranken und der Gesunden, der geistig Behinderten und der Genies. Es ist das Europa der ganz normalen Männer und Frauen, die eine so reiche gemeinsame Vergangenheit haben. Auch wenn ihnen das heutzutage kaum noch bewußt ist: sie sind unausweichlich von dem Gedanken geprägt, daß eine Zivilisation sich danach bemißt, wie sie mit ihren Schwachen, mit den Schwächsten, mit den Kleinsten umgeht. Hat sie das vergessen? Ja. Und die Machtbesessenheit und das moralfreie Tun des Möglichen läßt sie noch viel tiefer sinken.

Mein Europa ist das Europa der Menschenwürde aller Menschen in den Augen Gottes, eine Würde, die dem Menschen aus seiner unsterblichen Seele kommt, aus dem Anruf Gottes, ein Kind Gottes zu werden und ewig mit ihm zu leben.

Mein Europa, das ist jenes Europa, das sich aufgemacht hat, dieses Evangelium bis an die Grenzen der Erde zu verkünden, denn diese Wahrheit ist allgemein gültig, sie gilt für jedes menschliche Wesen in den Wäldern des Nordens und in den Steppen Asiens, in der Sahara ebenso wie in den Bergen und Ebenen Patagoniens, in Jerusalem, Athen oder Rom.

Mein Europa hat sich an die Eroberung der Welt gemacht. Aber es hat auch versorgt, ernährt, geholfen, bekehrt. Es hat die Welt einem Heidentum entrissen, das tönerne Götzenbilder

verehrte und Menschenopfer darbrachte, damit es regnen oder damit die Sonne scheinen sollte. Europa hat den Wert der menschlichen Person aufscheinen lassen, und dieser Wert kommt nicht von der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft oder einer gemeinsamen Kultur, sondern von seiner Einzigartigkeit, Unersetzlichkeit, von Leib und Seele, die zur Gotteserkenntnis fähig und zum ewigen Heil berufen sind.
Mein Europa läßt deshalb jedem Einzelnen, jedem Volk, jeder Kultur die Eigenart, mit der Gott sie ausgezeichnet hat, es veredelt sie im Hinblick auf ihr irdisches und, vor allem, ihr himmlisches Ziel. Das ist die Aufgabe Europas in der Geschichte.
Mein Europa kennt den Wert und den Sinn des aufgeopferten Leidens, die Größe der hingenommenen Schwäche und des Gehorsams gegen Gottes Gesetz; es kennt das Licht des Erbarmens und des Mitleids.
Mein Europa vergöttert eben nicht die Jugend und die Kraft. Mein Europa ist leidenschaftlich auf der Suche nach der Wahrheit. Und wenn es diese Wahrheit gefunden (oder wiedergefunden) hat, dann fällt es auf die Knie und betet an: so wie die Hirten in Bethlehem.
In meinem Europa ist die schönste aller Zusammenkünfte nicht ein Lagerfeuer irgendwo auf einer Waldlichtung in Erwartung des Sonnenaufgangs. Die schönste aller Begegnungen findet vor dem Altar statt, in der großartigsten Kathedrale wie in der bescheidensten Bambuskapelle im Busch, ganz zu schweigen von einem solchen heimlichen Zusammentreffen im Gefängnis oder Lager eines totalitären Staates. Die schönste aller Zusammenkünfte ist die Anbetung des gekreuzigten Christus, erneuert durch die Hand des Priesters, ist das Gedächtnis seiner Auferstehung, die uns den Himmel geöffnet hat.
Jener Jesus Christus, der sein Blut vergossen hat - für mich, für viele, für die ungeborenen Kinder und für die Könige, für einfache Leute und auch für die, welche sich für eine Herrenrasse halten. Für die Weißen, die Schwarzen, die Gelben, die Latinos, die Maghrebiner. Das, bitte, ist die einzige wirkliche Begründung und Grundlage für eine universelle Menschheitsfamilie.
In meinem Europa leistet das fromme Rosenkranzgebet des kleinen schwarzen Mädchens irgendwo in einer winzigen Kapelle oder am Ufer irgendeines Flusses, davon bin ich überzeugt, mehr für Frieden und Gerechtigkeit als irgendwelche Werke, die vorgeben, ohne oder gegen Christus gleiches vollbringen zu wollen oder zu können.
In meinem Europa, das so bedrückend traurig in den Händen seiner gottlosen oder götzendienerischen Feinde zu sein scheint, kommt die Antwort nicht von Parteiprogrammen, nicht von Absichtserklärungen, nicht von Ideologien, Umerziehungen oder Lagerfeuern nach Schulungstagungen an abgelegenen Orten, sondern einzig und allein vom Taufwasser, das aus dem Atheisten von gestern (oder aus dem Heiden, dem bekehrten Moslem ...) meinen Freund, meinen Bruder macht.
In meinem Europa gibt es auch keine (in gewissen Kreisen übliche) Verehrung, gar Glorifizierung für den "rechten" Schriftsteller Dominique Venner, der 2013 im Alter von 78 Jahren vor dem Altar in Notre-Dame de Paris sakrilegisch Selbstmord beging, an einem Ort, wo Christus sich nach wie vor für die Sünder opfert.
Mein Europa hat ein kleines jüdisches Mädchen aus Nazareth als Mutter, Schutzherrin und Vorbild. Gestern, am 25. März, haben wir mit der Kirche ihr "Ja" gefeiert, ihr Ja zu Gott aus ihrer freien und liebenden Entscheidung heraus, seine bescheidene Dienerin zu sein, bereit zu sein, das Wort Gottes zu empfangen. Die unbefleckte Jungfrau, deren keuscher Schoß jenen trug, den selbst das Universum nicht fassen kann.
Das ist die wahre Größe Europas, die Sonne, die über Europa leuchtet, so viel mehr als jener Stern, der nur ein blasser Abglanz der Macht und der Güte des Schöpfers ist.
Maria, die Sternenbekränzte, die Siegerin über allen Hochmut von Institutionen und Ideologien - und zwar deshalb, weil sie Gottes Wort hörte und bewahrte.

Mein Europa.<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 4. August 2017: >>**Sure 2 Vers 106**
Ein zentrales Instrument zum Verstehen des Korans
Der Koran ist nicht selbsterklärend. Vieles muß hinterfragt, interpretiert und erläutert werden. Viele Aussagen im Text lassen sich andernfalls in keinen logischen Zusammenhang bringen. Ein zentrales Instrument zum Verstehen des Korans ist die Abrogation.
Von Prof. em. Dr. Kees Versteegh, Universität Nijmegen, Niederlande
"Wenn wir einen Vers (aus dem Wortlaut der Offenbarung) tilgen oder in Vergessenheit geraten lassen, bringen wir (dafür) einen besseren oder einen, der ihm gleich ist. Weißt du denn nicht, daß Gott zu allem die Macht hat?"
Dieser Vers beinhaltet den wichtigsten Hinweis im Koran auf das Prinzip der Abrogation. Dieses Prinzip heißt auf Arabisch "naskh" und bedeutet wörtlich: Tilgung, Ersetzung. Es beschreibt Gottes Entscheidung, eine Regel durch eine neue abzulösen.
Die Botschaft des Islams im Ganzen, so kann man sagen, abrogiert alle früheren Offenbarungen Gottes an andere Gemeinschaften. Muslime glauben, daß das Christentum und das Judentum wahrhaftige Religionen repräsentierten, dennoch seien sie durch eine bessere - nämlich den Islam - ersetzt worden. Somit stellt der Islam für Muslime die letzte Offenbarung Gottes an die Menschheit dar.
Das Prinzip der Abrogation findet aber auch innerhalb des Korans Anwendung. **Gemäß dem eingangs zitierten Vers, gebietet Gott den Gläubigen manchmal, etwas zu tun, und dann offenbart er zu einem späteren Zeitpunkt ein neues Gebot, das dieses frühere aufhebt.**
Das Prinzip der Abrogation stellte die Theologen vor ein Problem. Sie konnten nicht glauben, daß sich der göttliche Wille ändern sollte. Deshalb argumentierten sie, Abrogation solle nicht auf die Verse selbst angewendet werden, sondern nur auf deren Inhalt.
Für Rechtsgelehrte war das Problem weniger drängend, da sie mit der Verfahrensweise vertraut waren, daß sich Regelungen auch ändern können. Für das islamische Recht wurde die Abrogation zu einem wesentlichen Bestandteil. Für Korankommentatoren wurde ihr Studium unverzichtbar. Wenn zwei unterschiedliche Regeln nebeneinander existierten, war es zwingend erforderlich zu wissen, in welcher chronologischen Reihenfolge sie offenbart wurden. Jeder offenkundige Widerspruch konnte dann so aufgelöst werden, daß eine Regel die ältere ist und durch die neuere ersetzt wurde.
Ein Beispiel: Anfänglich teilte Mohammed den Gläubigen mit, Gott wolle, daß sie sich beim Gemeinschaftsgebet in Richtung Jerusalem aufstellten. Nach der Auswanderung nach Medina aber brachte Mohammed eine Offenbarung (Sure 2 Verse 142 bis 143), wonach sich die Gläubigen beim Gebet in Richtung Mekka wenden sollten.
In Sure 2 Vers 184 heißt es, man dürfe eine Verletzung der Fasten-Pflicht kompensieren, indem man für jeden Tag, an dem man das Fasten gebrochen hat, einen armen Menschen speist. Der nachfolgende Vers 185 erwähnt diese Möglichkeit nicht mehr. Er wird daher von einigen Korankommentatoren als Abrogation des vorherigen Verses verstanden. Ihnen zufolge wurde die Möglichkeiten der Kompensation getilgt.
Ein weiteres Beispiel: Zu Beginn von Sure 9 wird ein zeitlicher Aufschub im Kampf gegen die Ungläubigen bekannt gegeben. Nach Ablauf der Frist soll der Kampf wieder aufgenommen werden.
Korankommentatoren vertraten die Ansicht, nach Ablauf dieses Aufschubs seien alle existierenden Verträge mit den Ungläubigen annulliert. Mithin seien alle früheren Verse abrogiert, die von Versöhnung und Waffenruhe zwischen Muslimen und Nichtmuslimen sprechen.
Dieser Interpretation folgen allerdings nicht alle Korankommentatoren. Wie die meisten anderen Forderungen, die auf Basis einer Abrogation erhoben wurden, wurde auch diese Gegenstand von Diskussionen.

Die Diskussionen dauern bis heute an und werden inzwischen im Internet fortgeführt. Auf der einen Seite stehen die Hardliner, die behaupten, alle Verse, die Gewaltlosigkeit predigten, seien abrogiert, und allen Muslimen obliege es, den Dschihad gegen die Ungläubigen zu führen. Auf der anderen Seiten stehen die Gemäßigten, die diese Abrogation ablehnen und betonen, die Botschaft des Islams sei eine der friedlichen Koexistenz.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. August 2017 (x892/…): >>**Erscheinungsformen des Sozialismus**

Buchbesprechung Igor R. Schafarewitsch: Der Todestrieb in der Geschichte.

"Demographisch, demokratisch, kulturell, moralisch und ökonomisch zehrt der Westen heute von der Vergangenheit. Und lebt auf Kosten der Zukunft. So ist das im Sozialismus." So beginnt der Text auf der Rückseite eines Buches, das wir unbedingt und ohne Einschränkung empfehlen wollen.

Es ist ja eine leicht nachweisbare Tatsache, daß der Sozialismus, wo immer er ausbrach, letztlich gescheitert ist. Das wäre gut, wenn er nicht nach den jeweiligen Zusammenbrüchen immer wieder Ruinen, Trümmer und Wüsteneien hinterlassen hätte, und das auch in Ländern, die alle Voraussetzungen für blühendes Leben haben: denken wir an die DDR, denken wir aktuell an das gerade zusammenbrechende, an Erdöl reiche Venezuela. Und ein weiteres Übel kommt hinzu.

Wenn in einem wissenschaftlichen Labor ein Experiment 142 mal scheitert, wird der leitende Wissenschaftler irgendwann zu dem Schluß kommen, daß an dem Experiment etwas nicht in Ordnung ist. Er wird es abbrechen, wenn der Schaden so unermeßlich groß zu werden droht.

Nicht so im Sozialismus. Die unzähligen gescheiterten Versuche entmutigen die jeweiligen Adepten des Menschenversuchs "Sozialismus" keineswegs, und unvergessen ist der ungerührte Ausspruch eines solchen Adepten im höheren Lehramt, der nach 1989 und den vermuteten Scheitern des Sozialismus in der DDR lächelnd fragte, welcher Sozialismus denn da gescheitert sei.

Und, ja: der eine oder andere fragt sich inzwischen wohl doch, ob denn die BRD von heute nicht doch eher eine DDR mit Bananen, Videorekordern, Reisefreiheit und etwas bequemeren Autos sei.

Der 1923 geborene russische Mathematiker und Philosoph Igor Rostislawowitsch Schafarewitsch hat 1975 auf französisch das Buch veröffentlicht (englisch und deutsch erschien es 1980), über das wir hier reden. Erst nach dem Ende der Sowjetunion konnte es auf russisch erscheinen.

Es handelt sich um eine fundierte und bestens belegte Studie über die Grundzüge der tödlichen sozialistische Ideologie, die im Laufe der Geschichte, so Schafarewitsch, nicht isoliert in der Neuzeit auftauchen, sondern als fester Bestandteil der Menschheitsgeschichte schon seit der europäischen Antike wie auch in anderen, außereuropäischen Kulturen. Schafarewitsch macht das an leicht nachvollziehbaren Kriterien fest: es ist der die Geschichte durchziehende Kampf gegen Privateigentum, Tradition, Familie und Religion. Daß dieser zerstörerische Kampf gegen die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft heute zumindest in Europa in ein entscheidendes Stadium eingetreten ist, läßt sich an allseits bekannten Beispielen ganz einfach nachweisen.

Der historische Teil seiner Studien ist höchst informativ - und daß auch Heilige solchen Anwandlungen teilweise unterliegen können, zeigt nur, daß Heiligkeit nicht zwangsweise mit (politischer) Unfehlbarkeit einhergehen muß.

Das Glanzstück aber ist unserer Ansicht nach der dritte Teil, die Analyse, in der Schafarewitsch mit mathematischer Genauigkeit und Gründlichkeit (uns sind keine linken, gar revolutionären Mathematiker bekannt, das liegt anscheinend in der Natur der Sache) dem Sozialismus auf den Grund geht, Konturen, Betrachtungsweisen, "Verwirklichungen" untersucht, So-

zialismus und Individualität als Gegensätze erläutert und letztlich, am Schluß, gegen das Ziel des Sozialismus immunisiert. Und zwar nachhaltig.
Das wichtige Buch war, wen wundert es, lange vergriffen. Dem Lichtschlag-Verlag sei für die Neuauflage gedankt, die Lektüre wird (gerade in diesen Vorwahl-Zeiten!!) unbedingt empfohlen.
Igor R. Schafarewitsch: Der Todestrieb in der Geschichte. Erscheinungsformen des Sozialismus. Lichtschlag Edition Klassiker, Grevenbroich 2016, 469 S. …<<
Die österreichische Tageszeitung "Der Standard" berichtete am 25. August 2017: >>**IS-Terror als "False Flag": Aufregung um österreichische Ministeriumsmitarbeiterin**
Monika Donner, umstrittene Vertragsbedienstete des Verteidigungsministeriums, sorgt mit neuem Buch für heftige Kritik
In der rechten Szene hat sich Monika Donner bereits einen Ruf erarbeitet. Sie gibt etwa dem Rechtsaußen-Magazin "Info-Direkt" Interviews (wo sie als regelmäßige (Gast-)Autorin geführt wird) oder trat bei Veranstaltungen der rechtsextremen "Partei des Volkes" auf - um "zwischen rechts und links zu vermitteln", wie Donner sagt.
Dabei verweist sie immer wieder auf ihren Arbeitgeber: Das österreichische Verteidigungsministerium. Auf der Autorenhomepage bei ihrem Verlag nennt sich die Autorin etwa "studierte Juristin, strategische Analytikerin sowie Ministerialrätin im österreichischen Verteidigungsministerium". Außerdem gibt Donner an, eine "psychosoziale Nebentätigkeit beim Heerespsychologischen Dienst" auszuüben.
Der Job im Verteidigungsministerium bringt Donner Glaubwürdigkeit in der Szene: "Klarerweise verleiht der Hinweis, daß Donner in einem österreichischen Ministerium arbeitet, das ihre Umtriebe offenkundig toleriert, ihren Aussagen eine höhere Autorität - hätte sie diesen Job nicht, müßte sie schließlich als die Obskurantin auftreten, die sie ist", sagt etwa der Politikwissenschafter Bernhard Weidinger vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) zum STANDARD.
"Warum Deutschland sterben soll"
Im Herbst dürfte Donner für neue Aufmerksamkeit sorgen. In "Krieg, Terror, Weltherrschaft" will Donner analysieren "warum Deutschland sterben soll" - so der Untertitel des Buches. In dessen Beschreibung, die nun veröffentlicht wurde, wird etwa von einer "anglo-amerikanischen Globalisierungsclique, die die Weltherrschaft anstrebt", gesprochen. "Adolf Hitler hatte also im Großen und Ganzen Recht, als er sagt: 'Es ist eine kleine wurzellose internationale Clique, die die Völker gegeneinander hetzt", heißt es.
Zwar wird angegeben, daß die "Kriegstreiberclique nicht nur geschweige denn aus Juden" bestand sowie "niemand den germanischen Geist der Freiheit mehr gequält hat als Hitler", die Novemberpogrome 1938 werden gleich darauf als vom NS-Regime "inszeniertes und konzertiertes Ereignis" bezeichnet, das der "anglo-amerikanischen Globalisierungsclique" diene. Außerdem fällt der Satz, daß Hitler "und sein Regime eine Schande für die Grundidee des Nationalsozialismus" gewesen seien.
"Die Grundidee des Nationalsozialismus war selbstverständlich die Herstellung der Vorherrschaft der "arischen Rasse" im Weltmaßstab. Wie dieser Idee Schande angetan werden kann, ist nicht nachvollziehbar, es sei denn, man hängt einem wohlwollenden falschen Bild des Nationalsozialismus an, das die erwähnte Grundidee leugnet", erklärt der Historiker Bernhard Weidinger vom DÖW. Donners Thesen seien "zweifellos revisionistisch", da sie "die Deutschen von Aggressoren zu Opfern macht", so Weidinger weiter.
"Deutsche Reich fiel Globalisierungsclique zum Opfer"
Donner sieht das naturgemäß anders. Als Wurzeln des Nationalsozialismus bezeichnet sie in E-Mails an den STANDARD den "Nationalsozialen Verein", der 1896 von einem evangelischen Pfarrer gegründet und 1903 wieder aufgelöst worden war und etwa mit dem Antisemi-

tismus der Nationalsozialisten nichts zu tun hatte. Unter Historikern ist der Einfluß des Nationalsozialen Vereins auf die NSDAP jedoch äußerst umstritten.
Donner gibt an, das NS-Regime "schärfstens zu verurteilen". Ihr sei wichtig, daß "das Deutsche Reich im 1. Weltkrieg nachweislich der Globalisierungsclique zum Opfer gefallen" sei, im Zweiten Weltkrieg wurde dann "nicht das deutsche Volk, sondern das verbrecherische NS-Regime nach Hitlers Putsch anläßlich des Reichstagsbrands zum Täter". "Historiker, die diese Basics nicht verstehen können oder wollen, sollten den Beruf wechseln – Schmiernippelwart bei der Royal Navy bietet sich an", so Donner.
Aber Donner beschäftigt sich auch mit der aktuellen politischen Lage. In einem YouTube-Interview mit dem Blog "Quer-denken.tv" bezeichnet die Ministerialrätin die Anschläge des IS in Paris vom November 2015 als "False Flag"-Operation. "13. November mittags wurde der Befehl an den französischen Flugzeugträger De Gaulle gegeben, Richtung Naher Osten auszulaufen. Acht Stunden später war der Anschlag", sagt Donner.
Im Gespräch mit dem STANDARD sagt Donner, man müsse fragen, wem der Anschlag genutzt habe: "Cui Bono". Sie gibt an, "gewissenhaft recherchiert" und ihre Hypothesen "bestens belegt" zu haben. Der erste Band von "Krieg, Terror, Weltherrschaft" soll über 2.200 Fußnoten aufweisen.

Öllinger: "Völlig wahnsinnig"

Der grüne Abgeordnete Karl Öllinger beschäftigt sich bereits seit Längerem mit Donner. Er bezeichnet ihre Thesen zum Attentat im Pariser Bataclan oder zu den Anschlägen des 11. September (laut Donner ebenfalls False-Flag) als "völlig wahnsinnig". Öllinger fragte vergangenen Herbst im Verteidigungsministerium, ob Donner dienstrechtliche Konsequenzen drohen. Laut der parlamentarischen Anfragebeantwortungen seien "hinsichtlich allfälliger strafrechtlich relevanter Verdachtsmomente Erhebungen durchgeführt und die Sachverhalte der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht" worden. Der STANDARD hatte über die Vorwürfe berichtet.
Bisher habe jedoch noch kein Verfahren zu einer strafrechtlichen Anklage geführt. Auch jetzt gibt das Verteidigungsministerium an, "den Inhalt und die Zusammenhänge genau zu untersuchen" und bei "Vorliegen einer strafrechtlich relevanten Handlung unverzüglich die erforderlichen rechtlichen Maßnahmen von seiten des Ministeriums zu setzen". Festzuhalten sei aber, daß "die in den beiden Buchdarstellungen angeführten Inhaltsbeschreibungen sich nicht mit der Ansicht des Ministeriums decken", so ein Sprecher zum STANDARD.

"Weiß, was sie gerade noch sagen darf"

Für Öllinger ist Donner "juristisch sehr bewandt, daher weiß sie immer, was sie gerade noch sagen darf." Ihn beunruhigt die Reaktion des Verteidigungsministeriums. "Man hat alles abgetan und läßt nicht erkennen, daß hier etwas passiert", so Öllinger, der von Donner in einem Blogbeitrag als "Rechtsextremer oder Psychopath" bezeichnet worden ist. Öllinger verweist etwa auf das Beamten-Dienstrechtsgesetz, das besagt, daß "das Vertrauen der Allgemeinheit in die sachliche Wahrnehmung von dienstlichen Aufgaben erhalten" bleiben müsse.
Donner selbst sieht sich als "mitte-links gesinnter Mensch". Sie wähle aber "grundsätzlich schon lange nicht mehr". Sie erlangte 2009 Aufmerksamkeit, als sie vor dem Verfassungsgerichtshof (VfGH) den OP-Zwang an Transsexuellen kippte. Donner, die als Anton Justl geboren wurde, war bis 2002 Hauptmann beim Bundesheer. 2015 heiratete sie ihre Ehefrau in England. "Meine Frau und ich können herzhaft darüber lachen, daß wir ausgerechnet hier in Österreich von eigenartigen Zeitgenossen als 'rechts' eingestuft werden", sagt Donner. Kritiker wie Öllinger sagen, daß Donner ihre Transsexualität einsetzt, um Vorwürfe des Rechtsextremismus abzuwehren.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 30. Oktober 2017

(x892/…): >>**Aber am Ende wird Christus herrschen. Er wird sich diesen Thron zurückerobern.**
"Dieser letzte Sonntag im Oktober ist ein Sonntag, der eigentlich das Herz eines Menschen, der Christus liebt, höher schlagen lassen sollte. Der Christkönigssonntag sollte für jeden Katholiken ein freudiger Anlaß sein, sich zum Christkönig zu bekennen und sich ihm zu weihen, und wir werden am Ende dieser Heiligen Messe die von Papst Pius XI. geforderte Weihe an den Christkönig, verbunden mit der Herz-Jesu-Litanei, erneuern.
Ein Blick in die Gegenwart ist erschütternd. Nichts ist vom Christkönigsgedanken mehr übrig geblieben. Das Fest wird zwar auch im neuen Meßritus gefeiert, am letzten Sonntag nach Pfingsten, aber es gibt kaum ein Fest im Kirchenjahr, dessen Bedeutung so herabgestuft und inhaltsleer geworden ist wie das Christkönigsfest. Vielmehr stellen wir fest, daß es den Feinden der Kirche gelungen ist, tatsächlich Christus vom Thron zu stoßen. Monsigneur Lefebvre, unser verehrter Gründer, hat dieses ja in einem seiner bekanntesten Bücher richtig festgestellt: "Sie haben ihn entthront".
Durch die drei Schlagwörter der französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, hat man den Christkönig, jedenfalls was das Äußere anbetrifft, regelrecht entmachtet.
Die Freiheit heißt heute "Religionsfreiheit". Damit wir hier ein Mißverständnis einmal ausräumen: wenn die Priesterbruderschaft die Religionsfreiheit ablehnt, dann heißt das nicht, daß man jemanden zum katholischen Glauben zwingen kann, daß man hier einen Zwang ausüben kann.
Letztendlich muß natürlich das Gewissen eines jeden Menschen entscheiden, wo er dann sich hinwendet - ob er jetzt katholisch wird oder protestantisch ist oder ob er überhaupt nicht christlich ist, das kann letztlich niemand erzwingen, erzwungener Glaube wäre überhaupt kein Glaube. Das ist nie gemeint gewesen. Die Ablehnung der Religionsfreiheit meint eher diese These, diese Behauptung, daß auch in anderen Religionen Heilsmöglichkeiten sind und deshalb die Freiheit der Religionswahl besteht.
Jede Religion ist doch irgendwie gleich viel wert. Also die Herabstufung Christi auf eine Stufe mit allen anderen Religionsstiftern. Das ist geradezu erschütternd sichtbar geworden damals bei dem ersten Treffen in Assisi 1986, als Johannes Paul II. auf einer Stufe mit dem Dalai Lama und den anderen Religionsführern sichtbar sich dargestellt hat. Man nimmt Christus den alleinigen Anspruch auf die Wahrheit. Dabei sagt Christus ja selbst zu Pilatus: Wer aus der Wahrheit ist, der hört meine Stimme. Und wer eben nicht aus der Wahrheit ist, der wird blind für die Wahrheit, oder er kennt sie nicht mehr.
Dann die Gleichheit. Das ist dieser falsche Ökumenismus. Ökumene hat einmal früher bedeutet, die getrennten Brüder und Schwestern zur wahren Kirche zurückzuführen. Heute ist davon nichts mehr übrig. Im Gegenteil! Man will schon gar nicht mehr missionieren. Man hat irgendwie in diesem falschen Ökumenismus versucht, sich anzubiedern an die Protestanten, und das wird ja gerade sichtbar im Novus Ordo, in der neuen Messe.
Nachdem diese neue Messe konzipiert worden war, haben protestantische Religionsdiener gesagt, ja, diese Messe können wir auch mitfeiern. Das spricht Bände, dieses Zitat! Und gerade jetzt, im Lutherjahr - wir haben ja diesen Dienstag den Reformationstag, 500 Jahre Martin Luther - versucht man, irgendwie krampfhaft zusammenzukommen, was einfach nicht geht. Ob das in der Sakramentenlehre geht oder in der Frage der Rechtfertigung: man versucht irgendwie, einen Konsens zu finden, der gar nicht möglich ist. Ach hier wieder: man stellt den Irrtum irgendwie auf die gleiche Stufe wie die Wahrheit.
Schließlich die Brüderlichkeit. Man hat ein Rätesystem geschaffen, welches den einzelnen Bischof quasi entmachtet. Die Bischofskonferenzen sind allmächtig, allgegenwärtig. Das haben wir selber erlebt, als jetzt der Papst der Priesterbruderschaft auch die Erlaubnis gegeben hat, Ehen zu schließen, also eine Delegation der offiziellen Kirche. Aber da kommen die

Bischofskonferenzen und sagen en bloc: nein, wollen wir nicht. Und kein Bischof getraut sich mehr, gegen einen Beschluß der Bischofskonferenz anzugehen. Der Bischof, der einzelne Bischof ist also quasi entmachtet, und das ist ein schwerer Eingriff in die hierarchische Ordnung der Kirche. So hat das Christus nicht gewollt.
Also Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit - drei Möglichkeiten, drei Beispiele, wie man Christus vom Thron stößt und ihm diesen Anspruch nimmt, allein der König der Menschen zu sein und allein die Wahrheit zu vertreten. Ich bin der Weg, ich bin das Leben, und ich bin die Wahrheit. Eindeutig!
Nun: die Lehre vom Christkönig legt der heilige Paulus in der heutigen Lesung eindrucksvoll dar. Wer ist dieser Christus? Er ist das Ebenbild Gottes, der Erstgeborene vor aller Zeit. Durch sein Opfer am Kreuz hat er uns aus der Knechtschaft der Sünde befreit und sich damit ein Anrecht auf unsere Seelen erworben. Und jetzt als wörtliches Zitat: "Er ist vor allem, alles hat in im seinen Bestand. Alles ist durch ihn und für ihn und auf ihn hin erschaffen. Er ist das Haupt der Kirche." Das sind wunderbare Worte, und Papst Pius XI. legt das ebenfalls in seiner Christkönigsenzyklika Quas Primas ähnlich aus: durch das Opfer am Kreuz hat Christus sich ein Anrecht auf unsere Seelen erworben.
Und welche rechtliche Konsequenzen es hat, diesen erhabenen, liebenden König zu stürzen, das sehen wir täglich. Was haben die Menschen jetzt gewonnen, durch diesen Sturz, durch diese Entmachtung des Christkönigs? Kriege überall, Glaubensabfall, eine völlige Herrschaft des Bösen, alle Werte, auf die sich alle immer berufen, werden auf den Kopf gestellt. Wir erleben einen völligen Verfall der Sitten: wenn man denkt, es geht nicht tiefer, kommt immer noch etwas dazu, das noch tiefer geht. Man verherrlicht die Sünde! Man verherrlicht das Böse!
Abgesehen von diesen schrecklichen Dingen wie Abtreibung, Homosexualität, Kindesmißbrauch in ungeahnter Art und Weise heutzutage - das sind die Konsequenzen, wenn man sich vom Christkönig löst.
Nach diesen Überlegungen ist klar: die Menschheit muß zum Christkönig zurückkehren, oder sie wird untergehen. Und die Rückkehr zum Christkönig muß bei uns persönlich beginnen. Wir haben es im Evangelium deutlich gehört. Christus sagt zwar: "Mein Reich ist nicht von dieser Welt", das heißt nicht, daß Christus sich in diese Welt nicht einmischt. Wie könnte er? Er ist ja der Schöpfer, er hält die ganze Schöpfung in jedem Augenblick im Dasein. "Mein Reich ist nicht von dieser Welt" - die Art und Weise, wie er regiert, unterscheidet sich fundamental von dem, wie Regierungen ihre Rechte ausüben. Christus will nämlich zuerst die Herzen der Menschen gewinnen durch das Evangelium.
Das Evangelium ist die Botschaft der Liebe, der Vergebung und der Barmherzigkeit. Und das wird die Herzen der Menschen ändern. Wenn der Christkönig in den einzelnen Herzen der Menschen regiert und herrscht, dann werden sich die Staaten auch wieder zum Besseren bekehren, die Menschen werden sich ändern, und es wird dann auch wieder christliche Regierungen geben, die diesen Namen auch wirklich verdienen.
Und dann werden auch, man glaubt es kaum, die Kriege aufhören, Ungerechtigkeiten und all diese Dinge. Wie heißt es so schön in der Präfation, die wir jetzt gleich hören werden vor der heiligen Wandlung: "Dein Reich der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens." Und, meine lieben Gläubigen, dies ist nur mit, aber niemals gegen den Christkönig zu haben. Und diese Einrichtungen, die alles anfangen möchten, aber nur nicht Christus folgen mögen, wie die UNO, die EU und all diese Leute, mögen tausendfache Anstrengungen unternehmen, den Weltfrieden zu sichern - sie werden es nicht schaffen. Sie müssen zu Christus zurückkehren, dann ist es möglich, diesen Frieden zu bekommen, anders nicht.
Wir sehen schon aus diesen Überlegungen: bis es soweit ist, ist ein langer, langer Weg zurückzulegen. Aber wie sollen wir ans Ziel gelangen, wenn wir nicht einmal damit anfangen

und schon am ersten Wegtag resignieren? Nehmen Sie sich nur ein Beispiel an diesen Revolutionären, über die wir jetzt so geklagt haben. Sie brauchten einen langen Atem, um ihr Werk der Zerstörung auszuführen.
Es dauerte ein paar Generationen, um dahin zu kommen, wo wir heute sind. Aber diese Revolutionäre haben niemals aufgegeben: der eine ist gestorben, der nächste hat weitergemacht, und so ging das immer weiter, bis sie jetzt ihr böses Ziel erreicht haben oder fast erreicht haben, es kommt ja nicht ganz zum Schlimmsten, weil vorher noch der liebe Gott da ist. Aber die hatten einen langen Atem. Wollen wir uns wirklich von diesen Revolutionären beschämen lassen? Und gleichgültig achselzuckend wegschauen, wenn Christus unaufhörlich beleidigt wird?
Also auch wir brauchen einen langen Atem, um zurückzukehren, und dieser Kampf, der wird Opfer kosten, vielleicht beim einen oder anderen sogar das Martyrium, wenn es der liebe Gott so will. Machen wir uns keine Illusionen! Aber am Ende wird Christus herrschen. Er wird sich diesen Thron zurückerobern. Im zweiten Psalm heißt es so wunderschön, daß die Heiden toben und Pläne schmieden gegen den Gesalbten, er aber, er lacht über sie. Er wird sie zertreten wie Töpfergeschirr.
Also, der Sieg des Messias ist vorausgesetzt, der Sieg des Christkönigs ist vorausgesagt, nur: wir können nicht unsere Hände in den Schoß legen und nichts tun, sondern wir müssen mitarbeiten mit Christus, an dem Ort, wo wir sind, durch unser Beispiel, durch unser christliches Leben, daß wir uns nicht wegducken wie die Feiglinge, wenn wir einmal vielleicht in einem Restaurant sind und das Gebet sprechen sollen, ein Kreuzzeichen machen.
Das sind alles so kleine Dinge, wo wir auch helfen können, um hier an diesen Christkönig zu erinnern.
Also wir wollen uns heute wieder ihm weihen, wir wollen ihm dienen, damit er herrschen möge, und damit den Grundstein und die Voraussetzung für eine friedliche Gesellschaft legen, eine Gesellschaft, die wieder nach den Zehn Geboten Gottes regiert wird, ein Reich der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Liebe und des Friedens. Amen.
Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes. Gelobt sei Jesus Christus."
Predigt von P. Hubert Vogt FSSPX am Christkönigsfest, 29.10.2017, in der Maria-Hilf-Kirche in Ruppichteroth-Schönenberg<<
"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. November 2017: >>**Sowjetunion: Feindschaft voraus**
Demokratie oder Bolschewismus? Mit der Oktoberrevolution beginnt der Konflikt zwischen Ost und West, der das 20. Jahrhundert prägen wird.
Die Russische Revolution im Oktober 1917 weckt weltweit große Erwartungen, aber auch große Befürchtungen. Die einen hoffen auf die völlige Beseitigung gesellschaftlicher Unterdrückung. Die anderen fürchten Chaos und Anarchie. Globalgeschichtlich betrachtet, verleiht die Revolution dem bereits seit dem 19. Jahrhundert immer wieder betonten Ost-West-Gegensatz eine dezidiert ideologische Komponente. Mit ihr weitet sich der bis dahin machtpolitische Konflikt in der Wahrnehmung der Zeit zum ideologischen "Weltbürgerkrieg" - es beginnt das "Jahrhundert der Ideologen".
Welche politische Wucht von Petrograd ausging, zeigte sich unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, als sich 1919 unter anderem in Deutschland, Österreich, Ungarn und der Slowakei, aber auch im Iran Räterepubliken nach russischem Vorbild etablierten. In Deutschland entstanden sie infolge der Novemberrevolution im Machtvakuum nach dem Ende der Monarchie und riefen von Beginn an den erbitterten Widerstand ihrer konservativen Gegner hervor.
In München etwa ermordete ein völkisch-nationaler Attentäter am 21. Februar 1919, drei Monate nach Ausrufung eines bayerischen Freistaats, den von einem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat zum Ministerpräsidenten gewählten USPD-Politiker Kurt Eisner. Danach bildeten

Kommunisten, Anarchisten und Pazifisten eine Räteregierung, die am 2. Mai 1919 durch antikommunistische "Weiße Truppen", also von der Reichsregierung unterstützte rechte Freikorpsverbände, gestürzt wurde. Das Führungspersonal der Räterepublik wurde entweder ermordet oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. In der Wahrnehmung der Antibolschewisten erschien Bayern nun als "Ordnungszelle" und Vorbild für Deutschland: Hier seien Revolution, Räterepublik und Chaos erfolgreich abgewehrt worden, ein Kampf, der im übrigen Reich fortgeführt werden müsse. Nicht zufällig entstand zum selben Zeitpunkt in München der Vorläufer der NSDAP.

Auch in den USA löste das bolschewistische Rußland jetzt Deutschland als bevorzugtes Feindbild ab. Die "Diktatur des Proletariats" galt als Gegenbild zur amerikanischen Demokratie. Für die Zeit des Krieges war mit Mühe ein innenpolitischer Burgfrieden erreicht worden: Die Gewerkschaften trugen den Krieg weitgehend mit, pazifistische Gruppen wurden zurückgedrängt.

Nach 1918 jedoch zerbrach dieser gesellschaftliche Konsens, der Umsturz von links schien möglich. Die wichtigste Arbeitnehmervertretung, die mächtige American Federation of Labor, rief zu Streiks auf, da die Steuererhöhungen während des Krieges gerade die unteren und mittleren Einkommensschichten stark belastet hatten. "Red Scare" wurde zum Schlagwort für die Jahre bis 1920, als eine Streikwelle, Rassenunruhen und Bombenanschläge anarchistischer Gruppen hysterische Reaktionen auslösten und Tausende von tatsächlichen oder vermeintlichen Kommunisten verhaftet wurden.

Ein von Präsident Woodrow Wilson 1920 abgezeichnetes Memorandum beschrieb die Oktoberrevolution als die "Negation aller Prinzipien von Ehre und gutem Glauben", und auch sein Friedensplan für die Beendigung des Weltkriegs, die "14 Punkte" vom Januar 1918, lassen sich bereits als Konzept gegen die Bolschewiki deuten.

Wilsons Nachfolger übernahmen diese Sichtweise. Parteiübergreifend vertraten die US-Präsidenten die Ansicht, daß die Bolschewiki - wie alle Regierungen, denen die Legitimation demokratischer Wahlen fehlte - nicht den Willen der Bevölkerung spiegelten und damit im Grunde genommen schwach seien. Dahinter stand die in der US-Geschichte tief verwurzelte und in der Amerikanischen Revolution intensiv diskutierte Idee, daß sich die Menschen früher oder später gegen Despoten erheben würden.

Washington verweigerte den Bolschewiki bis 1933 nicht nur jede diplomatische Anerkennung, die US-Regierung schickte auch Truppen in den bis 1921 andauernden Russischen Bürgerkrieg, um auf der Seite der antikommunistischen "Weißen" zu kämpfen. Schon 1918 landeten 35.000 US-Soldaten in Wladiwostok; auch britische, japanische und tschechoslowakische Einheiten beteiligten sich auf Seiten der "Weißen" am Bürgerkrieg.

Zur selben Zeit begannen westliche Geheimdienstoperationen gegen die Bolschewiki. Britische Nachrichtendienste standen 1918 hinter einer Reihe von Attentaten und Putschversuchen. Am bekanntesten wurde das sogenannte Lettische Komplott, bei dem das britische Außenministerium und der Geheimdienst MI 6 im August 1918 den Versuch unternahmen, mit Hilfe ihrer lettischen Wachmannschaften die Revolutionsführer Lenin und Trotzki zu ermorden.

Einen kaum zu überschätzenden Einfluß auf das Bild der UdSSR in den USA und darüber hinaus hatte seit ihrer Einrichtung im Jahr 1922 die amerikanische Gesandtschaft in Riga, die regelmäßig über die Sowjetunion berichtete. Seit 1931 arbeitete hier George F. Kennan als Botschaftssekretär, dessen Meldungen nach dem Zweiten Weltkrieg zur Grundlage der "Eindämmungspolitik" werden sollten. Kennan hielt die Kommunisten im Kreml für ebenso expansiv wie die Zaren, die für die USA spätestens seit der Präsidentschaft James Monroes von 1817 bis 1825 als zentrale Bedrohung gegolten hatten. Die Sowjetunion hatte in Kennans Augen das imperiale Erbe des ehemals zur Heiligen Allianz gehörenden Zarenreiches ange-

treten.

Antikommunistische Grundstimmung

Die amerikanischen Sorgen wurden auch nicht dadurch abgemildert, daß die sowjetische Regierung seit Beginn der zwanziger Jahre zwischen revolutionärem Anspruch und pragmatischer Diplomatie lavierte. Moskau bemühte sich in dieser Zeit um Kontakt zu den europäischen Mächten. Während die Annäherungsversuche mit London und Paris mißlangen, konnte die russische Führung 1922 mit Deutschland den Vertrag von Rapallo schließen. Das Abkommen sah die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor und führte schließlich sogar zur geheimen Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Schwarzer Reichswehr - illegalen militärischen Einheiten, die in der Weimarer Republik unter Umgehung des Versailler Vertrages entstanden waren.

Aber nicht nur die Kooperation zwischen den beiden großen Außenseitern der Zwischenkriegszeit verstärkte die Distanz der übrigen Mächte gegenüber der Sowjetunion. Zum tiefen Mißtrauen gegenüber Moskau trug auch die von Lenins Nachfolger Stalin öffentlich immer wieder betonte sowjetische Vorreiterrolle für die Weltrevolution bei. Denn parallel zu den Versuchen, die Beziehungen zu Europa zu normalisieren, machte der sowjetische Diktator auch in den zwanziger Jahren unmißverständlich deutlich, daß die UdSSR alles tun werde, um die "gesetzmäßigen Widersprüche des Kapitalismus" zu ihren Gunsten zu verstärken, also die Weltrevolution voranzutreiben.

Zur Strategie der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) gehörte es unter anderem, Streiks in westlichen Staaten zu unterstützen. Für die englischen Bergleute etwa, die am 1. Mai 1926 in einen langen Ausstand traten, organisierte die Komintern eine umfangreiche Spendensammlung, was in der britischen Regierung für große Verärgerung sorgte.

Auch in den dreißiger Jahren blieb die antikommunistische Grundstimmung in den Vereinigten Staaten virulent, obwohl sich seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 einige bedeutende Intellektuelle wie Ernest Hemingway für sozialistische Ideen begeisterten. In der antikommunistischen Denktradition lag begründet, daß die Innen- und Wirtschaftspolitik, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt 1933 als "New Deal" ankündigte, von seinen Gegnern zeitweilig erfolgreich als kommunistisch diffamiert werden konnte.

Während Roosevelt im Nationalsozialismus die größere Gefahr sah, wandten amerikanische Gerichte die Bestimmungen des Smith Act - eines 1940 geschaffenen Gesetzes, das die Anstiftung zum Sturz der Regierung unter Strafe stellte - häufiger gegen "Kommunisten" als gegen NS-Sympathisanten in den USA an. Tatsächlich hielt das 1941 geschlossene Bündnis zwischen den USA und der Sowjetunion, zwischen Demokratie und Diktatur, auch nur bis zur Kapitulation Deutschlands 1945. Es mündete unmittelbar in den Kalten Krieg - die Schlußrunde des Konfliktes der Ideologien.

Nachdem sich die großen Sieger des Zweiten Weltkriegs nicht über eine gemeinsame Nachkriegsordnung einigen konnten, standen sie sich in bis an die Zähne atomar bewaffneten "Blöcken" gegenüber - die allerdings aus genau diesem Grund auch keinen "heißen" Weltkrieg gegeneinander führten. Statt dessen wurde die Auseinandersetzung zwischen den beiden konkurrierenden Gesellschaftsentwürfen - staatssozialistische "Volksdemokratie" gegen liberalkapitalistische parlamentarische Demokratie - in einem permanenten "Nichtfrieden" auf Ersatzfeldern ausgefochten: politisch-ideologisch, ökonomisch, technologisch-wissenschaftlich, sozial und kulturell.

Auswirkungen zeigten sich bis in den Alltag. Nur in der Dritten Welt kam es auch zu konventionellen "kleinen Kriegen", die tatsächlich Millionen von Toten hinterließen. Gemessen an der Zahl der Toten im Verhältnis zur Einwohnerzahl, wurde dabei Kambodscha zum größten Opfer des Kalten Krieges.

Der Kalte Krieg endete schließlich 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion. Lenins … Vorstellung von der UdSSR als ideologischem Wegbereiter der "Weltrevolution", so lautet eine der Thesen zu den Ursachen des Untergangs, sei niemals zu erfüllen gewesen. Stalin habe daher auf Gewalt gesetzt und damit die Widerstände hervorgerufen, die zum Zerfall der UdSSR führten. Andere meinen, die Sowjetunion sei durch die ungleich größere wirtschaftliche Macht des Westens "totgerüstet" worden.
Eine dritte Erklärung sieht in dem durch den Westen forcierten "Wandel durch Annäherung" den Grund dafür, daß sich die UdSSR von innen aufgelöst habe. Die Verknüpfung aller drei Thesen kommt der historischen Wahrheit wahrscheinlich am nächsten.
Die Sowjetunion und mit ihr der Ostblock standen in den achtziger Jahren innen- wie außenpolitisch vor enormen Herausforderungen. Die Versprechen der Oktoberrevolution waren schon lange verblaßt oder widerlegt. Zu den Verstärkern der Krise gehörten neben dem Druck aus dem Ausland insbesondere die wachsenden Konsumansprüche der Bevölkerung, forciert durch die westlichen Medien. Mit diesen Ansprüchen verband sich schließlich die Forderung nach mehr persönlicher Freiheit und politischer Selbstbestimmung.
Wenn man so will, endete im Jahr 1991 mit dem Untergang der Sowjetunion das in der historischen Forschung so bezeichnete "kurze 20. Jahrhundert", das 1917 begonnen hatte. Der mit der russischen Oktoberrevolution entstandene Ost-West-Konflikt war Geschichte.
Weiterlesen: Bernd Stöver: "Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991". C.H. Beck Paperback, München 2017.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 1. November 2017: >>**Die Ausbreitung der Barbarei**
Die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland war der "bis dahin gewaltigste Vorstoß der 'Ewigen Linken' …, das heißt einer Empfindungs- und Denktendenz, die an den vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnissen Anstoß nimmt, weil sie sie für 'ungerecht' hält" (Ernst Nolte).
Für ungerecht gehalten wurde die ungleichmäßige Verteilung von Gütern und Lebensmöglichkeiten, die gegen den Gedanken der Brüderlichkeit aller Menschen verstieß. Diese Empfindung ist beispielhaft festgehalten in dem Vers des Priesters John Ball, der im 14. Jahrhundert in England predigte und als Rebell hingerichtet wurde: "Als Adam grub und Eva spann, wer war da der Edelmann?"
Realität mußte zurechtgestutzt werden
In Rußland gab es 1917 riesige soziale Unterschiede und eine furchtbare Massenarmut, die sämtliche Mißstände in Westeuropa übertraf. Das erklärt die Wut der Massen, die sich in Grausamkeiten gegen den Adel und das Bürgertum entlud. Neben dem spontanen gab es den planvollen Terror. Die Revolutionsführer ließen keinen Zweifel daran, daß sie es wörtlich meinten, wenn sie von der Vernichtung der parasitären Ausbeuterklassen und anderer sogenannter Volksfeinde sprachen. Das historische Recht dazu entnahmen sie dem Marxismus-Leninismus, der die uralte Utopie von einer gerechten Welt in eine angeblich wissenschaftliche Weltanschauung übersetzte.
Doch bald zeigte sich, daß die soziale, ökonomische, kulturelle Wirklichkeit einer Gesellschaft nicht in der Theorie vom Klassenkampf aufging. Also mußte die Realität zurechtgestutzt werden, um der Weltanschauung zu entsprechen. Das Mittel dazu war der stalinistische Massenterror, von dem viele Linke im Westen lange Zeit nichts wissen wollten oder den sie sogar rechtfertigten.
Orientierungslose Linke ist Claqueur der globalisierten Wirtschaft
Der Zerfall des sowjetischen Imperiums seit 1989 markierte das Ende des linken Traums, die Utopie von der gerechten Welt in einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Die orientierungslose Linke ist seither zum Claqueur der globalisierten Wirtschaft und Finanzindu-

strie herabgesunken.
Deren Wunsch nach freier Verfügbarkeit über die Ressourcen, nach ungehindertem Warenfluß und grenzenlos kompatiblen Arbeitsnomaden und Konsumenten liefert sie ideologischen Flankenschutz, indem sie namens der globalen Gerechtigkeit offene Grenzen für alle fordert und diese, wo sie kann, auch durchsetzt.
Die Folgen sind die Zerstörung von Heimat und die sukzessive Ausbreitung der Barbarei. Diese strukturelle Gewalt von links wirkt schlimmer und nachhaltiger als der punktuelle Terror, der von linksideologisch aufmunitionierten Schlägertrupps gegen jene Minderheit verübt wird, die Widerstand leistet. Hundert Jahre nach der Oktoberrevolution ist die "Ewige Linke" nur noch ein bösartiges und destruktives Phänomen.<<
Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 10. November 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Skandalurteil**
Jeder gesunde Mensch verfügt über zwei Chromosomen. Bei Frauen sind das zwei X-Chromosomen, bei Männern ein X- und ein Y-Chromosom. In seltenen Fällen kommt es bei der Befruchtung dazu, daß ein Chromosom fehlt. Die Folge in über 99 Prozent der Fälle ist ein Spontanabort, also eine Fehlgeburt im frühen Stadium.
Mädchen, die nur mit einem X-Chromosom geboren werden, sind unfruchtbar und weisen oft eine Reihe von Symptomen auf, die aber mit Hormontherapie behandelt werden können. Sie sind intelligenzmäßig oder die Lebenserwartung betreffend nicht zurückgesetzt. Auch äußerlich sind die Betroffenen klar dem weiblichen Geschlecht zuordenbar. Der medizinische Fachbegriff lautet "Turner-Syndrom".
In Zeiten, in denen an deutschen Universitäten mehr Lehrstühle für die Fake-Wissenschaft "Gender Studies" existieren als für die Zukunftswissenschaft Informatik, sind Frauen mit "Turner-Syndrom" plötzlich ein Politikum. Gender-Wahnsinnige behaupten nämlich, daß diese geschlechtslos sind. An sich könnte man diesen Unsinn achselzuckend beiseite schieben, wäre ihm nicht das Bundesverfassungsgericht beigesprungen.
Mit Beschluß vom 10. Oktober hat das Bundesverfassungsgericht (Aktenzeichen: 1 BvR 2019/16) nunmehr entschieden, daß es dem Persönlichkeitsrecht einer Frau mit Turner-Syndrom widerspricht, als Frau im Register eingetragen zu sein. Der Gesetzgeber müsse ein "drittes Geschlecht" vorsehen.
Abgesehen davon, daß mit dieser Entscheidung das Bundesverfassungsgericht jede Seriosität verloren hat, sind die in der Gerichtsentscheidung zitierten Stellungnahmen beteiligter Verbände lesenswert. Daß die Deutsche Gesellschaft für Psychologie, der Lesben- und Schwulenverband oder die rot-rote Thüringer Landesregierung vom dritten Geschlecht überzeugt sind, verwundert kaum. Die schwammige Antwort der Bundesärztekammer ist schon irritierend. Aber den Vogel schießt - wie so oft - die Evangelische Kirche ab, hier ein ominöses "Studienzentrum für Genderfragen und Theologie":
"Das institutionell und kulturell dominierende Ordnungsprinzip der Zweigeschlechtlichkeit stellt für Menschen jenseits der binären Zweigeschlechtlichkeit einen erheblichen Eingriff in ihr Selbstbild und die Lebbarkeit gemäß diesem Selbstbild dar."
Die Bibel liest sich da anders: "Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau." (1 Mose 1, 27 - Luthertext).<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 30. November 2017 (x893/…): >>**Die Macht der Homo-Lobby im Vatikan**
Nuzzis neues Buch über die Homo-Lobby im Vatikan und ihre Macht.
(Rom) Das neue Buch von Giancarlo Nuzzi "*Peccato originale*" (Erbsünde), erschienen am 9. November im Mailänder Verlag *Chiarelettere*, liefert "ein erschütterndes Bild über die Macht der Homo-Lobby im Vatikan", wie Emanuele Barbieri in der *Corrispondenza Romana* schrieb.

Nuzzis Enthüllungen

Nuzzi ist kein unbeschriebenes Blatt. Er selbst sieht sich in der Position des Enthüllungsjournalisten, dem Dokumente und Informationen zugetragen werden, die er durch hartnäckige, eigene Recherche vertieft und in Buchform vorlegt. Dies alles, um den Papst bei seinen Reformbemühungen zu unterstützen, wie er 2015 bei der Herausgabe seines Buches "Via Crucis" erklärte. An dieser Darstellung ist viel Wahres, aber nicht alles trifft genau so zu, wie auf dieser Seite bereits geschrieben wurde.

Tatsache ist, daß Nuzzi von der Strafverfolgungsbehörde des Heiligen Stuhl vor Gericht gestellt, aber freigesprochen wurde. Dabei ging es um Dokumentenklau und Geheimnisverrat.

Das neue Buch ist der vierte Band seiner "Enthüllungen" über den Vatikan, über "Geheimkonten, verborgene Wahrheiten, Erpressung". Erneut stellt sich Nuzzi und sein Buch in den Dienst des Papstes, wenn er nun über "den Machtblock" berichtet, "der die Revolution von Franziskus behindert".

Wir wollen Nuzzis teils zweifelhafte Methoden der Dokumentenbeschaffung und die vielen "Schlagwörter" beiseite lassen, die mehr verkaufsstrategischen Aspekten geschuldet sind, und uns auf das Wesentliche des neuen Buches konzentrieren. Wenn es Anstoß für Verbesserungen ist, sei auch Nuzzis Sensationshascherei mit Geduld ertragen.

Die Ministranten des Papstes

Ausgangspunkt von allem sind Beschwerden eines ehemaligen Studenten eines vatikanischen Vorseminars. Kamil Tadeusz Jarzembowski gibt an, Zeuge von sexuellem Mißbrauch geworden zu sein, der sich innerhalb der Leoninischen Mauern zugetragen hat. Ebenso gibt er an, zahlreiche Sachverhaltsdarstellungen darüber an kirchliche Stellen verschickt zu haben, ohne daß etwas geschehen sei.

Die Einrichtung, um die es geht, wurde von Don Giovanni Folci (1890-1963), einem Priester des Bistums Como, gegründet worden, der als junger Feldkurat am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte. 1926 errichtete Don Folci in Valle Calorina in seinem Heimatbistum, wo er Pfarrer war, Jesus dem Göttlichen Gefangenen (in Anspielung an Jesus als Gefangenen der Liebe im Tabernakel) ein Heiligtum. Neben diesem Heiligtum wollte er ein Institut gründen für Jugendliche, die auf der Suche nach ihrer Berufung sind, und um sie auf den Eintritt in das Priesterseminar vorzubereiten.

Die Gründung erfolgte als diözesane Priestervereinigung, die an das Bistum Como gebunden ist. Das Werk wurde von Papst Pius XII. so geschätzt, daß er ihm 1956 den liturgischen Dienst der Altardiener im Vatikan anvertraute. Papst Paul VI. gewährte 1971 dem Vorseminar den Palazzo San Carlo als Sitz, heute nur wenige Schritte von Santa Marta entfernt.

Das Vorseminar beherbergt Jungs der schulischen Oberstufe, die sich über ihre Berufung zum Priestertum Klarheit verschaffen wollen und in der Regel zwischen 14 und 19 Jahre alt sind. Sie gehen am *Institut Sant' Apollinare* zur Schule, das Teil des Kleinen Römischen Seminars ist, also ein Gymnasium, und leisten gleichzeitig liturgischen Dienst im Petersdom. Deshalb sind sie als "Ministranten des Papstes" bekannt.

Der Gründer Don Folci, der sein ganzes Leben heiligen Priestern und der Heiligung der Laien gewidmet hatte, starb 1963.

"Nie hätte er sich vorstellen können, daß sein Proseminar, das als Pflanzstätte der Heiligkeit entstanden war, eine Brutstätte der moralischen Verkommenheit werden würde", so Barbieri.

Klima der Komplizenschaft und Vertuschung

Noch besorgniserregender als die unappetitlichen Episoden, die nun enthüllt wurden, ist das Klima aus Komplizenschaft und Vertuschung, mit dem bisher alles zugedeckt wurde. Die Verantwortlichkeiten werden zu klären sein. Die italienische Fernsehshow *Le Iene* (Die Hyänen) befaßte sich nach dem Erscheinen des Nuzzi-Buches in zwei Folgen am 12. und 20. November mit dem Thema. Man könnte es für einen seltsamen Zufall halten, daß die Idee für

diese Fernsehshow aus Argentinien stammt. *Le Iene* zeigten mit dem Finger auf den Rektor des Proseminars, Monsignore Eugenio Radice, den emeritierten Bischof von Como, Monsignore Diego Coletti, und auf Kardinal Angelo Comastri, weil dieser als Erzpriester die Verantwortung für den Petersdom trägt.
Der Kardinal widersprach am Tag nach Ausstrahlung der Sendung, am 21. November, energisch mit einer öffentlichen Stellungnahme. Er habe am Ende des Studienjahres 2012/2013 einen anonymen Hinweis auf "schlimme Vorfälle" im Vorseminar erhalten. "Ich habe nichts vertuscht, sondern drei Untersuchungen eingeleitet und weitere Maßnahmen gesetzt."
Der Kardinal habe zunächst den zuständigen Rektor um eine Untersuchung und eine Stellungnahme gebeten. Der habe ihm mitgeteilt, daß es sich um Verleumdungen handle. Dann habe er unabhängig davon den Oberen der Priester am Vorseminar um Untersuchungen gebeten, der ihm ebenfalls mitgeteilt habe, daß es sich um Verleumdungen handle. Dann habe er sicherheitshalber den zuständigen Bischof von Como um Untersuchungen gebeten.
Das Ergebnis wurde ihm Anfang 2014 vorgelegt: nur Verleumdungen. Er habe, so der Kardinal, dennoch einen namentlich genannten Schüler aus Rom nach Como zurückschicken lassen, wo seine Reifung genau beobachtet werden sollte. Und schließlich habe er das Führungspersonal am Proseminar austauschen lassen.

Das vatikanische Presseamt

Auch das vatikanische Presseamt meldete sich mit einer Presseerklärung zu Wort, in der festgehalten wurde, daß "die beklagten Fälle einige Gleichaltrige untereinander betroffen" habe. Tatsächlich sind das die konkretesten Dinge, die Nuzzi berichten kann, daß ältere Schüler, sich sexuell an jüngeren Schülern vergingen oder Gleichaltrige homosexuelle Handlungen begingen.
Es geht aber um den Tenor der vatikanischen Presseerklärung, der in etwa so klingt: Es handle sich "nur" um homosexuelle Beziehungen unter Minderjährigen und nicht um Mißbrauch Erwachsener gegen Minderjährige oder gar um Fälle von Pädophilie.
"Die vorherrschende relativistische Mentalität ist leider auch in den Vatikan eingedrungen und scheint sexuelle Überschreitungen zu dulden, solange keine Gewalt oder kein Mißbrauch im Spiel sind", so *Corrispondenza Romana*.
Die moralische Unordnung wurde vom vatikanischen Presseamt nicht verurteilt. Eine solche scheint nur dann zu folgen, wenn damit ein staatliches Gesetz verletzt wird. Das moralische Gesetz ist demnach sekundär. Genau so denkt ja auch ein Großteil der Welt. Da die Homosexualität vom staatlichen Gesetz inzwischen nicht mehr verurteilt wird, sondern vielmehr durch immer neue Gesetze geschützt und gefördert wird, zeigt man sich auch im vatikanischen Presseamt offenbar auch dahingehend "gesetzestreu".

Keine Ruhestörung gefälligst

Was bedeutet das konkret, heute und noch immer? Wenn kirchliche Stellen Kenntnis von unmoralischen Zuständen in einem Seminar, in einem Studentenheim, in einer Pfarrei, in einer Vereinigung oder in einer Diözese erhalten, gehen sie häufig nicht gegen die Verantwortlichen der unmoralische Tat vor, sondern gegen jene, die sie gemeldet haben. Der Grund? Letztere haben die herrschende Ruhe gestört. Ein Skandal verlangt von den Vorgesetzten Handeln und sorgt für Unruhe, möglicherweise für einen Ansehensverlust und könnte die angepeilte Karriere behindern. Und überhaupt ist die unaufgeregte Ruhe für viele eine "heilige Kuh".
So hat es auch den ehemaligen Spiritual des Proseminars getroffen. Ihm hatte sich Jarzembowski anvertraut. Und der Spiritual wurde aktiv, allerdings vergeblich, wie Nuzzi berichtet. Anstatt ihn anzuhören und zu handeln, wurde er von den Vorgesetzten in sein heimatliches Veltlin zurückgeschickt. Der homosexuelle Seminarist wurde hingegen zum Priester geweiht und ist heute im Bistum Como tätig.

Die Macht der Homo-Lobby

Das ist die "Macht der Homo-Lobby" von der Nuzzi in seinem Buch spricht. Eine Lobby, die im Vatikan "seit fast einem halben Jahrhundert existiert und alle hatten immer Kenntnis davon" (S. 279). "Bereits zur Zeit von Paul VI. waren homosexuelle Verhaltensweisen an der Kurie bekannt, aber man sprach nicht darüber" (S. 289). "Gruppen, die in der Lage sind, Ernennungen und Arbeitszuteilungen zu bedingen, die imstande sind, die Personalentscheidungen einiger Purpurträger zu beeinflussen, und fähig sind, zu unangemessener 'Protektion' und zu unrechtmäßigen Privilegien zu gelangen, die ihren Mitgliedern führende Positionen sichern" (S. 280).
Nuzzi verallgemeinert wahrscheinlich zu sehr im Vergleich zu den Beweisen, die er anführen kann. Tatsache ist aber, daß sich eine "Homo-Lobby" gebildet hat und in einem bestimmten Bereich, und sei er noch so klein, Personalentscheidungen beeinflussen, sich gegenseitig absichern, Ihresgleichen fördern und auch eigene Schandtaten zudecken kann. Allein schon, daß es zu einer solchen Lobbybildung kommen konnte, zeigt, welche Unachtsamkeit in den vergangenen Jahrzehnten zu diesem Thema im Vatikan herrschte und herrscht.
Nuzzi erinnert an die Klagen von Papst Benedikt XVI. und Papst Franziskus über die Existenz einer "Homo-Lobby". Er erinnert auch an die Aussagen des ehemaligen Kommandanten der Schweizergarde, Oberst Theodor Mäder, der von einer "so mächtigen Homo-Lobby sprach", daß sie sogar "für die Sicherheit des Papstes gefährlich" sei.

"Die Mörderkuh" der römischen Homo-Szene

Nuzzi berichtet von Monsignori, von denen die bekannteste Party der römischen Homo-Szene besucht wird, "La mucca assassina" (Die Mörderkuh). Eine Party, die jeden Freitag steigt. Zunächst fand sie in einem aufgelassenen Rotlichtkino in der Nähe des Vatikans statt, inzwischen in der größten Diskothek der Stadt, an der Peripherie von Rom. Nuzzi erinnert auch an die Homo-Feste mit Kokain, die von Monsignore Luigi Capozzi, dem persönlichen Sekretär von Kardinal Francesco Coccopalmerio, in einem Appartement im Palast des ehemaligen Heiligen Offizium gefeiert wurden.
Die Vatikanpolizei setzte ihnen vor wenigen Monaten *in flagranti* ein Ende, indem sie Capozzi in entsprechender Begleitung und bei unangemessenen Handlungen erwischte. Kardinal Coccopalmerio ist seit 2007 Vorsitzender des *Päpstlichen Rates für die Gesetzestexte* und wurde 2012 von Benedikt XVI. in den Kardinalsrang erhoben. Er ist heute ein tatkräftiger Unterstützer der Linie Bergoglio.
Diese Erwähnung ist deshalb notwendig, weil Nuzzi Coccopalmerio unverständlicherweise den "Feinden" von Papst Franziskus zuordnet. Offenbar um seine schwarz-weiße Grundbehauptung aufrechterhalten zu können, daß er an der Seite des Papstes und seiner "Reform" steht, den er vor den Feinden und Beschmutzern des Stuhles Petri schützen will. Dazu zählt er auch die "Homo-Lobby". Doch die Sexualität, vor allem jene auf Abwegen, folgt da wohl ganz anderen Gesetzmäßigkeiten. Und noch etwas, woran Emanuele Barbieri erinnert: "Wer bin ich, um zu urteilen? ist zum Schlüsselwort der *Gay friendly*-Kreise in der Kirche geworden, in- und außerhalb des Vatikans."
Text: Giuseppe Nardi<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 4. Dezember 2017 (x893/…): >>**Schwiegermuttermörder, Dschihadist, Selbstmordattentäter - alles eins**

Papst verharmlost erneut islamischen Terrorismus

Päpstlicher Reflex? Wann immer Papst Franziskus auf den islamischen Terrorismus angesprochen wird, reagiert er mit Kritik an Katholiken, die er den Dschihadisten gleichsetzt.
(Rom) Papst Franziskus beharrt darauf: Auch unter Katholiken gibt es "Fundamentalisten", die wie die Dschihadisten und die Terrormiliz *Islamischer Staat* (IS) seien.
Auf dem Rückflug von Bangladesch nach Rom stellte sich das katholische Kirchenoberhaupt am Samstag erneut den Fragen der mitreisenden Journalisten. Auf den Islam und die Gewalt

angesprochen, sprach Franziskus über "fundamentalistische Katholiken". Papst Franziskus ist überzeugt, daß es auch innerhalb der Katholizität "Fundamentalisten" gebe, die mit dem *Islamischen Staat* (IS) zu vergleichen seien.

Wird der Papst auf Islam und Gewalt angesprochen, kritisiert er Katholiken

Die Katholikenschelte wurde von Franziskus nicht zum ersten Mal vorgetragen. Bereits auf dem Rückflug vom *Weltjugendtag 2016* in Polen hatte sich bei der fliegenden Pressekonferenz das gleiche Szenario abgespielt. Als ihn ein Journalist auf den islamischen Terrorismus ansprach und wissen wollte, warum der Papst es meidet, den Islam beim Namen zu nennen, sprach Franziskus über "gewalttätige Katholiken" und Schwiegermuttermörder. Der Vergleich löste Staunen, Enttäuschung und Ärger aus.

Damals hatten gerade IS-Terroristen in einem Ritualmord den Priester Jacques Hamel während der Heiligen Messe am Altar ermordet. Franziskus wurde vom französischen Journalisten Antoine-Marie Izoard von *Media* gefragt, warum er, wenn er von islamischen Gewalttaten spricht, "immer von Terroristen, aber nie vom Islam" spreche:

"Sie benutzen nie das Wort Islam".

Franziskus antwortete mit dem berüchtigten Vergleich von "gewalttätigen" Katholiken, die ihre Verlobte oder die Schwiegermutter umbrächten und daher wie die islamischen Terroristen seien.

Wörtlich sagte der Papst (hier zitiert nach der offiziellen deutschen Übersetzung des Vatikans):

"Es gefällt mir nicht, von islamischer Gewalt zu sprechen, denn jeden Tag, wenn ich die Zeitungen durchblättere, sehe ich Gewalt, hier in Italien: Der eine bringt seine Verlobte um, ein anderer bringt die Schwiegermutter um. … Und das sind gewalttätige getaufte Katholiken! Es sind gewalttätige Katholiken. … Wenn ich von islamischer Gewalt spräche, müßte ich auch von katholischer Gewalt sprechen. Nicht alle Muslime sind gewalttätig; nicht alle Katholiken sind gewalttätig. Es ist wie ein Obstsalat, da ist alles drin, es gibt Gewalttäter in diesen Religionen.

Eine Sache ist wahr: Ich glaube, daß es in fast allen Religionen immer eine kleine fundamentalistische Gruppierung gibt. Fundamentalistisch. Bei uns gibt es sie. Und auch wenn der Fundamentalismus so weit geht zu töten - man kann aber mit der Zunge töten, und das sagt der Apostel Jakobus und nicht ich, und auch mit dem Messer - glaube ich, daß es nicht richtig ist, den Islam mit Gewalt gleichzusetzen. Das ist nicht richtig, und es ist nicht wahr!

Ich hatte ein langes Gespräch mit dem Großimam der Al-Azhar-Universität, und ich weiß, was sie denken: Sie suchen den Frieden, die Begegnung. Der Nuntius eines afrikanischen Landes sagte mir, daß es in der Hauptstadt vor der Heiligen Pforte für das Jubiläum immer eine Menschenschlange gibt. Es ist immer voll! Einige gehen in die Beichtstühle, andere beten in den Kirchenbänken. Aber die meisten gehen ganz nach vorn, um am Altar der Gottesmutter zu beten: Es sind Muslime, die das Jubiläum feiern wollen. Es sind Brüder.

Als ich in Zentralafrika war, bin ich zu ihnen gegangen, und der Imam ist sogar auf das Papamobil gestiegen. Man kann gut zusammenleben. Es gibt jedoch kleine Gruppen von Fundamentalisten. Und ich frage mich auch, wie viele junge Menschen - wie viele junge Menschen! -, die wir Europäer ohne Ideale gelassen haben, die keine Arbeit haben, die sich den Drogen, dem Alkohol zuwenden, hingehen und sich den fundamentalistischen Gruppierungen anschließen. Ja, wir können sagen, daß der sogenannte "IS" ein islamischer Staat ist, der gewalttätig auftritt, denn wenn er uns seine Identität zeigt, dann zeigt er uns, wie er an der libyschen Küste Ägyptern den Hals durchschneidet oder Ähnliches. Aber das ist eine kleine fundamentalistische Gruppierung, die sich IS nennt. Man kann jedoch nicht sagen - ich glaube, das ist nicht wahr und nicht richtig -, daß der Islam terroristisch ist."

Von "gewalttätigen" und "fundamentalistischen Katholiken"

Besonders erstaunt es daher, daß der Papst nun auf dem Rückflug von Bangladesch von sich aus die Terrormiliz *Islamischer Staat* (IS) und die Dschihadisten namentlich erwähnte. Vor allem der Kontext irritiert. Franziskus meidet es bei offiziellen Anlässen penibel im Zusammenhang mit dem islamischen Terrorismus, den Islam oder die Täter, eben den *Islamischen Staat* (IS) oder andere Dschihadisten beim Namen zu nennen. Um aber Kritik an fiktiven oder tatsächlich existierenden, "fundamentalistischen Katholiken" zu üben, hat das Kirchenoberhaupt keine Scheu, die islamischen Gewaltverbrecher zu erwähnen und die von ihm kritisierten Katholiken mit den Dschihadisten auf eine Stufe zu stellen.
Der RAI-Journalist Enzo Romeo fragte den Papst am Samstag zur Krise im birmanischen Staat Rakhaing und nach der Gefahr einer Intervention durch "Dschihad-Gruppen, Al-Qaida, Islamischer Staat (IS)".
Die Antwort von Papst Franziskus:
"Es gab Terrorgruppen, die versucht haben, die Situation der Rohingya, die friedliche Leute sind, auszunützen. Wie in allen Ethnien und allen Religionen gibt es immer auch eine fundamentalistische Gruppe. Auch wir Katholiken haben sie. Die Militärs rechtfertigen ihre Intervention mit diesen Gruppen. Ich habe mich entschieden, nicht mit diesen Leuten zu reden. Ich habe entschieden, mit den Opfern dieser Leute zu sprechen. Die Opfer waren das Volk der Rohingya, das einerseits diese Diskriminierung erlitten, andererseits von den Terroristen verteidigt wurde. Die Armen!
Die Regierung von Bangladesch verfolgt eine sehr starke Kampagne - wie mir die Minister gesagt haben - der Null-Toleranz gegenüber dem Terrorismus, und nicht nur wegen dieser Frage, sondern auch um andere zu verhindern. Jene, die sich in die Reihen des IS eingetreten sind, wenn sie auch Rohingya sind, sind nur ein kleines, extremistisches, fundamentalistisches Grüppchen. Das aber machen die Extremisten: Sie rechtfertigen die Intervention, die Gute und Schlechte vernichtet hat."
Secretum meum mihi schrieb dazu:
"Wenn jemand so freundlich ist, uns Photos/Videos von den angeblichen katholischen Fundamentalisten zu schicken, die gerade Terroraktionen verüben, die mit jenen vergleichbar sind, mit denen der Papst sie vergleicht, würden wir sie gerne veröffentlichen."
Text: Giuseppe Nardi<<
Die Online-Zeitung "EPOCH TIMES Deutschland" berichtete am 7. Dezember 2017: >>**Die 45 Ziele des Kommunismus zur Errichtung der Weltherrschaft: Schulen, Medien, Kirche, TV, Kunst… kontrollieren - und die UN fördern**
Von Nancy McDonnell
"Erlangen Sie die Kontrolle über die Medien, politische Positionen, Schlüsselpositionen in TV, Radio und Film, über Schulen, Universitäten, die Kirche... und fördern Sie die UNO als einzige Hoffnung für die Menschheit." Das ist nur ein winziger Auszug aus den "45 Zielen", die sich die Kommunisten zur Erlangung der Weltherrschaft ausgedacht haben.
Eine geopolitische Strategie, mit der die marxistisch-leninistische Sowjetunion versuchte, über alle Regierungen der Welt - die nicht Mitglieder des kommunistischen Blocks waren - die Herrschaft zu erlangen und sie schließlich zu kontrollieren, wird in einem Buch von 1958 geschildert.
In Deutschland ist es nur wenig bekannt, da es nie ins Deutsche übersetzt wurde. "The Naked Communist" wurde von dem ehemaligen FBI-Agenten, Autor, Redner und Hochschullehrer W. Cleon Skousen geschrieben und hat sich bis heute über zwei Millionen mal verkauft.
Es hat seinen Weg in die Bibliotheken der CIA, des FBI, des Weißen Hauses und in die Privathaushalte in den Vereinigten Staaten gefunden. "The Naked Communist" erzählt die gesamte grafische Geschichte des Kommunismus, seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Wir erinnern uns an Chruschtschows Ausspruch von 1959 dem US Landwirtschaftsminister Ezra Taft Benson gegenüber, daß seine Enkel im Kommunismus leben würden. Als Benson widersprach, sagte Chruschtschow:
Ihr Amerikaner seid so naiv. Nein, ihr werdet den Kommunismus nicht freiheraus annehmen, aber wir werden euch den Sozialismus immer wieder in kleinen Dosen füttern, bis ihr am Ende aufwacht und feststellt, daß ihr den Kommunismus bereits habt."
Skousen macht in seinem Buch die Umsetzung des perfiden Plans einer zukünftigen kommunistischen Weltherrschaft an "45 Zielen" fest, die vor allem auf die Unterwanderung und Beeinflussung der USA abzielten, die aber, wie heute unschwer zu erkennen ist, fast weltweit adaptiert wurden.
Die fünfziger Jahre waren eine Zeit massiver kommunistischer Bedrohung weltweit, und nachdem Skousen erfolglos nach einer prägnanten Literatur zu diesem Thema gesucht hatte, erkannte er die dringende Notwendigkeit eines umfassenden Buches über das wahre Gesicht des Kommunismus.
Er benutzte seine FBI-Erfahrung und las mehr als hundert kommunistische Bücher und Abhandlungen. Unter den vielen Fragen, die die Kommunisten beantworten, sind: "Wer gab den Russen die Atomgeheimnisse der Vereinigten Staaten?", "Wie hat das FBI den Kommunismus bekämpft, nachdem er 1918 in den Untergrund gezwungen wurde?", "Warum hat der Westen nach dem Zweiten Weltkrieg 600 Millionen Verbündete verloren?", "Was ist wirklich in Korea passiert?", "Was ist die große Geheimwaffe des Kommunismus?", "Was liegt vor uns?", "Was kann ich tun, um den Kommunismus zu stoppen?" und "Wie können wir den Kommunismus ohne großen Krieg bekämpfen?"
Während der amerikanische Journalist und Publizist Max Blumenthal, dessen Vater der Berater des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton und langjähriger Vertrauter von Hillary Clinton war, das Buch als "rechtshändigen Verschwörungstrakt" verurteilte, lobten die Konservativen Glenn Beck und Ben Carson das Buch als eines, in dem der "gesamte progressive Plan ausgearbeitet" wurde. Es sei unglaublich, "wie schnell er umgesetzt wurde," sagte Letzterer von beiden.
2017 kam eine aktualisierte Ausgabe des Buches heraus, in dem nicht nur die 45 Ziele aufgeführt sind, sondern auch detailliert beschrieben wird, wie 44 dieser Ziele in den USA bereits erreicht wurden.
Die 45 Ziele aus "The Naked Communist" von W. Cleon Skousen:
1. US-Anerkennung der Koexistenz als einzige Alternative zum Atomkrieg.
2. US-Bereitschaft zu kapitulieren, statt Atomkrieg zu führen.
3. Entwickeln Sie die Illusion, daß die totale Abrüstung (durch) die Vereinigten Staaten eine Demonstration moralischer Stärke wäre.
4. Erlauben Sie freien Handel zwischen allen Nationen, unabhängig von der kommunistischen Zugehörigkeit und unabhängig davon, ob Gegenstände für den Krieg verwendet werden können oder nicht.
5. Verlängerung der langfristigen Darlehen an Rußland und sowjetischer Satelliten.
6. Amerikanische Hilfe für alle Nationen, ungeachtet der kommunistischen Herrschaft.
7. Garantiere Anerkennung von Red China. Aufnahme von Rotchina in die UNO.
8. Die Gründung von Ost- und Westdeutschland als getrennte Staaten trotz Chruschtschows Versprechen von 1955, die deutsche Frage durch freie Wahlen unter Aufsicht der UNO zu lösen.
9. Verlängern Sie die Konferenzen, um Atomtests zu verbieten, weil die Vereinigten Staaten zugestimmt haben, die Tests auszusetzen, solange die Verhandlungen laufen.
10. Erlauben Sie allen sowjetischen Satelliten eine individuelle Darstellung in der UNO.
11. Fördern Sie die UNO als einzige Hoffnung für die Menschheit. Wenn die Charta umge-

schrieben wird, fordern Sie, daß sie als Eine-Welt-Regierung mit eigenen unabhängigen Streitkräften eingesetzt wird. (Einige kommunistische Führer glauben, daß die Welt von der UNO genauso leicht übernommen werden kann wie von Moskau. Manchmal konkurrieren diese beiden Zentren miteinander, wie sie es jetzt im Kongo tun.)
12. Widerstehen Sie jedem Versuch, die Kommunistische Partei zu ächten.
13. Weg mit allen Treueiden.
14. Rußland weiterhin Zugang zum US-Patentamt gewähren.
15. Unterwandern Sie eine oder beide der politischen Parteien in den Vereinigten Staaten.
16. Verwenden Sie technische Entscheidungen der Gerichte, um grundlegende amerikanische Institutionen zu schwächen, indem Sie behaupten, daß ihre Aktivitäten die Bürgerrechte verletzen.
17. Bekommen Sie die Kontrolle über die Schulen. Benutzen Sie sie als Antriebsriemen für den Sozialismus und die aktuelle kommunistische Propaganda. Den Lehrplan aufweichen. Bekommen Sie die Kontrolle über die Lehrerverbände. Die Parteilinie in Lehrbücher einfügen.
18. Kontrollieren Sie alle Schülerzeitungen.
19. Verwenden Sie Studentenunruhen, um öffentliche Proteste gegen Programme oder Organisationen zu schüren, die unter kommunistischen Angriffen stehen.
20. Infiltrieren Sie die Presse. Erhalten Sie die Kontrolle über Buchbesprechungen, redaktionelle Beiträge und politische Positionen.
21. Kontrollieren Sie Schlüsselpositionen in Radio, TV und Kinofilmen.
22. Fahren Sie damit fort, die amerikanische Kultur zu diskreditieren, indem Sie alle Formen des künstlerischen Ausdrucks herabsetzen. Einer amerikanischen kommunistischen Zelle wurde gesagt, sie soll "alle guten Skulpturen aus Parks und Gebäuden eliminieren, und durch formlose, unbeholfene und bedeutungslose Formen ersetzen".
23. Kontrollieren Sie Kunstkritiker und Direktoren von Kunstmuseen. "Unser Plan ist es, häßliche, abstoßende, bedeutungslose Kunst zu fördern."
24. Beseitigen Sie alle Gesetze, die Obszönität regeln, indem Sie sie als "Zensur" und als Verletzung der Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit bezeichnen.
25. Brechen Sie kulturelle Moralstandards auf, indem Sie Pornographie und Obszönität in Büchern, Zeitschriften, Kinofilmen, Radio und Fernsehen fördern.
26. Präsentieren Sie Homosexualität, Degeneration und Promiskuität als "normal, natürlich, gesund".
27. Infiltrieren Sie die Kirchen und ersetzen Sie offenbarte Religion durch "soziale" Religion. Diskreditieren Sie die Bibel und betonen Sie das Bedürfnis nach intellektueller Reife, die keine "religiöse Krücke" braucht.
28. Beseitigen Sie das Gebet oder irgendeine Phase religiösen Ausdrucks in den Schulen mit der Begründung, daß es gegen das Prinzip der "Trennung von Kirche und Staat" verstößt.
29. Diskreditieren Sie die amerikanische Verfassung, indem man sie als unzulänglich, altmodisch, aus dem Takt mit den modernen Bedürfnissen bezeichnet und als Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen den Nationen auf weltweiter Basis.
30. Diskreditieren Sie die Gründerväter Amerikas. Präsentieren Sie sie als selbstsüchtige Aristokraten, die sich nicht um den "einfachen Mann" kümmern.
31. Verunglimpfen Sie alle Formen der amerikanischen Kultur und entmutigen Sie die Lehre der amerikanischen Geschichte mit der Begründung, daß sie nur ein kleiner Teil des "großen Ganzen" sei. Rücken Sie die russische Geschichte seit der Machtübernahme durch die Kommunisten stärker in den Vordergrund.
32. Unterstützen Sie jede sozialistische Bewegung, um zentralisierte Kontrolle über irgendeinen Teil der Kultur zu haben - Bildung, Sozialagenturen, Wohlfahrtsprogramme, Kliniken für

psychische Gesundheit, etc.
33. Eliminieren Sie alle Gesetze oder Verfahren, die den Betrieb des kommunistischen Apparates stören.
34. Beseitigen Sie den Hausausschuß für unamerikanische Aktivitäten.
35. Diskreditieren und demontieren Sie schließlich das FBI.
36. Infiltrieren Sie die Gewerkschaften und erlangen Sie Kontrolle darüber.
37. Infiltrieren Sie das Großkapital und gewinnen Sie Kontrolle darüber.
38. Übertragen Sie einige der Verhaftungsbefugnisse von der Polizei auf soziale Einrichtungen. Behandeln Sie alle Verhaltensprobleme als psychiatrische Störungen, die niemand außer Psychiater verstehen (oder behandeln) kann.
39. Beherrschen Sie den psychiatrischen Beruf und nutzen Sie die Gesetze zur psychischen Gesundheit als Mittel zur Erlangung von Zwangskontrolle über diejenigen, die sich kommunistischen Zielen widersetzen.
40. Die Familie als Institution diskreditieren. Ermutigen Sie Promiskuität und leichte Scheidung.
41. Betonen Sie die Notwendigkeit, Kinder von dem negativen Einfluß der Eltern fernzuhalten. Führen Sie Vorurteile, mentale Blockaden und Retardierungen von Kindern auf unterdrückenden Einfluß der Eltern zurück.
42. Schaffen Sie den Eindruck, daß Gewalt und Aufstand legitime Aspekte der amerikanischen Tradition sind, daß Studenten und Interessengruppen aufsteigen und mit vereinten Kräften wirtschaftliche, politische oder soziale Probleme lösen sollten.
43. Stürzen Sie alle Kolonialregierungen, bevor die einheimische Bevölkerung zur Selbstverwaltung bereit ist.
44. Internationalisierung des Panamakanals.
45. Aufhebung des Connally-Vorbehalts, damit die Vereinigten Staaten den Weltgerichtshof nicht daran hindern können, die Gerichtsbarkeit (über innenpolitische Probleme) zu ergreifen. Geben Sie dem Weltgerichtshof die Gerichtsbarkeit über Nationen und Einzelpersonen gleichermaßen.<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 9. Dezember 2017: >>**Martin Schulz will bis 2025 die Vereinigten Staaten von Europa gründen. Die meisten Deutschen sehen die Idee laut einer aktuellen Umfrage kritisch.**

Nicht einmal jeder dritte Deutsche ist für die Vereinigten Staaten von Europa. Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für die "Bild am Sonntag" befürworten nur 30 Prozent der Deutschen den Vorstoß von SPD-Parteichef Martin Schulz. 48 Prozent lehnen es dagegen ab, die EU bis 2025 zu Vereinigten Staaten von Europa umzubauen. 22 Prozent waren sich unsicher oder machten keine Angabe.

Schulz hatte die Idee am Donnerstag auf dem SPD-Parteitag formuliert. Er will erreichen, daß die Europäische Union bis 2025 einen gemeinsamen Verfassungsvertrag formuliert. Die EU-Mitglieder, die dieser föderalen Verfassung nicht zustimmen, müßten dann die EU verlassen.

Der Vorstoß war in Berlin mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Kanzlerin Angela Merkel ließ ihre Skepsis durchblicken, bezog aber nicht klar Stellung. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt wies den Vorstoß schroff zurück und nannte den SPD-Chef einen "Europaradikalen". "Schulz spaltet damit Europa", sagte er.

Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA gibt es schon weitaus länger als die Europäische Union. Die Sozialdemokraten haben sich bereits 1925 erstmals dafür ausgesprochen. Schulz nennt jetzt aber einen konkreten Zeitpunkt, bis zu dem dieses Ziel realisiert werden soll: 2025 - genau 100 Jahre nach dem ersten Beschluß der SPD zu diesem Thema.<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Dezember 2017:

>>**Was, wenn die Europäer sich vereinigen?**

Die "Vereinigten Staaten von Europa" gelten als illusionäre Idee. Aber Vorsicht: Staatenbünde können viele Formen annehmen. Gut möglich, daß am Ende eine tiefere Integration steht.

Die Sache funktionierte nicht richtig, im Grunde war es eine einzige Qual. "Die dreizehn Vereinigten Staaten von Amerika" hatten zwar schon 1776 ihre Unabhängigkeit vom britischen Mutterland erklärt, ihre Gemeinschaft also über die Abgrenzung von einem äußeren Gegner definiert. Über handlungsfähige politische Institutionen verfügten sie freilich nicht. Die Zentralgewalt oblag einem zerstrittenen "Kontinentalkongreß", der mangels Anwesenheit oft gar nicht beschlußfähig war. Das forsch eingeführte neue Papiergeld, ein "Kontinental-Dollar", geriet bald in die Krise.

Weil es so nicht mehr weiterging, trat 1787 in Philadelphia eine Versammlung zusammen, um über ein paar nötige Reparaturarbeiten für amerikanische Union und Dollarraum zu beraten. Vier Monate lang saßen die Entsandten der Einzelstaaten beisammen, heftige publizistische Fehden wurden geführt. Am Ende stand eine neue Verfassung, die den Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelte. Gesetze sollten nur in Kraft treten, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung und der Mitgliedstaaten sie befürworteten, dafür sorgte ein Zweikammerparlament. Sogar ein richtiges Staatsoberhaupt sollte es nun geben, "Präsident" genannt, über ein Gremium von Wahlleuten alle vier Jahre indirekt gewählt.

Schulz' Pläne gelten als illusionär

So etwas mag Martin Schulz vorgeschwebt haben, als er den Sozialdemokraten vergangene Woche die "Vereinigten Staaten von Europa" versprach - ein Schlagwort, das er dem SPD-Programm von 1925 entnahm, auch wenn es seit Adenauer und Churchill eher ein konservatives Projekt wurde. Irgendwie mußte er das Thema noch zuspitzen, mag sich der SPD-Vorsitzende gedacht haben. Daß Europa die Brücke sein würde, über die Deutschlands Sozialdemokraten den selbstgebuddelten Graben zur neuerlichen Regierungsbeteiligung überschreiten würden, war ja seit längerem klar. Aber was wäre das "Projekt"? Den Laden zusammenhalten? Auf den französischen Präsidenten zugehen? Das reichte nicht.

Was Schulz dann aussprach, gilt in Berlin und vielen anderen Hauptstädten allerdings als einigermaßen illusionär: Die große Rhetorik wecke nur neue Widerstände bei Europaskeptikern, bei den Befürwortern werde sie am Ende nur enttäuschte Hoffnungen hinterlassen. Und eine neue Verfassung samt der nötigen Volksabstimmungen gelten ohnehin als zu riskant, spätestens seit dem Brexit - auch wenn es viele durchaus charmant fänden, ökonomische Trittbrettfahrer wie die Regierungen in Warschau oder Budapest endlich zu einem klaren Bekenntnis zu zwingen. Von ihrer Austrittsrhetorik sind viele rechtspopulistische Bewegungen auf dem Kontinent ja schon abgerückt, mangels Rückhalt in der Bevölkerung.

Mehr zum Thema

Dabei sagt der Begriff der "Vereinigten Staaten", wie nicht nur das amerikanische Beispiel zeigt, über die künftige Struktur Europas noch relativ wenig aus. Jedes Mal, wenn sich verschiedene Staaten in der Geschichte zu einer größeren Einheit zusammenschlossen, war das Arrangement ein anderes. Das Deutsche Kaiserreich, ein Fürstenbund, führte einen ganzen Weltkrieg zwar mit gemeinsamem Oberbefehl, aber ohne eigenes Heer. Auf dem Schweizer Großflughafen Zürich ist die Kantonspolizei für die Sicherung der Außengrenze zuständig. Amerika überläßt den Einzelstaaten die Arbeitslosenversicherung, gewährt ihnen aber Hilfskredite bei besonderen wirtschaftlichen Krisen.

Um solche Fragen wird es 2018 auch in Europa gehen: Wie organisiert der Kontinent seine gemeinsame Verteidigung, sichere Außengrenzen (samt Asylregeln und Flüchtlingsverteilung), die Stabilisierung der Währung gegen künftige Krisen? Machen alle mit, wie es Juncker will, oder nur einige, was Macron verficht? Die Einigkeit über die Ziele ist groß, für die Mittel gilt das schon weniger. Was am Ende dabei herauskommt, mag - wie einst in Philadelphia -

durchaus ein Schritt in Richtung auf die "Vereinigten Staaten von Europa" sein. Auch wenn die Mehrzahl der Politiker das Wort vermeiden wird.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Dezember 2017 (x892/…): >>**Der totalitäre Dämon der Demokratie**

Osteuropäer, die lange Zeit unter einer kommunistischen Diktatur gelebt haben, sind oftmals empfindsamer und nachdenklicher, wenn es um eine politische Analyse der modernen liberal-demokratischen Gesellschaft geht, die sie seit den 1990er Jahren kennenlernten.

Eine der besten Analysen dieser Gesellschaftsordnung, die inzwischen die gesamte westliche Welt erobert hat, findet sich in dem soeben in deutscher Übersetzung erschienen Buch des polnischen Philosophen Ryszard Legutko: Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften. (Karolinger Verlag). Die Analyse des Katholiken Legutko ist in nahezu allen Punkten deckungsgleich mit den Studien des Civitas Instituts und sei hiermit unseren Freunden und Lesern dringend zur Lektüre empfohlen.

Kommunismus und liberale Demokratie haben die gleichen Wurzeln

Ausgangpunkt der Analyse der liberalen Demokratie ist die These des Autors, die er bereits in den 1980er Jahren bei Besuchen in Westeuropa entwickelt hat, daß der Kommunismus und die liberale Demokratie die gleichen Wurzeln haben. Das bedeutet natürlich nicht, daß beide dasselbe sind. Beide Systeme sind allerdings hinsichtlich des Totalitarismus, der in ihnen liegt, nicht wesentlich, sondern nur graduell verschieden. Selbstverständlich gibt es in den liberalen Demokratien keine Verhaftungen, Gefängnisstrafen oder Folter wegen abweichender Meinungen, wie im Kommunismus.

Auch andere abartige Erscheinungsformen des Kommunismus sind dem Liberalismus fremd, doch der Liberalismus ist gerade deswegen viel erfolgreicher in der Durchsetzung seiner Ideologie. Menschen die nicht mitmachen werden sozial isoliert, für extrem rückständig erklärt, als Rechtsradikale verunglimpft und auf vielfache andere Weise aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, das dadurch immer einförmiger und gleichgeschalteter wird.

Immer weniger Menschen wagen es so, grundsätzlich die liberale Demokratie in Frage zu stellen und passen sich an. Dies gilt besonders auch für kirchliche Gemeinschaften. Die europäischen katholischen Kirchen haben inzwischen mehr oder weniger vollständig sich der Ideologie der liberalen Demokratie unterworfen und gehören oft zu den entschlossensten Verteidigern derselbe, was besonders in der gebetsmühlenartigen Wiederholung der "Menschenrechte" zum Ausdruck kommt, die eine der wichtigsten ideologischen Bestandteile der liberalen Demokratie ist.

Die Ideologie der Gleichheit

Das gemeinsame Fundament von liberaler Demokratie und Kommunismus ist nach Legutkos Analyse die *Ideologie der Gleichheit*. Diese Ideologie ergreift immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens und dringt bis in die Schlafzimmer der Eheleute ein. Es geht dabei schon lange nicht mehr um eine Gleichheit vor dem Gesetz, sondern um eine Gleichheit in allen Bereichen, um eine totale Gleichschaltung des gesamten Lebens.

Von hier aus sind die Ideologien des Feminismus, des Genderismus, der "Ehe für alle", der Menschenrechte und vieles mehr zu erklären, aber ebenso der Haß gegen jede Hierarchie und Ordnung in der Gesellschaft, der Haß gegen die Familie und alle natürlichen Gemeinschaften wie Volk und Nation, die stets in sich hierarchisch gegliedert sind und deshalb nach Auffassung der Kommunisten und der liberalen Demokraten vernichtet werden müssen.

Das Buch gliedert sich in fünf Kapiteln, einem Vorwort und einen sehr pessimistischen Schlußwort. Die in sich mit verschiedenen numerierten Unterkapiteln versehenen Kapitel lauten: 1. Geschichte, 2. Utopia, 3. Politik, 4. Ideologie und 5. Religion. Das Buch ist bereits 2012 in Polen erschienen, daher sind neuere Entwicklungen seit dieser Zeit nicht berücksichtigt, doch die Analyse bestätigt voll und ganz, was in den seither vergangenen fünf Jahren

geschehen ist.

Grundidee von der Geschichte: ständiger Fortschritt

Im Kapitel "Geschichte" zeigt der Autor, daß die Grundidee von Geschichte als ständiger Fortschritt hin zu einer immer besseren Welt, die aber durch menschliche Aktivität durchgesetzt werden muß, beim Kommunismus und Liberalismus identisch ist. Solch eine Vorstellung der Geschichte beinhaltet bereits den Totalitarismus, weil alle Kräfte, die diesen Fortschritt behindern, beseitigt werden müssen um das endgültige Glück zu erreichen. "So ist die liberale Demokratie - wie der Kommunismus - zu einem System geworden, das alle Lebensbereiche durchdringt". "In gewisser Weise ist die liberale Demokratie eine viel heimtückischere ideologische Mystifikation als der Kommunismus."

"Menschenrechte"

Ausführlich kommt der Autor auch auf die Ideologie der Menschenrechte zu sprechen, die von liberalen Demokraten ununterbrochen herausgestellt wird. Allein dies sollte Grund genug sein, daß Christen sich von diesem Begriff fernhalten. Es beginnt mit der Veränderung des Begriffs der menschlichen Würde, die jedem bedingungslos zukommt, was eine wesentliche Veränderung dieses Begriffs im Vergleich zur Antike und zum Mittelalter darstellt.

Der klassische Würdebegriff ist mit einer Verpflichtung verbunden, er hängt mit einem tugendhaften Leben zusammen. Von dem "angenommen wurde, er besitze Würde", von dem "wurde erwartet, daß er sich seiner höheren Stellung entsprechend benahm". Würde mußte erworben werden durch ein vorbildliches und tugendhaftes Leben und konnte auch wieder verloren gehen, wenn er würdelos handelt.

"Die Idee, daß menschliche Wesen unveräußerliche Rechten haben sollen, ist nicht einleuchtend und extrem schwer zu begründen. Sie hätte einen gewissen philosophischen Sinn, wenn sie von einer starken Theorie der menschlichen Natur abgeleitet worden wäre, wie sie in der klassischen Metaphysik zu finden ist." Genau dies ist die Position des Civitas Instituts, die wir bereits seit über 10 Jahren zu vermitteln suchen:

Nur das Naturrecht bietet ein Fundament für wirkliche Rechte des Menschen und für eine menschliche Würde. Doch genau dagegen wendet sich die Menschenrechtsideologie und die dazu gehörende "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" von 1948, wie der Autor des Buches zeigt. "Die Würde, so wie sie in der "Deklaration der Menschenrechte" interpretiert wird, hat nichts mehr mit Verpflichtungen zu tun, sondern mit Ansprüchen und Berechtigungen.".

Immer wieder weist Legutko auf den "anthropologischen Minimalismus" hin, der sowohl Kommunismus als auch Liberalismus kennzeichnet. Die Theorie ist geradezu primitiv, sie basiert, wie gesagt, auf die Idee der totalen Gleichheit und der Unvermeidlichkeit des Fortschritts in der Geschichte.

Kommunismus und Liberalismus sind Ideologien

Im zweiten Kapitel mit den Titel "Utopia" zeigt der Autor, daß sowohl der Kommunismus als auch die liberale Demokratie Utopien sind und das dieser utopische Charakter ein weiterer Schlüssel zum Verständnis des Totalitarismus der Demokratie ist. "Der liberale Demokrat meint: Sollte die liberale Demokratie abgelehnt werden, wird die Gesellschaft einem autoritären Regierungssystem, dem Faschismus und der Theokratie (religiöse Herrschaftsform) zum Opfer fallen."

Dies erklärt die Terminologie der "Alternativlosigkeit" in liberalen Demokratien, der von den meisten Menschen geteilt wird und den weltweiten "Kampf gegen Rechts" in allen liberaldemokratischen Staaten. Diese sind Bestandteile der Ideologie des Liberalismus und haben nichts mit der Realität zu tun. Allein die Suche nach einer Alternative zur liberalen Demokratie gilt bereits als gefährlich und als "verantwortungsloses Unterfangen".

Oft wird zur Stützung der Alternativlosigkeit der liberalen Demokratie ein Zitat von Churchill

angeführt, das, wie der Autor zeigt, stets verfälscht und nicht im Kontext wiederholt wird. Wenn man den Satz in Sinne liest von "Demokratie ist nicht gut, aber es ist kein anderes, besseres System erfunden worden", führt der Autor dagegen an: "Auch wenn viele diesen Satz für unstrittig richtig halten, ist er trotzdem falsch. Denn das bessere System ist erfunden worden. Er wurde konzeptionell in der Antike als Ergebnis langer Debatten über das beste politische System entwickelt.
Das Konzept erschien zuerst in den späten Werken Platos und wurde von Aristoteles weiterentwickelt." Thomas von Aquin hat dieses System - einer Kombination aus Demokratie, Aristokratie und Monarchie - auf der Grundlage des Aristoteles noch einmal weiterentwickelt. Davon ist freilich heute nichts mehr übriggeblieben. Die frühen demokratischen Staaten und selbst die BRD, und besonders die USA, wurden zunächst als solche hybriden Republiken gegründet, doch entwickelten sie sich dann oft recht schnell zu liberalen Demokratien. Republik und Demokratie sind nicht identisch, worauf der Autor in einer kurzen Untersuchung hinweist. Auch dies ist heute längst "vergessen".
In einer Republik steht das Gemeinwohl im Zentrum - eine Idee, die bereits von Anfang an in der Antike ins Zentrum der Politik gestellt wurde. Der Liberalismus zerstört den Gedanken des Gemeinwohls, weil er keine Gemeinschaften anerkennt, sondern nur Individuen. "Als Endprodukt dieser Entwicklung hört der Staat in der liberalen Demokratie auf, das Gemeinwohl zu vertreten. Er wurde statt dessen zur Geisel von Gruppen, die ihn ausschließlich als Instrument ihrer eigenen Interessen behandelten." Dieser Satz erklärt die Politik der "Minderheiten" in der gegenwärtigen Politik: Politik für Frauen, Schwule und Lesben und alle weiteren Gruppeninteressen, denen Privilegien zugesprochen werden, die dem Gemeinwohl oftmals sogar deutlichen Schaden zufügen.

Volonté générale und radikaler Totalitarismus

"Wir beobachten seit einigen Jahrzehnten die Entstehung eines liberal-demokratischen allgemeinen Willens", einer Idee, die auf Rousseau zurückgeht und an die Stelle des Gemeinwohls tritt. Diese Idee des "allgemeinen Willens" impliziert einen radikalen Totalitarismus, der das gesamte öffentliche und private Leben durchdringt.
"Durch die Tätigkeit und den Geist der Menschen kann der liberal-demokratische allgemeine Wille allem und jedem seinen Stempel aufdrücken, auch denen, die entschlossen für andere Richtungen sein sollten." Kommunisten und Sozialisten verteidigen ihre Positionen, doch sie versuchen zu zeigen, daß sie noch viel toleranter, demokratischer, liberaler, pluralistischer, inklusiver usw. usf. sind, als die anderen Parteien. Und selbst die Konservativen entziehen sich nicht dieser Toleranzideologie des allgemeinen Willens der liberalen Demokraten.
Hier ist die Erklärung für die Entwicklung der CDU/CSU, bzw. aller ehemaliger konservativen Parteien Europas: "Die Konservativen, die eigentlich sowohl den Sozialisten als auch den Liberal-Demokraten widersprechen müßten, argumentieren allen Ernstes, daß auch sie offen, pluralistisch und tolerant seien, alle Leistungsansprüche unterstützen und auch für die Forderung von feministischen und homosexuellen Aktivisten offen seien.
Auch in dem, was sie verurteilen, sind sich Liberal-Demokraten, Sozialisten und Konservative einig: Sie verurteilen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Diskriminierung und Intoleranz so wie all die anderen Sünden, die im liberal-demokratischen Katechismus aufgelistet sind. Zugleich dehnen sie die Begriffe unendlich aus …"
Es ist ungemein schwierig geworden, sich diesem Druck zu entziehen, aber Konservative und Christen, die dies wahrhaft bleiben wollen, sollten sich diesem Druck nicht unterwerfen. Sagen Sie lieber: "Ja, wir sind intolerant, rassistisch, homophob und was auch immer. Doch was bedeutet das denn? Wir unterwerfen uns niemals dieser kranken liberal-demokratischen Ideologie!" Man wird uns des "Hate speech" bezichtigen, doch auch dies ist nur ein Mittel der Unterwerfung.

Ohne Widerstand wird dieses System immer schneller seinen totalitaristischen Anspruch durchsetzen, zumal im Hintergrund dieser gesamten Entwicklung die brutalste und totalitärste Organisation steht, die es derzeit gibt: die Europäische Union. Der Autor weist darauf hin: "Eine europäische Perestroika würde die EU nicht überleben." Für die Zukunft der EU gibt es nur eine Perspektive: Die völlige Zerschlagung. Eine Reformierung ist nicht möglich, sie wird ihre Ansprüche durchsetzen und sich mehr und mehr zu einer EUdSSR verwandeln.

Nicht Auswüchse der liberalen Demokratie, sondern deren Wesen

Es müßte noch viel mehr über dieses großartige Buch gesagt werden und wir haben erst die Hälfte des Bandes vorgestellt, aber schon jetzt unsere Leser etwas überbeansprucht. Das Besondere dieser Analyse liegt (a) in der Zusammenschau und Begründung all der Phänomene, mit denen Konservative und Christen heute ständig konfrontiert werden und (b) in dem Ergebnis der Analyse, daß alle diese grauenhaften Erscheinungen und der zunehmende Druck auf Konservative und Christen, die zunehmende Unterdrückung von Gegnern der modernen Ideologie und die Gleichschaltung aller Medien keine Auswüchse des Systems sind, sondern genau das Wesen der liberalen Demokratie widerspiegeln.

Daher ist es nicht mit einer Kritik an einzelnen Auswüchsen getan, wie sie z.B. von der AfD und anderen Konservativen heute geübt wird, wobei man ständig zugleich versichert, man sei doch tolerant und liberal etc. Die Kritik muß grundsätzlicher ansetzen und die liberale Demokratie selbst in Frage stellen.

Dies wird selbstverständlich dazu führen, daß Personen und Organisationen, die dies tun, zu Verfassungsfeinden und Nazis erklärt werden, obwohl das deutsche Grundgesetz nicht für eine liberale Demokratie geschaffen wurde, sondern von diesen liberalen Demokraten in Beschlag genommen und für ihre totalitären Zwecke verfälscht wurde. Aber ohne die Bereitschaft zu Opfern, ohne die Bereitschaft, seine eigene Identität zu bewahren und nicht der Ideologie zu unterwerfen, wird es keine Änderung zum Besseren geben.

Ist die liberale Demokratie das letzte Stadium des Menschen?

Aber auch dann, wenn man Widerstand leistet, z.B. gegen die Gleichschaltung der Sprache und den ständigen Meinungsterror der liberalen Demokratie, kann man nicht viel erwarten. Der Autor ist sehr pessimistisch, was eine Überwindung der liberalen Demokratie angeht:

"Sicherlich werden noch neue Rechte erfunden werden, damit alle noch gleicher werden, die feministische Ideologie wird noch absurdere Wege einschlagen und die Menschen, die so stolz auf ihre intellektuelle Unabhängigkeit sind, werden wieder alles schlucken und akzeptieren." … Dieses Kapitel wird auch die Erfüllung dessen beinhalten, was der Kommunismus geplant hatte, jedoch zum großen Bedauern seiner Anhänger nicht verwirklichen konnte: die Verschmelzung des Menschen mit dem System und des Systems mit dem Menschen."

Vielleicht führt der Widerstand nicht zu einer Alternative. Doch die Wenigen, die trotzdem Widerstand leisten, können erhobenen Hauptes ihre Identität bewahren und widerstehen so dem Massenwahn der liberalen Demokratie. Anders läßt sich wohl auch nicht das Recht Gottes, seine Königherrschaft in Staat und Gesellschaft, verteidigen.

Ryszard Legutko, *Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften*, Karolinger Verlag, Wien und Leipzig 2016, 188 Seiten …<<

Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtete am 27. Dezember 2017: >>**Die Hierarchie der Verschwörer - Das Komitee der 300**

Von Gastautor John Coleman

Das Buch von Dr. Coleman "Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300" veranschaulicht wer die Fäden in dieser Welt zieht. Von der Öffentlichkeit unbemerkt, lenkt eine kleine elitäre Gruppe die Weltgeschehnisse.

Ein Exposé der geheimsten Gesellschaft in der Welt: Können Sie sich eine allmächtige Gruppe vorstellen, die keine nationalen Grenzen kennt, über dem Gesetz aller Länder steht und die

alle Aspekte der Politik, der Religion, des Handels und der Industrie, des Banken- und Versicherungswesens, des Bergbaus, des Drogenhandels und der Erdölindustrie kontrolliert - eine Gruppe, die niemandem als ihren eigenen Mitgliedern gegenüber verantwortlich ist?
Die überwiegende Mehrheit der Menschen hält dies für unmöglich.
Doch daß es eine solche Körperschaft gibt - das Komitee der 300 -, wird in dem Buch "Das Komitee der 300: Die Hierarchie der Verschwörer" anschaulich dargestellt.
Es gibt Politiker und Publizisten, die versuchen, diese Probleme anzugehen, sprechen oder schreiben über "sie". Colemans Buch sagt genau, wer "sie" sind und was "sie" für unsere Zukunft geplant haben.
Ereignisse, die seit der Erstveröffentlichung dieses Buches abgelaufen sind, sprechen Bände über die Richtigkeit der getroffenen Vorhersagen.
Nachfolgend ist ein Ausschnitt "Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300" aufgelistet, der die wichtigsten Ziele dieser Machtelite behandelt.
"Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300"
Diese Ziele sind:
Die Eine-Welt-Regierung, d.h. eine Neue Weltordnung (New World Order) mit einer **einheitlichen Kirche und einem einheitlichen finanziellen System** unter ihrer Direktion zu schaffen. Nicht viele Leute sind sich dessen bewußt, daß die Eine-Welt-Regierung begann, ihre "Kirche" in den zwanziger und dreißiger Jahren zu errichten, da sie realisierten, daß dem Menschen ein religiöses Bedürfnis angeboren ist und einen Ausdruck haben muß. Deshalb begannen sie, einen "Kirchen-Körper" zu bilden, der den Glauben in die von ihnen gewünschte Richtung lenken sollte.
Um die völlige **Zerstörung aller nationalen Identitäten und allen nationalen Stolzes** zu erzielen - verkörpert in dem alten Spruch "Pride of Face, Pride of Race, Pride of Place" ("Stolz auf das eigene Gesicht, Stolz auf die Rasse, Stolz auf die Herkunft) - war es eine primäre Überlegung in dem Konzept der Eine-Welt-Regierung, die Individualität aller Leute auszurotten, um die "Masse" zu kreieren.
Die **Zerstörung der Religion** in die Wege zu leiten und auch auszuführen, **insbesondere die der christlichen Religion**, mit einer Ausnahme: die Mischreligion der "Eine-Welt-Regierung".
Die Fähigkeit zur **Kontrolle der einzelnen Person durch Mittel der Bewußtseinskontrolle**; außerdem das, was Brzezinski als "Technotronics" bezeichnet: die **Erschaffung menschenähnlicher Roboter** (genetisch geschaffene Klone) **und ein System des Terrors**, das Felix Dserschinskis Roten Terror im Vergleich dazu milde aussehen lassen würde.
Das **Ende aller Industrialisierung** und der Produktion von nuklear generiertem elektrischem Strom herbeizuführen, mittels dem, was sie eine "Post-Industrielle Nullwachstumsgesellschaft" nennen, ausgenommen in der Computer- und Dienstleistungsindustrie. Die verbleibende Industrie der Vereinigten Staaten würde in Länder wie Mexiko und den Fernen Osten exportiert werden, wo Sklavenarbeit in Hülle und Fülle vorhanden sei.
Wie wir seit 1993 sahen, entwickelte sich dies tatsächlich durch den Erlaß des *North American Free Trade Agreements*, bekannt als *NAFTA*. (Es wurde seitdem durch *GATT* und die Welthandelsorganisation *WTO* "verbessert"). Unbeschäftigbare in den Vereinigten Staaten, die sich im Anfangsstadium industrieller Zerstörung befinden, würden entweder opium-, heroin-, oder kokainabhängig werden, oder sie würden im Prozeß der Eliminierung "überflüssiger Bevölkerung" nurmehr statistische Zahlen sein; dies kennen wir heute als den *Global 2000 Report*.
Den **Gebrauch von Drogen zu fördern** und vielleicht zu legalisieren, und **Pornographie zu einer "Kunstform" zu machen**, die weithin akzeptiert wird und eventuell allgemein weit verbreitet. Als neueste Entwicklung können wir vermelden, daß die Pornographie sich bis

2004 in der "Mainstream-Kultur" festgesetzt hat, und daß das Theater in Australien offen Pornographie in eigentlich nicht-pornographischen Stücken zeigt. Dies nennt man "Wirklichkeits-Programmierung".
In Holland machte die erwünschte "Wirklichkeit" einen Entwicklungssprung, als am 10. Oktober 2005 der Film *Das Leben, Sex und Drogengenuß* auf *BNN* gezeigt wurde, dem holländischen Jugendkanal. Danach gab es "Diskussionsrunden", um verschiedene Ansichtsweisen vorzustellen. Der Film handelt über einen 26-jährigen Holländer, der auf eine Kneipentour geht und Heroin in Pillenform einnimmt. Anschließend geht er nach Hause, zieht sich in der Gegenwart seiner Mutter LSD rein, findet eine Gespielin und befriedigt sie oral.
Die im Film gestellte Frage lautete: "Wer genoß den Sex mehr, der Mann oder die Frau?" Diese zur Schau gestellten Perversionen sind **Teil des Programms einer langanhaltenden, auf die Manipulation der Psyche gerichteten Konditionierung**. Das *Tavistock-Institut* hat die Regeln hierfür im Jahre 1946 eingeführt. Sie werden dem Grunde nach bereits von Oswald Spengler in seinem monumentalen Werk *Der Untergang des Abendlandes* vorausgesehen und sind Teil einer Strategie, die westliche Kultur zu zerstören.
Eine weitere Absicht der Menschenmanipulateure ist es, **große Städte zu entvölkern**, entsprechend den Versuchen, die das kommunistische Pol-Pot-Regime in Kambodscha durchgeführt hat. Es ist interessant zu wissen, daß die massenmörderischen Pläne von Pol Pot durch die Forschungsinstitutionen des *Club of Rome* in den Vereinigten Staaten inspiriert gewesen sind. Thomas Enders, ein hochrangiger Beamter des US-Außenministeriums, war mit ihrer Ausarbeitung betraut. Es ist ebenso interessant zu wissen, daß das *Komitee* versuchte, die Schlächter Pol Pots in Kambodscha wieder an die Macht zu hieven, damit sie einer Verurteilung als Massenmörder entgehen konnten.
Alle wissenschaftlichen Entwicklungen zu unterdrücken, außer jenen, die das Komitee für nützlich hält. Im Fadenkreuz ist besonders die Nutzung nuklearer Energie für friedliche Zwecke. Nationen, die auf den Aufbau nuklearer Energiestationen bestanden, mußten heruntergewirtschaftet werden.
Beispiele von Nationen, mit denen man sich "beschäftigen" mußte, sind der Iran, Argentinien, Südafrika und Pakistan. Besonders verhaßt sind die Fusionsexperimente, verhöhnt und lächerlich gemacht durch das *Komitee* und ihre unterwürfige Presse. Die Entwicklung von *Fusion Torch*-Technologie würde das Konzept der "beschränkten natürlichen Ressourcen" des *Komitees* völlig ad absurdum führen.
Ein *Fusion Torch*, falls richtig genutzt, könnte unbegrenzte und bisher unangezapfte natürliche Rohstoffe liefern, sogar aus den gewöhnlichsten Substanzen. Die Nutzung von *Fusion Torch* ist eine Legion; diese Technologie würde der Menschheit in einer Weise helfen, die von der Öffentlichkeit bis jetzt nicht im Geringsten verstanden wird. Mehrere Wissenschaftler haben ihrer Ansicht Ausdruck verliehen, daß Fusionstechnologie neue Ölressourcen schaffen könnte.
Durch begrenzte Kriege in den Industrieländern **soll eine Verminderung der Bevölkerung**, die einen "Überfluß hinsichtlich des bestehenden Bedarfs" darstellen, **erzielt werden.** In den Ländern der Dritten Welt will man dasselbe **durch Hungersnöte, Krankheiten und Pandemien** erreichen, nämlich den **Tod von drei Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050** - Bertrand Russels "nutzlose Esser" sollen verschwinden. Das *Komitee der 300* beauftragte Cyrus Vance, ein Dokument über das Thema zu schreiben, wie ein solcher Massenmord am besten zu bewerkstelligen wäre.
Die Studie wurde erstellt, und Vance präsentierte sie unter dem Titel *Global 2000-Report*. (Wir nahmen darauf bereits Bezug.) Sie wurde geprüft und durch den früheren US-Präsidenten James Earl "Jimmy" Carter und durch Edwin Muskie, den damaligen Außenminister, im Auftrag der US-Regierung für gut befunden. Nach den Richtlinien des *Global 2000-*

Reports soll die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bis in das Jahr 2050 um 100 Millionen reduziert werden.
Um **das moralische Rückgrat der Nationen zu schwächen**, instrumentalisierte das *Komitee* (Hollywood-)"Stars", die der Masse den Weg zeigen sollten. Die Institution der Ehe konnte durch diese mediale Dauerberieselung untergraben und das eheliche Geschlechtsleben pervertiert werden. Die Gossensprache fand Eingang in alle sozialen Schichten, der Konsum von Drogen wurde salonfähig gemacht, aufreizende Moden sollten den Sextrieb anstacheln.
Einige der führenden "Stars", die besonders für diesen Zweck quasi durch die Sozialwissenschaftler des *Tavistock-Institutes* geschaffen wurden, waren "Madonna", Kate Moss und Britney Spears.
Viele der heutigen sogenannten "Stars" im Filmgeschäft, auf Bühnen und in Theatern, in der Modeindustrie, in Talkshows, wie Bob Barker von *The Price is Right* (deutsche Entsprechung: *Der Preis ist heiß*), "Rosie O'Donell" und Ellen DeGeneres, würden unglücklich sein, zu erfahren, daß sie kaum mehr als das Endprodukt Edward Bernays', des Neffen von Sigmund Freud, sind. Sie haben ihre Karriere H. V. Byron, Dicks, Madeline O'Hare, den "Stars" unter den Sozialwissenschaftlern im *Tavistock-Institut* zu verdanken.
Weil Arbeitsplätze verschwinden, dank der postindustriellen Nullwachstumspolitik, die durch den *Club of Rome* eingeführt wurde (insbesondere zielt man auf die Stahl- und die Werkzeugherstellung sowie auf Maschinen- und Schiffbau), sieht der Bericht demoralisierte und entmutigte Arbeiter voraus, die nicht mehr länger beschäftigbar sind; sie sind Überbleibsel des industriellen Zeitalters von Amerika, die, um sich zu trösten, Alkohol und Drogen nehmen. Die Jugend des Landes wird durch Rockmusik, Drogen und später Pornographie ermutigt werden, gegen den Status Quo zu rebellieren, und so die Familie zu unterminieren und letztlich zu zerstören.
Zur Durchführung dieser Absicht beauftragte das *Komitee der 300* das *Tavistock-Institut* zur Entwicklung eines Plans, wie dies erreicht werden könne. *Tavistock* beauftragte das *Stanford Research Institute*, diese Arbeiten unter der Direktion von Professor Willis Harmon aufzunehmen. Diese Arbeit wurde später als die *"Aquarian Conspiracy" ("Wassermann-Verschwörung")* bekannt.
Weiteres Ziel ist, **die Völker überall davon abzuhalten, ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, indem eine inszenierte Krise der nächsten folgt**, um dann der Öffentlichkeit die Notwendigkeit vor Augen zu führen, daß man solche Krisen "managen" müsse. Diese inszenierten Krisen werden die Bevölkerung verwirren und demoralisieren - bis zu dem Punkt, an dem sie mit zu vielen Wahlmöglichkeiten konfrontiert werden.
Massenhafte Apathie wird das Resultat sein. Seit dieser Plan im Jahre 1991 geschrieben wurde, ist den Vereinigten Staaten diese "Schocktherapie" verabreicht worden. Sie hat eine landesweite Krankheit hervorgerufen, bei der sogar die unglaublichsten Zustände keinen Protest oder Bedenken hervorrufen. In den Vereinigten Staaten ist bereits eine Agentur für Krisenmanagement eingerichtet worden. Sie nennt sich *Federal Emergency Management Agency (FEMA / Föderale Notstands-Management-Behörde).* Ich habe deren Existenz 1980 offengelegt. (Wir werden im weiteren Verlauf noch mehr über die *FEMA* erfahren.)
Ein weiteres Ziel ist es, **neue Kulte einzuführen und weiterhin die bereits funktionierenden zu unterstützen**, eingeschlossen "Rock-Music Gangsters" wie Mick Jaggers "Rolling Stones" (eine Gruppe, die von der europäischen *Black Nobility (schwarzer Adel)* favorisiert wird) und alle die anderen von *Tavistock* kreierten "Rock-Gruppen", die mit den "Beatles" begannen. Die damit verbundene Absicht besteht darin, durch das Beispiel von "Stars" das Interesse an heidnischen Ritualen und religiösen Praktiken zu stärken, beispielsweise am Kult der Kabbala.
Bis in das Frühjahr 2005 hatten sich Kabbala-Kulte bereits über die ganze USA verbreitet.

Shirley McLaine, "Madonna" und Demi Moore wurden mit der Verbreitung dieser ausländischen, quasi-religiösen Praxis beauftragt. Kabbala-Gruppen schießen nun in Amerika wie Pilze aus dem Boden, aber nirgends ist ihr Wachstum produktiver als in Hollywood.
Des Weiteren will man **den christlichen Fundamentalismus weiter aufbauen**, dessen Grundstein von John Nelson Darby, einem treuen Diener der *British East India Company* gelegt worden ist. Es wurde weder erklärt, wie es für Darby möglich war, das ganze Land ausgiebig zu bereisen, da er in den USA angeblich als armer Priester ankam, noch sind seine mysteriösen "europäischen Verbindungen" je erklärt worden.
Unter diesen "Kontakten" waren John Henry und Francis Newman, die Gebrüder Frère, Joseph Wolff, Lady Powercourt, Carlyle und der reiche Banker Henry Drummond. Sicherlich kamen diese Leute aus einer reichen, privilegierten Klasse Englands, mit starken Verbindungen in das wohlhabende Europa, und es wird behauptet, daß die *Church of the Brethren (Kirche der Brüder)* aus diesen Kreisen abstammen solle.
Laut der Recherche Otto J. Scotts ("The Secret Six") wurde "ein sehr legitimer Wunsch, nämlich die Sklaverei zu beenden, durch sechs reiche Männer in die Irre geleitet (Männer, die das Christentum aufgegeben hatten; J. C.); dieser Wunsch wurde in den blutigen Konflikt umgelenkt (den Amerikanischen Bürgerkrieg; J. C.), der die Nation spaltete und nicht zu reparierende Störungen in die Rassenbeziehungen brachte."
Von den *Secret Six*, den *Geheimen Sechs*, ist bekannt, daß sie eng mit den *300* verbunden waren. Von den *Geheimen Sechs* schrieb Scott, daß sie in Boston verblieben waren, und in den 1850ern Kansas ausgewählt hatten, um ihre Ideen zu testen und ihre "Ziele nach vorne zu bringen". (Quelled: Laqueur, Walter: *A History of Zionism - From the French Revolution to the Establishment of the State of Israel*; Weidenfeld and Nicolson, London 1972)
Die christlich-fundamentale Bewegung sollte ein Kanal für die **Stärkung des Staates Israel** sein, indem der Staat Israel mit dem biblischen Israel gleichgesetzt wurde, und durch die Akzeptanz der Theorie von "Gottes auserwähltem Volk". Außerdem glaubt man ernsthaft, durch großzügige Spenden für Israel das Christentum fördern zu können. Diese Sichtweise übersieht die Tatsache, daß das moderne Israel als ein politischer, zionistischer Staat und nicht als ein religiöser Staat gegründet worden war. (Quelle: ebenda)
Es geht zudem darum, die Ausbreitung von religiösen Kulten wie die Moslembruderschaft, den Moslemischem Fundamentalismus und die indischen Sikhs zu fördern, und darum, Bewußtseins-Kontrollexperimente in der Art von Jim Jones und des "So of Sam" (David Berkowitz) auszuführen. Es gilt festzuhalten, daß Ayatollah Khomeini in seiner späteren politischen Funktion eine Schöpfung der *British Military Intelligence Division 6* war, im allgemeinen bekannt als *MI6*, wie ich das bereits in meinem Buch *What Really Happened in Iran* (deutsch, *Was sich wirklich im Iran abspielte*) 1985 berichtete. Dieses detaillierte Werk zeigt Schritt für Schritt den Prozeß auf, durch den die Regierung der Vereinigten Staaten Khomeini an die Macht brachte.
Ideen einer "religiösen Befreiung" sollen in der Welt verbreitet werden, **um so alle existierenden Religionen zu unterminieren, aber insbesondere die christliche Religion**. Dies begann mit der *Jesuit Liberation Theology*, die der Somoza-Familienherrschaft in Nicaragua ein Ende setzte und die El Salvador in 25 Jahren "Bürgerkrieg" zerstörte. Costa Rica und Honduras wurden ebenfalls in revolutionäre Aktivitäten verwickelt, die durch die Jesuiten angezettelt wurden.
1991 sahen wir, wie Nicaragua zerrissen wurde, wie Peru durch einen Guerillakrieg in Mitleidenschaft gezogen wurde, wie eine stabile Regierung in Chile gestürzt wurde. Wir erlebten Revolutionen in Venezuela und Argentinien, die vorher durch Kriege wirtschaftlich auf die Knie gezwungen worden waren. Serbien und der Irak wurden als Staatengebilde völlig zerstört.

Ein weiteres Ziel ist, einen völligen Kollaps der Weltwirtschaft und ein totales politisches Chaos zu erzeugen.
Schließlich geht es auch darum, die Kontrolle über die US-Außen- und Innenpolitik zu übernehmen.
Letztendlich will man supranationalen Institutionen die größtmögliche Unterstützung zuteil werden lassen, z.B. den *Vereinten Nationen*, dem *Internationalen Währungsfonds (IWF)*, der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich*, dem *Internationalen Gerichtshof*. So weit möglich, sollen lokale Institutionen dazu gebracht werden, weniger effektiv zu werden, um sie damit schrittweise entmachten zu können oder sie unter die Fittiche der UNO nehmen zu können.
Alle Regierungen sollen unterwandert und zerrüttet werden, von innen heraus soll die souveräne Integrität der Nationen zerstört werden - dies alles unter dem Deckmantel der Verbreitung der "Demokratie", als einem angeblichen Bollwerk gegen den Terrorismus.
Ein weltweiter, terroristischer Apparat soll organisiert und mit gesetzestreuen Regierungen, auf deren Territorien "terroristische Aktivitäten" ablaufen, Kapitulationsbedingungen verhandelt werden. Den USA soll erlaubt werden, eine permanente militärische Basis in diesen Ländern aufzubauen, die unter dem Vorwand, der Bevölkerung die Segnungen der Demokratie zu bringen, installiert wird.
Eine weitere Absicht besteht darin, die Kontrolle des gesamten Erziehungswesens in den USA zu übernehmen, mit der Absicht und dem Zweck, sie vollkommen durch "graduated change" ("abgestufte Änderung") von Schulplan und Lehrmethoden zu zerstören. Ungefähr ab 1993 wurden die Auswirkungen dieser Richtlinien offensichtlich, und sie werden sogar noch destruktiver werden, wenn man auch in den Grund- und Mittelschulen damit anfangen wird, nach den Richtlinien der "Outcome Based Education" ("ergebnisorientierte Erziehung") zu unterrichten.
Der durchschnittliche Amerikaner weiß gerade noch aus seinen Schultagen, daß die Vereinigten Staaten eine Geschichte von 250 Jahren haben, aber ist sich zumeist unsicher und kennt keine Details. Sein Wissen über die Verfassung ist minimal.
Er ist ebenfalls blind für die Tatsache, daß scheinbar miteinander nicht in Zusammenhang stehende Geschehnisse und "Unfälle" der Geschichte tatsächlich eng miteinander verbunden sind; geplant und initiiert durch unsichtbare Kräfte: der Aufstieg Napoleons (der eine Kreatur der Rothschilds war) und die Napoleonischen Kriege, die von den Rothschilds kontrolliert wurden; Lord Greys monströser, brutaler Erster Weltkrieg, die bolschewistische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus - dies alles war sorgsam geplant.
Dies hat keine Ähnlichkeit mit der Geschichte, wie sie dem Durchschnittsbürger in der Schule gelehrt wird, und in der behauptet wird, daß es sich um zusammenhanglose Ereignisse mit keinerlei Verbindungen handele.
Otto Normalverbraucher wurde beigebracht, daß die großen Ereignisse der Weltgeschichte, einschließlich der historischen Prozesse in den Vereinigten Staaten, aus dem Nichts entstehen und plötzlich, wie durch Magie, zur Wirklichkeit werden. Es gibt keine einzige Gelegenheit, bei der dem Durchschnittsbürger gelehrt wird, daß diese erschütternden Ereignisse mit großer Präzision manipuliert, provoziert und gelenkt wurden, um mit vorab gesetzten Zielen übereinzustimmen.
Die große Verschwörung wurde ihm nie enthüllt, und falls sie zufällig erwähnt wurde, wurde sie lächerlich gemacht wie die Gedankengänge eines Dummkopfes.
Kontrollierte Erziehungsmethoden sind bei derartigen Studien tabu. Die eigentliche Natur von Verträgen und Gesetzen ist dem heutigen Durchschnittsbürger unbekannt. Insbesondere internationale Verträge, bekannt als "treaties", also Staatsverträge und Abkommen, sind ihm völlig fremd. Ihm wird erzählt, sie seien das "Gesetz des Landes". Selbst nur wenige Rechtsanwälte

verstehen noch, daß dies *nicht* der Fall ist, und so glaubt unser Durchschnittsbürger, die Ereignisse entstünden quasi in einem Vakuum.
Hätte er das Privileg, die große, mit reichhaltigen Wissensbeständen angefüllte Bibliothek im Britischen Museum zu betreten, um dort zwei Jahre mit Lesen zuzubringen, um all die zurückliegenden Ausgaben der großen Zeitungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu studieren, die *New York Times*, die *London Times*, den *Daily Telegraph*, *Punch* und *The New Yorker Magazine* - jeweils die Ausgaben ab den frühen 90er Jahren -, dann wäre er erschüttert, daß er fast das gleiche politische Muster vorfindet, wie in der *New York Times*, der *Washington Post* und der *London Times* der jetzigen Jahre.
Noch schockierender wäre seine Entdeckung, wenn er dieselben Klischees lesen würde, die er gerade in den alten Zeitungsausgaben gelesen hätte, und daß sie in ihrer Gestaltung, ihrem Inhalt und Textzusammenhang bemerkenswert ähnlich sind, indem sie die beinahe gleiche Botschaft von Kommunismus, einer Neuen Weltordnung und einer Eine-Welt-Regierung predigen.
Die Sprache ist zwar ein bißchen anders, die Persönlichkeiten ändern sich über die Jahre, aber der Tenor, der Inhalt und der Druck der Propaganda blieb derselbe. Wenn er seine Augen schließen würde und sich den Tenor der Zeitungen von 1910 ab bewußt machen würde, würde er zudem sehen, daß sie den Nachrichten bzw. besser gesagt: der subjektiv verzerrten Kommentierung der Vorgänge aus dem Jahre 2006 oder 2017 bemerkenswert ähnlich sind.
Er würde zu der unvermeidlichen Schlußfolgerung gezwungen sein, daß es Absicht und Zweck war, zuerst einen internationalen Sozialismus zu schaffen und dann den Kommunismus, die die Vorläufersysteme der jetzt angestrebten Neuen Weltordnung sind.
Der forschende Leser wird zweifelsohne darauf kommen, daß einige hochstehende Persönlichkeiten und ihre Unternehmen die Weltgeschichte kontrollieren, auch die Geschehnisse in seinem eigenen Land.
Wenn er tiefer in die Kolonialgeschichte Großbritanniens eindringt, stößt er vielleicht auf den Namen der *British East India Company*, die eine elitäre Machtgruppe war, der es möglich gewesen ist, erstaunliche Ereignisse zu arrangieren.
Man beabsichtigt, in den Vereinigten Staaten den Sozialismus zu etablieren, und zwar mit dem Zweck der Abschaffung der Verfassungen der Bundesstaaten und auch der US-Bundesverfassung. Eines der bemerkenswertesten Ereignisse, welches durch die *British East India Company* hervorgebracht wurde, war die Etablierung des Sozialismus als politisches System. Die *Fabian Society* war ein Produkt der *East India Company (EIC).*
Die sozialistische *Fabian Society* von London und ihre Führer, Beatrice und Sydney Webb, Annie Besant, G. D. H. Cole, Ramsey McDonald, Bertrand Russel, H. G. Wells, Thomas Davidson und Henry George, dessen Mutter von der großen Pratt-Familie aus Philadelphia - die wiederum dem *American Liberal Establishment* angehörte - stammte, verdankten ihre Position "der Firma".
Die Pratt-Familie war eng mit dem "Handel" der *East India Company*verbunden und hielt bedeutende finanzielle Anteile an dem Rockefeller *Standard Oil-Imperium*. Beatrice und Sydney Webb gründeten 1895 die *London School of Economics*, die von einigen der wichtigsten Figuren britischer und amerikanischer Politik in Wirtschaft und Regierung besucht wurde.
Unter den ausgezeichneten Absolventen befand sich auch David Rockefeller, zuerst Präsident des *National Republican Club*, Vorsitzender der Rockefeller *Standard Oil Company* und der führende Finanzier des berüchtigten *Institute for Pacific Relations (IPR)*, das ein Zweig der *British East India Company* und des *Komitee der 300* war. Und die Finanzierung der japanischen Attacke auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 lieferte. Er war ebenfalls der Mentor von George Herbert Walker Bush und John F. Kennedy.
Von Interesse ist Beatrice Webb, die dominante Partnerin in diesem Unternehmen. Sie war

eine der drei Töchter von Richard Potter, einem reichen Eisenbahnmagnaten, der tief im Okkultismus involviert war, und lebte im Haus ihres Vaters, als sie Webb traf. Ihre Schwester Theresa heiratete Sir Alfred Cripps von der Labor-Regierung Ramsay McDonalds, und die dritte Schwester, Georgina, heiratete Daniel Meinertzhagen, einen mit der *East India Company* verbundenen Banker.
Richard Potter mußte nicht arbeiten und verbrachte seine Zeit damit, in die Untiefen des Okkultismus abzutauchen. Er war von okkulter Theorie und Praxis durchdrungen, und es wird vermutet, daß er der zentrale Charakter des Kinderhexenbuchs *Harry Potter* ist, das wie aus dem Nichts plötzlich die Spitzenposition der Bestsellerlisten erklomm, also ein Riesenerfolg wurde.
Soweit uns bekannt geworden ist, wurde die Geschichte Richard Potters vom *Tavistock-Institut* aufgearbeitet und dann an einen unbekannten Schriftsteller weitergereicht, der sie dann geschrieben und ausgefeilt hat.
Viele der oben genannten Ziele, die ich zuerst 1991 aufzählte, wurden inzwischen erreicht oder sind auf dem besten Weg dazu, erreicht zu werden. Von speziellem Interesse am Programm des *Komitees der 300* ist der Kern seiner wirtschaftlichen Politik, die im Großen und Ganzen auf den Lehren von Malthus beruht, dem Sohn eines englischen Landpfarrers, der durch die *British East India Company (BEIC)* prominent gemacht wurde, und nach deren Vorbild das *Komitee der 300* geformt ist.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Dezember 2017: >>**Der Weg zum globalen Lumpenproletariat**
Fünf Jahre nach dem Mauerfall erschienen, verschwand Rolf Peter Sieferles Großessay "Epochenwechsel" erwartungsgemäß im Wust jener journalistischen Schnellschüsse, die unter kräftiger auftrumpfenden Titeln ihre Glaskugelprognosen zur neuen Weltlage, zum nahenden "Kampf der Kulturen" oder zum "Ende der Geschichte" offerierten.
Immerhin gestand ihm eine Hamburger Gutmenschenpostille "beeindruckende Sachkompetenz und stilistische Prägnanz" zu, beklagte aber, daß der sich vom "Projekt der Moderne" verabschiedende Autor, wie so viele "alte Kämpfer" der universalistischen Aufklärung, ins nationalistische Lager der Partikularisten übergelaufen sei, um der "Ausgrenzung der Fremden" das Wort zu reden (*Die Zeit*, 44/1994).
Nun liegt das Werk in einer vom Autor 1998 überarbeiteten Fassung als erschwingliche Neuauflage vor. Wie jede klassische Anatomie der Moderne, so behält auch diese an Karl Marx und Carl Schmitt geschulte Gegenwartsdiagnose über die Entstehungszeit hinaus ihren analytischen Wert. Da die von der Globalisierung geformten "Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters" (Fichte) mittlerweile den Alltag "abgehängter" Provinzen diktieren, wirkt dieses Pionierwerk, das zu den ersten und besten Erzeugnissen des Genres "Globalisierungskritik" zählt, so frisch, als sei es gestern geschrieben.
Wie seitdem üblich, beschreibt Sieferle das 1994 noch junge Phänomen Globalisierung als Entnationalisierung der Wirtschaft. Die seit dem 17. Jahrhundert in Europa und Nordamerika entstandenen "Volkswirtschaften" bildeten seit den 1970ern ökonomische Strukturen aus, die eine sukzessive Verlagerung von großen Teilen der industriellen Produktion in die profitableren Niedriglohnzonen des globalen Südens erlauben. "Internationale Arbeitsteilung" heißt das im neoliberalen Jargon des politisch-medialen Komplexes, der dieses nomadische Abweiden menschlicher und natürlicher Ressourcen als "Schicksal" verkauft.
In China stehen daher jetzt die Fabriken von Apple und Google, von Bangladesch bis Äthiopien nähen Frauen für einen Euro am Tag Kleider und Hosen für Hugo Boss & Co. Diese von Miniaturisierung und Digitalisierung begünstigte und beschleunigte Entkopplung der Produktion von ihrer nationalen Basis löst traditionelle Gesellschaften im Salzsäurebad der "Verbrennungswirtschaft" (Robert Kurz) auf.

Für Sieferle gehorcht diese Transformation der tradierten, halbwegs dem Gemeinwohl verpflichteten Wirtschaft der inhärenten Logik der universalisierten Selbstzweckökonomie. Sie benötigt den überkommenen "Plunder" von Volk, Nation, Kultur, Bildung nicht mehr. Sie organisiert sich allein durch "Sachzwänge" und integriert die einstigen "bürgerlichen Subjekte" ausschließlich als Funktionsträger in ihre subjektlose Weltmaschine.

Verwandlung der Menschheit in Lumpenproletariat

Der neue, lohndrückenden industriellen Reservearmeen stets "weltoffen" gegenüberstehende soziale Synthesemodus pfeift auf verbindliche Tugenden und entbehrt gern ein übergeordnetes Ganzes wie Gott oder Vernunft. Mensch ist Mensch, Funktion ist Funktion, laute die Multikulti-Botschaft des Kapitals. Wie schon von Ralf Dahrendorf befürchtet, räumt das "funktionelle System" auch mit "Demokratie, Rechtsstaat, Wohlfahrtsstaat, Zivilgesellschaft" gründlich auf. In Zukunft geht es kostensparend "postdemokratisch" zu.

Damit erledigen sich, so Sieferles pessimistische Prognose, alle konservativ wie progressiv motivierten politischen Unternehmungen einer "Re-Normativierung" der Welt. Zumindest dadurch sei der globalisierte "Amoklauf des Rentabilitätsprinzips" (Robert Kurz) nicht zu stoppen, der in letzter Konsequenz zur Wegrationalisierung des Menschen, zur "Antiquiertheit der Arbeit" (Günther Anders), und zur Verwandlung der Menschheit in Lumpenproletariat führen müsse. Was sich in den deindustrialisierten, von "Überflüssigen" bewohnten Regionen des Nordens bereits ankündigt.

Globalisierung hinterläßt überall nur Verlierer

Hier setzt sich fort, was Chalmers Johnson für die Dritte Welt resümiert: "Keinem Land" habe die Globalisierung dort mehr Wohlstand beschert, überall hinterlasse sie nur Verlierer. Das das Leben auf Profitmaximierung reduzierende "funktionelle System" sieht Sieferle in schönem Gleichklang mit Linken wie Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf ("Grenzen der Globalisierung", 1996) darum auf dem Weg in die menschenunwürdigste Gesellschaftsverfassung, die die absolute Mehrheit der Weltbevölkerung mit einiger Wahrscheinlichkeit in den Zustand "faktischen Dahinvegetierens" zurückstößt.

Die Berliner Republik hat sich für diese kulturlosen Zeiten schon rundum globalisierungstauglich präpariert. Denn kein anderes westliches Land habe sich so radikal vom kontinuierlichen Lebensstrom, der aus der Vergangenheit in die Zukunft fließt, abgetrennt wie Deutschland. Die Bundesrepublik sei ein "vollständig gegenwärtiges Land ohne reale, gelebte, aktive Vergangenheit". Kein anderes Land füge sich deshalb perfekter ins "funktionelle System".

Ein Ende der Geschichte werde aber auch die One-World-Ökonomie nicht erreichen. Vielmehr dürfte sie noch im Laufe unseres Jahrhunderts an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen. Weder könne sie die ökologischen Grenzen des Wachstums durchbrechen, noch bekomme sie die afrikanisch-arabische Bevölkerungsexplosion in den Griff. Ihr Untergang, in den sie die hochentwickelten Kulturen Europas mitziehe, sei also unvermeidlich.

Kehre hin zur mehrpolaren Weltordnung

Tatsächlich ist es jedoch keineswegs ausgemacht, daß das funktionelle System "unaufhaltsam" expandiert. Hier billigt der Hegelianer Sieferle der Globalisierung, die er merkwürdig ahistorisch zur anonym-autonomen Macht hypostasiert, allzu bereitwillig zu, die Logik der Geschichte zu vollstrecken. Wie Thomas Hoof in seinem Nachwort einwirft, hätte Sieferle schon geraume Zeit vor seinem Freitod im September 2016 Hoffnung aus der Entstehung von "Gegenkräften" aus traditionellen Gesellschaften schöpfen dürfen.

Geopolitisch sei etwa die von "angelsächsischen Oligarchen" angestrebte unipolare Weltordnung an der von China und dem Iran gedeckten russischen Intervention in Syrien soeben gestoppt worden. Hoof wertet dies als "echte Kehre" weg vom One-World-Kapitalismus hin zur mehrpolaren Weltordnung. Zudem gebe es für den von globalistischen Ideologen als "humanitäre Hilfe" drapierten Einmarsch Millionen kulturfremder Versorgungssuchender ins deutsche

Sozialsystem keinen alternativlosen Automatismus.
Es gelte auch hier die Dialektik von Spiel und Widerspiel. Welche Stärke die anti-universalistischen Gegenkräfte Europas auf diesem Politikfeld entfalten, hängt aber nicht zuletzt von ihrer Bereitschaft ab, einen wirklich fundamentalen "Epochenwechsel" einzuleiten.<<
Die deutsche Publizistin Inge M. Thürkauf berichtete über das Christentum und die Neue Weltordnung (x939/…): >>**Die christliche Botschaft in den Fängen der Neuen Weltordnung**
Die **Neue Weltordnung** ist ein Begriff, der mit Beharrlichkeit als "Verschwörungstheorie" zur Seite geschoben wird, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung", "Globalisierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten und der **Einen-Welt-Religion.** Die Neue Weltordnung ist mit Sicherheit keine Verschwörungstheorie, sondern das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der **UNO** mit ihren übergeordneten Ratgebern.
Der britische Historiker Anthony Sutton wird deutlich, wenn er schreibt: "Die Gesellschaft soll verändert werden, die Welt soll verändert werden, um eine Neue Weltordnung hervorzubringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der individuellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede." Er spricht hier also in aller Offenheit vom Anachronismus nationaler Grenzen und kultureller Mannigfaltigkeit, und zwar global.
Erste Anzeichen einer fortschreitenden Veränderung der Gesellschaft **war das Programm der New Age Bewegung**, die Menschen und Völker zu einer universalen kommenden Weltgemeinschaft aus allen Rassen, Kulturen, Religionen und Ideologien zusammenführen sollte. Zur Entkernung christlich-abendländischer Werte gab es Angebote, Praktiken und Methoden, die darauf abzielten, die herkömmlichen Denkweisen der Menschen umzuformen. Es waren nicht nur die verschiedenen Bausteine im Zeichen des Wassermanns, wie Esoterik, Magie, Okkultismus, Selbsterlösung, östliche Philosophie, Geistheilung, etc., die die Grundrezepte lieferten, sich vom abendländischen Denken loszusagen.
Das neue Zeitgeistgefühl brach sich auch Bahn mit neuen durch Werbung und Medien indoktrinierte Gebräuche und Handlungen, denen die Gesellschaft Jahrzehnte hindurch freiwillig und mit Eifer gefolgt ist. Weltweit werden Jeans getragen, von Männern wie von Frauen. Kaugummi, Coca Cola, McDonalds sind kaum mehr wegzudenken, wir grüßen von Hammerfest bis Sizilien im gleichen Sing-Sang-Ton mit Tschüüüs, machen Lärm à la Hard Rock oder Heavy Metal und nennen es Musik.
Die Anglizismen in unserer Sprache werden zu Zeichen unseres post-modernen Fortschritts, wir mailen die news, wir suchen einen Job etc. Die Faszination der Filme à la Hollywood sowie das Fernsehen mit seinen ungezählten Kanälen haben das Denken und Fühlen einiger Generationen von Kindesbeinen an besetzt. Dies alles waren Vorboten der Neuen Weltordnung, die wir ohne große Überlegungen übernommen und zum Teil verzückt verteidigt haben: es ist doch "in", und "man" denkt eben heute so, denn die Zeiten haben sich geändert.
Können wir uns der Sogwirkung dieser alles gleichschaltenden, kulturauflösenden und sich am Banalen ergötzenden Scheinwelt überhaupt noch entziehen? Für eine Welt ohne Grenzen sind diese neuen Wertvorstellungen notwendige Gradmesser und vor allem im Interesse der Globalisierer, die sich mit ihren Plänen kaum mehr zurückhalten. Sie enttarnen sich selbst.
Am 14.5.1947 verriet Winston Churchill in einer Rede in London einige angloamerikanische Ziele in Bezug auf die Zukunft Europas: "Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.**

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. **Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.**"

"Frieden" auf Erden Dank der Neuen Weltordnung

Der Gedanke einer neuen Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. **George H. W. Bush erklärte am 11. September 1990** (auf den Tag genau elf Jahre vor dem magischen Datum 9/11) vor dem amerikanischen Kongreß: "**Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen.** … Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle anwenden kann, **um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen.**"

Dabei wird der Schwerpunkt bei der Etablierung der Neuen Weltordnung auf die Sicherung des Weltfriedens gelegt. Bei seiner jährlichen "State of the Union-Ansprache" im Februar 1991 entfaltete Vater Bush seine Vision: "Es ist eine großartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zueinander gezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. …Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."

Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange.

Auch Woodrow Wilson, Präsident von 1913-1921, strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Friedensplan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in den Amerika eingetreten ist, offensichtlich nicht das gewünschte Resultat.

Atome für den Frieden

Ein Ereignis aus der Biographie meines Mannes beschreibt anschaulich und aufschlußreich die globalen Friedensziele Amerikas. In den 1950er Jahren propagierte der damalige Präsident General Eisenhower ein weltweites Projekt mit dem Schlagwort: "Atome für den Frieden". Alle Länder der Erde sollen in den Genuß von Atomenergie gelangen. Verfügten erst sämtliche Regierungen über genügend Energie, würden Kriege damit ausgeschaltet werden. Was für den Bau der Atomkraftwerke noch fehlte, war das schwere Wasser.

Unter der Leitung meines Mannes wurde am physikalisch-chemischen Institut der Universität Basel eine Anlage gebaut und betrieben, mit der es gelang, das schwere Sauerstoffisotop 18 auf eine Konzentration anzureichern, die damals in der ganzen Welt nirgends zur Verfügung stand. 1959 beauftragte ihn eine Schweizer Firma, in Frankreich im Atomreaktorzentrum Saclay bei Paris den Bau einer Anlage zur Herstellung von schwerem Wasser zu leiten. Die Franzosen waren bereit, eine solche Anlage in großem Stil zu bauen.

Ende 1959 wurde sie fertiggestellt, und einige Monate später, im Februar 1960, zündeten die Franzosen in der damals noch französischen Sahara eine Plutoniumbombe, denn das schwere Wasser benötigt man nicht nur für Atomkraftwerke, sondern auch für Plutoniumbomben. Es ist unwahrscheinlich, daß Amerikas Regierung nichts von dieser weit sichtbaren Explosion wußte.

Soviel zu "Atome für den Frieden". Bei den amerikanischen Friedensbemühungen scheint immer wieder etwas vehement schiefzulaufen.

Die Wurzeln der Neuen Weltordnung

Die Wurzeln der NWO sind beim Aufkommen des neuen Finanzsystems und der Industrialisierung zu suchen. **Abraham Lincoln hat vor einer despotischen Machtergreifung aufgrund der Usurpation des Geldsystems gewarnt**: "Ich sehe in naher Zukunft eine Krise he-

raufziehen. … In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstsüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet all jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. …
Die Geldmacht des Landes wird danach streben ihre Herrschaft zu verlängern, indem sie die Vorurteile des Volkes ausspielt, bis der Reichtum in den Händen von wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist."
Es gibt zwei amerikanische Präsidenten, die es wagten, sich gegen das Geldsystem aufzulehnen: Abraham Lincoln und John F. Kennedy, beide wurden ermordet.
An der Wiege der NWO steht folglich das moderne Geldsystems, die Banken und die Kontrolle über die Zentralbanken, sowie die ganze Zinsproblematik. Der Tenor der neuen Führer lautet: Wir brauchen weder Nationen, noch Regierungen, noch Grenzen, weder nationale noch territoriale Sonderinteressen, keine natürlich gewachsenen kulturellen, religiösen und sittlichen Wertvorstellungen. **Auch ist es gleichgültig, welche Marionette amerikanischer Präsident oder deutscher Bundeskanzler(in) spielt.** Was wir benötigen, ist ein weltweites Geldeinheitssystem, das automatisch Macht über die Völker und Nationen übernimmt, die letztendlich auch keine Rolle mehr spielen werden.
Nathan Mayer Rothschild, Sohn des Gründers der Rothschild-Dynastie, Mayer Amschel Rothschild, fand zu diesem Thema drastisch deutliche Worte: "Ich kümmere mich nicht darum, welche Puppe auf den Thron von England gesetzt wird, um dieses Empire zu regieren, auf dem die Sonne niemals untergeht. **Der Mann, der die britische Geldversorgung kontrolliert, kontrolliert das British Empire, und die britische Geldversorgung kontrolliere ich!"**
Außer des Geldsystems der Rothschilds und Rockefellers steht am Beginn der Globalisierung die Industrialisierung. Eine Beschreibung der modernen Industriegesellschaft, die deutlich macht, daß Globalisierung, Industrialisierung und das moderne Geldsystem ein natürlicher Feind von Religion, Nation und Kultur ist, finden wir im Kommunistischen Manifest. Dort wird gefordert, daß die Welt nicht von den Proletarier aller Länder, sondern von der Geld- und Industriemacht beherrscht werden soll. Auch hier wird die Behauptung aufgestellt, daß allein diese Konstellation der Garant wäre für den Frieden in der Welt.
Das Imperium der US-amerikanischen Macht sieht eine globale Strategie vor: die Welt muß zu einem einzigen grenzenlosen Markt umgewandelt werden, in dem alle Kulturen, Religionen, Sprachen, Sitten und Gebräuche gleichgeschaltet werden sollen.
Das 20. Jahrhundert ist voll von Ideen von einem Welteinheitsstaat. Graf **Coudenhove-Kalergi**, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, nannte in seinem Buch "Praktischer Idealismus" als Kenner der Szene hinter den Kulissen die **Demokratie "eine Fassade der Plutokratie" (Herrschaft des Geldes)**. Staatsmänner in republikanischen wie in monarchischen Demokratien seien Marionetten, während die Kapitalisten die Drahtzieher sind, die die Richtlinien der Politik diktieren und durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, in geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen die Minister beherrschen.
Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Dazu ein Wort eines unbekannten Propheten, das die heutige Situation treffend beschreibt: "Wer in der Demokratie schläft, erwacht in einer Diktatur."
Versetzen wir uns nun in die Zeit der 1940er Jahre.

The City of Man

Gegen Ende des Jahres **1940 erschien** in den USA und in Kanada ein schmales Bändchen von 113 Seiten mit dem Titel: "**The City of Man. A Declaration on World Democracy - Die Stadt des Menschen. Eine Erklärung zur Weltdemokratie**". Es handelte sich dabei um ein

Grundsatzprogramm für den **Welteinheitsstaat** oder die **Weltdemokratie** mit der dazugehörenden **Weltreligion**, auch hier ging es um nichts Geringeres als um die Etablierung des Friedens. Das Bändchen fand rasche Verbreitung und wurde an alle größeren Bibliotheken in den USA, Kanada, aber auch in Europa verteilt.
Offensichtlich war man daran interessiert, die "Stadt des Menschen" in großem Stil bekannt zu machen. Doch plötzlich war die Schrift nirgend mehr erhältlich, offiziell bis heute nicht und in den Bibliotheken hieß es: der Titel sei unauffindbar. Was war der Anlaß für dieses eigenartige Vorgehen? Es ist zu vermuten, daß die Globalisierer beim Ausbruch des II. Weltkriegs den lange erhofften Zeitpunkt zur Gründung des geplanten Weltstaates sahen.
Vielleicht waren es die militärischen Anfangserfolge der Nazi, die zum Rückzug der Propaganda für den einen Weltstaat bliesen. Die Tatsache aber, daß von dieser Schrift nach kurzer Zeit nirgends ein einziges Exemplar mehr aufzutreiben war, weist darauf hin, daß hinter dieser Publikation eine mächtige Organisation gestanden haben muß, um ein fast weltweit wirksames Ausleihe- und Verkaufsverbot bis heute zu befehlen.
Worum handelt sich nun bei diesem Werk **The City of Man**? Es ist mehr oder weniger das vollständige Programm zur Verwirklichung einer endgültigen **Vernichtung aller Nationalstaaten**, in erster Linie aber der **Vernichtung der Religion**, unter dem hehren Vorwand ewigen "Frieden auf Erden" schaffen zu wollen.
Der Plan enthält fünf Punkte:
1. Es soll ein erdumspannender einziger Staat entstehen.
2. Dadurch werden künftige Kriege ausgeschaltet. Einzige Herrschaftsform ist die Demokratie.
3. Die Demokratie muß zugleich die alleinige und allgemeine Weltreligion werden, die Religion des Humanismus.
4. Alle derzeit noch bestehenden verschiedenen Religionen müssen in diese humanistische Religion integriert werden. Religionen aber, die sich nicht integrieren lassen, weil sie allzu starr auf einem wortwörtlichen Verständnis ihrer Dogmen beharren, werden ausgemerzt, weil sie die Demokratie und damit den Menschen selber bedrohen.
Erinnert sei an Alice Bailey, die "Hohepriesterin" von New Age, der Bewegung des Neuen Zeitalters, das ja bekanntlich einen Messias erwartet, der sich "Maitreya" nennt und Herrscher einer neuen Weltreligion sein wird. Die New Ager haben jenen, die nicht zur Zusammenarbeit mit Maitreya und der neuen Weltreligion bereit sind, Gewalt, sogar Säuberungsaktionen und Vernichtung angedroht. Diejenigen, "die falsche Lehren über den Christus verbreiten" (z.B. gläubige Christen), würden in Zukunft verschwinden, sie werden "aus der physischen Verkörperung befreit und in eine andere Dimension außerhalb jeder physischen Inkarnation gesandt" werden. Mit anderen Worten, sie würden umgebracht.
5. der Welt-Humanismus kann nur mittels einer Ausdehnung des Amerikanismus auf alle übrigen Länder der Erde durchgesetzt werde. Die Errichtung des Weltstaats muß daher von den Verneigten Staaten ihren Ausgang nehmen.
Am Schluß der Erklärung setzen die Verfasser den von ihnen angezielten Welt-Humanismus dem Amerikanismus gleich und betonen damit die Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei der Errichtung des Welteinheitsstaates, denn **Globalisierung, so Henry Kissinger, ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft**. Mit einem Aufruf an die amerikanische Nation, vor allem an die amerikanische Jugend und an alle Europäer, sich für die Erneuerung der Welt entschlossen einzusetzen, endet das Dokument The City of Man.
Krieg um des Friedens willen?
Gehen wir nun einmal der Frage nach, was hinter der so auffällig zur Schau getragenen Liebe zum Frieden steckt, denn dies ist letztlich der zentrale Punkt in der Propaganda um die Neue Weltordnung. Die Verfasser von **The City of Man** sagen es an einer Stelle sehr offen: "Sinn

und Ziel des menschlichen Lebens, des individuellen wie des kollektiven, ist Fortschritt und Wachstum in Verstand und Tat, und Friede, allgemeiner Friede, ist die Vorbedingung für Fortschritt und Wachstum."
Hier wird der reine Humanismus zum letzten Sinn und Ziel erklärt, der Friede hingegen zur bloßen, wenngleich notwendigen, Vorbedingung. **Friede ist also nicht das letzte Ziel, weil alle Staaten sich dem Gesetz des Weltstaates unterwerfen müssen**, "wenn es in der Welt von morgen Frieden geben soll."
Also zuerst Unterwerfung, dann erst kann Friede sein. Unterwerfung kann aber möglicherweise nur durch Krieg geschehen. Hier zitieren die Herausgeber von **City of Man** Präsident Woodrow Wilson, der damit den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg begründet hatte:
"Ungeachtet der (wohlverdienten) Fehlschläge dieser letzten Jahrzehnte wird ein Krieg, um den Krieg zu beenden, erneut das Los unserer Generation sein - und der unsrigen allein, falls sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigt - oder anderer, die noch kommen werden, bis der Totalitarismus des Todes oder die Universalität des Friedens auf der Erde errichtet ist".
Mit anderen Worten: wenn die Vereinigten Staaten die Schaffung der Weltdemokratie jetzt (also im II. Weltkrieg) in die Wege leiten kann, dann wird das der letzte Weltkrieg gewesen sein. Wenn aber nicht, werden andere Menschen, die noch kommen werden, nochmals einen Krieg führen müssen, um den Krieg zu beenden, sie werden also einen dritten Weltkrieg führen müssen bis zum "Totalitarismus des Todes" oder bis der Frieden auf Erden endlich errichtet ist, meines Erachtens das Friedensreich des Antichristen.
1950 erklärte der Großbankier und Rothschild-Agent **James Warburg**:
"**Wir werden eine Weltregierung haben, ob es uns gefällt oder nicht.** Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder Einwilligung erreicht wird."
Die folgenden Zitate bestätigen das Dokument "The City of Man" durch den internationalen Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Welt-Demokratie, sprich Weltregierung:
Am 2. April 2009 trafen sich in **London** die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. **In einer programmatischen Rede bekräftigte Premierminister Gordon Brown die Entstehung einer Neuen Weltordnung:**
Vor 200 Jahren, so sagte er, habe eine neue Welt die alte abgelöst. 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt. Man habe damals von einer politischen neuen Ordnung gesprochen. Was nicht habe vorausgesehen werden können, sei die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun begännen wir zu verstehen, daß die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorangebracht wird, nicht durch militärische Stärke wie noch im Kalten Krieg, sondern durch ökonomischen Einfluß entstehe.
Die Länder, die in Zukunft erfolgreich sein werden, seien jene, die Flexibilität, freie Marktwirtschaft, freien Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander verbinden könnten. Abschließend konstatierte **Brown:**
Eine neue Welt sei im Kommen. Es sei eine Neue Weltordnung mit ganz anderen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.
Strobe Talbott, Vize-Außenminister der USA von 1993 bis 2000, **sprach bereits 1992 Klartext: "Im nächsten Jahrhundert (dem 21. Jh.) werden Nationen, wie wir sie kennen, obsolet sein**; alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."
David Rockefeller sah die Welt schon 1994 am Rande einer globalen Umwälzung. Er **war überzeugt, daß es nur noch einer Krise großen Ausmaßes bedürfe und die Nationen würden die neue Weltordnung annehmen**. In einer Ansprache vor der **Trilateral Commis-**

sion 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre **Versprechen zur Geheimhaltung** eingehalten haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wären. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer **Weltregierung** entgegenzugehen."

Ein Beweis, daß in der Politik nichts zufällig geschieht, und wenn etwas geschieht, man sicher sein kann, daß es auch auf diese Weise geplant ist. (Franklin D. Roosevelt.)

Die "Lügenpresse" ist offensichtlich nicht lediglich eine Erfindung der Pegida-Demonstranten. **Völlig unmißverständlich drückte sich** die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf dem Kirchentag in Dresden **2011 aus: "Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."**

Ein friedliches Zusammenleben, so beteuerte sie, sei nur mit einer globalen Ordnung möglich, denn diese Welt könne keine friedliche Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ordnung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden.

Frau Merkel sieht in der Globalisierung Chancen und "ein Schlüssel zur Zukunft und … auch zur Toleranz, weil sie eine weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen mit sich bringt ... Ich bin sehr froh, daß der Begriff der Toleranz nun auch Teil der Grundrechts-Charta im neuen EU-Reformvertrag ist", bekräftigte sie in einer Rede am 11. Juli 2007 an der Universität Heidelberg.

Ein Blick in den EU-Vertrag klärt uns über die seltsame Art der Toleranz von Frau Merkel auf: Obwohl EU-weit die Todesstrafe abgeschafft ist, lesen wir in den Erläuterungen zu diesem Vertrag in Artikel 2 Abs. 2 EMRK: "Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um zum Beispiel einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen."

Und Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 EMRK wird noch deutlicher: **"Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden. …"**

Es ist sicher nicht abwegig sich darüber Gedanken zu machen, inwiefern die beiden Artikel greifen werden, wenn der Widerstand im Volk gegen die Zerstörung europäischer Kultur und Geschichte, gegen den Austausch von Ländern und Völker im Namen der Neuen Weltordnung wächst.

Die Weltordnung der Päpste

Was besonders schmerzt, sind die Bekenntnisse der letzten Päpste zur neuen Weltordnung. In seiner Enzyklika "Pacem in terris" **entwarf Papst Johannes XXIII. das Bild eines Weltstaates.** Als seine Vorboten nannte er die Organisation der Vereinten Nationen und vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, also zwei ausgesprochen weltliche Institutionen.

Schwerwiegend sind die Schlußworte von **Papst Paul VI.** am 4. Oktober 1965 vor der Vollversammlung der UNO: "Diese Begegnung … ist von Einfachheit geprägt, denn der zu Ihnen spricht, ist ein Mensch genau so wie sie. **Ihr Bruder ist er,** und sogar der Geringste unter Ihnen."

Das Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche bezeichnete sich in geradezu peinlicher Unterwürfigkeit einer der Kirche feindlich gegenüberstehenden Organisation als "geringster Bruder". Doch der Papst fuhr fort: "Als Experten sozusagen für die Menschlichkeit tragen Wir Ihrer Institution in diesem Augenblick die Unterstützung Unserer letzten Vorgänger, die aller katholischen Bischöfe und Unsere persönliche an. Wir sind gewiß, daß diese Organisation den angemessenen Weg zur zeitgerechten Zivilisation und zum Weltfrieden öffnet. …

Sie haben ein Gebäude errichtet, das niemals in Trümmer gehen darf. Es muß vervollkommnet und dem Lauf der Geschichte dieser Welt angeglichen werden. Sie vertreten eine Entwicklungsstufe der Menschheit. Von nun an ist es nicht mehr möglich, zurückzuweichen. Man muß voranschreiten."
"Entwicklungsstufe der Menschheit" ist ein Terminus des Evolutionisten Pierre Teilhard de Chardin, für den sich der Mensch in einer Entwicklung hin zum Punkt Omega befindet, um dort aus sich selbst zur Vollendung zu gelangen.
Das folgende Zugeständnis von Papst Paul VI. gegenüber der UNO reflektiert die Teilhardsche Philosophie des Einswerdens:
"Man wäre fast versucht zu sagen, daß Ihr Wesensmerkmal in der zeitlichen Ordnung gewissermaßen das widerspiegelt, was unsere katholische Kirche in der geistlichen Ordnung sein will: einmalig und universal. … Nichts Höheres kann man im ideologischen Bereich auf natürlicher Ebene erdenken. Ihre Berufung ist es, nicht nur einige, sondern schlechthin alle Völker zu verschwistern."
"Sehr geehrte Herren, Sie haben ein Werk begonnen. … Sie lehren die Menschen, den Frieden zu erkennen. Die Vereinten Nationen sind die hohe Schule, in der man die Bildung erhält, und wir sind hier in der Aula Magna dieser Schule. … Und wenn sie diesen Raum verlassen, dann wird die Welt auf Sie als die Architekten, als Erbauer des Friedens blicken."
Die UNO als Architekt des Friedens? Daß die weltlichen Herrscher die Menschheit mit trügerischen Friedenshoffnungen versuchen irrezuführen, das haben wir mittlerweile verstanden, doch wenn der Stellvertreter Christi auf Erden, der den Frieden seines Herrn und Meisters Jesus Christus zu verkünden hat, als Hirte seine Schafe nicht auf das Reich Gottes lenkt, sondern auf eine weltliche Institution, bleibt nichts als eine unendliche Verlassenheit. Die Schlußworte des **Papstes** sind geradezu beunruhigend:
"Das ist ja das Schönste an der Organisation der Vereinten Nationen: ihr echt menschliches Antlitz. Dies ist das Ideal, das auf der Pilgerschaft durch die Zeiten von der Menschheit erträumt wurde. Dies ist die größte Hoffnung der Welt! Wir wagen zu sagen: das ist der Widerschein des Planes Gottes: ein alles übersteigender Plan voller Liebe für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf Erden, ein Widerschein, in dem die himmlische evangelische Botschaft irdisch wird."
Am Ende seiner Rede setzte der Papst noch deutlichere Akzente: "Was Sie von dieser Stelle aus verkündigen, das sind die Grundrechte und die Grundpflichten des Menschen, seine Würde und seine Freiheit, vor allen die Religionsfreiheit. Sie sind die Interpreten dessen - Wir spüren das - was höchster Gehalt menschlicher Weisheit ist, wir möchten es nennen: ihr heiliger Charakter."
Dieser Kult an den Menschen und das unverhohlene Eintreten für den Weltstaat ist die größte Ehre, die von kirchlicher Seite je an die UNO gerichtet wurde. Wer will es folglich dem "Philosophen der UNO" und langjährigen Vize-Generalsekretär Robert Muller verargen, wenn er die UNO als "modernes Bibelinstitut" verherrlicht und sich sogar dazu versteigt, die Vereinten Nationen als "Leib Christi" zu bezeichnen.
In der Fronleichnams-Predigt **am 17. Juni 1965 befürwortete Papst Paul VI. den Weltstaat** in einer zu diesem Fest kaum passenden Weise: "Man möchte den Weltstaat und die neue, ideale Gesellschaft bauen. Wie vielseitig die Menschheit bei der Errichtung des ungeheuren Gebäudes engagiert ist und welche bedeutenden Fortschritte man dabei macht, ist Uns durchaus bekannt. Sie sind es wert, bewundert und unterstützt zu werden."
Auch sein Hymnus anläßlich der Mondlandung im Juli 1969 ist für einen Papst recht ungewöhnlich und befremdlich: "Ehre dem Menschen, Ehre dem Denken, Ehre dem Wissen, Ehre der Technik, Ehre dem Wirken, Ehre der menschlichen Kühnheit! Ehre der Synthese der wissenschaftlichen Aktivität und der Organisationskraft des Menschen, der im Unterschied zu

den übrigen Lebewesen, durch seinen Geist und seine manuelle Geschicklichkeit Instrumente zur Eroberung der Welt herzustellen weiß. Ehre dem Menschen, dem König der Erde und heute Fürsten des Himmels. Ehre dem lebenden Wesen, das wir sind, in dem sich das Bild Gottes spiegelt und das, im Beherrschen aller Dinge, dem biblischen Auftrag gehorcht: Mehret euch und herrschet."
Die Mondlandung war ein rein profanes Unternehmen, es ist nicht bekannt, daß die Astronauten als wahrnehmbares Zeichen christlichen Bekennens ein Kreuz am Ort ihrer "Eroberung" aufgerichtet hätten.
In seiner Enzyklika CARITAS IN VERITATE weist **Papst Benedikt XVI.** mit Bezug auf Papst Johannes XXIII. ebenfalls auf eine Weltautorität hin:
"Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, sowie Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten politischen **Weltautorität**, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem seligen Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde, dringend nötig."
Wenn die höchste Obrigkeit der katholischen Kirche in kaum verschlüsselten Worten sich zur "Weltautorität" bekennt, ist anzunehmen, daß die Herrschaft über die Welt durch die Globalisierer schon weit gediehen ist. Das würde beinhalten, daß alle überkommenen kulturellen und religiösen Werte, Sitten und Gebräuche in Vergessenheit geraten sollen.

Die Endlösung der Globalisierer

Wie sehr bedroht die Gesamtheit der Völker schon ist, erfahren wir aus den Büchern des amerikanischen Militärstrategen, Vordenkers und Planers der Neuen Weltordnung, **Thomas P. M. Barnett** (*1962 in Chilton, Wisconsin). Er ist davon überzeugt, daß Amerika dazu berufen sei, der Welt globale Spielregeln für die neue Weltwirtschaftordnung vorzulegen.
Von der Firma Cantor Fitzgerald wurde er Anfang 2000 beauftragt, ein Forschungsprojekt mit Namen "New Rule Sets Project" (Projekt Neue Spielregeln) über globale Militärstrategien zu leiten. Das Büro der Arbeitsgruppe befand sich im 107. Stockwerk des New Yorker World Trade Center. **Zur Zeit der Anschläge von 9/11 hatte das Team gerade einen freien Tag** und Thomas Barnett konnte kurze Zeit später als Berater für Strategiefragen im Büro von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Pentagon seine Arbeit aufnehmen.
Es scheint **Thomas Barnett** vorbehalten zu sein, uns die Pläne der Globalisierer im Detail vorzulegen. **2005 schon beschrieb er** ihre Absicht, **eine "Gleichschaltung aller Länder der Erde, und zwar durch die Vermischung der Rassen"** ins Auge zu fassen. Jährlich sollen in Europa 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Dabei ist es niemandem erlaubt - weder Regierungen noch Institutionen - die Flüchtlingsströme zu behindern. Landesgrenzen sollen eingeebnet, die Rassen vermischt, nationale Werte und Gebräuche, sowie traditionelle Religionen abgeschafft werden.
Das Endziel soll eine hellbraune Rasse ergeben mit einem durchschnittlichen IQ von 90 sein, zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug um zu arbeiten. Sollte sich Widerstand regen, dann müsse ein neuer 11. September inszeniert werden. Barnett selbst möchte eine Globalisierung, die sowohl multikulturell als auch multirassisch sein soll. Aber das wünschen die Erbauer der Neuen Weltordnung gerade nicht, sie arbeiten an einer kompletten Durchmischung und damit an der Vernichtung der Kulturen und der Rassen. Darauf hin angesprochen, antwortete **Barnett: "Sollte man Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, so fordere ich: "We shall kill them" (wir werden sie töten).** ..."
In ähnlichen Worten beschrieb der englische Schriftsteller **H. G. Wells** den Plan der Globalisierer: **Zahlreiche Menschen werden die NWO hassen und beim Versuch, gegen sie zu**

protestieren, werden sie sterben.
Hier wird eines deutlich: Das Konzept der Neuen Weltordnung wird nicht ohne Einsatz von Terror erreicht werden können. Während die Angriffe der Globalisierer sich auf unsere Freiheit richten, werden wir, die Verteidiger unserer christlichen Werte und unserer Freiheit als "gewalttätige Extremisten" bezeichnet.
Die apokalyptische Konstruktion einer Neuen Weltordnung kann nur gelingen, wenn eine Vereinheitlichung der Denkweisen erreicht werden kann. Ein materialistisches Weltbild, verkörpert durch die neue Ideologie **Gender Mainstreaming, ist dafür die ideale Strategie.**
Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität und des christlichen Wertefundaments von Europäern. Wir sollen zu Fremden im "eigenen Haus" werden. Die weiße Farbe soll verschwinden, auch dies ist kein Geheimnis mehr, wir müssen es nur langsam begreifen lernen. Was wir zur Zeit erleben, ist der Abschied von einer Jahrhunderte alten Kultur, Abschied von einer christlichen Denk- und Lebensweise. Das Deutschland, das wir einst gekannt haben, wird es bald nicht mehr geben. Politiker reden schon heute von Neubürgern.
Es sieht nicht so aus, als ob die Bundesregierung sich groß anstrengend würde, "Schaden vom deutschen Volks abzuhalten", wie es der Text der Eidesformel verfügt. Jene, die sich um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat - zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden - sorgen und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt des "Rassismus", der "Islamophobie" oder prinzipiell der "Xenophobie" - Fremdenfeindlichkeit.
Gender Mainstreaming - Steigbügelhalter der Neuen Weltordnung
Unter dem Stichwort **"Enteignung der kulturellen Identität"** zählt der Begriff **Gender Mainstreaming,** eine Ideologie **ist dabei, das Wertefundament unserer Gesellschaft aufzulösen.**
Die offizielle Definition von **Gender Mainstreaming** spricht von der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Doch dies ist eine gezielte **Begriffsverwirrung.** Dahinter steckt eine Ideologie, die fundamental in unseren Alltag eingreift und vor allem die Familie, Männer, Frauen und Kinder **umerziehen und bevormunden will.** Für die politische Strategie fordert die **Neue Weltordnung** Menschen, die sich ihrer Identität nicht mehr bewußt sind und somit beeinflußbar für Manipulation und Umverteilungspolitik - von der verordneten Sprachregelung bis zur planwirtschaftlichen Frauenquote.
Gender bedeutet ein gewandeltes Verständnis von Geschlecht, d.h., genitale Unterschiede zwischen den Geschlechtern seien nicht naturgegeben, sondern ein "Produkt soziokultureller Konstruktionen", d.h. das Ergebnis sozialer und politischer Umstände, getrennt vom biologischen Geschlecht. **Die Tatsache, daß der Mensch von Gott als Mann und als Frau geschaffen wurde, ist nicht mehr von Belang**, jede sexuelle Orientierung - heterosexuell, homosexuell, lesbisch, bisexuell, transsexuell ist - gleichwertig und auch beliebig wählbar. Es geht hier also um die **Gleichstellung aller sexuellen Lebensformen** und nicht um die Gleichstellung von Mann und Frau.
Gender Mainstreaming strebt eine **totale Veränderung der Geschlechter** und somit der Gesellschaft, vor allem der familiären Strukturen an, und zwar aus dem einen Grund, der Jugend die geschlechtliche Orientierung zu nehmen. Menschen, die nicht wissen, wer sie sind, werden orientierungslos und sind der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Manipulation zu werden.
Den ideologischen Ursprung von Gender finden wir im Marxismus. Die Abschaffung der bürgerlichen Familie beschäftigte schon Marx und Engels. Sowohl der Mann als auch die Frau sollen in den Arbeitsprozeß einbezogen, die Kinder jedoch dem Staat übergeben werden, zur Erleichterung der Frau, die dem Joch des Mutter- und Hausfrauendaseins entledigt wird. Und wie viele Frauen sind darauf hereingefallen.

Den vorläufigen Höhepunkt in der gegenwärtigen Diskussion um Gender Mainstreaming ist "The Queen of Austria" und "Ikone Europas", Conchita Wurst. Die bärtige Sängerin ist seit Monaten das wichtigste Propagandainstrument von Gender. So ist es für die Genderologen selbstverständlich, die Diva mit Vollbart auch in den Schulen zu präsentieren. Ein Schulleiter meint: Der Besuch Conchitas sei Anlaß, um herauszufinden, wie die Jugendlichen über Mann und Frau denken. Es soll ihnen verständlich gemacht werden, daß man nicht unbedingt die Werte der traditionellen Familie übernehmen müsse.
Die Medien haben es nicht nehmen lassen, diese androgyne Gestalt neben den uns bekannten Herz-Jesu-Bildern zu plazieren.
Die Journalistin Dale O'Leary (*1941) hat in ihrem Buch **"The Gender-Agenda"** fünf Leitsätze des Genderismus definiert, wie sie **im UN-Establishment verankert** sind:
1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männer und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.
2. Da mehr sexuelle Vergnügen zu mehr Kindern führen können, braucht es den freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.
3. In der Welt braucht es einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt, es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.
4. Die Welt braucht eine 50/50-Männer/Frauen-Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbstätigkeit nachgehen.
5. Religionen, die diese Agenda nicht mitmachen, müssen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.
Dale O'Leary war Teilnehmerin an der **Peking Konferenz 1995, wo der Begriff "Gender" offiziell eingeführt wurde.** In ihrem Buch "Die Gender-Agenda" schreibt sie: "Über das, was Gender will, gibt es keine offene Diskussion. Sie kommt nicht als großes Schiff daher, obwohl sie doch in allen politischen und öffentlichen Programmen verankert werden soll, sondern wie ein U-Boot, das keiner genau kennen soll."
Das war im Jahre 1997. In der Zwischenzeit wurde **Gender Mainstreaming** klammheimlich, **ohne Bürgerbefragung und ohne Debatte,** weder im Parlament noch in den Medien, 1999 zur "Gleichstellungspolitik mittels der politischen Strategie des Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe" festgelegt.
Wir haben es hier also mit einer offiziellen politischen Zielsetzung zu tun, die administrativ und auf dem Weg des Gesetzes sowohl durch **ein Zusammenwirken von UNO- als auch EU-Organisationen** in der Gesellschaft bereits durchgedrückt wurde. Es handelt sich um eine sogenannte top-down-Ideologie, die nicht von der Bevölkerung, sondern von den Machteliten der Welt ausgeht, und die mit den Mitteln der Gesetze der Bevölkerung aufgezwungen wird.
Die folgenden Ausführungen verdeutlichen, wie die **Veränderung bzw. Zerstörung der Gesellschaft gerade im Bereich der Ehe und Familie von langer Hand vorbereitet** wurde.
Der erste Generaldirektor der WHO von 1948 bis 1953, Dr. Brock Chisholm, legte anfangs der 1950er Jahre mit großer Offenheit das Konzept vor. Er war der Meinung, Glaubenskodizes, feste Regeln und Dogmen gehören abgeschafft. Eltern waren für ihn Diktatoren, die die bessere Natur ihrer Kinder unterdrückten, und er glaubte, die Kinder müßten von religiösen und kulturellen Vorurteilen, die ihnen aufgezwungen würden, befreit werden. Er befürwortete Sexualerziehung von einem frühen Alter an und lehrte, daß die Gebräuche der Älteren ausgemerzt werden sollten, wenn nötig mit Gewalt. Die Geschlechter sollen ineinander verschmolzen oder umgepolt, Kinder von ihren Familien befreit und die Familie, so wie wir sie kennen, abgeschafft werden."

Dieser Generalangriff gegen Ehe und Familie wurde bereits in großem Stil umgesetzt. Die **Trennung der Kinder von den Eltern in einem frühen Alter** wird als unabdingbar erklärt und mit der aggressiven Forderung nach Kitas diktiert: **"Alle Kinder müssen in die Kita",** tönte es von der Ministerpräsidentin von NRW Hannelore Kraft. Nun hören wir von sexuellen Übergriffen in einer Kita in Mainz. "Kita in Mainz geschlossen wegen sexueller Übergriffe von Kindern an Kinder. Das Personal entlassen", lauteten die Schlagzeilen quer durch die Medien.
Aus einem Bericht des SWR geht hervor, daß es bei den Übergriffen um Vorfälle handelt, bei denen Kinder unter Androhung von Gewalt durch andere Kinder genötigt worden sein sollen, ihre Geschlechtsteile zu zeigen oder Gegenstände in den Anus einzuführen. Es ist kaum vorstellbar, daß das Personal diese Übergriffe nicht bemerkt haben soll.
Die Elternvertreter sind fassungslos, warum eigentlich?
Haben sie sich nie näher mit den Vorgängen und Plänen der Kitas beschäftigt?
Werden sie erst aufwachen, wenn sie eines Tages erkennen, daß ihre Kinder sich ihnen entfremdet haben und sie nicht mehr als Eltern anerkennen? Asoziale und vereinsamte Wesen sind in der Neuen Weltordnung willkommen, weil beherrsch- und manipulierbar.
Die Sexualisierung der Jugend ist ganz im Sinne Lenins, dem folgendes Zitat zugeschrieben wird: **"Wenn wir eine Nation vernichten wollen, so müssen wir erst ihre Moral vernichten.** Dann wird uns diese Nation als reife Frucht in den Schoß fallen. Interessiert die Jugend für Sex und ihr bekommt sie ohne Schwierigkeiten in eure Gewalt".
Um die "Vernichtung der Nation" zu erreichen, muß das Denken bis in die Wurzeln umgewandelt werden. Das stärkste Zerstörungspotential, das diese Forderungen erfüllt und Gesellschaft und Familie damit auszulöschen droht, ist **Gender Mainstreaming.** Dem italienischen Philosophen marxistischer Prägung und Mitbegründer der kommunistischen Partei Italiens, **Antonio Gramsci** (1891-1937) war klar, daß im Westen die Revolution am bestehenden bürgerlichen Wertekanon scheitern wird, daher setzte er auf **Untergrabung und Zerstörung jener Werte, die eine bürgerliche Kultur aufrechterhalten: das Christentum.**
Die Arbeiter seien für die notwendig revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht zu gewinnen, wenn sie weiterhin an ihrem katholischen Glauben festhielten. Dieser müsse ihnen ausgetrieben werden. - Seit Jahrzehnten erleben wir, wie diese rote Ideologie in die Gesellschaft hineingetragen wird.

Kein Platz für Christus und Seine Botschaft

So langsam dringt mit erschreckender Klarheit in unser Bewußtsein, daß in unserer Gesellschaft für die christliche Botschaft kein Platz mehr ist. Die Europäische Union hat sich am 18. Juni 2004 auf eine Verfassung ohne Gottesbezug geeinigt. **Valéry Giscard d'Estaing,** der Vorsitzende des EU-Konvents zur Zukunft Europas 2004, erklärte, daß die **EU-Verfassung nicht der richtige Ort** sei **für einen religiösen Hinweis.** So einigte man sich auf eine allgemeine Andeutung auf die religiösen und kulturellen Traditionen Europas, um Millionen Nicht- und Andersgläubigen nicht den Eindruck zu vermitteln, ausgeschlossen zu werden.
Scharfe Worte gegen die Religion fand **Hillary Clinton,** die im April 2015 angekündigt hat, sich nach 2008 zum zweiten Mal um die Präsidentschaft der USA bewerben zu wollen. **Auf einer Konferenz über Feminismus** im Lincoln Center in Manhattan **versprach sie** unter tosendem Applaus im Falle ihrer Wahl eine Politik zugunsten der **Anerkennung der Abtreibung als Frauenrecht.**
Gleichzeitig kritisierte sie eine "Diskriminierung" der Frauen und der Homosexuellen durch Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit. Religiöse Überzeugungen würden die Rechte der Homosexuellen (LSBTTIQ) einschränken. Ausdrücklich nannte sie bei ihrer Kritik auch den Widerstand der katholischen Kirche gegen die Gesundheitsreform der Regierung Obama, die eine für katholische Institutionen nicht akzeptierbare Verordnung zur Finanzierung von Ver-

hütung und Abtreibung einführte.
Ebenso rechtfertigte die Ex-First Lady die staatliche Finanzierung von Planned Parenthood, welche die weltweit größte Abtreibungsorganisation der USA repräsentiert. Der Abtreibungskonzern erhält von der US-Regierung jährlich über eine halbe Milliarde Dollar und weitere 35 Millionen Dollar zahlt die Regierung Obama an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, damit weltweit für Abtreibung und Sterilisierung geworben werden kann. Der Plan für eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums wurde von den Erbauern der Neuen Weltordnung noch nicht aufgegeben.
Die globale Elite wünscht, die Weltbevölkerung auf 500 Millionen zu begrenzen. Also ca. 90 % weniger Menschen auf der Erde als zurzeit darauf leben. Daher ist es nicht weiter erstaunlich, daß **Hillary Clinton** in ihrer Rede auch die "sexuelle und reproduktive Gesundheit" verteidigte. Ein Euphemismus, hinter dem sich das Recht auf Abtreibung, Verhütung, künstliche Befruchtung in allen Varianten und die Gender-Ideologie versteckt.
Der Gipfel ihrer Auslassungen war die Forderung, der Staat solle sein Gewaltmonopol einsetzen, um unerwünschte religiöse Überzeugungen und Dogmen zu ändern. Damit ruft Hillary Clinton **nach dem Zwangsstaat,** der als "Zwingherr zum Glück" auftreten soll. "Tiefverwurzelte kulturelle Codes, religiöse Überzeugungen und strukturelle Phobien haben sich zu ändern. Die Regierungen müssen ihre Möglichkeiten zum Zwang nützen, um die überlieferten religiösen Dogmen neu zu definieren."
Bill Donohue, der Vorsitzenden der Catholic League, kritisierte diese "Kriegserklärung gegen die Religion" eines Kandidaten für das amerikanische Präsidentenamt mit aller Schärfe. Das sei der "wahrscheinlich aufrichtigste progressive Slogan in der Geschichte", so Ed Morrissey von HotAir.com. Die Anspielung, daß eine Nation, die auf der Säule der Religionsfreiheit gründet, die Machtmittel des Staates dazu einsetzen soll, die religiösen Überzeugungen zu ändern, sei eine nie dagewesene Erklärung.
Es stellt sich die Frage, in wie weit die Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei für das Weiße Haus sich überhaupt berühren läßt von den weithin bekanntgewordenen Massakern und Vertreibungen, die seit Jahren an Christen begangen werden. In ca. 60 islamischen, hinduistischen, buddhistischen und kommunistischen Ländern findet eine Christenverfolgung statt, die alles bisher menschlich Bekannte und Vorstellbare übertrifft.
"Christian Solidarity International" **(**CSI) geht davon aus, daß weltweit über 175.000 Christen jedes Jahr wegen ihrer Religion ermordet oder zu Tode gefoltert werden. Die Brutalität, mit der vor allem in muslimischen Staaten gegen Christen vorgegangen wird, zeigt neue Dimension menschlicher Abgründe.
Da die westliche Welt sich offensichtlich nur halbherzig dieser Welle der Gewalt entgegenstellt, hat sich nun die irakische Regisseurin und schiitische Muslima, Aida Schläpfer Al Hassan, dieses Leidens angenommen. "Ich will mit meinem Film einen weiteren drohenden Völkermord an diesen Menschen verhindern", sagt sie und war **schockiert über die Barbarei, die an Christen begangen wird.** In einem Kurzfilm von etwa zwei Minuten mit dem Titel **"Noun"** (das arabische Wort für **Nazarener**, mit dem Buchstaben N wurden im Irak die Haustüren der Christen markiert) widmet sie sich der Christenverfolgung durch den Terror des Islamischen Staats (IS) im Irak.
Der Film wurde für das Internationale Film-Festival in Locarno 2015 nominiert, doch zunächst aus "Qualitätsgründen" abgelehnt. Auf Druck der Öffentlichkeit mußte er aber schließlich doch noch gezeigt werden.
Früher, so berichtet **Aida Schläpfer Al Hassan,** habe man sich im Irak keine Gedanken gemacht, ob der Nachbar Sunnit, Schiit, Kurde oder Christ sei. Doch mit der Invasion der Amerikaner in den Irak, dem Bürgerkrieg und der ausufernden Gewalt des IS sei das gegenseitige Mißtrauen mittlerweile groß.

Diskriminierung der Christen

Was in der öffentlichen Debatte totgeschwiegen wird, ist die Tatsache, daß über 85 % der sogenannten "hate crimes" gegen Christen gerichtet sind. Darunter fallen durch das von der EU verabschiedete und in den nationalen Verfassungen verankerte sogenannte "Diskriminierungsverbot wegen sexueller Orientierung" (das höher bewertet wird als die persönliche Gewissensentscheidung) auch berufliche Einschränkungen und Diskriminierungen bis zu einem Ausmaß, daß in bestimmten Fällen die Existenzgrundlage von Menschen zerstört wird, wie z.B. in England, wo Klöster ihre Gasthäuser schließen mußten, weil sie gezwungen gewesen wären, auch an unverheiratete und homosexuelle Paare zu vermieten.

Ebenso mußten katholische Adoptionsvermittlungen ihre Einrichtungen schließen. Sie hätten Kinder auch an homosexuelle Paare vermitteln müssen.

Ein christlicher Standesbeamter, der aus religiöser Überzeugung sich nicht in der Lage sieht, ein homosexuelles Paar zu trauen, wird seine Stelle verlieren, wenn er den Vorgaben nicht Folge leistet. Ebenso werden Berufe wie Standesbeamter, Arzt, Krankenschwester und Hebamme oder Apotheker für Christen nicht mehr ausübbar sein, und Lehrer und Eltern geraten in Schwierigkeiten, wenn sie mit der staatlich festgelegten Sexualmoral nicht einverstanden sind.

Das **Antidiskriminierungs-Gesetz** führt zur absonderlichen Situation, daß ein katholischer Eventplaner auch für Homosexuelle Verpartnerungs-Feiern organisieren müßte, oder ein katholisches Bildungshaus sich nicht weigern könnte, die Tagung einer Abtreibungs-Organisation in ihren Räumen zu ermöglichen. Fraglich wäre ebenso, ob ein Pfarrer gezwungen wäre, den Pfarrsaal für die Planung einer Love-Parade etc. zur Verfügung zu stellen.

Aber auch im nicht-kirchlichen Bereich schafft das Gesetz absurde Möglichkeiten: Jüdische Einrichtungen wären gezwungen, antisemitisch orientierten Gruppen ihre Räume zu überlassen. Überlebende des kommunistischen Terrors müßten ihre Wohnung an ein kommunistisches Paar vermieten, und wie würde wohl die Antwort eines islamisches Reisebüros lauten, das aufgefordert wird, Christen nach Mekka mitzunehmen?

Anläßlich der Sacra Liturgia Konferenz in New York City im Juni 2015 faßt Bischof Frank Caggiano von Bridgeport im Rahmen seiner Homilie (Rede) die Not der Zeit zusammen: die Welt von heute wünscht, daß die Katholiken verschwinden. "Wir werden leiden." Gleichzeitig forderte er die Katholiken jedoch dringend auf standzuhalten. Dazu bedarf es jedoch der Standhaftigkeit des heute so angefochtenen Glaubens.

Die Weltregierung des Weltenherrschers

Es gibt jedoch eine Weltordnung, auf die wir unseren Blick richten, um die wir uns sogar bemühen und sie innig erhoffen und erflehen müssen: die eine Weltregierung des Pantokrator Jesus Christus. In den Berichten über die Zeit nach seiner Auferstehung unmittelbar vor seiner Himmelfahrt lesen wir von der Aussendung der Zwölf an alle Menschen bis an die Enden der Erde. Ihm, Jesus, ward alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden.

Darum hatte er auch die Macht die Jünger zu senden, um seine Botschaft zu allen "Völkern und Könige" zu tragen: "Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe." (Matthäus 28, 18-20).

Dies ist Seine Bitte, wenn nicht gar Seine Forderung, die er jedoch mit einer Verheißung verbunden hat: **"Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt"** (Matthäus 28,20).

Ungezählte sind diesem Ruf Christi gefolgt, **Alexander Solschenizyn** war einer von ihnen. In einer seiner Reden nach seiner Ausbürgerung 1974 sprach er über die entsetzlichen Ereignisse, die über Rußland gekommen waren und auf entsprechende Fragen antwortete er: "Nachdem ich jahrelang über das sowjetische System mit seinen Millionen Menschenopfern nachge-

forscht habe, kann ich nichts Genaueres sagen als: **Die Menschen haben Gott vergessen, deswegen konnte das alles passieren!"**
Es scheint tatsächlich so zu sein, als ob Gott Seine Hand von den Völkern weggezogen hätte, denn die Welt hat Jesus Christus aus dem Blickfeld verloren. Wir haben unsere Augen, wie Petrus von IHM abgewandt, deshalb sinken wir.
Niemand wird daran zweifeln, daß wir in einem nie gekannten Maß, Gott vergessen haben. Die allgemeine Apostasie, die Gleichgültigkeit in Glaubensfragen, nicht nur der Gläubigen, sondern auch der Hirten, ist apokalyptisch. Können wir es zulassen, daß unsere Kinder ihr Leben auf einem geistigen Trümmerfeld aufbauen?
Von offizieller Seite, vom Staat, von all den vielen Institutionen, die vorgeben, sich um Kinder, Ehe und Familie zu kümmern, ist kaum Hilfe zur Stärkung familiärer Strukturen zu erhalten, so viel haben wir verstanden. Nur wenigen Vertreter der Kirche ist Ehe und Familie noch ein drängendes Anliegen. Wer verkündet noch, daß die Liebe zwischen Mann und Frau ein Abbild der unaufkündbaren Liebe Gottes zu den Menschen ist. Wer hat noch ein Ohr dafür? Diese Sprache wird nicht mehr von allen verstanden. Doch sie muß wieder gelehrt und gelernt werden, wollen wir die zeitlos gültigen Werte wie Leben, Güte, Liebe, Treue wieder in unsere Gesellschaft bringen.
Die Einhaltung der so verlachten sittlichen Ordnung gerade im Bereich der Sexualität schützt vor psychischen und auch materiellen Schäden. Als Gott den Mann und die Frau erschuf, hat er keine wertunterschiedlichen Individuen hervorgebracht, sondern den Menschen, und zwar als Mann und als Frau, mit seiner jeweils spezifischen Sexualität.
Sie ist eine Erscheinungsweise des Menschen, die seine ganze Persönlichkeit durchdringt, ihn bis in sein Innerstes prägt. Daher ist Sexualität nicht lediglich etwas rein Körperliches, sondern berührt gleichermaßen die geistigen und psychischen Ebenen des Menschen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht zu erfahren, daß Liebe nicht ein sich technisch vollziehender sexueller Akt ist, wie dies in der schulischen Sexualerziehung vermittelt wird, sondern eine Bindungskraft, die sich langsam und stetig über Jahre hinweg entwickeln und festigen kann, und daß nur mit dieser Erkenntnis und mit diesem Wissen und unter diesen Voraussetzungen wahre Persönlichkeiten sich entfalten können, die der weltlichen Macht der Neuen Weltordnung die göttliche Kraft und Liebe Christi entgegensetzen.<<

Politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und systematische Umerziehung des deutschen Volkes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Wenn man hinter die Kulissen der geschickt inszenierten "Neuen Weltordnung" blickt, erkennt man z.B. folgende Tatsachen:
- Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) kein ernstzunehmender Gegner der europäischen Großmächte, entwickelte sich nach der Reichsgründung im Jahre 1871 zu schnell zu einem wirtschaftlich und politisch bedeutenden europäischen Staat. Die damaligen Großmächte waren in jener Zeit nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.
- Im Gegensatz zu den späteren Siegermächten war der deutsche Michel nie ein aggressiver Welteroberer, kolonialer Sklavenhalter und rücksichtsloser Ausbeuter, sondern die Deutschen arbeiteten selbst in ihrem Land oder handelten mit anderen Ländern. Der deutsche Michel zeichnete sich jeher durch Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Gutmütigkeit, Pünktlichkeit, Toleranz, Treue und Zuverlässigkeit, aber auch durch politische Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit und Langsamkeit aus.
- Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte duldeten keinen weiteren Konkurrenten.

- Der Erste und der Zweite Weltkrieg waren nicht die Folge unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle. Diese Kriege entstanden nicht unbeabsichtigt, sondern sie wurden von den späteren Siegermächten bewußt im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert, um das Deutsche Reich zu beseitigen.
Nur weil die damaligen Großmächte Ende des 19. Jahrhunderts nicht bereit waren, das 1871 neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren, inszenierten die Befürworter der "Neuen Weltordnung" (NWO) planmäßig den 2. Dreißigjährigen Krieg, um Deutschland zu vernichten (Menschenverluste des Ersten Weltkrieges = mindestens 18 Millionen, Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges = mindestens 55 Millionen).
Infolge des Ersten Weltkrieges (1,8 Millionen deutsche Soldaten und 1,1 Millionen deutsche Zivilisten) und im Verlauf des Zweiten Weltkrieges (5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten) mußten insgesamt mindestens 16,8 Millionen Deutsche sterben.
- Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages wurden jedoch später von den Alliierten mißachtet.
- Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.
- Der Versailler Vertrag war ein völkerrechtswidriges Diktat gegen das Deutsche Reich und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Das Deutsche Reich wurde nach der Ablehnung des Versailler Vertrages nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 und Gewaltandrohung: sofortige Besetzung des gesamten Deutschen Reiches) unter Druck gesetzt. Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc.) unwirksam. Die Grenzen des Deutschen Reiches blieben demnach völkerrechtlich unverändert.
- Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassische Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten.
- Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein.
- Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.
- Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt. Die "deutsche Katastrophe" war danach

nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der totalitären NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden (Internierung, Folter oder Mord) wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.
- Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) unterzeichneten am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).
Die politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und Umerziehung des deutschen Volkes wurde nach dem Zweiten Weltkrieg systematisch fortgesetzt.
- Die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" wurde am 23. Mai 1945 durch den Alliierten Kontrollrat der Siegermächte in Berlin völkerrechtswidrig abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.
- Die Deutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten nicht befreit, sondern politisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten systematisch ausgeplündert und umerzogen.
- Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.
Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer erschüttert über sich ergehen lassen. Damit man die angestrebten Hauptziele (Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung) ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen (gezielte "Hungerpolitik" etc.) durch.
Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.
Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde nachweislich durch die Siegermächte nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605).
- Am 17. Juli 1945 begann die Konferenz von Potsdam. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28. Juli 1945) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.
Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter

und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.
Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.
- Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fanden in den Internierungslagern östlich der Oder-Neiße-Linie gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern (Polen und Ostdeutschland = 1.255 Lager) wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.
- Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. Nach monatelanger, vielfach sogar jahrelanger Schreckenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, waren die meisten Ost- und Volksdeutschen sogar froh, wenn man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.
Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden (Stand: 1939) ausgelöscht.
- Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, begann ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern. Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanzielle Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) sollte vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.
- Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die genötigte deutsche Bundesregierung beantragte danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut: Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde, um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren, Einleitung der späteren EWG-Zwangseingliederung).
Der Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut) erfolgte nicht feiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die Westdeutschen wurden vor dem Beitritt nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der geplanten Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.
Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut) sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919. Bei der Ruhrbehörde (Ruhrstatut) handelte es sich um eine Tarnorganisation des US-Imperiums.

Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.
Infolge der Tatsache, daß der Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut) gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EWG und EU) ebenfalls unwirksam.
- Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigten am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199).
Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" (Forderungen) der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Es wurde deshalb auf einen Volksentscheid verzichtet. Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt außerdem wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte, um Wiedergutmachungen und die Einbindung in Europa zu garantieren.
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.
- Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).
- Auch nach Gründung der angeblich souveränen Staaten (BRD und DDR) setzten die Besatzungsmächte ihre Kolonialpolitik unbeirrt fort, um ihre politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht- und Einflußbereiche zu Lasten der deutschen Vasallen zu festigen.
Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und fast alle Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber einige Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen (Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle etc.).
- NATO-Mitgliedschaft und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland. Die Zustimmung erreichte man u.a. durch die Gewährung von weiteren Souveränitätsrechten.
- Am 25. März 1957 wurden in Rom die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" traten am 1.01.1958 in Kraft.
- Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.
Die Deutsche Demokratische Republik trat danach am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei.
Bei der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich eigentlich nur um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei abhängigen Staatsgebilden. In diesem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet.

Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen), so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen blendete man dabei außerdem kurzerhand komplett aus. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.
Infolge der genialen Vernebelungstaktik wurde jahrzehntelang nicht bekannt, daß die Gründung und die spätere Erweiterung der Europäische Union in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Amerika durchgesetzt wurde, um die wieder aufstrebende deutsche Industriemacht zu neutralisieren und um den sowjetischen Einfluß in Europa zu reduzieren.
Die führende US-Ordnungsmacht benötigte die EU und die NATO außerdem unbedingt für die Realisierung ihrer angestrebten Weltmachtpolitik (Schaffung einer "neuen Weltordnung").
Ferner ging es um die Erweiterung von profitablen Absatzmärkten und strategischen US-Direktinvestitionen sowie um die wirtschaftliche Eindämmung und Zerstörung der kommunistischen UdSSR.
Nach der erfolgreichen politischen und wirtschaftlichen Zerstörung der UdSSR im Dezember 1991 ordnete die NWO-Führung des US-Imperiums schließlich die Ablösung der bisherigen europäischen Nationalstaaten durch den angeblich dringend benötigten EU-Einheitsstaat bzw. die Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA an.
Die katastrophalen Fehlentwicklungen unserer heutigen Gesellschaft (Umerziehung, NS-Schuldkult, politische Korrektheit, Gleichmacherei, EU-Transferzahlungen, ständig neue Entschädigungsleistungen, Globalisierungsideologie, Multikulti, Migrationskrise, Gender Mainstreaming, Einführung von Gentechnik, etc.) wurden zweifelsfrei durch die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sowie den maßgeblichen NWO-Verantwortlichen eingeleitet und realisiert.

Die "Neue Weltordnung" wurde in der Bundesrepublik Deutschland mit folgenden Destabilisierungsmaßnahmen durchgesetzt:

- "Reeducation" bzw. "Umerziehung": Die begabten kommunistischen Intellektuellen der sog. Frankfurter Schüler gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern im Jahre 1950 das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen fortzusetzen. Die mehr als tausendjährige ruhmreiche Geschichte der Deutschen wurde im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") von den alliierten Siegermächte fast nur auf die zwölf Jahre des NS-Regimes reduziert.
Nach der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.
Die linksradikalen Gutmenschen und die Massenmedien setzten danach unentwegt Argumente, wie z.B. wie Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Faschismus, Rassismus usw., ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und die Illusion eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates zu vermitteln.
Infolge der jahrelangen einseitigen Berichterstattung und der systematischen Umerziehungsmaßnahmen durch die Massenkommunikationsmittel, die auffallend an die Zustände in der ehemaligen DDR erinnern, sehen die meisten Deutschen die historischen Ereignisse (einschließlich nicht selten dreister Geschichtsverfälschungen) des 20. Jahrhunderts nur noch aus der Sicht der Siegermächte. Viele Deutsche sind heute davon überzeugt, daß die Deutschen im

Jahre 1945 tatsächlich von den Siegermächten "befreit" wurden.
Die Dipl. Psychologin Sonja van Biezen und Dr. phil. Elisabeth Nussbaumer berichteten am 9. Dezember 2002 in der schweizerischen Wochenzeitung "Zeit-Fragen" über die negativen Folgen der sozialistischen, kollektiven Erziehung (x882/...): >>**Die Folgen jahrzehntelanger Wertezersetzung für Familie und Bonum commune (Gemeinwohl)**
... Noch vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Deutschen geschehen sollte. In einem anthropologisch und psychologisch unhaltbaren Kurzschluß wurden die Kriegsverbrechen Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten allen deutschen Menschen angelastet. Die Deutschen seien eine Fehlentwicklung der Evolution, wurde behauptet. In gleicher rassistischer Verblendung, wie sie die Nazis gegenüber den Juden auslebten, wurde nun vertreten, alle Deutschen seien Herrenmenschen, Mörder aus Grausamkeit. Es gab in den USA den von einem Amateurhistoriker 1940 verfaßten Kaufmann-Plan, der die Umerziehung, später dann die Sterilisierung des deutschen Volkes verlangte, und den Morgenthau-Plan, der die Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten und den Abbau der gesamten Großindustrie plante.
Nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen wurde der Morgenthau-Plan fallengelassen. Da der Ost-West-Konflikt bereits seine Schatten vorauswarf, überlegten sich die Alliierten rechtzeitig, daß die deutsche Industrie noch gebraucht werden würde. Also wurde auf die Taktik der Umerziehung zurückgegriffen. Noch während des Krieges begannen amerikanische Offiziere der "Abteilung für psychologische Kriegsführung" mit den Vorbereitungen zur "Umerziehung der Köpfe".
Amerikanische Sozialwissenschafter und Psychologen übernahmen die Arbeit. "Die ganze Operation (Umerziehung der Deutschen) sollte in der Anfangsphase von Kennern der deutschen Verhältnisse kontrolliert und überwacht werden. Darunter waren schon wegen ihrer guten Kenntnis der deutschen Sprache und der Verhältnisse des Landes viele ehemalige deutsche Emigranten. Ein prominentes Beispiel ist Herbert Marcuse, der einstige Mitbegründer des Frankfurter Instituts für Sozialforschung besser bekannt als Frankfurter Schule."
So bot sich für Marcuse und seine Genossen Gelegenheit, die Umerziehung der Deutschen in den Dienst der marxistischen Ideologie zu stellen: Wie die Geschichte seit Marx und Engels zeigt, wurden stets alle Gelegenheiten für den marxistischen Angriff auf Gesellschaft und Kultur genutzt. Mit der Rückkehr der Vertreter der Frankfurter Schule nach Deutschland konnte dann die "Charakterwäsche" unter der Fahne des Antifaschismus ungehindert und noch intensiver vollzogen werden. Herbert Marcuse, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und ihre Schüler leisteten wirkungsvolle und nachhaltige Arbeit:
An Stelle jeglichen Zusammengehörigkeitsgefühls, jeder Selbstachtung der deutschen Menschen sollte kollektive Scham treten und Generationen überdauern. Reale Geschichte sollte nicht einfach im Sinne von Völkerrecht und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden, sondern die kollektive Erinnerung wurde derart manipuliert, daß das deutsche Volk für sich selbst, seine Sprache, seine Kultur und Sitten nur noch Abscheu und Verachtung empfinden mußte.
Dabei gingen die "Umerzieher" von der These aus, die typisch deutsche Charakterstruktur sei autoritär und damit dem Faschismus gefährlich nahe. Der deutsche Vater herrsche autoritär. Neben seiner Frau müsse sich ihm auch das Kind bedingungslos unterwerfen. Daraus resultiere insgesamt die Aggressivität und Grausamkeit des deutschen Erwachsenen. Jedes Kind müsse die Grundwerte der deutschen Familie, nämlich Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit, verinnerlichen. Diese Sichtweise entspricht weder der Natur des Menschen noch dem deutschen Menschen. Sie ist Resultat der Gesinnung und Taktik ihrer Schöpfer Marcuse, Adorno und Horkheimer, die das Autoritäre überall suchten und auch fanden - nur nicht in ihrer eigenen totalitären freudo-marxistischen Theorie.
Die Zahl der von der Frankfurter Schule und ihren Schülern ausgebildeten oder beeinflußten

Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten aller Medien, die Anzahl ihrer Veröffentlichungen und Vorträge war groß und ihr Einfluß so weitreichend, daß man, mit Gramscis Worten, von einer kulturellen Hegemonie sprechen muß. Ihre Auswirkung dauert bis heute an, denn nach dem Ende des kalten Krieges und dem Beginn der Entspannungspolitik begann mit der 1967 einsetzenden Studentenbewegung die weitere Verbreitung der Ideologie der Frankfurter Schule.

Diese beinhaltet eine zweite, noch nachhaltiger wirksame Welle der Umerziehung, getragen von dem "ethischen Rigorismus der 68er". Es wurde ein Gesinnungskartell geschaffen, jeder Widerstand als faschistisch oder antikommunistisch abgeurteilt. Gegen den Mann als Familienvater wurden Attacken geritten, die kulturell tradierten und bewährten Werte der Familie als Keimzelle eines demokratischen Staates der Lächerlichkeit preisgegeben und als faschistoid verunglimpft. Auf diese Weise wurde die gesunde, normale Familie verleumdet, abgewertet, zersetzt. Indem dem Kind ein Heranwachsen in der Geborgenheit einer intakten und ihrer Bedeutung bewußten Familie genommen wurde, hat man es von seinen lebenswichtigen Bindungen und von seinen geschichtlichen Wurzeln abgeschnitten.

So wurde das Ziel der Umwertung aller Werte in weiten Bevölkerungskreisen erreicht. Die Familie, bestehend aus Mutter, Vater, Großeltern und Kindern war der Auflösung preisgegeben. Eine neue Form von Familie wurde geschaffen: Eine Art Kommune mit Kindern, in welcher jeder seiner Selbstverwirklichung nachgeht. Die Familie mit berufstätiger Mutter wurde zur weit verbreiteten Lebensform. Der auf der marxistischen Theorie begründete Radikalfeminismus hatte den Frauen aller Gesellschaftsschichten und aus allen Teilen der Welt den Irrtum eingeflößt, als Ehefrau und Mutter dem Manne gegenüber benachteiligt zu sein. Dieser vermeintlichen Ausbeutung meinte die in solcher Weise irregeführte Frau durch Selbstverwirklichung in einer beruflichen Karriere begegnen zu müssen. …<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 26. Mai 2015: >>**Tolerant, toleranter, totalitär**

Eine Kolumnistin empfiehlt einem Leser, seine zwei Kinder nicht zu einer Schwulen-Hochzeit zu schicken - und verliert ihren Job bei der Zeitung. Einem Münchner Gastwirt, der sich weigert, rechte Gäste rauszuwerfen und wie Aussätzige zu behandeln, droht der Entzug der Konzession.

Ein Berliner Politikwissenschaftler sieht sich plötzlich und grundlos auf einem anonymen Internetpranger mit Rassismus- und Sexismusvorwürfen konfrontiert. Sein Vergehen: Er betrachtet politische Prozesse differenziert und richtet seine Lehre auch an der Realität aus - und nicht nur an linken Wunschvorstellungen.

Das ist Deutschland 2015. Jenes Deutschland, in dem nahezu täglich von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien und der vielbeschworenen "Zivilgesellschaft" das hohe Gut der Toleranz gepredigt wird. Aber wie so oft bei falschen Predigern ist auch dieser Kelch statt mit Wasser randvoll mit Wein gefüllt. …

Abweichende Meinungen werden mit allen Mitteln bekämpft. Wer es wagt, sie zu äußern, muß damit rechnen, geächtet zu werden.

Das kennt man aus Diktaturen mit demokratischem Antlitz. Da durfte auch jeder seine Meinung frei äußern - er mußte nur mit den entsprechenden Konsequenzen leben. Und die reichten von Ausgrenzung über Studier- und Berufsverbot bis zu Ausbürgerung oder Gefängnis.

Es ist kein Geheimnis, daß nicht überall, wo "demokratisch" draufsteht, auch Demokratie gelebt wird. Auch die Diktatur des realexistierenden Sozialismus nahm für sich in Anspruch, demokratisch zu sein und dem Guten zu dienen. Die Wirklichkeit aber sah anders aus.

Offiziell herrscht Meinungs- und Berufsfreiheit

Und heute? Offiziell ist die Bundesrepublik ein demokratischer Rechtsstaat mit grundgesetzlich garantierter Meinungs- und Berufsfreiheit. Das Gegenteil also von einer totalitären Ge-

sinnungsdiktatur.
Denn Totalitarismus, so das Internetlexikon Wikipedia, bezeichnet eine Herrschaft, die "in alle sozialen Verhältnisse hineinzuwirken strebt, oft verbunden mit dem Anspruch, einen 'neuen Menschen' gemäß einer bestimmten Ideologie zu formen". Wer könnte hierbei schon an die Bundesrepublik im Jahr 2015 denken?<<
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 14. Oktober 2015 (x893/…): >>**Käufliche Journalisten manipulieren die öffentliche Meinung**
… Die mediale Konstruktion der Wirklichkeit
Elisabeth Noelle-Neumann sagte vor etwa 20 Jahren anläßlich eines Redaktionsbesuches der FAZ: "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte Wirklichkeit." Das geschieht durch die systematische Beeinflussung und Steuerung der Massen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Die Gründerin des Umfrage-Instituts Allensbach benannte die Folge eine "Schweigespirale", wenn das Fernsehen ständig Minderheitenmeinungen als Mehrheitsmeinungen darstellt.
Die Bürger präsentieren den Journalisten dafür die Rechnung, indem zwei Drittel der Befragten den Medienleuten mangelnde Objektivität und Glaubwürdigkeit bescheinigen. Die Journalisten werden nicht mehr als ehrliche Makler zwischen Politik, Wirtschaft und Weltgeschehen einerseits und den Bürgern andererseits angesehen. Denn das sind sie nicht. Viele von ihnen sind "gekaufte Journalisten".<<
- Kollektivschuldvorwurf und Förderung des kollektiven Minderwertigkeitskomplexes bzw. des sog. Schuldkultes: Aufgrund der diffamierenden Geschichtsdarstellung der Sieger wurde jahrzehntelang unentwegt der Eindruck vermittelt, daß Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Massenverbrechen nicht nur eine Spezialität des NS-Terrors wären, sondern ein abstammungsbedingtes "teutonisches Phänomen" sei.
Der Schuldkult entwickelte sich zu einem bedeutenden Herrschafts- und Machtinstrument, denn mit der NS-Kollektivschuld konnte jede noch so sachliche Kritik und jeglicher Widerstand vom Tisch gefegt und niedergebügelt werden, so daß kontroverse, sachliche Auseinandersetzungen nicht mehr stattfanden. Die mehr als 1.000jährige deutsche Geschichte wurde praktisch auf die Jahre des NS-Regimes von 1933-1945 (Kriegslüsternheit, Vernichtungslager, Endlösung, deutsche Kriegsverbrechen, deutsche Kollektivschuld) reduziert. Etwa 19 Millionen Angehörige der deutschen Wehrmacht werden heute in unserem Land der Geschichtslosigkeit z.B. pauschal als Instrumente des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges bzw. als Kriegsverbrecher diffamiert.
Das negative NS-Deutschlandbild von den bösartigen, kriegslüsternen Deutschen wurde international besonders durch die US-Filmindustrie weltweit verbreitet. In der einseitigen Geschichtsdarstellung Hollywoods stellte man den durchschnittlichen Deutschen gewöhnlich als brutalen, heimtückischen Verbrecher in brauner NS-Uniform sowie in schwarzer SS-Uniform oder bestenfalls als dummen, verblödeten Nazi-Mitläufer dar.
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. März 2011: >>Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument
Die Canossa-Republik
Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen

Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."
Wie war es dazu gekommen? Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dieser ideologische Krieg in seine zweite, politische Runde gegangen. Das Ziel der Sowjetunion war die Durchsetzung des "Antifaschismus" sowjetmarxistischer Prägung im besiegten Deutschland. Die Vereinigten Staaten begannen ihr Programm der Umerziehung der Deutschen – weg von ihren sogenannten autoritären und militaristischen Traditionen hin zu den westlichen Werten der Demokratie und des Individualismus. …
Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik. Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuldkult. …
Welchen Eindruck diese eigentümliche "deutsche" Geschichtspolitik bei Ausländern mit historisch-politischer Bildung und moralischer Sensibilität hervorruft, zeigte die Rede, die der Präsident Estlands, Lennart Meri, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 auf Einladung der Bundesregierung in Berlin hielt. Ihre zentralen Sätze lauteten:
"Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau stellt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. ... Für mich als Este ist kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden – aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst."
Es verwunderte nicht, daß Meris Berliner Rede vom deutschen Establishment kühl aufgenommen wurde, denn dieser kluge Freund der Deutschen legte die Finger in die geistigen Wunden des großen Volkes in Mitteleuropa, das 1945 die schwerste Katastrophe seiner Geschichte erlitten hatte: sein so häufiges politisches Unvermögen, von dem seine Geschichte immer wieder berichtet, und seine kompensatorische Neigung zur Flucht in hypermoralische Praxis und lautstarke moralische Betroffenheit. Dagegen postulierte Meri, daß gute und erfolgreiche Politik nur mit Selbstachtung betrieben werden kann, ohne Tabuisierung der eigenen Geschichte und Tradition.<<
- Destabilisierung des Wirtschaftsstandortes durch die sog. Energiewende: Die staatlich angeordnete "Energiewende" (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022) sowie die angestrebte Stillegung aller Kohlekraftwerke wird nicht nur die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft, sondern letzten Endes auch Deutschland in den wirtschaftlichen Ruin treiben.
Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird die "Energiewende" (staatlich angeordnete hochsubventionierte doppelte Stromerzeugung) die deutsche Energiewirtschaft unweigerlich ruinieren.
Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß es in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben wird (zur Zeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland anstatt der mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerke nur 35), deshalb wird es zukünftig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit mehr geben.
Wenn man im Jahre 2022 aufgrund der ideologischen Energiewende (Kampf der Öko-

Propheten gegen die vermeintlich von den Menschen verursachte Erderwärmung zur Rettung des Weltklimas) die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) ersatzlos abschalten muß und die angestrebte Stillegung aller Kohlekraftwerke durchsetzt, wird es in Deutschland große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben. Vor allem fehlende konventionelle Reservekraftwerke und Pumpspeicherkraftwerke werden sicherlich vielerorts zu dramatischen Versorgungsengpässen führen.
Bei sog. "Blackouts" (Zusammenbruch von Stromnetzen) werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und flächendeckend chaotische Zustände entstehen. Infolge der Stromausfälle fallen unter anderem alle Verkehrsleitsysteme, der Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke und Tankstellen aus. Sämtliche Geschäfte, Banken, Apotheken, Betriebe usw. müssen schließen. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) bricht ebenfalls zusammen, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht. Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher bleiben stumm. Längere flächendeckende Blackouts werden sich zwangsläufig zu nationalen Katastrophen entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend verändern.
Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind außerdem auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.
Die Kernenergie bietet zurzeit die einzige realisierbare Alternative, um den künftigen Energiebedarf unseres hochindustriellen Landes mittel- und langfristig zu befriedigen.
Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, ist die deutsche Bundesregierung ungeachtet der arglistigen Privatisierung der Energieversorgungsunternehmen für die Entsorgung und Stilllegung dieser Kernkraftwerke verantwortlich.
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 8. November 2017: >>**Die gescheiterte ideologische Energiewende**
Kosten steigen und steigen. Immer mehr Verbrauchern wird der Strom abgeklemmt
"Höchste Strompreise, keine CO2-Einsparung, wachsende Konflikte mit dem Naturschutz, Gefahren für die Versorgungssicherheit. Die Zwischenbilanz der Energiewende ernüchtert", erklärte der Energiewende-Experte Holger Douglas in der vergangenen Woche in einer Pressemitteilung des Bundes für soziales und ziviles Rechtsbewußtsein:
Die Energiewende ist krachend gescheitert
Diejenigen, die den Wahnsinn Energiewende in die Welt gesetzt haben, wissen offenbar nicht mehr weiter. Die Kosten steigen und steigen. Der Stromverbraucher muß für jenen "grünen" Strom zahlen, der gar nicht erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr paßt oder weil noch keine Leitungen gebaut sind, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern sind 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht. …
Diese EEG-Förderung war der Anreiz, Windanlagen zu bauen und Photovoltaikanlagen auf die Dächer zu setzen. Ein Mensch, der noch bei Trost ist, würde das niemals tun, denn es rechnet sich nicht - es sei denn, er wird mit einem Haufen Geld gelockt.
Also entstanden zuerst an den Küsten unüberschaubare Wälder von Windanlagen, Bauern bastelten sich Photovoltaikanlagen auf ihre großflächigen Stalldächer, und grüne Lehrer und Zahnärzte quetschten noch auf den letzten Dachziegel Photozellen. Und alle pumpen nun Strom in die Netze.

Da lacht das Herz des Energiewendegewinnlers, das des Stromverbrauchers bekommt Rhythmusstörungen, weil die Kosten in astronomische Höhen klettern.
Jede Fortschreibung des EEG löst weitere Kostenlawinen aus. Insgesamt sollen die deutschen Stromverbraucher im kommenden Jahr die wahnsinnige Summe von 29,5 Milliarden Euro für "Ökostrom" bezahlen, hat die Bundesnetzagentur prognostiziert. So hoch dürften die Ansprüche aller Photovoltaik- und Windstromerzeuger auf Vergütung ausfallen.
Dem würden voraussichtlich, so die Agentur weiter, Einnahmen aus dem Verkauf des Stromes von 4,7 Milliarden Euro gegenüberstehen. Eine ordentliche Differenz, die bezahlt werden muß. …
Die Mechanismen der EEG-Umlage sind reichlich verworren und schwer durchschaubar. Fest steht, daß dabei auch der Staat über diverse Steueranteile kräftig mitverdient.
Aber immerhin: Die "grünen" Stromerzeuger haben etwas in der Geschichte Einmaliges vollbracht: Der Stromverbraucher muß für etwas bezahlen, das es nicht gibt, nämlich für jenen "grünen" Strom, der gar nicht erst erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr hineinpaßt oder - noch besser - weil noch keine Leitungen gebaut wurden, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern dieser Anlagen wurden 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht. Da werden sogar die albanischen Hütchenspieler neidisch.
Immer mehr Verbraucher können nun ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. So wurden im Jahr 2015 von den Stromversorgern über 6 Millionen Sperr-Androhungen verschickt. Rund 418.000 Haushalten wurde der Strom abgeklemmt. Hinzu kommen 58.000 Gasabschaltungen. Die Stromversorgung ist ein soziales Recht und eine Grundvoraussetzung für ein gesundes menschenwürdiges Wohnen. Stromsperren durch die Energieversorger aufgrund von Zahlungsunfähigkeit ihrer Kunden sind vom Gesetzgeber zu verbieten.
Autor dieses gekürzten Beitrags ist der aus dem Fachbereich Wissenschaft und Technik bekannte Journalist Holger Douglas.<<

- Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an supranationale Organisationen wie die Europäische Union (EU): Abgabe von nationalstaatlichen Gesetzgebungskompetenzen an supranationale Gerichtshöfe wie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGRM). Beschränkung der nationalen Souveränität durch die freiwillige Übernahme der Vorgaben von internationalen Organisation (UN etc.).
Souveränitätsverlust der Nationalstaaten sowie Verlust von individuellen und kollektiven demokratischen Freiheitsrechten (Vertrag von Schengen = 1985, Vertrag von Maastricht = 1992, Vertrag von Lissabon = 2007).
Die staatliche Souveränität und Kompetenzen der Nationalstaaten werden systematisch abgeschafft und reduziert, um die EU in einen zentralistischen Einheitsstaat umzuwandeln. Die Gliederung und die Vorgehensweise der EU-Kommissionen und der EU-Kommissare ähneln nicht umsonst der diktatorischen Politik in der ehemaligen Sowjetunion (UdSSR: "Union der sozialistischen Sowjetrepubliken UdSSR").
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 (x853/...): >>**EUropa – "das gemeinsame Haus"?**
... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:
"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expreß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-

TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasialand."
Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.
Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expreß ohne Wiederkehr in die Heimat.
Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.
Da die Zeit drängt und der Expreß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden. …
7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein
Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurern und Handlangern.
In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:
"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst von Jahr zu Jahr."
So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt J. Rothkranz (S. 514).
- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.
Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.
Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer (wie H. Heine und K. Marx) das Paradies verspricht, der bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." (W. Biermann, in "Israel-Nachrichten" v. 31.12.1993)
Die Wahrheit über Europa?
Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den (Mit-)Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch v.a., was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<
- **Manipulation der Finanzwirtschaft:** Abschaffung der DM, Privatisierung der Landesbanken, zunehmende Staatsverschuldung durch Euro-Rettung, EU-Haftungs- und Schulden-

politik, Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), Vergemeinschaftung der EU-Schulden und Milliardenverluste der deutschen Sparer durch die Niedrigzinspolitik.
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Dezember 2017: >>**Zum Schaden Deutschlands**
von Bruno Bandulet
… Jean-Claude Juncker … möchte den mit 700 Milliarden ausgestatteten Euro-Rettungsschirm ESM in einen "Europäischen Währungsfonds" umwandeln. Auch der könnte nicht mehr tun, als im Krisenfall Kredite zu vergeben. Nur würden dann nicht mehr die nationalen Regierungen federführend sein, sondern die EU-Kommission könnte vorschlagen, wer wieviel Geld bekommt. Ein kräftiger Machtzuwachs für Brüssel, der praktisch keine Aussicht auf Verwirklichung hat, weil alle Regierungen und Parlamente zustimmen müßten.
Macron reklamiert Führungsrolle für Frankreich in der EU
Das Problem besteht nicht darin, daß Macron eine europäische Strategie hat, sondern darin, daß Berlin keine hat. Er versucht, die Deutschen vor sich herzutreiben, und dabei käme ihm nichts mehr gelegen als eine Große Koalition unter Merkel. Apropos SPD: Erst im vergangenen März erwärmte sich auch Sigmar Gabriel dafür, den deutschen Steuerzahler zur Ader zu lassen ("Wir sollten mehr für Europa zahlen") und verstieg sich zu der nebulösen Behauptung: "Jeder Euro, den wir also für den EU-Haushalt zur Verfügung stellen, kommt - direkt oder indirekt - mehrfach zu uns zurück." Wenn das so wäre, könnte Deutschland den aus der EU gezogenen Nutzen mühelos multiplizieren, wenn nicht wie 2016 netto 13 Milliarden Euro an Brüssel abgeführt werden, sondern ein Mehrfaches davon.
Im übrigen wird Macron in Deutschland mißverstanden. Er ist keineswegs der Meinung, daß Frankreich zum höheren Nutzen Europas französische Souveränität und französische Interessen opfern müsse. In einem immer noch lesenswerten Interview mit dem Spiegel vom 14. Oktober reklamierte Macron für Frankreich die Führungsrolle in der EU, verbunden mit dem dezenten Hinweis, daß Frankreich als Atommacht und als ständiges Mitglied im Uno-Sicherheitsrat eine "besondere Stellung" innehabe.
Beides mit den Deutschen oder den anderen Europäern zu teilen, käme ihm nicht in den Sinn. Europäer zu sein, so Macron, bedeute ja nicht, seine Unabhängigkeit und seine eigene Diplomatie aufzugeben. Und dann ließ er die Katze aus dem Sack: "Deutschland will keine Finanztransfers. Dieses alte Denken aber müssen wir hinter uns lassen." Man tut Macron nicht unrecht, wenn man ihm unterstellt, er wolle Deutschlands Finanzkraft anzapfen. …<<
- Destabilisierung des Wirtschaftsstandortes durch Privatisierungen: Privatisierung von lebensnotwendigen staatlich-öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Privatisierung der Energieversorgung, des Gesundheitswesens, der Post und Telekommunikation usw. Die zunehmende Privatisierung von lebensnotwendigen staatlich-öffentlichen Einrichtungen schwächt nachweislich den sozialen Zusammenhalt des Gemeinwesens und soll letzten Endes den gesamten Nationalstaat überflüssig machen.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**
Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.
Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. …
Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des

Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den (einstmals) männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.
Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.
Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß. …<<
- Sonstige Destabilisierungsmaßnahmen des Wirtschaftsstandortes: Schwächung des Nationalstaates durch Steuerhinterziehung (keine angemessene nationale Überwachung und Besteuerung von global agierenden US-Konzernen - Google, Amazon, Facebook, Microsoft usw. -).
Einführung von Gentechnik (ungeachtet der Tatsache, daß die Risiken des Einsatzes von gentechnisch veränderten Organismen für Mensch, Flora und Fauna meistens nicht abzuschätzen sind). Schwächung des Verbraucherschutzes (Aushöhlung des Bier-Reinheitsgebotes etc.). Vernichtung der weltweit führenden deutschen Automobilfirmen (völlig unwirtschaftliche, primitive E-Fahrzeuge sollen zukünftig moderne Benzin- und Dieselfahrzeuge ersetzen).
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**
Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.
Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Dieselemissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.
Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem
Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.
Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken. Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.
Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann,

können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Tricksereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt. …<<

- Systematische Schwächung der Bundeswehr: Infolge der Steigerung von Auslandseinsätzen, Aussetzung der Wehrpflicht, der Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten und wegen ungenügender Finanzierung ist die Bundeswehr heute von der zivilen Gesellschaft entkoppelt und praktisch nicht mehr verteidigungsfähig. Mehr als die Hälfte der deutschen Kampfpanzer sind z.B. derzeit wegen fehlender Ersatzteile nicht einsatzbereit.

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 16. November 2017: >>**"Das ist unfaßbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern**

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. …

Strukturelle Mängel an der Spitze?

"Das ist unfaßbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.

"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." …

Beim Kampfpanzer Leopard 2 handelt es sich um eines der wichtigsten Waffensysteme des Heeres. Das bis zu 65 Tonnen schwere und maximal 72 km/h schnelle Kettenfahrzeug kann aus seiner Hauptwaffe, der Glattrohrkanone im Kaliber 120 Millimeter, verschiedene Spezialgeschosse auf bis zu sechs Kilometer entfernte Ziele abfeuern. …<<

- Ausgrenzung von "Rechtsradikalen": Ausgrenzung von "rechtsradikalen" Abweichlern und Tolerierung des Linksextremismus (Antifa etc.) für den "Kampf gegen Rechts" durch zivilgesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen und Medien) und staatliche Institutionen, um angeblich das hohe Gut der Toleranz zu verteidigen.

Verfassungsfeindliche und terroristische Aktionen der Linksradikalen bleiben meistens völlig unbehelligt und werden vielerorts sogar durch staatliche Organisationen gefördert und finanziell unterstützt.

Obwohl das Grundgesetz gemäß Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität in Deutschland vielerorts vollkommen anders aus. Wer als Konservativer friedlich Kritik äußert oder gegen Mißstände demonstriert, muß damit rechnen, von linksextremen Antifa-Aktivisten diffamiert, öffentlich angepöbelt oder tätlich angegriffen zu werden. Die Gewalttaten der Linken werden in der Öffentlichkeit nicht selten bewußt als "Gewalt gegen Sachen" verharmlost, während man die Gewalttaten der Rechten überwiegend als "Gewalt gegen Personen" darstellt.

Kritiker, die z.B. nur auf die Einhaltung von Regeln und Gesetzen hinweisen, werden von den Linksradikalen und den Medien gewöhnlich pauschal als Rechtsradikale, Rechtspopulisten, Nazis oder Rassisten mit der Kollektivschuldkeule zum Schweigen gebracht. Jeder Widerspruch wird von den neomarxistischen Wächtern reflexhaft und unbarmherzig als Naziunwesen diskreditiert und mit sozialer Ausgrenzung sowie mit der Existenzvernichtung geahndet, um kritische Auseinandersetzungen über strittige politische Themen zu vermeiden. Infolge dieser systematischen Verfolgungen wagen es immer weniger Menschen, die totalitäre Ideologie der selbsternannten Gutmenschen zu kritisieren und passen sich ängstlich an.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...):
>>**Auf dem Weg zu einer "DDR light"?**
Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als "Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. ...
Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...
Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...
Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.
Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien (besonders in Diktaturen), daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.
Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" (à la Goldhagen) den braunen "Gröfaz" als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" (Martin Walser) des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als (Erbsünde-)verdammtes Volk fühlen.
Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.
Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.
Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Minister-

präsident, übernommen zu haben scheint".
Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'
Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'
Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."
Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<

- Durchsetzung der "politischen Korrektheit": Die durch Zwangsbeiträge finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender unterstützen wegen fehlender objektiver Berichterstattung die Durchsetzung der "politischen Korrektheit" in der Öffentlichkeit. Abweichende Auffassungen und kritische Meinungen (Leserbriefe usw.) werden in den Zeitungen meistens nicht mehr publiziert.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Januar 2014 (x887/...):
>>**Verrat an der Freiheit**
Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf
… Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten. Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dümmlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. …
Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber. So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft. …
Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdiktatur zu erwachsen drohe.
Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden." …<<

- Destabilisierung durch Massenmigration: Die Auflösung des monokulturellen Staates durch die Flutung mit Millionen von Migranten führt zwangsläufig zur Schaffung eines leicht zu lenkenden "Lumpenproletariats" in Parallelgesellschaften ohne nationale Kulturwerte. Die Durchsetzung der Globalisierungs-Ideologie bzw. Auflösung der nationalen Kultur (Multikulti) wird in der Bundesrepublik Deutschland besonders mit Hilfe der sog. antirassistischen Nazikeule realisiert. Der Staat bemüht sich nicht mehr um das Gemeinwohl des Volkes,

sondern die "liberale Demokratie" vertritt gegenwärtig fast ausschließlich nur noch die Interessen von schutzbedüftigen "Minderheiten" (Migranten und sonstige bedürftige Gruppen).
Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnte bereits im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...
Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Folgen der massenhaften Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.
Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion**
Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!
Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft" (IW). Es geht davon aus, daß Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.
Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.
Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.
Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvolker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.
Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands
Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden einen "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz (SPD), der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".
Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.
Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt werden.<<

- Gender-Ideologie: Gender-Mainstreaming (ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielen, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen). Beim sogenannten Gender-Mainstreaming handelt es sich um ein gefährliches Sozialexperiment (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, rücksichtslosen, schwachen Einheitsmenschen). Diese "neuen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der ehemaligen totalitären UdSSR) ohne Geschlecht (Gender Mainstreaming), ohne Herkunft und Heimat, ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne Familie formatiert werden.
Die atheistische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Ideologie, die vor allem durch die "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und den demokratischen Rechtsstaat zerstören will. Diese undemokratische Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wurde besonders von der EU maßgeblich unterstützt, um ihren angestrebten diktatorischen EU-Einheitsstaat (EUdSSR) durchzusetzen.
Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung ist in Wahrheit ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung und der gnadenlosen Unterdrückung. Dieses menschenverachtende Sozialexperiment ähnelt den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert einen neuen "sozialistischen Einheitsstaat" (ein "Paradies auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte. Das verhängnisvolle kommunistische Sozialexperiment kostete schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtete z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr Sozialexperiment (Weltrevolution) bezahlten.
Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. September 2017 (x893/…): >>**Gender - Was steckt dahinter?**
… In einer hochaktuellen Publikation dieses Titels aus dem Jahr 2015 analysiert der studierte Volkswirt, Publizist und Leiter der Aktion "Kinder in Gefahr" Mathias von Gersdorff (Frankfurt am Main) die ideologischen Grundlagen einer Wahnideologie, die vom gesunden Menschenverstand zwar als wahnsinnig empfunden, von den politischen Machthabern aber aus sinistren Gründen den Menschen oktroyiert wird.
Nun ist es zwar so, daß sich in den letzten Jahren einige der Grundlagen und Quellen der Gender-Ideologie herumgesprochen haben, etwa durch die Publikationen von Gabriele Kuby, Birgit Kelle u.a., daß diese Ideologie aber im politischen und gesellschaftlichen Maßstab weiter erstarkt. Der Widerstand gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie etwa in der Schule ist noch zu schwach. Die Eltern scheinen nicht recht zu begreifen, was hier mit ihren Kindern angestellt wird. …
Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx
Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß das infame *Kommunistische Manifest* (1848) den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.
Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutschland, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:
In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem

Boden", wohlgemerkt. …

Gender-Pädagogik gegen Kindeswohl - Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft

Die "dekonstruktive Pädagogik" soll "emanzipatorisch" sein. Was auch immer damit genau gemeint sein soll, eines ist klar:

"In Wahrheit geht es hier um die Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit und um nichts anderes". …

Nicht wenige Stimmen aus der Gesellschaft warnen - trotz erheblichen Konformitätsdrucks seitens Politik und "Antifa"-Straßengewalt - vor einer lügenhaften Ideologie, die den Menschen nur unglücklich machen kann und die - das wird viel zu wenig bedacht - in ihrem Kern totalitär ist. Sie ist unduldsam, aggressiv und freiheitsfeindlich. Sie richtet sich vor allem gegen die Kinder, deren seelische Bedürfnisse sie bewußt verletzt und sie selbst zu politisch-ideologisch und revolutionären Zwecken mißbraucht und vernutzt. …<<

- "Reformation" des Bildungssystems: Das weltweit anerkannte, effektive deutsche Bildungssystem, in dem man nach Möglichkeit jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten förderte, wurde in den letzten Jahrzehnten konsequent zerlegt.

Absenkung des Bildungsstandards für alle Schüler durch ständig geringere Anforderungen, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen. Aufgrund der sogenannten "Inklusion" sollen geistig, körperlich, sozial oder sonst wie behinderte Kinder in "normale" Schulkassen integriert werden (alle Kinder sind gleich bzw. alle Kinder sind irgendwie behindert und sind deshalb gleich zu machen). Fast niemand kümmert sich darum, daß besonders die behinderten Kinder unter der Inklusion leiden und die Lehrer hoffnungslos überfordert werden.

Viele Schüler besitzen nicht mehr die Grundkenntnisse, die für eine erfolgreiche Berufsausbildung oder ein Studium benötigt werden.

Einführung des US-Diploms (Bachelor/Master), obwohl unsere deutschen Universitätsabschlüsse jahrzehntelang als vorbildlich galten.

Durch die jahrelang umstrittene Rechtschreibreform wurde die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung im In- und Ausland vorsätzlich erheblich beschädigt, um die deutsche Sprache als ehemals führende Wissenschafts- und Kultursprache endgültig auszuschalten.

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 14. Dezember 2017: >>**Bildungspolitik - Bildung, die schaffen wir ... ab!**

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Die Forderungen nach mehr sozialer Durchmischung der Schulen werden lauter. So sollen Kinder aus bildungsnahen Familien die Leistungsschwächeren mitziehen. Doch die Reformen führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu einer Absenkung der Bildungsstandards für alle Schüler

Immer lauter und immer öfter wird die Forderung nach einer stärkeren vom Gesetzgeber reglementierten sozialen Durchmischung der Schulen erhoben. Jüngst verstieg sich Morten Freidel angesichts der jüngsten Iglu-Studie zur Lesefähigkeit von Grundschülern zu dem sprachlich fragwürdigen, an den Stil der *taz* erinnernden Imperativ: Mischt Grundschüler!

Die Forderung der "Durchmischung" an den Gesetzgeber geht von folgender Vorstellung aus: Der mangelhafte Wortschatz von Grundschülern und ihre Handicaps im Erlernen des Lesens und Schreibens beruht darauf, daß immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in den Klassen auf Kinder treffen, die aus sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. …

Niedrigeres Niveau für alle

Nun wurde in der *FAZ* dieser Vorschlag nicht unterbreitet, dafür aber einer, der nicht weit davon entfernt liegt. Die Länder sollen nicht nur einen Schulbezirk bestimmen, sondern vor

allem darüber wachen, daß Eltern sich dem nicht entziehen können. Stillschweigend wird in dem Artikel damit geliebäugelt, Privatschulen abzuschaffen. Denn wenn Eltern nur noch dadurch der Durchmischung entkommen, indem sie ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, werden das alle tun, die es sich irgendwie noch leisten können. Auch wenn das für sie zu großen Opfern führte. Steuern für eine verkorkste Bildungspolitik zahlten sie übrigens auch in diesem Fall weiter.
Würde man aber Privatschulen verbieten, führte der Vorschlag zu einer Einheitsschule. Aus dem Bestreben, es für alle gut machen zu wollen, aber es letztlich nicht zu können, würde es dann richtig schlecht und zwar für alle. … Zum Vergleich: Ein schneller Hundertmeterläufer würde zwar einen langsameren ziehen können, aber nur um den Preis, daß er selbst seine Leistungsgrenzen niemals erreichen würde. Seine Leistungsmotivation würde dadurch auf Dauer zerstört werden, und bald würde er auf ein niedrigeres Niveau fallen.
… Man erklärt Kinder zur Verschiebungsmasse und macht sie zu Ausputzern einer verkorksten Einwanderungs- und Bildungspolitik, bringt die Senkung von Bildungsstandards politisch ernsthaft ins Gespräch und zwingt die Kinder in Einheitsschulen. Das alles zeugt von wenig Respekt den Kindern gegenüber, zeugt von einem Bildungsstalinismus, der die Kinder zu einem Rädchen im Getriebe erklärt und noch dazu entscheidende Fragen außer acht läßt, die bereits vor der großen Zuwanderung eine Rolle spielten.

Absurder neuer Lehrplan

Das beginnt bei der Einsparung von Lehrern, die dazu geführt hat, daß heute fast jeder ohne besondere Qualifikation unterrichten darf. Und es endet bei zweifelhaften, ideologiegetriebenen pädagogischen Experimenten wie Flexklassen, Erlernen des Schreibens nach Gehör, Verbot des Diktatschreibens, Abschaffung der Schreibschrift, Schaffung eines dem Wissenserwerb hinderlichen Zwangssystems von Gesellschafts- und Naturwissenschaften als große Unterrichtskomplexe. …

Schädliche Bildungsreform

Es läßt sich natürlich schwer beurteilen, ob die Regierung meint, daß unseren Kindern Armutsspezialistentum im späteren Leben noch einmal nützlich sein wird. Wer Schüler nicht in die Systematik der Fächer, in ihre Logik, ihre Methodik und Methodologie einführt und schult, der verhindert jedoch, daß sie lernen, in Zusammenhängen zu denken. Schaut man sich die Vielzahl schädlicher "Bildungsreformen" an, kann man schwerlich dem Eindruck widerstehen, daß Bildungspolitik die Absenkung der Bildungsstandards zum Ziel hat.
Eine andere Studie besagt, daß Deutschland nur in einem Bereich sehr weit vorn liegt, und zwar in der Teamfähigkeit. Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses brach darüber Jubel aus, denn Wissen wäre nicht mehr wichtig, so hieß es, Wissen kann man sich schließlich auch ergoogeln. Menschen, die sich nur noch Wissen ergoogeln können, sind aber in allem abhängig von Google. Wir wissen zwar nichts, aber es ist doch toll, daß wir jetzt mal zusammen sind.
Den Leseschwächen der Grundschüler kann man also nicht mit der Schaffung der Einheitsschule, nicht mit "Durchmischung" begegnen, sondern nur mit einem besseren, inhaltlich zielführenden Unterricht und mit einem ausdifferenzierten Schulsystem. Hier muß angesetzt werden, denn hier liegt die Bildung im Argen.<<

- **Abschaffung der traditionellen Familie:** Zersetzung und Zerstörung der altehrwürdigen bürgerlichen Familie (Berufstätigkeit beider Elternteile ermöglicht die gezielte Manipulation von Kindern in Kindertagesstätten, Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen, wie z.B. Krippen und Ganztagsschulen und die eigenmächtige Umsetzung der Gender-Ideologie). Anstatt die bürgerliche Familie und ihre Rechte zu schützen und zu fördern, plant der Staat offensichtlich die komplette Abschaffung der bisherigen traditionellen Familie.
Je früher die Krippenerziehung beginnt, desto wirksamer kann die Mutter-Kind-Bindung ge-

stört werden. Aufgrund der fehlenden Mutter-Kind-Bindung entwickeln sich die Kinder zu instabilen Persönlichkeiten, die leicht zu manipulieren sind. Im Rahmen der "grünen" (kommunistischen) Ideologie entzieht man den Eltern grundlegende Erziehungsrechte, um die individuelle Persönlichkeit der Kinder durch gezielte Manipulationsmaßnahmen (perverse Sexualerziehung etc.) systematisch zu zerstören. Die Spaltung und Zersetzung der bürgerlichen Familie führt letzten Endes zur Spaltung und Zerstörung der gesamten Gesellschaft.

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Familie: Die Charakterschmiede der Gesellschaft**

Anne-Dominique Kaufmann

Die Familie ist eine der genialsten Institutionen der Welt! Für Kinder ist die Familie der Ort, wo sie von Geburt an von Trainern begleitet werden, die sie bedingungslos lieben. Sie dürfen in kleinen Schritten mit ständiger Wiederholung die Kompetenzen lernen, die sie fürs Leben erfolgreich machen.

Geübt muß werden: Gehorsam, Respekt, Höflichkeit, Ausdauer, Ehrlichkeit, Genauigkeit, Ordnung, Selbstbeherrschung, Bescheidenheit, Freundlichkeit - bis sie zur Gewohnheit werden! …

Und was ist die Familie für die Eltern? Eigentlich genau das gleiche Charakterübungsfeld wie für die Kinder, nur in der "Oberstufe". Hier übt sich in der Ehe, was man als Kind gelernt hat: Treue und Verbindlichkeit, die Fähigkeit, nachzugeben, Respekt und Höflichkeit füreinander, Akzeptanz und Wertschätzung, Ausdauer und Problemlösung, Vergebung und Liebe. Es ist harte, aber lohnenswerte Arbeit, denn bewährte Beziehungen werden tiefer, schöner, begehrenswerter! Und die Kinder lernen: so geht eine Ehe!

Es gibt für Eltern keine bessere Investition, als am Charakter ihrer Kinder zu "schmieden"!

Das Resultat: starke, kompetente, selbstbewußte, junge Leute, die Harmonie und Erfolg im Leben haben und eine echte Bereicherung für die Gesellschaft sind!

Schließlich sollte uns allen klar sein, was früher jeder wußte:

- daß starke Männer und Frauen starke Ehen machen
- daß starke Ehen starke Kinder machen
- daß starke Eltern und Kinder starke Familien machen
- daß starke Familien eine starke Gesellschaft machen und
- daß eine starke Gesellschaft ein starkes Land macht!

Anne-Dominique Kaufmann ist ehemalige Musik-Lehrerin und inzwischen vollzeitige Ehefrau und Mutter von vier Kindern.<<

- **Zerstörung des Christentums:** Zurückdrängung von christlichen Werten und Positionen (Schwächung der christlichen Religionen durch staatliche Tolerierung von radikalen Sekten und atheistischen Organisationen).

Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch (bis August 1969 wurden z.B. Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum noch strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren).

Verleugnung des christlichen Erbes sowie Anfeindungen und Zurückdrängung von christlichen Werten und Positionen.

In diesem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wird, soll die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen. Dieser Glaubensverfall förderte einen

dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und verherrlichte schließlich den Atheismus und die Herrschaft der größenwahnsinnigen Öko-Hysteriker und der falschen Klimapropheten.
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 18. Juli 2016 (x892/…): >>**Deutsche Kirche: Und weiter geht's bergab**
Die Deutsche Bischofskonferenz hat am 15. Juli die aktuellen Zahlen über Kirchenaustritte, Taufen und Trauungen mitgeteilt. Angesicht dessen, was uns die Modernisten seit Jahrzehnten sagen, müßte die Kirche vor lauter Konversionen und Wachstum bereits in Schwierigkeiten kommen. Denn die Anpassung an die Welt und die "anthropologische Wende", weg von Gott und hin zum Menschen, hat ja angeblich den Zweck, die Menschen wieder zu Christus zu führen. Die Zahlen belegen das Gegenteil und zwar sehr deutlich.
Im Jahr 2015 traten in Deutschland 181.925 Katholiken aus der Kirche aus. Das sind etwa so viele Austritte wie im Jahr, als die schrecklichen Meldungen über den Mißbrauch von Kindern durch katholische Priester bekannt wurden. Im vergangenen Jahr gab es aber kaum noch solche Meldungen.
… Erzbischof Kardinal Marx, der große Vorsitzende der Bischofskonferenz, ist auch stolz. Es gab nämlich mehr Taufen und Trauungen. Sage und schreibe 150 (!!!) Trauungen mehr als 2014. Wenn das kein Erfolg ist.
Leider sank die Zahl der Kirchenbesucher. Aber was soll das schon, man setzt doch auf "Qualität statt Quantität". Die Kirchenbesucherzahl sank von 10,8 auf 10,4 Prozent. Wobei dies nicht die Besucher sind, die, wie nach Kirchengebot vorgeschrieben, jeden Sonntag die Hl. Messe besuchen, sondern Besucher, die mehr oder weniger "regelmäßig" - was das genau bedeutet sagt man nicht - die Messe besuchen. Übrigens: 1990, im Jahr der Wiedervereinigung, gingen 21,9 Prozent "regelmäßig" zur Messe.
Der Modernismus und Liberalismus sind gescheitert. In zehn Jahren werden die Kirchen vollständig leer sein. Gläubige, die ihren Glauben ernst nehmen, die nicht sich und den Menschen, sondern Gott in den Mittelpunkt stellen, gehen schon jetzt in die wahre Hl. Messe aller Zeiten und suchen die Seelsorge bei Priestern, die sich dem überlieferten Ritus und dem Glauben aller Zeiten verpflichtet fühlen, wie den Priestern der Petrusbruderschaft und vor allem der Piusbruderschaft.<<
- Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland: Infolge der zunehmenden Schwächung des Christentums durch die linksliberale, atheistisch-materialistische Gender-Ideologie wird in Deutschland zwangsläufig die Ausbreitung des Islams gefördert, obwohl diese gemeingefährliche totalitäre Eroberungs- und Unterdrückungsideologie, in fast allen islamischen Ländern jede Art von Religionsfreiheit gewaltsam unterdrückt.
Der Islam ist nachweislich keine friedfertige "Religionsgemeinschaft", der unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert.
Artikel 4 des aktuellen deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) zur "Religionsfreiheit" lautet wie folgt (x890/...): >>Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.<<
Der Islam, der sich seit seiner Entstehung als Religionsgemeinschaft tarnt, war nie eine Religion des Friedens. Der Islam war immer eine religiös-politische Eroberungs- und Unterdrückungsideologie, die nachweislich die Weltherrschaft anstrebte (Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht.").
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 4. Dezember 2015: >>**Islam - Wo der**

Koran Anknüpfungspunkte für Gewalt bietet

Die Muslime müssen endlich den Koran und die Tradition des Propheten kritisch in Frage stellen. Sonst ist der interreligiöse Dialog zum Scheitern verurteilt.

Kommentar von Abdel-Hakim Ourghi

Muslime sehen den Koran als das Wort Gottes an, als Maß aller Dinge, an dessen Vorschriften sie sich orientieren. Daher nimmt der Koran in ihrem Alltag den wichtigsten Platz ein. Wer auch nur ein wenig an seinem Wortlaut rüttelt, einen Teil von ihm ablehnt oder ihn gar als Menschenwerk betrachtet, gilt manchen als Häretiker. Das Leben des Propheten und dessen religiöses und politisches Handeln kritisch zu hinterfragen, scheint ebenso tabu zu sein. Das Bild eines vollkommenen Lebens ohne Sünden muß aufrechterhalten werden und dient als ewig gültiges, gottgegebenes Vorbild. …

"Führe uns den geraden Weg", heißt es in der ersten Sure des Koran

Eine sinnstiftende Legitimation dafür sind die sogenannten Schwertsuren. In Sure 9 des Korans - etwa ein Jahr vor dem Tod des Propheten offenbart - werden die Muslime aufgefordert, gegen jene zu kämpfen, "die nicht an Gott und auch nicht an den Jüngsten Tag glauben, die das, was Gott und sein Gesandter verboten haben, nicht verbieten und nicht der wahren Religion angehören - unter den Schriftbesitzern - ..." (Vers 29).

In Vers 33 wird der Islam als wahre Religion bezeichnet. Gott werde der Gemeinde zum Sieg über alle Religionen verhelfen. Auch in der letzten offenbarten Sure 5, Vers 33, ist zu lesen: "Der Lohn derer, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und überall im Land eifrig auf Unheil bedacht sind, soll darin bestehen, daß sie umgebracht oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen wechselweise (rechts und links) Hand und Fuß abgehauen wird, oder daß sie des Landes verwiesen werden."

Aus einigen Koranpassagen geht eine "symbolische Gewalt" hervor. Symbolische Gewalt operiert dezent und alltäglich und sichert die Anerkennung von Herrschaftsordnungen. In den Teilen des Korans, die in Medina offenbart wurden, findet sich ein ganzes Sündenregister von Juden, Christen und arabischen Heiden, das letztendlich als Rechtfertigung für den bewaffneten Umgang des Propheten dient. Durch die alltägliche Rezitation dieser umstrittenen Verse legitimieren viele Muslime bis heute unbewußt diese Gewalt im religiösen Leben.

Wenn sie das tägliche Gebet praktizieren, rezitieren die Muslime jeden Tag siebzehn Mal die erste Sure des Korans, "die Eröffnende". In dieser Sure, die offenbar aus der medinensischen Epoche stammt, wird gebetet: "Führe uns den geraden Weg, den Weg derer, denen Du Gnade erwiesen hast, nicht den Weg derer, die Deinem Zorn verfallen sind und irregehen!" (Vers 6-7). Die gesamte muslimische Koranexegese ist der Auffassung, daß sich der zweite Teil auf Juden und Christen bezieht. In Sure 2, Vers 120, werden sowohl Mohammed als auch die Muslime aufgefordert, Juden und Christen zu meiden.

Das Erbe von Medina

In Sure 3, Vers 85 ist zu lesen, daß keine andere Religion als Ersatz für den wahren Glauben an Gott dienen kann. Bereits in Vers 19 derselben Sure wird mit Nachdruck betont, daß der Islam die einzig wahre Religion sei. Die Umma (die Gemeinschaft der Muslime) wird sogar als die beste Gemeinschaft bezeichnet, die Gott den Menschen gestiftet habe (Koran 3:110).

Dadurch werden die Muslime in ihrem religiösen Überlegenheitsgefühl als Inhaber der absoluten Wahrheit bestärkt. Die klare Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen ist das fundamentale Denkschema der Muslime. Seine Dualität prägt das Denken auch in anderen Bereichen, dient zur Orientierung in der sozialen und religiösen Lebenswelt und bringt dementsprechende Praktiken hervor. …

Akzentuiert muß betont werden, daß der nicht reformierte Islam keine Religion des Friedens ist. Das gehört zur Redlichkeit einer islamischen Theologie und Religionspädagogik. …

Zum Autor: Abdel-Hakim Ourghi, 47, leitet den Fachbereich Islamische Theologie und Reli-

gionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 17. September 2007: >>**Integration "Der Islam hat ein Doppelgesicht"**
Wegen ihrer kritischen Haltung zum Islam wurde Hiltrud Schröter immer wieder bedroht. Im Gespräch mit WELT ONLINE spricht die Autorin über Toleranz, Terrorismus und die Gefahr von Moscheen in Deutschland. Ihre Schlußfolgerung: Der Islam ist nicht mit der Demokratie vereinbar.
Die Autorin und Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter aus Frankfurt beschäftigt sich seit gut 20 Jahren mit Islam und Migration. Die 66-Jährige gilt als eine strenge Kritikerin. Die Wissenschaftlerin erhielt wegen ihrer Arbeit bereits mehrere Drohungen und für ihre Studie "Ahmadiyya-Bewegung des Islam" eine Strafanzeige von dieser muslimischen Sekte. Das Strafverfahren wurde allerdings von der Staatsanwaltschaft eingestellt. …
WELT ONLINE: In Ihrem neuen Buch beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz Allahs. Sie behaupten darin vehement, die Rechtsordnung des Islam sei generell nicht mit der Demokratie vereinbar. Warum?
Hiltrud Schröter: Unser Grundgesetz folgt dem Grundsatz der Gleichheit, also der Gleichberechtigung. Nach der Scharia dagegen muß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Darauf fußt etwa die Diskriminierung der Frau im Islam. Eine Folge davon ist auch, daß Nicht-Muslime in islamischen Ländern weniger Rechte und andere Pflichten haben und Menschen zweiter Klasse sind. Religionsfreiheit gibt es nicht. Der Islam hat ein Doppelgesicht.
WELT ONLINE: Inwiefern?
Schröter: Der Islam ist ein totales und totalitäres System. Er ist nicht nur Religion, sondern auch Politik. Er ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch. Allah ist der oberste Gesetzgeber und seine Gesetze sind im Koran und damit in der Scharia enthalten. Und im Koran ruft Allah einerseits zu Toleranz und Frieden auf, andererseits verspricht er denjenigen, die mit Gewalt gegen die Ungläubigen kämpfen, das Paradies. Darauf stützt sich der islamische Terrorismus. …
WELT ONLINE: Der Verein, der die Moschee in Hausen plant, spricht davon, einen deutschen Islam einführen zu wollen, der offen und liberal sei.
Schröter: Dann soll er sagen, welche Stellen er aus dem Koran streichen will. Das Problem ist nämlich, daß Muslime das Ziel haben - wenn sie denn dem Gebot Allahs folgen - sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor. Im Koran heißt das taqiya. Innenminister Bouffier nennt das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 "Legalitätstaktik".
WELT ONLINE: Wie soll man mit Muslimen umgehen? Welche Konsequenzen fordern Sie?
Schröter: Ich trenne ganz deutlich zwischen Menschen und dem Islam als System. Das zeigt besonders gut mein Buch "Mohammeds deutsche Töchter". Aber wenn ein Muslim hier islamische Gesetze einführen will, dann lehne ich das ab. Das wichtigste ist, aufzuklären, daß der Islam auch totalitär ist.
WELT ONLINE: Das heißt, Sie würden den Neubau von Moscheen verbieten lassen?
Schröter: Moscheen sind ja keine "Gebetshäuser" und "Kirchen", wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Großprojekte wie in Köln und Hausen lehne ich ab, weil sie Demonstrationen islamischer Macht sind, die die Weltherrschaft anstrebt.
WELT ONLINE: Warum sind Sie so rigoros mit Ihrem Urteil?
Schröter: Meine Generation hat diese Suppe hierzulande eingebrockt. Ich kann die Folgen, die auf unsere Kinder und Enkelkinder zukommen, nicht verantworten: nämlich ein drittes

totalitäres System nach Faschismus und Kommunismus und die Wiederkehr des Patriarchalismus.<<

Gewaltenteilung, Politiker, Lobbyismus, Amtsmißbrauch, Demokratie

Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte. …<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Bundeskanzler Konrad Adenauer (x068/302): >>... Denn wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete über die Rede des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (1920-2015) vom 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten (rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets), die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 1998 über den deutschen SPD-Politiker Gerhard Schröder: >>**Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik**

... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen.

Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."
Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<
Der Schriftsteller Michael Kleeberg schrieb am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenminister) auf Lévys Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.
Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.
Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Januar 2000 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler) (x887/...): >>**Der Sumpf wird immer tiefer**
Elf-Aquitaine, Panzer, Parteispenden: Wer blickt da noch durch?
Die Parteispenden-Affäre wird immer unübersichtlicher. Inzwischen droht die Diskussion in Einzelheiten zu versickern. Immer weniger wird darüber gesprochen, worum es eigentlich geht: um das "System Kohl" und seine Finanzierung.
Der damalige CDU-Parteichef hatte jahrelang "Schwarze Kassen" angelegt. War in irgendeinem CDU-Landesverband Not am Mann, dann konnte "unbürokratisch", wie es so schön hieß, geholfen werden. …
In diesem Zusammenhang weisen Beobachter immer wieder auf die Leuna-Affäre hin. Hier hatte der per Haftbefehl gesuchte französische Geschäftsmann André Guelfi laut "Die Zeit" erklärt, es seien über seine Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Inzwischen verdichten sich Hinweise, daß die Regierung Kohl dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen versprochen hat. …<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**
Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.
Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**
Außenminister Joschka Fischer (Grüne) sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins

Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. …
Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevenement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Mündige Bürger als Risiko**
Parteienherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf
Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.
Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. …<<
Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 10. Januar 2006 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Gastprofessur an Elite-Uni**
Fischers neues Leben
Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.
In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik. ...<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**
Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. …
Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. Er habe in seinem politischen Leben "noch nie einen so katastrophalen Start einer Regierung in Deutschland erlebt". Schwarz-Gelb sei "die schwächste Regierung, die wir je hatten". "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". …<<
Der deutsche CSU-Politiker Horst L. Seehofer (seit 2008 bayerischer Ministerpräsident) erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Oktober 2011: >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**
von Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister)
Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.
In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt "drei Briefe" an die Botschafter der Westmächte zur Unterschrift vorgelegt wurden. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Hoheit verstanden. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**
Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.
Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.
Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents. …
Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juli 2012: >>**"Damit ist die Grenze überschritten"**
… Herr Professor Schachtschneider, warum muß der ESM in Karlsruhe scheitern?
Schachtschneider: Vor allem, weil er die Grenze zum EU-Bundesstaat überschreitet, also mit der nationalen Souveränität unvereinbar ist.
Und warum ist das ein Problem?

Schachtschneider: Deutschland ist der Staat des deutschen Volkes seit 1871. Dieser Staat ist souverän. Er kann nicht Gliedstaat eines europäischen Bundesstaates sein, ohne seine Souveränität aufzugeben oder zumindest einzuschränken, wie das Bundesverfassungsgericht im Lissabon-Urteil vom Juni 2009 klargestellt hat. …
Der "Münchner Merkur" schreibt: "Wenn Historiker eines Tages darüber sinnieren, wann Deutschland als souveräner Staat aufgehört hat zu existieren und die Metamorphose in ein Bundesland der Vereinigten Staaten von Europa begann, dann dürfte ihr Blick auf den Tag der Verabschiedung des ESM-Vertrags fallen."
Schachtschneider: Völlig richtig. Wir leben längst im entdemokratisierten Unionsstaat. Die politische Union ist weit entwickelt. Sie bedarf der Legitimation durch ein Unionsvolk oder muß gänzlich neu gestaltet werden. Dafür bin ich, für ein europäisches Europa, ein Europa der Vaterländer, das, völkervertraglich verbunden, in Frieden und Freiheit zusammenlebt. Und nicht für ein Europa einer von der Finanzindustrie bestimmten bürokratischen Diktatur, das mit dem langgezogenen Staatsstreich ertrotzt werden soll, und langfristig mittels Wahlen der weitgehend verarmten Bevölkerung in einen sozialistischen Staat ohne Völker umgewandelt wird. Aber genau das wird solange Maxime der Unionspolitik sein, wie diese nicht unterbunden wird.
Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider Der Staatsrechtler (72) lehrte in Berlin, Hamburg und Erlangen.<<
Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 4. August 2013 über den deutschen Politiker Gregor Gysi (1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter, DIE LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**
… Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder
Gerhard Schröder: Herr Gysi, PRISM, Tempora, X-Keyscore, das sind kryptische Kürzel, die vor kurzem niemand kannte. Jetzt stehen sie in den Schlagzeilen. Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?
Gregor Gysi: Nein, noch nicht, weil man ja jeden Tag was Neues erfährt, und das ist dann immer so, daß das so ein Zyklus ist, bei dem plötzlich die Faktenlage sich verändert, verschiebt. Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler): >>… Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Juli 2015 über eine Rede des deutschen CDU-Politikers Wolfgang Schäuble vom 18.11.2011 in Frankfurt: >>**Ein Staat im Wachkoma**
… Im Lichte der heutigen Besatzungssituation Deutschlands, bedingt durch die fortgeltenden Besatzungsstatute und Vorbehaltsrechte der Alliierten, die in Deutschland Militärbasen, ame-

rikanische Atomwaffen und grenzenlose Spionage überhaupt erst möglich machen und vor dem Hintergrund, daß Deutschland nach wie vor bei den Vereinten Nationen als Feindstaat geführt, keine Verfassung, kein gültiges Grundgesetz und keinen Friedensvertrag hat, läßt sich das Fortbestehen des Deutschen Reiches nur so verstehen, wie Wolfgang Schäuble es im November 2011 formulierte: "Wir hier in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." …<<

Herbert Ludwig berichtete am 7. Oktober 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Kultur des deutschen Volkes (x969/…): >>**Volk oder Bevölkerung? - Von den Quellen der deutschen Kultur**

"Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht."
Heinrich Heine

Die Begriffe Volk und Volksgemeinschaft sind durch die nationalsozialistische Ideologie als blutsgebundenes Kollektiv einer auserwählten Rasse mißbraucht worden, das einen übergeordneten personellen Gesamtwillen besitze, der durch den Führer repräsentiert und ausgeführt werde. Damit war auch der Begriff Volksgeist diskreditiert, der als Zusammenfassung dessen verstanden wird, was als seelisch-geistige Besonderheit ein Volk charakterisiert.

Teile der Wissenschaft sehen die Wurzeln der Ideologie des Nationalsozialismus in der Veranlagung des deutschen Volkes selbst und in manchen seiner Philosophen. Die meisten Politiker wünschen und betreiben die Integration des deutschen wie auch der anderen europäischen Völker in einen zentralistischen europäischen Bundesstaat, weil sie so die nationalistische Selbstzerfleischung der Völker meinen ausschließen zu können. Vertreter des linken politischen Spektrums sehnen vielfach gar die direkte Auflösung des deutschen Volkes herbei und begrüßen sein Aussterben, das durch die derzeitige demographische Entwicklung absehbar scheint.

Der frühere Außenminister Joschka Fischer von den Grünen sagte laut "Die Welt" vom 7.2.2005: *"Deutschland muß von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden."*

Sieglinde Frieß, Bundestagsabgeordnete der Grünen und Verdi-Fachbereichsleiterin, meinte lt. FAZ vom 6.9.1989 vor dem Parlament: *"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt."*

Am unverhohlensten äußern sich in dieser Beziehung die linksextremen Terrorgruppen. So heißt es in einem antifaschistischen Aufruf von 2012: "*Die größte Gefahr eines faschistischen Wiedererstarkens geht nicht von den marginalisierten Nazis aus, sondern von der bürgerlichen Ideologie des "geläuterten" Deutschlands selber, in welcher die Ursachen für die faschistische Barbarei … und in der Kategorien wie Volk und Nation Ausdruck anti-emanzipatorischen Denkens sind. … Das Volk ist kein Begriff, den die Nazis erst ruinieren mußten, sondern seit hundert Jahren schon die Lüge von der notwendigen schicksalhaften Verbundenheit der einzelnen im nationalen Zwangskollektiv."*

Und auf den Straßen skandieren sie ganz offen*: "Nie wieder Deutschland!"* und: *"Deutschland verrecke!"*

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß in der seit Jahren stattfindenden großen und gegenwärtig dramatisch anschwellenden Zuwanderung bei den Politikern der Begriff Volk als zu schützende Einheit keine Rolle spielt. Deutschland wird als quantitatives Reservoir betrachtet, das es bei eigenem Bevölkerungs- und Arbeitssklavenrückgang irgendwie aufzufüllen gilt. Vizekanzler Gabriel z.B. hält es für verkraftbar, daß Deutschland jährlich eine halbe Million Flüchtlinge für die nächsten Jahre aufnehmen könne (Spiegel Online 8.9.15).

Und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sagte lt. SZ.de vom 4.9.2015: *"Wir brauchen in den nächsten 20 Jahren viel mehr Arbeitskräfte, als dieses Land hervorbringen wird"* und sprach von 500.000 freien Stellen in Deutschland.

Wer da noch auf die Eigenqualität des Volkes und ihres notwendigen Schutzes hinzuweisen wagt, wird sofort in die rechtsextreme Ecke gestellt. Wir betreten also im Folgenden stark vermintes Gelände. Aber es geht um die Erkenntnis der Wirklichkeit. Und diejenigen, die noch gefühlsmäßig die historisch überkommene Nation verteidigen, müssen erkennen, daß dies nicht mehr ausreicht, sondern daß sie sich mit der tieferen geistigen Realität des Volkes verbinden müssen, um sie vor dem allseitig anstürmenden Nihilismus zu retten.

Vom Wesen des Volkes

Dem unverstellten kulturgeschichtlichen Blick zeigt sich, daß jedes Volk eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft bildet, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen.

In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft. Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus.

In dem Artikel *Das eigentliche Europa - Eine Besinnung in Zeiten der Entmündigung* habe ich das am Beispiel von fünf europäischen Völkern etwas zu skizzieren versucht. Der Verlust der Kulturbeiträge auch nur eines Volkes würde einen nicht gut zu machenden Schaden für die Menschheit bedeuten. Wozu sollte es sonst die verschiedenen Völker überhaupt geben?

Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: Die Kultur eines Volkes ist nicht abhängig von dessen ethnischer Geschlossenheit. Die Kultur steigt nicht aus einer blutsgebundenen Veranlagung auf, sondern bildet sich unabhängig davon aus rein seelischen Kräften. In sie können also auch Menschen aus anderen Völkern hineinwachsen, was ja in der Vergangenheit auch immer wieder geschehen ist.

Wenn aber das massenhafte Einströmen von Menschen völlig fremder Kulturen und einer überwiegend antichristlichen und antifreiheitlichen Religion nach Deutschland stattfindet, die so in die Kultur gar nicht integrierbar und zum größten Teil dazu auch nicht willig sind, verliert das einheimische Volk immer mehr eine aus der eigenen Kultur hervorgehende und sie fördernde Gestaltungsmöglichkeit der Gesellschaft.

Woher kommt es, daß die Menschen eines Volkes in einer besonderen Weise seelisch konfiguriert sind, daß wir von typisch italienisch, typisch britisch oder typisch deutsch sprechen? Dieses Besondere wird ja nicht zwischen den Menschen abgesprochen und herbeigeführt. Es gibt keine Vereinbarung, daß sich jetzt alle so verhalten wollen, weder irgendwann in der Vergangenheit noch später. Erst recht nicht entspringt die Sprache mit ihrem weisheits- und kunstvollen Aufbau irgendeiner bewußten menschlichen Konstruktion. Der Mensch wächst unbewußt in sie hinein, bewegt sich in ihr und wird von ihr ergriffen und gebildet.

Er bildet sie zwar etwas weiter, aber aus den Impulsen der seelischen Konfiguration des Volkstums, die ihm ganz unbewußt bleiben. Das läßt nur den vernünftigen Schluß zu, daß Sprache und einheitlicher Duktus einer Volkskultur auf den Einfluß von über dem Menschen stehenden Wesen zurückgehen müssen.

Wenn jemand irgendwo einen ihm unbekannten komplizierten Motor findet, wird er nicht auf die schwachsinnige Idee kommen, die verschiedenen Teile hätten sich an dieser Stelle zufällig so zusammengefügt, sondern er wird den Motor vernünftigerweise auf den gedankenvollen Bauplan eines Menschen, also eines intelligenten Wesens zurückführen, nach dem er konstruiert und in seine funktionsfähige Form gebracht worden ist.

Vor dem menschlichen Organismus setzt aber bei vielen Menschen ein solch vernünftiges Denken plötzlich aus. Seine hochkomplexen Funktionsabläufe und Zusammenhänge sinnvoll-

erweise auf einen intelligenten Bauplan zurückzuführen, scheitert am versteckten Hochmut des materialistischen Intellekts, der kein höheres intelligentes Wesen über sich anerkennen kann, und sich deshalb in den gedankenlosen neuen Aberglauben flüchtet, die Teile des Menschen hätten sich halt irgendwann durch einen wundersamen Zufall so zusammengefügt. Entsprechend hält man das Kunstwerk der Sprache und den einheitlichen Charakter der Kultur eines Volkes für zufällige Entwicklungsprodukte.
Doch bereits Johann Gottfried Herder bildete Ende des 18. Jahrhunderts den Begriff des Volksgeistes als einer übermenschlichen Wesenheit, die jedem Volk als inspirierendes Wesen zugehöre. Rudolf Steiner hat dies aus seinen geistigen Forschungen konkretisiert und dahin differenziert, daß es sich um zwei zusammenwirkende Wesen handele, einen Sprachgeist und einen Volksgeist, die in der christlichen Engelhierarchie, wie sie auf den Paulus-Schüler Dionysius Areopagita zurückgeht, jeweils dem geistigen Range der Erzengel angehörten.
Es sind gewaltige Wesen, die mit ihrer Seele ein ganzes Volk umfassen und unterbewußt deren Seele und Lebensorganisation durchdringen und im Sinne einer bestimmten Sprache bzw. eines besonderen Volkscharakters und Volkstemperamentes inspirieren. Der Volksgeist durchdringt aber auch die Lebensvorgänge der Landschaft, in der das Volk lebt, und wirkt so prägend auch von außen. Es gehen unterschiedliche Einflüsse auf den Menschen aus, je nachdem wie die Elemente Erde, Wasser, Luft, Wärme und Licht im Gebirge, im Flachland, am Meer oder im Innern des Kontinents verteilt sind. Der Volksgeist ist die Quelle der Volks-Kultur.

Vom Wesen der deutschen Kultur

Eine der zentralen Eigenschaften des Deutschen ist sein Hang nach Gründlichkeit. Sie kommt nicht nur in der Qualität seiner materiellen Produkte, die aus einer vollständigen Durchdringung der naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und ihrer perfekten technischen Umsetzung hervorgehen, sondern auch in allem geistigen Streben zum Ausdruck. Es ist der generelle Drang, den Dingen auf den Grund zu gehen, nicht an der Oberfläche zu bleiben, sondern zu den letzten Ursachen zu dringen, aus denen alles hervorwächst.
Goethe hat dies Streben in seinem "Faust" personifiziert. Der Professor Faust hat viele Wissenschaften studiert, aber unbefriedigt muß er sich gestehen, daß alles Sinnes- und Verstandeswissen seine Fragen nach den Tiefen des Seins nicht beantwortet: *"Habe nun, ach! Philosophie, / Juristerei und Medizin, / Und leider auch Theologie / Durchaus studiert, mit heißem Bemühn. / Da steh ich nun, ich armer Tor, / Und bin so klug als wie zuvor!" …<<*
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>**Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper**
Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.
Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist. Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben. …<<
Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela

Merkel (x881/...): >>**Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?**
… Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden.
Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als (einstmals) bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:
"Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden." (Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister).
"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig." (Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister).
"Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht." (Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages).
"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali." (Cem Özdemir, Parteichef Bündnis 90/Die Grünen).
"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt." (Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin).
"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern." (Daniel Cohn-Bendit, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europa-Parlaments).
So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: "Deutschland verrecke!"
Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und nicht vehement kritisiert. …<<
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. November 2015: >>**Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa**
Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.
"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch. Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird. Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.
Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichtsdeterminismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen

beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. …<<

Die "Schweriner Volkszeitung" (SVZ) berichtete am 21. November 2015 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl (1930-2017, von 1982-1998 Bundeskanzler): >>**Der Weg von Angela Merkel: Von "Kohls Mädchen" zur Kanzlerin**

… Am 16. November 1999 offenbarte Kohl in einem ZDF-Interview, daß er während seiner Kanzlerschaft am Parteispendengesetz vorbei Millionenbeträge entgegengenommen hatte. Kohl weigerte sich unter Verweis auf sein Ehrenwort, die Geldgeber zu nennen. Ein Ex-Kanzler, der sein Ehrenwort höher stellte als das Gesetz. Da war das Maß wohl voll:

Generalsekretärin Angela Merkel veröffentlichte am 22. Dezember 1999 einen Gastbeitrag in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), in dem sie die Partei zur Abnabelung aufforderte: "Die Partei muß also laufen lernen, muß sich zutrauen, in Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtroß ... den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muß sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen, eigene Wege gehen."

Die oft als Quotenfrau aus dem Osten diffamierte Merkel kratzte nicht nur am Denkmal ihres Ziehvaters, sie stieß es um. Was hat sie da geritten? Womöglich war es gerade die Prägung aus DDR-Zeiten: Merkel hatte erlebt, wie ein "Kabinett der greisen Männer", das Politbüro der SED, die losgelöst von der Wirklichkeit "da draußen" die Bodenhaftung längst verloren und sich in einer Scheinwelt eingeigelt hatten. …<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2016 über den deutschen SPD-Politiker Willy Brandt (1913-1992): >>**USA unterstützten Brandt mit Geld**

Willy Brandt, späterer deutscher Kanzler und SPD-Chef, ist in den Fünfziger Jahren von der US-Besatzungsmacht mit geheimen Zahlungen im SPD-internen Machtkampf unterstützt worden.

Dem "Spiegel" zufolge hätten die Amerikaner dem damaligen West-Berliner Bundestagsabgeordneten 1950 die große Summe von 200.000 Mark zukommen lassen. Die Amerikaner hätten Brandt gefördert, weil er zu jenen Berliner Sozialdemokraten gehörte, die eine Westintegration der Bundesrepublik befürworteten. …<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016: >>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**

Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...

Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank." ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Mehr Patriotismus wagen!**

… Verspielen wir nicht unser Erbe!

Erinnert sich noch jemand an das "Sommermärchen" 2006? Deutschland als Austragungsort der Fußball-WM in einem fröhlichen Meer von Schwarz-Rot-Gold, die Welt zu Gast bei Freunden, Erleichterung im europäischen Ausland: Die Deutschen sind endlich normal geworden und haben ein entspanntes, positives Verhältnis zu ihrem Land und ihren Nationalsymbolen gefunden.

Das war gerade mal ein halbes Jahr nach Angela Merkels erster Wahl zur Bundeskanzlerin. Nach zwölf Merkel-Jahren hat sich das Bild dramatisch geändert. Die Szene, wie die Parteichefin nach ihrem dritten Wahlerfolg 2013 ihrem linkischen damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe am Wahlabend ein Deutschlandfähnchen entwindet und es verärgert von der Bühne wirft, steht dafür als Symbol: Deutschland ist zur Abwicklung freigegeben.

Mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen, verhaltenem Entsetzen und da und dort auch heimlicher Schadenfreude beobachtet die Welt seit Jahren, wie Deutschlands politische Klasse

das eigene Land und seine Stärken demontiert:
- wie sie den Wohlstand und das Volksvermögen der eigenen Bürger verpfändet, um gescheiterte Krisenstaaten in der Euro-Währungsunion zu halten und sich dafür auch noch als "Unterdrücker" beschimpfen läßt;
- wie sie mit einer irrationalen "Energiewende" die sichere deutsche Energieversorgung zerschlägt, Bürgern und Industrie unerträglich hohe Energiekosten aufbürdet und die europäischen Stromnetze bis an die Belastungsgrenze strapaziert;
- wie sie noch eine "Mobilitätswende" obendrauf setzen will und im Griff grün-linker Öko-Ideologen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Dieselmotor und damit gegen die eigene Automobilindustrie führt;
- wie sie die Kontrolle über die eigenen Grenzen aufgegeben hat, millionenfache Einwandererströme eingeladen hat und andere EU-Staaten moralisch erpressen will, sich an der Aufnahme dieser Ströme zu beteiligen.
Dieser Moralimperialismus hat Deutschland politisch isoliert und einen tiefen Keil zwischen die europäischen Staaten getrieben. Noch 2013 bewunderte der damalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson Deutschland als Vorbild für Europa. Inzwischen ist Großbritannien wegen der Berliner Asylpolitik aus der EU ausgetreten, Austrittsbefürworter Johnson ist Außenminister, und der britische Politologe Anthony Glees schüttelt den Kopf über den "gefühlsgeleiteten Hippie-Staat" Deutschland, der alle Regeln bricht. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Dezember 2017 über den deutschen SPD-Politiker Martin Schulz: >>**SPD-Parteitag stimmt für Gespräche mit der Union**
… In seiner Parteitagsrede forderte Schulz die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025. "Ich will, daß es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft", sagte der frühere Präsident des Europaparlaments. …
Kritik an Schulz` Thesen zur Europapolitik kam aus der CSU. "Man muß jemanden, der die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 fordert, der damit die Auflösung der Nationalstaaten in den kommenden sieben Jahren will und der alle, die sich diesem Diktat nicht beugen wollen, aus der EU rausschmeißen will, wohl als einen Europaradikalen bezeichnen", sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt laut einem Bericht der *Welt*.<<

Gewaltenteilung
Judikative, Exekutive und Legislative sollten in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann.
In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz (Artikel 20) jedoch anscheinend bewußt keine spezielle Gewaltenteilung vor.
Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...): >>Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. …<<
Die etablierten Parteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und wählen außerdem die höchsten Vertreter der Judikative (bestimmen damit indirekt die gesamte Justiz). Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung (Judikative, Exekutive und Legislative) existiert demnach nicht, weil die gesamte Staatsgewalt durch die gewählten Parteien

ausgeübt wird.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2017:
>>**Volk außer Kontrolle**
Wie die Deutschen ihre Angst verloren haben, wen das besonders erschrecken muß, und wie uns die Amis Gewaltenteilung lehren
… Wie tief das Mißverständnis der Mächtigen der deutschen Republik in Sachen Demokratie schon reicht, läßt sich auch an den Kommentaren zur Entwicklung in den USA ablesen. Mit diebischer Freude verfolgen Deutschlands Tonangeber in den Medien, wie US-Präsident Donald Trump gegen ein rebellisches Parlament anrennen muß. Wie ihn die Volksvertreter zu Verhandlungen und Kompromissen nötigen und ihren Präsidenten auch gerne mal komplett auflaufen lassen.
"Trump im Kongreß gescheitert" jubeln deutsche Redaktionen auf und deuten das als Schwäche des US-Präsidenten, von der sich die Stärke und der Rückhalt unserer Kanzlerin so wohltuend abhebe, was doch der Beweis dafür sei, daß unsere Demokratie derzeit viel besser funktioniere als die der Amis. Haha!
Die gleiche Begeisterung löst es aus, wenn der ungeliebte Trump von einem hohen Gericht in die Schranken gewiesen wird. Seht ihr: Er kann es nicht! Wir dagegen ...
Die US-Amerikaner nennen das, was sie da treiben, "checks and balances", zu Deutsch: Überprüfung und Ausgleich. Wir Deutsche enttarnen das natürlich als Beschönigung, die lediglich übertünchen soll, wie’s da drüben drunter und drüber geht.
Was die teutonischen Besserdemokraten leider übersehen, ist, daß es sich bei dem Treiben in Übersee um nichts anderes handelt als um praktizierte Gewaltenteilung. Genauso haben es sich die Schöpfer der modernen Demokratie nämlich gedacht: Daß das Parlament aus gewählten Volksvertretern die Regierung streng kontrolliert und daß die Gerichte beide Organe, Regierung wie Volksvertretung, genau im Auge behalten, damit alles, was sie treiben, im Rahmen der Gesetze bleibt.
Doch wie funktionierte das im Deutschland der vergangenen Jahre? Das Parlament "kontrolliert" die Regierung? Es läuft genau umgekehrt: In der größten Regierungsfraktion etwa schwang ein getreuer Gefolgsmann der Kanzlerin namens Volker Kauder die Rute über folgsame Fraktionssoldaten, die in untertäniger Treue strammstanden vor ihrer Herrin.
So hob die Kanzlerin mit einem Fingerschnippen die Gesetze zur Grenzkontrolle und Einreise auf - doch weder im Parlament noch sonstwo regte sich hörbarer Widerstand, höchstens auf der Straße. Über die Bürger, die dort zu protestieren wagten, rollte jedoch die "vierte Gewalt" in Gestalt der "unabhängigen" Staatsmedien hinweg, um die Hitler-Karte zu zücken.
Gegen dieses Gespinst einer alles überspannenden Allmacht kam nichts und niemand auf. Gewaltenteilung? "Checks and balances"? Nichts dergleichen.
Aus diesem Machtgefühl scheint die Kanzlerin noch immer ihre Ruhe zu schöpfen. Wenn man sieht, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Amt verharrt, kann man den Eindruck bekommen: Im Grunde ihres Herzens zweifelt Merkel nach zwölf Jahren an der Regierung daran, daß das sogenannte Volk überhaupt noch das moralische Recht hat, über ihre Kanzlerschaft abzustimmen.<<

Politiker, Lobbyismus, Amtsmißbrauch
Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):
>>Artikel 38
(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. …<<
Einige Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind jedoch schon längst keine Vertreter des

Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung der besetzten Machtpositionen und der Durchsetzung der sogenannten Neuen Weltordnung (Abschaffung des deutschen Nationalstaates, Umvolkung usw.). Obgleich die Abgeordneten relativ gute Vergütungen erhalten, nutzen außerdem viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen zusätzlich gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.
In allen deutschen Ministerien arbeiten außerdem von den Lobbyverbänden bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten aktiv an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.
Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 9. Dezember 2010: >>**Transparency-Umfrage**
Deutsche halten ihre Parteien für zutiefst korrupt
Die Deutschen haben keine gute Meinung von ihren Parteien. Im Gegenteil: Sie halten sie für tief verstrickt in Korruption und Lobbyismus. Justiz und Polizei genießen dagegen in der Bevölkerung höchstes Vertrauen, wie eine am Donnerstag veröffentlichte Umfrage von Transparency International (TI) ergab.
… Auf einer Skala von eins (nicht korrupt) bis fünf (höchst korrupt) kamen die Parteien lediglich auf die Note 3,7. Das ist der schlechteste Wert aller Sektoren, zu denen TI rund 1.000 Deutsche repräsentativ befragt hatte. Die Privatwirtschaft schnitt mit der Note 3,3 ab, der öffentliche Sektor mit 3,2 und die Medien mit einer glatten drei. Die Spitzenplätze belegten Bildungseinrichtungen und Polizei mit 2,3 und die Justiz (2,4).
Für die Parteien sei die Umfrage ein Warnsignal, sagte die Vorsitzende von Transparency Deutschland, Edda Müller. …
"Die Parteien laufen immer mehr Gefahr, das Vertrauen und die Unterstützung ihrer Wähler zu verspielen", warnte Müller. So müßten endlich klare Regeln für Parteiensponsoring eingeführt werden. TI fordert unter anderem, daß Sachunterstützungen, etwa bei Parteitagen, wie Parteispenden veröffentlicht werden müssen. ...
Der Bevölkerung scheint das allerdings nicht zu reichen. In der Umfrage gaben siebzig Prozent der Deutschen an, ihrer Meinung nach habe die Korruption in den vergangenen drei Jahren zugenommen. International liegt dieser Wert nur bei 60 Prozent. …
Die EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, kündigte an, den Kampf gegen Korruption in Europa zu verstärken. "Die Maßnahmen, die bis jetzt in der EU ergriffen wurden, haben noch keine überzeugenden Ergebnisse gebracht", sagte sie der "Welt". Deutliches Zeichen dafür sei, daß eine Mehrheit der EU-Bürger glaube, daß es in den Verwaltungen ihrer Länder Korruption gebe.<<
Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag gemäß Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.
Artikel 64 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...): >>Artikel 64
(1) Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.
(2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage den in Artikel 56 vorgesehenen Eid. …<<
Artikel 56 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...): >>Artikel 56… "Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bun-

des wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."
Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. …<<
Die katastrophalen politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015. Diese Grenzöffnung, die ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig durch Bundeskanzlerin Merkel angeordnet wurde, diente sicherlich nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügte der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.
Es gehört nachweislich nicht zu den Aufgaben und Pflichten des deutschen Staates, Millionen von Migranten, die gewaltsam in unser Land eindringen, aufzunehmen und sie bis an ihr Lebensende kostenlos bei uns zu versorgen.
In erster Linie gehört es zu den vorrangigen Pflichten der deutschen Regierung, das persönliche Wohl und das Gemeinwohl der Deutschen zu gewährleisten, die diesen Sozialstaat aufgebaut haben, deshalb müssen alle nicht anerkannten Asylbewerber aus den entferntesten Teilen der Welt umgehend in ihre Heimat zurückkehren.
Ungeachtet der permanenten Rechtsbrüche von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung blieben die verantwortlichen Politiker völlig unbehelligt und konnten ihre Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen. Lediglich die Kritiker dieser verfassungsfeindlichen Rechtsbrüche wurden als "Pack" und geistige Brandstifter ausgegrenzt oder pauschal als Nazis diffamiert. In einem demokratischen Rechtsstaat, der das Gemeinwohl der bereits "länger hier lebenden und arbeitenden Deutschen" wirklich schützt, würden alle beteiligten Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, längst wegen ihrer Rechtsbrüche im Gefängnis sein.
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**
"Wer vor Gericht oder vor einer anderen zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle falsch schwört, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft." So steht es in Paragraph 154, Absatz 1, des Strafgesetzbuches (StGB). Dreimal hat Angela Merkel (CDU) im Deutschen Bundestag die Hand zum Kanzler-Eid gehoben, hat vor dem deutschen Volk feierlich geschworen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Das Ergebnis ihrer Politik ist sattsam bekannt. Daher stellt sich die Frage: Gehört Merkel ins Gefängnis? …
Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: **"Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid."**
HÖRT, HÖRT!
Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.
Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":
- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigen-

den Stromrechnung ablesen.
Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zugunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt.
Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?
Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."
Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar.
Ist der Kanzler-Eid also nur eine hohle Phrase? Hätte Merkel ebenso gut auf das CDU-Wahlprogramm oder die Speisekarte eines Berliner Promi-Restaurants schwören können?
LEIDER JA!
Denn der strafbewehrte Meineid betreffe nur falsche Zeugenaussagen vor Gerichten oder Untersuchungsausschüssen.
So sehen es die überwiegende Mehrheit der Verfassungsjuristen und auch der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages. Nach dieser Auslegung ist der Kanzler-Eid lediglich ein feierliches Versprechen, im Sinne einer politischen Beteuerung. Also: Wie versprochen, so gebrochen! …<<
Angesicht der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch Mitglieder der Bundesregierung ist es höchste Zeit, daß das Deutsche Volk den Staat und die Gesellschaft vorübergehend selbst verteidigt, denn "alle Deutschen haben das Recht zum Widerstand (gemäß Artikel 20, Absatz 4, Grundgesetz), wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".
Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautete wie folgt (x890/...):
>>Artikel 20 …
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. …<<
Die arglistig eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes den gesamten deutschen Staat unaufhaltsam zerstören.
Gemäß § 81 StGB begeht Hochverrat,
"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt
1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".
Die Bundesanwaltschaft in Karlruhe ist für Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden ("Hochverrat" laut Paragraph 81 Strafgesetzbuch), und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen zu prüfen.
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 12. Juli 1951: >>**Blitzgesetz gegen Landesverrat**
Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die Verfassungsmäßige Ord-

nung zu ändern, das Bundesgebiet einem fremden Staat einzuverleiben oder einen Teil des Bundesgebietes loszureißen ..., wird wegen Hochverrats mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft ..."
Der Hochverratsparagraph, den die Besatzungsmächte 1945 eiligst abgeschafft hatten, tritt jetzt in der Strafrechtsnovelle; die in dieser Woche im Bundestag behandelt wurde, wieder ins Leben. Sechs Jahre lang war Deutschland das einzige Land der Welt, in dem Hoch- und Landesverrat erlaubt waren. Seither hat man eingesehen, daß es dabei nicht bleiben kann. …
Während die Tatbestände des Hoch- und Landesverrats traditionell sind, versucht die Novelle in dem Abschnitt "Staatsgefährdung" neue Tatbestände zu erfassen. Hier findet man das Delikt des "Verfassungsverrats", der als ein Versuch definiert wird, "unter Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen" den Bestand der Bundesrepublik zu beeinträchtigen oder die Verfassungsgrundsätze zu beseitigen.
Da zumindest der Mißbrauch von Hoheitsbefugnissen nur von der Regierung und ihren Organen ausgeführt werden kann, scheint sich die Bestimmung in erster Linie gegen treulose Beauftragte des Staates selbst zu richten. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. Dezember 2016:
>>**Jetzt f***** wir das System! Die letzten Tage vor dem Bürgerkrieg?! (Teil 2)**
Wolfgang Eggert analysiert die Lage der Nation …
Die **Grundlage jeder Erhebung** ist stets eine klare Interessenstrennung zwischen Regierung und Volk, in einem "unten" als wesentlich und belästigend empfundenen Punkt. Heute wird die Aufgabe des gemeinsamen Hauses Deutschland zugunsten einer aus Brüssel fernverwalteten und aus aller Welt gefluteten Trabantenstadt als genau das empfunden. Wiederholten Umfragen zufolge, lehnt über die Hälfte der Bevölkerung dieses ideologisch-verstiegene Globalisierungsprojekt ab.
Nun sehen wir uns die **Ereignislinie** an, die jedem "Aufstand" historisch zu eigen ist:
1. Die Herrschenden ignorieren (a) diesen Widerwillen im Volk und reklamieren (b) ihre Politik als "alternativlos". Sie verschließen sich (c) in einen Elfenbeinturm und regieren von dort (d) weiter an großen Teilen des Volkes vorbei oder direkt gegen diese.
2. Viele Bürger fühlen die von oben herab vollzogene Abwendung, die früher oder später als echte Trennung erlebt wird. In der Folge wenden sie sich schließlich selbst ab. Erst von den prominentesten Systemvertretern, dann auch von Parteien und schließlich vom System als solchen.
3. Das Bestehen einer als wirklichkeitsfremd und gegen das Volk wahrgenommenen Politik ist, verbunden mit der fehlenden Bereitschaft, die Betroffenen einzubinden ein wichtiger Punkt ("Die hören uns nicht"). Die Unfähigkeit oder gar der Unwille der Regierung, die Kollateralschäden ihrer selbstangerichteten Politik zu benennen oder zu bereinigen ("Die tun ja eh nichts") ist ein anderer. Gegen ersteres kann die entschlossenste Vertreterschaft der zur Seite geschobenen Bevölkerung (die Avantgarde des Umbruchs) nichts ausrichten. Gegen letzteres schon.
4. Einige Bürger erkennen in einem Einzelfall den Freiraum, selbst praktisch gegen Mißstände zu handeln. Sie steigen ein, um ihn zu nutzen. Sie handeln dabei noch nicht GEGEN die Regierung, sondern agieren NEBEN ihr. Die Aktivisten operieren dabei nicht GEGEN das Gesetz, im Gegenteil, sie HELFEN diesem zu seiner Durchsetzung, auf einem rechtlich erlaubten Spielfeld.
5. Selbst "entschiedene" Bürger beschreiten dieses Feld nur, wenn der Staat auf diesem wiederholte Mißerfolge eingefahren hat, oder wenn schlimmerenfalls gar der Verdacht besteht, daß die Regierung dort - z.B. aus politischen Gründen- gar nicht handeln will. Haben diese Wenigen, und hier reichen bereits ein paar Dutzend, nun als Hilfspolizisten Erfolg, dann kommt "unten" automatisch die für jedes Regime totengräberische Erkenntnis "daß es auch

bzw. scheinbar nur so geht" auf.
So und nicht anders "beginnt es". So beginnt eine Revolution. Die Kette fallender Dominosteine ist bereits bis zu diesem Punkt durchschritten, weshalb der Fachmann für Neuere Geschichte und Militärstrategie Prof. Michael Wolffsohn heute mit vollem Recht von "bürgerkriegsreifen oder sich am Rande des Bürgerkriegs entwickelte Situationen" spricht (*Jüdische Rundschau*, 13.12.2016). Wolffsohn unterrichtete 30 Jahre an der Universität der Bundeswehr München und wurde vor wenigen Monaten zum "Hochschullehrer des Jahres 2016" gekürt.
Das ist der Punkt an dem wir stehen. Was überrascht ist nun die vermeintliche Zwangsläufigkeit, in der wir dorthin gekommen sind. Es gibt genügend Regierungsautoritäten, die diesen Prozeß hätten aufhalten können. Sie haben das nicht getan. Im Gegenteil scheint sich das System laufend selbst zu sabotieren. Von außen und von innen. Warum? Warum passiert das? Gibt es Profiteure für die sich laufend weiter erhitzende Situation? Und wenn ja: Wer kann das sein? …<<

Ablösung der repräsentativen Demokratie durch eine direkte bzw. unmittelbare Demokratie

Die von den westlichen Siegermächten gegründete BRD war wie die DDR nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes drastisch eingeschränkt. Die freien, geheimen Wahlen in der BRD waren zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten waren nicht souverän. Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag der alliierten Siegermächte.
Die etablierten deutschen Parteien überwachten zunächst zwar nicht sämtliche Lebensbereiche der BRD-Bürger, aber sie kontrollierten und lenkten seit Jahrzehnten große Teile der öffentlichen Medien, um ihre politische Machtstellung zu sichern. Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinung im "vereinigten Deutschland" massiv ideologisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" beeinflußt bzw. gleichgeschaltet.
Vor allem die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten wurden nach der Vereinigung West- und Mitteldeutschlands zur leichten Beute der politischen Regierungsparteien. Die entsprechenden Parteimitglieder der Regierung besetzten nach und nach alle wichtigen Verwaltungsposten der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, um ihren Einfluß und ihre Machtposition mit allen Mitteln zu sichern. Andersdenkende und kritische Bürger, die sich gegen die destabilisierende Politik in der "neuen" Bundesrepublik Deutschland auflehnten, wurden pauschal als "Nazis", "Reichsbürger", "Verschwörungstheoretiker" oder "Volksfeinde" diffamiert, verfolgt und geächtet.
Aufgrund der überragenden Macht der Parteien und der großen Medienmacht blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt mit der Machtkontrolle durch kritische und freie öffentliche Medien. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich wie in der ehemaligen DDR zu linkslastigen Propagandaanstalten, in denen mehrheitlich keine ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen mehr stattfanden.
Die einseitige deutsche Geschichtsschreibung richtete sich ebenfalls ausschließlich nach der von den "politisch korrekten" Staatsmedien, Staatskünstlern und Staatsintellektuellen verbreiteten Geschichtsversion der Siegermächte. Im Jahre 1950 gründeten kommunistische Intellektuelle der sog. Frankfurter Schuler mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen

Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen durchzusetzen. Im Rahmen dieser sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") reduzierten die alliierten Siegermächte die mehr als tausendjährige ruhmreiche Geschichte der Deutschen fast ausschließlich auf die unsäglichen zwölf Jahre des NS-Regimes.
Zum Schluß wurde die von den westlichen Alliierten angestrebte totale Ausmerzung aller deutschen Traditionen durchgesetzt, so daß die Deutschen praktisch ihre eigene Identität, nationale Kultur und Daseinsberechtigung verloren. Die von der neumarxistischen Frankfurter Schule ausgebildeten oder beeinflußten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten (68er Bewegung) schafften letzten Endes ein totalitäres Gesinnungskartell, um jeglichen Widerstand zu verfolgen, zu unterdrücken oder als faschistisch abzuurteilen.
Infolge der jahrzehntelangen Umerziehung der Deutschen wurde allmählich jegliche Form von Nationalstolz oder Selbstbewußtsein systematisch ausgemerzt und durch einen regelrechten Schuldkult (Verächtlichmachung des Eigenen: NS-Kollektivschuld, Nationalmasochismus und Schuldbewußtsein) ersetzt.
In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteienherrschaft, in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.
Um diesen undemokratischen Zustand zu beenden, sollte unbedingt eine direkte bzw. unmittelbare Demokratie realisiert werden. Nach dem Schweizer Vorbild sollten zukünftig keine Verfassungsänderungen und keine bedeutsamen völkerrechtlichen Verträge ohne Zustimmung des Volkes beschlossen werden, damit endlich nach dem Willen des deutschen Volkes, dem souveränen Träger der Staatsgewalt, regiert wird.

Der gescheiterte Staat "Failed state": Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung

> Verkennt denn euer Vaterland, undeutsche Deutsche! Steht und gafft mit blöder Bewunderung großem Auge das Ausland an! Dem Fremden, den ihr vorzieht, kam's nie ein, den Fremden vorzuziehen. Er haßt die Empfindung dieser Kriechsucht, verachtet euch!
> *Friedrich Gottlieb Klopstock (1724-1803, deutscher Dichter)*

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Februar 2017: >>**Der scheiternde Staat**

"Failed state": Der englische Begriff steht für einen "gescheiterten Staat", der die Kontrolle über Teile des Staatsgebiets verloren hat und das Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen kann. Wo er fällt, denkt man üblicherweise an von Bürgerkriegen und ausländischen Interventionen zerrüttete und zerfallende Staatsgebilde im Norden und Osten Afrikas oder im Nahen und Mittleren Osten. Mit dem rasanten und ungeregelten Import großer Bevölkerungskontingente aus diesen Krisenregionen mehren sich auch in Deutschland die Symptome des staatlichen Scheiterns.

Sichtbar wird dies in der Entstehung "verbotener Zonen" und rechtsfreier Räume, in denen die überforderten Kräfte von Polizei und Justiz geltende Gesetze nur noch partiell durchsetzen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der eigenen Staatsbürger nicht mehr uneingeschränkt gewährleisten können. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) mag noch so oft leugnen, daß es in seinem Bundesland solche "No-go-Areas" gebe:

Für die Bürger, die bestimmte Straßen, Plätze und Stadtteile selbst bei Tage vorsichtshalber meiden, sind sie ebenso Realität wie für jene Teile der Polizei, die nicht parteibuchgesichert vom warmen Führungsschreibtisch aus abwiegeln, sondern Tag für Tag im Fronteinsatz den Kopf hinhalten und zur bevorzugten Zielscheibe aggressiver Einwanderer-Bevölkerungen geworden sind.

Weg in den permanenten Ausnahmezustand

Die Ausrede, daß man von einer "No-go-Area" ja erst sprechen könne, wenn nicht nur die Bürger, sondern auch die Ordnungskräfte sich nicht mehr hineinwagten, ist faul: Wenn selbst einfachste Polizeimaßnahmen nur mit massiver Verstärkung durchführbar sind, weil einzeln auftretende Beamte sofort von einer wütenden Meute umringt werden, führt schon die personelle Überdehnung der kaputtgesparten Polizei dazu, daß sie in Bezirken, die ihr streitig gemacht werden, nur noch das Nötigste erledigt und sich sukzessive aus ihnen zurückzieht.

Die Logik der fragmentierten Einwanderungsgesellschaft führt in den Polizeistaat, der mangels geeigneter Kräfte indes gar nicht zu realisieren ist. Wenn ein Polizeiaufgebot in Regimentsstärke in Köln die Wiederholung der sexuellen Massenübergriffe der Neujahrsnacht 2015/16 verhindert, wird bekannt, daß im weniger massiv verteidigten Frankfurt am Main eben dieser Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung wieder eingetreten ist. Abgesagte Feste und Karnevalszüge, harte Anti-Terror-Auflagen vom Lkw-Verbot bis zur festungsartigen Einmauerung mit Betonbarrikaden, weisen den Weg in den permanenten Ausnahmezustand.

Ethnische Fragmentierung der Sicherheitskräfte

Einschränken soll sich die einheimische Bevölkerung; Präventionsversuche wie der Appell der NRW-Polizei, Asylbewerber vom Straßenkarneval fernzuhalten, führen zuverlässig zum erbitterten Widerstand der Asyl-Lobby und zum raschen Einknicken der Behörden.

Kein Wunder, daß die Polizei eher frustrierte Beamte verliert, als neue Bewerber anlockt. Politisch gewolltes Auffüllen ihrer Reihen mit Kräften "mit Migrationshintergrund" bei gleichzeitiger Absenkung der Einstellungskriterien birgt wiederum die Gefahr der ethnischen Frag-

mentierung auch der Sicherheitskräfte.

Razzien zeigen haarsträubende Zustände

Manifest wird der Kontrollverlust gerade dort, wo die Behörden Stärke demonstrieren wollen, um die Bürger zu beruhigen, die den um sich greifenden Kontrollverlust sehr wohl spüren. Die Razzien in Hessen und Berlin gegen islamistische Terrornetzwerke haben haarsträubende Zustände ans Tageslicht gebracht:

Der unter Einsatz von mehr als tausend Beamten verhaftete tunesische Hauptverdächtige hatte sich früher schon zehn Jahre lang in Deutschland aufgehalten, beging zwischenzeitlich offenkundig einen schweren Terroranschlag in seiner Heimat, betätigte sich seit 2015 im Zuge der unkontrollierten Illegalen-Ströme als Anwerber und Schleuser für den IS, war zwischenzeitlich in Haft und wieder freigekommen. Wie zwei zeitgleich in Berlin verhaftete Terrorverdächtige ging der Tunesier in einschlägig bekannten Salafisten-Moscheen ein und aus, die zwar immer wieder mal durchsucht, aber nie geschlossen und verboten worden sind.

Parallelgesellschaften als Rückzugsraum

Importierte Parallelgesellschaften dienen Islam-Terroristen als Rückzugsraum und Rekrutierungsumfeld. Den Behörden sind fast 600 islamistische "Gefährder" bekannt, sie können sie aber mangels Personal nicht lückenlos überwachen, vom Dunkelfeld der zwischenzeitlich unerkannt eingereisten potentiellen Zeitbomben ganz zu schweigen.

Unfähig, sie und ihr Unterstützerumfeld wieder aus dem Land zu weisen, verlängert die Politik ihr Versagen mit hilflosen Alibimaßnahmen wie der "elektronischen Fußfessel" für "Gefährder". Eine solche hat bekanntlich letzten Sommer einen islamischen Terroristen in Frankreich nicht daran gehindert, einen Priester während der Messe rituell zu massakrieren; sie wird auch hierzulande keinen zum "Märtyrertod" entschlossenen Dschihadisten aufhalten.

Lösung besteht nicht in "mehr Stellen"

Wie um die selbstzufriedenen politischen Gesundbeter Lügen zu strafen, schlägt auch die Generalbundesanwaltschaft Alarm und ruft nach Verstärkung aus den Ländern, weil ihr die Islam-Terrorverfahren über den Kopf wachsen.

Die Lösung lautet nicht - wie grüne Schreibtischtäter stereotyp suggerieren - "mehr Stellen". Die Lösung lautet: Illegale Einwanderer nicht mehr ins Land lassen, die bereits hereingekommenen wieder hinausbefördern, die Kontrolle über die Grenzen wiederherstellen, bevor die Kontrolle im ganzen Land verlorengeht. Entweder das, oder Deutschland findet sich in ein paar Jahren auch in der "Failed state"-Statistik.<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Februar 2017: >>**Tschetschenen in Deutschland: Migration als Waffe?**

Tausende Tschetschenen reisen illegal nach Deutschland ein. Viele neigen zur Gewalt und lassen sich kaum integrieren. Moskau zieht daraus seinen Vorteil.

Die Moschee in der Perleberger Straße im Berliner Stadtteil Moabit ist geschlossen. Sie sorgte für Aufsehen, weil Anis Amri, der Attentäter von Berlin, dort verkehrte. Jetzt ist der Moscheeverein "Fussilet 33" verboten. Amri war Tunesier, doch der Verein war vor allem ein Treffpunkt radikalislamischer Tschetschenen aus Berlin und Brandenburg. Der frühere Vereinspräsident Ismet D. steht in Berlin vor Gericht. Er soll die syrische Terrorgruppe Junud asch Scham, in der viele Tschetschenen kämpfen, unterstützt haben, indem er tschetschenische Kämpfer aus Deutschland nach Syrien begleitete und Flugtickets für sie bezahlte.

Junge Tschetschenen schließen sich seit Jahren der salafistischen Szene in Deutschland an. Manche kommen schon als militante Islamisten an, andere werden hier radikalisiert. Besonders groß sind die Probleme in den östlichen Bundesländern. In Berlin gehören Tschetschenen seit Jahren zu den islamistischen Gefährdern, in Brandenburg gibt es nach Angaben des Innenministeriums zwischen 80 und 90 radikale Islamisten, die meisten sind Tschetschenen.

Sie zu beobachten bindet eine hohe Zahl von Polizisten und Verfassungsschützern. Früher

galten Islamisten aus der russischen Teilrepublik im Nordkaukasus den deutschen Sicherheitsbehörden als wenig besorgniserregend. Das "Kaukasische Emirat", in dem sie sich organisierten, betrachtete Deutschland als Rückzugs- und Ruheraum. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert, spätestens seit die Organisation sich dem IS unterstellt hat.

Der Druck, Deutschland wieder zu verlassen, ist gering

Die Zahl tschetschenischer Islamisten nimmt auch deswegen zu, weil immer mehr Tschetschenen nach Deutschland kommen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben die Tschetschenen zwei verheerende Kriege mit der russischen Zentralmacht geführt: Den ersten von 1994 bis 1996 haben sie gewonnen, den zweiten, ab 1999 schon unter Putin, dann verloren. In den vergangenen fünf Jahren reisten jedes Jahr Tausende Bewohner der russischen Teilrepublik nach Deutschland, das geschah in Wellen. Seit 2012 haben fast 36.000 Tschetschenen Asyl beantragt. Die meisten von ihnen sind ohne gültigen Paß und ohne Visum eingereist.

Im vergangenen Jahr stellten mehr als 12.200 Menschen aus der Russischen Föderation einen Asylantrag in Deutschland. Davon waren nach eigenen Angaben 9.850 Tschetschenen, mehr als 80 Prozent. Es war die größte Einreisewelle aus Rußland seit 2013. In diesem Jahr hatten sogar knapp 15.500 Russen Asyl in Deutschland beantragt. Mehr als 13.600 von ihnen, rund 90 Prozent, waren damals Tschetschenen. Gewährt wird ihnen Asyl nur selten. Von allen Asylbewerbern aus Rußland wurden im vergangenen Jahr insgesamt 5,2 Prozent als asylberechtigt oder als Flüchtlinge anerkannt, bei den Tschetschenen betrug die Schutzquote sogar nur 4,3 Prozent.

Eigentlich dürfte sich der größte Teil der Tschetschenen also gar nicht mehr hier aufhalten. Doch der Druck, Deutschland wieder zu verlassen, ist gering. Die Tschetschenen reisen in der Regel aus ihrer Heimat nach Weißrußland und stellen dann an der polnischen Grenze einen Asylantrag. Da aber die Unterbringung für Asylbewerber in Polen schlechter ist und die finanziellen Leistungen weit geringer sind, reisen sie weiter nach Deutschland. Hier werden sie dann in Erstaufnahmelagern untergebracht und nach sechs Monaten auf die Kommunen in einzelnen Bundesländern verteilt.

Rückschiebungen können häufig nicht stattfinden

Nach dem Dublin-Abkommen müßte die ganz große Mehrheit der Tschetschenen, die in Deutschland Asyl beantragt, eigentlich nach Polen zurückgebracht werden. Denn in diesem EU-Land haben sie zuerst Asyl beantragt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bamf, bearbeitet die Asylanträge der Tschetschenen deswegen erst einmal nicht. Doch kaum ein Tschetschene wird tatsächlich nach Polen zurückgebracht. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums von Januar bis Oktober nur 560 Personen nach Polen zurückgeschoben, wie der Fachbegriff heißt. Da Familien nicht auseinandergerissen werden, gibt es schnell einen Grund, warum eine Rückschiebung nicht stattfinden kann - mal fehlt ein Familienmitglied, mal ist eines krank, oft ist eine Frau schwanger oder gerade ein Kind geboren worden.

In Brandenburg, das im vergangenen Jahr rund 2.300 tschetschenische Asylbewerber registriert hat, wurden 2016 nur 22 Familien mit 99 Personen nach Polen zurückgeschoben, wie das Innenministerium in Potsdam mitteilt. Zudem seien die nach Polen gebrachten Personen oft nach wenigen Wochen wieder zurück in Deutschland. Drehtüreffekt nennt man das. Brandenburg wünscht sich daher, daß das Dublin-Abkommen für die Tschetschenen ausgesetzt wird. Dann könnten die Asylanträge gleich in der Erstaufnahmeeinrichtung bearbeitet und abgelehnte Asylbewerber von dort nach Rußland abgeschoben werden.

Dem Bund aber ist daran gelegen, die Dublin-Regeln wieder zur Geltung zu bringen - daher will er für die Tschetschenen keine Ausnahme machen. Eine Abschiebung in die Heimat, also nach Rußland, findet aber noch seltener statt als die Rückschiebung nach Polen. Im vergangenen Jahr wurden 110 Tschetschenen nach Rußland abgeschoben. Das ist rund ein Prozent de-

rer, die im gleichen Jahr gekommen sind.

Tschetschenische Männer gelten als besonders gewaltbereit

Die Tschetschenen gelten den Behörden als eine besonders schwierige Gruppe. Die tschetschenischen Gefährder, also Leute, von denen die Polizei annimmt, daß sie Terroranschläge ausführen könnten, sind dabei nur eine ganz kleine, wenn auch besonders gefährliche Fraktion. Andere Probleme wiegen ebenso schwer: In den Erstaufnahmeeinrichtungen gelten die tschetschenischen Männer als besonders gewaltbereit. Immer wieder kommt es zu Prügeleien oder Messerstechereien zwischen Tschetschenen einerseits und Syrern oder Afrikanern, etwa aus Kamerun oder Tschad, andererseits. "Treffen die Tschetschenen auf Nordafrikaner, ist der Ärger schon programmiert", heißt es im Brandenburger Innenministerium.

Der Hang zur Gewalt hat mit der Kriegermentalität, dem Ehrenkodex und dem ausgeprägten Machogehabe der Tschetschenen zu tun. Zudem bleiben die Clan-Strukturen, in denen sich die Tschetschenen organisieren, auch außerhalb der Heimat erhalten. Das bekommen auch die Asylunterkünfte zu spüren. Mitunter reisen Gruppen von Tschetschenen von außen zu den Aufnahmelagern, um Rache zu nehmen an jenen, die ihre Landsleute beleidigt oder angegriffen haben sollen.

In Brandenburg hat das dazu geführt, daß die Tschetschenen aus dem Erstaufnahmelager Eisenhüttenstadt in eine eigene Außenstelle überführt wurden, in der sie nicht mehr mit anderen Asylbewerbern untergebracht sind. Ein Problem bleibt auch in dem neuen Heim, daß tschetschenische Männer ihre Frauen oder Kinder verprügeln. Auch Fälle von Gefährdung des Kindeswohls kommen immer wieder vor, etwa weil Mütter ihre Kleinkinder über Stunden unbeaufsichtigt lassen.

Warum verlassen so viele Tschetschenen ihre Heimat?

In der organisierten Kriminalität in Deutschland spielen Tschetschenen seit Jahren eine große Rolle. Bei Schutzgelderpressung, Raub und der Verteidigung von Geschäftsbezirken gegen andere kriminelle Banden sind sie stark vertreten, oft agieren sie auch im Auftrag anderer ethnischer Clans. Im November fand eine Razzia gegen sechzehn Tschetschenen in mehreren sächsischen Städten, aber auch in Thüringen und Rheinland-Pfalz statt; ihnen wird die Gründung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Warum verlassen so viele Tschetschenen ihre Heimat und kommen nach Deutschland? Als Grund gilt meist, daß der heutige Herrscher in Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, mit eiserner Hand regiert. Kadyrow hat seinen Verwandten und Getreuen die einträglichsten Posten in der Republik verschafft, gegen Gegner geht er rücksichtslos vor. Rechtsstaatliche Verhältnisse gibt es in Tschetschenien nicht, Kadyrows bewaffnete Einheiten machen ungestraft, was ihnen paßt. So läuft das allerdings schon seit Jahren.

Wie kommt es also, daß es immer neue Ausreisewellen gibt? Bei der ersten großen Welle von 2012 und 2013 spielten Gerüchte eine Rolle, daß Tschetschenen in Deutschland ein Begrüßungsgeld, ein Haus oder ein Grundstück erhielten. Unklar ist allerdings, wer die Gerüchte streute und warum es in der rigide kontrollierten Republik zugelassen wurde, daß sie sich verbreiteten. Ungewiß ist zudem, ob die Tschetschenen, die nach Deutschland kamen, das mit den Geschenken in Deutschland wirklich glaubten.

Nach Einschätzung mancher Sicherheitsbehörden waren die nahenden Olympischen Winterspiele in Sotschi ein Grund dafür, daß Rußland viele Ausreisen zuließ, um auf diese Weise unzufriedene Elemente loszuwerden. Damals reagierten die deutschen Behörden auf verschiedene Weise. Das Bamf startete eine Aufklärungskampagne in Tschetschenien, die den Gerüchten widersprach. Die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz führten Gespräche mit ihren russischen Partnerinstitutionen, in denen sie das Problem der Massenzuwanderung thematisierten.

Tatsächlich kam es 2014 zu einem Rückgang: Statt mehr als 15.000 wurden nur noch gut

5.500 Asylanträge aus Rußland registriert. 2015 setzte allerdings eine neue Reisewelle ein, die 2016 ihren Höhepunkt erreichte. Hatte sie damit zu tun, daß die Tschetschenen sahen, daß Deutschland nun Muslime in großer Zahl aufnahm? In Sicherheitskreisen heißt es, bei Hunderten Tschetschenen, die 2016 einreisten, lasse es sich nachweisen, daß sie 2013 schon einmal nach Deutschland gekommen seien.

Es lohnt sich für Moskau, die Tschetschenenkarte zu spielen

Eine Erklärung für die Reisewellen, die dort außerdem gegeben wird, lautet: Rußland hatte kein Interesse, diesen Zustrom illegaler Migranten nach Deutschland zu stoppen. Die Russen wollten den Deutschen vielmehr zeigen, daß sie ein Problem schaffen und es auch wieder abschaffen könnten. In der Flüchtlingsfrage, die Deutschland so tief spaltet, trugen sie so dazu bei, daß die dadurch entstandenen Probleme sich noch verstärkten.

Deshalb lohnt es sich für Moskau, die Tschetschenenkarte zu spielen. Bei Verhandlungen mit den Russen, in denen die deutsche Seite darauf drang, den Zustrom von Tschetschenen zu unterbinden, ließ die russische Seite unter anderem wissen, daß es sich bei den Tschetschenen gar nicht um solche aus der russischen Kaukasusrepublik, sondern um Tschetschenen aus Kasachstan handele.

Das aber trifft nicht zu - zumal die Tschetschenen in Kasachstan, wohin sie während des Zweiten Weltkriegs von Stalin deportiert worden waren, gerade noch 0,2 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Als Beispiel für das Vorgehen der Russen wird auch auf die Flüchtlinge verwiesen, die 2015 über die sogenannte Polarroute nach Finnland und Norwegen gelangten. Sie durchquerten ein Gebiet, das zuvor als Sperrzone gegolten hatte. Erst als die Regierungen in Helsinki und Oslo mit Moskau verhandelten, wurde die Route wieder dicht gemacht.

Migration als Waffe? Beweisen läßt sich das kaum. Die Bundespolizei teilt auf Anfrage mit, daß ihr "keinerlei Hinweise" vorliegen, daß die Reisewellen aus Tschetschenien gesteuert werden. Sicher ist: Die Reisen von Tausenden Tschetschenen über Weißrußland nach Polen bleiben den russischen Behörden und Nachrichtendiensten nicht verborgen.

Der russische Geheimdienst FSB hat vor wenigen Tagen erstmals seit 1995 wieder Kontrollen an der Grenze zu Weißrußland eingeführt. Ob dadurch weniger Tschetschenen nach Deutschland kommen werden, ist allerdings völlig unklar. Die Erfahrungen mit Rußland in der Frage der illegalen Migration faßt ein Fachmann in der Regierung so zusammen: "Was den Deutschen Probleme bereitet, das ist für die Russen ein Trumpf im Ärmel."<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete am 12. März 2017: >>**Bürgerkrieg in Europa: Die Lunten lodern an allen Enden**

Besorgniserregend sind die Zustände in Europa schon länger. In den letzten Wochen und Tagen verschärft sich die Situation zusehends. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis Europa länderübergreifend von bürgerkriegsähnlichen Zuständen überzogen wird. Wer die Augen nicht verschließt und ideologisch nicht verblendet ist, kann die Gründe dafür erkennen und sie vor allem benennen

Während die Parteien links der Mitte und den von ihnen bezahlten Vorfeldorganisationen immer noch einem Faschismus hinterherjagen, verwandelt sich Europa in ein Flammenmeer. Die Antwort darauf kommt prompt: Demonstrieren gegen Rechts, gegen Rassismus und für Weltoffenheit. Daß genau diese Weltoffenheit gerade dafür sorgt, daß alles aus der Bahn läuft, sieht der dumme Antifant nicht.

Eigentlich sollte man sich gemütlich zurücklehnen und der Dinge harren die da kommen. Mit einem Lächeln auf den Lippen aus der Ferne beobachten und ein süffisantes "Hoppala" von den Lippen lassen, wenn der Araber zur Machete greift und dem Bahnhofsklatscher die Rübe abhackt. Das tun wir nur deshalb nicht, weil wir keine Unmenschen sind. Nur der Gedanke dazu blitzt kurz auf, aber Gedanken sind frei - sind noch frei.

Die Migrantenaufstände vor ein paar Jahren (Frankreich, Großbritannien, Schweden …) wa-

ren der Beginn der Misere. Das war sozusagen die Probe aufs Exempel. Negative Auswirkungen hatte das keine auf die Migration - nur auf die autochthone Bevölkerung, denn die schranken-, ufer-, grenzenlose Zuwanderung wurde in Europa noch stärker vorangetrieben. Europa wurde mittels Migrationswaffe noch zusätzlich millionenfach mit kulturfremden muslimischen Fachkräften geflutet.
Das Resultat waren immer mehr Angriffe und Übergriffe auf die Ureinwohner. Daß die Behörden in manchen Regionen nur mehr Zaungäste sind, wird die Krieger und Eroberer - denn nichts anderes sind diese Horden wildgewordenener Menschen, arabischer und afrikanischer Abstammung - noch mehr anfeuern. Es gibt schließlich Niemanden, der diesem Wahnsinn ein Ende bereiten kann. 70 Jahre ohne Kriegserfahrung - außer aus der Flimmerkiste - Flowerpower der 68er-Idioten und die kulturmarxistische Umerziehung der Einheimischen, lassen diese leicht zum Opfer der Barbaren werden.
Und ja, ich habe schon auch ein klein wenig Schadenfreude. Denn diese Europäische Union, welche sich dauernd mit ihrem Friedensnobelpreis rühmt, wird im Laufe dieses europäischen Gesamtbürgerkrieges sang- und klanglos untergehen. Wenn die Brüsseler und Straßburger Tempel brennen, wird mich das zu einem Freudentanz veranlassen. Die EU wird sich aber mit aller Macht und Kraft gegen ihren Untergang wehren. Das verlangt das System der EU noch ab. Aber so wie es in der Natur auch ist, wird auf der "Asche" der EU, neues Leben erblühen. Das soll heißen: Es gibt ein Leben danach.
Aber kommen wir zurück zum Thema und bringen wir es auf den Punkt. Seit 2015 herrscht praktisch Ausnahmezustand in Europa. Dieser wurde zwar nicht ausgerufen, aber es liegt auf der Hand, daß die Migrationskrise im westlichen Teil Europas, das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Terroranschläge in Frankreich, Spanien, Großbritannien und dann 2016 auch in Deutschland.
Wobei man speziell von seiten der Mainstreampresse von Amokläufern sprach, obwohl nach kurzer Zeit eigentlich klar war, daß die Täter Gotteskrieger und im Namen des Islam handelten. Klar gibt es sogar jetzt noch Idioten, welche glauben, der Islam sei die Religion des Friedens. Warum man dazu Macheten, Äxte oder überhaupt Waffen braucht, dabei "Allahu Akbar" rufen muß, erschließt sich mir nicht.
Dann kam es in Frankreich wieder zu Aufständen durch Ausländerhorden, die diesmal nicht nur in Paris wüteten sondern in vielen Städten der Nation das öffentliche Leben lahmlegten. Und Frankreich ist wirklich ihm Ausnahmezustand, nicht nur sprichwörtlich sondern faktisch. Die Grande Nation ist innenpolitisch so sehr mit dieser Situation beschäftigt und gefordert, daß sie außenpolitisch zu einem Zwerg verkümmert. Wirtschaftlich ist Frankreich dem Kollaps so nahe wie noch nie. Frankreich könnte der Grund für den Zusammenbruch der Europäischen Union werden.
In Skandinavien, insbesondere in Schweden, gibt es über 50 No-go-Zonen, in welchen ausländische Banden das Sagen haben. Rettungskräfte fahren nur mit Polizeischutz zu ihren Einsätzen. Schweden wird auch eines der ersten Länder im Bürgerkrieg sein. Schuld daran ist die besonders liberale Einwanderungspolitik. Also wir haben Frankreich und Schweden, beide Länder praktisch jetzt schon verloren.
Neben diesen bekannten Fronten, die uns jetzt schon in Westeuropa massiv zusetzen, wird eine neue Front aufgebaut - und wir wissen, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg: zu viele Fronten bedeuten den Untergang. Und diese Front ist wieder eine muslimische, nämlich die türkische Front. Die deutsche, die österreichische und auch die niederländische Regierung haben es satt, daß Erdogan auf nicht türkischen Boden, also in der Diaspora schamlos Wahlkampf betreibt. Das paßt Erdogan nicht, das paßt seinen Regierungsmitgliedern nicht, welche wieder ausreisen mußten oder nicht auftreten durften und das paßt den Erdogan-Verehrern nicht, die es zu Hunderttausenden in Deutschland und Niederlanden gibt. Kurzum: ein weite-

res Bürgerkriegspotential.
Daß das nicht übertrieben ist, auf das kommt man, wenn man Eins und Eins zusammenzählt. Wir wissen wie die Moscheen und türkischen Vereine von Extremismus verseucht sind, wir wissen wie der Islam in seiner politischen Form, eben der Islamismus, in jeden Winkel unserer Gesellschaft vordringt und eine Parallelgesellschaft etablieren will. Und an vorderster Front sind immer die Türken, welche fordern und aufbegehren. Also es ist nicht unbegründet, wenn ich behaupte, daß die Lunten des Bürgerkriegs an allen Ecken lodern.
Das Auslöffeln der Suppe ist kaum noch möglich, weil der Koch andauernd nachschöpft und wir bis zum Verrecken schlucken müssen. Wir müssen schlucken, was uns unsere Regierungen einbrockten. Es ist nur leider zu spät, um den Politikern die Suppe zu versalzen. …<<
Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 13. März 2017: >>**Merkel und die Flüchtlingspolitik - Stoff für einen Untersuchungsausschuß**
Ein heute erscheinendes Buch läßt die deutsche Flüchtlingspolitik vom Herbst 2015 in völlig neuem Licht erscheinen. Es wirft Fragen auf, deren Antworten die Regierung schuldig ist. Um so mehr, als die Folgen der damaligen Entscheidung immer deutlicher zu spüren sind
Es war ein langes Wochenende. Eingangs erklärte der Bundesrat unter Federführung der Grünen die Maghrebstaaten zu nicht sicheren Herkunftsländern, während nach Afghanistan abgeschoben werden darf. Man reibt sich die Augen: Nach Tunesien, Algerien und Marokko reisen Deutsche als Touristen und Migranten zum Kurzbesuch zur Familie. Am Hindukusch steht nach wie vor eine schwer bewaffnete internationale Besatzungstruppe, es kommt immer wieder zu Attentaten mit vielen Toten. Komplett paradox ist das.
Dann liest man von Axt- und Messerattacken in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, von einem evakuierten Einkaufszentrum in Essen. Ogottogott, denkt man jedesmal, da wird doch nicht wieder ein islamistischer Hintergrund existieren und eine Verbindung zu Menschen, die mit dem Flüchtlingsstrom gekommen sind. Das Muster kommt einem bekannt vor: Archaische Waffen, öffentliche Plätze, wahllose Opfer: Berlin, Würzburg und Ansbach sind die Chiffren, die dafür stehen. Die Meldungen machen Angst und befördern Fremdenfeindlichkeit.
Alles aus den Fugen
Deutschland hat sich massiv verändert. Der Alltag ist ein anderer geworden. Die Nachrichten sind häßlich, die Politik agiert absurd. Es hat nur ein Motiv, die Abschiebungen nach Afghanistan trotz der Lage im Lande aufrecht zu erhalten:
Der Bevölkerung zu signalisieren, "Wir meinen das ernst mit der Rückführung". Und abschrecken soll es obendrein. Oder: vor allem.
Logisch ist es nicht, in den Maghreb nicht abzuschieben, nach Afghanistan aber schon. Logisch ist gar nichts mehr in der Politik, alles ist schepps und schief, inkonsistent, aus den Fugen. Das erweist sich auch bei einem Wahlkampfauftritt von Torsten Albig am vergangenen Freitag in Ratzeburg. Der schleswig-holsteinische SPD-Ministerpräsident sträubt sich bislang gegen die Abschiebungen an den Hindukusch. "Nichts ist sicher in Afghanistan", sagte er in Anlehnung an Margot Käßmann.
40 Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe
Damit hat er im Prinzip recht. Aber auch er verheddert sich in den Widersprüchen der Flüchtlingspolitik. Er erzählt zum einen die ergreifende Geschichte von einem Sahnetorten zaubernden afghanischen Konditor-Lehrling, den der Meister nicht gehen lassen möchte, der aber abgeschoben werden soll.
Und er erzählt von den miserablen Zuständen an den Schulen im Lande, weshalb seine Regierung stolze zehn Millionen Euro Soforthilfe aufgewandt habe, um die Schultoiletten zu sanieren. Weil die Klos so eklig seien, daß die Kinder "es sich lieber verkneifen, in der Schule auf die Toilette zu gehen". Er habe schon als Oberbürgermeister von Kiel immer nach dem

Prinzip gehandelt: Bevor er einen Euro in Asphalt investiere, investiere er zuerst in Schulen.
Was er nicht sagt: Die Prioritäten von Straßen und Schulen haben sich noch einmal verschoben. Auch in Schleswig-Holstein. Den 10 Millionen Euro für die stinkenden Schulklos stehen im Jahr 2016 insgesamt 783,7 Millionen gegenüber, die Schleswig-Holstein für die Unterbringung und Versorgung der Migranten und Flüchtlinge ausgegeben hat. Bundesweit sind es für das Jahr 2016 mehr als 40 Milliarden Euro, 22 Milliarden Bundesmittel, 20 Milliarden aus Landesmitteln. Man muß dazu sagen: Da wird manches verrechnet, aber es sind auch nur die ganz direkten Kosten. Man ist also mit den 40 Milliarden Euro auf der eher konservativ-sicheren Seite einer Kalkulation.

Atemberaubende Neuigkeiten

Auslöser dieser Folgekosten sind die Monate der politischen Kapitulation im Herbst 2015. Das war die Phase, in der knapp eine Million Menschen auf einmal kamen. Die Phase der politischen Kapitulation, in der die Kanzlerin sagte, es liege nicht in ihrer Macht, wie viele Menschen noch zu uns kommen.
Inzwischen hat sich der Zustrom aufgrund der Maßnahmen anderer Länder normalisiert. Innenminister Thomas de Maizière hat für 2016 etwa 280.000 neue Asylbewerber gezählt. Das liegt in etwa im Korridor der Obergrenze, die die CSU immer gefordert hat.
Also bleibt als Ausgangspunkt immer und immer wieder: Die Phase des Kontrollverlustes. Über diese Phase hat der Journalist Robin Alexander das Buch "Die Getriebenen" geschrieben, das heute in Berlin offiziell vorgestellt wurde. Seine Recherche offenbart atemberaubende Neuigkeiten. Laut Alexander wollte die Regierung nur eine Woche nach der Grenzöffnung am 4. September die Grenzen wieder schließen. Es wurden Polizeieinheiten an die Grenzen verlegt. Doch es fand sich keiner, der den vorliegenden Befehl verantwortet hätte. Im Kanzleramt fürchtete man die schrecklichen Bilder, die entstanden wären. Also ließ man es bleiben.
Vor einer Woche hat die *Welt am Sonntag* die Erkenntnisse ihres Korrespondenten Alexander bereits vorab veröffentlicht. Heute stellte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner das Buch in Berlin vor. Lindner sprach davon, es mit "atemloser Spannung" gelesen zu haben. Die FDP habe die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin von Anfang an kritisiert, die Kritik wäre noch härter ausgefallen, wenn er das Buch vorher gekannt hätte. Die Kanzlerin, das belegten die Recherchen der entscheidenden 180 Tage von der Grenzöffnung bis zum Türkeideal, habe "aktionistisch" und "opportunistisch" gehandelt. Die Darstellungen überstiegen "die schlimmsten Befürchtungen" in der Darstellung der Vorgänge im Kanzleramt.
Eine Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorwürfen ist bislang nicht bekannt. Bis auf die *Welt am Sonntag* und einer kleinen Randnotiz in einer *Stern*-Geschichte hat kein auflagenstarkes Medium die Recherchen von Alexander aufgegriffen oder weiterverfolgt. Statt dessen berichtete am Sonntag ausführlich die britische *Sunday Times*. Dabei müßte das Buch eigentlich einen Untersuchungsausschuß nach sich ziehen. Eine Schlüsselfigur, Dieter Romann, Präsident des Bundespolizeipräsidiums, müßte in den Zeugenstand. Der vorbereitete Befehl der Grenzschließung müßte auf den Tisch kommen.
Die Flüchtlingskrise im Herbst 2015 ist der gravierendste politische Vorgang seit der Wiedervereinigung. Daran werden dieses Land und dieser Kontinent noch lange laborieren. Politisch, gesellschaftlich, ökonomisch. Robin Alexanders Recherchen werfen daher enorme Fragen auf. Es sind schon Untersuchungsausschüsse aus ungleich unbedeutenderen Anlässen initiiert worden. Wenn die Opposition aus Linken und Grünen in diesem Fall von ihrem schärfsten Schwert keinen Gebrauch macht, aber bei kleineren Anlässen nach einem Untersuchungsausschuß ruft, dann versagt sie in ihrer parlamentarischen Rolle. Und sie macht sich verdächtig, daß sie in dieser Frage die ganze Wahrheit gar nicht wissen will.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017:

>>**"Deutschland ist ein failed state"**

Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi (72) lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen. Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. …

PAZ: Was bedeutet "Euroislam"?

Bassam Tibi: Der Begriff Euroislam ist ein politisches Konzept, nachdem die Kinder von in Europa geborenen und sozialisierten muslimischen Migranten mit Hilfe des Bildungssystems und der Medien europäische Wertevorstellungen in ihr Verständnis vom Islam übernehmen sollen. In einigen Ländern, wie Schweden und Holland, fand dieses Islamverständnis viel Interesse, leider nicht in Deutschland.

In Deutschland gilt nach dem Gebot der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit der Kopftuchislam nach den Vorgaben der Scharia. Nur ein einziger Islamlehrstuhl in Deutschland, nämlich der von Münster mit Professor Khorchide, ist mit einem islamischen Reformtheologen besetzt, und auch seine Absetzung wird von den konservativen Islamverbänden vehement gefordert. Dieser organisierte deutsche Islam wird von den Wahhabiten und der Muslimbruderschaft aus Saudi-Arabien und der türkischen DITIB, dem verlängerten Arm von Erdogans AKP, beherrscht. Wenn muslimische Migranten nicht integriert werden, bilden sich Parallelgesellschaften wie in den Banlieux in Frankreich, und diese sind die erste Vorstufe zu einem Bürgerkrieg.

PAZ: Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

Tibi: Zunächst einmal: Zuwanderung ist keine Naturkatastrophe. Ich mache einen Unterschied zwischen Einwanderung, die aus demographischen Gründen gebraucht wird, und der unkontrollierten Zuwanderung, mit der wir es jetzt in Europa zu tun haben. Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland. Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.

Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen.

Die Regierung hat kein Konzept für den Umgang mit diesen Menschen beziehungsweise wie sie in das bestehende Gemeinwesen eingegliedert werden können. Die USA, Kanada und Australien sind klassische Einwanderungsländer, wo es solche Konzepte gibt, Deutschland ist dagegen das größte Zuwanderungsland der Welt geworden, weil es statistisch gesehen mehr Migranten als selbst die USA aufnimmt.

Alleine die Stadt Hamburg nimmt pro Jahr die Hälfte der Zahl an Zuwanderern (35.000) auf, wie die USA in einem Jahr als gewollte Einwanderer (70.000) aufnimmt, aber die USA sind mehr als viermal so groß wie Deutschland. Allerdings ist in den USA die illegale Zuwanderung über Mexiko, die statistisch nicht erfaßt werden kann, sehr viel größer.

PAZ: Haben wir als reiche Europäer nicht auch eine moralische Pflicht, Menschen aus ärmeren Ländern zu helfen?

Tibi: Gesellschaftlich ist es neben der Differenzierung zwischen Ein- und Zuwanderung er-

forderlich, auch zwischen humanitärer Politik und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Es ist unbestreitbar, daß politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben - dieses Recht ist aber ein individuelles und kein Gruppenrecht. Eine politische Verfolgung verleiht dem Antragsteller zudem keinen Dauerstatus, ist also keine Einwanderung. Denn das Asylrecht berechtigt nur zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt. Zuwanderung ist chaotisch.
Einwanderung erfolgt dagegen erstens nach Bedarf der Aufnahmegesellschaft und zweitens mit dem Ziel, die eingewanderte Person auf Dauer zum individuellen Mitglied des Gemeinwesens zu machen. Ein Bürger-Status als Citoyen muß durch Arbeit erworben werden und kann nicht geschenkt werden, so wie Gesinnungsethiker dies tun, wenn sie Flüchtlinge, die nicht einmal die Landessprache sprechen, zu "neuen Bürgern" hochstufen.
PAZ: Zurzeit versucht die EU nach dem Muster des Türkei-Flüchtlingsdeals einen solchen auch mit Libyen zu machen. Was halten Sie davon?
Tibi: Neben der inzwischen einigermaßen geregelten Balkanroute ist die Mittelmeerroute von Libyen aus heute der zentralste Weg für Millionen Armutsflüchtlinge aus Afrika nach Europa. Diese Mittelmeerroute kann man nur in den Griff bekommen, wenn die staatliche Ordnung in Libyen wiederhergestellt ist. Aber kein EU-Politiker hat darauf eine Antwort. Libyen ist nur noch ein nomineller Staat und es gibt dort keine staatlich funktionierende Ordnung mehr. Es gibt nicht einmal ein libysches Volk, wie es etwa ein syrisches oder ägyptisches gibt.
Zirka 125 schwer bewaffnete islamistische oder afrikanische Milizen kontrollieren das Land und die Fluchtrouten. Die Milizen lassen sich von außen nicht entwaffnen, das heißt USA oder EU können den intern bedingten Staatszerfall nicht beseitigen. Statt ihre Grenzen zu schützen, betreibt die EU mit Frontex-Schiffen nicht nur Seerettung im Mittelmeer, sondern dient dem Transport der Geretteten nach Europa.
Die EU-Frontex-Schiffe sind so zu einem "kostenlosen Taxi-Unternehmen" geworden, das den Schleusern Beihilfe zu ihrer Arbeit leistet. Europa hat nicht nur kein Konzept zum Umgang mit dieser illegalen Migration von Armutsflüchtlingen, die EU bietet auch der organisierten Kriminalität von Islamisten und afrikanischen Kriminellen, in deren Rahmen das Schmuggelgeschäft mit den Flüchtlingen lukrativ betrieben wird, ihre Beihilfe an.
PAZ: Halten Sie eine Obergrenze für Zuwanderer für sinnvoll?
Tibi: Innerhalb der Union gibt es den Konflikt um die Zahl der Zuwanderung zwischen Bundeskanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer. Seehofer möchte eine Begrenzung der Zuwanderung auf 200.000 und Angela Merkel behauptet, daß im Grundgesetz keine Zahlen stehen. Dieser Konflikt ist lächerlich, in keiner Verfassung stehen Zahlen oder Prozente, aber kein Staat auf der Erde kann unbegrenzt Fremde aufnehmen.
Die Grenze ist die Integrierbarkeit der Zuwanderer, niemand wird behaupten, auch von Merkel hört man "Wir schaffen das" nicht mehr, daß Deutschland diese Massen, die es aufgenommen hat und verwaltet, sinnvoll integrieren kann. Das Schlimme ist nicht, Millionen Menschen unvorbereitet aufzunehmen, sondern ihnen außer Unterbringung, Alimentierung und Sprachkursen nichts anzubieten. Eine Integration in eine Bürgeridentität findet nicht statt.
PAZ: Wie ist die Lage in Ihrer Heimat Syrien?
Tibi: Als ich Syrien 1962 verlassen habe, hatte das Land dreieinhalb Millionen Einwohner, heute sind es über 30 Millionen, zwölf Million davon sind auf der Flucht, die meisten im eigenen Lande. Ich bin selbst Syrer und Humanist. Weltweit gab es im letzten Jahr 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Verpflichtung, Menschen zu helfen, hat Grenzen. Politik und Moral sind auseinanderzuhalten. Ich war im letzten Jahr in Ägypten und habe dort mit Bettlern gesprochen. Diese wußten von der Einladungskultur Deutschlands. Diese Menschen sind nicht verfolgt und sie verhungern nicht, aber dennoch will die Hälfte von ihnen weg, am liebsten nach Deutschland.
Auch im Senegal habe ich gearbeitet, dort will auch die Hälfte der Menschen nach Europa

gehen. Diese Armutsflüchtlinge aufzunehmen hat mit Humanität nichts zu tun. Islamisten, die in ihren eigenen islamischen Ländern verfolgt werden, sollte kein Asylrecht in Deutschland gewährt werden. Sie sind ein Risiko nicht nur für ihre Herkunftsländer, sondern auch für uns. Man muß klar sagen, daß Sicherheitspolitik der humanitären Politik gleichrangig sein muß, wenn der Rechtsstaat keine Selbstverleugnung betreiben will. Europa würde bei der Aufnahme von 65 Million Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht mehr als zivilisatorische Entität existieren. Diese Tatsache muß man frei aussprechen dürfen.

PAZ: Sie gelten auch als der Schöpfer des Begriffes der "Leitkultur", was verstehen Sie darunter?

Tibi: Als ein Mensch nichteuropäischer Herkunft sehe ich europäische Identität deshalb positiv, weil sie einen inklusiven Rahmen bietet, der eine Verbindung zwischen den ethnischen Einheimischen und den Neuankömmlingen in einer Wertegemeinschaft ermöglicht. Ich nenne diesen Rahmen Europäische Leitkultur; eine Option, die nicht nur Islamisten, sondern auch Linksgrüne vehement ablehnen.

Nicht nur Flüchtlinge und Islamismus bedeuten eine Gefahr. Eine große Gefahr für Europa stammt aus dem Inneren dieses Kontinents selbst, nämlich aus dem postmodernen, kulturrelativistischen Nihilismus, der jeden Wertebezug als Rahmen für Identität verleugnet. Dieser Verlust an Identität betrifft vor allem Laizität und säkulare Demokratie. Viele Zuwanderer bringen eine Weltanschauung mit, die beides verleugnet. Wenn Deutschland seine eigene Identität und ein vorhandenes Gemeinwesen verleugnet, dann ist die Folge zwangsläufig eine Unfähigkeit zur Integration. Zuwanderer, die sich ausgegrenzt fühlen, werden eine Identitätsalternative suchen und diese wird oft der Scharia-Kopftuch-Islam sein.

PAZ: Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksgrünen und Islamisten?

Tibi: Die nihilistischen Linksgrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. Es mag seltsam erscheinen, wie linksgrüne Kulturnihilisten mit Islamisten, die ja eigentlich religiöse Absolutisten sind, ein Bündnis eingehen können. Zum Bestand der europäischen Identität und seiner kulturübergreifenden Leitkultur gehören säkulare Demokratie, Laizität und Bürgerschaft als wesentliche Säulen des Gemeinwesens. Wenn man diese Idee von Europa abweist, bleibt nichts übrig.

Die Linksgrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. Max Horkheimer, mein Lehrer in Frankfurt, der als Jude die NS-Zeit in den USA überlebt hatte, hat uns trotz aller Übel, die von Europa ausgingen, klar die positiven Seiten der europäisch-westlichen Werte aufgezeigt, die universell galten und von den alten Linken vertreten wurden, zu denen auch ich gehörte.

Heutige Linksgrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmuddelecke gestellt.

Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. Max Horkheimer forderte uns damals auf, die westlich-europäische freie Welt als "Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft" zu verteidigen, und zwar nicht nur gegen den Faschismus Hitler’scher Prägung, sondern auch gegen den linken Totalitarismus Stalin’scher und Lenin’scher Provenienz.

Ich bin dem Vermächtnis Max Horkheimers treu geblieben. Zu diesen bekannten Feinden Europas kommt heute aber noch ein dritter Feind hinzu: der Islamismus. Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. April 2017: >>**Ein Programm zum Bürgerkrieg**

Freitagsgebet in der Sultan-Selim-Moschee in Mannheim: Wieviel Judenhaß steckt im gewöhnlichen Islam?

Anderthalb Jahre nach der Eskalation der Flüchtlingskrise erscheinen immer mehr Bücher, die Hintergründe und Folgen der Ereignisse ausleuchten. Robin Alexander landete gerade mit seinem Buch "Die Getriebenen" den politischen Bestseller des Jahres. Es gelingt ihm in diesem Buch, den dramatischen Ablauf der Grenzöffnung im September 2015 minutiös nachzuerzählen und dabei Motive und Versagen der politisch Verantwortlichen freizulegen.

Jetzt erregt ein weiteres Buch Aufsehen: "Inside Islam". Hier hat sich der *ARD*-Journalist Constantin Schreiber zum Freitagsgebet in 13 Moscheen begeben, um herauszufinden, was dort gläubigen Moslems auf arabisch oder türkisch tatsächlich gepredigt wird. Schreiber resümiert besorgt, die Imame predigten gegen die Integrationsbemühungen des deutschen Staates an. Gleichzeitig Muslim und Demokrat zu sein schlösse sich aus. Und es werde teilweise "sehr offen gegen Jesiden, Armenier und Juden gehetzt", so Schreiber.

"Schule ohne Rassismus" mobbt jüdischen Schüler

Ein aktueller Zwischenfall an einer Berliner Gemeinschaftsschule bestätigt, welches massive Problem der unter arabischen und türkischen Jugendlichen grassierende Antisemitismus darstellt. Eine jüdische Familie sah nach wiederholten verbalen und körperlichen Attacken auf ihren 14jährigen Sohn keine andere Wahl, als ihr Kind von der Schule zu nehmen. Drei Viertel der Schüler an dieser Einrichtung, die sich im Projekt "Schule ohne Rassismus" engagiert, haben Migrationshintergrund.

Daß Antisemitismus in aller Regel heute nicht mehr "aus der Mitte der deutschen Gesellschaft", sondern aus muslimischen Einwanderermilieus kommt, stellt linke Politiker und Journalisten vor ein Dilemma. Einige Medien, so beispielsweise *Spiegel Online*, verschwiegen in ihren Berichten zum Vorfall kurzerhand den ethnisch-religiösen Hintergrund der Täter.

Gefährlich ist der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige

Aber so kommen wir nicht weiter. Die Fakten müssen auf den Tisch. Einiges, was Constantin Schreiber in "Inside Islam" ausgräbt, klingt alarmistisch. Daß Christen vergessen haben, sich als Gläubige der Mission verpflichtet zu sehen, ist ein Problem der Christen, nicht der Moslems. Daß in Predigten zur Glaubensstrenge aufgerufen wird, wünschte man sich auch mehr von Pfarrern. Gefährlich ist aber der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige und den Staat.

Hier haben wir in Deutschland vor einem halben Jahrtausend im Dreißigjährigen Krieg blutig lernen müssen, religiöse Konflikte durch Säkularisierung, Verfassungen und Rechtsstaatlichkeit zu neutralisieren. Mit dem konfessionellen Gegensatz unter Christen zu leben hat Jahrhunderte gebraucht. Unkontrollierte Einwanderung von Moslems macht Integration zu einer irgendwann schlicht quantitativ nicht mehr beherrschbaren Aufgabe und ist damit ein Programm zum Bürgerkrieg. Das sollte die Politik endlich beherzigen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. April 2017 (x887/...): >>**Das Ende der Täuschungen**

Erdogans Osmanen fordern uns heraus - Deutschland reagiert ratlos

Beschwichtigungen sollen das Resultat des Türkei-Referendums relativieren. Doch es hilft nichts mehr, die Wahrheit ist zu hart.

Das Ergebnis des türkischen Referendums stellt die deutsche Politik und Öffentlichkeit vor

eine dramatische Frage: Wie verhält man sich, wenn einem ein Konflikt aufgedrängt wird, den man nicht wollte?
63 Prozent der türkischen Wähler in Deutschland haben Erdogans autoritäres Regime bei dessen Machtergreifung unterstützt. Alle Beschwichtigungen können das nicht verwischen, auch nicht der Hinweis, daß nur die Hälfte der in Deutschland wahlberechtigten Türken überhaupt zu den Urnen gegangen sei. Niemand weiß, wie die Nichtwähler abgestimmt hätten.
Überdies darf nicht vergessen werden, daß mehr als ein Viertel der türkischen Staatsangehörigen in Deutschland zu Minderheiten wie den Kurden, Aleviten oder (assyrischen, aramäischen, armenischen) Christen zählt, von denen aus Gründen der kulturellen Selbsterhaltung so gut wie niemand hinter Erdogan stehen dürfte. Auf die ethnischen, sunnitischen Türken fokussiert ergibt sich daher beinahe das Bild einer antidemokratischen Einheitsfront ohne wesentliche Opposition.
Darauf muß Deutschland reagieren - aber wie? Zunächst dadurch, daß es sich endlich von Täuschungen nicht mehr blenden läßt und sich von seinen Selbsttäuschungen befreit. Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad schreibt: "Kein Mensch kann mir nun erzählen, daß die Integration nicht gescheitert ist." Er verweist darauf, daß es nicht die benachteiligten oder arbeitslosen Türken gewesen seien, die in Deutschland Propaganda für Erdogan gemacht hätten, sondern "jene Krawatten-Türken, die gute Berufe haben und perfekt Deutsch sprechen" sowie "jene grinsenden Kopftuch-Muslimas, die uns verkaufen wollen, daß das Kopftuch ein Zeichen ihrer Emanzipation sei".
Diese Kräfte führen Erdogans Krieg gegen Europa, gegen Deutschland, die Demokratie und die Kultur des Abendlandes in unseren eigenen Grenzen. Dennoch genießen ihre Organisationen staatliche Unterstützung - durch viel Geld und öffentliche Anerkennung.
Den Doppelpaß mißbrauchen sie, um ihren Einfluß auf die deutsche Politik systematisch auszubauen. Die Doppelstaatlichkeit, die ihnen großzügig angeboten wird, ist keine Brücke der Integration, sondern ein Brückenkopf, den wir freiwillig unseren Feinden zuweisen, die uns von dort noch erfolgreicher bedrängen können. Wer diese Analyse für übertrieben, gar hysterisch hält, der höre einem Erdogan nur zu und beachte, wie viel er schon umgesetzt hat von seinen scheinbar nur lächerlichen, effekthascherischen Sprüchen.
Natürlich sind die EU-Beihilfen für das Neuosmanische Reich sofort einzustellen, ist die Bundeswehr von dort wegzuverlegen. Auch muß, bei Wahrung des Asylrechts, verhindert werden, daß Erdogan seine Kritiker millionenfach ins (deutsche) Ausland drängt, um zu Hause noch freiere Bahn zu haben. Ob die deutsche Politik zu alldem willens und imstande ist, steht tragischerweise dahin.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 21. April 2017 (x887/...): >>**"Koranisierung" der Sprache**
Für den türkischen Staatspräsidenten Erdogan sind verbale Entgleisungen ein Mittel der Politik
Obwohl der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seit 2003 an der Regierung beteiligt ist, haben viele offenbar erst jetzt durch seine verbalen Entgleisungen sein wahres Gesicht erkannt. Viele Analysten waren sich bisher nicht sicher, ob Erdogan nur ein konservativer Muslim ist oder bereits ein Vertreter des fundamentalen Islam. Zumindest in der Rhetorik ist er in der Endphase des Wahlkampfs dem Haß-Vokabular der Dschihadisten des Islamischen Staats (IS) sehr nahe gekommen.
Bei einem Wahlkampfauftritt in Ankara bezeichnete er die EU als "Kreuzritter-Allianz". Damit spielte er auf eine Audienz der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten bei Papst Franziskus in Rom an. Anlaß war der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Erdogan beschuldigte weiter "europäische Parlamentarier und Anführer", sich vor der Volksabstimmung über das von ihm angestrebte Präsidialsystem auf die Seite seiner Gegner

geschlagen zu haben. "So Gott will, wird das türkische Volk, werden 80 Millionen den Anführern des Westens die größte Lektion erteilen."
Mit dieser Formulierung ahmt Erdogan die vom IS stabsmäßig betriebene "Koranisierung" der Sprache nach. "Eine Lektion erteilen" wollen auch die Terroristen des IS in vielen Internetvideos ihren Feinden. Nur bei diesen Lektionen gehören Erdogan und seine Türken selbst zu den Lektionsempfängern. Weiter sagte Erdogan: "Wartet auf den Frühling, und alle Terrorgruppen, PKK, YPG, IS, FETÖ, werden sehr nette Überraschungen erleben."
Interessant ist, daß zunächst die beiden kurdischen genannt werden, danach erst folgen der IS und die Gülen-Bewegung (FETÖ). Bei der Wortwahl fällt auf, daß sowohl der IS als auch allgemein die Salafisten immer wieder ihren Gegnern "nette Überraschungen bereiten" wollen. Auch hier ist Erdogan also ganz auf das koranisierende Vokabular der IS-Terroristen und ihrer Unterstützer oder das eines Osama Bin Laden aufgesprungen. Denn auch im Koran ist an verschiedenen Stellen von "netten Überraschungen" als Bestrafung von Ungläubigen die Rede. Offenbar will Erdogan dies auch gar nicht mehr verbergen, wie er das noch vor einiger Zeit getan hat.
Erdogan setzt seine verbalen Provokationen bewußt ein, wie der Italiener Silvio Berlusconi oder der verstorbene venezolanische Präsident Hugo Chávez. Wie diese irritiert er hin und wieder mit absurden Äußerungen, wie beispielsweise mit der Behauptung, Muslime hätten "Amerika entdeckt". Im Jahre 2014 sagte er zum Thema Frauen und Gerechtigkeit: "Man kann Frauen und Männer nicht gleichstellen. Es läuft der Natur zuwider." Gleichberechtigung sei ebenfalls "gegen die Natur". Auch das waren keine unglücklichen Ausrutscher, sondern gezielt als Mittel der Politik eingesetzte Tabubrüche. In Zusammenhang mit dem Verfassungsreferendum setzte er diese sogar noch zielgerichteter ein.
Der türkischstämmige Kabarettist Serdar Somuncu wirft Erdogan vor, bewußt zu provozieren, damit die Situation eskaliert und er dann als Ordnungsstifter gerufen wird. Ähnlich hätte es auch mit dem stümperhaften Putsch vom Juli vergangenen Jahres gewesen sein können. Vielleicht hat Erdogan ihn bewußt provoziert, um sich durch die lang vorbereitete Niederschlagung als starker Mann zu profilieren.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Mai 2017: >>**Merkel besichtigt Zuwanderer: "Gut Ding will Weile haben."**
Die Kanzlerin geht auf Tuchfühlung mit dem Volk - wie sie es definiert. Am Mittwochvormittag besuchte Angela Merkel eine Einrichtung in Stralsund, in der Migranten Sprachkurse erhalten. Ein denkwürdiger Auftritt …
Aufregung im Integrationsprojekt Grünhufe in Stralsund: Am Mittwochvormittag steht die Open-Border-Kanzlerin plötzlich persönlich vor der Tür!
"Hast Du da Gel drin?" fragt Merkel einen irritierten Jungen vor dem Eingangsbereich. "Ja, Gel", erwidert der Bub der kinderlosen Kanzlerin, die mit einer Armlänge Abstand dessen Schopf betastet. Wieder was dazugelernt!
Das Mimen von Herzlichkeit und Wärme sind für Merkel bekanntlich Herkulesaufgaben. Gewohnt verkrampft geht es also drinnen weiter. Bei Kaffee und Kuchen erkundigt sich die CDU-Frau über den Kenntnisstand der deutschen Sprache. "Deutsch ist keine einfache Fremdsprache, das wissen wir", gesteht sie aus eigener Erfahrung sprechend. "Aber wenn man übt, wird es schon was."
Merkel verpaßt es nicht, den Anwesenden noch besonders wichtige Tips für das Leben in der deutschen Gesellschaft mitzuteilen. So erklärt sie u.a. endlich den Unterschied zwischen einem Bürgermeister und einem "Oooberbürgermeister".
"Wir haben ein Sprichwort", plaudert sie mit dem Charisma eines erstarrten Komiker-Leichnams auf einer Bühne stehend. "Ich weiß nicht, ob Sie das verstehen, aber einige verstehen es." Gut zu wissen. Nach einer kurzen Kunstpause geht es weiter: "Gut - Ding - will - Weile -

haben." Sie erläutert: "Das heißt, es dauert ’ne Weile. Und, ähm, danach kann man sagen, wird es dann aber irgendwann auch was."
Besser wär’s… Wegen des Ausmaßes von Ausländerkriminalität, hat das Bundeskriminalamt in seinem diesjährigen Kriminalstatistikbericht schon eigens die neue Unterkategorie "Zuwanderer" geschaffen (konkret gemeint: "tatverdächtige Personen mit Aufenthaltsstatus 'Asylbewerber', 'Duldung', 'Kontingentflüchtling/Bürgerkriegsflüchtling' und unerlaubt").
Von solchen Belanglosigkeiten ließ sich Merkel aber nicht den Vormittag vermiesen. Nach der Stippvisite gab es noch ausreichend Gelegenheit für Selfies. Falls der Familiennachzug nicht schnell genug in Schwung kommt? …
Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im September letzten Jahres zog die AfD an der CDU vorbei. Die Parteichefin erklärte danach, nicht von ihrer Flüchtlingspolitik abweichen zu wollen. Nach dem angenehmen Vormittag im Haus Grünhufe dürfte sie sich erst Recht fragen: Warum auch?<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...): >>**Rückkehr der Seuchen**
Asylsucher schleppen häufig Antibiotika-resistente Krankheitserreger ein
In letzter Zeit häufen sich die Meldungen über gefährliche "Superbakterien" sowie "Killerkeime". Und tatsächlich besteht hier eine Bedrohung - sogar in doppelter Hinsicht. Zum einen, weil nun längst überwunden geglaubte Seuchen zurückkehren, zum anderen wegen der zunehmenden Resistenz der Erreger.
Vermeintlich "mittelalterliche" Krankheiten wie Pest oder Lepra starben nie völlig aus. Die Bakterien überlebten in vielen entlegenen Regionen der Welt und sorgten dort permanent für weitere Infektionen. Im Falle des "Schwarzen Todes" resultierte dies daraus, daß immerhin 200 Säugetier- und 80 Floh-Arten Träger des Pest-Bazillus (Yersinia pestis) sind. Das blieb lange ein lokales Problem, bis sich dann durch Globalisierung, Tourismus sowie Migrationsbewegungen neue und bessere Ausbreitungsmöglichkeiten ergaben.
So grassiert die Pest derzeit in Madagaskar und könnte von dort aus schnell per Linienflugzeug nach Europa gelangen. Ebenso präsent ist der "Schwarze Tod" in Zentralafrika, Südost- und Mittelasien sowie einigen westlichen Bundesstaaten der USA, wo regelmäßig Menschen erkranken, darunter auch Urlauber.
Die aktuell größte Gefahr geht aber von den Asylsuchern und Bürgerkriegsflüchtlingen aus, die in Massen nach Europa strömen. In Deutschland werden die Neuankömmlinge zwar grundsätzlich bei der Erstaufnahme auf meldepflichtige Krankheiten untersucht, aber zahlreiche tauchen vor ihrer Registrierung ab. Obwohl sie nun allerlei ansteckende Leiden behandeln müssen, die bisher bloß in ihren Lehrbüchern vorkamen, spielen manche Mediziner das Problem auf ignorante Weise herunter. Man verfüge doch hierzulande über ein hervorragendes Gesundheitssystem und hochwirksame Medikamente, argumentieren sie.
Dabei könnte sich zumindest letzteres sehr bald ändern, denn die Asylsucher bringen nicht nur altbekannte Keime mit, sondern auch erst kürzlich entdeckte Mikroben wie Carbapenem-resistente Enterobakterien (CRE). Gegen die hilft teilweise nicht ein einziges der derzeit verfügbaren Antibiotika, und sie sind zudem noch leicht von Mensch zu Mensch übertragbar. Einige dieser Superkeime stammen aus den Abwässern asiatischer Pharmafabriken, wie kürzlich durch Recherchen deutscher Medien aufgedeckt wurde. Andere wiederum finden sich vor allem in Nordafrika und auf dem Balkan.
Solche Erreger lauern dann im Organismus der Asylbewerber, die auf diesem Wege nach Deutschland gelangen. Das zeigen unter anderem Untersuchungen des Instituts für Medizinische Mikrobiologie der Universität Frankfurt am Main. In 61 Prozent der analysierten Proben von Asylsuchern aus Somalia, Syrien und Afghanistan entdeckten die Wissenschaftler multiresistente Bakterien - eine Quote, die sehr viel höher liegt als bei Menschen, "die schon länger

hier leben."
Hauptursache für das häufige Vorkommen solcher Keime bei Zuwanderern ist die falsche medizinische Behandlung im Herkunftsland. Oft werden dort nämlich billige, aber ungeeignete Antibiotika verabreicht, oder man bricht die Behandlung zu zeitig ab. Die Einschleppung multiresistenter Erreger könnte zu einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes führen, wenn auch so lebensgefährliche Mikroben wie das Pestbakterium immun gegen Antibiotika werden würden.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):
>>**Schluß mit Muhammad!**
China verbietet muslimische Namen in Unruheprovinz Xinjiang
Die chinesischen Behörden haben eine Liste mit zwei Dutzend muslimischen Vornamen mit einer separatistischen und extremistischen Nebenbedeutung aufgestellt, die ab sofort nicht mehr vergeben werden dürfen. Darunter sind Namen wie Muhammad, Arafat und Dschihad, aber auch Islam, Koran, Mekka, Imam, Saddam, Haddsch und Medina gehören dazu. Grund ist der Kampf gegen Extremismus. Betroffen sind vor allem Einwohner des westlichen Gebietes Xinjiang, in dem überwiegend Muslime leben, und wo es in der Vergangenheit vermehrt zu terroristischen Übergriffen gekommen war.
Namen sind im Orient immer von religiöser Bedeutung. Wer zum Islam übertreten will, benötigt einen neuen islamischen Namen. Das Verbot der am meisten bekannten muslimischen Namen soll den "religiösen Eifer" in der Unruheprovinz bremsen.
China hatte in den vergangenen Monaten bereits mehrere Erlasse gegen die muslimische Minderheit umgesetzt: So dürfen Frauen, die einen Gesichtsschleier tragen, keine Bahnhöfe und Flughäfen mehr betreten. Männer mit langen Bärten dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Selbst religiöse Beerdigungs- und Hochzeitszeremonien und Hinweise auf muslimische Symbole wie Stern oder Halbmond sind den Uiguren von der Kommunistischen Partei verboten worden.
"Menschen mit verbotenen muslimischen Namen werden in Zukunft keine Anmeldung mehr am Wohnsitz bekommen", sagte ein Polizeibeamter. Kinder ohne Anmeldung bekommen keinen Zugang zur Ausbildung, zum Gesundheits- und Sozialschutz, so der Beamte. In Xinjiang leben mehrheitlich turksprachige Uiguren (60 Prozent) und nur 40 Prozent ethnische Chinesen. Viele Uiguren und Menschenrechtsorganisationen klagen über staatliche Unterdrückung. Andererseits galt für die Uiguren das "Ein Kind Gesetz" lange Zeit nicht.
In Xinjiang kämpfen islamistische Radikale für den unabhängigen Staat "Östliches Turkestan". Seit 1990 starben Hunderte Menschen bei terroristischen Anschlägen wegen Xinjiangs Konfrontation mit Peking. Der schlimmste Anschlag fand vor zwei Jahren in einem buddhistischen Schrein in Bangkok in Thailand statt.
Die chinesische Regierung betrachtet Xinjiang als eine Brutstätte des islamischen Extremismus, der Gewalt und separatistischer Bestrebungen. Zugewanderte Chinesen aus dem Kernland, die sich auch äußerlich stark von den Uiguren unterscheiden, pflegen zudem einen ausgeprägten Rassismus. Viele Uiguren machen die staatlichen Beschränkungen der Religion und der Meinungsfreiheit für die Spannungen in der Region verantwortlich.
Die Regierung hat in Gesetzen 15 religiöse Verhaltensweisen aufgelistet, die angeblich die säkulare Ordnung stören. Eltern werden verpflichtet, ihre Kinder künftig an staatlichen Schulen anzumelden, islamische Schulen sind nicht mehr erlaubt. Und Zugang zu den Moscheen erhalten Muslime erst ab dem 18. Lebensjahr.
Die durch Terror gekennzeichnete weltweite islamische Wiedergeburt hat längst auch das größte Land der Erde erfaßt. Die kommunistische Partei versucht jedoch, das Übel des Terrors mit den Methoden der Kulturrevolution auszumerzen. Ob das gut geht, darf bezweifelt werden. Der IS, der längst auch in China seine Netze hat, hat bereits angekündigt, daß in "China

bald ein Blutstrom strömen wird".<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):
>>**Wir sind selbst schuld**
von Eva Herman
Es sieht leider nicht danach aus, als ob die Politiker der EU und Deutschlands die Einwanderungskatastrophe, die derzeit Europa heimsucht, je in den Griff bekommen werden. Es ist gar nicht möglich, wenn sie so weitermachen. Wir sprechen mittlerweile von möglicherweise hunderten Millionen Menschen, die bereits auf gepackten Koffern sitzen.
Wie es aussieht, scheint dieses Szenario offenbar einkalkuliert zu werden. Was das bedeuten würde, weiß jeder von uns. Zwar wiederholt die deutsche Kanzlerin seit dem EU-Gipfel im Dezember 2016 gebetsmühlenartig das inzwischen nur noch propagandistisch wirkende Mantra: Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, doch handeln tut sie nicht danach, außer ein paar Millionen Fördergeldern, die in die afrikanischen Länder gepumpt werden für den Aufbau einiger Flüchtlingscamps und weiterer Maßnahmen. Schrecklich zynisch!
"Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen", sagt also Merkel jetzt. Das wäre tatsächlich der richtige Weg. Denn seien wir ehrlich: Haben wir uns nicht längst mehr als genug versündigt gegen die heutigen Fluchtländer, durch NATO-Angriffskriege und finanzwirtschaftliche Ausbeutung?
Gib einem Hungernden nicht einen Fisch. Schenk ihm deine Angel. So lautet ein Sprichwort, das eine erfrischende Überlebenslogik enthält. Nehmen wir den afrikanischen Kontinent, der derzeit schwer beladen ist. Die von globalistischer Gier geleiteten Regierungen und Machtkartelle haben den Kontinent ausgeplündert, er blutet aus:
Die Rohstoffe, die seine Erde birgt, gehören ihnen, die Völker Afrikas darben vor sich hin - die Bevölkerung explodiert. Hungersnöte, soweit das Auge reicht: Not, Elend, Schmerzen, Todesqualen, Millionen sind es, Kinder, Alte, Frauen und Männer - während der zivilisierte Europäer des Abends im Polstersessel, mit dem Rotweinglas in der Hand, den Hungernden in Afrika großzügig 20 Euro spendet. So sprachen die Vereinten Nationen jetzt, angesichts der Hungersnot in Somalia, von der größten humanitären Krise nach dem Zweiten Weltkrieg. Etwa sechs Millionen Menschen brauchen dort dringend Lebensmittel. Doch auch im Südsudan, Nigeria und im Jemen, der durch eine vom Westen unterstützte Militärinvasion inzwischen nahezu brachliegt, verschärfen sich die Hungerkrisen stetig.
Und so beklagen sich die Vereinten Nationen darüber, daß in vielen Flüchtlingslagern die Nahrungsmittelhilfe sogar gekürzt werden mußte. Wie bitte? Gekürzt? Warum denn das? Weil das Geld nicht ausreicht? Genau so sieht es aus. Es trifft die Ärmsten der Armen, denen letztlich doch nichts anderes übrig bleibt, als zu fliehen. So, wie es im Frühjahr 2015 geschah, als die winzige Überlebenssumme für Flüchtlinge von etwas über 30 Dollar im Monat auf unter die Hälfte gekürzt wurde: zum Sterben zu viel, doch zum Leben zu wenig. Millionen traten den Weg nach Europa an, und die Verantwortlichen wußten es genau.
Die Welt steht nun vor der größten humanitären Katastrophe seit 1945. Mit diesem dramatischen Appell hatte sich der Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen, Stephen O'Brien, vergangene Woche an die internationale Gemeinschaft gewandt.
Rund 20 Millionen Menschen in den vier Krisenstaaten Somalia, Südsudan, Nigeria und Jemen drohe der Hungertod. Die UN benötigen bis Mitte dieses Jahres 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern. Ansonsten werden die Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben. So heißt es ganz offiziell. Wir wiederholen: 4,4 Milliarden Euro! Wir merken uns diesen Betrag, mit dem laut den UN das Leben von zirka 20 Millionen Menschen gerettet werden könnte.
Und nun schalten wir um nach Deutschland. Hier lesen wir Anfang des Jahres 2017 in der Presse, Deutschland habe 2016 bislang etwa 22 Milliarden Euro für die Bewältigung der so-

genannten Flüchtlingskrise ausgegeben. Doch dabei werde es natürlich nicht bleiben. Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Asylsucher würden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 sogar knapp 50 Milliarden Euro kosten. Pro Jahr, versteht sich. Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, rechnet gar mit 75 Milliarden pro Jahr. Das alles bei nur einer Million Immigranten (was ja längst um mindestens das Doppelte überschritten ist).
Der Finanzwissenschaftler hat berechnet, "daß eine Million Flüchtlinge den deutschen Staat per saldo und auf die Dauer 450 Milliarden Euro kosten würden, also 450.000 Euro pro Kopf". Bei seiner Rechnung unterstellt er, daß sie nach sechs Jahren so integriert sein würden, "wie es die bislang schon in Deutschland anwesenden Altmigranten im Durchschnitt sind". Somit ergeben sich 75 Milliarden Euro pro Jahr - bei nur einer Million Asylsuchern. Im Vergleich zu den Gesamtausgaben des Haushaltsplanes 2015 von 299,1 Milliarden Euro ist das ein Viertel aller Staatsausgaben - 25,07 Prozent.
Wir sollten jedoch gleich realistisch rechnen, denn, wie erwähnt, sind seit 2015 nicht eine Million, sondern inzwischen, offiziell, mindestens zwei Millionen Einwanderer nach Deutschland gekommen. Die Dunkelziffer indes dürfte weitaus höher liegen, alleine die hohe Zahl der Illegalen fällt bei all den Statistiken unter den Tisch. Zentral erhoben werden schließlich nur die gestellten Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Dunkelziffer der eingewanderten Sozialbetrüger, die bis zu zwölf Mal unter jeweils anderer Identität in unterschiedlichen Gemeinden Deutschlands sich haben Sozialbeiträge auszahlen lassen, rechnen wir hier jetzt auch nicht mit ein.
Viele andere Kosten, die in den hier vorliegenden Statistiken nicht mit aufgeführt werden, die beispielsweise mit der extrem hohen Kriminalitätsrate in Zusammenhang stehen, lassen wir ebenfalls außer Acht. Wir multiplizieren die von Raffelhüschen errechneten 75 Milliarden Euro pro Jahr mit zwei (Millionen Asylsucher). Das macht mindestens 150 Milliarden Euro pro Jahr, die Deutschland aufbringen muß für die sogenannte Flüchtlingskrise.
Nun schauen wir noch einmal zurück zu dem jüngst von den Vereinten Nationen veröffentlichten Hilferuf: Die UN benötigen bis Mitte 2017 ganze 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern. "Ansonsten werden 20 Millionen Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben."
Doch, so die "Tagesschau", "das nötige Geld kommt nicht zusammen". Im laufenden Jahr haben die UN gerade mal sieben Prozent der geforderten Spenden erhalten. "In einer Verteilstation in einem entlegenen Dorf in Somaliland kam es zu Tumulten unter den hungrigen und durstigen Menschen. Weil sie wußten, daß die Reissäcke nicht für alle ausreichen werden. Weil viele von ihnen ein krankes, manche sogar ein sterbendes Kind in den Armen hielten."
Im Jemen warnen Hilfsorganisationen vor einer Katastrophe "biblischen Ausmaßes". Diese drohe spätestens, sollte Saudi-Arabien mit Hilfe der USA die Hafenstadt Hudaida erobern.
Was machen wir hier nur? Wo sind Verstand, Logik und Herz geblieben? Können Sie eigentlich noch ruhig schlafen?<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Juni 2017: >>**Perfider Ramadan-Rummel**
Polizisten sollen Moslems, die wegen ihrer grotesken Fastenbräuche noch reizbarer sind als sonst, in dieser Zeit erst recht mit Samthandschuhen anfassen, Schülerinnen, die zum politisch korrekten Flüchtlingsverstehen und -bewundern in eine Asylunterkunft beordert werden, mögen sich doch bitte gerade jetzt den Koranglaubigen zuliebe islamkonform verhüllen, Lehrer und Arbeitgeber sollen Rücksicht auf von Fasten-Exzessen geschwächte Schüler und Mitarbeiter nehmen - hört man den Polit- und Mediengouvernanten so zu, scheint der islamische Fastenmonat Ramadan längst das wichtigste Ereignis im deutschen Festkalender geworden zu

sein.
Vom politischen Aufgalopp mit Ramadan-Grußbotschaften und alljährlichem Wettlauf um den wirksamsten Medientermin beim "Fastenbrechen"-Besuch ganz zu schweigen. Vielleicht wüßte es die immer noch christliche Bevölkerungsmehrheit im Lande ja auch zu schätzen, wenn ihre politischen Repräsentanten außer der allweihnachtlichen Volkspädagogik auch mal Grußbotschaften zu Ostern und Pfingsten senden und sich vorbildgebend in einer Kirche blikken ließen - aber da denken die nicht mal dran.

Islamisierung ist kein Hirngespinst

Der Tanz um das goldene Kalb einer intoleranten Minderheit belegt vor allem eines: Islamisierung ist kein Hirngespinst, sondern im vollen Gange, und die Meinungsführer im Lande haben ihre Selbst-Islamisierung bereits so verinnerlicht, daß sie sie gar nicht mehr wahrnehmen. Für die angestammte Bevölkerung ist es eine Zumutung, sich unablässig mit den archaischen Selbstausgrenzungsbräuchen eines eingewanderten vormodernen Kults auseinandersetzen zu müssen.
Wer meint, er müsse im 21. Jahrhundert in Mitteleuropa unsinnige Religionsvorschriften wortwörtlich befolgen, selbst wenn sie der eigenen Gesundheit schaden, verdient weniger Rücksicht als Mitleid. Der allgegenwärtige Ramadan-Rummel ist Gift für die Integration und bestärkt fanatische Moslems in ihrem Auserwähltheits-Wahn: Für sie sind die Toleranz- und Rücksichtsappelle keine höfliche Geste, sondern ein weiterer Schritt zur selbstverständlich erwarteten Unterwerfung.

Die neuen Herren nur nicht provozieren

Statt den eigenen Bürgern Anpassung an islamische Rituale zu predigen, täten Medien und Politik besser daran, sie vor erhöhter Terrorgefahr und Gewaltbedrohung im Ramadan zu warnen. Für Dschihadisten gilt der Kampf gegen Ungläubige im moslemischen Fastenmonat als besonders verdienstvoll; kaum zufällig häufen sich im islambeglückten Europa in dieser Zeit alljährlich die Anschläge. Und der Anblick Ungläubiger, die ihre Bräuche nicht befolgen, ist für Islam-Besessene im Ramadan bekanntlich erst recht unerträglich. Da sitzen Fäuste und Wurfgeschosse, Messer oder auch der Nothammer dann schon mal besonders locker.
Aber solche Warnungen wären ja das Eingeständnis, mit dem Hereinlassen dieser Heerscharen einen fatalen Fehler begangen und ohne Not die eigenen Bürger gefährdet zu haben. Lieber also schiebt man denen prophylaktisch den schwarzen Peter zu und ermahnt sie, die neuen Herren nur ja nicht zu provozieren. Das macht die scheinbar so weltoffenen und verständnisvollen Aufrufe der Ramadan-Versteher zu einem perfiden und zynischen Selbstrechtfertigungs-Manöver.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Juni 2017: >>**Der Gefahr ins Auge sehen**

von Hans-Jürgen Irmer

In Deutschland hat nie eine Diskussion darüber stattgefunden, daß wir von Menschen, die aus vielen Gründen nach Deutschland kommen, erwarten müssen, daß sie sich an deutsche Gesetze, Normen und Werte halten, die aus der Aufklärung herrühren und konstitutiv für unser friedliches Zusammenleben sind. Als Friedrich Merz vor 17 Jahren von der Notwendigkeit der Leitkultur sprach, hagelte es Kritik aus der Welt der "Political Correctness".
Während andere Länder klar definieren, was sie von Zuwanderern verlangen - Sprachbeherrschung, Gesetzestreue, Integrationsbereitschaft (wem das zu beschwerlich ist, hat jederzeit das Recht, wieder zu gehen) -, haben wir in Deutschland aus falsch verstandener Toleranz nicht diesen notwendigen Mut besessen, sondern der Intoleranz den Weg ebenso geebnet wie der Entwicklung von Parallelgesellschaften, No-go-Areas, und der Segregation Vorschub geleistet.

Zeichen gelungener Integration?

Ist es Integration, wenn in Neuss in einem Bad nur noch Hühnchen und keine Bockwurst mehr angeboten wird, wenn in Kassel in einem Kindergarten keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden, wenn in Hannover zweieinhalb Jahre akzeptiert wird, daß eine Schülerin vollverschleiert im Unterricht erscheint, wenn in Berlin eine Lehrerin keine christliche Kreuzkette tragen darf, wenn in Freiburg muslimische Frauen in einem Damenbad keine männlichen Bademeister akzeptieren, wenn in Mannheim eine muslimische Pflegerin sich weigert, männliche Patienten zu waschen, wenn in Berlin muslimische Eltern gegen einen homosexuellen Erzieher demonstrieren, wenn in Hessen eine Muslima als Rechtsreferendarin sich weigert, vor Gericht das Kopftuch abzulegen?
Gehört es auch zur Integration, eine Teilnahme an Klassenfahrten zu verweigern, gegen Koedukation im Sport- und Schwimmunterricht zu kämpfen, zu versuchen, islamische Kindergärten und Schulen zu errichten, einen islamischen Wohlfahrtsverband aufzubauen, bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht mit einer kritiklosen Verherrlichung Mohammeds einzuführen? Gehören erste muslimische Listen bei Kommunalwahlen dazu, Zuckerfest statt Weihnachtsfest?

Islamisierung fester Bestandteil des Islam

Einzelfälle? Nein! Nur ein kleiner Auszug aus der Lebenswirklichkeit. Rund sechzig Prozent der Deutschen haben Sorge wegen einer zunehmenden Islamisierung. Zu Recht: 1970 lebten etwa 300.000 Muslime in Deutschland, im Jahr 2000 ca. drei Millionen, heute etwa sechs bis sieben Millionen. Und im Jahre 2025 und 2040?
Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, daß die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Was machen unsere christlichen Volkskirchen? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich auf das Tragen ihrer Amtskreuze. Ein fatales Signal.

Ziel ist die Weltherrschaft

Was macht parteiübergreifend die Politik in Deutschland? Sie denkt von Wahltermin zu Wahltermin und befaßt sich nicht vertiefend mit dem Problem einer Religion, die als Ziel die Weltherrschaft hat. Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: "Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."
In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Saaten darauf verwiesen, daß die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung der Scharia stehen, denn diese sei Allahs Gebot und damit bindend - und nicht der von Menschenhand formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention.

Koran unvereinbar mit dem Grundgesetz

Wann fordert der Westen die islamischen Staaten auf, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren? Warum fordert die europäische Staatengemeinschaft nicht täglich, die Verfolgung der Christen in praktisch allen islamischen Staaten endlich zu beenden? Wann demonstrieren die Muslime hier lautstark gegen islamistische Terroranschläge, so wie es geschieht, wenn es um Proteste gegen harmlose Mohammed-Karikaturen geht? Wann endlich gibt es die Aufklärung im Islam, die klarstellen muß, daß die rund 200 Stellen im Koran, die zum Kampf gegen die "Ungläubigen" und deren Vernichtung aufrufen, nur im Kontext der damaligen Zeit zu sehen sind und heute keine Bedeutung mehr haben?
Solange dies nicht geschieht, muß man den Koran als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit eines aufgeklärten Reformislams ist allerdings gering, wenn man weiß, was der türkische Präsident Erdogan diesbezüglich gesagt hat:
"Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich."
Oder der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu:

"Es steht außerhalb jeder Erörterung, daß das, was im Koran steht, gilt."

Minderheit darf keine Mehrheit werden

Etwas mehr Nachdenklichkeit in Deutschland wäre daher angebracht, zumal wenn man weiß, daß Takija, also die bewußte Täuschung des "Ungläubigen", fester Bestandteil muslimischer Politik ist. Wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat die unumstößliche Grundlage sei? "Ja, solange Muslime in der Minderheit sind."

Damit aus der Minderheit keine Mehrheit wird, dürfen wir unsere eigene Identität ebensowenig aufgeben wie unsere Werte und unsere Leitkultur auf der Basis des Grundgesetzes. Wenn Muslime heute bewußt Islam mit Friedfertigkeit statt Unterdrückung übersetzen, dann wollen wir das gerne glauben, wenn in allen 57 islamischen Staaten Religion und Politik getrennt sind, der Dschihad und die Scharia genauso aufgegeben werden wie der Anspruch auf Vorherrschaft und religiöse Überlegenheit, wenn es Geschlechtergleichheit und Glaubensfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und freie Wahlen gibt. Aber keinen Moment früher.

Hans-Jürgen Irmer ist CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Juni 2017 (x892/…): >>**"Gast? Gastgeber? Mir reicht's jetzt!"**

Niemand wird sagen können, er habe nichts gewußt. Die Verhältnisse sind nur allzu offensichtlich, und zwar für jeden - auch für den, der sich das Hirn von Presse und TV weichspülen läßt. In diesem Sinne übernehmen wir einen weiteren Beitrag "aus fremder Feder":

Vor zehn Jahren machte ich den ersten Versuch, einen Roman zu schreiben. Er hatte einen schockierenden Einstieg, schöne Szenen in der Mitte und erst ein trauriges und dann ein sehr überraschendes Ende. Im Schreiben noch recht ungeübt, fehlten mir im Mittelteil irgendwann etwa zweihundert Seiten Handlung, und ich hatte ein wichtige Lektion gelernt: Eine gute Idee allein macht noch keinen Roman.

Meine größte Furcht allerdings bestand darin, daß auch andere Autoren auf meine brillante Idee verfallen könnten. Und so kam es. Es sind Michel Houllebecq und Boualem Sansal. Ja, auch mein Roman spielt in einer fernen Zukunft, in der Europa einer faschistisch-religiösen Diktatur unterworfen ist.

Nur soviel: Die Protagonistin ist eine privilegierte junge Frau, die sogar Abitur machen darf, obwohl das nur sehr wenigen Mädchen in ihrem Land möglich ist. Ihr Vater ist Arzt, er verdient gut, nicht zuletzt, weil er Beamter der Regierung ist und bei den öffentlichen Hinrichtungen den Tod feststellen und zu amputierende Gliedmaßen betäuben darf. Die Protagonistin und ihre Freundin stolpern eines Tages über ein Geheimnis: Die Welt, in der sie leben, war nicht immer so, wie sie ist.

Aber wie war sie vorher? Und wie kam es dazu, daß in der islamischen Republik Almanya, in der sie leben, keine Frau mehr unverhüllt auf die Straße darf, Mädchen mit vierzehn verheiratet und im St. Pauli-Stadion Menschen per Schwertstreich geköpft werden?

Nun, das schilderte ich anhand der auf dem Dachboden aufgestöberten Tagebücher der Urgroßmutter. Die Muslime im Land wurden immer mehr, die Christen immer weniger, Israel verschwand aus dem Nahem Osten und die überlebenden Juden nach dem letzten ungläubigen Land der Welt, das Amerika heißt. Es kam zu immer mehr und immer grausameren Terroranschlägen, bis schließlich ein klerikalfaschistischer Umsturz á la Iran 1979 passierte.

Bessere Autoren und die Realität haben mich eingeholt

Nicht nur bessere Autoren haben mich inzwischen eingeholt, sondern auch in vielerlei Hinsicht die Realität. Vor zehn Jahren wurde ich noch von anderen Autoren und Publizisten als paranoid hingestellt. In der Regel waren das Zeitgenossen, die nicht ihr ganzes Berufsleben in muslimischen Communities verbracht hatten, so wie ich. Inzwischen aber wagt man sogar, meine Bedenken zu teilen: "Wir islamisieren uns schleichend", schreibt Rainer Haubrich in

der "Welt".
Inzwischen geschehen täglich Ungeheuerlichkeiten, für die meine blühende Phantasie einfach nicht ausgereicht hätte: Warum kam ich nicht auf die grandiose Idee, eine von allen guten Geistern verlassene Regierung könnte Millionen - Millionen! - von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis einladen, sich in Europa niederzulassen und ihre Großfamilien, nicht selten bestehend aus mehreren Ehefrauen und fünfzehn Kindern, mitzubringen?
Und daß von den Ehefrauen auch welche minderjährig und Verwandte ersten Grades sein könnten, was aber völlig in Ordnung ist, wie Ahmet Toprak auf "ZEIT ONLINE" bereits beschrieben hat ("Was für Kinderehen spricht"). Daß in der amerikanischen Teen-Vogue die Hirne verblödeter junger Frauen damit noch einige Grade weiter vernebelt werden könnten, weil sich man dort neuerdings nicht mehr über Lippenstifte, sondern über die Segnungen der Scharia ausschwurbelt.
Daß sich Tausende - Tausende! - von amerikanischen Frauen unter der Oberhoheit einer islamischen Populistin dazu hergeben würden, unter Bildern von mit den Stars-and-Stripes verschleierten Weibern gegen ihren Präsidenten zu demonstrieren? Ehrlich, das hat nicht mal Donald Trump verdient. Oder daß man Schülerinnen des Schiller-Gymnasiums in Bautzen bei einem Besuch im Asylbewerberheim allen Ernstes dazu auffordern würde, dort nicht in schulterfreien Tops und Miniröcken zu erscheinen? Schließlich seien sie dort ja "nur zu Gast".
Ich war in diesem Leben auch schon das eine oder andere Mal zu Gast, und daher kann ich unumwunden folgenden Sachverhalt feststellen:
Wenn ich als steuerzahlende Staatsbürgerin in ein staatlich finanziertes Asylbewerberheim gehe, dann bin ich dort nicht der Gast, sondern die Gastgeberin; diejenige, die Unterkunft, Kleidung, Ausbildung, Freizeitgestaltung, medizinische Versorgung und den Zahnersatz mitbezahlt. Das Grundgesetz garantiert mir, daß ich meinen eigenen Beruf und den Ehepartner wählen kann, daß ich ein Recht auf freie Ausübung meiner Sexualität und auf Unversehrtheit in der Öffentlichkeit habe und daß ich mich kleiden kann, wie es mir verdammt noch mal paßt. Das hat jeder zu akzeptieren, ohne Wenn und Aber, und wenn er oder sie hundertmal mein Gast ist.

Zum ersten Mal sehe ich mich auf der Rolltreppe um

Dabei spielt es möglicherweise schon bald keine Rolle mehr, welche Rechte das Grundgesetz den Frauen in diesem Land garantiert. Die Sicherheit für Frauen ist aus dem öffentlichen Raum verschwunden.
Keine Großveranstaltung mehr, wo nicht Hundertschaften von Polizisten notgeile und eventuell bewaffnete Männerhorden in Schach halten müssen, doppelt enthemmt durch Drogen, Alkohol und die Tatsache, daß die Familie, der Vater, der Onkel und der Imam Tausende von Kilometern weit weg sind und ihnen all das nicht verbieten können.
Es geschehen Tag für Tag für Tag sexuelle Gewaltverbrechen, angefangen bei Beleidigungen und Belästigungen, über Vergewaltigungen und Körperverletzungen bis hin zu Morden. Zum ersten Mal in meinem Leben sehe ich mich jedes Mal um, wenn ich auf der Rolltreppe stehe, wenn ich Treppen hinunter gehe, dicht an einer befahrenen Straße oder auf dem Bahnsteig stehe. Ich sehe mich um, ob eventuell jemand hinter mir steht, der vorhat, mich zu verletzen oder der meinen Totschlag billigend in Kauf nimmt. Und ich habe zum ersten Mal seit etwa zwanzig Jahren wieder richtig Angst vor sexuellen Übergriffen.
Wie gesagt, ich war lange in muslimischen Communities zuhause. Wenn Sie wissen wollen, was man dort über die dekadente westliche Zivilisation denkt, will ich es gern verraten: Die Männer sind schwanzlose, ehrlose Weicheier. Die Frauen sind alle Huren, jeder darf sie haben. Wenn, wie Behördenmitarbeiterinnen schon berichtet haben, Asylbewerber vor ihnen im Amtszimmer zu masturbieren beginnen, dann, weil sie davon ausgehen, daß das völlig in Ordnung ist und daß sie das auch dürfen. Deutsche Frauen wollen das so, daß hat Cousin Ali

schon vor einem halben Jahr nach Jalalabad durchgesimst.
Und die deutsche rückgratlose Ranschmeißerei an den Islam, das Einknicken vor Imamen und Religionsbehörden und das vorauseilende Schweinefleischverbot in Kindergärten sind für Muslime ein Witz. Sie lachen über unsere Schwäche, unsere Blödheit und unsere Naivität. Wir erfüllen jedes Vorurteil, daß sie über ungläubige Dhimmis wie uns haben.
Und glauben Sie mir, sie haben eine Menge davon. Falls Sie es noch nicht wußten: Dafür sorgt man schon in den Moscheen in der Heimat, und Propagandafilme, die im Nahen Osten produziert werden, prägen das Bild des verderbten Kontinents der moralisch verkommenen Ungläubigen. In jedem Staat der Welt, in dem ein steter Zuwachs des muslimischen Bevölkerungsanteils nachzuweisen ist, bis dieser die Mehrheit darstellt, herrscht früher oder später der Islam und die auf ihm fußende Gesetzgebung, die Scharia.
Das ist eine historische und demographische Tatsache. Wenn wir es vor lauter Toleranzbesoffenheit nicht mehr schaffen, uns auf unsere Werte zu besinnen und diese mit aller Stärke zu verteidigen, sind die Freiheit des Individuums, die Demokratie, die Aufklärung und der Säkularismus irgendwann nur noch eine Fußnote der europäischen Geschichte.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 28. Juni 2017: >>**Fünf vor Bürgerkrieg - Ist das jetzt Alltag?**
Eine langweilige Routinesituation für die Duisburger Polizei: "Guten Tag, Führerschein und Fahrzeugpapiere, bitte." Antwort des Verkehrsteilnehmers: "Nö." Polizei: "Och, bitte!" Antwort: "Noch mal nein!" Das Ende vom Lied? Sie ahnen es …
Aus einer einfachen Verkehrskontrolle wird ein Großeinsatz. Rund 50 Beamte müssen am vergangenen Sonntag wegen einer solchen Lappalie anrücken - und stehen plötzlich 250 Menschen, die Polizei nennt sie "Störer", gegenüber. Die sind mit der Verhaftung des 49-jährigen Mannes nicht so richtig einverstanden. Die Polizisten allerdings wollen das deutliche "Nein" des renitenten Falschparkers auch nur ungern hinnehmen und ringen ihn zu Boden, bevor sie ihn mitnehmen.
Diese Aktion gestaltet sich - wegen des 250-köpfigen Protestkomitees, zu dem auch der Sohn des Verdächtigen, Murat K., gehört - mehr als schwierig, aber die Beamten bleiben stur, wollen auch in dieser Lage partout nicht von der gefährlichen Rechtsdurchsetzung absehen. Unterschiedliche Versionen zum Tathergang kursieren, unstrittig ist, daß mehrere Personen versucht haben, die Beamten von der Verhaftung des Betroffenen abzuhalten, dann daraus ein Handgemenge entstand, woraufhin die Polizeibeamten Pfefferspray einsetzten.
Der Bericht auf *Focus Online* über den Vorgang trägt den Titel "250 Anwohner gegen 50 Beamte - harmlose Verkehrskontrolle eskaliert" und stimmt nachdenklich: Während ein Polizeisprecher erklärt, daß sich der Festgenommene gegenüber der Polizei "von Anfang an aggressiv" verhalten und ein weiterer 37-Jähriger die Arbeit der Polizei trotz mehrfacher Warnung behindert und die Szene mit seinem Handy gefilmt habe, sehen Zeugen das forsche Durchgreifen der Beamten äußerst kritisch. Der einzige Zeuge, den *Focus* zitieren wollte und der das ganze Geschubse und Gerangel beobachtet hat, ist zufällig ein Journalist namens Ali Osman Yayla. Den zitiert der *Focus* lang und breit als neutralen Beobachter. …
Das von Yayla gefilmte Video ist mittlerweile von der *Bild-Zeitung* veröffentlicht worden:
Laut Yayla habe es entgegen anderer Behauptungen keinerlei Veranlassung für das gewaltsame Einschreiten der Polizei gegeben: "Meiner Meinung nach hätte die Eskalation vermieden werden können, wenn die Polizei nicht so brutal gegen den Autofahrer vorgegangen wäre", so der Zeuge. Auf der Webseite *derwesten.de* wird die Schwester des Verhafteten mit folgender Bemerkung zitiert: "Der Polizist war böse. Er hat vollkommen übertrieben und unnötig mit dem Pfefferspray rumgesprüht." Ob das so stimmt? Was wäre gewesen, wenn der Mann einfach seine Papiere überreicht hätte, wie das in Deutschland Brauch ist, wenn einen der Schutzmann darum bittet? Ach, Papperlapapp! Die Polizei muß in dieser Zeit endlich das Ge-

bot der Stunde kapieren: Nett fragen, ja. Durchgreifen? Klares Nein.
Gegenüber der Staatsanwaltschaft hatte der 49-Jährige überdies angegeben, daß die Polizei ihm bei der Verhaftung mehrfach gegen den Kopf getreten habe - was allerdings auf den Videos einer ganz in der Nähe befindlichen Überwachungskamera nicht zu sehen sein soll.
Das Klagelied des Verhafteten in Verbindung mit der Aussage des Herrn Yayla zeigt jedenfalls Wirkung. Nun soll doch tatsächlich die Polizei vor den Kadi, wegen "übermäßiger Gewaltanwendung". Wie man hört, sollen rund 250 Zeugen bereitstehen, um ihre Aussage gegen die Beamten zu machen. Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat bereits ein Verfahren gegen die betroffenen Beamten wegen Körperverletzung eingeleitet.
Wir merken uns also für die Zukunft: In Deutschland dürfen Recht und Gesetz nicht mehr unterschiedslos durchgesetzt werden. Der Schutzmann darf den Schwarzparker beziehungsweise den Schwarzfahrer freundlich ansprechen, ihn um die Papiere oder das Ticket bitten, muß ein deutliches Nein eines Verdächtigen dann aber als Antwort hinnehmen.
Der Rechtsstaat basiert also ab sofort auf Freiwilligkeit. Ist die nicht gegeben, hat der Polizist halt Pech. Anfassen geht gar nicht und die gewaltsame Durchsetzung von Regeln ist nur noch dann akzeptabel, wenn es sich bei den Betroffenen um Bio-Deutsche handelt, von denen keinerlei Widerstand und auch keine Anzeige wegen Rassismus zu erwarten ist. Korrekt?
Die logische Folge wird sein, daß es unsere "Bullen" - aus Angst vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen - in Zukunft einfach ganz bleiben lassen. Pech fürs Dorf, wie der Volksmund sagt.
Ein ganz ähnlich gelagerter Fall von antideutscher Schnullipulli-Rechtsbeugung ereignete sich übrigens gestern in der Münchner S-Bahn. Auch hier sahen sich die Fahrkartenkontrolleure gezwungen, einen Schwarzfahrer - unpassenderweise ein Mann mit dunkler Hautfarbe - aus dem Zugabteil zu entfernen. Da dies - aus nicht näher bekannten Gründen - nur mit erheblichem Kraftaufwand möglich war, wurde die Szene etwas unschön.
Zum Glück war auch hier eine Journalistin der *Huffington Post* zugegen (Natalija Miletic), die die ganze Situation filmte und danach ebenfalls von unnötiger und brutaler Gewaltanwendung durch das Bahn-Personal berichten konnte. Auf *Facebook* schreibt sie dazu: … Rassismus! Rassismus! Rassismus!
Auch die Herren vom Sicherheitsdienst werden sich - wie im oben genannten Fall - bald vor Gericht verantworten und erklären müssen, warum sie überhaupt an diesem Tag ihrer Arbeit nachgehen wollten und ob sie den Mann nicht einfach - ob seiner mißlichen Lage - hätten laufen lassen können. Der Vorwurf lautet auf schwere Körperverletzung, wie erneut der *Focus* berichtet. In dem Bericht des Online-Magazins heißt es außerdem: "Im Netz machten daraufhin unter anderem Rassismusvorwürfe gegen den Sicherheitsdienst die Runde." Was zu erwarten war. ...
Womöglich stehen überhaupt große Umschulungen bei Polizei und Sicherheitsdiensten an. Einen möglichen Titel für die Sensibilisierungskurse hat Heiko Maas ja bereits vor einiger Zeit - nur in etwas anderem Zusammenhang - vorgegeben: Nein heißt Nein!
Was Ihnen COMPACT zum Fall in Duisburg nicht vorenthalten will, ist ein kurzes Stimmungsbild aus den Leser-Kommentaren. In den Kommentarspalten geht es nämlich derzeit hoch her. **Hier die besten (weil repräsentativsten) zum Fall von Duisburg:**
- Wie demotivierend für die Polizei … Weiter so, kann ich da nur sagen … irgendwann hat der Mob der Straße die Oberhand. Die Beamten können einem nur Leid tun.
Genau so muß es passieren. Die beteiligten Polizisten identifizieren und hart bestrafen. Wie können die es wagen, einfach so eine Verkehrskontrolle durchzuführen, wenn der zu Kontrollierende dazu gerade keine Lust hat. Außerdem haben doch 250 weitere Personen unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß man hier keine Polizei und schon gar keine Kontrollen oder Gesetze Deutschlands haben möchte (Ironie off) Ich glaube, es hackt. Justiz und Politik sollen sich gefälligst endlich hinter unsere ausführenden Organe stellen. Mir geht diese lasche

Umgangsform gegen sich gegen unsere Gesetze stellenden Migrationsbürger, die meinen, sich hier alles herausnehmen zu können, gewaltig auf die Nerven. …
Liebe Polizisten: Haltet durch. Ewig geht es bei Politik und Justiz so nicht weiter. Die deutschen Bürger brauchen Euch!
- Weigerung, sich auszuweisen, wüste Beschimpfungen und Provokationen des "Falschparkers" - und der Staatsanwalt ermittelt gegen die Polizei - warum steht der Staat nicht hinter seinen Beamten, bei Aussage gegen Aussage ohne Beweise steht man doch hinter den Gesetzeshütern und nicht hinter Gesetzesbrechern?
- Ich weiß, wir leben nicht in den USA oder Kanada. Da wird nicht lange gefackelt in solchen Situationen. Aber hier steht ja jeder Polizeibeamte/in bei jedem Einsatz mit einem Bein im Gefängnis. Haben wir schön den Linken und Grünen zu verdanken.
- Jeden Polizeibeamten kann man nur noch bedauern. Tagtäglich müssen die Beamten den Kopf für eine absolut verfehlte Politik hinhalten. Zum Dank werden sie noch strafrechtlich verfolgt, wenn sie mal etwas härter vorgehen müssen, um bestehende Gesetze durchzusetzen. Weshalb hat sich denn der kontrollierte Mann eigentlich nicht ausweisen wollen? Wird die Staatsanwaltschaft in diese Richtung auch aktiv, oder fällt das unter geringfügiges Delikt?
- Es gab eine Zeit, da reichte ein Schutzmann, hundert Randalierer zur Ordnung zu rufen. Der Respekt ist lange verfallen. Nun soll die Polizei das Land stabilisieren, das die Politik mutwillig zerstört hat. 250 gegen 50 ist das neue Verhältnis von Anarchisten gegenüber der Ordnung. Die nicht akzeptierte Ordnung wird aggressiv attackiert und schlägt dann doppelt aggressiv zurück. Man soll ja die Hoheit behalten über den sozialen Konflikt. Die bürgerliche Gesellschaft endet im neuen sozialen Chaos der Buntheit von Staatsgegnern, die bis in die Politik reicht. Ich wundere mich über den Idealismus der jungen Polizisten. Ich hätte lange aufgegeben: Ihr wollt Chaos: dann lebt mit dem Chaos.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Juni 2017: >>**Kein Respekt**
Wie der Islam freie Gesellschaften unterwandert
Ein erstaunliches Buch einer Muslimin, die 1981 als Siebenjährige mit ihren Eltern aus Skopje/Mazedonien kam, sich hier integrierte, alle Freiheiten unserer Rechtsordnung zu nutzen lernte, sich zum Urfeminismus bekannte und nun gegen ihre Glaubensschwestern nicht nur zu Felde zieht, sondern sie als "Gefahr" bezeichnet. Der Titel "Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen" weckt Neugier und hält, was er verspricht, wenn auch manches etwas übertrieben idealistisch klingt.
Unter einem "Hidschab" total verschleierte Musliminnen bezeichnet sie provokativ als "gesichtslose Stoffsäcke". Das Buch ist übersichtlich gegliedert und beginnt mit "Lektionen in gelebtem Islam". Hier schildert die Autorin familiäre Probleme, wie sie sich vom Islam emanzipierte, vor ihrer Mutter in ein "Frauenhaus" flüchtete und sich der CDU anschloß.
Im Kapitel "Die muslimische Frau - immer nur ein Opfer?" bezeichnet sie diese als "Täterinnen", denn diese erziehen die Kinder: "Mütter erziehen die Jungs zu Prinzen und Machos, die Mädchen zu ergebenen Dienerinnen der Männer. Die Frauen sind die größten Unterdrücker der Töchter. Die Hand einer muslimischen Mutter fliegt schnell!" Während die Mädchen zur Keuschheit verdammt seien, dürften die Jungen ihre Triebe ausleben. "Nichtmuslimische Frauen sind Freiwild."
Dann wirft die Autorin einen Blick "Zurück in die Vergangenheit". "Wo immer der Islam Gesetz wird, wo immer der politische Islam die Macht ergreift, hält die Verhüllung der Frauen Einzug." Das war in Kairo so, in Bagdad, in Kabul, in Teheran. "Jüngstes Beispiel eines solchen Backlashs ist die Türkei." Hier erlebten wir direkt, wie eine ehemals säkulare Gesellschaft Schritt für Schritt konsequent islamisiert wird: "Kopftuch und Vollverschleierung sind die Leichentücher der freien Gesellschaft." Die Islamisierung übertrage sich auf europäische

Großstädte wie Den Haag, London, Madrid, Paris oder Berlin.
"Wir haben den Kampf gegen den Hidschab schon fast verloren. Weil wir als Gesellschaft so tolerant sind." Noch konkreter: "Verschleierung bedeutet Islamismus, Salafismus, Fundamentalismus, Scharia und Dschihadismus. Sie bedeutet Geschlechter-Apartheid und Demokratiefeindlichkeit. Wieso das die deutschen liberalen Kulturrelativisten nicht sehen wollen, ist mir schleierhaft."
Nach dem Kapitel "Falsche Feministinnen" widmet Ramadani sich der "Gewalttätigen Religion" und beschreibt "den Glauben als Grundlage für den islamistischen Terror". Ihre Meinung: "Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." In einem historischen Rückblick erörtert sie die Frage, woher Rückständigkeit und Gewaltneigung bei Muslimen kommen. Nur das Aleventum könne "ein friedlicher EU-Islam" sein. Erörtert wird auch das Problem, wie das "Scharia-Recht" langsam das "deutsche Rechtswesen" unterwandert, "Parallelgesellschaften" wie "Paralleljustizen" entstehen. Der Islam vertrete die Einstellung: "Ungläubigen schuldet kein Muslim Respekt" und "Deutsche Männer sind Weicheier".
Interessant ist auch der Blick auf die "Tabus der Muslimfunktionäre", die "nicht nach den Fehlern ihrer Glaubensbrüder" stöberten, eher die Radikalisierung aktiv förderten. Das letzte Kapitel heißt "Aus Fehlern lernen". Die Autorin fordert die Politik auf, Alternativen anzubieten. "Wir müssen den Willigen helfen, sich aus ihrer Unmündigkeit zu befreien - und die Unwilligen des Landes verweisen."
Ihr Fazit: "Einen diesen Staat und diese Gesellschaft ablehnenden, radikalen, vorgestrigen, unmodernen Islam brauchen wir nicht. Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." Als Vorbild propagiert sie Kanada und fordert, die "Deutsche Islam Konferenz" aufzulösen, für gescheitert zu erklären. Um "die radikalislamischen Einflüsterer und Haßprediger in den hiesigen Moscheen kontrollieren zu können, müssen wir per Gesetz festlegen, daß dort in deutscher Sprache gepredigt wird".
Zana Ramadani: *"Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen", Europaverlag, Berlin 2017, … 262 Seiten …*<<
Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 7. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Jeder Migrant ein Flüchtling?**
In der Zeit des Nationalsozialismus flohen viele Regimegegner und Juden aus Deutschland. Oft hatten sie Probleme, in sicheren Ländern Aufnahme zu finden. Aus diesem guten Grund heißt es im Grundgesetz: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht".
Asylrecht bedeutet in der ganzen Welt, daß ein Staat Verfolgten nach seinen Regeln Aufnahme gewähren kann, aber nicht, daß jeder, der behauptet, verfolgt zu sein, ins Land kommen darf und dort versorgt wird. Flüchtlingsschutz bedeutet, daß jeder, der im Nachbarland Opfer von Krieg oder Naturkatastrophen wird, befristet aufgenommen wird, aber nicht, daß man sich weltweit ein Land aussuchen kann, in dem man Zugang zu den Sozialsystemen erhält.
Die deutsche Abweichung von diesem globalen Standard hat seit 2015 zur Einwanderung von etwa 1,5 Millionen Menschen in den deutschen Sozialstaat geführt. Allein 2017 betragen die Kosten dafür über 50 Milliarden Euro. Aussicht auf Integration in Arbeitsmarkt und soziales Leben gibt es nur für wenige. Wegen eines falschen Verständnisses von Humanität und Asylrecht schafft sich unser Land ab. Wir müssen einsehen: nicht jeder Migrant ist ein Flüchtling und verdient Schutz.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Juli 2017: >>**Der große Einwanderungsbetrug**
Merkel und Co. reden kurz vor den Wahlen über vermehrte Abschiebung und den Kampf gegen kriminelle Asylbewerber. Warum? Sie wollen der Bevölkerung mal wieder weismachen, die Regierung hätte alles im Griff. Doch jüngste Zahlen zeigen klipp und klar: Merkel und Co. betrügen dreist weiter!

Vollmundige Ankündigungen sind bei unseren Politikern gang und gäbe, wenn es um die Flüchtlingspolitik geht:
- Bundeskanzlerin Merkel forderte Ende letzten Jahres eine "nationale Kraftanstrengung", um abgewiesene Asylbewerber schnell zurückzubringen.
- Innenminister Marco Minnitti (Italien) erklärte ebenso wortreich anfangs dieses Jahres: "Wir werden Abschiebungen systematisch steigern und damit eine klare Botschaft an alle senden, die nach Europa wollen."
- Ministerpräsident Stefan Löfven (Schweden) versprach, "die Möglichkeiten zu verbessern, Abschiebungen durchzusetzen."
Die Beteuerungen sind verständlich. Denn gut die Hälfte der in der Zeit der offenen Grenzen nach Europa geströmten Migranten werden voraussichtlich nicht als Flüchtlinge anerkannt, schreibt ›Die Welt‹ am 20. Juni und fährt fort: "Doch das ist ein großer Selbstbetrug."

Immer weniger Abschiebungen trotz immer mehr Ausreisepflichtigen

Diesen "Selbstbetrug" hat nun die Europäische Stabilitätsinitiative (ESI) nachgewiesen. Ihre Zahlen zeigen den ganzen Betrug:
- Italien: 2014 wurden 3.495 abgewiesene Asylbewerber in ihre Herkunftsländer zurückgebracht. 2015 waren es nur noch 2.760. Und 2016 3.670. So viel zur "klaren Botschaft", die der italienische Innenminister angekündigt hatte.
- Schweden: 2014 wurden 1.285 abgewiesene Asylbewerber zurückgebracht, 2016 waren es mit 1.765 etwas mehr, "obwohl sich in der gleichen Zeit die Anzahl der Ausreisepflichtigen dramatisch erhöhte", schreibt 'Die Welt'.
- Deutschland: Das Gleiche gilt für unser Land: 2014 wurden 6.105 abgewiesene Asylbewerber zurückgebracht. 2015 dann nur noch 5.303 Rückschaffungen. 2016 dann wieder etwas mehr: 7.541, obwohl sie im gleichen Zeitraum um ein Drittel gestiegen waren. Abschiebungen gelingen eigentlich nur in Balkanstaaten. Von den 25.375 im Jahr 2016 aus Deutschland Abgeschobenen wurden lediglich 7.541 in Nicht-Balkanländer gebracht.
"EU-Länder sind überhaupt nicht in der Lage, eine große Anzahl von Leuten ohne Aufenthaltsrechte in ihre Herkunftsländer zurückzubringen", erklärt die ESI ohne Wenn und Aber und verbannt damit die vollmundigen Ankündigen von Merkel & Co. ins Reich der Volksverdummung.

Die Zukunft sieht noch schlechter aus!

Ist Besserung in Sicht? Denkste! Im Gegenteil: Die Asylbewerber, über deren Verfahren in diesem sowie in den nächsten Jahren entschieden wird, stammen viel weniger aus den kooperationswilligen Balkanstaaten, bei denen Rückführungen gut funktionieren, sondern großmehrheitlich aus afrikanischen und asiatischen Ländern, die bei Abschiebungen überhaupt nicht kooperieren.
Ein Beispiel gefällig? Nigeria ist das Land, aus dem im Augenblick die meisten Menschen nach Europa strömen. 521 Nigerianer wurden im vergangenen Jahr als Flüchtlinge anerkannt. 4.198 erhielten einen temporären Schutzstatus. 13.823 Asylanträge wurden abgelehnt. Abgeschoben wurden im gleichen Jahr aber nur 120 Nigerianer, berichtet ›Die Welt‹ weiter. Mit anderen Worten: Wer es aus Nigeria nach Europa schafft, kann de facto hierbleiben - auch wenn er Europa verlassen müßte. …<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 19. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Die NGO-Schlepper!**

In Afrika und dem Nahen Osten sind etwa 65 % der Bevölkerung jünger als 30 Jahre. Sie hungern nicht, haben aber kaum Aussicht auf Wohlstand und Status. In Deutschland lebt die zweitälteste Bevölkerung der Welt in hohem Wohlstand.
Sollen der Wohlstand und der mit ihm zusammenhängende Frieden erhalten werden, muß die Einwanderung der jungen, nach Wohlstand und Status gierenden Männer aus Afrika und dem

Nahen Osten verhindert werden.
Das genaue Gegenteil passiert: Europäische Marineschiffe und staatlich unterstützte Nichtregierungsorganisationen greifen die illegalen Migranten unmittelbar vor der afrikanischen Küste auf und schleppen sie nach Italien. Einmal in der EU, schlagen sie sich im deutschen Sozialstaat durch, wenn sie nicht gleich direkt per Flugzeug dahin "verteilt" werden. Wer einmal da ist, bleibt: die Anerkennungsquote von Nigerianern liegt, als Beispiel, bei 3 %, die Abschiebequote der 97 % Abgewiesenen ebenso.
Wie es anders geht, zeigt Australien. Wen die australische Küstenwache aufgreift, rettet sie - und bringt ihn anschließend in Camps außerhalb Australiens. Niemand, der versucht, illegal nach Australien zu kommen, wird als Asylant oder Flüchtling anerkannt: No way! Das Ergebnis: es gibt keine illegale Einwanderung mehr über das Meer. Und in Europa? Da rechnet man für dieses Jahr mit bis zu 400.000 Migranten aus Afrika. Damit wäre die Katastrophe vom Herbst 2015 zurück. Aus demselben Grund wie damals: weil die Politiker die Grenzen öffnen, statt sie zu schützen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Juli 2017: >>**Muslime frohlocken: Kommt jetzt die Vielweiberei?**
Rasch noch vor den Sommerferien von Mutti Merkel aus wahltaktischen Gründen im Schnellverfahren durchgewinkt, schlägt die Einführung der "Ehe für alle" auch im Ausland hohe Wellen. Giuseppe Garcia, Medienbeauftragter des Bistums Chur (Schweiz), spricht im eidgenössischen 'BLICK' Klartext.
"Ehe für alle ist Ehe für keinen", erklärt Garcia in einem Gastbeitrag des Schweizer ›BLICK‹ und wirft dem deutschen Staat absolute Beliebigkeit vor. Und er geht noch einen Schritt weiter:
Wenn der Staat die Ehe zwischen Männern und Männern, Frauen und Frauen sowie zwischen allen anderen von linker Seite postulierten Sexualformen anerkennt, welche Argumente will er dann gegen die Vielehe, die Ehe von einem Mann und vielen Frauen anbringen?
"Wenn es tatsächlich so ist, daß in Zukunft ›Ehe für alle‹ gilt, dann auch für drei Männer und drei Frauen. Auch sehr behaarte Männer mit der Befähigung, mehrere Ehefrauen zu pflegen und mit ihnen diverse Kinder zu zeugen, dürfen nicht länger diskriminiert werden. Und es darf ihnen, sollte die eine oder andere Gemahlin noch im Ausland verweilen, der Familiennachzug nicht verwehrt werden", erklärt Garcia weiter.
Es stellt sich damit die Frage, ob die "Ehe für alle" nicht ein weiterer Schritt nicht nur in Richtung Auflösung der traditionellen Familie, sondern auch ein weiterer Schritt in Richtung Islamisierung unseres Landes ist. Aus gut unterrichteten Quellen ist jedenfalls bekannt, daß islamische Kreise in Deutschland die "Ehe für alle" begrüßen, weil sie ein weiterer Schritt in Richtung Anerkennung der Vielweiberei und der Scharia ist.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 26. Juli 2017: >>**Unqualifiziert und radikal!**
Horch, was kommt denn von draußen rein?
Noch nie kamen so viele Zuwanderer nach Deutschland wie im Jahr 2015 und 2016. Woher kommen sie? Was wollen sie? Und wer muß sich wem anpassen?
"Horch, was kommt denn von draußen rein? Hollahi, hollaho! Wird wohl mein feins Liebchen sein…", heißt es in einem alten Volkslied. Der vor kurzem erschienene Migrationsbericht des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) zeigt jedoch, daß es sich bei den eingereisten Asylsuchenden nicht um ein "feins Liebchen" handelt!
Im Gegenteil:
Zwar erklärt das BAMF, daß 2015 offiziell (die Dunkelziffer ist weit größer) "nur" 890.000 Flüchtlinge eingereist sind.
Insgesamt wurden 2015 in Deutschland jedoch 2,14 Millionen Zuzüge registriert. Die wichtig-

sten Herkunftsländer dabei: Syrien und Rumänien.
Diese enormen Zahlen verändern unser Land. Das ist im Alltag immer deutlicher spürbar. Und da 85 Prozent der Asylbewerber in Deutschland bleiben möchten und 80 Prozent sich sogar die deutsche Staatsangehörigkeit wünschen, muß die Frage erlaubt sein: Wen lassen wir hier ins Land - und was kommt dann? Und vor allem: Wer und wie viel Hunderttausende und Millionen werden durch den damit möglichen Familiennachzug nochmals nach Deutschland einreisen?

Jung und ungebildet

Laut BAMF sind 62 Prozent der Asylbewerber beruflich nicht qualifiziert, ein Viertel hat sogar gar keine oder nur eine Schulbildung von weniger als vier Jahren. Besonders bei Flüchtlingen aus dem Irak und Syrien sind die Qualifikationen sogar noch schlechter. Dabei sind sie normalerweise männlich und jünger als 35 Jahre. 25,4 Prozent haben nur schlechte oder gar keine Deutschkenntnisse.
Diese Zahlen lassen wenig Hoffnung auf eine erfolgreiche Zukunft bei uns zu. Und was macht das mit dem "Einwanderungsland Deutschland"?

Deutschlands Zukunft

Die genannten Zahlen stammen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie von Universitäten. Man muß dort also wissen, was Angela Merkels Politik für unser Land bedeutet und wohin dieser Weg führt.
Wenn wir diese Politik nicht schnell korrigieren, steht uns eine düstere Zukunft bevor. Wir müssen heute handeln, um Deutschlands Zukunft zu sichern!

Integration und Religion

Für Migranten läßt sich allgemein zeigen, daß sich sozial schwache Schichten auch nach Generationen noch viel stärker der Heimatkultur zugehörig fühlen.
Wenn man wissen möchte, was uns in den nächsten Jahren blüht, lohnt sich ein Blick auf die Türken in Deutschland. Sie leben oft seit Generationen hier und gelten als strahlendes Beispiel für Integration. Doch ein Blick auf die Zahlen zeigt die Wirklichkeit.
So stimmen 57 Prozent der befragten Türken der ersten Generation in Deutschland der Aussage "Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe" zu. 25 Prozent rechtfertigen sogar Gewalt im Namen des Islam. Und die zweite und dritte Generation schätzen sich sogar als noch religiöser ein als ihre Eltern. Sie gelten zwar als besser integriert, legen aber deutlich weniger Wert auf eine Anpassung an die deutsche Kultur.

Türken in Deutschland …

67 % aller Türkeistämmigen sehen sich als sehr religiös.
73 % aller Türkeistämmigen wollen, daß Bücher und Filme, die Religionen angreifen und die Gefühle tief religiöser Menschen verletzen, verboten werden.
76 % aller Türkeistämmigen finden, daß eine Bedingung für gute Integration ist, wenn man selbstbewußt zu seiner eigenen Kultur bzw. Herkunft steht.

Saudi-Arabien finanziert deutsche Salafistenszene

Laut Verfassungsschutz unterstützen mehrere religiöse Organisationen aus Saudi-Arabien, Kuwait und Katar die deutsche Salafistenszene. Ziel ist die Verbreitung des fundamentalistischen Islams. Daß Salafisten Gewalt nicht abgeneigt sind, ist jedem bekannt. Mit der ungestraften Finanzierung von radikalen Predigern und Moscheen, die Ausgangspunkt und Kontaktzentren für Terroristen sind, wird die Sicherheit der deutschen Bevölkerung riskiert. Wieso unternimmt die Bundesregierung nichts gegen diese Finanzierung aus Saudi-Arabien? Sind für Frau Merkel und Co. die Wirtschaftsinteressen wichtiger als die Sicherheit der eigenen Bevölkerung?<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>**Milliardenge-**

schäft Asylindustrie

Die Asyl-Masseneinwanderung ist ein Milliardengeschäft.

Für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Asyl-Immigranten sind allein im Bundeshaushalt 21,6 Milliarden Euro für 2016 und 21,3 Milliarden im laufenden Jahr veranschlagt. Die Länder planen mit zusammengenommen 19,8 Milliarden Euro für 2016 und 15,6 Milliarden für 2017.

Abzüglich der Ausgleichszahlungen des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen ergibt sich die stolze Summe von 62,2 Milliarden Euro für zwei Jahre.

Die kumulierten Kosten werden für das nächste Jahrzehnt von einigen Wirtschaftsinstituten auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Die tatsächlichen Asylkosten liegen noch höher. Die Ausgaben der Kommunen werden von den Ländern nicht vollständig übernommen. Rund 700.000 Asyl-Immigranten sind nach Abschluß ihrer Verfahren bereits im Hartz-IV-System gelandet; Hunderttausende werden noch folgen. Der Familiennachzug wird die Zahl der Transferempfänger zusätzlich hochtreiben. Folgekosten wie höherer Aufwand für Polizei, Justiz, Infrastruktur, Wohnungsbau und Verwaltung sind in der Rechnung noch gar nicht enthalten.

Die direkten Zahlungen an Asylbewerber sind nur ein kleiner Teil dieser Ausgaben. Der Löwenanteil geht an ein Netzwerk von Asylprofiteuren: Unterkunftsbetreiber, Sozialdienste, Betreuer, Caterer, Sicherheitspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Bauunternehmen, Handwerker, Lieferanten von Material und Einrichtung usw.

Das Geld, das den Bürgern dafür entzogen wird, fehlt an anderer Stelle.

Von einem "Konjunktureffekt" kann also keine Rede sein. Vielerorts landen teuer angeschaffte Betten und anderes Inventar bereits wieder auf dem Müll.

Besonders lukrativ ist das Geschäft mit "unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen" (UMF): Zwischen 3.000 und 5.000 Euro monatlich kostet jeder Einzelne Städte und Kommunen - auch wenn er sich wegen der besseren Bleibeperspektive nur so ausgibt. Das sind bis zu 60.000 Euro jährlich, ein Vielfaches der Leistungen für einen Hartz-IV-Empfänger. Für 2016 schätzt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) die Gesamtausgaben allein für UMF auf 2,7 Milliarden Euro.

Das Netzwerk

Die großen Wohlfahrtsverbände - DRK, Caritas, Diakonie, AWO - sind zugleich Lobbyisten in eigener Sache: Über ihre politischen Beziehungen - ein Drittel aller Mitglieder des Bundestags hatte 2012 zugleich eine Leitungsfunktion bei Diakonie oder Caritas - und mit Öffentlichkeitskampagnen "gegen Rassismus" üben sie Druck auf Politik und Gesellschaft aus, damit ihre lukrative Klientel weiter wächst und nicht durch Abschiebungen oder restriktivere Asylpolitik kleiner wird.

Caritas und Diakonie sind der weltweit größte private Arbeitgeberverbund mit 1,5 Millionen Beschäftigten und 45 Milliarden Euro Jahresumsatz. Als Hauptprofiteure der Asylkrise haben sie ihre Position noch weiter ausgebaut. Weit über 90 Prozent ihres Budgets sind staatliche Mittel oder kommen aus den Sozialversicherungen, nur etwa fünf Prozent aus der Kirchensteuer, der Rest aus Spenden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>**Die NGO-Schlepper**

Eine "Situation wie 2015" solle sich nicht wiederholen, versprechen Bundeskanzlerin Angela Merkel und die CDU in ihrem Bundestags-Wahlprogramm. In der Tat: Statt in endlosen Kolonnen über die "Balkanroute" kommen die illegalen Einwanderer jetzt, gut verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit, auf dem Seeweg über das Mittelmeer. Rund hunderttausend sind in diesem Jahr schon in Italien angekommen, Millionen sitzen in Nordafrika bereits auf gepackten Koffern.

Sogenannte "Nichtregierungsorganisationen" (NGOs) haben daran entscheidenden Anteil:
Rund 40 Prozent der Migranten sind auf ihren Schiffen in italienische Häfen gebracht worden.
Unter dem humanitären Vorwand der "Rettung" Schiffbrüchiger hat sich eine gut geölte Migrations-Maschinerie etabliert, bei der kriminelle Banden im gesetzlosen Libyen und professionell ausgerüstete Moral-Unternehmen Hand in Hand arbeiten.
Reihenweise werden illegale Einwanderer in Libyen von lokalen Schleusern auf einfache Schlauchboote gepfercht und ein paar Kilometer auf See an den Rand der libyschen Hoheitsgewässer verfrachtet, wo sie von den humanitären Schleusern übernommen und in abgeschirmten italienischen Häfen auf EU-Gebiet gebracht werden. Von dort verteilen die italienischen Behörden sie in abgeschiedene Übergangslager, wo sie nur darauf warten, ins gelobte Merkel-Land weiterzuziehen.

Fährverkehr mit "Wassertaxis"

Ein regelrechter Fährverkehr: Die NGO-Flotte hat sich seit 2014 vervielfacht und operiert nicht mehr vor der italienischen, sondern direkt vor der libyschen Küste. "Wie Taxis" würden die "Retter" von den durch ihre Schleuser gut instruierten Migranten gerufen, berichtet die EU-Grenzschutzagentur "Frontex" und spricht von "möglicher Komplizenschaft".
Das ist noch zurückhaltend formuliert. Faktisch besorgen die vermeintlichen "Retter" das Geschäft der organisierten Schlepperbanden. Die Abholung der menschlichen Fracht vor der libyschen Haustür reduziert ihren Aufwand enorm und macht das Geschäft noch profitabler. Die NGO-Schiffe unterlaufen zudem alle Bemühungen der libyschen Küstenwache, aufgegriffene Migranten zurück ans Festland zu bringen.
Mitunter liefern sie sich mit dem Küstenschutz regelrechte Wettfahrten, um den Illegalen ihr Ticket nach Europa zu sichern. Die deutsche Organisation "Sea-Watch" setzt sogar ein - von der Evangelischen Kirche gesponsertes - Suchflugzeug ein und entwickelt eine Smartphone-App für noch bessere Vernetzung.
Mit der "Rettungsgarantie" - außer den NGOs ist ja auch noch die europäische Mission "Sophia" und die italienische Marine da - können die Kriminellen zudem noch mehr Migrationswillige anlocken, ihr Glück zu versuchen. Die Toten, die im Mittelmeer ertrunken sind, weil sie doch nicht rechtzeitig aufgegriffen wurden - fast 2.400 allein in diesem Jahr - gehen auch auf das Konto derer, die sie anlocken.
Und das sind nicht nur die angeblichen "Retter", die ganz offen erklären, daß es ihnen in Wahrheit darum geht, unbegrenzte Einwanderung zu ermöglichen.
Sondern auch die Politik von Bundeskanzlerin und Bundesregierung, die von einer Begrenzung der Asyleinwanderung nichts wissen will, mit großzügigen Sozialleistungen lockt und kaum einen abgelehnten Asylbewerber je zurückschickt.

… und die verantwortlichen Politiker schauen zu

Die EU und die europäischen Regierungen spielen ein doppeltes Spiel: Sie geben vor, gegen Schlepper und Schleuser zu kämpfen, aber EU-Marineeinheiten, die schiffbrüchige Migranten aufnehmen, schaffen diese ebenfalls auf EU-Gebiet. Immerhin sind sie angewiesen, die Schlepperboote zu zerstören - aber die sind leicht ersetzbar.
Gegen die NGO-Schiffe, die mit den Schleusern kooperieren und ihnen ihre Boote sogar zurückbringen, schreitet bislang aber keine europäische Regierung ein. Von EU-Seite werden die selbst ernannten "Retter", die ihre Aktivitäten noch laufend ausweiten, sogar ausdrücklich gelobt. Der Beschluß, die Lieferung von Schlauchbooten und Bootsmotoren nach Libyen zu verbieten, ist ein Witz - typische EU-Symbolpolitik zur Einlullung der Bevölkerung.
Doch die Lage spitzt sich zu. In Italien sind die Lager voll, an die hunderttausend Illegale drängen sich dort. In der Bevölkerung wächst der Unmut und setzt die Regierung unter Druck. Sie droht, die Häfen zu schließen, die Illegalen mit Visa auszustatten und nach Deutschland weiterzuschicken. Österreich will gegen die absehbare neue Migrationswelle seine Grenze

nach Italien militärisch sichern.
Italien will eine Verteilung der Illegalen auf die übrigen EU-Staaten erzwingen. Die Kanzlerin hat schon Zusagen gemacht, SPD-Kanzlerkandidat Schulz findet das sowieso gut. Beide wollen die osteuropäischen Staaten, die sich weigern, Migranten aufzunehmen, die sie nicht eingeladen haben, über die EU zum Mitmachen zwingen. Die Spaltung Europas vertieft sich.
Die Alternative: Die Mittelmeerroute schließen
Von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kommen, wie von seinem österreichischen Amtskollegen, zwar kritische Worte zu den NGOs, aber keine Taten. Die italienische Justiz ermittelt gegen mehrere Organisationen, denen sie vorwirft, sich sogar von den libyschen Kriminellen bezahlen zu lassen. Die deutsche Justiz läßt sie im Stich. Dabei sind deutsche Organisationen unter den humanitären Schleusern am stärksten vertreten, ihre Schiffe - derzeit sechs - sind das größte Kontingent.
Um die Fortsetzung der Asylkrise zu vermeiden, müssen die Seewege für illegale Migration geschlossen und aufgegriffene Illegale ausnahmslos zurückgeschickt werden.
Wenn Australien das auf dem weiten Pazifik schafft, sollte die EU auf dem überschaubaren Mittelmeer das auch können.
Weil kein Migrant die Passage nach Australien mehr wagt, ist in diesem Jahr auch kein einziger ertrunken.
In Österreich wird diese Lösung offen diskutiert. In Deutschland tritt dafür nur die AfD ein. Wer den Wahnsinn und das Sterben auf dem Mittelmeer beenden will, hat bei der Wahl im September eine Alternative.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>**Afghane darf bleiben - "sonst bringe ich Deutsche um"!**
Asylbewerber, die nicht zurück nach Afghanistan wollen, sondern es vorziehen, in Absurdistan zu bleiben, sollten sich diesen Zauberspruch merken: "In einem Monat bin ich wieder da. Und dann bringe ich Deutsche um!"
So drohte der Afghane Asef N. vor zwei Monaten in Nürnberg, als ihn Polizisten in Abschiebehaft nahmen. Für Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) war die Sache klar: Wer sich so äußere, habe jegliche Aussicht auf Duldung verspielt.
Nicht in Absurdistan!
Offensichtlich weil Asef N. Deutsche umbringen wollte, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einem neuen Asylverfahren zugestimmt. Damit ist eine Abschiebung von Asef N. auf Sankt Nimmerlein vertagt.
Der Fall des Afghanen hatte bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Asef N. war (und ist) illegal im Land. Polizisten holten den 21-Jährigen aus einer Nürnberger Schule, um ihn der Abschiebung zuzuführen. Vor der Schule rotteten sich linke Chaoten und Mitschüler zusammen und versuchten, die Abschiebung mit Gewalt zu verhindern. Die Polizei setzte Hunde ein.
In der Asylindustrie fand Asef N. einen findigen Advokaten.
Der schaffte es, daß der Fall neu aufgerollt werden muß. Die absurde Begründung für das neue Asylverfahren: Durch die Berichte in den Medien habe der Afghane einen höheren Bekanntheitsgrad erlangt. Dieser setze ihn der Gefahr aus, in seinem Heimatland durch radikale Islamisten verfolgt zu werden.
Ein Freibrief geradezu für Asylbewerber und ihre Unterstützer, durch öffentlichkeitswirksame Randale den Bekanntheitsgrad in die Höhe zu treiben, um der Abschiebung zu entgehen!
Wo bitte genau gehts nach Absurdistan?
Folgen Sie der Ausschilderung nach Nürnberg, alte Südkaserne. Das ist der Sitz des BAMF.<<
Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 2. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Merkel kam, sah und säuselte:** Kommet her, die ihr müßig

und geladen seid, ich will euch erquicken … Endlich, Germoney. Gelobtes Land! Es regnete kein Manna wie einst auf die Israeliten, aber Euro-Taler. Und so meldeten die Smartphones ins fernste Afrika: Hier ist gut sein, hier laßt uns Hütten beklauen. Und Frauen: Fast alle blond, fast alle halb nackt, alles Ungläubige, alles Fleisch. Die Männer? Schwul und schlapp …

Merkel konnte ja nicht wissen, daß von den anderthalb Millionen höchstens zehn Prozent aus dem Krieg kamen. Das hat ihr kein Klops im Kanzleramt gesagt. Wäre ja auch eh immer auf "Mir doch egal" rausgelaufen. Und überhaupt, was kümmert's Honeckers Musterschülerin, wenn das Pack heult: "Wir schaffen das nicht!?" Pack heult immer. Früher sogar nach Freiheit und Bananen …

Merkel konnte nicht wissen, daß man eine 1.000 Kilometer kurze deutsche Grenze genauso schließen kann wie eine 6.000 Kilometer lange in China vor 1.000 Jahren. So konnte sie auch nicht wissen, daß mit den "Flüchtlingen" jede Menge Knackis, notgeile Bengel und Böcke kamen, die sich wie in "Allahs 7. Himmel" fühlen mußten, als sie die vielen "Jungfrauen" in den prallen Blusen und platzengen Jeans sahen. Die von GRÜNEN/ROTEN Gender/Innen längst auf Weibisch dressierten "Memmen" waren/sind sowieso Luft für wahre Moslem-Männer. Wenn die Weicheier Glück haben …

Und so schreien jeden Tag "Frauen" von 8 bis 80 um Hilfe, ohne gehört zu werden. Oder lassen es - nicht selten mit der Machete an der Kehle - stumm über sich ergehen. Um dann von einer Dame namens "Justitia" zynisch gemessert zu werden, warum sie gar nicht … oder nicht laut genug geschrien haben … Und so sammeln Muttchens-Söhnchen Freisprüche und Bewährungen wie deutsche Landser einst Orden im Krieg.

"Allgemeine Verunsicherung?" War nur eine Band in den Achtzigern. Heute? Allgemeine Wahlen. Noch frei …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 8. August 2017: >>**Wir springen mit offenen Augen über die Scharia-Klippe!**

Von Dirk Förger

69 % der Muslime weltweit wollen die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan). Als Folge davon befürworten 40 % der Muslime einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger.

Anläßlich ständiger Messer-Attacken in Deutschland, des Falles Anis Amri, islamistischer Gewalt-Orgien weltweit, diktatorischer Zustände in der Türkei und vieler anderer Ereignisse: einige Gedanken zum Islam. Dabei ist es mein Ziel, aus wertkonservativer Sicht eine Diskussion anzuregen.

Sicherlich sind manche meiner Überlegungen sehr provokativ. Hin und wieder fällt es mir auch schwer, kühl und sachlich zu bleiben. Aber wenn ich mich über bestialische Massaker, Kinder-Bomber in Manchester oder Aufrufe zur Judenvernichtung nicht mehr aufregen darf - wann denn dann noch? Wie kann aufgrund der aktuellen Fakten überhaupt jemand auf die Idee kommen, daß der Islam eine friedfertige Religion sein könnte? Die Realität spricht doch mit tausendfachem Mord dagegen! Lassen sich die Deutschen am Ende gar wie einfältige Schafe zur Schlachtbank (respektive zum Schächten) führen?

Was mich und andere wahnsinnig macht, ist dieses völlige Ignorieren aktueller Ereignisse und Realitäten, aber auch von Geschichte. Dieser unerträglich provinzielle Scheuklappenblick in Deutschland, der Fakten in der Welt nicht wahr haben möchte. Arthur Neville Chamberlain hätte an diesem Appeasement gegenüber dem Islam (bei gleichzeitiger Verteufelung aller Islam-Kritiker) seine wahre Freude gehabt. Bei mir bleibt Fassungslosigkeit angesichts einer Republik voller Lemminge, die mit offenen Augen über die Scharia-Klippe springen.

O.k., die Zuwanderer können sich immerhin mit jahrelanger islamistischer Gehirnwäsche herausreden. Aber wer erklärt mir die paradoxe Idiotie meiner Landsleute: Diejenigen, die vor

einer totalitären, faschistischen Religion warnen, werden selbst als Faschisten beschimpft und zwar von linken Faschisten, die ihrerseits faschistische Methoden anwenden, um andere als Faschisten auszugrenzen.
Dieser Satz funktioniert übrigens auch (leicht abgewandelt) für den Begriff Populismus: Linke, Grüne und Merkel-Populisten, die Kritiker populistisch als Populisten bezeichnen, wenden populistische Methoden an, um Andersdenkende als Populisten auszugrenzen.
Dabei wurde zuletzt vielfach über das "Postfaktische" geschimpft. Aber wie steht es tatsächlich mit den Fakten? Da wird zum Beispiel laufend ungeprüft behauptet: Die meisten Muslime seien "friedlich".
Darauf könnte ich antworten, daß es am Ende häufig völlig irrelevant ist, was die Mehrheit will. Oft genug setzt sich doch die radikale, brutale, zu allem entschlossene Bevölkerungsgruppe durch. Dafür gibt es weltweit Dutzende Beispiele. Gerade und insbesondere in muslimischen Ländern!
Ich könnte aber auch fragen: Woher wissen wir, daß die meisten Muslime wirklich "friedlich" sind - oder zumindest Einstellungen haben, die annäherungsweise unseren Wertvorstellungen nahe kommen?
Und wenn dem so ist: Gilt das weltweit? Für Europa? Nur für Deutschland?
Oder lediglich für die nette muslimische Familie von nebenan?
Auf welchen belastbaren Untersuchungen (nicht Gefühlen oder Wunschträumen) basiert die Annahme des "friedlichen" Islam? Interessanterweise gibt es dazu kaum Fakten im deutschsprachigen Internet. Ich mußte außerhalb Deutschlands nach Quellen (PEW, Global Terrorism Index, BBC, The Independent, u.a.) suchen. Dort ergab sich dann ein ganz anderes, erschreckendes Bild - obwohl man natürlich auch hier die Allgemeingültigkeit hinterfragen muß! Aber immerhin sind es Zahlen und nicht nur Gefühle. Sie basieren unter anderem auf einer Umfrage, die in 38 Ländern die Meinung von rund 1,2 Milliarden Muslimen untersucht hat:
- Danach wollen 69 % der Muslime weltweit die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan).
- Als Folge davon befürworten 40 %, also rund eine halbe Milliarde (!) Muslime, einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger. In Afghanistan sind es 79 %, in Ägypten sogar 86 %, im Irak immerhin noch 42 %.
- Außerdem fordern 16 % der türkischen Muslime die Steinigung von Ehebrecherinnen, 56 % der Nigerianer, jeweils 82 % der Pakistaner und Ägypter.
- 13 % der US-Muslime befürworten Bomben-Selbstmord-Attentäter, ebenso 13 % in Deutschland (wie viel Tausend sind das noch mal?), 24 % in Großbritannien, 29 % in der Türkei, 35 % in Frankreich, 59 % in Ägypten und 75 % der Bewohner des Gaza-Streifens. Da fühlt man sich als Israeli doch so richtig sicher…
- 2015 waren 21 % der Syrer für eine Unterstützung von ISIS.
- In den ersten 13 Tagen des diesjährigen Ramadans gab es weltweit 73 Anschläge mit 809 Toten.
- In Deutschland ist die Zahl der angezeigten Messerstraftaten in den letzten vier Jahren um 600 (!) Prozent in die Höhe geschnellt - von rund 550 im Jahr 2013 auf fast 4.000 im Jahr 2016. In diesem Jahr sind wir auf bestem Wege, diese Marke zu übertreffen…
- 40 Jahre Multikulti in Schweden bedeuten: 300 Prozent mehr Gewaltverbrechen, rund 1.500 Prozent mehr Vergewaltigungen.
- Letztes Jahr gab es allein in NRW rund 75.000 Polizeieinsätze in und vor Flüchtlingsheimen. Das bedeutet hochgerechnet 300.000 Polizeieinsätze in ganz Deutschland.
- Laut "Einzelfall-Map", die nur ein Bruchteil der (belegten) Migranten- und Flüchtlingskriminalität in Deutschland wiedergibt, gab es 2016 durch unsere zugewanderten "Facharbeiter": 1.785 sexuelle Übergriffe, 210 Vergewaltigungen, 5.423 Raubüberfälle, 1.308 Bedrohungen,

2.971 Körperverletzungen, 119 Brandstiftungen, 331 Morde, usw.
Und nur zur Erinnerung selbst in ihrer "friedlichsten" Form bedeutet Scharia:
- Keine Religionsfreiheit
- Keine Meinungsfreiheit
- Keine Gedankenfreiheit
- Keine künstlerische Freiheit
- Keine Pressefreiheit
- Keine Demokratie
- Keine Gleichberechtigung für Frauen (sie dürfen geschlagen werden)
- Nicht-Muslime sind bestenfalls Bürger zweiter Klasse
- usw.

In der weltweiten Realität heißt Scharia aber: Prügelstrafe, Hände abhacken, Steinigung, Aufhängen von Menschen an Kränen als Massenunterhaltung und noch wesentlich mehr Greueltaten. Offensichtlich sind viele Deutsche, darunter nicht wenige Politiker, noch nicht einmal postfaktisch. Denn dieses Adjektiv würde rein sprachlich voraussetzen, daß sich diese Menschen vorher schon einmal mit den Fakten des Islam beschäftigt hätten. Islam-Flüsterer unter sich: Nach jedem Mord, nach jedem Massaker, nach jeder Vergewaltigung höre ich immer nur die gleichen hohlen Beileidsbekundungen. Machen sich diese Politiker denn keine Sorgen um die Zukunft ihrer eigenen Kinder?

Andererseits: Die Kanzlerin hat keine Kinder, um die sie sich Sorgen machen müßte. Sie denkt ausschließlich an ihren eigenen Machterhalt also an die nächste Wahl. Und ihre Adlaten mucken deshalb nicht auf, weil sie ihre Pöstchen nicht verlieren wollen. Schließlich winkt ihnen unter anderem eine ungerechtfertigt hohe Altersversorgung. Offensichtlich ist ihnen die Zukunft des Deutschen Volkes (im Gegensatz zur eigenen) völlig egal. Genauso wie das Schicksal der Opfer, die nach jedem der immer schneller aufeinanderfolgenden "Einzelfälle" rasch vergessen werden.

Liebe Terror-Nihilisten: Was ist, wenn die Islam-Gegner letztlich Recht haben, ihr aber nicht? Zieht ihr das überhaupt in Betracht? Oder habt ihr die Gott-gleiche (sorry: Allah-gleiche) Allmachtsphantasie, die Zukunft vorhersagen zu können? Also ich schaue lieber auf die Geschichte des Islams, seine aktuellen Taten und was er uns für die Zukunft androht. Das sind für mich die Fakten - und nicht utopische Wunschträume.

Liebe linke und grüne Freunde: Könnte es sein, daß diejenigen, die vor dem Islam warnen, gar keine "Nazis" sind? Zumindest nicht alle? Sondern schlicht die Wahrheit, also das Faktische, aussprechen? Wann kapieren Weltverbesserer in ihren Wahnvorstellungen endlich, daß wir uns keine Multikulti-Volkstanz-Gruppen ins Land holen zumindest nicht nur? Da metzeln Islamisten europaweit Dutzende von Menschen nieder, weltweit sind es sogar Tausende. Realitätsverweigerer warnen aber lediglich vor Deutschen, die eine berechtigte Angst vor diesen Killern haben?

Aber selbst wenn es ein Video gäbe, auf dem Mohammed persönlich einen Attentäter beauftragen würde, wäre das für die Träumer in Deutschland wahrscheinlich immer noch ein "verrückter Einzeltäter", der mit dem Islam nichts zu tun hat. Und wenn am Ende der letzte Linke von einem Islamisten getötet wurde, wird man wohl noch von Ferne das Echo seiner Stimme hören: "Die Rechten waren’s!"

Auf alle, die anders denken als Claudia Roth, Heiko Maas und Angela Merkel, darf mit dem Holzhammer eingeschlagen werden. Das sind alles Rechtspopulisten oder sogar Nazis. Aber beim Islam soll genau differenziert werden? Warum eigentlich? Zeigen Anhänger des Islam nicht mit ihren andauernden Massenmorden, die selbst vor Kindern nicht Halt machen, wie blutig ernst es ihnen ist? Natürlich sind nicht alle Muslime Terroristen, aber die meisten Terroristen sind nun mal Muslime. Oder kann sich jemand daran erinnern, wann ein Hindu,

Buddhist oder Jude das letzte Mal als Selbstmordattentäter in Deutschland in Erscheinung getreten ist?
Eigentlich müßten Grüne und Linke täglich gegen Islamisten demonstrieren. Vor allem, wenn sie wirklich ein erneutes Jahrhundertverbrechen wie den Holocaust verhindern wollen. Denn wer fordert denn rund um die Welt am lautesten die Vernichtung der Juden? Und gerade diese Religion wird von Protestlern verteidigt? Noch dazu in Deutschland?
Und in Zeitungen lese ich schwachsinnige Überschriften wie: "Rock-am-Ring-Gäste setzen bewegendes Zeichen gegen den Terror". O.k., sie haben diszipliniert gekuscht, sind zu Kreuze (bzw. zum Halbmond) und dann in ihre Zelte gekrochen. Aber ein bewegendes Zeichen wäre für mich gewesen, wenn die 90.000 am Nürburgring wenigstens einmal einen Protestmarsch gegen diese islamistischen Kultur-Zerstörer organisiert hätten!
Denn es ist höchste Zeit: Gerade wird in Nordafrika und im vorderen Orient der Rest der dort lebenden Christen durch den Islam vertrieben und ermordet. Wie Shisha-umnebelt muß ein Gehirn sein, um dies nicht wahr zu nehmen? Noch mal, weil ich es einfach nicht fassen kann: Selbst in Deutschland vergeht kein Tag, an dem nicht über eine Vergewaltigung, einen Mord, eine No-Go-Area, ein Messer-Attentat, andere "Einzeltaten" unserer zugewanderten "Gäste" berichtet wird. Und sogenannte Intellektuelle protestieren als Reaktion auf diesen Terror allen Ernstes am laufenden Band (nur) gegen "Nazis"? Wie "postfaktisch" kann man denn noch sein?
Es macht nur noch wütend: Nach jedem Anschlag beten Bessermenschen und Politiker immer wieder die gleiche Litanei herunter. Etwa das Märchen vom "Einzeltäter", der angeblich nichts mit dem Islam zu tun hat - selbst wenn er bei seinen Morden noch so laut "Allahu akbar" brüllt. Oder daß die Attentate der Islamisten lediglich "den Rechtsradikalen in die Hände spielen". Sind etwa "Rechte" am ständigen Terror des Islam und den Straftaten der Zuwanderer schuld? Und ist wirklich jeder, der sich über terroristische Killer und die dahinter stehende Religion aufregt, gleich ein "Nazi"?
Die Absurdität wird noch klarer, wenn wir dieses Szenario einfach einmal umdrehen: Man stelle sich vor, Nazis würden in diesem Jahr rund um den Globus Tausende von Menschen massakrieren. Würden Grüne und Linke dann auch für mehr "Weltoffenheit" gegenüber Nationalsozialisten demonstrieren? Würden sie ebenfalls argumentieren, daß aus einer "überwiegend friedlichen Mehrheit lediglich eine radikale Minderheit …" diese Taten begangen hätte? "Einzelfälle" sozusagen? Und als Reaktion würde dann gegen Muslime demonstriert, weil die Taten der Nazis dem Islam "in die Hände spielen" könnten?
Liebe Grüne, Kirchentags-Besucher und andere Bessermenschen: Wann stellt Ihr Euch endlich einmal gegen die wirklichen Mörder? Wie viele Menschen wollt ihr noch auf dem Altar Eurer beschränkten linken Utopien opfern? Wäre es nicht ein Treppenwitz der Geschichte, wenn die Anhänger von PEGIDA in 50 Jahren als die "Stauffenbergs" (richtiger wäre wohl "Elsers") unserer Zeit bezeichnet würden? Weil diese Demonstranten eine religiöse Diktatur verhindern wollten, als es noch möglich war? Ich weiß, ganz provokant!
Daher nur kurz zur Klarstellung: Schon häufig habe ich sehr deutlich gemacht, daß ich keinerlei Sympathien für Extremisten jedweder Herkunft habe, weder von "rechts" noch von "links" (falls diese Kategorien heute überhaupt noch greifen). Deshalb bin ich aus einer ganzen Reihe von Gründen sowohl gegen die AfD als auch gegen die LINKE. Dies liegt an vielen politischen Aussagen sowie dem Personal BEIDER Parteien. Und jemand wie Lutz Bachmann ist für mich ohnehin völlig indiskutabel. Allerdings bezieht sich meine Ablehnung totalitärer Strukturen nicht nur auf Parteien, sondern eben auch auf Religionen - oder auf Denkrichtungen, die sich als solche bezeichnen.
Insofern kann jeder gegen die AfD, PEGIDA und andere Islamisierungs-Gegner demonstrieren. Gegen tatsächliche Neonazis sollte man es sogar! Aber: Haben AfD und PEGIDA immer

Unrecht, wenn sie vor dem Islam warnen? Es gibt den Aphorismus: "Die Wahrheit wird nicht deshalb zur Unwahrheit, bloß weil ein Idiot sie sagt!" Und Voltaire wird (wohl fälschlicherweise) das Zitat zugeschrieben: "Du bist anderer Meinung als ich und ich werde Dein Recht dazu bis in den Tod verteidigen." Diesen Kern unserer Meinungsfreiheit sehe ich bei der Diskussion um den Islam gefährdet!
Als Negativ-Beispiel sei an die Proteste kürzlich in Köln erinnert. Dort demonstrierten naive Domstädter "gegen Rechts" und "für Weltoffenheit". Am Ende bewiesen die Protestler jedoch vor allem eines: Intoleranz gegenüber allen, die sich der links-grünen Indoktrination nicht unterwarfen! Steigbügelhalter einer eher totalitären Denkweise die sie eigentlich zu bekämpfen vorgaben. Gnadenlose Ausgrenzer mit einer "politisch korrekten", aber beschränkten Weltsicht. Wenige Wochen später folgten gerade einmal ein paar Dutzend Muslime dem Aufruf, als es darum ging, gegen Gewalt im Islam zu demonstrieren. Beschämend und entlarvend! Insbesondere, wenn man an die Heerscharen von Jubel-Türken denkt, die vor Jahresfrist ihrem Diktator in der Rheinmetropole zujubelten.
Haben bei den letzten Wahlen nicht zwei Drittel aller teilnehmenden Türken in Deutschland für eine Diktatur gestimmt? (Wenn man Kurden und Christen abzieht, sieht die Zahl noch düsterer aus.) Ein Beweis dafür, wie krachend die demokratische Integration in Deutschland doch gescheitert ist! Wir haben es in Jahrzehnten nicht wirklich geschafft, diese Menschen in unsere Demokratie zu integrieren, ihnen Humanität und Menschenrechte beizubringen. Und jetzt soll das bei Menschen funktionieren, die obwohl auf der Flucht davor immer noch an eine totalitäre Ideologie glauben, die sich "Religion" nennt?
Zugegebenermaßen stellt sich mir hier die "Gretchenfrage". Da mir natürlich bewußt ist, was in Artikel 4 des Grundgesetzes steht - und ich noch dazu Klosterschüler war. Dort wurden mir christliche Werte beigebracht. Gleichzeitig hatte ich immer ein großes Problem mit der Kirche als Institution. Zynisch betrachtet: Handelt es sich dabei nicht um ein künstliches Konstrukt, das dazu geschaffen wurde, um alten Männern zur Macht zu verhelfen (bzw. sie dort zu halten)? Wurden nicht auch bei uns die fundamentalen Menschenrechte gegen enormen Widerstand nicht zuletzt der Kirche durchgesetzt?
Warum soll ich dann Respekt vor einer anderen Glaubensrichtung haben, die sich mittlerweile auf einen Stand vor ihrem eigenen Mittelalter zurück entwickelt hat (wenn ich an die großen Gelehrten des Islam wie Avicenna oder Averroes denke)? Was ist der Unterschied zwischen einer Religion und einer gefährlichen, menschenverachtenden Sekte? Lediglich die Zahl der Mitglieder? Kann man den Islam nicht auch als eine fehl geleitete Ideologie begreifen?
Ist am Ende nicht jede Religion eine Ideologie also ein System von Normen, das Gruppen zur Rechtfertigung und Bewertung eigener und fremder Handlungen verwenden? Wenn ich jetzt annehme, daß mein System (basierend auf christlicher Erziehung und den Menschenrechten) besser ist: Warum soll ich die Normen einer Religion bzw. Ideologie tolerieren, die sich anschickt, meine Welt und meine Werte zu vernichten?
Ist der Islam heute nicht mindestens so gefährlich, wie der Nationalsozialismus es in den 1920er Jahren war? Schließlich beschreiben Anhänger des Islam ständig, wie sie uns assimilieren oder ausrotten wollen, noch deutlicher als es in "Mein Kampf" der Fall war. Mehr noch: Sie beweisen es unaufhörlich mit tausendfachem Mord. Habe ich dann nicht sogar die Pflicht als Demokrat, mich dagegen zu wehren?
Denn was tut die Politik? Unser Außenminister-Darsteller Sigmar Gabriel machte sich in der Türkei zum Kasper, indem er dem dortigen Diktator mitteilte, daß die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei. Du sozialdemokratische Geistesgröße: Meinst Du etwa, der wußte das nicht? Was muß Erdogan denn noch tun, bis einige deutsche Politiker endlich merken, daß sie am Nasenring vorgeführt werden?
Ganz zu schweigen von der grünen Politiker-Mischpoke und ich benutze hier ausdrücklich

das hebräische Wort für diese Unterstützer antijüdischer Umtriebe. Offensichtlich fühlen sich Roth & Co. ausländischen Terroristen und Völkermord-Befürwortern näher als ihren Landsleuten. Ach, ich vergaß: Sie habe ja gar keine Landsleute. Denn das würde voraussetzen, daß sie Deutschland als ihr Vaterland anerkennen würden. Noch weiter treiben es natürlich die Hurra-Pazifisten auf dem Kirchentag: Dort ist ein Deutscher schon ein "Nazi", wenn er deutsche Eltern und Großeltern hat.

Irgendwie erinnern mich die aktuellen Diskussionen an die Friedensmärsche Anfang der 1980er Jahre. Damals wurden Menschen mit einem berechtigten Anliegen (dem Wunsch nach Frieden) als nützliche Idioten Moskaus mißbraucht. Wir hatten seinerzeit als RCDS darauf hingewiesen und wurden von linksorientierten Fachschaften deshalb als "Nazis" beschimpft und ausgegrenzt. Mittlerweile ist umfassend belegt, daß wir Recht hatten. Jetzt fordern wieder Menschen, die selbst keinerlei Toleranz für eine andere Meinung haben, Toleranz für eine völlig intolerante Religion. Damit passen sie natürlich wunderbar zum Islam!

Aber genauso wie es mir im säkularisierten Staat gestattet sein muß, die katholische Kirche zu kritisieren, sollte mir das beim Islam ebenfalls erlaubt sein. Oder hat diese Religion in Deutschland etwa Sonderrechte? Offen gibt sich der Islam doch nur, solange er in der Minderheit ist - um am Ende seine eigentlichen Ziele zu erreichen. Oder kann mir irgend jemand einen islamischen Staat nennen, in dem nicht zumindest die Menschen- und Frauenrechte mit Füßen getreten werden? Eine eher rhetorische Frage. Denn die Realität (z.B. nach "CIA Factbook" oder Peter Hammonds "Slavery, Terrorism and Islam") sieht doch weltweit zumeist folgendermaßen aus:

Solange die muslimische Bevölkerung in einem Land unter 2 % bleibt, wird sie sich zum größten Teil als friedliebende Minderheit präsentieren. Bei 2 % bis 5 % beginnt sie, sich von anderen ethnischen Minderheiten durch Einforderung von Sonderrechten zu unterscheiden. Ab 5 % übt der Islam im Verhältnis zu seinem Prozentsatz in der Bevölkerung einen überproportionalen Einfluß auf die Gesellschaft aus.

Zum Beispiel wird auf die Einführung von Halal-Nahrung gedrängt. Wenn Muslime 10 % der Bevölkerung entsprechen, greifen sie zu gesetzlosen Mitteln, um ihre Beschwerden zu untermauern. In Paris brennen schon ganze Stadtteile. Jede Muslim-kritische Aktion beleidigt den Islam und führt zu Drohungen, Aufständen und Schlimmerem.

Nach dem Erreichen von 20 % sind Miliz-Formationen, sporadische Tötungen und die Verbrennung christlicher Kirchen und jüdischer Synagogen zu erwarten. Bei 40 % erlebt das Land weitverbreitete Massaker, laufende Terrorangriffe und Milizkriegsführung. Ab 60 % werden ungehindert Nichtgläubigen aller anderen Religionen verfolgt (einschließlich nichtkonformer Muslime). Es kommt zu sporadischen ethnischen Säuberungen und die Scharia wird als Waffe eingesetzt. Bei über 80 % Muslime sind tägliche Einschüchterungen und gewalttätiger Dschihad verbreitet. Es kommt zu größeren ethnischen Säuberungen und sogar Völkermord. Sind nahezu 100 % erreicht, sollte eigentlich Frieden herrschen, denn dann ist (fast) jeder ein Muslim. Leider wird der Frieden nie erreicht, da in diesen Staaten dann die radikalsten Muslime die weniger radikalen Glaubensbrüder einschüchtern und töten.

Warum demonstrieren in Deutschland dann so viele FÜR mehr Toleranz und nicht GEGEN Auswüchse einer mörderischen Religion und deren Intoleranz? Demonstranten fordern damit letztlich Verständnis und Offenheit für ein System, das ständig Menschen umbringt. Deutschland ist außerdem das einzige Land der Welt, in dem sich die Einwohner den Zuwanderern anzupassen und ihre eigene Kultur aufzugeben haben, statt umgekehrt. Und wenn ich hierzulande als Warner vor dem Islam auftrete, hätte ich wahrscheinlich als Kassandra im alten Troja einen leichteren Stand gehabt.

Aber wie blind muß der deutsche Michel sein, um nicht zu sehen, wie der Islam und die Zuwanderung schon jetzt die Gesellschaft negativ verändert haben. Wie unsere Freiheit immer

mehr beschnitten und Unfrieden gesät wird. Dazu reicht doch schon ein Blick auf die Überschriften der Tageszeitung DIE WELT eines einzigen Tages (31.7.17):
- Messerstecher Ahmad A.: "In unseren Akten taucht der Name nicht auf"
- Gefährliches Asyl: Die Kultur der Duldung zermürbt unser Land
- Attacke in Supermarkt: Das Regal mit den Messern ist jetzt leergeräumt
- Islamistischer Terror: "Ich mache euch fertig."
- Nach Messerattacke: "Wenn es um Sicherheit geht, steht der Senat auf der Bremse"
- Verfassungsschutz: Herrmann kritisiert steigende Enthemmung bei Gewalt
- Nach Hamburg-Attentat: Bosbach fordert Paßpflicht für Asylbewerber
- Ausreisepflichtige: Abschiebungen scheitern vermehrt an Widerstand der Migranten
- Terrorbekämpfung: CSU verheißt bayerische Sicherheit für den Rest der Republik
- Grüne über Migration: "Flüchtlinge werden nicht weniger, nur weil wir wegschauen"
- Flüchtlinge: Dann laßt uns doch eine Luftbrücke nach Afrika einrichten
- Sinfonie der Gewalt: 76 Stunden im Hamburger G20-Chaos
- World Trade Center: Weshalb die Türme einstürzten

Und sogar aus den Reihen der Träumer:
- Hamburg und Konstanz: Sehr nachdenkliche Töne von Dunja Hayali

Bei den Linken käme sicher keiner auf die Idee, daß rechtsradikale Taten nichts mit der Nazi-Ideologie zu tun haben könnten. Warum nehmen sie dann aber sakrosankt an, daß die Morde der Islamisten nichts mit dem Islam zu tun hätten? Die Realität ist doch: Der Islam greift ständig den Westen an. Wir befinden uns im Krieg. Und jeder der sehen will, kann das (wenn schon nicht in deutschen Medien) tausendfach im Internet verfolgen. Aber der Deutsche schaut sich lieber Katzen- und Pornovideos an. Vielleicht hat der Islam ja Recht, daß wir uns mit unserer Ignoranz selbst zu Grunde richten werden?

Apropos Internet und Medien: In Talkshows profilieren sich Sprecher islamischer Organisationen gerne als Vertreter eines friedlichen, toleranten Islams. Deshalb ein paar (zugegebenermaßen sehr vereinfachte) Begrifflichkeiten, die über die angeblich friedlichen Absichten des Islam nachdenken lassen:

"Islam" heißt nicht "Frieden", sondern "Unterwerfung"!

Schon Mohammed lehrte: "Kampf ist Täuschung". Lüge und Betrug sind anerkannte Bestandteile des Dschihad. Was ist demzufolge von der aktuellen "Friedfertigkeit" des Islam in Deutschland zu halten? Und waren zuletzt nicht (angeblich) gut integrierte Schläfer die schlimmsten Terroristen?

Der arabische Begriff "Haus des Krieges" bezeichnet alle Gebiete der Welt, in denen der Islam noch nicht Staatsreligion ist. Synonym kann man auch den Begriff "Gebiet des Unglaubens" gebrauchen. Nach traditioneller islamischer Auffassung kann es keinen Frieden mit diesem "Gebiet des Unglaubens" geben, sondern nur eine zeitlich begrenzter "Waffenstillstand". Der Dschihad gegen die Ungläubigen ist deshalb eben NICHT das Werk einiger durchgeknallter "Einzeltäter", sondern sogar heilige Pflicht für die Gesamtheit der Muslime. usw.

Wer also spitzfindig zwischen Islam und islamistisch unterscheidet, liebe Exegeten: Ein konsequent islamischer Staat ist IMMER islamistisch! Und wer sagt, daß es bei uns keine Islamisierung gebe, sollte sich einmal die Fakten betrachten etwa die Zunahme der Muslime und Moscheen in Deutschland innerhalb der letzten 50 Jahre. Zusätzlich verstärkt durch die laufend sinkende Zahl der christlichen Kirchen. Außerdem können die Islamisierungs-Leugner offensichtlich kein Deutsch. Denn bei der Islamisierung handelt es sich um einen Prozeß und nicht um eine Momentaufnahme. Daher ist es völlig irrelevant, ob die Muslime in Deutschland NOCH in der Minderheit sind. Und nein, wir sind nicht erst dann islamisiert, wenn Frauen in Deutschland gesteinigt werden - um es sehr zugespitzt zu formulieren.

Apropos: Eine Steinigung kennt der Deutsche eigentlich nur aus Filmen wie "Das Leben des

Brian", in dem eine Hinrichtung offenbar eine lustige Sache ist. Ähnlich niedlich und folkloristisch scheint auch das Bild des Islam bei vielen Landsleuten zu sein. Sie wollen gar nicht anders, als an Märchen aus 1001 Nacht zu glauben. Nur, wer diese Märchen historisch-realistisch betrachtet, gewinnt ein anderes, blutiges Bild.
Denn was steckt denn beispielsweise hinter den Eunuchen, die auch in musikalischen Werken wie Mozarts "Entführung aus dem Serail" nur als niedliche Männlein dargestellt werden: Millionen Sklaven, bei denen einfach die Geschlechtsteile abgeschnitten wurden - worauf der größte Teil jämmerlich verblutet ist. Und da wir gerade bei Leibeigenen sind: Selbst heute gibt es in islamischen Staaten noch Sklaverei. Liebe Träumer, sind euch solche Fakten bekannt?
Um zu wissen, wohin wir gehen, müssen wir wissen, woher wir kommen: Vieles läßt mich momentan an Gespräche mit meinen Großeltern zurück denken: Wer wollte, konnte schon im Nazi-Reich erfahren, was mit den Juden und anderen "unerwünschten" Personen geschah. Warum zum Beispiel der Rauch aus der nahen "Irrenanstalt" so "komisch" roch. Aber viele wollten sich einfach nicht der Realität stellen. Das gilt auch heute wieder! Denn wer die Flüchtlingsströme aus Krisengebieten im Moment nicht als Gefahr ansieht, sollte sich einmal das Buch "Massenmigration als Waffe" ("Weapons of Mass Migration", Cornell University) durchlesen.
Die letzten Jahre haben gezeigt: Islamistische Mörder können heute immer und überall zuschlagen. Unsere Gesellschaft hat sich schon jetzt merklich verändert. Es herrscht ein Klima der Angst, wie die "Rock am Ring"-Unterbrechung und die Panik in Turin gezeigt haben. Selbst die Multikulti-Gesellschaft muß ihren "Karneval der Kulturen" unter massivem Polizeischutz feiern.
Mich persönlich stört es einfach, wenn ich mittlerweile noch nicht einmal mehr einen Rucksack zum Open-Air-Konzert mitnehmen kann: Eine Beschneidung meiner Freiheit in jedem Sektor des Lebens. Als weiteres Beispiel könnte ich diesen immer größer werdenden Irrsinn an den Flughäfen aufzählen. Alleine damit stehlen mir diese Religions-Fanatiker doch das wertvollste, was ich besitze: meine Lebenszeit!
Mittlerweile ist selbst in Deutschland nachgewiesen, daß wir uns Mörderbanden ins Haus geholt haben. Oder wie soll ich es anders nennen, wenn sich "Flüchtlinge" selbst als ehemalige Taliban-Kämpfer outen? Und von verschiedenen Attentätern wissen wir inzwischen sicher, daß sie mit den Zuwanderern nach Europa gekommen sind. Ich behaupte, da sind noch viel mehr Killer drunter. Oder ist die umgekehrte Annahme nach den bisherigen Erfahrungen etwa wahrscheinlicher?
Ist nicht die Ermordung des 17jährigen Niklas in Godesberg ein Fanal und ein Beispiel, was uns auch im Rest von Deutschland bald bevorstehen könnte? Aus dem einstmals mondänen Diplomaten-Ort ist innerhalb weniger Jahre eine zweifelhafte Heimat geworden: Am und um den Bahnhof lungern nachts "südländischen Gestalten" herum - und das Messer sitzt locker. Am Moltkeplatz hilft eher die türkische und arabische als die deutsche Sprache weiter. Natürlich gibt es im Restaurant nebenan keinen Alkohol mehr, schließlich bestimmen andere Kulturen schon längst, was in Deutschland erlaubt ist und was nicht. Würstchen-Verbote in Kindergärten lassen grüßen.
Ein weiteres Beispiel unter vielen für die Veränderung unserer Gesellschaft: Neulich wurden Besitzer von Metzgereien in Köln von Muslimen angepöbelt und bedroht, nur weil Deko-Schweine aus Pappe im Schaufenster standen. Gilt das Bilder-Verbot des Islam jetzt schon für Borstenvieh? Warum nicht gleich die Geschäfte kennzeichnen? Ich würde gelbe Ringelschwänzchen vorschlagen …
Mir ist klar, daß ich sicher mit folgender Äußerung nicht den Preis für Nächstenliebe gewinnen werde. Aber als Einwohner eines Landes, in dem mir zumindest laut Grundgesetz die

freie Meinungsäußerung gestattet ist, muß ich auch sagen dürfen: Nein, ich möchte diese Menschen nicht hier haben! Ich will zumindest keine Personen in Deutschland, die sich nicht eindeutig für unsere Demokratie aussprechen, unsere Art zu leben und unsere Grundwerte. Ich brauche keine Betrüger, die ihre Papiere "verlieren", ihr Handy aber nicht. Ich will in meiner Heimat keine Menschen, die Frauen verprügeln, Christen und Juden angreifen, uns Deutsche als "Opfer" sehen.
(Letzteres gilt übrigens nicht nur für Zuwanderer, sondern natürlich auch für linke und rechte Schläger, "die schon immer hier waren".)
Es könnte alles so einfach sein, gälte der gesunde Menschenverstand inzwischen nicht als politisch unkorrekt. Das sagt zumindest Klaus-Jürgen Gadamer. Oder anders ausgedrückt: Möglicherweise bin ich gar nicht islamophob, ich denke bloß selbst. …<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. August 2017: >>**Merkels Flüchtlinge!**
Es war das übliche Beschwichtigungsritual: Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Frühjahr die Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte, besänftigten die Berliner Schalmeibläser: Alles nicht so schlimm, die Gesamtzahl der Straftaten (rd. 6,3 Millionen) habe sich im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Tatsächlich aber dürfte keine Kriminalstatistik so brisant sein wie die aktuelle.
- 100 Prozent mehr Morde
- 130 Prozent mehr Gruppenvergewaltigungen
- 93 Prozent mehr Körperverletzungen

Fakt ist: Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer stieg 2016 um 52,7 Prozent auf 174.438 Asylbewerber, sogenannte (nicht anerkannte) Flüchtlinge und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt stellten damit 8,6 Prozent aller rund 2 Millionen Tatverdächtigen (2015: 5,7 Prozent). Tendenz stark steigend!
Im Einzelnen: Bei Taschendiebstählen betrug der Zuwanderer-Anteil 35 Prozent, bei Ladendiebstählen waren es 16,8 Prozent aller Tatverdächtigen, bei Raubdelikten 14,3 Prozent, bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung sowie gefährlicher und schwerer Körperverletzung je 14,9 Prozent.
Die wahre Brisanz der Statistik offenbart sich jedoch erst beim Lesen des Kleingedruckten (Deliktzunahmen):
- In der Rubrik "Mord" stieg die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber um 100 Prozent!
- Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren 120 Prozent mehr Asylbewerber tatverdächtig!
- Noch extremer der Anstieg beim Delikt "Gruppenvergewaltigung": plus 130 Prozent!
- Gefährliche und schwere Körperverletzung nahmen um 93 Prozent zu.

Vollends deutlich wird die Aussagekraft dieser Zahlen aber erst, wenn man sie unter Berücksichtigung des jeweiligen Bevölkerungsanteils ins Verhältnis zur Zahl der deutschen Tatverdächtigen setzt. Dann ergibt sich folgendes Bild:
- Asylbewerber waren 2016 in Bezug auf die Gesamtkriminalität (alle Straftaten) mehr als 600 Prozent auffälliger als Deutsche. Wobei unter "kriminellen Deutschen" auch solche mit Migrationshintergrund und Doppelpaß erfaßt sind.
- Bei der Gewaltkriminalität waren "Flüchtlinge" sogar 1.400 Prozent auffälliger als Deutsche - also 14-mal so oft!

Aber "Flüchtlinge" waren auch doppelt so kriminell wie alle anderen Ausländer:
Unter 100.000 Deutschen waren 1.913 Tatverdächtige, unter 100.000 Ausländern 6.847 Tatverdächtige und unter 100.000 "Flüchtlingen" 13.930 Tatverdächtige - Verstöße gegen das Ausländerrecht nicht mitgerechnet.
Die offizielle Statistik dürfte nur die Spitze eines Eisberges sein. Der maßgebliche Begriff

"Tatverdächtiger" ist nämlich dahingehend definiert, daß es sich um polizeilich gründlich ermittelte Tatbeteiligte handelt, die der Justiz zur Anklageerhebung übergeben werden können. Die Fälle werden also polizeilich als gelöst ad acta gelegt.
In der Statistik schon gar nicht enthalten sind die vielen "Einzelfälle", wie sie tagtäglich in fast jedem Polizeibericht und in Fahndungsaufrufen vorkommen: "Gesucht wird / tatverdächtig ist … ein Mann mit dunkler Hautfarbe, dunklem Teint, südländischem Aussehen usw." Da kann man nur ahnen, woher der Nafri-Wind weht.
In der Statistik ebenfalls nicht erfaßt: In vielen Städten wie z.B. Lübeck ist der Drogenhandel inzwischen fest in der Hand von "Flüchtlingen".
Bei nüchterner Analyse wird klar: Der extreme Anstieg der Straftaten von "Flüchtlingen" läßt sich nicht damit erklären, daß die Zahl der Asylbewerber 2016 um "nur" 25 Prozent angestiegen ist. Die alarmierende Zunahme von - um im Bilde zu bleiben - "Verbrechen mit Migrationshintergrund" offenbart nach Auffassung von Kriminologen vielmehr eine zunehmende Brutalität, Gewaltbereitschaft und Habgier unserer "Gäste".
Dazu eine aktuelle einmonatige Momentaufnahme: Allein zwischen dem 12. Juni und dem 10. Juli stellte die Bundespolizei 6.125 Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht, 4.546 unerlaubte Einreisen und 812 Drogendelikte fest. Außerdem wurden in diesem Zeitraum 782 Haftbefehle vollstreckt. In dem Bericht heißt es: "Allein schon diese Ergebnisse sprechen für einen Mehrwert der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen". Der Innenminister soll Weisung erteilt haben, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Offenbar, weil die Bundesregierung vor der Wahl eine Debatte über neue Grenzkontrollen vermeiden will.
Schmunzelnd zeigt sich Kanzlerin Merkel mit Pustemund und Knautschgesicht auf den CDU-Wahlkampfmotiven. Umhüllt von den Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold blickt die Kanzlerin auf ihrer zentralen Broschüre versonnen nach links unten, in Richtung des CDU-Mottos: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". Die Botschaft der 20 Millionen Euro teuren Kampagne: "Weiter so!"<<
Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Verfolgung von Christen und Andersgläubigen - auch in Deutschland**
Seit vielen Jahren sehe ich mit großer Sorge die zunehmende Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten. Mittlerweile beziffert die Hilfsorganisation "Open Doors" die Anzahl der Christen unter Verfolgungsdruck auf weltweit 200 Millionen Menschen. Die Anzahl hat sich in den vergangenen Jahren verdoppelt.
Der Zustand der Religionsfreiheit gilt als ein deutlicher Indikator für die allgemeine Menschenrechtslage in einem Staat. Wo es Religionsfreiheit gibt, sind in der Regel auch andere zentrale Freiheitsrechte weniger in Gefahr. Jedoch werden viele Christen und zahlreiche weitere religiöse Minderheiten wie die Jeziden und die Bahai, die Tibeter in China und auch Muslime in Indien systematisch diskriminiert, verfolgt und ermordet. Die Anzahl der Christen ist jedoch weltweit besonders häufig von Unterdrückung und Verfolgung betroffen.
Der Weltverfolgungsindex zeigt, daß es insbesondere in muslimischen Ländern zur systematischen Unterdrückung, Diskriminierung und Verfolgung kommt.
Woher resultiert die enorme Gewalt gegen Christen in muslimischen Ländern und die Einschränkung der Glaubensfreiheit? Beides resultiert aus dem islamischen Recht, der Scharia. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam als Willenserklärung der Mitgliedsstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz stellt alle ihre Artikel, auch den zur Glaubensfreiheit, unter den Vorbehalt der Scharia.
In dieser steht die Apostasie, damit ist der Abfall vom Islam gemeint, unter Todesstrafe. Die Praktizierung des eigenen Glaubens - außer dem Islam - sei es privat oder im öffentlichen Be-

reich, ist verboten. Bereits geäußerte Kritik am Islam kann dazu führen, daß man verhaftet oder gar getötet wird. Die Verfolgung ist spürbar, wenn Christen ihren Glauben praktizieren, wenn sie sich nicht den religiösen muslimischen Ritualen wie dem Fasten des Ramadan unterwerfen.
Der Bau von Kirchen ist vielerorts beinahe unmöglich, es kommt vielmehr zu Enteignungen und Zerstörung jahrhundertealter Heiligtümer.
Christliche Geistliche schweben in Lebensgefahr, wenn sie als solche durch ihre Kleidung erkennbar sind. Predigten dürfen nur an bestimmten Tagen abgehalten werden.
Für Deutschland müssen wir darüber hinaus mit großer Sorge erkennen, daß als Folge der großen Migrationsbewegungen global beobachtete Defizite religiöser Toleranz inzwischen auch verstärkt bei uns spürbar sind. So sind vor allem in den letzten Jahren Menschen aus Gesellschaften nach Europa und Deutschland gekommen, in denen sie ohne religiöse Toleranz aufgewachsen sind.
Wir erleben in Folge die Zunahme antisemitischer Strömungen und unverhohlener Aggressivität gegenüber Christen und Jeziden in deutschen Asylunterkünften. Berichte über Spannungen zwischen verschiedenen religiösen Gruppen, selbst zwischen unterschiedlichen muslimischen Glaubensrichtungen wie Sunniten und Schiiten zeigen uns, daß dieses religiöse Konfliktpotential in Deutschland angekommen ist und uns vor erhebliche Herausforderungen stellt.
Verkennen dürfen wir dabei nicht, daß es auch bei uns in Deutschland islamistische Versuche gibt, Religion als politisches Vehikel zu mißbrauchen, z.B. das Tragen ausgrenzender Kleidung wie Kopftuch, Burka oder Niquab als religiös zu begründen, obwohl religiöse islamische Führer dies als reine traditionelle Kleidung bewerten.
Gerade aufgrund der Entwicklungen, die Christen vielerorts erdulden müssen, müssen wir in Deutschland wachsam sein und Intoleranz zu Lasten unserer Rechts- und Wertvorstellungen nicht nur klar widersprechen, sondern auch konsequent unterbinden. Leider geschieht das fahrlässig nicht.<<
Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>War eine kurze Überfahrt … Ihre Leiber glänzen in der Sonne … Ihre Boote machen längsseits fest … Und schon ist die Party im Gange …
Achim Reichel, "Aloha He", verballhornt. Der Hit beschreibt in etwa, was sich derzeit im Mittelmeer abspielt. Hundertfach am Tag. Tausendfach im Monat. Bis jetzt 93.000 "glänzende Leiber. Nicht 1910 vor Sansibar". Jetzt, 2017 vor Libyen: Afrikaner auf dem Weg zu "Mama Afrika" in Alemania.
Das Schrecklichste kommt am Anfang: In Libyen warten nicht 400.000, sondern 1 Million auf die deutschen Wasser-Taxen. "Rettungsschiffe", von "Jugendlichen" in Berlin oder greisen Milliardären wie Soros bezahlt. Radar, Funk, GPS, Halal-Snacks - alles an Bord. Schwimmwesten zuhauf an Deck. Der "Skandal": Die Italiener haben jetzt die deutsche "Iuventa" (Jugend Rettet) in Lampedusa an die Ankerkette gelegt, beschlagnahmt.
Der blaue NGO-Pott hatte wie "SOS Mediterranee", "Seewatch", "Ärzte ohne Grenzen" nicht selten "in 48 Stunden 11.000 Afrikaner" aus den "tosenden" Fluten "gerettet" ("Sagt Muttchen, s'ist Ali …!"). Dramatische Fotos von schreienden, jungen Frauen, das Haar in Draidhairstreifen, millimetergenau und teuer aufs Köpfchen geflochten. Natürlich sagen die Schranzen-Schreiber nicht, daß über 95 Prozent der "Flüchtlinge" junge Männer sind. Daß die Seelenfänger fette "Heuer" kassieren - aus den Klingelbeuteln der Kirchen. Aus den schwarzen Schatullen von Gewerkschaften und Parteien. 500.000 Euro für Iuventa … 1,5 Millionen für Seewatch … 3.276 für Ärzte ohne Grenzen …
4 Millionen für SOS Mediterranee. 13 Millionen monatlich. Sie schreiben auch nicht, daß ihre Wasser-Taxen per GPS, Smartphone und Blinkzeichen von den Schleppern "gerufen", geleitet

werden. Daß die Sklavenhändler in Libyen jährlich 31 Milliarden Dollar mit der Ware Mensch machen …
Und natürlich schreiben sie nicht, daß in Lampedusa, in ganz Italien das "Boot" restlos voll ist. Sie sagen auch nicht, daß See- und Menschenrecht vorschreiben, Schiffbrüchige auf schnellstem Weg an Land zu bringen.
Das wäre Libyen, gerade mal 12 Meilen (21 km) nah. Die Retter "retten" lieber quer durch das schäumende Mittelmeer ins 300 km ferne Italien. Denn von da geht's mit kurzem Zwischenstopp unter Palmen direkt weiter zu "Mama Afrika".
Freilich, die Kanzlerin machte übellaunig mit "Deutschlands First Mann" Urlaub im schönen Tirol. Aber der 24. September ist nah. Danach kann "Mama Afrika" wieder machen, was sie jetzt noch vor dem Wahl-Pack verbergen muß - ein freundliches Welcome-Gesicht. Danach beginnt ihr nächster 4-Jahres-Plan: "Wir schaffen das". Und Deutschland ab …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 17. August 2017: >>**Scheinflüchtlinge machen weiter Urlaub im Herkunftsland! Abkassiert wird in Deutschland!**
Ausländerbehörden in Baden-Württemberg haben rund 100 Asylanten erfaßt, die seit 2014 teilweise mehr als einmal in ihre Herkunftsländer reisten und nach der Rückkehr ins Sozialamt Deutschland ihren Schutzstatus als Asylbewerber behalten durften.
Auf Anfrage der AfD-Fraktion, hat das baden-württembergische Innenministerium nun erstmals Zahlen über die Urlaubs-Asylanten vorgelegt: Die kommunalen Ausländerbehörden haben seit 2014 rund 100 Fälle erfaßt. Es sei aber von einer "gewissen Dunkelziffer auszugehen", glaubt Amtschef Julian Würtenberger (CDU). Zielländer waren nach Angaben eines Sprechers etwa Syrien und der Irak. Das berichtetet am Donnerstag unter anderem der *Mannheimer Morgen.*
Der AfD-Landtagsabgeordnete Anton spricht von "unglaublichen und unhaltbaren Zuständen". Daß Reisen in ein "Verfolgerland" nicht dazu führen, daß die Asylberechtigung in Deutschland nach der Rückkehr erlischt, sei empörend.
Die Anerkennung als Asylberechtigter erlösche nur, "wenn sich der Ausländer freiwillig in seinem Heimatstaat niedergelassen hat", erklärt Amtschef Würtenberger die EU-Asyl-Richtlinie. Davon könne ausgegangen werden, wenn er sich dort dauerhaft aufhält. "Reisen in den Verfolgerstaat sind damit kein Erlöschensgrund, können aber nach einer Einzelfallprüfung zur Aberkennung des Schutzstatus führen."
Der Mann aus der Merkel-Partei fügt hinzu: "Wenn anerkannte Schutzberechtigte trotz einer Verfolgung oder Bedrohung zu Urlaubszwecken wieder in ihr Heimatland reisen, stellt sich zu Recht die Frage nach der Schutzbedürftigkeit dieser Ausländer."
Skepsis auch bei CDU-Innenpolitiker Thomas Blenke: "Für mich ist das völlig unverständlich. Wenn man in einem Land Urlaub machen kann, ist man wohl kaum verfolgt", zitiert ihn der Mannheimer Morgen.
Pläne des Landesinnenministeriums, die Kriterien für sogenannte Schutzbedürftigkeit zu lockern, seien schon Ende letzten Jahres an Bundesinnenminister Thomas De Maizière gescheitert. Das europäische Recht habe Vorrang.
Ein Berliner Jobcenter hatte im September 2016 die Vermutung bestätigt, daß anerkannte Asylanten in ihren Heimatländern Urlaub machen. Bei den bereisten Herkunftsländern handele es sich u.a. um Syrien, Libanon und Afghanistan. Aus datenschutzrechtlichen Gründen dürfe das Jobcenter das Reiseziel jedoch nicht den Asylbehörden melden, hieß es damals. Nach damaliger Aussage des Innenministeriums wolle man das aber ändern. …<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/…): >>**Gezielte Verharmlosung des Islam**

Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*

Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, "*verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.

Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, "*was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt",* setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. "*Wir können von ihnen auch lernen",* sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden *"sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht".*

Damit meine er *"auch die Toleranz".* Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden*", sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung*". *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker",* sagte Schäuble.

Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.

Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: " '*Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. … Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."*

Das Grundmuster des Islam

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: "*Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraussetzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."*

Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.
Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.
Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.
Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.
Daher heißt es in der 19. Sure: "*Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hingewiesen: "*Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern* (der Staub) *sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

Die totale Daseinsordnung

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert. Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs, die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln Mohammeds, abgeleitet werden.
"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."
Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, "*daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. … Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia*."
Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemachte Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben.

Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.
Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.
Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.
Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.
In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit dem es in der Erkenntnis verbunden ist. "*Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach* Joh. 5, 20.
Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. "*Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben"* (Joh. 15, 15). "*Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen"* (Joh. 8, 32).
Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben. Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses einfließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.
Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingegebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

Reformversuche des Islam

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.
Denn wie dargelegt, "*gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."*
Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft*

des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die … um sich gegriffen hätten."
Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten eingetreten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.
Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, "*und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*
Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*
Er stellte den Islam "*als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. …*" Der Islam sei "*kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*
Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.
Dies scheine nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. "*Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*
"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsausübung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. …
Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig variiert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."
Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. … Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

Täuschung und Wirklichkeit

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirrmacher so zusammenfaßte:

46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion … für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 % einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."*

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Emnid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten Gesellschaft."

Die Strategie der Täuschung

Es kann also keine Rede davon sein, daß "*die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger"* seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.

Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Kalifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind, den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische

Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:
"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. … Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.
'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) *vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.'* (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*
Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.
Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*
Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" werden teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.
Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.
Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshintergrund.
Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.
Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissenschaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.
Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der

Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. August 2017: >>**Zwischen Marx und Mohammed**

Von Gast Autor Stefan Allgaier

Eines ist uns erspart geblieben: Daß gleichzeitig zum linksradikalen Höllensturm während des G20-Gipfels in Hamburg die Schläfer des Islamischen Staates (IS) in anderen Städten zuschlugen. Die Polizei, die aus allen Bundesländern Kräfte an die Elbe abgeordert hatte, wäre kalt erwischt worden. Die schwarzen Fahnen, die in der Hansestadt geschwenkt wurden, waren die der Anarchisten - nicht die des IS.

Noch trennt ein Graben wesentliche Teile der Revoluzzer von den Dschihadisten. Die theoretische Avantgarde der Krawallanten, die sogenannte Interventionistische Linke, fühlt sich zwar den Terroristen verbunden - aber nicht denen des IS, sondern denen der kurdischen PKK und seines Ablegers YPG in Syrien, die zumindest derzeit an vorderster Front gegen die salafistischen Kopfab-Milizen kämpfen und im Nordwesten des Landes ihren eigenen Protostaat, Rojava genannt, proklamiert haben.

Die nützlichen Idioten

Immerhin gab es im Vorfeld der hanseatischen Feuernächte einen Schnupperkurs für Islamliebhaber: "Im Panoramaraum der Hamburger Katholischen Akademie haben sich am Freitag (30.6.2017) mehr als 100 Jugendliche katholischer, evangelischer und muslimischer Glaubensrichtungen zu einem bemerkenswerten Dialog eingefunden. Eingeladen hatte die christlichen und muslimischen Jugendlichen neben der Schura Hamburg der Fachrat Islamische Studien, die katholische Akademie, das Zentrum für Mission und Ökumene, die Junge Islam Konferenz und das Jugendforum St. Georg/Borgfelde.

Unter dem Motto "G20: Was tust Du für Deine Welt? - Hamburger Jugend macht’s vor!" wurden Inputs gegeben, Diskussionen angeregt und ein Workshop für konkrete Ideen durchgeführt", berichtete das Islam-Portal *dunia.de*.

Der IS hofft jedenfalls auf den Schulterschluß mit den Roten und proklamierte schon 2015 in seiner Kampfschrift "Black Flags from Rome - Armed Gangs & Missiles": "Es ist höchst wahrscheinlich, daß es zu Bündnissen zwischen Muslimen und linken Aktivisten kommen wird. (…) Ein Teil wird realisieren, daß (…) der bewaffnete Kampf die Alternative ist." Die nützlichen Idioten für diese Strategie finden sich in der hiesigen Friedensbewegung. Im November 2015 organisierten Pax Christi und die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK in Frankfurt eine Veranstaltung unter dem Titel "Islamischer Staat - vernichten oder diplomatisch anerkennen?".

Kurz nach den mörderischen Anschlägen in Paris mit 130 Toten und dem Abschuß eines russischen Passagierflugzeuges durch den IS empfahl DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer einen Schmusekurs: "Wir müssen mit dem IS verhandeln. Das wird schwierig, aber es wird gehen."

Drei Wochen später, Mitte Dezember 2015, verwüsteten Antifa-Horden die Leipziger Südvorstadt. Selbst Leipzigs OB Burkhard Jung (SPD), der bisher im "Kampf gegen Rechts" die Linksradikalen als Bündnispartner begrüßt hatte, war über den "offenen Straßenterror" entsetzt. "Diese Gewalt von Anarchisten und sogenannten Autonomen ist schockierend", erklärte der Oberbürgermeister. "Hier waren Kriminelle am Werk, die vor nichts zurückschrecken." Pikant: Eine der Antifa-Demonstrationen fand unter der Überschrift "Nieder mit dem Baath-Regime in Syrien!" statt und bewegte sich damit auf der Linie der Dschihadisten.

Unterstützung für die Mudschaheddin gibt es auch von der linken Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz, die der fundamentalmuslimischen Opposition gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Baschar al-Assad parlamentarischen Flankenschutz gewährt. Ihr Projekt nennt sich Adopt a Revolution und unterhält gute Beziehungen zum Syrischen National-

rat, der eng mit der Freien Syrischen Armee (FSA) verbunden ist und fortwährend ein militärisches Eingreifen der NATO fordert. Die FSA wiederum gilt im Westen als moderat, hat aber an den Fronten des Bürgerkrieges immer wieder militärisch mit dem IS und dem al-Qaida-Ableger al-Nusra-Front kooperiert.
Das Anbandeln zwischen Islamismus und Linksradikalismus ist kein neues Phänomen. In den Nachwehen der Roten Armee Fraktion entstand 1992 die linksterroristische Gruppierung Antiimperialistische Zellen (AIZ). Bis 1996 verübten die AIZ neun Brand- und Sprengstoffanschläge, so gegen ein GSG-9-Mitglied (1993, Solingen), die Geschäftsstelle der CDU Düsseldorf (1994), den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer (1995, Siegen) sowie das Konsulat von Peru (1995, Düsseldorf). Die einzigen bekannten AIZ-Mitglieder Bernhard Falk und Michael Steinau wurden im Februar 1996 verhaftet und später wegen Mordversuchs verurteilt. Die AIZ erfreute sich an der "islamischen Vorstellung von einem einfachen und gerechten Leben".
Zudem empfahl sie die Scharia als kulturelles Erbe für eine Entwicklung einer egalitären Gesellschaft und den Koran als Werk mit "allgemeinen humanistischen und ethisch-moralischen Prinzipien". Während der 13- beziehungsweise 9-jährigen Haft orientierte sich Steinau - so die linke Wochenzeitung Jungle World - am ebenfalls einsitzenden Neonazi Kay Diesner, während sich Falk nach der Haftentlassung 2008 im Raum Dortmund in salafistischen Kreisen herumtrieb und in einem Pamphlet mit Terror gegen die US-Basis Ramstein drohte. Zudem betreut er laut Verfassungsschutz und LKA Islamisten im Knast, wobei der Begriff Gefangenenbefreiung gefallen sein soll.
Falk ist kein Einzelfall. Der Dschihadisten-Aussteiger Irfan Peci nennt in einem Beitrag des Bayrischen Rundfunks vom März 2017 weitere Beispiele. So hat der IS-Terrorist und frühere Rapper Denis Cuspert aka Deso Dogg geäußert, daß er früher mit linksmilitanten Freiheitsbewegungen sympathisierte. Sein Weggefährte, der österreichische Terrorist Mohamed Mahmud, soll laut Terrorexperte Thomas Schmidinger in der SPÖ-nahen Aktion kritischer Schüler_innen gewesen sein. Über die antiimperialistische Linke und den Antiamerikanismus habe er zum Dschihad gefunden.
Dschihadisten und Linksradikale treffen sich auf halbem Weg in der Kapitalismuskritik. Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden soll eifriger Leser des roten Starintellektuellen Noam Chomsky gewesen sein. Und wie Al Gore sorgte sich auch der Saudi um den Klimawandel: "Aber die Verschwendung der Energie (…) wird zu Chaos, Schande und Niederlage führen."
Öko ist bei den Gotteskriegern ohnedies ein Muß. So weist das 2015 erschienene IS-eBook Hijrah to the Islamic State die Terroristen an, zum Schutz der Umwelt ein Solarladegerät mit in den heiligen Krieg zu nehmen. Auch in der Militärstrategie gibt es Parallelen zwischen Mudschaheddin und Linksrevolutionären. Der Weggefährte Bin Ladens, Abu Musab al-Suri, bezieht sich in seinem Buch *The Global Islamic Resistance Call* (2005) auf Mao Tse Tung, Che Guevara, den vietnamesischen General Giap und Fidel Castro. Sein Kalkül: Als Reaktion auf islamistischen Terror entsteht eine rechtsreaktionäre Gegenbewegung, welche die Konfrontation mit den Dschihadisten sucht und dadurch Europa destabilisiert. …<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 22. August 2017: >>**Amtsgericht Hakenkreuz-Urteil gegen Stürzenberger**
Der vom Verfassungsschutz als islamfeindlich eingestufte Politiker und Blog-Schreiber Michael Stürzenberger ist jetzt vom Münchner Amtsgericht zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Der Münchner hatte im Sommer vergangenen Jahres in sozialen Netzwerken einen Text veröffentlicht, mit dem er laut Anklageschrift den Islam als faschistische Ideologie bezeichnete und dies als Tatsache darstellte.
Am Ende seiner Ausführungen war ein Bild zu sehen, das einen Mann mit einer Hakenkreuz-Armbinde zeigt. Das Gericht sah in den Veröffentlichungen eine Beschimpfung von Bekennt-

nissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungen in Tateinheit mit dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und verurteilte Stürzenberger zu einer Haftstrafe auf Bewährung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 23. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Heute Ceuta, morgen Ihr Haus!**

In der spanischen Exklave Ceuta gelang mehr als 200 jungen afrikanischen Männern ein "gelungener Grenzübertritt" ('Welt'). Der 'Spiegel' schrieb von einem "erfolgreichen Massenansturm". Tatsächlich haben die Eindringlinge den spanischen Grenzposten gestürmt, dabei einem Polizisten, der nicht rechtzeitig zur Seite springen konnte, das Bein gebrochen und sind anschließend unter Siegesgebrüll durch den Ort gezogen.

Die spanische Regierung hat nicht etwa sofort Polizeiverstärkung geschickt, um die Illegalen wieder aus dem Land zu werfen; nein, die jungen Afrikaner haben es geschafft: sie dürfen bleiben und werden rundum versorgt. Während bislang Grenzverletzungen durch ein Überklettern des Zaunes verübt wurden, wird nun ganz offen und ungeniert die Grenzstation durchschritten: legal, illegal, scheißegal.

Die Eindringlinge wissen ganz genau: Europa ist so unglaublich schwach, daß es die Gesetzesbrecher belohnt. Sie bekommen, was sie wollen, wenn sie nur das Gesetz brechen. Heute Einlaß nach Spanien und Versorgung - und morgen? Ihr Haus, Ihre Frau, Ihr Vermögen?

Ein offener Angriff auf eine Grenzstation und ein gewaltsames Eindringen ins Land war früher auch hier und ist heute im Rest der Welt ein kriegerischer Akt, der notfalls militärisch abgewehrt werden muß. Im spätdekadenten Westeuropa ist es die Berechtigung zur Teilhabe am Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. September 2017: >>**Großmoschee in Sulzbach**

Der saarländische Ort droht zur Salafistenhochburg zu werden

Die alte Post im saarländischen Sulzbach soll zur größten salafistischen Moschee in Deutschlands Südwesten umgebaut werden. Der geplante Umbau, den der Stadtrat und die zuständige Baubehörde bereits durchgewinkt haben, erregt jetzt die Gemüter im sonst eher beschaulichen kleinsten der bundesdeutschen Flächenstaaten. Träger der geplanten Moschee ist nämlich die Islamische Gemeinde Saar (IGS), die bereits in Saarbrückens Stadtteil Burbach und für die arabischen Medizinstudenten in Homburg zwei arabischsprachige Moscheen betreibt, die in der Vergangenheit öfters wegen Haßpredigten für Aufsehen gesorgt haben.

So hatte ein Gastprediger aus Jordanien 2016 in der IGS-Moschee in Burbach Folgendes gepredigt: "Der Prophet hat uns die Eroberung von Konstantinopel prophezeit, dieses wurde 800 Jahre nach ihm erobert. Wir werden Rom erobern, wie es der Prophet uns prophezeit hat, mit Zustimmung derer oder zum Trotz." Die Predigt wurde auf der Webseite des "Middle East Media Research Institute" (Memri), einer Organisation, die islamische Medien beobachtet mit dem Ziel, islamistische Positionen zu dokumentieren, festgehalten. Rom ist für Islamisten ein Symbol für "den Westen" und zudem als Hauptstadt der Katholiken ein besonderes Feindbild für den radikalen Islam.

800 Quadratmeter Fläche stehen im alten Postgebäude in Sulzbach für das islamische Zentrum zur Verfügung, das 200 Besuchern Platz bieten soll. 600.000 Euro veranschlagt die muslimische Gemeinde für den Umbau. Woher das Geld kommt, sagt sie nicht.

Daß die alte Post überhaupt in den Besitz des zwielichtigen Trägervereins kommen konnte, liegt am Bürgermeister der Stadt, Michael Adam. Der Christdemokrat hatte vom Vorkaufsrecht der Stadt keinen Gebrauch gemacht. Das werfen immer mehr besorgte Bürger ihrem Bürgermeister nun vor. Dieses gilt um so mehr, als es in Sulzbach ohnehin schon seit Langem eine stadtbekannte salafistische Szene gibt.

Der CDU-Bürgermeister erhält jedoch Rückendeckung vom SPD-Stadtverbandsvorsitzenden

Dieter Heckmann, der ein naives Islamverständnis hat und von einem toleranten, friedlichen Miteinander träumt. Diesen Traum trennen leider Welten von den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes. Selbst die dem linken Spektrum zugeordnete "Aktion 3. Welt Saar" hatte vor der IGS gewarnt und in einer spektakulären Stellungnahme nach dem "Charlie Hebdo"-Attentat 2015 klargestellt, daß es zwar moderate Muslime gibt, aber der Islam nicht moderat ist.
Seitdem in Sulzbach ein ägyptischer Gastimam konservativ denkende Muslime über die Landesgrenzen des Saarlandes hinaus anzieht, fürchten viele Sulzbacher, daß der Postumbau diese Attraktivität noch steigern wird. Abgesehen vom Umbau der alten Post in eine Moschee und ein Islamzentrum plant die 2010 gegründete IGS auch noch, die bereits seit den 1970er Jahren bestehende Moschee in Brefeld, einem rund zur Hälfte von Türkischstämmigen bewohnten Stadtteil Sulzbachs, zum Salafismus zu bekehren.
Die etwa 60 Mitglieder der IGS werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Allerdings heißt es im letzten Lagebericht der Behörde, daß die Sulzbacher Salafisten nicht missionarisch unterwegs seien.<<
Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 6. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Das Özoguz-Paradox**
"In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht", schrieb Kurt Tucholsky. Und der politisch-mediale Komplex bestätigt es.
Der AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland erklärte, daß er die "Integrationsbeauftragte der Bundesregierung", Aydan Özoguz (SPD), am liebsten "in Anatolien entsorgen" wolle. Grund dafür ist Özoguz Postulat: "Eine spezifisch deutsche Kultur ist jenseits der Sprache nicht feststellbar." Özoguz behauptet übrigens noch anderes. So trat sie den Bestrebungen zum Verbot von Kinderehen entgegen, findet es aber völlig in Ordnung, wenn angeblich politisch Verfolgte in ihren Heimatländern Urlaub machen. Sie agiert insgesamt weniger als Integrations- denn als Islamisierungsbeauftragte.
Statt sich mit dieser furchtbaren Frau auseinanderzusetzen, fielen Politiker und ihre Hofberichterstatter über Gauland her, weil er "entsorgen" gesagt hatte. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs etwa nannte Gauland einen "widerlichen senilen Hetzer". Kahrs wünschte sich allerdings unlängst selbst "Merkel zu entsorgen".
Da wunderte sich dann auch die liberale 'NZZ' aus Zürich: "Wenn eine Person, die den Staat repräsentieren sollte, die eigene Kultur verneint, dann ist es verständlich, wenn man sie sich nicht als Ministerin wünscht." Daß es in Deutschland anders ist, hat, so die Schweizer, einen einfachen Grund: "Die deutsche Selbstaufgabe. Das ist das deutsche Paradox: die penetrante Selbstverleugnung bei gleichzeitiger Anerkennung der anderen." Und das wird auch ein Alexander Gauland noch sagen dürfen!<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. September 2017: >>**Dschihad erobert die Gefängnisse**
Radikale Moslems rekrutieren in deutschen Haftanstalten immer mehr neue Anhänger
Das Bundeskriminalamt gibt Berlins Justizvollzugsbeamten in einem Leitfaden nun Hinweise zum Umgang mit radikalen Moslems. Die Aktion enthüllt: Inhaftierte Dschihadisten werden zunehmend zu einem Sicherheitsproblem in den Gefängnissen der Hauptstadt.
In ganz Deutschland werden Vollzugsbeamte mittlerweile im Umgang mit radikal-islamischen Häftlingen geschult. Als Warnsignale für eine Radikalisierung gelten Symbole von Terrorgruppen ebenso wie bestimmte Gesten, Bekleidung, Barttracht oder Namensänderungen. Laut einem Bericht der Zeitung "BZ" ist Mitarbeitern des Berliner Strafvollzugs nun eine als Verschlußsache deklarierte Ausarbeitung des Bundeskriminalamtes (BKA) ausgehändigt worden, die eine Reihe von Hinweisen zu radikalen Moslems liefert.

Sensibilisiert werden die Beamten darin, Veränderungen wahrzunehmen, die auf eine Radikalisierung von Gefangenen hindeuten. Berlin ist mit seinen mehr als 40 inhaftierten radikalen Muslimen nicht allein betroffen. Insgesamt sitzen deutschlandweit derzeit etwa 300 Personen, die die Behörden dieser Gruppe zuordnen, hinter Gefängnismauern.
Neben Berlin werden auch aus Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen zweistellige Zahlen von inhaftierten radikalen Moslems gemeldet. Die Zahl könnte schon bald rapide steigen. Generalbundesanwalt Peter Frank äußerte im August in einem Interview mit dem Berliner "Tagesspiegel", er rechne allein 2017 mit 500 bis 600 Prozessen gegen Terror-Beschuldigte. Im Vorjahr seien knapp 240 neue Verfahren gegen radikale Moslems eröffnet worden, wobei es sich bei mehr als 80 Prozent um Fälle "aus dem Phänomenbereich des islamistischen Terrorismus" gehandelt habe.
Auch vom Bundeskriminalamt kommen alarmierende Zahlen. Die Behörde ermittelt mittlerweile gegen mehr als 400 Personen wegen des Verdachts, sie seien Mitglieder von Dschihad-Gruppen gewesen, bevor sie als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind.
Schon die derzeit in Haft sitzenden radikalen Moslems stellen die Behörden vor Probleme. Die verstärkte Beobachtung der Gefangenen erfordert Vollzugspersonal, das nicht nur in Berlin oftmals knapp ist. Eine andere Sicherheitsmaßnahme droht wiederum eine verhängnisvolle Langzeitwirkung zu entfalten. Bundesweit ist es mittlerweile üblich, radikale Moslems voneinander getrennt unterzubringen. Laut einer Auskunft des Berliner Senats soll damit einer "gegenseitigen Bestärkung in der radikalen Gesinnung" entgegengewirkt werden.
Längst haben Terrorgruppen wie der Islamische Staat allerdings erkannt, welches Rekrutierungspotential auch ganz gewöhnliche Kriminelle darstellen. Hinter vielen Gefängnismauern ist damit ein besonders brisanter Mix zustande gekommen: Der Fanatismus von radikalen Moslems in Kombination mit der kriminellen Energie von Drogendealern, Schlägern und Intensivtätern. Forscher am Londoner King's College haben sich systematisch mit diesem Phänomen beschäftigt und im vergangenen Jahr eine Studie veröffentlicht.
Die Auswertung der Werdegänge von Dschihadisten läßt demnach darauf schließen, daß sich mehr als ein Viertel von ihnen während eines Gefängnisaufenthalts radikalisiert hat. Untersucht hatten die Wissenschaftler die Fälle von 79 radikalen Moslems in mehreren europäischen Ländern. Bei mindestens 27 Prozent der Untersuchten ist von einer Radikalisierung während der Haft auszugehen. 57 Prozent der Untersuchten waren vor ihrer Radikalisierung bereits inhaftiert gewesen.
Zu befürchten ist, daß sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren noch massiv verstärkt. Die deutsche Justiz bislang hat sehr unterschiedliche Signale ausgesendet, wenn es um die Abschiebung von Terrorverdächtigen ging. Erst im August billigte das Bundesverwaltungsgericht in zwei Grundsatzentscheidungen die Abschiebung von Terrorverdächtigen aus Deutschland. Grundlage der Entscheidung war der Paragraph 58a des Aufenthaltsgesetzes. Diese bislang kaum angewendete Regelung erlaubt eine Abschiebung auf Grundlage einer auf "Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr".
Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main entschied dagegen im Juli, daß ein terrorverdächtiger Tunesier nicht abgeschoben werden darf. Der Mann war bei einer Razzia in der radikalen Moslemszene festgenommen worden und steht sogar im Verdacht, im Auftrag des Islamischen Staates einen Anschlag in Deutschland vorbereitet zu haben.
Das Gericht begründete seine Entscheidung mit Zweifeln, ob den Tunesier in seinem Heimatland ein hinreichender Schutz vor der Todesstrafe erwarte. Diese Entscheidung dürfte nicht nur für Tunesien Bedeutung haben, sondern vermutlich auch im Hinblick auf viele andere Herkunftsländer von radikalen Moslems. Verschärfend kommt hinzu, daß das Potential von gewaltbereiten Dschihadisten in ganz Europa inzwischen riesige Ausmaße angenommen hat.

Der Antiterrorkoordinator der EU, Gilles de Kerchove, sprach gegenüber der spanischen Tageszeitung "El Mundo" unlängst davon, in Europa lebten mittlerweile mehr als 50.000 Dschihadisten.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 19. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Merkels Monumentum Ancyranum**

Der römische Kaiser Augustus schrieb nach fast 40 Jahren in seinem Rechenschaftsbericht Monumentum Ancyranum: Ich habe ein rotes Rom übernommen und ein weißes hinterlassen. Marmor statt Ziegel eben!! Zwölf Jahre Merkel? Zwölf Jahre auf die Zwölf: Sie hat Deutschland übernommen und Germoney daraus gemacht.

Merkels "Monumentum Ancyranum": Sie hat Deutschlands Grenzen abgeschafft. Jeder darf rein, keiner muß mehr raus. Allein in den letzten zwei Jahren kamen 1,5 Millionen zu Fuß. Die nächsten "bis zu" 1,5 Millionen wurden gerade mit Macrönchen ganz süß eingeladen. Demnächst erst mal 3 Millionen von Erdowahn. Dann Afrika! In Libyen haben schon 3,5 Millionen die Reisetickets bezahlt. Sind ja erst 10 Millionen insgesamt da in Germoney …

Paßt doch alles, "Bio-Deutsche" sind eh nur jene, die schon länger hier leben. Und die haben nicht mal eine "spezifische Kultur", keine eigene Identität. Merkels türkische Staatssekretärin Özoguz hat's geprüft!! Eine GRÜNE Vizepräsidentin des Bundestages "weiß" sogar, daß "Schweine-Deutschland" nach dem Krieg von Türken wieder aufgebaut wurde, nicht von Trümmerfrauen und Kriegsheimkehrern.

Merkels Bilanz ansonsten: Die Kriminalität stieg allein in den letzten beiden Jahren um 54,8 bis 76,3 Prozent. Die Hauseinbrüche sind in den letzten zehn Jahren von 108.000 auf 151.000 explodiert. In deutschen Gefängnissen wird längst über 50 Prozent türkisch, kurdisch, arabisch, afghanisch, irakisch gesprochen.

Aber Merkel hat (dank SPD-Schröder) die Arbeitslosigkeit auf 3,9 Prozent halbiert. Und Merkel haben es über 350.000 zu danken, daß sie sogar zwei bis drei Jobs haben. Reicht zwar trotzdem oft nicht für die Miete, aber Deutschland hat keine Armut mehr. Nur ein paar Tausend Rentner, die Mülltonnen nach Essen durchwühlen oder Pfandflaschen sammeln. Irgendwoher muß die "Kanzlerin" ja die 30 Milliarden für ihre südländischen Dauer-Gäste hernehmen.

Jedenfalls hat Deutschland endlich wieder ein freundliches Gesicht, in dem Merkel mit rund 25.000 Euro monatlich "leben kann". Daß England und Amerika wieder Angst vor Deutschland haben, diesmal vor dem teutonischen Tugend-Terror, liegt nur an Brexäcken und alten, weißen Männern. Gut, daß es bald keine Deutschen mehr gibt. Dann klappt's auch wieder mit den Nachbarn …<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 22. September 2017: >>**Flüchtlingskrise 2015 Gutachten sieht unklare Rechtsgrundlage für Grenzöffnung**

Von Robin Alexander

Geschah die Grenzöffnung ohne rechtliche Grundlage?

Im September 2015 entschied Angela Merkel, die Grenzen nach Deutschland zu öffnen. Ein Gutachten der wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zweifelt nun die rechtliche Grundlage für diesen Schritt an.

Bis jetzt ist die Rechtsgrundlage, auf der die Einreise von Asylsuchenden im Herbst 2015 genehmigt wurde, nicht geklärt.

- Das haben Juristen der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages festgestellt.
- Eigentlich hätten die aus dem sicheren Drittstaat Österreich kommenden Flüchtlinge abgewiesen werden müssen.

Warum das wichtig ist:

Das Gutachten ist brisant, weil FDP und AfD angekündigt haben, nach einem möglichen Einzug in den Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Flüchtlingspolitik Merkels einzu-

setzen.
Wenige Tage vor der Bundestagswahl sorgt ein Gutachten zur Flüchtlingskrise für Aufregung. Ausgerechnet die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages stellen darin die Frage, ob das Parlament im Herbst 2015 nicht über den Massenzuzug hätte abstimmen müssen. Die Juristen des Parlaments stellen fest, daß die Bundesregierung bis heute nicht erklärt hat, auf welcher Rechtsgrundlage sie damals entschied. Das Gutachten liegt der WELT vor.
Unter Verweis auf "Wesentlichkeitslehre" und das "Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip" sei der Gesetzgeber verpflichtet, "in grundlegenden normativen Bereichen … alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen", argumentieren die Juristen. Die Frage, ob die Massenaufnahme der Flüchtlinge eine "wesentliche" Entscheidung war, beantworten die zur strikten Neutralität verpflichteten Wissenschaftler nicht explizit.
Statt dessen verweisen sie auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Familiennachzug: Demnach "… obliegt es der Entscheidung der Legislative … ob und bei welchem Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtbevölkerung die Zuwanderung von Ausländern ins Bundesgebiet begrenzt wird". Also hätte das Parlament sehr wohl entscheiden müssen.
Lesen Sie hier Details aus dem Gutachten
Dies aber ist nie geschehen. Tatsächlich war die als "Grenzöffnung" empfundene Massenaufnahme von Flüchtlingen am 4. September 2015 von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur nach Rücksprache mit einzelnen Ministern erfolgt. Auch nachträglich stimmte das Parlament nie darüber ab.
Das Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste führt weiter aus, daß die Bundesregierung bisher keine Angaben über die rechtliche Grundlage ihrer Entscheidung gemacht habe. Eigentlich hätten die aus dem sicheren Drittstaat Österreich kommenden Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen werden müssen.
Eine Ausnahme von dieser "Pflicht zur Einreiseverweigerung" sei bei "Vorliegen einer entsprechenden Anordnung des Bundesministeriums des Inneren" möglich. Eine solche Anordnung gab es jedoch nicht. Auch das sogenannte Selbsteintrittsrecht, mit dem Deutschland Asylbewerber aufnehmen kann, die eigentlich in anderen Ländern bleiben müssen, ist nie von der Bundesregierung offiziell in Anspruch genommen worden.
Das Gutachten ist brisant, weil sowohl die FDP als auch die AfD angekündigt haben, nach einem möglichen Einzug in den Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Flüchtlingspolitik Merkels einzusetzen.
Doch auch die Linke dringt auf Aufklärung. Die Abgeordnete Sevim Dagdelen, auf deren Auftrag das Gutachten zurückgeht, kommentiert: "Die Kanzlerin sollte aus Respekt vor dem Bundestag dazu Stellung nehmen." Es sei richtig gewesen, 2015 "Menschen zu helfen". Das Gutachten zeige aber, wie bedenkenlos Merkel und ihr Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) damals vorgegangen seien und so am Ende die AfD gestärkt hätten. "Leider haben sie weder den Bundestag noch die Nachbarländer in den Entscheidungsprozeß einbezogen."
BAMF hat Probleme bei Kontrolle von 85.000 Asylanträgen
Die groß angekündigte Überprüfung Tausender Flüchtlinge, die sich möglicherweise ihren Aufenthalt erschlichen haben, entpuppt sich nach einem "Spiegel"-Bericht als Reinfall. Probleme gibt es bei rund 85.000 Asylanträgen.<<
Die schweizerische Tageszeitung "Tagblatt" berichtete am 30. September 2017: >>**Thilo Sarrazin: "Merkel hat nichts verstanden"**
Thilo Sarrazin gehört zu den umstrittensten Figuren Deutschlands. Der Ökonom erklärt, warum selbst in linken Städten 10 Prozent AfD wählen und warum er in Berlin nachts nicht mehr U-Bahn fährt.
Interview: Jürg Ackermann
Jürg Ackermann: Thilo Sarrazin, Sie sind seit 44 Jahren SPD-Mitglied. Haben Sie Ihre Partei

gewählt oder die AfD?
Thilo Sarrazin: Die Wahl ist geheim. Daran halte ich mich aus Prinzip.
Jürg Ackermann: Wenn Sie uns nicht sagen, wen Sie bevorzugen: Was ist Ihre wichtigste Erkenntnis aus den Wahlen?
Thilo Sarrazin: Deutschland war bisher das einzige Land in Europa, das keine nationalkonservative oder rechtspopulistische Partei hatte. Diese Sonderstellung ist jetzt Geschichte. Die AfD ist überall: Selbst in links regierten Städten wie Hamburg, Bremen und Berlin hat sie zwischen 8 und 12 Prozent der Stimmen erhalten. Und in Bayern und vor allem im Osten ist sie noch stärker. Die AfD ist gekommen, um zu bleiben.
Jürg Ackermann: Was macht Sie so sicher? Seit Sonntag ist kein Tag vergangen, an dem es bei der AfD nicht gekracht hätte.
Thilo Sarrazin: In neuen Parteien tummeln sich Chaoten und Egozentriker. Das ist normal. Auch die Grünen haben solche Phasen durchlebt. Frau Petrys Auftritt am Montag und ihr späterer Parteiaustritt sprechen Bände. In allen etablierten Parteien wäre das so nicht möglich gewesen, weil es nicht den Regeln des sozialen Umgangs entspricht. Ich bin gespannt, wie die AfD künftig mit den rechtsextremen Tendenzen umgeht, welche Elemente sie wieder abstößt. Aber das interessiert die AfD-Wähler nur begrenzt.
Jürg Ackermann: Warum?
Thilo Sarrazin: Viele haben nicht darum AfD gewählt, weil sie das Programm der Partei in allen Belangen gut finden, sondern weil sie mit den Antworten nicht zufrieden sind, die die etablierten Parteien auf drängende Probleme geben.
Jürg Ackermann: Überschüsse beim Staat, steigende Einkommen, kaum Arbeitslosigkeit. Deutschland geht es so gut wie nie zuvor. Warum wählen trotzdem viele eine Protestpartei wie die AfD?
Thilo Sarrazin: Das ist überhaupt kein Widerspruch. Natürlich stimmt es, daß es den meisten wirtschaftlich gut geht, daß selbst Hartz-IV-Empfänger vernünftig leben können, aber die Einwanderung oder die steigende Kriminalität sehen sie trotzdem. Deutschland marschiert zwar an der Spitze des technischen Fortschritts mit, wir wissen aber nicht, ob das immer so weitergeht und ob der Wohlstand nicht doch eines Tages gefährdet ist. Und dann gab es vor der Wahl verschiedene Übergriffe und Vergewaltigungen durch Flüchtlinge. Das schafft ein Gefühl der Verunsicherung.
Jürg Ackermann: Damit wären wir bei Ihrem Lieblingsthema, der Zuwanderung, die für alles Schlechte in Deutschland verantwortlich sein soll. Das ist eine sehr einfache These.
Thilo Sarrazin: Nein, Sie müssen die Fakten sehen. Bald schon wird Deutschland jährlich 50 Milliarden für Flüchtlinge und ihren Familiennachzug ausgeben. Der kleine Mann weiß: Diese Gelder müssen irgendwo herkommen. Er hat Angst, daß das den Staat ärmer macht und daß das eines Tages auch ihn betreffen wird, weil sein Lebensstandard zumindest teilweise von staatlichen Leistungen abhängt. Dazu kommt die verstärkte Konkurrenz am unteren Ende des Arbeitsmarkts. Zudem sind die 1,5 Millionen Menschen, die seit 2015 zu uns kamen, zumeist Moslems. Sie sind oft schlecht ausgebildet und vor allem junge Männer um die 20. Im Berliner Jugendknast sind mittlerweile 80 Prozent der Essensausgaben halal, also moslemisch. Das sagt alles über die relative Kriminalitätsverteilung.
Jürg Ackermann: Aber es ist doch absurd, daß die AfD in Bundesländern wie Sachsen am stärksten ist, wo es mit einem Anteil von 4 Prozent kaum Ausländer gibt.
Thilo Sarrazin: Diese Frage geht von einem falschen Ansatz aus. Nehmen wir Sachsen. Ich war vor der Wahl ein paar Mal dort. Es gab auch dort in den letzten Monaten mehr Einbrüche und Vergewaltigungen. Das wirkt besonders bedrohlich, wenn man es vorher so nicht kannte. Und dann gibt es auch die Leute, die nach Berlin fahren und sich sagen, ich will nicht, daß es bei uns jemals solche Zustände gibt.

Jürg Ackermann: Sie wohnen selber in Berlin.
Thilo Sarrazin: Ich persönlich fahre nachts nicht mehr mit der U-Bahn, auch tagsüber meide ich in Berlin gewisse Strecken. Das hat mir die Polizei so geraten. Und das läuft neben der Angst vor Attentaten. Da muß man sich nicht wundern, daß die SPD am Sonntag das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit einfuhr und die CDU derart viele Wählerprozente verlor.
Jürg Ackermann: Die CDU wird an der Macht bleiben. Was erwarten Sie von der wahrscheinlichen Jamaika-Koalition?
Thilo Sarrazin: Der Erfolg der AfD wird im Parteienspektrum auch langfristige Folgen haben. Die rechte Mitte mit CDU und FDP hat ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit verloren, wenn sich die AfD um die 15 Prozent einpendelt. Was das heißt, werden wir bald sehen. Merkel muß zusammen mit den Grünen eine Regierung bilden, die bei Einwanderungsfragen viel weiter links steht als die SPD. Und diese Position muß sie mit der CSU in Einklang bringen, die eine Obergrenze für Einwanderer fordert. Ein schwieriges, ein sehr schwieriges Unterfangen. Weil niemand Neuwahlen will, wird man sich aber wohl trotzdem dazu durchringen.
Jürg Ackermann: Sie sagen, kein Kanzler hinterlasse ein so verheerenderes Erbe wie Merkel. Sie übertreiben maßlos.
Thilo Sarrazin: Nein. Merkel sagt, daß sie nicht erkennen könne, was sie falsch gemacht habe. Sie will nicht verstehen, daß weder der Nahverkehr noch die Digitalisierung die Menschen in erster Linie beschäftigt. Dafür sind die Landkreise oder der Weltmarkt und die Wissenschaft zuständig. Merkel tut so, als ob sie nicht verstanden hätte, was zu den Kernzuständigkeiten einer Zentralregierung gehört. Nämlich darüber zu entscheiden, wer ins Land kommen darf und wer sich hier aufhalten kann. Merkel hat nicht die Deutschen oder das deutsche Volk im Blick, sie verfolgt einen internationalistischen und universalistischen Politikansatz. Das kann man gut oder schlecht finden. Aber viele finden das nicht gut.
Jürg Ackermann: 87 Prozent der Menschen in Deutschland haben nicht AfD gewählt. Diese extremen Positionen sind doch niemals mehrheitsfähig.
Thilo Sarrazin: Man kann sich die Dinge immer schönreden. Die Wahlanalysen haben gezeigt, daß 50 Prozent der Bürger die Themen für wichtig halten, welche die AfD nach vorne stellt. Ich gehe davon aus, daß das Wählerpotential der AfD, wenn sie keine rechtsradikalen Elemente hätte, bei bis zu 30 Prozent liegt, ähnlich der SVP in der Schweiz, dem Front National in Frankreich oder der norwegischen Fortschrittspartei. Jetzt kann man wie Merkel sagen, das macht doch nichts. Wir sind die Mehrheit und regieren weiter, als wäre nichts passiert. Ich finde das jedoch verheerend. Die SPD hat erkannt, daß ihr damit der Untergang droht. Darum geht sie in die Opposition.
Jürg Ackermann: Aber nochmals: Vielen Deutschen ist es noch nie so gut gegangen wie jetzt - auch dank Merkel.
Thilo Sarrazin: Deutschland hat in der Wirtschaft keine wirklichen Probleme. Das ist in der Tat positiv. Das sollte der Regierung die Zeit und die Kraft geben, sich wichtigen Dingen zu widmen wie etwa der Demographie, der Art der Einwanderung, der kulturellen Überfremdung. Was sollen wir mit Einwanderern tun, wenn sie hier sind? Wie geht es weiter mit Afrika? Damit müßte sie sich befassen, doch Angela Merkel flüchtet sich in ideologische Leerformeln.
Jürg Ackermann: Sie schreiben, Europa schaffe es nicht, seine Außengrenzen zu schützen. Die Zahl der Flüchtlinge ist durch das Eingreifen Italiens im Sommer jedoch stark zurückgegangen. Offenbar kann es Europa doch.
Thilo Sarrazin: Italien hat die Warlords in Libyen bestochen. Europa hat auch gar keine Alternative dazu, weil sich die Bevölkerungsgewichte massiv verschieben werden. In Afrika und in den islamischen Ländern Asiens wächst die Bevölkerung wegen des starken Geburten-

überschusses jede Woche um eine Million Menschen. Zum Vergleich: In Europa gibt es jedes Jahr fünf Millionen Geburten. Diese Zahlen zeigen, daß eine Einwanderungsrate, die arme Länder im Süden wirksam entlastet, für uns gar nicht verkraftbar wäre. Darum ist es so wichtig, daß wir die Einwanderung kontrollieren.
Jürg Ackermann: Europa schrumpft, weil die Geburtenraten nicht hoch genug sind. Wir sind auf Einwanderung angewiesen.
Thilo Sarrazin: Nur eine Einwanderung von Qualifizierten, die wir selber steuern, leistet einen wirtschaftlichen Lösungsbeitrag. So wie das Länder wie Singapur, Australien oder Kanada tun. Viele Studien zeigen, daß fast alle Afrikaner, die nach Europa kommen, auch hier bleiben, weil es keine Rückführungsabkommen gibt, die funktionieren. Staaten wie Nigeria oder Eritrea sind auf Devisen aus Europa angewiesen. Darum schicken sie junge Männer hierher.
Jürg Ackermann: Nach Deutschland wandern aber kaum Afrikaner ein, sondern Menschen aus Syrien oder Afghanistan, die vor einem Krieg flüchten.
Thilo Sarrazin: Das wissen wir überhaupt nicht. Viele Einwanderer kamen ohne Pässe. Das waren längst nicht alles Syrer, sondern auch viele Nordafrikaner. Eine zuverlässige Identifizierung ist oft nicht möglich. Zudem sind nicht alle Syrer oder Afghanen Flüchtlinge, es gibt auch dort Gebiete ohne Krieg - und fast immer kommen sie aus sicheren Herkunftsländern wie der Türkei oder Jordanien. Bei über 90 Prozent besteht das Wanderungsmotiv in den besseren Lebensverhältnissen.
Jürg Ackermann: Wollen Sie Länder wie Jordanien oder Türkei mit dem Flüchtlingsproblem allein lassen?
Thilo Sarrazin: Natürlich müssen wir helfen. Dafür haben wir auch die UNHCR, die Flüchtlingsorganisation der UNO, die solche Lager betreut. Wir müssen dafür sorgen, daß es hier genug Geld gibt.
Jürg Ackermann: Würden Sie als junger Eritreer oder Nigerianer auch so denken?
Thilo Sarrazin: Ich verstehe jeden Flüchtling, jeden individuellen Grund für Flucht: Wenn junge Menschen in einem Staat ohne Perspektiven leben und von einem Land hören, in dem aus ihrer Sicht Milch und Honig fließt. Das können wir ihnen doch auch überhaupt nicht vorwerfen. Wir können nur uns vorwerfen, daß wir diese Leute anlocken und damit die Probleme nicht lösen, die in den Herkunftsländern gelöst werden müßten. Wenn sich in einem Land etwas zum Besseren ändern soll, dann dürfen diejenigen, die das wollen, es nicht verlassen.
Jürg Ackermann: Sie sagen, die schwarzafrikanischen Länder seien selber schuld, daß es so schlecht läuft. Aber sie haben mit ihrer Kolonial-Vergangenheit und der vom Westen dominierten, globalisierten Ökonomie die viel schlechteren Startbedingungen.
Thilo Sarrazin: Die Schweiz, Deutschland oder Schweden sind darum reich, weil die Menschen dort die Länder dazu gemacht haben. Weshalb gibt es in Afrika keine Textilindustrie, keinen leichten Maschinenbau, kaum Weiterverarbeitung bei Nahrungsmitteln? Wenn die Menschen gebildet sind, die Regierung nicht korrupt ist und ein gewisser Fleiß herrscht, kann jedes Land in Afrika irgendwann in europäische Verhältnisse aufsteigen. Aber das hören viele nicht gerne. Heute ist Afrika überhaupt nicht eingebunden in die internationale Arbeitsteilung, in die Wertschöpfung. Wenn der Kontinent auf den Mond verschoben würde, würde es in der Weltwirtschaft gar nicht weiter auffallen. Und genau darum braucht es die jungen Afrikaner, die zu uns kommen, vor Ort.
Jürg Ackermann: Neben Afrika sprechen Sie auch den südeuropäischen Ländern die Fähigkeit ab, auf den Märkten wirklich konkurrenzfähig zu sein.
Thilo Sarrazin: Das ist in erster Linie das Problem mit dem Euro. Frankreich und Italien haben gewaltig Marktanteile verloren und Wachstumsverluste erlitten, weil sie seit der Einführung

des Euro ihre Währung nicht mehr abwerten können. Emmanuel Macron versucht jetzt in Frankreich Dinge zu ändern, da kann man ihm nur das Beste wünschen. Gleichzeitig will er, wie diese Woche verkündet, die Transfermechanismen für einen gemeinsamen europäischen Haushalt ändern. Zusätzliche finanzielle Mittel sollen von Deutschland und Nordeuropa nach Süden fließen. Das ist Wasser auf die Mühlen der AfD. Und dürfte Merkel noch viele Probleme bereiten.
Jürg Ackermann: Was sagen Sie zur Idee von Jean-Claude Juncker, den Euro in möglichst allen EU-Staaten einzuführen?
Thilo Sarrazin: Das ist eine Frage der politischen Entscheidungen in den einzelnen Ländern. Aber ich bin mir sicher, viele werden Junckers Wunsch nicht erfüllen. Die Dänen geben ihre Währung nicht auf, ebenso wenig die Schweden. Sie sind mit ihrer Krone gut gefahren. Und in Ungarn, Tschechien und Polen müßten sich die politischen Machtverhältnisse ändern, was im Moment kaum denkbar ist, damit diese Idee eine Chance hätte. Dazu würde ich ihnen auch gar nicht raten. Diese Länder brauchen den Euro nicht. Die unterschiedlichen Währungen sind überhaupt kein Hindernis für einen dynamischen Austausch von Waren.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Oktober 2017: >>**Dreiste Mogelpackung**
Die Unverfrorenheit, mit der die Kanzlerin und vor allem CSU-Chef Horst Seehofer die Wähler mit ihrem faulen Kompromiß zur angeblichen "Obergrenze" für die Aufnahme sogenannter "Flüchtlinge" für dumm verkaufen wollen, sucht ihresgleichen. Schon der Begriff ist ein Etikettenschwindel. Ginge es nur um tatsächlich Verfolgte und Asylberechtigte, bräuchte man gar nicht darüber zu reden: Das betraf im vergangenen Jahr keine tausend von den Hunderttausenden, die über die Grenzen geströmt sind.
Es geht also um irreführend als "Flüchtlinge" deklarierte illegale Einwanderer. Mit allerlei Rechentricks - Abgeschobene, freiwillig Ausreisende, in der EU Umverteilte und Antragsteller aus zurückliegenden Jahren sollen herausfallen - will man suggerieren, ihre Zahl solle zweihunderttausend im Jahr nicht überschreiten. Nur damit Horst Seehofer diese willkürlich aus der Luft gegriffene Marke zu Hause als Erfolg verkaufen kann.
Selbst das würde bedeuten, daß Jahr für Jahr die Einwohnerzahl einer Großstadt wie Kassel oder Rostock in die Sozialsysteme einwandern würde - mehr als viermal so viele wie die USA aufzunehmen gedenken, für die die jährliche Festsetzung von Obergrenzen nach dem Maß des Verkraftbaren offenbar kein Problem darstellt.
Aber dabei wird es nicht bleiben. Zahlreiche Migrantenströme sind in der Rechnung gar nicht enthalten: die hunderttausendfache EU-Binnenzuwanderung aus Rumänien und Bulgarien etwa oder die großzügig verteilten Visa für Einwanderer vom Westbalkan, die den massenhaften Asylmißbrauch eindämmen sollten - Zehntausende sind seit Jahresbeginn allein auf diesem Weg gekommen.
Die Obergrenze wird zur Farce
Zudem ist der Formelkompromiß der Unionsparteien nur eine unverbindliche Absichtserklärung. "Wir wollen erreichen", heißt es in der zentralen Passage; da ist das Verfallsdatum zu Beginn der Koalitionsverhandlungen mit den Grünen schon eingepreist. Und jenseits aller Rechenkunststückchen wird nach wie vor niemand an der Grenze abgewiesen. Wer sie überschreitet und "Asyl" sagt, bekommt ein Verfahren, mit dem er sich den Aufenthalt ersitzen kann.
Ohne wirksame Schließung der Grenzen ist jede vorgebliche "Begrenzung" eine Farce. Wie gehabt, will man sich von anderen abhängig machen: von europäischer Grenzsicherung, von nebulöser "Bekämpfung von Fluchtursachen" in den Herkunftsländern oder von fragwürdigen Abkommen wie dem Türkei-Deal. Das CDU/CSU-"Regelwerk zur Migration" ist somit ein Schönwetterpapier, das spätestens dann zur Makulatur wird, wenn die nächste Einwande-

rungswelle vor der Tür steht. Sollte das "wider Erwarten" eintreten, werden Bundesregierung und Bundestag eben "geeignete Anpassungen" beschließen.
Im Klartext: Die genannte Phantasiezahl gilt so lange, bis sie erreicht wird. Einen Plan für den Ernstfall will man heute wie damals nicht; das Unionspapier ist ein Dokument fortgesetzter Realitätsverweigerung und Lernresistenz. Was noch schwerer wiegt ist die Arroganz, mit der sich zwei Parteichefs anmaßen, durch einen einsamen Beschluß mal eben bestehendes Verfassungs- und Europarecht zum Asylverfahren zu entsorgen. Nach dem geltenden, von der Regierung Merkel schlicht nicht mehr angewendeten Artikel 16a des Grundgesetzes gilt für illegale Einwanderer, die als "Asylbewerber" über sichere Drittstaaten kommen, nämlich "Obergrenze null". Seehofer und Merkel machen daraus per Federstrich "200.000 plus X".
Ihr Kompromiß bedeutet de facto die Legalisierung illegaler Einwanderung über Pseudokontingente. Und nebenbei erledigen sie auch noch das Dublin-System und das europäische Asylrecht, das sie für reformbedürftig erklären. Wie Hohn muß auf rechtstreue Bürger die Ankündigung wirken, man wolle die "Anstrengungen verstärken", um "vollziehbar Ausreisepflichtige schnellstmöglich zurückzuführen". Obwohl die Zahl der abgelehnten Asylanträge in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen ist, stagniert die Zahl der Abschiebungen und dürfte in diesem Jahr sogar zurückgehen.

Einige Bundesländer begehen massiven Rechtsbruch

Faktisch finden Abschiebungen kaum noch statt und werden in einigen Bundesländern wie Berlin oder Thüringen offen sabotiert. Zu diesem staatlich geförderten Rechtsbruch fällt den Unionsparteien nichts ein. Und wenn doch, änderte dies nach dem faulen Kompromiß doch nichts an der Überlastung von Staat und Sozialkassen: Denn aufgrund des kuriosen Aufrechnungssystems, das CDU und CSU sich ausgedacht haben, dürfte für jeden abgeschobenen Illegalen ein anderer nachkommen.
Die Ankündigungen, grenznahe Asylzentren einzurichten und die Zahl der sicheren Herkunftsländer auszuweiten, sind durchschaubar lediglich Verhandlungsmasse für die Koalitionsgespräche mit den Grünen, die diese Forderungen strikt ablehnen. Für die FDP ist als Köder eine schwammige Formulierung zur "Fachkräfte"-Zuwanderung gedacht. Auch das ist entweder sinnlos oder eine weitere Hintertür, solange die massive illegale Einwanderung über den Asylmißbrauch nicht abgestellt wird.
Was CDU und CSU da ausgeheckt haben, taugt allenfalls als Einladungsschreiben zu "Jamaika"-Koalitionsverhandlungen, die Angela Merkel noch einmal die Kanzlerschaft retten sollen, löst aber kein einziges Problem. Spätestens wenn die Migrationsströme im nächsten Frühjahr wieder anschwellen, kann Horst Seehofer schon mal überlegen, ob er die "Obergrenze" für das CSU-Ergebnis bei der nächsten bayerischen Landtagswahl von 40 Prozent minus X auf 30 Prozent minus X herabsetzen will.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion**

Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!
Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft" (IW). Es geht davon aus, daß Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.
Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.
Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von

etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.
Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvolker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.

Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands

Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden ein "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz (SPD), der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".
Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.
Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt werden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Wie die Amtskirche vor dem Islam zu Kreuze kriecht**

"In dieser Nacht, noch ehe der Hahn kräht, wirst du mich dreimal verleugnen." - Matthäus 26, Verleugnung des Petrus

Es gibt Fotos, bei denen muß der Betrachter dreimal hinschauen, um die ihnen innewohnende Ungeheuerlichkeit zu erfassen. Und selbst dann noch will man die geradezu perverse Dimension des Gesehenen nicht glauben. So ein Foto entstand vor einem Jahr bei einer Pilgerreise evangelischer und katholischer Bischöfe durch das Heilige Land.
Es zeigt die obersten Repräsentanten der beiden deutschen Amtskirchen vor dem Felsendom in Jerusalem: den Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz; den bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Beide Bischöfe tragen Kleidung, die sie als Männer des Glaubens ausweisen. Das Bemerkenswerte an dem Foto ist allerdings das, was man nicht sieht:

Das Kreuz, das die höchsten deutschen Kirchenvertreter sonst um den Hals tragen, fehlt.

Sie haben es sich in einem Akt der Unterwerfung vom Leib gerissen. Denn in der Bildmitte gibt es einen dritten Herrn: Scheich Omar Awadallah Kiswani. Die muslimischen Autoritäten hatten die deutschen Würdenträger gebeten, das Symbol ihres Glaubens abzulegen, um die religiösen Gefühle des Scheichs nicht zu verletzen. Einer Aufforderung, der die beiden christlichen Würdenträger eilfertig und devot nachkamen. Wochenlang machten danach Gläubige ihrer Empörung, ihrem Entsetzen, im Internet Luft.

Ein Jahr später folgte ein weiterer tiefer Bückling vor dem Islam:

Beim ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit im Mainzer Dom führte eine Muslima den Ein- und Auszug der Gläubigen beider christlichen Kirchen an. Während des Gottesdienstes im Angesicht des gekreuzigten Jesus Christus durfte sie "die Barmherzigkeit und die allumfassende Liebe Allahs zu uns Menschen" preisen. Kein Wort darüber, daß im Namen Allahs hunderttausende Christen in islamischen Ländern blutig verfolgt und ihre Gotteshäuser niedergebrannt werden; daß der Terror im Namen Allahs ("Allahu Akbar") jedes Jahr in Europa die Menschen in Angst und Schrecken versetzt.
Es sind dies zwei Beispiele von vielen, die in erschreckender Weise davon Zeugnis ablegen, wie die deutschen Amtskirchen vor dem Islam im wahrsten Sinne des Wortes zu Kreuze

kriechen. Lebte Peter Scholl-Latour noch, er würde sich auf tragische Weise bestätigt sehen: "Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt."
Keiner wirft sich dabei so tief in den Staub wie die beiden Gutmenschen Marx und Bedford-Strohm. Statt sich zu fragen, warum ihre Gotteshäuser oft gähnend leer sind, scheint den beiden Kirchenfürsten offenbar mehr daran gelegen, die Moscheen in Deutschland zu füllen. So sprach sich Marx in kaum unterdrückter Vorfreude auf eine Jamaika-Koalition für einen weitreichenden Anspruch auf Familiennachzug aus. Eine "Obergrenze für Flüchtlinge" - so etwas kann sich ohnehin nur der Leibhaftige ausgedacht haben!
Ist der Leibhaftige womöglich in den Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki gefahren? Der mächtige Kölner Kirchenfürst, der einst dem konservativen Flügel der Amtskirche zugerechnet wurde, verstieg sich unlängst zu dem Satz:
"Wer 'Ja' zu Kirchtürmen sagt, der muß auch 'Ja' sagen zum Minarett."
Bedford-Strohm will, daß der Islam "flächendeckend" an öffentlichen Schulen gelehrt wird. Er ist voll der Freude, wenn islamische Funktionäre in evangelischen Gottesdiensten sprechen. Da wundert nicht, daß sich dieser protestantische Amtskirchenfunktionär in ein Gremium zum Bau eines islamischen Zentrums berufen ließ.
Nun ja, hielt doch auch schon dessen Amtsvorgängerin, Margot Käßmann, die Angst vor einer Islamisierung Deutschlands für "Unsinn". Als eine der ersten "Kirchenvertreterinnen" machte sich die evangelische Ex-Bischöfin für eine breite "Willkommenskultur" in Deutschland stark: "Die Kraft ist sicher endlich, aber das Engagement muß es nicht sein. …"
Blicken wir nach Rom: Franz Josef Strauß hätte den politisierenden Papst-Darsteller Franziskus wohl einen "Herz-Jesu-Marxisten" genannt. Flüchtlingsunterkünfte vergleicht das Oberhaupt der Katholiken mit "Konzentrationslagern". Beim Besuch des deutschen Grüßaugust Frank-Walter Steinmeier vorvergangene Woche im Vatikan äußerte sich Franziskus "besorgt" über die hohe Akzeptanz der AfD in der deutschen Bevölkerung.
Dieser Papst, der Muslimen am Gründonnerstag die Füße wäscht, läßt die schleichende Islamisierung des Abendlandes widerspruchslos geschehen. Er verspielt die Autorität, mit der sich Benedikt XVI. Achtung und Respekt im Islam verschafft hatte.
PS: 2016 hielt die hohe Zahl der Kirchenaustritte weiter an. Mehr als 162.000 deutsche Katholiken kehrten ihrer Kirche den Rücken. Die EKD meldete 190.000 Austritte. Es gibt Zahlen, die kommentieren sich selbst.
Dem Gender-Gaga verfallen
Eigentlich sollte der Fall klar sein: Eine irre Theorie, die den Unterschied zwischen Mann und Frau zum bloßen "gesellschaftlichen Konstrukt" erklärt und von mal 60, mal 4.000 oder sonst wie vielen "Geschlechtern" faselt, die man sich nach Belieben aussuchen können soll, widerspricht dem Naturrecht und der Schöpfungsordnung, man könnte auch sagen:
Der Realität. Die christlichen Kirchen sollten daher schon aus ihrem Selbstverständnis entschiedene Gegner von Gender-Gaga und der dahinterstehenden menschenfeindlichen Ideologie sein. Eigentlich.
Tatsächlich pfeifen die beiden Amtskirchen auch hier die Zeitgeist-Melodie. Die katholische Deutsche Bischofskonferenz verordnet sich "Geschlechtersensibilität" und verharmlost mit Tagungen und Propagandabroschüren die Gender-Theorie als irgendwas mit Gleichberechtigung. Nur wenige Bischöfe protestieren gegen den Unfug. Und die EKD leistet sich seit etlichen Jahren nicht nur "Frauenquoten", sondern sogar ein ganzes "Studienzentrum für Genderfragen". Der Kirchensteuerzahler hat's ja.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 28. Oktober 2017 (x892/…): >>**2048 - wenn Notre-Dame Moschee ist**
In diesen Tagen geht eine Meldung durch's Internet, daß ein Priester im einstmals erzkatho-

lischen Wallfahrtsort Werl in Westfalen in einem Supermarkt von Moslems übel beschimpft und angegriffen worden sei. Noch vor sehr kurzer Zeit wäre das eine völlig unvorstellbare Meldung gewesen. Und doch hat Jelena Tschudinowa, eine russische Schriftstellerin, schon 2005 einen Roman geschrieben, der Ereignisse und Entwicklungen dieser Art in eine bedrückende, aber nicht hoffnungslose Zukunftsvision weiterdenkt.

Die Hände halten das Buch, es sinkt langsam, man schaut in die Ferne und denkt: "Wie konnte Jelena Tschudinowa vor bereits zwölf Jahren die kommende Entwicklung so deutlich sehen und schildern?" Das Buch heißt "Die Moschee Notre-Dame, Anno 2048" und ist, das schon vorweg, eine ebenso fesselnde wie nachdenklich machende Lektüre.

Nach den aktuellen Entwicklungen seit 2015, die an dieser Stelle gar nicht mehr benannt werden müssen, ist Tschudinowas dystopische Vision ganz und gar nicht mehr so weit entfernt. Sie erzählt von einem Westeuropa, das vom Islam dominiert wird: Notre-Dame ist Moschee, der Papst hat die Kirche aufgelöst, der Petersdom ist Müllkippe für den Abfall Roms. Die Menschen leben in Ghettos, die von Familienclans beherrscht werden.

Wir wollen diese bedrückende Vision nicht weiter ausführen. Viel interessanter ist der Widerstand, den Tschudinowa in den (wortwörtlich - ein gelungenes Bild!) Katakomben von Paris sich organisieren läßt (es stimmt ja, daß der Pariser Untergrund von Gängen und Höhlen durchlöchert ist wie ein Schweizer Käse). Es sind verschiedenste Gruppen, die den Widerstand bilden, und sie werden in ihren jeweiligen Vertretern durchaus glaubhaft dargestellt.

Eine ganz wesentliche Rolle spielt der Widerstand aus religiösen Gründen. Wie gesagt: die offizielle Kirche ist vom Papst aufgelöst worden. Was noch existiert, sind Gruppen von Gläubigen, die sich um die Priester der von Erzbischof Lefebvre gegründeten Priesterbruderschaft St. Pius X. scharen. Und an diesem Beispiel wird der Scharfblick, wird das sichere Urteil der Autorin besonders deutlich.

Eine der Hauptpersonen des Buches, der junge Eugène-Olivier, trifft als Nichtchrist auf diesen katholischen Widerstand: er trifft auf Pater Lotaire, der noch ein Jahr im Seminar der "Piusbrüder" studieren konnte (bevor die Moslems es plünderten). In diesem Priester begegnet ihm die ganze Tradition nicht "nur" der Kirche, sondern jenes Europas, das von eben dieser Kirche geprägt ist. Warum Gott denn diesen Niedergang zugelassen habe, warum er zugelassen habe, daß Notre-Dame zur Moschee wurde, fragt er ihn an einer Stelle.

Und der Priester antwortet, daß dies sicher die Schuld der Vorfahren sei, weil sie das alles zugelassen haben, weil bereits sie Notre-Dame nicht als das Haus Gottes, sondern lediglich als Architekturdenkmal gesehen hatten. Das wiederum ist ein Bild, das so viel weiter greift als "nur" bis Notre-Dame als Gotteshaus: es ist ein Bild für den Glaubensverlust, der nicht erst in unserer Zeit so erdrutschartig zugenommen hat und letztlich der Grund für die Entwicklung ist. Entsprechend Hartes läßt Tschudinowa über eine bestimmte Art von Priestern des 20. Jahrhunderts sagen:

"Ich denke, sie, diese Priester des 20. Jahrhunderts, schmoren in der Hölle, die sie ebenfalls für eine Metapher hielten. Sie haben den Niedergang der römisch-katholischen Kirche zu verantworten und daß sie schließlich aufgehört hat zu existieren. Ihnen ist der närrische Wahlspruch zu verdanken, daß alle im Recht seien, Sie, und Sie und natürlich auch Sie, jeder auf seine eigene Art und Weise."

Genauso analytisch flicht die Autorin andere Ereignisse in die einzelnen Etappen der Entwicklung ein, die im Roman immer deutlicher wird. Fast schon vergessen ist doch heute z.B. die Rolle, die "der Westen" im Krieg gegen Serbien gespielt hat. Der Verfasser dieser Zeilen wurde bei der Lektüre urplötzlich daran erinnert, daß einer seiner Bekannten wegen seiner wohlbegründeten und auf eigener Anschauung beruhenden pro-serbischen Haltung seine hohe Stellung in der französischen Armee verlor, und ähnlich dürfte es vielen anderen Lesern auch gehen: wie viele von den Ereignissen, die zu der im Buch geschilderten Situation führen

können, hat man doch schon in den Tiefen des Gedächtnisses so entlegen archiviert, daß sie kaum noch präsent sind!
Jelena Tschudinowa ist Russin. Ihre Kenntnis Frankreichs, der französischen Mentalität, ihre Wertung dessen, was im "Westen" geschah und geschieht, ist ganz erstaunlich. Und auch, wenn sie nicht orthodox, sondern katholisch ist, erstaunt ihre Kenntnis über die Lage der Kirche und ihre Kenntnis und ihre daraus erfolgende Einschätzung der "Piusbruderschaft", die in katholischen Kreisen des "Westens" durchaus nicht übermäßig bekannt ist.
Man nimmt das Buch wieder auf, das einem niedergesunken ist, sucht die Stelle, an der man die Lektüre unterbrochen hat und freut sich auf die nächsten Kapitel: es ist nämlich keineswegs so, daß dieses Buch eine intellektualistisch überladene, schwer verdauliche Kost ist. Ganz im Gegenteil! Man ist sofort im Geschehen, gespannt auf das, was kommen wird, man lebt in den Ereignissen, in den Umständen, sieht die Personen vor sich, die geschildert werden, man ist gespannt auf das, was sich entwickeln wird. Und man staunt über die logische Konsequenz der Entwicklung, die - mehr sei nicht verraten - nicht sofort im strahlenden Sieg, aber mit einem großen Zeichen der Hoffnung endet.
Der Renovamen-Verlag, der für die Übersetzung und Veröffentlichung dieses bemerkenswerten Buches gesorgt hat, hat damit für die Erfüllung eines Wunsches des berühmten Schriftstellers Jean Raspail gesorgt. Dieser hatte einmal sinngemäß gesagt, er für seinen Teil glaube an ein Weiterleben unserer Zivilisation, und sei es nur in kleinen, isolierten Reservaten, bis es dann eines Tages zum Aufbruch der Wiedereroberung kommen werde. Es sei aber nicht mehr seine Aufgabe, ein Buch zu schreiben, welches eine solche Situation schildert; das müßten nun andere tun.
Uns will es scheinen, als liege dieses Buch nun vor. Die spannende Lektüre sei unbedingt empfohlen, dem Renovamen-Verlag sei für die Veröffentlichung gedankt und dem Buch, das sich bereits in mehreren Ländern seinen Weg gebahnt und erfreulich durchgesetzt hat, sei eine große, eine sehr große Verbreitung gewünscht.
Jelena Tschudinowa: Die Moschee Notre-Dame. Anno 2048. Renovamen-Verlag Bad Schmiedeberg 2017 …<<
Die deutsche Politikerin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 2. November 2017 (x355/36): >>… Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht - die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?<<
Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 8. November 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Kein Familiennachzug sondern Rückkehr zur Familie**
In Deutschland gibt es eine lebhafte Debatte über den Familiennachzug für temporär aufgenommene Flüchtlinge. Wer könnte nicht verstehen, daß Menschen Sehnsucht nach ihrer Familie haben. Zumal, wenn sie unter teils dramatischen oder schmerzlichen Umständen von ihr getrennt wurden.
Viele der in Deutschland aufgenommenen Bürgerkriegsflüchtlinge wünschen sich, daß ihre Familien hierher nach Deutschland kommen dürfen. So verständlich dieser Wunsch ist, so verkehrt wäre es, dem nachzugeben.
Es ist deutlich erkennbar, daß sowohl im Irak als auch in Syrien weite Teile inzwischen vom Terror befreit worden sind. Der UNHCR hat bereits im Juni registriert, daß immer mehr Syrer in ihre Heimat zurückkehren.
Seit 2015 sind bereits rund 250.000 syrische Flüchtlinge, überwiegend aus der Türkei, nach Syrien zurückgekehrt. Auch eine stattliche Anzahl von Irakern hat den Weg in die Heimat

gefunden.
Die Gefahren für Leib und Leben sind deutlich geringer geworden. Auch die politischen Verfolgungen gibt es offenbar in dem Umfang nicht mehr. Wenn selbst Asylberechtigte gehäuft Urlaub in der Heimat machen und dort sogar ihre Hochzeit feiern, so ist das mehr als ein Indiz dafür, daß auch Bürgerkriegsflüchtlinge gefahrlos in ihre Heimat zurückkehren könnten.
Für die Herkunftsländer ist es elementar, daß die Flüchtlinge weitgehend zurückkommen.
Nur mit deren Hilfe lassen sich zerstörte Länder schnell wieder aufbauen.
Das ist offenbar auch dem Syrischen Präsidenten Assad sehr bewußt. Bereits im Mai rief er seine geflüchteten Landsleute auf, in die Heimat zurückzukehren. "Die Regierung wird ihr Möglichstes tun, um die Heimkehr von Flüchtlingen zu befördern", warb er in einem Interview.
Vor diesem Hintergrund wäre es eine grundfalsche Entscheidung der Bundesregierung, einen Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlinge einzuleiten. Noch dazu ohne jede rechtliche Verpflichtung. Vielmehr sollte dafür geworben werden, zur Familie in die Heimat zurückzukehren. Das gilt insbesondere für unbegleitete minderjährige Jugendliche. Es macht keinen Sinn, heute die Familien nach Deutschland zu holen und bei einer endgültigen Befriedung der Herkunftsländer diese Familien dann wieder dorthin zurückzuschicken.
Hinzu kommt, daß es in Deutschland einen zunehmend prekären Wohnungsmarkt gibt. Bereits heute erhalten deutsche Wohnungssuchende, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung finanziell nicht leisten können, seitens des geförderten Wohnungsbaus gehäuft eine Absage mit dem Hinweis, daß jede freie Wohnung an Flüchtlinge vergeben wird.
Dem inneren Frieden in Deutschland dient das mit Sicherheit nicht.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 15. November 2017: >>**"Die Hälfte Araber und Türken, frech wie Sau!"**
Berlin, Hauptstadt des organisierten Verbrechens: Kriminelle Familienclans aus dem Nahen Osten beherrschen ganze Stadtviertel im Westteil. Mehr als ein Dutzend libanesischer Großfamilien sind auf Drogenhandel, Zuhälterei und Eigentumsdelikte spezialisiert. Spektakuläre Kaufhaus-Einbrüche (KaDeWe) und der Goldraub im Bode-Museum gehen auf ihr Konto.
Vor diesem Hintergrund müssen alle Alarmglocken schrillen: Ein Ausbilder der Berliner Polizeiakademie lancierte anonym eine Audiodatei in die Öffentlichkeit. An deren Echtheit besteht kein Zweifel. Der Beamte berichtet über skandalöse Zustände an der Berliner Polizeischule. Er beklagt Haß, Lernverweigerung und Gewalt in einer Klasse, in der viele Polizeischüler mit Migrationshintergrund sitzen. Er schildert Details:
"Ich hab Unterricht gehalten an der Polizeischule. Ich hab noch nie so was erlebt, der Klassenraum sah aus wie Sau, die Hälfte Araber und Türken, frech wie Sau. Dumm. Konnten sich nicht artikulieren."
Der Ausbilder erzählt von deutschen Polizeischülern, denen von Migranten "Schläge angedroht" worden seien. Auch er selbst habe "wirklich Angst vor denen".
Die Anklage des Beamten gipfelt in der Warnung: "Das wird ’ne Zwei-Klassen-Polizei, die korrupt nur sein wird. Das sind keine Kollegen, das ist der Feind. Das ist der Feind in unseren Reihen."
Spinnereien? Hetze gar eines "rechten" Ausbilders? Mitnichten!
Polizeigewerkschafter sind alarmiert. Sie sehen "deutliche Hinweise" auf eine Strategie zur Unterwanderung der Polizei. Arabische Großfamilien versuchen nach Darstellung der Deutschen Polizeigewerkschaft, gezielt Angehörige in die Sicherheitsbehörden einzuschleusen. Der Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Bodo Pfalzgraf, beschreibt das Vorgehen so: "Sie versuchen bestimmte Familienangehörige von Straftaten frei zu halten, um sie dann im öffentlichen Dienst unterbringen zu können. Die haben natürlich ein ganz vitales Interesse daran, genau zu wissen, wo und wie Staat funktioniert, wie Polizei tickt, wann Durchsuch-

ungen stattfinden."
Der politisch verantwortliche Innensenator Andreas Geisel (SPD) wiegelt ab. In einer Sondersitzung des Innenausschusses des Abgeordnetenhauses (Landesparlament) spielte er die Zustände bei der Berliner Polizei herunter: Er sei "verwundert über die Resonanz" auf anonyme Mitteilungen über "Migranten in der Polizei". Die Sprachnachricht sei in einem "rassistischen Tonfall" gehalten, sie bediene "fremdenfeindliche Ressentiments". Wenn der anonyme Ausbilder beklage, daß "diese Polizei" nicht mehr die sei, in die er vor über 30 Jahren eingetreten sei, dann sei das zutreffend, auch Berlin habe sich in diesen Jahrzehnten verändert und "mit der Stadt auch die Polizei."
In der Tat: Inzwischen hat jeder dritte (!) Polizeischüler an der Spree einen sogenannten Migrationshintergrund.
Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis arabisch- und türkischstämmige Cops in der Berliner Polizei den Ton angeben. Polizei-Präsident Klaus Klandt ist sogar "stolz" auf diese Entwicklung.
Der Skandal an der Berliner Polizeischule ist offenbar aber nur die Spitze eines Eisberges. Die Berliner Polizei hat bereits den nächsten Ärger im Zusammenhang mit einer möglichen Unterwanderung durch kriminelle arabische Clans. Diesmal geht es um Geheimnisverrat einer arabisch-stämmigen Studentin, die als Praktikantin bei der Berliner Polizei unterkam. Sie soll Fahndungsbilder aus dem internen Netzwerk der Ermittler abfotografiert und anschließend per WhatsApp verschickt haben.
Und auch aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen mehren sich Hinweise auf eine systematische Unterwanderung der Polizei. Dazu muß man wissen: Migranten werden im schwarz-gelben NRW gezielt als Polizisten angeworben, u.a. mit Flyern in fremdländischen Sprachen. Auf der Internetseite der ›Deutschen Welle‹ wird zu Bewerbungen regelrecht eingeladen: "In Nordrhein-Westfalen etwa kann man auch dann Beamter werden, wenn man kein EU-Bürger ist - sofern man Türke ist oder einer anderen großen Einwanderergruppe angehört."
Der Ausbilder einer westfälischen Polizeischule resigniert: "Die Türken gehen hier wie mit Rasierklingen unter den Armen durch die Gänge, sie rempeln absichtlich deutsche Polizeischüler an und verbreiten eine aggressive Stimmung. Nur intern wird darüber unter vorgehaltener Hand gesprochen. Niemand will hier auffallen und zwangsversetzt werden."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 22. November 2017: >>**Der Staat verliert die Kontrolle über seine Gewalt**
Dimitrios Kisoudis
Der Staat ist Gewaltmonopolist. Recht und Soziales sind nur seine Nebenfunktionen. Deshalb trifft der Polizeiskandal in der Hauptstadt den Staat in seiner Substanz. In ethnisch-religiösen Konflikten droht die staatliche Ordnung zu zerreiben.
Der Staat, wie wir ihn kennen, entsteht nach den Religionskriegen der frühen Neuzeit. Seine Wiege ist der Westfälische Friede von 1648. Die Fürsten der vom Krieg verheerten Länder treffen sich in Münster, um Frieden zu schließen, ihre Völkerrechtler arbeiten die weltliche Ordnung aus. Der Einfluß der Religion auf die Politik wird zurückgedrängt. Ob Krieg oder Frieden, das beeinflussen künftig nicht mehr die Kirchen, sondern das entscheiden die Fürsten.
Die Bürger händigen dem Staat ihre Gewalt aus, dafür verspricht der Staat ihnen Schutz. Er allein hat nun rechtmäßig Gewalt inne, er hat auf sie ein Monopol.
Das Militär und die Polizei sind die wichtigsten Organe des Gewaltmonopolisten. Zwar gehören auch Verwaltung, Gerichte und Parlamente zum modernen Staat, doch ob dieser sein Gewaltmonopol auch geltend machen kann, hängt letztlich an Einrichtungen, die Waffen tragen und Gewalt wortwörtlich ausüben. Militär, das ist Gewalt nach außen. Polizei, Gewalt

nach innen. Beide sichern den Frieden. Erst im 19. Jahrhundert fordert das selbstbewußte Bürgertum, der Staat müsse außerdem Rechtsstaat sein. Die Vorstellung, daß der Staat das soziale Zusammenleben seiner Bürger durch Umverteilung und Rechtsgestaltung zu regulieren habe, kommt erst nach 1949 auf.
Inzwischen haben sich beide Vorstellungen, Rechtsstaat und Sozialstaat, in unseren Köpfen so stark festgesetzt, daß wir vergessen haben: Der Staat ist wesentlich Ordnungsstaat. Wenn Clans, Gangs oder Terrorgruppen neben ihm Gewalt ausüben, dann wird der Staat auch bald die Gerichte, Krankenkassen und auch die Polizei nicht mehr bereitstellen. Der Skandal um die Berliner Polizei zeigt: Wir befinden uns auf dem geraden Weg in solche Zustände. Der Polizeiskandal geht weit über die Dimensionen einer Polizeischule hinaus und sprengt sogar den Rahmen der Hauptstadt. Hier liegt eine Störung vor, die das Gewaltmonopol gleichzeitig in Besitz nimmt und in Frage stellt.
Arabische Clans, die sich über Herkunft und Religion definieren, unterwandern die Polizei, wie der oberste Berliner Polizeigewerkschafter bestätigt hat.
Um manche Söhne in den Polizeidienst einzuschleusen, halten sie diese von Straftaten fern. Gelingt die Unterwanderung, hat das zwei Folgen. Erstens können diese Clans Straftaten ausüben, ohne von der Staatsgewalt verfolgt zu werden, weil ihr Nachwuchs im Polizeidienst die Strafverfolgung behindert oder vereitelt. Zweitens können die Clans, wenn die Unterwanderung erst einmal fortgeschritten ist, selbst Staatsgewalt ausüben - natürlich im Eigeninteresse und nicht zum Schutz des Gemeinwohls.
Ermöglicht wurde diese Zersetzung des Gewaltmonopols durch eine fehlgeleitete Integrationspolitik. Es waren beim Kanzleramt angesiedelte Integrationsbeauftragte, Maria Böhmer und Aydan Özoguz, die forderten, die Polizei müsse mehr Migranten beschäftigen. In Berlin wurde diese Forderung 2010 in ein Gesetz gegossen, das auf den harmlosen Namen "Integrations- und Partizipationsgesetz" hört. Seither hat sich der Anteil muslimischer Migranten in der Polizei verzigfacht.
Diese Entwicklung steht auch anderen Ländern bevor. Baden-Württemberg hat ein solches Gesetz 2015 verabschiedet. Und auf Bundesebene ist ein Integrationsgesetz dieses Jahr in Kraft getreten. Die Polizei wird von den berüchtigten Clans ebenso unterwandert wie die Hells Angels. Wo auch immer Gewalt im Spiel ist, mischen die Clans mit, in der organisierten Kriminalität wie im Staat. Wenn sie gewinnen, dann ist der Staat allerdings kein Staat mehr.
Um diesen Sieg zu verhindern, muß man jede Bevorzugung von Migranten in der Polizeiausbildung stoppen. Zu bezweifeln ist, ob dieses bloße Unterlassen reicht. Womöglich braucht es neue Gesetze, um die Wirkung jener Desintegrationsgesetze ungeschehen zu machen.
Dimitrios Kisoudis war neun Jahre lang als Regisseur und Autor für den Rundfunk tätig. Jetzt arbeitet er als Referent für einen AfD-Bundestagsabgeordneten.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. November 2017: >>**Erinnern unerwünscht**
Da liegen sie, die Gedanken, die Tränen, der Schmerz und die Trauer - zusammengekehrt auf einen Haufen - wie Dreck. Die zwei weißen Kreuze sind schon verschwunden. Ebenso wie die beiden Buchsbäume, die früher die kleine ganz inoffizielle, aber eben um so wahrhaftigere Gedenkstätte für die Ermordeten des Breitscheitplatz flankierten.
Wie praktisch, daß die ewigen Lichter neben einen großen Müllcontainer zusammengefegt wurden. Als ob er nur darauf wartet sich das Erinnern an die Toten einzuverleiben.
So sieht heute Erinnerungskultur in Deutschland aus - nicht einmal ein Jahr nach dem islamistischen Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt, bei dem zwölf Menschen ihr Leben verloren und 55 verletzt wurden.
Berlins Politik will kein Innehalten
Berlins Verwaltung und Politik wollen, so scheint es, dieses selbstverständliche kurze Inne-

halten nicht. Diese Stille an dem Ort zu Füßen der Gedächtniskirche. Die Betroffenheit der Umstehenden, die oft nur kurz verweilten, um dann mit ernsten Gesichtern weiterzugehen. Und manchmal war auch Wut zu hören - leise zwar, aber vernehmbar.
Vorbei. Nach vorne schauen. Da stören doch nur diese Kerzen, die beiden Kreuze und die Buchsbäume. Man darf auch das Gefahrenpotential, das von ihnen ausgeht, nicht unterschätzen: Besucher und Passanten des Weihnachtsmarktes könnten über dieses Sammelsurium an Trauer stolpern und sich verletzten. Deshalb ist der Vorweihnachtszauber in diesem Jahr auch hinter tonnenschweren Betonpollern zu genießen.<<
Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 22. November 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Alle Jahre wieder**
"Alle Jahre wieder kommt das Christuskind" beginnt ein bekanntes Kinder-Weihnachtslied. In den Schulen der DDR wurde es etwas anders gesungen: "Alle Jahre wieder kommt der Weihnachtsmann". In der Sowjetunion wurde Weihnachten ganz abgeschafft und statt dessen das "Tannenfest" eingeführt.
Die DDR erlebt zu haben, führt im aktuellen, bunten und vielfältigen Deutschland zu zahlreichen déjà-vus. Der Schriftsteller Michael Klonovsky formuliert es so: "Ich stamme aus der Zukunft".
So erleben die DDR-Erfahrenen erneut und die Westdeutschen erstmalig, wie eine wild gewordene linke Mafia in Politik und Verwaltung Weihnachten den Kampf ansagt. Da werden aus Weihnachtsmärkten "Lichtermärkte", um die muslimischen "Geflüchteten" nicht zu irritieren, das alles mit passendem dunkelhäutigen Lichterkind statt reaktionärer Christkindfigur.
Eine INSA-Umfrage ergab zwar, daß nur 15 Prozent der Deutschen derlei Kulturrevolution begrüßen, aber was schert das die Bessermenschen in den Kulturämtern der Städte?
Und zu Recht: Wenn die 85 Prozent Normalen nicht endlich aufwachen und sich gegen ihre Umerziehung und Umvolkung wehren, haben die Bösen freie Bahn.
Weihnachten ist eben nicht nur Konsum, sondern auch Besinnung - hoffentlich bald!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Raubzüge wie im Mittelalter**
Dr. Malte Kaufmann
Wir kennen die Geschichten von den Raubzügen im Mittelalter. Doch was heute in Deutschland in punkto Einbruchskriminalität passiert, steht dem in nichts nach. Im letzten Jahr wurden sage und schreibe 151.000 Fälle zur Anzeige gebracht. 10 Jahre zuvor waren es noch 106.000, also ein dramatischer Anstieg! Die Aufklärungsquote ist gering, sie liegt bei nur 20 Prozent.
Seit Jahren führt die Politik der offenen Grenzen dazu, daß organisierte Verbrecherbanden in Deutschland reihenweise in Häuser und Wohnungen einsteigen. Jeder, der dies einmal erlebt hat, weiß, daß man ein solches Ereignis ein Leben lang nicht mehr vergißt. Viele Opfer sind regelrecht traumatisiert. Ich selbst habe das als Jugendlicher zweimal erlebt. Damals in den 90er-Jahren waren es rumänische Einbrecherbanden, die sich in den Wäldern versteckten und die Bevölkerung terrorisierten. Und vor wenigen Tagen mußten es auch meine Frau und meine vier Kinder erleben:
Bei der Rückkehr von einem privaten Besuch war unser Haus aufgebrochen! Alle Zimmer waren durchwühlt, auch die der Kinder.
Die Polizisten erzählten uns, daß in unserer Gegend zurzeit Banden aus Georgien (!) ihr Unwesen treiben. Noch schlimmer als der materielle Schaden ist der verstörende Gedanke: Fremde Leute haben in unseren privaten Sachen geschnüffelt. Das empört und man fühlt sich hilflos.
Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, die Bürger vor Kriminalität zu schützen. Wie kann es sein, daß Diebesbanden aus Georgien und anderen Ländern ungehindert nach

Deutschland kommen können? Wenn der deutsche Staat mit seinen offenen Grenzen nicht seine Kernaufgaben erfüllen kann, dann müssen wir wieder zur Kontrolle der nationalen Grenzen zurück. Während des G-20-Gipfels in Hamburg hat man es auch so gemacht. Dadurch wurden Hunderte von Straftätern gefaßt. Sind die normalen Bürger etwa weniger wert als die Polit-Elite? Diese Raubzüge müssen endlich entschieden bekämpft werden! Das Vertrauen der Bürger in einen funktionierenden Staat schwindet sonst immer mehr.
Dr. Malte Kaufmann ist Unternehmer und war von 2002 bis 2016 Mitglied der CDU. Im September kandidierte er für die AfD im Wahlkreis Heidelberg/Weinheim.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Fast eine Milliarde Mehrkosten für die Steuerzahler!**
Immer mehr Migranten-Kinder sind auf Stütze angewiesen
So viele Kinder wie noch nie sind in Deutschland auf Sozialhilfe angewiesen! Grund ist vor allem die unkontrollierte Masseneinwanderung.
Nach vorläufigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) bezogen zur Jahresmitte 2,05 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Hartz-IV-Leistungen bzw. lebten in sogenannten Bedarfsgemeinschaften. Das waren rund 100.000 mehr als im Juni 2016 (plus 5 %). Die Mehrkosten für die Steuerzahler betragen 900 Millionen Euro - Tendenz steigend!
Von den 2,05 Millionen bedürftigen Kindern waren allein 584.000 nichtdeutsche Staatsangehörige. Das entspricht einem Anstieg von unglaublichen 41 Prozent!
Für die Zuwanderung in die Sozialsysteme ist allerdings nicht nur die sogenannte Fluchtmigration ursächlich. Auch aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien hält der Zustrom nach "Germoney" an.
Die Zahlen im Einzelnen:
- Mitte 2017 bezogen rund 205.000 syrische Kinder Hartz-IV-Leistungen - mehr als doppelt so viele wie ein Jahr zuvor.
- Die Zahl afghanischer Kinder in sogenannten Bedarfsgemeinschaften stieg um 25.000 auf 37.000.
- Aus dem Irak stammten 51.000 anspruchsberechtigte Kinder - ein Plus von 26.000. Diese Gruppe erhielt zunächst Unterstützung nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz und dann, nach Anerkennung als Schutzsuchende, Geldzahlungen wie deutsche Langzeitarbeitslose.
Hinzu kommt eine zweite, stark wachsende Gruppe: Für Rumänen und Bulgaren gilt seit Anfang 2014 volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union (EU). Bürger dieser beiden Länder tauchen seither immer häufiger in der Statistik auf. Im Juni 2017 erhielten 30.340 Kinder aus Bulgarien und 27.828 aus Rumänien Hartz-IV-Leistungen zugesprochen. Dabei haben eigentlich nur solche EU-Bürger und deren Kinder Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen, die zuvor in Deutschland beschäftigt gewesen waren. Absurderweise reicht jedoch schon ein Mini-Job oder eine "selbstständige" Tätigkeit aus, um abkassieren zu können.
Im Juni 2017 erhielten 30.340 Kinder aus Bulgarien und 27.828 aus Rumänien Hartz-IV-Leistungen zugesprochen.
Der monatliche Hartz-IV-Regelsatz liegt aktuell bei 409 Euro für alleinstehende Erwachsene. Für Kinder und Jugendliche zahlt der Staat bis zu 311 Euro.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>**Werden wir ein Volk von Analphabeten?**
An vielen deutschen Schulen kommt bereits jeder zweite Viertklässler aus einer Migranten-Familie. In manchen Stadtteilen sind es sogar 90 Prozent und mehr.
Jetzt übertrifft eine neue repräsentative Studie die schlimmsten Befürchtungen: Jeder fünfte Grundschüler kann nicht oder nicht richtig lesen. Deutschland ist auf dem Weg, ein Volk von Analphabeten zu werden!

Die "Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung" (IGLU) vergleicht alle fünf Jahre in 47 Ländern das Leseverständnis von Schülern der 4. Klasse. Dafür werden aus allen 16 deutschen Bundesländern 4.277 Viertklässler aus 208 Grund- und Förderschulen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.
Praktisch sieht das so aus: Die Kinder bekommen ein Heft mit einem informativen und einem literarischen Text. Anschließend sollen sie Fragen zu den Texten beantworten. Die Gesamtdauer des Tests beträgt (inkl. Pausen) rund 200 Minuten. Zusätzlich erhalten etwa 3.000 Eltern, 200 Deutschlehrer und 190 Schulleiter einen Fragebogen zur familiären und schulischen Situation.
In den Jahren 2001, 2006 und 2011 schnitten deutsche Grundschüler noch vergleichsweise gut im oberen Drittel der Bestenliste ab. 2001 hatte es Deutschland sogar auf Platz 5 geschafft.
Heute sieht das Ergebnis ernüchternd aus:
Deutschland stürzt auf Platz 26 und landet somit nur noch im hinteren Mittelfeld.
An der Spitze liegen Rußland, Singapur und Hongkong. Schlußlichter sind Iran, Oman und Marokko.
Ähnlich negativ wie in Deutschland hat sich die Leistung der Schüler seither nur in Frankreich und in den Niederlanden entwickelt. Beide Länder sind gleichfalls von einer hohen unkontrollierten Masseneinwanderung betroffen. Noch Fragen?<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>**Die Sexismus-Heuchelei**
Lisa Lehmann
Was 2013 die "Aufschrei"-Kampagne war, ist heute, vier Jahre später, die künstliche "Me-Too"-Aufregung. Da es auf dieser Welt wohl keine schlimmeren Probleme gibt, werden dabei sogar unangemessene, aber eher harmlose Annäherungsversuche einiger Männer zu "Sexismus" aufgeblasen, anstatt diese ganz locker als lächerlich abzutun.
"MeToo" diente ursprünglich dazu, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz anzuprangern, doch immer mehr Frauen sprangen auf den "Ich-bin-ein-Opfer-von-Sexismus"-Zug auf und verwässern dadurch die Grenze zwischen tatsächlichem Sexismus und schlechter Anmache zum Schaden des ursprünglichen Anliegens.
Kampfbegriffe wie "Sexismus" werden mittlerweile inflationär verwendet und überstrapaziert. Eine Differenzierung findet dabei nicht statt. Mich als Frau regt das auf, denn echte Opfer werden dadurch unglaubwürdig und lächerlich gemacht. Auch die Rollenverteilung scheint dabei von vornherein klar zu sein - Frauen sind hierbei immer die Opfer, Männer die Täter. Als Frau will ich aber nicht in diese Opferrolle gedrängt werden! Ich bin emanzipiert genug, um zwischen echtem Sexismus und schlechter Anmache zu unterscheiden und mich dieser zu erwehren.
Überzogene Kampagnen wie "MeToo" oder "Aufschrei" sorgen letztlich dafür, daß es Männern schon als riskant erscheint, einer Frau die Tür aufzuhalten, ohne dabei in Sexismusverdacht zu geraten.
Vielmehr frage ich mich, wo denn der öffentliche Aufschrei war, als es in der Silvesternacht 2015/16 in Köln und anderen deutschen Großstädten zu unzähligen echten sexuellen Übergriffen auf Hunderte von Frauen durch Gruppen junger ausländischer Männer kam? Und wo bleibt der Aufschrei hinsichtlich der täglichen als "Einzelfälle" deklarierten Sexualstraftaten durch sogenannte Flüchtlinge? Wo war die Courage für die vielen deutschen Frauen, die für Männer mit arabischen Wurzeln offenbar als Freiwild gelten? Da gab es nur den beschämenden Aufruf "eine Armlänge Abstand zu halten".
Mit diesem Rezept dürfte auch schlagartig die "MeToo"-Kampagne jegliche Brisanz verlieren, denn das Problem wäre ja dann auch hier gelöst.
Stellt sich dann nicht die Frage, daß diese aufgebauschten und inszenierten Aktionen einfach

nur der Ablenkung von den eigentlichen Problemen, die immer mehr Frauen in Deutschland und Europa im Zuge der Islamisierung ernsthaft bedrohen, dienen?
Lisa Lehmann (21) ist stellvertretende Vorsitzende der Jungen Alternative Sachsen-Anhalt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>**"Der Anschlag ist eine Folge politischer Untätigkeit!"**
Ein schneidender Ostwind pfeift an diesem Montag, 19. Dezember 2016, durch die Budengassen auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz neben der Berliner Gedächtniskirche. Die Menschen schlürfen heißen Glühwein gegen die Kälte. Es duftet nach Aromakerzen, Bratwurst, Lebkuchen.
Auf die Minute genau um 20.02 Uhr erreicht der Terror des "Islamischen Staates" an diesem Montagabend Deutschland. Es ist die Minute, die das Leben in Deutschland von Grund auf verändern sollte, die aus fröhlichen Weihnachtsmärkten beklemmende Begegnungsstätten der Angst hinter Betonpollern und Zäunen wie in einem Hochsicherheitstrakt gemacht hat.
Anis Amri, ein mehrfach vorbestrafter, 24 Jahre alter tunesischer Gewalttäter, rast mit einem gestohlenen polnischen Sattelschlepper der Marke Scania in die Menschenmenge. 12 Menschen - 6 Männer und 6 Frauen - sterben. Mehr als 70 Personen werden zum Teil schwer verletzt. Einen Tag vor Weihnachten erschießt die italienische Polizei Amri auf der Flucht in einem Mailänder Vorort.
Die 12 Toten, die Deutschland in dieser Weihnachtswoche zu beklagen hatte - es waren und sind die Toten der Masseneinwanderungskanzlerin Angela Merkel (CDU)!
Denn: Ohne den Dauerzustand der illegalen Grenzöffnung wäre der Massenmörder im Sommer 2015 kaum nach Deutschland gelangt.
Als Amri im Juli 2015 in Deutschland ankommt, hat er eine vierjährige Haftstrafe in Italien verbüßt. Er gibt sich als "politisch verfolgter" Ägypter aus. Amri hält sich unter 13 verschiedenen Identitäten (!) in Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und ab Februar 2016 vor allem wieder in Berlin auf. Er dealt mit Drogen.
Wegen seiner Kontakte zur Terror-Miliz "Islamischer Staat" gerät der Tunesier ins Visier der Sicherheitsbehörden: Das Terrorabwehrzentrum stuft ihn als Top-Gefährder ein. Dennoch bricht der Berliner Staatsschutz eine Überwachung des Terrorverdächtigen vorschnell ab. Ein verhängnisvoller Fehler!
Es war nicht der einzige schwere Fehler in dieser Verkettung eines unglaublichen Staatsversagens!
Weil er keine gültigen Ausweispapiere hat, wird Amri nicht abgeschoben. Am 21. Dezember 2016 schließlich übermitteln die tunesischen Behörden die Papiere. Für die 12 Toten des Berliner Weihnachtsmarktes kommen sie zwei Tage zu spät.
Merkel trifft Opfer und Angehörige
Ein Jahr nach dem Anschlag will sich die Masseneinwanderungskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 18. Dezember auf öffentlichen Druck erstmals mit den Angehörigen der Opfer treffen und sich ihrer Kritik stellen. In einem erschütternden offenen Brief werfen die Hinterbliebenen der Bundesregierung politisches Versagen vor und weisen Merkel eine persönliche Mitschuld am Tod ihrer 12 Angehörigen zu.
Der Schlüsselsatz ihrer Anklage lautet: "Frau Bundeskanzlerin, der Anschlag am Breitscheidplatz ist auch eine tragische Folge der politischen Untätigkeit Ihrer Bundesregierung …"
Alice Weidel, Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, kritisiert: "Ein Treffen - ausgerechnet einen Tag vor dem Jahrestag des Anschlages - setzt die Angehörigen einer extremen psychischen Belastung aus und ist angesichts des opportunen Verhaltens der Kanzlerin an Peinlichkeit nicht zu überbieten."
Bis heute werden die 132 Überlebenden und die 12 Opfer-Familien auf eine entwürdigende Weise zu Bittstellern degradiert. Zwar sieht ein Härtefallfonds für Entschädigungen eine

Summe von rund drei Mio. Euro vor. Aber bislang sind erst 1,6 Mio. Euro geflossen. Das sind im Schnitt lächerliche 12.000 Euro.
Sascha Hüsges, der mit einer schweren Hirnblutung das Inferno überlebte, mußte nach dem Anschlag in ein künstliches Koma versetzt werden. Er verbrachte das Jahr in Krankenhäusern und Rehakliniken. Seit dem 19. Dezember 2016 hat er kein Wort mehr gesprochen. Manchmal blinzelt der 45-Jährige mit den Augen, bewegt die linke Hand. Der Rest des Körpers ist gelähmt.
Was würde Sascha Hüsges Frau Merkel sagen, wenn er bei dem Treffen am 18. Dezember dabei sein und sprechen könnte?<<
Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 20. Dezember 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Nichts ist mehr wie es war …**
Es gibt sie, die besinnlichen Stunden der Vorweihnachtszeit in den Familien. Es gibt sie in Vereinen und im Freundeskreis.
Vieles aber hat sich verändert seit der Massenmigration ab 2015, seit dem Silvesteralbtraum in Köln und insbesondere seit dem Lkw-Attentat durch den islamistischen Attentäter Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz mit zwölf Toten und vielen Verletzten im vorigen Jahr. Daß es über ein Jahr keinerlei Zeichen der Anteilnahme durch die Bundeskanzlerin den überlebenden Opfern und den Angehörigen der Toten des islamistischen Weihnachtsmarkt-Attentates gegenüber gegeben hat, war ein indiskutables Zeichen von Herzenskälte und Verantwortungslosigkeit aus politischem Kalkül.
Wer die diesjährigen Weihnachtsmärkte besucht, dem fallen im Umfeld der schönen Lebkuchenbuden, Glühweinstände, dem zauberhaften Kunsthandwerk mit handgeschnitzten Engelchen und Honigkerzenangeboten häufig schwer bewaffnete Sicherheitskräfte auf, nicht selten phantasievoll garniert durch riesige Betonklötze, liebevoll in Geschenkpapier verpackt oder schlicht auch als solche sofort ins Auge springend.
Man geht nicht mehr völlig unbefangen mit seiner Familie dorthin.
Aber unterkriegen lassen wollen sich die Menschen auch nicht und überwinden zumeist das Unwohlsein.
Die Unbefangenheit, mit der in Deutschland Volksfeste und Weihnachtsmärkte stattfinden konnten und besucht wurden, ist vorbei. Seit der Massenmigration aus dem muslimisch-arabisch und afrikanischen Raum ist nichts mehr wie es war …
Daß sich die Sicherheitslage in Deutschland signifikant verschlechtert hat, ist inzwischen selbst denjenigen klar, die gar nicht genug den Zustrom von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen bejubelten. Auch wenn man nicht darüber sprechen will oder sogar versucht, die Lage zu beschönigen.
Offenkundig hat sich aber die Sicherheitslage nicht nur für größere Veranstaltungen dramatisch verschlechtert. Das New Yorker Gatestone-Institut hat bereits vor geraumer Zeit ermittelt, daß es allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in Deutschland mehr als 1.600 Messerattacken gegeben hat. Pro Monat sind das mehr als 300 offiziell bekannt gegebene Messerattacken. Täglich wird demnach zehnmal das Messer als Waffe eingesetzt.
Die mutmaßlichen Täter stammen nach der Analyse diverser Polizeiberichte durch das Gatestone-Institut weitgehend aus dem Kreis der Asylbewerber und sonstiger Migranten.
Sarkastisch kann man feststellen, daß man eigentlich Waffenscheine für Messer einführen müßte.
Niemals zuvor in der Geschichte unseres Landes kam es zu einer solchen Vielzahl von Gewalttaten mit Messern. Auch eine Zunahme sexueller Gewalt ist seither nicht mehr zu übersehen. Das hat dazu geführt, daß Frauen oftmals nicht mehr jeden Weg zu jeder Zeit gehen.
Insgesamt muß leider konstatiert werden, daß der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist. Die Verpollerung unserer Weihnachtsmärkte ist der offensichtlichste, geradezu ins

Auge springende Hinweis auf die beunruhigenden Veränderungen in Deutschland.<<
Schlußbemerkungen: Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland Bei diesen angeblich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlingen (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).
Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.
Infolge dieser unentschuldbaren Destabilisierungspolitik der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika und Arabien explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese enormen "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich aufzubringen und werden langfristig das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat vernichten. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr weiterhin keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.
In einigen deutschen Städten beträgt der Anteil der islamischen Neugeborenen bereits 50 % bis 80 %. Die große Mehrheit der Muslime hält "religiöse Gesetze" grundsätzlich für wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben und bestätigen, und daß nur eine mögliche Auslegung des Korans existiert. Diese Muslime halten daher den bevorstehenden "heiligen Krieg gegen die Ungläubigen" für unumgänglich.

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert.
Samuel Johnson (1709-1784, englischer Dichter)

Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch die sogenannte Energiewende, Euro-Rettung, EZB-Schuldenpolitik etc.
Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/ -: >>**Wer oder was ist eigentlich der "WELTKLIMARAT" (IPCC) und was tut er?**
von *C. O. Weiss*
Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. …
Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.
… Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.
Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu ver-

schweigen. So geschehen beim diesjährigen Bericht AR5:
Bei der Formulierung des "summary" kämpfte beispielsweise die deutsche Regierungsvertreterin, die Wissenschaftsministerin, darum, den Stillstand der Erderwärmung der letzten 15 Jahre (trotz starken Anstiegs der CO2-Konzentration in der Atmosphäre) zu verschweigen. Mit der Begründung, sonst würde die sogenannte "Energiewende" in Deutschland gefährdet.
Eine breite Zustimmung der Regierungsvertreter zu Katastrophenszenarien, vor allem der kleineren Länder mit wenig Industrie, wird erreicht durch Gelder aus dem "Hilfsfond für Anpassung an den Klimawandel".
Je dramatischer die negativen Aussichten beschrieben werden, desto höher die Zahlungen des Hilfsfonds an die entsprechenden Länder. Kurz gesagt wirken daher die Hilfsfondgelder als Bestechung der Regierungsvertreter. …
Für den jetzigen IPCC Bericht AR5 wählten die IPCC Wissenschaftler aus 28.000 Publikationen etwa 11.000 zur Auswertung aus. Es versteht sich, daß diejenigen Arbeiten, welche, veröffentlicht, klar und unwidersprochen belegen, daß CO2 das Erdklima höchstens in vernachlässigbarem Maße beeinflußt, oder daß die Modelle, die eine Erderwärmung durch CO2 beweisen sollen, bei allen Tests durchfielen, keine Erwähnung finden. (Beispiele solcher Arbeiten sind unten zitiert).
Das ist auch konsequent, denn anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO2 einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit , mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. …
Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?
Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.
Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.
Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."
Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. …
Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.
UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefellers und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Greenpeace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organi-

sation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:
Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegengeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. …
Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anläßlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.
Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Abgeordneten in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say "1.000 scientists signed" or "150 signed". No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion − Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!"
So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, **voll von Klimadatenfälschungen.**
Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfaßt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit?: Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen.
Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?
Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. …
Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeudende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.
Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.
Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so, wie der Michel.
Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.
Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt.
Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich

"Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.
(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. Februar 2017: >>**Ungeheures Schneeballsystem**
Wird 2017 zum Schicksalsjahr des Euro und der EU? Zwei Erdbeben hintereinander, Brexit und Donald Trump, haben die Selbstgewißheit der europäischen Eliten erschüttert. Bald stehen Wahlen in Holland und Frankreich an; in beiden Ländern liegen die Chancen der EU-Gegner, hier Geert Wilders, dort Marine Le Pen, nicht schlecht. Nicht ausgeschlossen ist auch, daß, wenn sowieso alle Dämme brechen, Italien oder ein anderes Land der Südschiene sich aus der Gemeinschaftswährung verabschiedet.
Noch schart die Angst vor den Folgen die Mannschaft um den Kapitän, sprich: um die deutsche Kanzlerin. Seit Ausbruch der Finanzkrise vor fünf Jahren ist es wesentlich ihr persönlicher Nimbus, der Euro und EU unbeirrt auf Kurs zu halten scheint. Doch dieser Nimbus hat seit der Flüchtlingskrise gelitten ¯ nach außen wie nach innen. Wenn die Kanzlerin sich jetzt obendrein als besiegbar erweist, ist es gut möglich, daß der Kahn ganz auseinanderbricht.
Schuldendienst könnte zusammenbrechen
Kein Wunder, daß alle Welt die zu erwartenden Konsequenzen berechnet. Szenarien gibt es verschiedene. "Sollte ein Land das Eurosystem verlassen", schrieb Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), kürzlich, "müßte dessen Nationalbank die Ansprüche oder Verbindlichkeiten mit der Europäischen Zentralbank vollständig ausgleichen." Ein wahres Wort.
Nur wird die neu-alte nationale Währung dieses Landes im Vergleich zum Euro deutlich weniger wert sein als beim Start der Eurozone. Die Einfuhren würden empfindlich teurer, die Exportwirtschaft würde angekurbelt … aber was exportieren die Hungerleider unter den Euroländern schon groß?
Vor allem würde der Schuldendienst zusammenbrechen. Ausländische Banken und Lieferanten blieben auf ihren Forderungen sitzen. Das gilt auch für die Verbindlichkeiten aus dem Euro-Rettungsschirm ESM. Und für jene im Rahmen des Verrechnungssystems TARGET. Schon zum Höhepunkt der Finanzkrise standen die sogenannten TARGET-Salden im Licht der Öffentlichkeit.
Schwache Länder lassen anschreiben
Es war der damalige Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, der im Februar 2011 darauf aufmerksam machte, daß die Schuldnerländer der EU, deren Anleihen niemand mehr haben wollte, sich via TARGET durch die Hintertür finanzierten.
An und für sich regelt das TARGET-System nur den laufenden Zahlungsverkehr zwischen den Zentralbanken. Diese Geldflüsse spiegeln den grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen. Vereinfacht ausgedrückt bilden die täglichen Salden die Handelsbilanz der beteiligten Volkswirtschaften ab.
Notorische Exporteure wie Deutschland bauen Forderungen auf, die in den Einfuhrländern als Verbindlichkeiten zu Buche schlagen. Der Trick ist: Euro-Länder genießen bei TARGET einen unbegrenzten Überziehungsrahmen. Sie importieren und lassen anschreiben wie vor langer Zeit beim Kaufmann um die Ecke.
Milliarden-Risiken am Steuerzahler vorbei
In der Vergangenheit wurden die TARGET-Verbindlichkeiten beglichen, indem die betroffenen Zentralbanken sich im Ausland refinanzierten. Das funktioniert seit Beginn der Finanzkrise nicht mehr - Ländern wie Griechenland, die kaum noch Anleihen plazieren können, steht allenfalls der ESM-Rettungsschirm zur Verfügung.
Oder sie lassen anschreiben - dann steigen im Gegenzug die TARGET-Forderungen der Aus-

fuhrländer wie Deutschland. Der eigentliche Kreditgeber, etwa der deutsche Steuerzahler, wird nicht gefragt. TARGET-Forderungen sind also nichts anderes als TARGET-Risiken. Zum Stichtag 31. Januar 2017, 24.00 Uhr, waren es für die deutsche Bundesbank 795.621.293.492,45 Euro.

Solange die Euro-Zone hält, sind die Forderungen wenigstens auf dem Papier werthaltig. Führt jedoch ein Schuldnerland seine nationale Währung wieder ein, dann wird es seine Euro-Verbindlichkeiten in nationaler Währung zum ursprünglichen Umrechnungskurs begleichen wollen. Wenn überhaupt. Nur wird dieser Umrechnungskurs dann völlig unrealistisch sein.

Deutschland könnte auf TARGET-Forderungen sitzenbleiben

Das böseste Szenario ist der komplette Zusammenbruch der Eurozone, also der gleichzeitige Ausstieg aller Mitglieder. In dem Fall würde das wirtschaftlich stärkste Land - gegenwärtig und bis auf weiteres Deutschland - sofort zum Magneten für Anleger aus Europa und der ganzen Welt. Die wieder eingeführte D-Mark würde binnen Minuten in die Höhe schnellen, die deutsche Exportwirtschaft (über die Hälfte des Bruttosozialprodukts) zusammenbrechen, und die fast 800 Milliarden TARGET-Forderungen der Bundesbank wären größtenteils für die Katz.

Erinnert man sich an die Diskussionen um den deutschen Beitrag zum Euro-Rettungsschirm - "nur" 190 Milliarden -, dann begreift man Hans-Werner Sinns Schlußfolgerung vor sechs Jahren: "Wenn die Länder, deren Banken die Kredite gegeben wurden, zahlungsunfähig werden, haftet Deutschland. Es tun sich Abgründe auf." Und damals, Anfang 2011, lagen die deutschen TARGET-Forderungen bei deutlich weniger als der Hälfte von heute!

De facto hat die Bundesregierung sechs Jahre lang sehenden Auges über 400 Milliarden Euro zusätzliches Risiko in die Bücher genommen - und alles nur, damit der schöne europäische Traum nicht platzt. Wie sie dieses ungeheure Schneeballsystem verantworten will, sollte die Bundeskanzlerin als Richtlinienverantwortliche der deutschen Politik dem Souverän bei Gelegenheit erklären.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):

>>**Billionen-Dispo für die Eurozone**

Wegen offener Forderungen: Deutsche Berufstätige profitieren nicht vom Exportüberschuß

Die Schulden, die andere Euro-Notenbanken bei der Bundesbank angehäuft haben, nähern sich der 1.000-Milliarden-Euro-Grenze. Das Geld wird nicht verzinst. Daß es je zurückkehrt, ist zumindest nicht sicher. Echte Werte als Sicherheit gibt es nicht. Anlagevermögen, welches andere Länder mit großem Exportüberschuß wie das Ölland Norwegen für ihre Überschüsse erwerben, kauft Deutschland für das Geld auch nicht.

Im Schatten von Griechenland-Rettung und Euro-Rettungsfonds haben die Deutschen ein weiteres Haftungsrisiko übernommen, das bislang nur wenig beachtet wird. Die Deutsche Bundesbank wies in ihrem Monatsbericht für den März mit mehr als 829 Milliarden Euro ein neues Allzeithoch beim so genannten Target2-Saldo aus. Hinter dem hohen Milliardenbetrag verbergen sich offene Ansprüche der Bundesbank im Rahmen des gemeinsamen Verrechnungssystems der Euro-Zentralbanken, über das unter anderem die Exporte abgewickelt werden.

Liefert ein deutscher Maschinenbauer beispielsweise Waren nach Italien, überweist der Käufer dort das Geld über seine Hausbank nach Deutschland. Hier sorgt die Bundesbank dafür, daß der deutsche Lieferant auf seinem Konto eine Gutschrift für seine Ware erhält.

Eigentlich müßte die italienische Notenbank der Bundesbank die Summe erstatten. Doch insbesondere seit Ausbruch der Euro-Krise ist keineswegs sicher, daß die Italiener der Bundesbank den fälligen Betrag anschließend auch zeitnah erstatten. Erstaunlicherweise sind im Zuge der europäischen Währungsunion nämlich keine Fristen vereinbart worden, bis zu denen die Zentralbanken für einen Ausgleich zu sorgen haben.

Im Gegensatz dazu besteht für die Regionalbanken des Federal Reserve Systems in den USA

die Pflicht, regelmäßig für eine Glattstellung ihrer Verbindlichkeiten im Verrechnungssystem zu sorgen. Im Falle des Eurosystems fehlt allerdings nicht nur eine Zahlungsfrist. Die Forderungen werden zudem auch nur mit dem Leitzins der Europäischen Zentralbank verzinst. Da dieser derzeit bei Null liegt, besteht für säumige Zentralbanken auch von dieser Seite kein Anreiz für eine zügige Glattstellung.
Auf dem Papier als Echtzeitverrechnungssystem zwischen den Euro-Zentralbanken konzipiert, hat sich Target2 so zu einem Dispokredit für ganze Volkswirtschaften entwickeln können. Als Resultat geht die Bundesbank zumindest für einen Teil der deutschen Exporte in die Eurozone als Kreditgeber in Vorleistung. Quasi zwangsweise stellt sie einen Kreditrahmen zur Verfügung, der sich inzwischen langsam der 1.000-Milliarden-Euro-Marke nähert.
Somit finanzieren die Deutschen die Bezahlung für die von ihnen hergestellten und exportierten Waren selbst, ohne sicher sein zu können, den Betrag jemals wiederzusehen. Möglicherweise liegt hier auch eine Ursache dafür, daß die Deutschen in ihrer Lohnentwicklung nur wenig sehen von Deutschlands Rang als "Exportweltmeister". Sie bezahlen einen Gutteil ihrer Ausfuhrerlöse quasi selbst.
Schlimmer noch: Auch wenn ein reicher Grieche seine Milliarden nach Deutschland schafft, müssen die Deutschen das Geld per Bundesbank nach Griechenland erstatten: Wohlhabende Käufer aus den Euro-Südländern treiben hierzulande mit dem Geld nicht nur die Preise für Immobilien mit in die Höhe, sondern auch die Verbindlichkeiten ihrer Zentralbanken gegenüber der Bundesbank.
In letzter Zeit werden auch die Wertpapierkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) als weitere Triebkraft hinter dem rasanten Anstieg der Salden genannt. Grenzüberschreitende Anleihenverkäufe werden dabei direkt über das Target2-Zahlungssystem abgewickelt.
Um die Südländer vor der Pleite zu bewahren, kauft die EZB deren Staatsschulden von Investoren aus Euro-Krisenstaaten, die bisher die Staatsanleihen ihrer Länder als Anlage gehalten hatten.
Diese "herausgekauften" Anleger überweisen offenbar ihre Erlöse aus dem EZB-Kaufprogramm dann gern in den "sicheren Hafen" Deutschland.
Der Gesamtmix dieser Faktoren spiegelt sich immer stärker im Zahlungssystem der Eurozone wider. Allein die Verbindlichkeiten der Banca d’Italia, des größten Schuldners im Verrechnungssystem, sind bis März auf über 419 Milliarden Euro gestiegen. Binnen eines Monats war dies ein Zuwachs von mehr als 33 Milliarden Euro. Auch die Verbindlichkeiten der spanischen Zentralbank kletterten im März auf gut 374 Milliarden Euro. Die Notenbanken Griechenlands und Portugals stehen im Target2-System ebenfalls mit beachtlichen Beträgen in der Kreide. Erhebliche Forderungen haben wiederum die Zentralbanken der Niederlande, Finnlands und Luxemburgs in ihren Büchern stehen. Mit ganz großem Abstand hat sich allerdings die Bundesbank zum größten Kreditgeber in der Euro-Zone entwickelt.
Angesichts der Regelbrüche im Zuge der bisherigen "Euro-Rettung" kann zumindest bezweifelt werden, daß diese ausstehenden Rechnungen jemals beglichen werden. Daher werden Experten langsam nervös. Bislang fordern aber nur einzelne Ökonomen und Politiker Änderungen beim Target-System oder eine Risikovorsorge.
Der Volkswirt Thomas Mayer bezeichnete es in einem Beitrag für die "Wirtschaftswoche" als denkbar, daß die Bundesbank Druck ausübt, "indem sie beispielsweise ihre Mitgliedschaft bei Target2 einfriert und den Interbankenzahlungsverkehr separat in einem System abwickelt, das zum Ausgleich der Salden zwingt".
Eine andere Möglichkeit wäre es, sich Sachwerte etwa in Form von Gold oder Staatsbesitz der Schuldnerländer übertragen zu lassen. Norwegen hat mit seinen Ölexporterlösen einen gewaltigen Staatsfonds aufgebaut. Warum tut dies nicht auch Deutschland mit Hilfe seiner Ausfuhrüberschüsse?

Die Goldreserven der Bundesbank etwa gehen auf die deutschen Exporterfolge der frühen Nachkriegsjahrzehnte zurück. Damals wurden die Exportüberschüsse im goldgedeckten Weltwährungssystem mit dem Edelmetall ausgeglichen - wobei zurzeit umstritten ist, ob dieses Gold wirklich vollständig vorhanden ist.
Heute indes ist die einzige Währung, welche die Deutschen für den gewaltigen Erlös ihrer Ausfuhren verlangen - Vertrauen. Vertrauen, das die Deutschen selbst gegenüber ihren Schuldnern aufbringen sollen. Dieses Vertrauen könnte auf Sand gebaut sein. Dann hätten die Deutschen für nahezu 1.000 Milliarden Euro quasi umsonst gearbeitet.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...): >>**Die Zeit der Wahrheit**
Ausgerechnet der "Europäer" Macron wird das EU-Gebälk zum Zittern bringen
Das Aufatmen in Berlin wird nicht lange anhalten. Macron muß die Deutschen mit maßlosen Forderungen konfrontieren.
Das gesamte politische Establishment in Paris wie in Berlin und bei der EU hat sich parteiübergreifend hinter den siegreichen Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron gestellt. Das macht eine grundlegende Veränderung in der politischen Landschaft Europas sichtbar.
Hier wurde die Zerstörung des seit dem Weltkrieg geltenden politischen Koordinatensystems offenkundig. Das alte Trio Konservativ-Liberal-Sozialdemokratisch verschwindet.
Daher trug die Macron-"Begeisterung" der Etablierten denn auch sichtlich Züge der Verzweiflung. Sie erschien wie das letzte Aufbäumen eines Kartells, das bislang alles unter sich aufteilen konnte und nun erleben muß, wie neue Kräfte und Konstellationen mit Wucht in die Gefilde der bislang sicher geglaubten Macht eindringen. Es ist noch mal "gut gegangen", aber für wie lange noch?
Macrons Präsidentschaft steckt von Beginn an zwischen Baum und Borke. Und er wird seine deutschen Partner in eine ähnlich prekäre Lage manövrieren - ja, aus Selbsterhaltungstrieb sogar manövrieren müssen.
Der Neue im Elysée hat "Reformen" angekündigt, die im Vergleich zu jenen Gerhard Schröders bestenfalls als homöopathisch zu bezeichnen sind. Doch selbst dafür schlug ihm schon am Tag nach der Wahl der erbitterte Widerstand einer radikalen Linken entgegen, die sich nach den fast 20 Prozent ihres Kandidaten beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zu Recht stark fühlt.
Als Zuckerstück für die reformunwilligen Franzosen betreibt Macron die Vergemeinschaftung der Schulden der EU-Staaten und fordert ein EU-Finanzministerium sowie eine gemeinsame EU-Arbeitslosenversicherung. Das heißt: Vor allem die Deutschen sollen dafür zahlen, daß in Frankreich mit seiner 35-Stunden-Woche, seinem Sozialstaat, seiner Schuldenpolitik und seiner vergleichsweise weniger wettbewerbsfähigen Wirtschaft möglichst wenig verändert werden muß.
Die derart zur Kasse gebetenen Deutschen werden ihre Politik bald fragen, warum sie die Last der Hartz-Reformen ertragen und dem Wegschmelzen ihrer Ersparnisse zugunsten der Staatskasse per Nullzins zugesehen haben, wenn die Früchte ihrer Entbehrungen nun über den Rhein getragen werden. Der Appell an ihre "europäische Solidarität" muß da wie Hohn klingen, der Hinweis, sie profitierten ja in Wahrheit am meisten, wie eine dreiste Lüge.
Die Politik der Einheitswährung und der sinnlosen "Umverteilung" in Europa, die erst zu dem heftigen Aufeinanderprallen der so unterschiedlichen Volkswirtschaften geführt hat, ächzt immer vernehmlicher unter den eigenen Widersprüchen. Der "Europäer" Macron könnte es sein, der das morsche Gebälk an seine Belastungsgrenze führt.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Mai 2017: >>**Energiewende durch die Hintertür**
EU sagt der Braunkohle den Kampf an - Berliner Senat will den Ausstieg bis Ende des

Jahres

Die Landesregierungen in Potsdam und Dresden wollten der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz eigentlich noch eine längere Perspektive geben. Eine neue EU-Regelung macht nun allerdings einen vorzeitigen Ausstieg immer wahrscheinlicher.

Bereits am 9. Mai hat der Berliner Senat den Entwurf für eine Novelle des Berliner Energiewendegesetzes beschlossen. Nach dem Willen der rot-rot-grünen Koalition soll in der deutschen Hauptstadt bereits bis Ende dieses Jahres der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung erfolgen. Bis 2030 will der Senat zudem auch auf Steinkohle als Energieträger verzichten. Bislang nutzen sechs Berliner Kraftwerke Kohle zur Erzeugung von Strom oder zur Fernwärmeversorgung.

Eine andere Entwicklung könnte für die Braunkohletagebaue in der Lausitz noch stärkere Folgen haben. Ende April hat die EU gegen die Stimmen Deutschlands, Polens und Tschechiens eine Verschärfung der Emissionswerte von Kraftwerken auf den Weg gebracht. Bis 2021 müssen die EU-Mitgliedsstaaten nun die strengeren Grenzwerte für Stickoxide, Schwefeldioxid, Feinstaub und Quecksilber in nationales Recht umsetzen. Das Bundesumweltministerium begrüßte zwar den Großteil des Beschlusses, auf Ablehnung stößt allerdings die neue Obergrenze von 175 Gramm Stickoxid pro Kubikmeter für Braunkohlekraftwerke, die als "nicht sachgerecht" bezeichnet wird.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) kritisiert die Verschärfung der Grenzwerte im Ton deutlich schärfer.

Der Bundesregierung warf Tillich fehlendes Engagement zur Verhinderung der Neuregelung vor und warnte vor einem Braunkohleausstieg durch die Hintertür. Gegenüber dem Sender MDR sagte Tillich, daß Sachsen gegenüber der Bundesregierung deutlich gemacht habe, "daß nicht nur die Braunkohleförderländer, sondern auch die deutsche Industrie diese Werte beim Stand der Technik weltweit durch keines der Kohlekraftwerke einhalten kann und dies eine Belastung der Kohleverstromung bedeuten würde".

Aus Sicht des sächsischen Ministerpräsidenten könnten die Betreiber der Kohlekraftwerke in der Lausitz nun zu einer Stilllegung bis 2030 gezwungen sein. Der genannte Zeitrahmen hat einen ganz konkreten Hintergrund. Zum einen kommen auf die Kraftwerksbetreiber beträchtliche Kosten zu, wenn sie ältere Anlagen mit Katalysatoren nachrüsten müssen. Eine Sonderregelung sieht wiederum vor, daß Kraftwerke als Ausnahme behandelt werden, wenn sie bis zum Jahr 2030 stillgelegt werden. Beide Faktoren könnten den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung tatsächlich beschleunigen.

Die Verschärfung der Grenzwerte droht allerdings nicht nur für die Tagebaue im Nordosten Sachsens Folgen zu haben. Laut einer Untersuchung des Institute for Energy Economics and Financial Analysis werden die verschärften EU-Grenzwerte dazu führen, daß das bereits 1981 in Betrieb genommenen brandenburgische Kohlekraftwerk Jänschwalde nach 2021 wahrscheinlich keine wirtschaftliche Zukunft mehr hat.

Der Betreiber des Kraftwerks, die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG), hatte erst im März ein neues Revierkonzept vorgelegt, das ohnehin bereits von deutlicher Skepsis geprägt war. Im Papier enthalten war ein Verzicht auf eine Erweiterung des Tagebaus Jänschwalde und auch die Erklärung, vorerst keine neuen Tagebaue erschließen zu wollen. Erst in zirka drei Jahren will die LEAG über ein weiteres Vorgehen entscheiden, wenn mehr Klarheit über die weiteren Rahmenbedingungen herrscht. Mit dieser Entwicklung ist fraglich, ob die Braunkohleverstromung in der Lausitz als "Brückentechnologie" tatsächlich noch eine jahrzehntelange Perspektive hat.

Dessen ungeachtet hat Brandenburgs Landesregierung vor kurzem ein politisches Signal gesetzt. Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) erklärte am 10. Mai, die Landesregierung wolle an der Braunkohle festhalten. Gerber kündigte zudem an, noch bis zum Herbst eine

Energiestrategie bis zum Jahr 2030 vorzulegen, in der die Braunkohle eine zentrale Rolle spielen soll.
Tatsächlich hätte ein baldiges Aus für die Kohleverstromung weitreichende Folgen: Mehrere Zehntausend Arbeitsplätze und Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung hängen in Brandenburg und Sachsen direkt und indirekt von der Braunkohle ab. Trotz des Ausbaus der Erneuerbaren Energien wird zudem auch immer noch gut ein Viertel des Stroms in Deutschland über den Energieträger Braunkohle erzeugt.
Damit nicht genug. Deutschlands Kohlekraftwerke leisten mit ihrer Grundlastfähigkeit bislang einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Im Gegensatz zu den Windenergie- und Photovoltaikanlagen liefern sie nämlich mit konstanter Zuverlässigkeit Strom und sorgen für eine Frequenzstabilität im Stromnetz.
Der Bundesverband Braunkohle hat zudem auf Prognosen hingewiesen, wonach in den nächsten drei Jahrzehnten noch einmal mit einem deutlichen Anstieg der Stromnachfrage zu rechnen sein soll.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Mai 2017 (x887/...):
>>**Stoff für ein Erdbeben**
Die Steuer- und Abgabenbelastung der Deutschen ist ein Skandal
Steuerzahler werden mit den weltweit zweithöchsten Sätzen geschröpft, Sparer enteignet. Wo bleibt die Entrüstung der Bürger?
Die Frage nach möglichen Steuerentlastungen hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" mit einer denkwürdigen Einlassung gekontert: Die Menschen sollten wissen, "daß Geld nicht alles ist". Aus diesen Worten spricht eine Herablassung gegenüber den Bürgern und Steuerzahlern, die (zumal in einem Wahljahr) nur jemand öffentlich preiszugeben wagt, der sich sehr, sehr sicher fühlt in seiner Macht.
Schäuble meint, es sich leisten zu können. Die Schulz-Euphorie ist jäh verebbt, die AfD dümpelt dahin und die Deutschen scharen sich laut Umfragen wieder um Kanzlerin Merkel. Der Sieg der Union in vier Monaten scheint so gut wie ausgemacht zu sein.
Die bemerkenswert stümperhaft vorgetragenen Steuervorstellungen der SPD tun ein Übriges: Dort geht es in der Tendenz sogar um noch höhere Belastungen der Bürger, obwohl Deutschland schon heute weltweiter Spitzenreiter bei der Steuer- und Abgabenbelastung ist, der nur noch vom kleinen Belgien übertrumpft wird.
Doch wie es derzeit aussieht, bleibt dieser Skandal bei den Bundestagswahlen im September ungestraft. Dabei bildet die Statistik selbst nur einen Teil der tatsächlichen Summen ab, die der Staat den Deutschen abknöpft. Er geht ihnen auch direkt an die Ersparnisse. Die DZ Bank schätzt, daß den Bürgern der Bundesrepublik seit 2010 satte 436 Milliarden Euro an Zinseinnahmen entgangen sind, wenn man die Zinssätze der Jahre 1998 bis 2008 zum Vergleich nimmt.
Die Ersparnisse lagern großenteils in Renten- oder Lebensversicherungen, deren Träger das Geld laut Gesetz hauptsächlich in Staatsanleihen anlegen müssen. Es ist also der Staat, der seinen Bürgern per Euro-Nullzinspolitik die Zinsen vorenthält und sie auf diese Weise mittels Geldentwertung Schritt für Schritt enteignet.
Wo das viele Geld bleibt? Offensichtlich versandet ein Gutteil in einem ineffizienten, aufgeblähten Apparat. Es sind vor allem die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, welche die Deutschen überdurchschnittlich stark schröpfen. Sie kosten deutlich mehr als in den skandinavischen Ländern, die mit viel weniger Geld ein vorbildliches Sozialsystem finanziert bekommen.
Dann kostet die Asylflut vermutlich schon mehr als die Verteidigung. Und schließlich geht die Bundesrepublik immer weiter steigende Garantien für reformunwillige, klamme Euro-Süd-

staaten ein. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) hat erst dieser Tage wieder gefordert, noch mehr deutsche Milliarden ins bankrotte Griechenland zu pumpen.
All das sollte bei den Wahlbürgern eigentlich ein politisches Erdbeben auslösen. Schäubles offene Arroganz deutet jedoch darauf hin, daß dies niemand in Berlin befürchtet.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Juli 2017 (x887/...): >>**Ein angemessener Trauerakt?**
Die Flagge der EU paßte besser zu Kohls Sarg als die deutsche
Helmut Kohl gilt zwar vielen als "Kanzler der Einheit", aber das Streben des selbsternannten politischen Enkels Konrad Adenauers galt weniger dem deutschen Nationalstaat als der heutigen EU.
Von daher war es passend, daß im vormittäglichen Teil der Trauerfeierlichkeiten die Flagge der EU seinen Holzsarg schmückte. Am Nachmittag zierte dann zwar doch noch die Bundesdienstflagge den Sarg. Aber der entsprechende Teil der Feier fand wenigstens nicht im ostelbischen Berlin, sondern im westrheinischen Speyer statt. Im Kaiser- und Mariendom zu Speyer liegt zwar nicht der Frankenherrscher Karl der Große begraben, der gemeinsame Kaiser von Deutschen und Franzosen, aber doch diverse andere Kaiser des (ersten) Heiligen Römischen Reiches, das stärker als das von Berlin aus regierte (zweite) Deutsche Reich einen universellen abendländischen Anspruch hatte, wie ihn auch die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften teilten.
In die Amtszeit Kohls fiel zwar die deutsche Vereinigung, aber niemand wird behaupten wollen, daß er langfristig daraufhingearbeitet hätte. Noch 1987 meinte er: "Die Lösung der deutschen Frage steht nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte."
Zwei Jahre später gab es dann das Angebot aus dem Kreml. Kohl selber hat in anderem Zusammenhang von der "Gnade der späten Geburt" gesprochen. Kohl wurde die Gnade zuteil, daß dieses Angebot in seine Kanzlerzeit fiel. Der studierte Historiker erkannte die Gunst der Stunde, und bei der Qualität des politischen Führungspersonals der Bundesrepublik müssen die Deutschen dankbar sein, daß er sie nicht nur erkannte, sondern auch darauf verzichtete, sie bewußt auszuschlagen. Vielmehr griff er beherzt zu, was sich für ihn machtpolitisch in diversen gewonnenen Bundestagswahlen auszahlte.
Nicht unterschlagen werden sollte, daß Kohl ¯ hier ganz in der Tradition Adenauers ¯ dem Kreml den Verzicht auf Mitteldeutschland dadurch zusätzlich erschwerte, daß er dessen Integration in den Westen forderte. Zum Glück für die Deutschen blieb Michail Gorbatschow trotzdem bei seinem Angebot. Kohls Forderung auf die Westbindung hatte wenigstens den Vorteil, daß damit die USA für die Vereinigung gewonnen waren, denn deren Imperium wuchs dadurch um Deutschlands Mitte.
Bei allen unbestreitbaren Verdiensten um die deutsche Einheit sollte man nie vergessen, daß in Kohls Regierungszeit auch der widerstandslose Verzicht auf Ostdeutschland sowie die Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht fielen, dieses "Versailles ohne Krieg".
Zur Verteidigung Kohls wird zwar darauf verwiesen, daß, abgesehen davon, daß Deutschland am meisten vom Euro profitiere, Frankreichs Präsident François Mitterrand auf den Verzicht der Deutschen auf ihre D-Mark als Preis für die französische Zustimmung zur deutschen Vereinigung bestanden habe. Doch was hätte Paris angesichts des Einverständnisses Washingtons und Moskaus ausrichten können?<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**
Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbo-

te noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.
Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Dieselemissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem

Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.
Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken. Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.
Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Tricksereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt.

Auf dem Weg in die automobile Planwirtschaft

Diese Strategie ist an der Gnadenlosigkeit der Öko-Lobbyisten und Grün-Ideologen und an der Unterwürfigkeit der Politik gegenüber ihrer medialen Deutungsmacht grandios gescheitert. Denn bei der Panikmache mit absurden Grenzwerten und aus fiktiven Annahmen errechneten Horrorstatistiken über "Feinstaub"- und "Dieseltote", die in letzter Konsequenz jedes Fahrzeug zur mörderischen Dreckschleuder stempeln, geht es längst nicht mehr um vorgeschobene hehre Ziele wie Luftreinhaltung und öffentliche Gesundheit.
Mit der massiven Kampagne gegen den Dieselantrieb ist Deutschland auf Siebenmeilenstiefeln auf dem Weg in die automobile Planwirtschaft. Nicht nur ein vermeintlich "umweltschädlicher" Antrieb soll verdrängt und aus dem Verkehr gezogen werden, die individuelle Mobilität und damit ein wesentliches Stück Bürgerfreiheit selbst steht zur Disposition. Die Bürger sollen umerzogen und gezwungen werden, bestimmte Fahrzeuge zu kaufen und andere nicht, und die Hersteller sollen ebenfalls ans Gängelband gelegt werden und ihr Angebot an ideologischen und politischen Vorgaben ausrichten.
Dem gelernten "DDR"-Bürger mag das seltsam bekannt vorkommen. Der "Trabant" der grünen Planwirtschaft ist das Elektroauto. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen bleibt es ein Prestigespielzeug für Wohlhabende, das noch dazu von der Allgemeinheit zwangssubventioniert werden muß. In Flexibilität, Reichweite und individueller Bewegungsfreiheit ist der E-Antrieb dem Verbrennungsmotor unterlegen und wird es auf absehbare Zeit auch bleiben.

China ist kein Vorbild

Man mag den Furor belächeln, mit dem von Lehrern, Politologen und Studienabbrechern dominierte Grünen-Parteitage Totalverbote für Verbrennungsmotoren fordern oder der Sozial-

pädagoge Cem Özdemir der Autoindustrie erklären will, wie das Auto der Zukunft aussehen soll, und Bundeskanzlerin Merkel noch vor kurzem das Planziel von einer Million Elektroautos in ein paar Jahren ausgegeben hat.
Der rasante Vormarsch des Ungeists der sozialistischen Planwirtschaft in Politik und Öffentlichkeit sollte indes ebenso entschiedenen Widerspruch wecken wie die Begeisterung, mit der die Propagandisten der Elektromobilität die kommunistische Einparteiendiktatur China als Vorbild preisen. Peking geht es um handfeste wirtschaftliche Interessen: Ein Drittel der Wertschöpfung beim Bau eines Elektroautos findet in der Akkuproduktion statt. Und da hat das Reich der Mitte gegenüber den europäischen Motorenherstellern die Nase vorn.
Wie der Autoantrieb der Zukunft aussehen könnte, wird nicht in Politbüros und staatlichen Planungskommissionen entschieden, sondern im von dirigistischen Bevormundern möglichst ungehinderten freien Spiel von Markt und Forschergeist. Kaiser Wilhelm II. glaubte noch, die Zukunft gehöre dem Pferd; er war aber klug genug, nicht alles andere verbieten zu wollen. Planwirtschaft bedeutet schlechtere Versorgung zu höheren Preisen, das können die Nachwendedeutschen gerade an der "Energiewende" lernen. Diesem Fehlgriff auch noch eine verordnete "Mobilitätswende" folgen zu lassen, könnte Deutschland das industrielle Rückgrat brechen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 27. September 2017: >>**Nächster Schritt zur Schuldenunion**
Seit über sieben Jahren versuchen die Euro-Staaten ihre politische Ideologie einer gemeinsamen Währung gegen die Gesetze der Wirtschaftswissenschaften aufrechtzuerhalten.
Die Illusion einer gemeinsamen Währung trotz stark abweichender Wettbewerbsfähigkeiten in den Volkswirtschaften der Euro-Zone ist jedoch bereits seit Mai 2010 gescheitert, als die Maastricht-Kriterien erstmals gebrochen und Griechenland aus der Patsche geholfen wurde. Seither sind zunächst mit dem EFSF und später mit dem ESM immer neue Haftungs- und Schuldenvergemeinschaftungsmodelle geschaffen worden. Gebracht hat es nichts. Die griechischen Staatsschulden sind höher als je zuvor. In Griechenland, Spanien und Italien ist die Arbeitslosigkeit und besonders die Jugendarbeitslosigkeit trotz der EZB-Geldschwemme weiter auf Rekordniveau.
Bezahlen durften das Spiel mit dem Feuer bisher vor allem deutsche Sparer, die Milliardenverluste durch die Niedrigzinspolitik zu verzeichnen haben. Einmal auf dem Holzweg droht nun der Turbo eingelegt zu werden. US-Ökonom Barry Eichengreen fordert nun einen europäischen Solidaritätszuschlag, um kontinuierlich Geld aus den Geber- in die Nehmerländer zu transferieren. Zwar soll nach seinen Vorstellungen Geld nur in Krisenzeiten von einer politisch unabhängigen Institution vergeben werden. Aber die Euro-Krise ist inzwischen seit sieben Jahren der Normalzustand und was man von politisch unabhängigen Institutionen halten kann, wenn es zum Schwur kommt, erleben wir seit Jahren schon am Beispiel der EZB.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Oktober 2017: >>**Unausgegoren wie die "Energiewende"**
Welche Schwierigkeiten ein zeitnahes Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor mit sich brächte
Prominente Vertreter der Grünen, sowie SPD- und unionsregierte Länder wollen bereits ab 2030 keine Autos mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr zulassen. Ähnlich wie bei der "Energiewende" besteht damit die Gefahr, daß die Politik eine folgenreiche Weichenstellung vornimmt, bevor überhaupt grundlegende Voraussetzungen geklärt sind.
Im Fall der "Erneuerbaren" Energien ist es die Frage einer großtechnischen Speicherung, die bis heute ungelöst ist. Auch das momentan so stark von der Politik propagierte E-Auto krankt bislang an dem Problem der unbefriedigenden Speicherfähigkeit von Strom. Trotz erheblichen

Forschungsanstrengungen ist ein großer Durchbruch bei der Energiedichte der Batterien bisher noch nicht gelungen. Im Schnitt weisen die Lithium-Polymer-Akkus eine Energiedichte von 140 bis 180 Wattstunden je Kilogramm Gewicht auf. Die Energiedichte von Benzin liegt dagegen bei 12.800 Wattstunden pro Kilo. Das "Energiebündel" Diesel ermöglicht noch größere Reichweiten.
Neue Konzepte, etwa neuartige Feststoffzellen für Lithium-Ionen-Akkus, sind zwar angekündigt, allerdings bislang nicht serienreif. Als interessanter Lösungsansatz für das Reichweitenproblem bei Batterien galt einige Zeit das Konzept eines Schnellwechsels der Akkus an Ladestationen. Ein Pilotprojekt in Israel, das weltweit als Vorbild dienen sollte, ist allerdings im Jahr 2013 gescheitert.
Auch die zu beobachtende Gewichtszunahme von Akkus läßt einen Schnellwechsel als Alternative zu langen Ladezeiten immer unrealistischer erscheinen. So wiegt die 90-Kilowatt-Batterie, die der Hersteller Tesla in seinen E-Autos verbaut, mehr als eine halbe Tonne. Tesla integriert die Batterie zudem in die Struktur des Autos, was einen Schnellwechsel zusätzlich ausschließt.
Statt dessen setzt der US-Autobauer auf eine Schnelllade-Technik. Trotz der Bezeichnung "Supercharger" (Spitzenladegerät) für ihre Stromtankstellen müssen die Nutzer der E-Autos im Vergleich zur Tankfüllung für Benzin- oder Dieselfahrzeuge allerdings immer noch viel Zeit aufwenden. Tesla gibt für eine Reichweite von 270 Kilometern als Ladezeit immerhin eine halbe Stunde an.
Drastische Dimensionen deuten sich auch bei der notwendigen Infrastruktur für Ladestationen an. Die Statistik wies zum Jahresbeginn 62,6 Millionen Kraftfahrzeuge und rund 14.500 Tankstellen für ganz Deutschland aus. Ein Verbot von Verbrennungsmotoren würde es nötig machen, daß mehrere Millionen Parkplätze für Autos mit einer Ladestation ausgestattet werden. Inzwischen sind Planungen der EU-Kommission bekannt geworden, offenbar ab 2025 in neuen und grundlegend renovierten Büro- oder Behördengebäuden mit mehr als zehn Parkplätzen die Installation von Ladestationen obligatorisch zu machen.
Bei Neubauten oder großen Renovierungen von Mehrfamilienhäusern mit mehr als zehn Parkplätzen will die Brüsseler Kommission sogar eine Verkabelung jedes Parkplatzes fordern. Bei derzeitigen Preisen von bis zu 75.000 Euro pro Ladestation droht als Folge ein massiver Kostenschub beim Bau oder der Renovierung von Immobilien.
Skeptisch stimmen muß auch die Entwicklung in Norwegen, das als Vorreiter in Sachen Elektromobilität gilt. Die Organisation "Elbilforening", welche die Interessen der norwegischen E-Autofahrer vertritt, hat vor kurzem den Rat erteilt, auf die Anschaffung eines Elektroautos zu verzichten, wenn keine Möglichkeit besteht, die Fahrzeugbatterien zu Hause zu laden. Hintergrund ist die Schere zwischen zugelassenen E-Autos in Norwegen und den bereitstehenden Lademöglichkeiten.
Angesichts des derzeitigen Bestandes von über 60 Millionen Kraftfahrzeugen in Deutschland drängt sich allerdings auch noch die Frage auf, wie der Mehrbedarf an Elektroenergie gedeckt werden soll. Der Wissenschaftsjournalist Vince Ebert hat sich auf *spektrum.de* die Mühe gemacht, allein die Auswirkungen von einer Million E-Autos durchzukalkulieren. Zur Erinnerung: Sigmar Gabriel hatte im Jahr 2008 als Umweltminister das Ziel ausgegeben, daß hierzulande bis 2020 eine Million Elektroautos unterwegs sein sollen.
Der Journalist Vince Ebert rechnet vor: "Für diesen Fall sollen laut Bundesregierung moderne Schnellladestationen von jeweils 350 Kilowatt Leistung im gesamten Land installiert werden. Dazu ein Rechenbeispiel: Angenommen, es ist 20 Uhr, und zehn Prozent der eine Million Elektroautobesitzer möchten ihre Fahrzeuge aufladen. Dann wird zusätzlich zu dem normalen Strombedarf eine Leistung von 35.000 Megawatt benötigt. Das entspräche ungefähr 23 mittleren Kohlekraftwerken oder - falls Sie es nachhaltiger haben wollen - 35.000 Windrädern."

Damit nicht genug. Der immense Mehrbedarf an elektrischer Energie zum Ersatz der Energieträger Benzin und Diesel würde auch noch in eine ohnehin schwierige Umbruchphase fallen. Nach dem Willen der Bundesregierung soll bis 2023 das letzte deutsche Kernkraftwerk vom Netz gehen. Als nächstes Großprojekt der "Energiewende" zeichnet sich bereits ein Ausstieg aus der Kohleverstromung ab. Deutschland deckt bislang rund 47 Prozent seiner Stromerzeugung über die Verstromung von Stein- und Braunkohle ab.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Oktober 2017:

>>**Ausverkauf der deutschen Wirtschaft**

Wie die Globalisierer die Spitzentechnologie aus Deutschland abziehen

Die scheidende Bundesregierung verlangt von der EU, Vorschriften zu erlassen, mit denen Firmenübernahmen durch chinesische Investoren erschwert werden. ... Dafür ist es aus deutscher Sicht höchste Zeit, denn der Ausverkauf ist längst in vollem Gange, vor allem im Spitzentechnologiesektor Deutschlands.

Die großen Kapitalgesellschaften sind längst international. Sie produzieren nicht nur weltweit, haben weltweite Zulieferer, sondern haben auch weltweit Anteilseigentümer. Mehr als 70 Prozent unserer DAX-Konzerne befinden sich mehrheitlich in ausländischer Hand, meist in US-amerikanischer. Ein vom Ausland beherrschter Konzern hat keine nationale Bindung mehr, hat keine Heimat, verlangt Globalisierung und Freihandel und vor allem Kapitalfreizügigkeit einschließlich der Steuerersparnis durch Steueroasen.

Dem internationalen Handel dieser globalen Konzerne verdankt Deutschland seine Exportüberschüsse. Diese Überschüsse wiederum sind nur dadurch erzielbar, daß Deutschland - meist öffentlich stark subventioniert - in Wachstumsbranchen wichtige technische Vorteile hatte oder noch hat. Verliert Deutschland solchen technischen Vorsprung, verliert es nicht nur seine Exportfähigkeit, sondern auch einen Teil des Wohlstandes des Landes.

In diesem Sinne sind die technologischen Wachstumstreiber der internationalen Konzerne nicht nur von der Eigentumsstruktur einer Kapitalgesellschaft her, sondern auch wegen ihrer Abhängigkeit von ausländischen Großmächten wie den USA oder China für Deutschland höchst gefährlich.

In Deutschland ist es weniger als in anderen Ländern möglich, technischen Vorsprung geheim- und zurückzuhalten, weil die US-Amerikaner nach dem Besatzungsstatut das Recht haben, sämtliche deutschen digitalen und Informatiksysteme einschließlich aller Telefonleitungen und Mobiltelefonsysteme in Deutschland flächendeckend und total zu kontrollieren. Sie können also jede in Deutschland entstehende neue Technologie sofort durch ihre Spionagesysteme abgreifen und ihrer einheimischen Industrie weiterübermitteln. Oft weiß also die US-amerikanische Konkurrenzindustrie über neue Patententwicklungen eher Bescheid, als daß ein Patent in Deutschland erteilt ist.

Wo die Totalspionage nicht ausreicht, werden sich technische Neuerungen durch Finanz- und Bestechungstricks angeeignet. Beispiel: Die ortungssichere U-Boot-Technologie der Kieler Howaldt-Werft, wo ein ungetreuer Vorstand mit Billigung der Bundesregierung angebliche US-amerikanische Übernahmewünsche durch Aushändigung aller Pläne und technischer Interna solange mitmachte, bis die Amerikaner alles hatten und an der Werft selbst nicht mehr interessiert waren.

Wie gefährlich eine Verlagerung der deutschen Produktion ins Ausland ist, hat vor Jahrzehnten die Fotobranche erfahren. Deutschland war in den 50er und 60er Jahren Weltführer bei Fotoapparaten. Dann wurde "wegen der billigeren Arbeitskräfte" die Produktion nach Asien verlegt und nur noch in Deutschland verkauft, bis die japanische Konkurrenz die deutschen Modelle besser auf dem Weltmarkt anbot als die Deutschen selbst und die Marktführung an sich gerissen hat. Heute kaufen die Deutschen asiatische Fotoapparate statt deutscher.

Nach den USA und Japan ist nun China der große Technologieabsauger. Die Chinesen haben

mehr als drei Billionen US-Dollar Guthaben, für die sie wahrscheinlich nichts mehr bekommen, wenn sie nicht rechtzeitig auf Sachwerte umsteigen. Sie kaufen deshalb in der ganzen Welt alles, was sie noch bekommen können, vor allem Technologie zu jedem Preis. In den USA können sie nicht einkaufen, weil die US-Regierung ein Sicherheits-Veto-Recht hat und dieses ständig ausübt. In Deutschland gibt es einen solchen nationalen Sicherheitsvorbehalt zwar auch, er wird aber nie genutzt, weil die globalisierungsfreundliche Bundesregierung darin eine "internationale Handelsbeschränkung" sieht. So können die Chinesen in Deutschland ungehindert Hochtechnologie aufkaufen.
Ein Beispiel des Ausverkaufs deutscher Technologie ist der Erwerb der Aktienmehrheit an der international führenden Roboterfirma Kuka in Augsburg. Sie hat ihre Weltspitze mit vielen deutschen Subventionen erreicht. Nun, wo sie in chinesischem Eigentum steht, ist auch die Produktionstechnologie von Kuka für Deutschland verloren, sie wird systematisch nach China verlegt. In wenigen Jahren schon werden die Deutschen Roboter aus China kaufen, die Deutschland keinen Exportüberschuß mehr, sondern Exportdefizite bringen.
Auch die deutschen Automobilfirmen haben erst nach China exportiert, wurden dann gezwungen, eigene Fertigungsstätten in China aufzubauen, haben damit die deutsche Technologie in mehrheitlich Chinesen gehörende Firmen eingebracht und werden in den nächsten Jahren gegen diese Firmen ihre heimischen Produkte immer weniger exportieren können, also den Exportmarkt verlieren.
Auch Siemens sieht die digitale Zukunft vor allem in China und verlegt sein globales Forschungszentrum für autonome Roboter in die Volksrepublik. Eigentlich ist folgerichtig nach dem Abzug der Kuka-Roboterführung, daß auch Siemens seine weltführende Roboterforschung nicht ohne heimische Produktionsanwendung halten kann, sondern seine Zukunftsforschung in das Land verlegt, welches auch die Robotertechnik erworben hat.
Am schlimmsten für Deutschland ist das Beispiel Airbus. Dieser vom Staat stark subventionierte Flugzeugkonzern hat - angeblich, um auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen - den Chinesen Produktionsanlagen für Airbus-Maschinen geliefert und aufgebaut, so daß die Chinesen heute schon eigene Konkurrenzmaschinen zu Airbus in eigenen Firmen mit der Airbus-Technologie bauen können. Es gehört keine Phantasie dazu vorauszusagen, daß in zehn Jahren Airbus nicht mehr nach China liefern kann, weil dort chinesische Airbus-Firmen den Markt beherrschen.
In allen Fällen hat der deutsche Steuerzahler die Zukunftstechnologien massiv aus den Steuern des Mittelstandes subventioniert und haben dann die internationalen Konzerne das Ergebnis dieser Subventionen und deutscher Technologie ins Ausland verlagert, verkauft oder dem Ausland sogar kostenlos überlassen. Die Bundesregierung sieht dies als normalen "Internationalisierungsprozeß" an und greift nicht ein.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Euro-Kritiker scheitern vor Verfassungsgericht**
Das Bundesverfassungsgericht hat eine Eilklage gegen die Ankäufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) zurückgewiesen. Geklagt hatten die früheren AfD-Politiker Bernd Lucke, Hans-Olaf-Henkel, der frühere stellvertretende CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler sowie weitere Skeptiker der Euro-Rettungspolitik. Sie wollten eine einstweilige Anordnung des Gerichts erwirken, die es der EZB untersagt hätte, bis zur Entscheidung im Hauptsacheverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof weiter Anleihen aufzukaufen.
Im Juli hatte das Bundesverfassungsgericht in der Sache den Europäischen Gerichtshof eingeschaltet. Die Richter in Karlsruhe lehnten den Eilantrag nun mit der Begründung ab, daß eine einstweilige Anordnung die Entscheidung der Luxemburger Richter vorweggenommen hätte.
Um die Inflation hochzutreiben, kauft die EZB seit März 2015 Staatsanleihen und andere Wertpapiere - derzeit für 60 Milliarden Euro im Monat. Das Programm, dessen Risiken auch

die nationalen Notenbanken tragen, soll noch bis mindestens Ende dieses Jahres laufen. Ex-AfD-Chef Bernd Lucke reagierte auf das Urteil via Twitter: "Schade: Das Bundesverfassungsgericht lehnt meinen Antrag auf Anordnung gegen PSPP (Public Sector Purchase Programme) der EZB ab. Zumindest eine Debatte im Bundestag wäre angebracht gewesen."<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2017: >>**Mario Draghi gibt Vollgas im Nebel**

Die EZB halbiert das Volumen ihrer Staatsanleihekäufe. Aber eine geldpolitische Wende ist das keineswegs! Mario Draghi tritt nicht auf die Bremse - im Gegenteil.

Mario Draghi tritt nicht auf die Bremse, wie manche meinen, nur weil das Volumen der Staatsanleihekäufe halbiert wird. Denn das Kaufprogramm wird verlängert. Der EZB-Präsident weigert sich, ein Ende der Staatsfinanzierung zu beschließen, von der vor allem Italien profitiert. Von einer geldpolitischen Wende der Zentralbank kann man schon deshalb nicht reden, weil das nicht die erste Reduzierung der Käufe bei gleichzeitiger Verlängerung ist.

Aufgrund der Wiederholung lassen sich die Folgen gut abschätzen. Bei einem Leitzins von null und politischen "Marktzinsen" steigen die Preise an den Vermögensmärkten weiter, was Haus- oder Aktienbesitzer freuen mag, aber Sparer verzweifeln läßt, weil deren Altersvorsorge dahinschmilzt. Bald dürfte die EZB-Bilanz die Hälfte der Wirtschaftsleistung des Euroraums umfassen, dann darf man wohl von finanzieller Planwirtschaft in der Währungsunion sprechen.

Wie Zentralbanker in Amerika gibt auch Draghi vor, die Märkte und die Volkswirtschaften steuern zu können. Dabei kann er nicht mal erklären, warum er sein Inflationsziel von 2 Prozent, das er wie eine Monstranz vor sich herträgt, nicht erreicht, obwohl die Konjunktur läuft und die Geldpolitik heute - zehn Jahre nach der Finanzkrise (!) - viel expansiver ist als damals. Auch vermag er nicht zu sagen, wieso die Löhne trotz Vollbeschäftigung nicht stärker steigen. Ein weiteres großes Rätsel ist, warum die Produktivität kaum wächst, obwohl die digitale Revolution so gut wie jeden Lebensbereich erfaßt.

Wo bleibt Draghis Demut?

Mehr Demut stünde auch Draghi gut zu Gesicht. Taugt das Inflationsziel noch? Werden Inflation und Produktivität richtig gemessen? Dürfen Zentralbanker überhaupt die Märkte ausschalten, wenn sie das Zusammenspiel globalisierter Volkswirtschaften nicht wirklich durchdringen? Was passiert, wenn die EZB den Zeitpunkt für den Ausstieg ihrer ultralockeren Politik verpaßt? Was macht sie dann im nächsten Abschwung?

Solche Fragen werden ausgeblendet, genauso wie die Risiken ihrer extremen Geldpolitik. Indem der Bestand an Staatsanleihen Monat für Monat wächst, wird die Geldpolitik immer expansiver, damit steigen die Gefahren für die Stabilität der Finanz- und Immobilienmärkte. Eine andere Politik mit der Rückkehr der Zinsen wird es erst dann geben, wenn Draghi nicht mehr im Amt ist.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/59-61): >>**Die fünf größten Profiteure**

_ *von Andrew Follett*

"Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!" Wie bei Johann Tetzels Ablaßhandel gibt es auch bei der angedrohten Klimaverdammnis immer jemanden, der die Hand aufhält. Wer den größten Reibach mit der Angst macht, lesen Sie in dieser Rangliste.

Ökoaktivisten werfen Klimaskeptikern gerne vor, ihr Geld auf dem Rücken der Umwelt zu verdienen oder von der Erdöl-Lobby geschmiert zu sein.

Dabei macht Letztere jährlich nur 46 Millionen Dollar locker, wie aus einer Analyse des US-Magazins Forbes von Anfang 2014 hervorgeht. Das ist etwa sechs Mal weniger als Greenpeace mit seinem 260-Millionen-Dollar-Budget von 2011. Laut Forbes kommen die fünf größten Öko-NGOs Greenpeace, The Nature Conservancy, World Wildlife Fund (WWF), Na-

tional Wildlife Federation und der Sierra Club zusammen auf mehr als 1,6 Milliarden Dollar pro Jahr.
Tatsächlich haben also die Aktivisten der globalen Erwärmung viel mehr Geld zur Verfügung als ihre Gegner. Die fünf Spitzenverdiener im Klima-Busineß sind folgende:

Platz 1: Al Gore

Der ehemalige US-Vizepräsident hat es durch seinen selbstlosen Einsatz gegen die globale Erwärmung geschafft, sein Privatvermögen von 700.000 Dollar im Jahr 2000 auf 200 Millionen Dollar im Jahr 2017 zu vergrößern. Gore sowie der ehemalige Chef von Goldman Sachs Asset Management, David Blood, machten zwischen 2008 und 2011 Profite in Höhe von 218 Millionen Dollar, und zwar durch den Handel mit Emissionszertifikaten - ein Geschäftsmodell, das alleine auf Gores zuvor geschürter CO2-Panik basiert.

"Al Gore ist auf dem Weg, der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden."
The Telegraph

Im Jahr 2008 war er in der Lage, atemberaubende 35 Millionen Dollar seines Gewinns in Hedgefonds und andere rentable Investments zu pumpen. Darüber hinaus hat er viel Geld in Unternehmen gesteckt, die kurz darauf im Zusammenhang mit neuen Klimagesetzen große Regierungszuwendungen erhielten. Dabei sprang für den Ex-Vizepräsidenten immer eine ordentliche Rendite heraus.
2009 schrieb *The Telegraph* dazu: "Al Gore 'profitiert' von der Klimaagenda" und sei auf dem Weg, "der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden".

2. Platz: Elon Musk

Der Starinvestor und Großunternehmer, der bereits als Anteilseigner des Bezahlsystems PayPal ein Vermögen machte, gründete eine Reihe innovativer Firmen wie den Elektroauto-Hersteller Tesla Motors, den Marktführer in Sachen Solarkollektoren SolarCity oder die Raumfahrtfirma SpaceX, die sich in Milliarden regierungsamtlicher Subventionen wälzen.
Im Jahr 2014 erhielt Musk 1,4 Milliarden Dollar von den Steuerzahlern in Nevada, um eine "Gigafabrik" für Tesla zu errichten. SolarCity erhielt ebenfalls große Summen, um nach Nevada zu ziehen - über eine Million Dollar flossen direkt aus dem Büro des Gouverneurs.
Als der US-Bundesstaat Änderungen an den Subventionen für Solarenergie vornahm, die zur Folge hatten, daß SolarCity nicht mehr begünstigt wurde, verließ das Unternehmen Nevada prompt. Mit anderen Standorten des Unternehmens war es zuvor ganz ähnlich gelaufen.
Der Autohersteller Tesla verkauft auch Lithium-Ionen-Batterien - sogenannte Powerwalls - für 7.000 Dollar pro Stück, die Strom in Privathaushalten speichern. Die ursprüngliche Absicht war es, Solar-Panels auf Dächern für Verbraucher erschwinglich zu machen. Die Powerwalls sollen sich nach Berechnung des Institute for Energy Research aber erst nach etwa 30 Jahren amortisieren, doch Tesla gibt lediglich zehn Jahre Garantie und schätzt, daß die Batterien nur etwa 15 Jahre lang halten werden.

3. Platz: Warren Buffet

Der US-Milliardär und Spekulant hat sehr viel in Stromversorgungsunternehmen wie NV Energy Inc., einen Elektrizitäts- und Gasversorger mit Sitz in Las Vegas, investiert und ist seit einiger Zeit auch auf den lukrativen grünen Energiezug aufgesprungen:
Berkshire Hathaway Energy hat knapp 30 Milliarden Dollar in erneuerbare Energiequellen investiert, vor allem in Windkraftanlagen.
Besonders stark hat sich Buffet bei der Lobbyarbeit in Sachen "Net-Metering" engagiert - hier geht es um die Vergütung von Strom aus privaten Wind- oder Photovoltaikanalagen. Ihm gelang die Revision eines Gesetzes in Nevada zugunsten der Stromversorger, also seiner Konzerne. Allein diese Änderung der Politik führte dazu, daß der rivalisierende Milliardär Elon Musk etwa 165 Millionen Dollar an einem einzigen Tag verlor.

4. Platz: Vinod Khosla

Der aus Indien stammende US-Milliardär wird als "Vater der sauberen Energierevolution" bezeichnet und hat über eine Milliarde Dollar in die Gründung von rund 50 verschiedenen Energie-Startups investiert. Ebenso steckt er hinter einigen der spektakulärsten Pleiten der Greentech-Industrie. Ans Aufgeben dachte er nie. Nach wie vor sieht er den Markt der erneuerbaren Energien als Profitquelle der Zukunft.
Viel Geld hat Khosla in den Treibstoffzusatz Ethanol gesteckt. Ob sich diese Investition rechnet, hängt stark von den Vorschriften der US-Regierung ab, die vorgibt, wieviel Ethanol Benzin enthalten muß. Steuernachlässe für den industriellen Alkohol haben die Regierung zwischen 1978 und 2012 bis zu 40 Milliarden Dollar gekostet, schreibt die Zeitschrift National Review.
Das Biosprit-Unternehmen KiOR wurde von Khosla maßgeblich finanziert und machte, nachdem es zuvor in den Himmel gelobt wurde, im November 2014 pleite - mit verheerenden Folgen für den US-Bundesstaat Mississippi, der KiOR einen zinslosen Kredit über 20 Jahre in Höhe von 75 Millionen Dollar gewährt hatte. Diese Gelder waren dem Unternehmen nur bewilligt worden, weil Khosla dem Staat versichert hatte, daß er Fabriken im Wert von 500 Millionen Dollar errichten und 1.000 Arbeitsplätze schaffen würde.

5. Platz: James Cameron

Der bekannte Filmregisseur und -produzent hat ebenfalls gewaltig vom Umweltaktivismus profitiert und erfreut sich eines einwandfreien, grünen Gewissens.
Anfang 2010 verstieg er sich laut BBC sogar zu der Behauptung, daß "wir in einer Weise mobil machen müssen wie während des Zweiten Weltkriegs", um die globale Erwärmung zu stoppen.
Über Wissenschaftler, die hinsichtlich des "Global Warmings" skeptisch sind, ließ Cameron in Wildwest-Manier verlauten: "Ich möchte diese Leugner auf die Straße herausrufen, wenn die Sonne am höchsten steht, und diese Holzköpfe zum Duell fordern." Weiter sagte er: "Jeder Einzelne, der in dieser Zeit noch ein Leugner der globalen Erwärmung ist, hat seinen Kopf so tief in seinem Arsch, daß ich nicht weiß, ob er mich hören kann."

"Wir müssen gegen den Klimawandel mobil machen wie während des Zweiten Weltkriegs."

US-Regisseur James Cameron

Der Science-Fiction-Film *Avatar - Aufbruch nach Pandora* (2009), der die Zerstörung einer paradiesischen Welt durch fremde Eindringlinge und Ausbeuter thematisierte - und damit enorm auf der Welle des grünen Bewußtseins unserer Zeit ritt - , brachte Cameron über 650 Millionen Dollar ein, was ihn zu einem der reichsten Regisseure aller Zeiten machte.

Kampf gegen den Klima-Hitler

"Wir, die menschliche Spezies, sind mit einem planetaren Notfall konfrontiert - einer Bedrohung für das Überleben unserer Zivilisation, die in ihrer unheilvollen und destruktiven Kraft weiter steigt, während wir uns hier versammeln. ... Dennoch, trotz einer wachsenden Zahl ehrbarer Ausnahmen, sind immer noch zu viele Führer dieser Welt am besten mit den Worten Winston Churchills beschrieben, die er an jene richtete, die die Bedrohung durch Adolf Hitler ignorierten:
"Sie handeln merkwürdig paradox, entschieden nur darin, unentschieden zu sein, entschlossen zur Unentschlossenheit, unerbittlich in ihrer Wankelmütigkeit, fest in ihrer Flüssigkeit, allmächtig darin, ohnmächtig zu sein."" (Aus einer Rede, die Al Gore am 10. Dezember 2007 in Oslo hielt, als er den Friedensnobelpreis entgegennahm)
_ Andrew Follett ist ein US-amerikanischer Journalist mit den Spezialbereichen Energie und Wissenschaft. Er schreibt für eine Reihe von Publikationen, unter anderem auch für die Webseite dailycaller.com, der dieser Text entnommen ist. COMPACT hat ihn leicht redigiert. Zuerst entdeckt haben wir den Artikel auf der Seite des Europäischen Instituts für Klima und

Energie (EIKE) und danken Chris Frey für die Übersetzung.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/62-63): >>**Windrad-Kommunismus**
_ von Daniell Pföhringer
Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein planwirtschaftliches Instrument, das Gelder an die Ökostromanbieter umverteilt. Die Verbraucher zahlen die Zeche - vor allem die ärmsten.
In keinem anderen Land der Welt wird die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft, Windenergie, Solaranlagen, Biomasse und Geothermie finanziell so stark gefördert wie in Deutschland. Beliefen sich die Kosten der Energiewende bis 2015 schon auf rund 150 Milliarden Euro, könnten sie sich nach einer aktuellen Studie des Instituts für Wettbewerbsökonomie der Universität Düsseldorf (DICE) in den nächsten zehn Jahren auf insgesamt 520 Milliarden Euro erhöhen.
Das Subventionsvolumen für Erneuerbare beträgt inzwischen mehr als 25 Milliarden Euro pro Jahr. Das sind über 300 Euro je Bundesbürger. Laut DICE ist allein für den Zeitraum 2016 bis 2025 mit einer Belastung von gut 37,50 Euro pro Monat und Einwohner zu rechnen. Von einer Verringerung der volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung, wie sie von der Bundesregierung im Zuge des übereilten Ausstiegs aus der Atomkraft nach Fukushima 2011 in Aussicht gestellt wurde, kann also keine Rede sein.
Energiepolitische Planwirtschaft
Das planwirtschaftliche Produktionsregime der Energiewende hat ein altes Prinzip der Elektrizitätswirtschaft außer Kraft gesetzt: Früher richtete sich die Produktion nach dem Verbrauch. Es wurde genau so viel angeboten, wie auch abgenommen wurde, denn Strom kann man schlecht speichern.
Doch heute bestimmt nicht mehr die Nachfrage das Produktionsvolumen, sondern die Natur, also Wind und Sonne. Herrscht eine steife Brise und strahlt gleichzeitig die Sonne, dann wird mehr Strom eingespeist als gebraucht wird. Die Netzbetreiber drosseln in diesem Fall ihre Kohle- und Gaskraftwerke, um eine Überlastung zu verhindern.
Bläst es noch stärker, müssen selbst Windparks vom Netz genommen werden, obwohl der Verbraucher weiter dafür zahlt. Auch das offenkundige Nord-Süd-Gefälle liegt in dieser Energie-Kommandowirtschaft begründet, da es auf einen klassischen Fehler zurückzuführen ist, der schon den früheren Ostblockstaaten zu schaffen machte, nämlich die mangelnde Synchronizität der Wirtschaftssektoren.
Soll heißen: Im Norden baut man die Landschaft mit Windrädern zu, hat aber nicht genügend Leitungen, um den produzierten Strom in den Süden zu bringen. Die dafür benötigten Trassen fehlen.
Versprochen ist versprochen und wird schnell gebrochen - das gilt auch für die Zusage Angela Merkels aus dem Jahr 2011, daß die EEG-Umlage nicht über den Wert von 3,53 Cent pro Kilowattstunde steigen werde. Mittlerweile hat sich die Umlage auf 6,88 Cent nahezu verdoppelt. Laut Berechnungen der Pro-Energiewende-Denkfabrik Agora, die von dem früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) geleitet wird, soll die EEG-Umlage 2018 zwar minimal auf 6,74 Cent pro Kilowattstunde (kWh) sinken, dieser Wert ist allerdings mit Prognoseunsicherheiten behaftet, so daß tatsächlich eine Bandbreite zwischen 6,6 und 6,9 Cent möglich wäre. Schon 2019 sieht Agora die Kosten wieder deutlich ansteigen - und zwar auf mehr als 7,5 Cent je kWh.
Papa Staat greift zu
Statt der "Strompreisbremse", von der Kanzleramtschef Peter Altmaier einmal geredet hat, steht der Fuß weiterhin auf dem Gaspedal. So hat sich seit 1998 der Strompreis schon um sage und schreibe 70 Prozent erhöht, wofür hauptsächlich der Staat durch die Erhöhung von Steu-

ern, Gebühren und Abgaben verantwortlich ist.
Lag der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde in Deutschland 1998 bei 17,1 Cent (berechnet auf der Grundlage eines Jahresverbrauchs von 3.500 kWh), stieg er bis 2011 auf 25,2 Cent und liegt aktuell bei 29,16 Cent. Der Staatsanteil erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 24,5 über 45,3 auf aktuell 55 Prozent. Der Anteil der EEG-Umlage - das ist im Grunde die Differenz zwischen dem Preis, den Stromerzeuger bekommen, und den garantierten Abnahmepreisen für Ökostrom - liegt derzeit bei 23,6 Prozent.
Die Stromkosten für private Haushalte in Deutschland liegen schon jetzt fast 50 Prozent über denen in Frankreich mit seinen 58 Atomreaktoren. Laut einer Studie des Karlsruher Instituts für Technologie dürften sich die Preise bis 2025 nochmal um 70 Prozent erhöhen.

Grassierende Stromarmut

Durch die Preisexplosion droht Energie inzwischen zu einem Luxusgut zu werden. Die sogenannte Stromarmut ist ein Phänomen, das sich im Zuge der Merkelschen Ökopolitik rasant ausgebreitet hat - vor allem die Bürger im Osten sind davon stark betroffen.
Laut Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Linksfraktion wurde 2016 rund 330.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Von 2011 bis 2015 schwankte die Zahl der jährlichen Sperren zwischen 312.000 und 352.000.
Schon im Energie-Wendejahr 2011 wurden beispielsweise in Sachsen rund 1,3 Millionen Mahnungen verschickt und rund 250.000 Sperrandrohungen ausgesprochen. Bei mehr als 21.600 Haushalten wurde diese Drohung auch wahr gemacht - sie waren zeitweilig komplett ohne Strom. Die Verbraucherzentrale sprach damals von einer Preissteigerung um 100 Prozent in den vergangenen 13 Jahren.
Inzwischen sind die Zahlen sogar noch weiter nach oben gegangen. Insbesondere für die 6,4 Millionen Hartz-IV-Bezieher und gut eine Million Sozialhilfeberechtigten in Deutschland wird die Teuerung zum Existenzproblem.
Nach Angaben des Verbraucherportals Verivox belaufen sich die realen Kosten eines Alleinstehenden für die Grundversorgung mit Strom im bundesweiten Durchschnitt auf 44,30 Euro monatlich und damit auf 26 Prozent mehr, als im Regelsatz dafür vorgesehen ist. Besonders gravierend ist auch in diesem Fall das Problem im Osten, weil der Strom dort teurer ist. So müssen Singlehaushalte in Brandenburg pro Monat rund 49 Euro für Strom aufwenden - und damit fast 40 Prozent mehr, als Hartz-IV-Bezieher für den Energiebedarf erhalten. Aufs Jahr gerechnet ergibt dies einen Fehlbetrag von 168 Euro.
In Mecklenburg-Vorpommern fallen im Schnitt gut 47 Euro pro Monat an Stromkosten an, in Thüringen 46 Euro. Hauptleidtragende des energiepolitischen Ökostrom-Sozialismus sind also wieder einmal die Ärmsten der Armen - jene Bevölkerungskreise, die sich wenig Gedanken über einen möglichst nachhaltigen Lifestyle machen können, weil es bei ihnen um das nackte Überleben geht. Die Energiewende ist damit nicht nur ein ökonomisch schädliches und unbezahlbares, sondern auch ein zutiefst unsoziales Projekt, bei dem es nur einen Gewinner gibt: die hochsubventionierte Wind- und Solarstromindustrie.

Schäfflers Einspruch

"Wir planen von der Spitze herab, wie viele Gaskraftwerke zu bauen und Kilometer Überlandleitungen zu errichten sind. Wir greifen ein in das Preisgefüge bei Strom aus sogenannter erneuerbarer Energie, indem wir umfangreiche Subventionstatbestände schaffen. Wir planen hier in Berlin, welcher Anteil des Stroms aus welcher Quelle produziert werden soll. Wir ignorieren dabei sämtliche ökonomischen Einsichten über das Funktionieren von Märkten und die Wichtigkeit des Preissystems als Mechanismus zur Vermittlung von Informationen. ... An die Stelle der privaten und dezentralen Pläne der Unternehmer und ihrer Kunden setzen wir unsere angeblich überlegene Kenntnis, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft organisieren sol-

len." (Aus der schriftlichen Begründung des FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler für seine Ablehnung des von seiner Partei mitbeschlossenen Atomausstiegs am 30. Juni 2011) …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/65-66): >>**Wollt Ihr den totalen Blackout?**

_ *von Daniell Pföhringer*

Die Energiewende soll das Klima retten - doch bisher hat sie eher die Stromversorgung gefährdet. Seit dem überhasteten Atomausstieg gibt es immer wieder Netzzusammenbrüche - erst im Januar 2017 schrammte das Land haarscharf an einem Totalausfall vorbei. Ein solcher könnte schlimme Folgen haben.

Es gibt schon seltsame Zufälle, so wie Anfang Dezember 2012: Nur einen Tag, nachdem der damalige Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) davor warnte, daß es wegen der Stilllegung zahlreicher Kraftwerke zu Engpässen bei der Elektrizitätsversorgung kommen könnte, wurde es in Bayerns Landeshauptstadt München zappenduster.

In Schwabing, Pasing, Giesing, Sendling, Riem und anderen Teilen der Millionenmetropole blieben für mehr als zwei Stunden Straßen- und U-Bahnen stehen, Ampeln fielen aus, Fahrstühle streikten, elektronische Türen bewegten sich nicht mehr, und in den Krankenhäusern sprangen die Notaggregate an. Ursache des Strom-Blackouts war eine Störung im Umspannwerk - es stand nicht genügend Grundlast zur Verfügung. Die meisten Münchner hätten sich dieses Chaos niemals vorstellen können, doch großflächige Ausfälle könnten auch anderswo schon bald keine Seltenheit mehr sein. Daß Wind- und Sonnenstrom nicht grundlastfähig sind, haben die Konstrukteure der Energiewende offenbar vergessen.

Gefährliche "Dunkelflauten"

Warnungen gab es genug. Bereits 2011 stellte die Wirtschaftsberatungsgesellschaft A.T. Kearney fest, daß die Versorgungssicherheit im zweiten Jahr der Energiewende stark gesunken war. Die Zahl der Netzausfälle steigt seit 2009 kontinuierlich an, und weil die Grundlast nach Abschaltung mehrerer Atommeiler vor allem durch fossile Kraftwerke erzeugt wird, nahm der Primärenergieverbrauch an Kohle, Öl und Gas nicht ab, sondern stark zu. Daß dies im Sinne des Umweltschutzes und der selbstgesteckten Klimaziele ist, darf bezweifelt werden.

"Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden."

Klaus Schäfer

Probleme gibt es meist in den Wintermonaten. Erst im Januar dieses Jahres wäre es sogar fast zu einem Ausfall des gesamten Netzes gekommen. Der Deutsche Wetterdienst meldete Durchschnittstemperaturen von minus 2,3 Grad, die damit unter den für den Jahresanfang üblichen Werten lagen. Die Sonne brach nur selten durch, oft war es windstill.

Solche "Dunkelflauten", so der Fachterminus der Energiewirtschaft, sind für das deutsche Elektrizitätsnetz, das zunehmend auf nicht speicherbaren Strom aus Windkraft- und Solaranlagen setzt, überaus gefährlich.

Besonders dramatisch war die Lage am 24. Januar 2017: Nach Angaben des Vorsitzenden der IG Bergbau Chemie Energie, Michael Vassiliadis, konnten die Netzbetreiber die Stromversorgung an diesem Tag nur mit größter Mühe aufrechterhalten. Die deutschen Verbraucher riefen mehr als 80 Gigawatt ab, von denen die Erneuerbaren nicht einmal fünf Prozent beisteuern konnten. An einen Import von Nachbarstaaten wie Frankreich war nicht zu denken, denn die hatten wegen der Kältewelle selbst arge Schwierigkeiten, ihren Bedarf zu decken. Daß die Lichter in Deutschland nicht komplett ausgingen, lag laut Vassiliadis nur daran, daß die Energieversorger "auch noch das letzte Reservekraftwerk" ans Netz nahmen.

"Kohle, Gas und Kernkraft hielten das Land quasi im Alleingang unter Strom", so der Gewerkschaftschef. Vor größeren Blackouts warnte im Mai dieses Jahres auch Klaus Schäfer.

"Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden. Das läßt sich auch daran ablesen, wie häufig die Netzbetreiber eingreifen müssen, um Schlimmeres zu verhindern", so der Chef des Energiekonzerns Uniper. Das Thema sollte deshalb bei der Bundesregierung "ganz oben auf der Liste der Aufgaben" stehen. Leider ist das nicht der Fall - und das kann schwerwiegende Folgen haben.

Anarchische Zustände

Was nach einem großflächigen Stromausfall passieren kann, beschreibt der Schriftsteller Marc Elsberg in seinem 2012 erschienenen Technik-Thriller Blackout, für den er mehrere Jahre über die europäischen Energienetze recherchiert hat:

Versorgung und Infrastruktur brechen zusammen, Plünderungen und Anarchie breiten sich aus, die Städte versinken in Chaos und Gewalt. Die Zeitschrift Bild der Wissenschaft bezeichnete sein Szenario als "realitätsnah". "Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen", so Elsberg. Allein der Energiekreislauf Deutschlands ist insgesamt rund zwei Millionen Kilometer lang, die Leitungen würden etwa 45 Mal rund um die Erde reichen - und die Grundlast muß immer vorhanden sein. "Das Stromnetz ist das System der Systeme: Jeder Einzelne von uns hängt 24 Stunden am Tag von ihm ab", so Elsberg. "Ohne Strom stürzt eine Gesellschaft zurück ins Mittelalter."

"Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen."

Marc Elsberg

Daß ein Blackout eine westliche Gesellschaft tatsächlich an den Rand eines Bürgerkriegs führen kann, konnte man 2005 nach dem Hurrikan Katrina in den Südstaaten der USA beobachten: Zehntausende Menschen wurden obdachlos, den Notstromaggregaten in den Krankenhäusern ging der Treibstoff aus, Unruhen griffen um sich, bewaffnete Banden raubten im Schutz der Dunkelheit Supermärkte und Privatwohnungen aus. Nach drei Tagen erhielten Polizisten das Recht, Plünderer zu erschießen. "Während Katrina waren wir nicht in der wahren Welt, wir lebten in einem Holocaust", wurde David Benelli, damals Polizeileutnant in New Orleans, von den Medien zitiert.

"Hochgradig verletzbar"

Würde der Strom in ganz Deutschland ausfallen, sähe es nicht besser aus. "Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr. Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen", so Christoph Revermann, stellvertretender Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.

Seine Forschungsstelle hat 2011 erstmals die Folgen eines Netzausfalls in mehreren Bundesländern untersucht und war zu dem Schluß gekommen: "Die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern erfolgt über ein eng verflochtenes Netzwerk an kritischen Infrastrukturen, die hochgradig verletzbar sind. Die Folgen eines Blackouts sind nicht beherrschbar, selbst unter Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen.

"Rund 430 Millionen Euro pro Stunde würde Deutschland ein solcher Stromkollaps kosten. Und dazu bräuchte es noch nicht mal eine Naturkatastrophe - die Energiewende reicht.

Elektrisierend

Der spannende Roman Blackout von Marc Elsberg zeigt, wie Europa nach einem beinahe flächendeckenden Stromausfall aussieht. In den Millionenstädten und auf dem Land wird es von einer Sekunde auf die andere dunkel, die Versorgung bricht zusammen, aus den Leitungen kommt bald kein Wasser mehr, Benzin und Lebensmittel werden knapp, die Straßen versinken im Müll, und Kriminalität breitet sich aus.

Ein italienischer Computerspezialist hat den Verdacht, daß es sich um einen terroristischen Hacker-Angriff handeln könnte und geht der Sache nach. Doch schon bald gerät er selbst ins

Visier von Polizei und Geheimdiensten. Elsberg, Jahrgang 1967, stammt aus Wien und wollte mit Blackout verdeutlichen, wie verletzlich von Elektrizität abhängige westliche Gesellschaften sind, vor allem nach einem Übergang zu Hacker-anfälligen digitalen Haushaltsmeßgeräten. Der Roman wurde im deutschsprachigen Raum über eine Million Mal verkauft, blieb mehrere Jahre auf der Spiegel-Bestsellerliste (Juli 2013: Platz 2) und wurde 2012 als Wissensbuch des Jahres in der Kategorie Unterhaltung ausgezeichnet. …<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 8. November 2017: >>**Die gescheiterte ideologische Energiewende**

Kosten steigen und steigen. Immer mehr Verbrauchern wird der Strom abgeklemmt

"Höchste Strompreise, keine CO2-Einsparung, wachsende Konflikte mit dem Naturschutz, Gefahren für die Versorgungssicherheit. Die Zwischenbilanz der Energiewende ernüchtert", erklärte der Energiewende-Experte Holger Douglas in der vergangenen Woche in einer Pressemitteilung des Bundes für soziales und ziviles Rechtsbewußtsein:

Die Energiewende ist krachend gescheitert

Diejenigen, die den Wahnsinn Energiewende in die Welt gesetzt haben, wissen offenbar nicht mehr weiter. Die Kosten steigen und steigen. Der Stromverbraucher muß für jenen "grünen" Strom zahlen, der gar nicht erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr paßt oder weil noch keine Leitungen gebaut sind, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern sind 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht.

Es muß so gewesen sein: Einst standen die Initiatoren des Erneuerbare-Energien-Gesetzes neben albanischen Hütchenspielern und schauten gebannt zu. Sie beeindruckte die Fertigkeit, mit der die Spieler ihr Publikum verwirrten und am Ende abzockten. 'Das müssen wir nachmachen!' dachten sie und ersannen mit der EEG-Umlage jene seltsame Konstruktion, nach der Unterschiede zwischen Angebot und Nachfrage vom Stromverbraucher bezahlt werden müssen.

Ungefähr so, wenn ein Bäcker einen Ausgleich forderte, weil er doch so viele schöne Brötchen gebacken hat, die aber niemand will, weil alle schon genügend haben.

Diese EEG-Förderung war der Anreiz, Windanlagen zu bauen und Photovoltaikanlagen auf die Dächer zu setzen. Ein Mensch, der noch bei Trost ist, würde das niemals tun, denn es rechnet sich nicht - es sei denn, er wird mit einem Haufen Geld gelockt.

Also entstanden zuerst an den Küsten unüberschaubare Wälder von Windanlagen, Bauern bastelten sich Photovoltaikanlagen auf ihre großflächigen Stalldächer, und grüne Lehrer und Zahnärzte quetschten noch auf den letzten Dachziegel Photozellen. Und alle pumpen nun Strom in die Netze.

Da lacht das Herz des Energiewendegewinnlers, das des Stromverbrauchers bekommt Rhythmusstörungen, weil die Kosten in astronomische Höhen klettern.

Jede Fortschreibung des EEG löst weitere Kostenlawinen aus. Insgesamt sollen die deutschen Stromverbraucher im kommenden Jahr die wahnsinnige Summe von 29,5 Milliarden Euro für "Ökostrom" bezahlen, hat die Bundesnetzagentur prognostiziert. So hoch dürften die Ansprüche aller Photovoltaik- und Windstromerzeuger auf Vergütung ausfallen.

Dem würden voraussichtlich, so die Agentur weiter, Einnahmen aus dem Verkauf des Stromes von 4,7 Milliarden Euro gegenüberstehen. Eine ordentliche Differenz, die bezahlt werden muß.

Als Peter Altmaier Umweltminister wurde, holte er tief Luft, nahm all seinen Mut zusammen und redete schwitzend über eine Begrenzung des Strompreises. Aus der Ecke der Solar- und Windanlagenbetreiber kam sofort der heftige Aufschrei: Es sei die Industrie, die sich in erheblichem Umfang von den EEG-Umlagen freistellen ließe. Die bezahlt ab einer bestimmten Grenze keine EEG-Umlage, um überhaupt noch einigermaßen konkurrenzfähig zu sein.

Diese "Fehlbeträge" müßten, natürlich, von allen Stromverbrauchern bezahlt werden, so die

Ökolobby.
Die Mechanismen der EEG-Umlage sind reichlich verworren und schwer durchschaubar. Fest steht, daß dabei auch der Staat über diverse Steueranteile kräftig mitverdient.
Aber immerhin: Die "grünen" Stromerzeuger haben etwas in der Geschichte Einmaliges vollbracht: Der Stromverbraucher muß für etwas bezahlen, das es nicht gibt, nämlich für jenen "grünen" Strom, der gar nicht erst erzeugt wird, weil in die Netze wirklich nichts mehr hineinpaßt oder - noch besser - weil noch keine Leitungen gebaut wurden, um den Strom abzutransportieren. Doch den Betreibern dieser Anlagen wurden 20 Jahre Einnahmen garantiert - ob sie Strom liefern oder nicht. Da werden sogar die albanischen Hütchenspieler neidisch.
Immer mehr Verbraucher können nun ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. So wurden im Jahr 2015 von den Stromversorgern über 6 Millionen Sperr-Androhungen verschickt. Rund 418.000 Haushalten wurde der Strom abgeklemmt. Hinzu kommen 58.000 Gasabschaltungen. Die Stromversorgung ist ein soziales Recht und eine Grundvoraussetzung für ein gesundes menschenwürdiges Wohnen. Stromsperren durch die Energieversorger aufgrund von Zahlungsunfähigkeit ihrer Kunden sind vom Gesetzgeber zu verbieten.
Autor dieses gekürzten Beitrags ist der aus dem Fachbereich Wissenschaft und Technik bekannte Journalist Holger Douglas.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 27. November 2018: >>**Bundesamt warnt vor "katastrophalen" Folgen von Blackouts**
Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat vor "katastrophalen" Folgen massiver landesweiter Stromausfälle gewarnt. Diese hätten ein "erhebliches Verteilungsproblem für wichtige, teils lebenswichtige Güter" zur Folge, heißt es in einem internen Positionspapier, das den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland vorliegt. Vor allem die Bundesländer haben demnach bei Notfallplänen für die Verteilung von Treibstoff, Lebensmitteln und Medikamenten noch Nachholbedarf.
Das Papier beschäftigt sich auch mit den möglichen Folgen eines Blackouts: "Aufzüge, Heizungen und Licht würden zu Hause sofort ausfallen. Auch der Kühlschrank in der Wohnung oder die Kühlung in Supermärkten wären sofort betroffen." Die meisten Tankstellen könnten keinen Treibstoff mehr verkaufen, innerhalb von Stunden könnten Telefone und Internet nicht mehr genutzt werden. Das Abheben von Bargeld wäre nicht mehr möglich.
"Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben"
Besonders kritisch sieht der Bericht die Folgen für die medizinische Versorgung: "Nach 24 Stunden käme es zu weitgehenden Einschränkungen in Krankenhäusern und der Wasserversorgung. Arzneimittel und Medizinprodukte könnten nicht mehr oder nicht mehr in ausreichendem Maße nachgeliefert werden. Impfstoffe und Blutprodukte würden verderben."
Als Notfallversorgung schlägt das Amt die Ausstattung der Bevölkerung mit Taschenlampen und Kurbelradios vor. Auch sollten Lebensmittel, Wasser und Hygieneartikel auf Vorrat in den Haushalten vorhanden sein. Da die Notfallplanung bisher "heterogen" sei, schlägt das Bundesamt zudem eine gesetzliche Anforderung an die Notstromversorgung in kritischen Infrastrukturen vor. Dazu gehören etwa Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Telekommunikation und Finanzwesen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. November 2017 (x887/...): >>**Blackout-Gefahr steigt**
Überlastung der Stromnetze im Winter - Krise in der Schweiz
Erst im Nachhinein ist deutlich geworden, wie groß im vergangenen Winter das Risiko von flächendeckenden Zusammenbrüchen von Stromnetzen war. Klirrende Kälte und die Abschaltung von 23 Kernkraftwerken brachten Frankreichs Stromversorgung im Januar 2017 in eine prekäre Situation. Am Morgen des 20. Januars benötigte Frankreich um 8.45 Uhr deutlich mehr Strom, als es in diesem Moment selber produzieren konnte.

Das befürchtete Ausgehen der Lichter konnte nur durch Stromlieferungen aus den Nachbarländern verhindert werden. Eingesprungen waren spanische, belgische, deutsche und schweizer Netzbetreiber.
Erst im Sommer dieses Jahres wurde bekannt, daß sich mit der angespannten Situation in Frankreich auch die Lage in der Schweiz zugespitzt hatte. Dort brachte die Situation auf dem Strommarkt die eidgenössischen Behörden im Februar ins Schwitzen. Auch hier waren im Januar zwei AKW außer Betrieb, zudem waren durch die Stromknappheit in Frankreich die Preise auf dem europäischen Strommarkt gestiegen.
Schweizer Stromproduzenten nutzten diese Gelegenheit, um ihre Pumpspeicherwerke auf vollen Touren laufen zu lassen, um Strom nach Frankreich zu exportieren. Die Folge war, daß sich die Staubecken vielerorts geleert hatten und nicht mehr für den Strombedarf der Schweiz zur Verfügung standen. Auch hier waren es Rekord-Stromimporte aus dem Ausland und mildes Wetter, die eine Zuspitzung verhinderten.
Der Februar 2017 gilt inzwischen als historischer Monat in der Schweizer Stromgeschichte. Swissgrid, der größte Netzbetreiber des Landes, muß allerdings immer öfter eingreifen, um schwerwiegende Probleme bei der Stromversorgung abzuwenden. Laut Swissgrid waren im Jahr 2011 lediglich zwei Eingriffe nötig.
Im Jahr 2016 wurden bereits 213 Eingriffe gezählt. In diesem Jahr mußte Swissgrid allein bis Ende August schon 274 Mal das Stromnetz der Schweiz stabilisieren. Als Ursachen nennt der eidgenössische Netzbetreiber die Liberalisierung der Strommärkte und den Zuwachs der sogenannten Erneuerbaren Energien.
Die gestiegene Zahl von Windrädern und Solaranlagen macht es schwieriger, eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten. Bei Swissgrid verweist man auch darauf, daß insbesondere in Deutschland die Stromnetze durch die Energiewende sehr viel schwankender benutzt werden als zu früheren Zeiten.
Der europäische Verbund der Stromnetze hilft zwar, Notfälle wie im letzten Winter in Frankreich oder der Schweiz zu entspannen, allerdings gibt es auch eine Kehrseite: Auch ein Blackout, ein Zusammenbruch eines regionalen Stromnetzes kann sich europaweit ausbreiten. Laut der "Luzerner Zeitung" wird befürchtet, daß sich, unter anderem auch durch den geplanten Wegfall von Kohle- und Kernkraftwerken in Deutschland, die Zahl kritischer Netzsituationen in der Schweiz noch zunehmen wird.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Ökowahnsinn auf Kosten der Bürger**
Leif-Erik Holm
Sie stehen an unseren Küsten, in unseren Wäldern, auf unseren Bergen. Windkraftanlagen vermehren sich scheinbar ungebremst, und sie werden immer monströser. Die neueste Generation soll bis zu 200 Meter hoch werden - höher als der Kölner Dom. Wir Bürger erkennen unser Deutschland kaum noch wieder. Jahrhundertealte Kulturlandschaften verschwinden lautlos im Schatten immer neuer Windparks.
Sie stehen symbolisch für die total gescheiterte Energiewende. Sechs Jahre nach dem überhasteten Ausstieg aus der Kernkraft ist die Bilanz verheerend: Jahr für Jahr blechen wir neue Rekordpreise für Strom.
Eine Familie mit zwei Kindern zahlt in diesem Jahr rund 300 Euro EEG-Zwangsumlage.
Kein Wunder, daß der Widerstand gegen diesen energiepolitischen Amoklauf wächst.
Merkels Ökopopulismus löst nicht eines der vermeintlichen Probleme. Weder sinkt der Ausstoß von Kohlendioxid, im Gegenteil, noch können wir auf Strom aus Kernenergie verzichten. Wir schalten zwar die eigenen Kernkraftwerke ab, müssen dann aber bei Flaute und Dunkelheit selbstverständlich Atomstrom aus dem Ausland einkaufen. Welch ein Selbstbetrug!

Natürlich wollen wir saubere Energie. Aber das schaffen wir nicht mit diesem blauäugigen "Wünsch dir was", sondern mit starken Investitionen in die Forschung. Wir brauchen neue grundlastfähige Technologien der Energieerzeugung, und wir brauchen große Energiespeicher.
Solange wir nicht Vernunft in die Energiepolitik einziehen lassen, werden die Strompreise weiter steigen, und gerade die Menschen mit kleinen Einkommen müssen den planwirtschaftlichen Irrsinn der Merkel-Regierung bezahlen. Daß die Bürger davon die Nase voll haben, zeigt ein Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern. Hier beschloß die Landesregierung ein "Bürgerbeteiligungsgesetz", durch das Anwohner von in der Nähe gelegenen Windparks profitieren sollten. Die Beteiligung liegt bisher bei null. Was die Regierenden offensichtlich unterschätzt haben: Die Bürger wollen nicht an solchen Anlagen verdienen, sie wollen ihre Heimat erhalten.
Leif-Erik Holm ist Sprecher der AfD in Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 16. Dezember 2017: >>**Zum Schaden Deutschlands**
von *Bruno Bandulet*
Daß Martin Schulz von Freund und Feind sonderlich ernst genommen wird, hat noch niemand behauptet. Ein tiefer Denker ist er nicht, und wenn er Gedachtes referiert, wirkt er geschwätzig. Er gilt als leidenschaftlicher Europäer, wobei nicht klar ist, worauf sich seine Leidenschaft konkret bezieht. Auf dem SPD-Parteitag in der ersten Dezemberwoche forderte er ein Eurozonenbudget und einen Euro-Finanzminister und sprach sich dafür aus, "spätestens" im Jahr 2025 die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. EU-Mitglieder, die dann nicht mitmachen wollen, sollen - so stellt Schulz sich das vor - automatisch die EU verlassen.
Ein solcher "demagogischer Hanswurst" ist Emmanuel Macron mitnichten, auch wenn Frankreichs prominenter Intellektueller Michel Onfray ihn einmal so nannte. Macron ist ein Verwandlungskünstler, dessen Auslassungen zwischen den Zeilen gelesen werden müssen. So auch seine September-Rede, in der er seine ganz große Initiative für ein "souveränes Europa" vortrug.
Eine Rede, die bedenkenswerte Details enthielt, die aber doch den Geist des französischen Konstruktivismus atmete, die für "soziale und steuerliche Konvergenz" plädierte, die auf mehr EU-Zentralismus und mehr EU-Umverteilung abzielt. Macron hatte den Text vorher mit Angela Merkel abgestimmt. Mit Martin Schulz telefoniert er gelegentlich auch.
Was genau mit solchen Vorstößen gemeint ist, bleibt offen. Das gilt auch für den jüngsten Vorstoß des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Er möchte den mit 700 Milliarden ausgestatteten Euro-Rettungsschirm ESM in einen "Europäischen Währungsfonds" umwandeln. Auch der könnte nicht mehr tun, als im Krisenfall Kredite zu vergeben. Nur würden dann nicht mehr die nationalen Regierungen federführend sein, sondern die EU-Kommission könnte vorschlagen, wer wieviel Geld bekommt. Ein kräftiger Machtzuwachs für Brüssel, der praktisch keine Aussicht auf Verwirklichung hat, weil alle Regierungen und Parlamente zustimmen müßten.
Macron reklamiert Führungsrolle für Frankreich in der EU
Das Problem besteht nicht darin, daß Macron eine europäische Strategie hat, sondern darin, daß Berlin keine hat. Er versucht, die Deutschen vor sich herzutreiben, und dabei käme ihm nichts mehr gelegen als eine Große Koalition unter Merkel. Apropos SPD: Erst im vergangenen März erwärmte sich auch Sigmar Gabriel dafür, den deutschen Steuerzahler zur Ader zu lassen ("Wir sollten mehr für Europa zahlen") und verstieg sich zu der nebulösen Behauptung: "Jeder Euro, den wir also für den EU-Haushalt zur Verfügung stellen, kommt - direkt oder indirekt - mehrfach zu uns zurück." Wenn das so wäre, könnte Deutschland den aus der EU

gezogenen Nutzen mühelos multiplizieren, wenn nicht wie 2016 netto 13 Milliarden Euro an Brüssel abgeführt werden, sondern ein Mehrfaches davon.
Im übrigen wird Macron in Deutschland mißverstanden. Er ist keineswegs der Meinung, daß Frankreich zum höheren Nutzen Europas französische Souveränität und französische Interessen opfern müsse. In einem immer noch lesenswerten Interview mit dem Spiegel vom 14. Oktober reklamierte Macron für Frankreich die Führungsrolle in der EU, verbunden mit dem dezenten Hinweis, daß Frankreich als Atommacht und als ständiges Mitglied im Uno-Sicherheitsrat eine "besondere Stellung" innehabe.
Beides mit den Deutschen oder den anderen Europäern zu teilen, käme ihm nicht in den Sinn. Europäer zu sein, so Macron, bedeute ja nicht, seine Unabhängigkeit und seine eigene Diplomatie aufzugeben. Und dann ließ er die Katze aus dem Sack: "Deutschland will keine Finanztransfers. Dieses alte Denken aber müssen wir hinter uns lassen." Man tut Macron nicht unrecht, wenn man ihm unterstellt, er wolle Deutschlands Finanzkraft anzapfen.
Dabei ist die EU auf dem Weg zur finanziellen Vergemeinschaftung schon längst zu weit gegangen. In einer Studie vom vergangenen September konnte die BayernLB nachweisen, daß sich 2007 sämtliche Transfers und Mechanismen der EU und der Eurozone auf ein potentielles "verdecktes Vergemeinschaftungsvolumen" in Höhe von 507 Milliarden Euro summierten. Nach letztem Stand sind es 3.800 Milliarden Euro, ein irrwitziger Anstieg von vier auf 25 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt.
Europäische Union benötigt Realismus
Wenn wir auf "Europa" blicken, sehen wir ein Dickicht von Subventionen und Transfers, die sich heillos überschneiden und die auch der aufmerksamste Zeitungsleser schon lange nicht mehr überschaut. Die Ironie der Geschichte liegt darin, daß sich frühere Gegner des Vertrages von Maastricht, die ja recht behalten haben, jetzt wünschen müssen, daß dieser eigentlich ungute Vertrag endlich ernst genommen wird: daß jedes Euro-Mitglied für die eigenen Schulden haftet, daß die Europäische Zentralbank keine Staaten mehr finanziert, daß die Schuldenobergrenzen eingehalten werden.
Die Europäische Union benötigt keinen "Traum" und weder eine "Vertiefung" noch eine Erweiterung der Eurozone, sondern Realismus, Konsolidierung, Rückbesinnung auf ihre Grundregeln und auf das Prinzip der Eigenverantwortung. Was Schulz, Gabriel und Macron vorschwebt, läuft lediglich darauf hinaus, die existierende Verantwortungslosigkeit neu zu organisieren. Nach dem Brexit, den Merkel zum Schaden Deutschlands nicht verhindert hat, und nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland steht die EU am Scheideweg zwischen einer irrationalen Verschärfung des "Weiter so" und einem Mißbrauch des Euro als Vehikel der Zentralisierung oder aber einer europäischen Renaissance, die auf die Kraft freier Nationen setzt.<<
Schlußbemerkungen: Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft).
Die staatlich angeordnete "Energiewende" (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022) wird nicht nur die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft, sondern letzten Endes auch Deutschland in den wirtschaftlichen Ruin treiben.
Zur Senkung der deutschen CO2-Emissionen, die gegenwärtig etwa **zwei Prozent** der weltweiten CO2-Emissionen (2015 = 2,2 %) betragen, sind nach Angaben des BDI **zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro** erforderlich.
Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder China (Anteil am weltweiten CO2-Ausstoß im Jahre 2015 = 28,1 %), USA (16,0 %), Indien (6,2 %), Rußland (4,5 %), Japan (3,7 %) u.a. entsprechend verhalten. Die

Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas kläglich scheitern müssen.
Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Energiewende (zurück zur Energietechnik des Mittelalters) führt statt der angekündigten Rettung des Weltklimas lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der nationalen Energieversorgungssicherheit.
Aufgrund der hohen Strompreise können schon heute nicht wenige private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen und viele Unternehmer werden ihre Produktion demnächst wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß diese destabilisierende politische Maßnahme schließlich den angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands einleiten wird.
Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine weiteren fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher (Pumpspeicherkraftwerke) verfügt, wird sich dank der ideologischen Energiewende ("Flatterstrom" aus Windmühlen und Solaranlagen) der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln (verspätete Verwirklichung des Morgenthau-Plans).
Die ideologische Politik der linkslastigen Grünen wird unumkehrbar ins Chaos führen, denn ohne konventionelle Reservekraftwerke sowie ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher kann zukünftig keine sichere Energieversorgung gewährleistet werden. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeitig nur 36 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden.
Windkraft, Photovoltaik und Biomasse-Stromerzeuger können ohne die bisherigen Grundlastkraftwerke (Kern-, Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke) keine stabile Energieversorgung garantieren, so daß es infolge der Flatter-Stromeinspeisung durch die "Erneuerbaren" (Energietechnik des Mittelalters: Wind- und Sonnenkraftwerke) zwangsläufig zum Zusammenbruch der Stromversorgungsnetze kommen wird. Vorübergehende oder längere Stromausfälle (Blackouts) werden zukünftig zum täglichen Normalzustand gehören.
Der staatlich erzwungene willkürliche Ausstieg aus der Kernenergie degradiert Deutschland zu einem Stromimportland und alle stromintensiven Produktionsbetriebe werden wegen fehlender Versorgungssicherheit sowie der hohen Stromkosten sehr schnell ins Ausland abwandern. Der überhastete Kohleausstieg, Verbot des Verbrennungsmotors und weitere unrealistische ideologische Vorhaben werden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie zusätzlich schwächen und den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland zerstören.
Mit den großen Unternehmen verlassen auch unzählige Spezialisten und Fachkräfte das Land. Während viele Unternehmensbosse diese Standortaufgabe wegen der günstigeren Produktionskosten im Ausland sicherlich begrüßen, wird die deutsche Exportwirtschaft bzw. die gesamte deutsche Wirtschaft zwangsläufig zusammenbrechen und schließlich vollständig liquidiert.

Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch die Macht der "vierten Gewalt"

> Was macht Deutschland? ... Deutschland pflegt sich - Wohl zu besinnen. / Deutschland regt sich - Was wird's beginnen? / Deutschland trägt sich - Mit großen Gedanken. / Deutschland bewegt sich - In gesetzlichen Schranken. / Deutschland fragt sich - Ob's endlich soll? / Deutschland schlägt sich - Schlägt sich wie toll! / Deutschland legt sich – Zu Protokoll!
> *Georg Herwegh (1817-1875, deutscher Dichter)*

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/…): >>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizonterweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse

als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.
Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.
Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."
Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*
Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."
Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.
Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.
Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnissystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.
In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."
Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäi-

sche Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.
Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.
Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke, Aspen-Institut, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Atlantische Initiative, American Academy, American Jewish Committee, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.
Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.
Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefellers Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.
Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.
Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Siegloch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.
Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.
Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das ge-

heime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. …
Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) … und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).
Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.
"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflußten Eliten."
Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.
Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.
"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.
Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."
"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. …
Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."
Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtspre-

chung ein Kündigungsgrund sei.
Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.
"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien ´neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."
Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.
Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.
Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vieren spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über … die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchner Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.
Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaf*t, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.
Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).
Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie

fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."
Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das ´Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."
Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue … unter Beweis stellen sollte."
"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."
Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weise dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."
Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt. …<<
Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Januar 2017: >>**Sprachkritik: "Volksverräter" ist das Unwort des Jahres 2016**
Eine Frau wartet neben einem Schild mit der Aufschrift "Volksverräterin" im August 2015 vor einer Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Heidenau auf die Ankunft von Bundeskanzlerin Merkel.
Nach "Gutmensch" im Jahr 2015 ist das Unwort des Jahres 2016 "Volksverräter". Das Wort sei ein "Erbe von Diktaturen" unter anderem der Nationalsozialisten, hieß es in der Begründung.
Sprachliche Entgleisungen erfüllen Pegida-Aktivisten und AfD-Mitglieder mit Genugtuung. Was treibt sie an? Nicht nur Enttäuschung und Frustration, in Teilen auch Abscheu und Haß. Das wurde deutlich, als rechte Demonstranten am 3. Oktober 2016, dem Tag der Deutschen Einheit, in Dresden Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck als "Volksverräter" diffamierten.
Eine sprachkritische Jury der Technischen Universität Darmstadt hat den Begriff am Dienstag nun zum "Unwort des Jahres 2016" gewählt. Man habe sich für das Wort entschieden, weil es etwa gegenüber Politikern so diffamierend wirke, "daß ein solcher Sprachgebrauch das ernsthafte Gespräch und damit die für die Demokratie notwendigen Diskussionen in der Gesellschaft abwürgt".
Völkische Gruppierungen und Nationalsozialisten setzten den Terminus schon in der Weimarer Zeit als propagandistisches Instrument im Zusammenhang mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg ein. Reichsminister Matthias Erzberger vom katholischen Zentrum wurde in Pamphleten und Reden als "Volksverräter" diffamiert, nachdem er die Annahme des Versailler Vertrags mangels Alternativen befürwortet hatte. Rechtsradikale erschossen ihn auf offener

Straße. Im Nationalsozialismus diente das Wort unter anderem dazu, politische Gegner zu isolieren und mundtot zu machen.
Die Vorstellung vom "Volksverräter" durchdrang auch das Strafrechtsdenken. Andersdenkende wurden als "Volksverräter" in Willkürprozessen zur Schau gestellt. Nach der Vorstellung des NS-Richters und Präsidenten des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, sollte die Rechtsprechung "vom festen Willen zur Ausrottung des Verrats" getragen sein. Straftatbestände wie Hochverrat, Landesverrat, Gebietsverrat sowie Volksverrat wurden angewendet - und vermeintliche Täter zu Tausenden zum Tode verurteilt.
Nun ist das Wort wieder da. So beschimpfte Stefan Räpple von der AfD-Fraktion im November im Landtag von Baden-Württemberg Mitglieder aus anderen Fraktionen als "Volksverräter". In der Debatte über Flüchtlinge diffamiere der Begriff auch "Toleranz und Hilfsbereitschaft pauschal als naiv, dumm und weltfremd, als Helfersyndrom oder moralischen Imperialismus", sagte Nina Janich vom Darmstädter Institut für deutsche Sprache am Dienstag. Zum "Wort des Jahres" hatte die Wiesbadener Gesellschaft für deutsche Sprache am 6. Dezember das Kunstwort "postfaktisch" gekürt.
Von "alternativlos" bis "Gutmensch"
2015 - Gutmensch: Der Vorwurf diffamiere Hilfsbereitschaft und Toleranz pauschal als naiv und dumm.
2014 - Lügenpresse: Die pauschale Verurteilung verhindere fundierte Medienkritik und leiste einen Beitrag zur Gefährdung der für die Demokratie so wichtigen Pressefreiheit.
2013 - Sozialtourismus: Der Ausdruck diskriminiere Menschen, "die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen" und verschleiere ihr Recht hierzu.
2012 - Opfer-Abo: Der Begriff stelle Frauen pauschal unter den Verdacht, sexuelle Gewalt zu erfinden und damit selbst Täterin zu sein. Jörg Kachelmann hatte die Wortschöpfung unter anderem in einem "Spiegel"-Interview verwendet.
2011 - Döner-Morde: Der Begriff wurde für die Mordserie der rechtsextremistischen NSU-Terroristen verwendet. Mit der "sachlich unangemessenen, folkloristisch-stereotypen Etikettierung" würden ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt.
2010 - Alternativlos: Das Wort suggeriere zu Unrecht, daß keine Diskussion mehr notwendig sei.<<
Die Tageszeitung "Augsburger Allgemeine " berichtete am 25. Januar 2017: >>**Korruption ist überall zu Hause - auch in Deutschland**
Wie korrupt ist Deutschland? Laut Transparency International halten auch deutsche Behörden zunehmend gerne mal die Hand auf - vor allem in den Kommunen.
Im internationalen Vergleich gelten deutsche Unternehmen, Politiker und Behörden als vergleichsweise sauber. Doch die Organisation Transparency International, die weltweit gegen Bestechlichkeit kämpft, ist alarmiert: Führungskräfte deutscher Unternehmen nehmen es laut einer Studie als zunehmend normal wahr, daß "irreguläre Zahlungen" an Verwaltungen fließen, damit bestimmte Vorgänge beschleunigt oder erst möglich gemacht werden.
Aktuelle Fälle scheinen diese Einschätzung zu bestätigen: Mehrere hunderttausend Euro soll etwa der Oberbürgermeister von Regensburg von einem Bauunternehmer kassiert haben … Wie geschmiert lief dann offenbar im Gegenzug die Vergabe eines 35 Hektar großen Baugebiets an die spendable Firma. Seit einer Woche sitzt Rathauschef Joachim Wolbergs (SPD) wegen Korruptionsverdachts in Untersuchungshaft. Auch gegen dessen Amtsvorgänger Hans Schaidinger (CSU), den früheren Vorsitzenden des bayerischen Städtetags, wird ermittelt. Und in Ingolstadt stehen 13 Personen in einer Korruptionsaffäre um die örtliche Klinik im Visier der Staatsanwaltschaft.
Transparency: Kommunen ein wichtiger Schauplatz von Korruption
Für Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, passen die Fälle ins Bild: "Die

Kommunen sind ein wichtiger Schauplatz von Korruption, denn da fließt viel Geld." Daß etwa im Fall Regensburg der Eindruck entstehe, "daß Bürgermeister sich bedienen, das bleibt im Gedächtnis".
Deutschland hat im aktuellen "Korruptionswahrnehmungsindex", den Transparency gestern präsentierte, seinen zehnten Rang aus dem Vorjahr verteidigt. Das bedeutet, daß nur neun Länder auf der Welt als weniger korrupt gelten: Die vier skandinavischen Länder sowie Neuseeland, die Schweiz, die Niederlande, Singapur und Kanada. Dennoch gebe es in Deutschland besorgniserregende Entwicklungen, sagt Edda Müller. Während die Wirtschaft Politik und Behörden als immer korrupter wahrnehme, schwinde auf der anderen Seite auch das Vertrauen in die deutschen Firmenbosse.
Transparency zitiert eine Untersuchung, in der ein Drittel der Befragten annahm, daß alle oder die meisten Unternehmensleitungen in korrupte Machenschaften verwickelt seien. Dazu habe auch die VW-Affäre beigetragen. In den Korruptionswahrnehmungsindex fließt eine Reihe von Studien ein, die sich mit der Wahrnehmung von Korruption in den einzelnen Ländern befassen. Transparency hält dies für aussagekräftiger, als etwa die Zahl der Fälle zu vergleichen, die vor Gericht landen oder zu Verurteilungen führen. Denn gerade in den korruptesten Ländern bleibe Bestechung ja meist ohne Folgen.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. März 2017 (x892/…): >>**Volk, Vaterland, Vertreter, Versprecher ...**
Auch in den letzten Wochen fielen uns Sätze auf: weil sie so bezeichnend, provozierend, treffend, typisch, dumm, entlarvend, belustigend, intelligent, nachdenklich oder anregend sind. Wir haben wiederum völlig willkürlich eine ganz kleine Blütenlese dieser Sätze zusammengestellt. Ab und an verdichtet sich eben etwas in einem einzigen Satz, in einem ganz kurzen Textabschnitt.
"Viele meiner deutschen Mitmenschen sind mir einfach ein Rätsel. Ein Buch mit sieben Siegeln. Und sie scheinen in einer komplett anderen Welt und Wirklichkeit zu leben als ich. Mein Land wird mir immer fremder." (Unbekannt)
"Es ist möglich, daß der Deutsche noch einmal von der Weltbühne verschwindet; denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben, aber keine einzige, sich auf Erden zu behaupten, und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten. Wenn es ihnen aber wirklich einmal gelingt, ihn zu verdrängen, wird ein Zustand entstehen, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln aus dem Grabe kratzen möchten." (Friedrich Hebbel, Tagebücher, 4.1.1860)
"Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft: wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit." (Orwell, 1984, S. 308).
"Die Faulheit ist das letzte Gut, das uns vom Paradies geblieben ist." August Wilhelm Schlegel
"Schon gemerkt? So gut wie alle Flüchtlinge sind 17 Jahre alt." (Unbekannt)
"Es ist wichtig, sich immer daran zu erinnern, daß Sozialismus nur ein Kosename ist. Wie der gemütliche Schorsch eigentlich ein ungemütlicher Georg ist. Denn der Verzicht auf Gewalt bei den 'Sozialisten' bedeutet nur, daß sie in ihrer Strategie und Taktik wesentlich subtiler geworden sind. Die menschenfeindlichen kommunistischen Ziele werden (statt mit Gewalt) mit massenpsychologischen und anderen Tricks verfolgt und umgesetzt." (Adorján F. Kovács am 06.02. im Portal "Freie Welt")
"Vor Jahren sagte ich: Gott schütze Franziskus, wenn er nicht weiß, was er tut. Wenn er es aber weiß, dann schütze Gott uns in der Kirche! - Heute sage ich: er weiß, was er tut." (ein irischer Passionist)
"Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst." (Friedrich Ebert (SPD), Präsident der Weimarer Republik von 1919 bis 1925, laut Wikiquote)
"Deutsch-Österreich muß mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. Unsere Stam-

mes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns, und wir gehören zu ihnen." (derselbe)
"Diejenigen, denen wir die große Ehre erweisen, bei uns einreisen zu dürfen, sollten dieses Land unterstützen und seine Menschen und Werte lieben." (Donald Trump in seiner ersten Kongreßrede)
"Wie in einem defekten Fahrstuhl gefangen, zuckeln sie immer zwischen dem 33. und 45. Stockwerk hin und her. (…) "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben", warnte Michail Gorbatschow 1989 die DDR-Führung, die die Zeichen der Zeit nicht sehen wollte und längst überfällige Reformen ihres verkrusteten Staatssozialismus verweigerte. Die Ergebnisse sind bekannt.
Damals ging es nur um einige Jahre, die die ostdeutschen Genossen den Reformern im Kreml hinterher hinkten. Heute geht es um jene, die 70 Jahre zurückgeblieben sind und trotzdem an den Schaltstellen der Macht kleben, in Politik und Medien den Ton angeben. Längerfristig haben sie keine Zukunft, dazu mangelt es ihnen zu sehr an Lebensfreude, Neugier und Selbstreflexion. Doch bis sie endlich abtreten, können sie mit ihrer zwanghaften und bösartigen NS-Fixierung die Zukunft der gesamten Gesellschaft beeinträchtigen." (Oliver Zimski auf der "Achse des Guten" - achgut.com - über die Deutschen des 21. Jahrhunderts)
"Gott sei Dank, et hät jeklapp!" (Sr. Isa Vermehren auf die Frage, was sie Jesus sagen würde, wenn sie ihm nach ihrem Tod begegnen würde)
"Am Rande: Was könnte es für den Konstrukteur einer Raumsonde, die in 500 Millionen Kilometern Entfernung zur Erde auf einem kurzperiodischen Kometen landet, Plausibleres und Naheliegenderes geben, als den Vorschriften eines frommen Beduinen aus dem 7. Jahrhundert zu folgen?" (Michael Klonovsky 05.03.2017)
"Ein Protestant wird zustimmen, wenn man über den Papst sagt, ein Mann allein könne doch nicht behaupten, recht zu haben. - Ein moderner Katholik und ein Protestant werden zustimmen, wenn man über Erzbischof Lefebvre (der die katholische Tradition verteidigte) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben. - Beide aber werden empört reagieren, wenn man über Luther (der eine neue Kirche und einen neuen Glauben gründete) sagt, ein Mann allein könne doch nicht gegen Papst und Kirche recht haben: das nennen sie in dem Fall dann "Mannesmut"." (unbekannt)
"Deutschland, Deutschland, langsam verzweifle ich an Dir. Du machst mich wund und krank." (Martin E. Renner auf "jouwatch")
"Die Lage des Haustieres zieht die des Schlachttiers nach." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 11)
"Wenn alle Institutionen zweifelhaft oder sogar anrüchig werden und man selbst in den Kirchen nicht etwa für die Verfolgten, sondern für die Verfolger öffentlich beten hört, dann geht die sittliche Verantwortung auf den Einzelnen über oder, besser gesagt, auf den noch ungebrochenen Einzelnen." (Ernst Jünger, Waldgang, 1951, Kapitel 30)
"Es ist ein Netzwerk der Guten, das dieses Land prägt und es stark macht." (Gauck beim Abschiedsbesuch der Stuttgarter Nachrichten)
"Unser Parlament und die Regierung bestimmen die Politik. Eine Direktwahl des Bundespräsidenten würde den Eindruck erwecken, daß es da noch eine letzte Instanz gibt, die autorisiert ist, notfalls das zu korrigieren, was die Regierung möglicherweise falsch gemacht hat." (Gauck in der Stuttgarter Zeitung)
"Wenn das mit der Köterrasse jetzt amtlich ist, bezahlen wir Ureinwohner in Zukunft nur die Hundesteuer statt der Einkommenssteuer und allen anderen Abgaben?" (Kommentar auf einem politischen Blog)
"Denn jedes Volk bildet eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft, in der die Menschen

eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen. In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft. Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus." (Internetfund)
"Sicherheit ist kein Wert an sich, weshalb Bundeskanzlerin und Bundespräsident von Leibwächtern umgeben sind, nicht aber der einfache Düsseldorfer. Der bezahlt sie nur." (Kommentar nach dem Axtanschlag im Düsseldorfer Hauptbahnhof)<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 18. März 2017 (x892/…): >>**AfD für Katholiken nicht wählbar**
Die Deutsche Bischofskonferenz hat die AfD offiziell für nicht wählbar erklärt. Diese Erklärung ist in mehrfacher Hinsicht eine grobe Zumutung, auch wenn man selbst kein AfD-Befürworter oder -Wähler sein sollte. Wir fanden einen ebenso kurzen wie zutreffenden Kommentar vom heutigen Tage, den wir (wie immer bei solchen Gelegenheiten) mit unserer Frage begleiten möchten: "Ist es erlaubt, dem Bischof Steuern zu zahlen?"
Die Deutsche Bischofskonferenz hat die AfD offiziell als für Katholiken nicht wählbar erklärt. Strenggenommen haben die Bischöfe, da sie ja keinem politischen Verein vorstehen, statuiert, daß jenes Christentum, wie sie es verstehen, nicht mit der AfD und ihren Mitgliedern zusammenpaßt. Was die AfD übrigens von NSDAP und SED unterscheidet, aber noch herrscht sie ja nicht. Und schließlich ist nur der Papst ein Pontifex, nicht aber die Bischöfe, die dürfen nach dem - übrigens von mir stammenden und von mir präferierten - Motto handeln: Laßt uns Mauern über Gräben bauen!
Linkspartei, Piraten und Grüne hingegen passen zu jenem Christentum der Zöllner, wie es von der deutschen katholischen Kirche verstanden wird. Am meisten aber tut dies sowieso der Islam, wie zuletzt die Chefkleriker Marx und Bedford-Strohm zu Jerusalem demonstriert haben, als sie ihre Kreuze ablegten, um in der al-Aqsa-Moschee jenem einzigen Gott ihre Aufwartung zu machen, der niemals einen Sohn gezeugt hat.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. März 2017: >>**Nur "rechtsradikal"**
Nicht als Rassist, aber als Rechtsradikaler muß sich der Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski weiterhin von linken Studenten beschimpfen lassen. Zu diesem "Kompromiß" kam das Landgericht Köln in seinem Urteil. Der Professor von der Berliner Humboldt-Uni hatte geklagt, nachdem ihn der Asta der Universität Bremen verunglimpft hatte.
Weil er als "provokant wahrgenommen" werde und der Schutz von Meinungsäußerungen das allerhöchste Gut sei, müsse er sich also das "Attribut" rechtsradikal weiter gefallen lassen. Baberowski war in der Vergangenheit ein vehementer Kritiker der Masseneinwanderung.
Kritiker der Masseneinwanderung
Unter anderem sagte er: "Das Deutschland, das wir kennen, wird durch die Masseneinwanderung verschwinden. Es ist das Deutschland, das auf einem christlichen Wertefundament beruht. All das, was uns lieb und teuer war, womit wir unserem Leben bislang einen Halt gegeben haben, muß sich ändern, weil Menschen aus einem anderen Kulturkreis kommen und auch andere Vorstellungen davon haben, wie wir leben sollen."
Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. Sowohl Baberowski als auch der Bremer Asta können Einspruch dagegen einlegen. Ansonsten gab das Gericht Baberowski in weiten Teilen recht. Das betrifft nicht nur den Rassismusvorwurf, sondern auch sinnentstellende beziehungsweise gefälschte Zitate, die der Asta von ihm verbreitete.

Wiederholt hatten in der Vergangenheit linksradikale Studentengruppen Auftritte und Vorlesungen Baberowskis verhindert, zuletzt an der Uni Bremen, wo der Wissenschaftler auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung über "Räume der Gewalt" referieren sollte.
"Ich habe meinem Vater unrecht getan"
An seiner Berliner Uni störte eine linke Studentengruppe wiederholt seine Vorlesungen. Dort zirkulierten auch Texte, die zwar seinen Namen trugen, aber nicht von ihm verfaßt waren. Dabei kennt Baberowski das linksextreme Milieu aus eigener Erfahrung. Als Schüler war er Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), der maoistisch geprägt war. Später distanzierte er sich davon und sagte: "Ich habe meinem Vater unrecht getan" - weil er moralisch über ihn und dessen Vergangenheit während des Dritten Reichs geurteilt hatte.<<
"ZEIT ONLINE" berichtete am 20. April 2017: >>**Bundeswehr: Kaputte Truppe**
Die Bundeswehr kann nur 30 bis 70 Prozent ihrer Waffensysteme einsetzen, der Rest ist defekt und wartet auf Reparatur. Wir zeigen, was noch fährt, fliegt und schwimmt.
Die Bundeswehr hat viele Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber und Schiffe. Doch nur ein kleiner Teil davon ist einsatzfähig. Mehr als ein Dutzend Auslandseinsätze verschleißen das Material, den Werkstätten fehlen das Personal oder auch die Ersatzteile, weil - wie beim Eurofighter - zwar neue Waffen gekauft, aber nie genug Nachschubteile dafür bestellt wurden. 30 bis 70 Prozent der Waffensysteme der Bundeswehr stehen daher kaputt herum.
Ob das Transportflugzeug A400M oder der Schützenpanzer Puma - immer wieder sorgen defekte Waffen der Bundeswehr für Schlagzeilen. ZEIT ONLINE hatte 2014 schon einmal gezeigt, wie hoch die Ausfälle beim Material insgesamt sind. Damals hatte das Verteidigungsministerium dem Bundestag versprochen, künftig regelmäßig über den "Klarstand" zu informieren, also über die Waffen, die wirklich eingesetzt und für die Ausbildung genutzt werden können. Einmal im Jahr meldet nun der Generalinspekteur der Bundeswehr die "materielle Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme". ZEIT ONLINE liegt die aktuelle Version der Liste vor. Hier eine Übersicht über die wichtigsten Waffensysteme und ihren Zustand:
GTK Boxer
Heer
Voll einsatzfähig: **102** von 142 (72 %)
2014: 70 von 70 (100 %)
SPz Puma
Heer
Voll einsatzfähig: **23** von 48 (48 %)
Leopard 2
Heer
Voll einsatzfähig: **132** von 167 (79 %)
2014: 232 von 232 (100 %)
Panzerhaubitze 2000
Heer
Voll einsatzfähig: **41** von 61 (67 %)
2014: 76 von 76 (100 %)
KHS Tiger
Heer
Voll einsatzfähig: **12** von 27 (44 %)
2014: 10 von 10 (100 %)
NH-90
Heer
Voll einsatzfähig: **9** von 29 (31 %)
2014: 2 von 8 (25 %)

Patriot
Luftwaffe
Voll einsatzfähig: **6** von 10 (60 %)
2014: 7 von 12 (58 %)
C-160 Transall
Luftwaffe
Voll einsatzfähig: **18** von 29 (62 %)
2014: 21 von 43 (49 %)
A400M
Luftwaffe
Voll einsatzfähig: **1** von 3 (33 %)
Tornado
Luftwaffe
Voll einsatzfähig: **28** von 74 (38 %)
2014: 36 von 66 (55 %)
Eurofighter
Luftwaffe
Voll einsatzfähig: **41** von 79 (52 %)
2014: 8 von 42 (19 %)
CH-53
Luftwaffe
Voll einsatzfähig: **18** von 42 (43 %)
2014: 7 von 16 (44 %)
U-Boot 212 A
Marine
Voll einsatzfähig: **2** von 4 (50 %)
2014: 1 von 1 (100 %)
Mk 88 Sea Lynx
Marine
Voll einsatzfähig: **5** von 18 (28 %)
2014: 0 von 18 (0 %)
Mk 41 Sea King
Marine
Voll einsatzfähig: **4** von 14 (29 %)
2014: 3 von 15 (20 %)
Fregatten
Marine
Voll einsatzfähig: **7** von 7 (100 %)
2014: 7 von 8 (88 %)
Korvette K 130
Marine
Voll einsatzfähig: **3** von 4 (75 %)
2014: 2 von 2 (100 %)
Stand: November 2016. Quelle: Bundeswehr
Die aktuelle Meldung für 2016 zeigt, daß die Lage ein klein wenig besser geworden ist. Vom gepanzerten Truppentransporter Boxer sind zum Beispiel inzwischen sehr viel mehr Fahrzeuge einsatzfähig und auch die Marinehubschrauber fliegen wieder.

3,2 Milliarden für Reparaturen pro Jahr

Der Bericht des Generalinspekteurs zeigt aber auch, daß das grundsätzliche Problem noch

immer nicht behoben ist. Obwohl die Bundeswehr 2017 nun 3,2 Milliarden Euro für die Instandsetzung einplant, stehen viele Waffen weiterhin herum, weil sie schneller kaputt gehen als ursprünglich geplant wurde und weil die Reparatur zu lange dauert. Denn um Geld zu sparen, werden neue Panzer oder Flugzeuge vom Verteidigungsministerium gern ohne ausreichende Instandsetzungseinrichtungen bestellt.
Oder die Waffen sind bereits so alt, daß es für sie gar keine Ersatzteile mehr gibt. Der Hubschrauber Sea King beispielsweise kann nur noch durch "unkonventionelle Ersatzteilgewinnung" repariert werden, wie es im Bericht des Generalinspekteurs heißt. Was bedeutet, daß die Bundeswehr ihre Flotte nur noch am Leben erhalten kann, indem sie in anderen Ländern ausgemusterte Hubschrauber dieses Typs kauft und ausschlachtet.
Die Bundeswehr versucht einiges, um diesen Zustand zu verändern. Das zeige langsam Wirkung, heißt es in dem Bericht. Dort steht aber auch: "Sprunghafte Verbesserungen der materiellen Einsatzbereitschaft sind allerdings nicht zu erwarten."
Nachtrag zum besseren Verständnis der Zahlen: Die Bundeswehr gibt für jedes Waffensystem drei Werte an, den Gesamtbestand der existierenden Waffensysteme, den Verfügungsbestand und die Zahl der einsatzbereiten Systeme. Wir haben nur die letzten beiden Kategorien dargestellt und aus den monatlichen Angaben einen Durchschnittswert für das gesamte Jahr gebildet. So taucht beispielsweise das U-Boot, das Ende 2016 neu in Dienst gestellt wurde, darin noch nicht auf. Die Marine listet es zwar im Gesamtbestand, aber es steht ihr noch nicht für Einsätze zur Verfügung. Der Gesamtbestand ist bei jedem System noch viel höher, aber die Fahrzeuge sind beispielsweise zur Erprobung beim Hersteller oder lagern in einem Depot. Daher haben wir diese Zahl nicht gezeigt.<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 24. April 2017: >>**AfD-Parteitag in Köln: Jagdszenen am Rhein - Kolumne**
Demokratie und Feigheit Jagdszenen am Rhein
Wo ist eigentlich der Bundespräsident, wenn man ihn braucht? In Köln wurden AfD-Delegierte von der Antifa drangsaliert und bedroht - und die politische Klasse in Deutschland scheint das völlig in Ordnung zu finden.
Eine Kolumne von *Jan Fleischhauer*
Gibt es im Schloß Bellevue einen Fernseher? Hat der Bundespräsident die Straßenszenen vor dem AfD-Parteitag aus Köln gesehen? Oder bekommt er die Nachrichten erst mit dem offiziellen Pressespiegel seines Amtes vorgelegt?
Ich habe auf ein Wort des Bundespräsidenten gewartet. Ihm liege die Verteidigung der Demokratie besonders am Herzen, hat Frank-Walter Steinmeier zur Amtseinführung gesagt. Wir müßten nicht nur über Demokratie reden, wir müßten wieder für sie streiten. "Demokratie ist die Staatsform der Mutigen", sagte er, deshalb dürfe man von ihm erwarten, daß er parteiisch sein werde, parteiisch für die Sache der Demokratie.
Eine Partei, die in elf Landtage eingezogen ist, zum Teil mit zweistelligen Ergebnissen, hält in einer deutschen Großstadt einen Bundesparteitag ab. Schon vor dem Termin wird das Hotel, in dem der Parteitag stattfinden soll, bedroht, um eine Stornierung der Buchung zu erreichen. Die Mitarbeiter erhalten Todesnachrichten; der Direktor verläßt das Hotel nicht mehr, weil die Polizei ihm sagt, daß sie andernfalls nicht für seine Sicherheit garantieren könne.
Zum Auftakt des Parteitags können Delegierte nur unter Polizeischutz den Tagungsort erreichen. Stahlgitter und Wasserwerfer sind aufgefahren, um die Veranstaltung zu schützen. Wo die Beamten nicht schnell genug sind, werden Delegierte nicht nur beschimpft, sondern auch körperlich attackiert. Auch Journalisten müssen mit Schikanen rechnen, wenn sie sich nicht sofort als solche zu erkennen geben.
"Bist du Nazi?" - "Journalist." - "Weis dich aus!" Der Dialog stammt nicht von einer Pegida-Demo, die für das Dunkeldeutschland symbolisch geworden ist, sondern vom Rand der Pro-

stete, die nach Auskunft der Veranstalter ein offenes, tolerantes, buntes Köln zeigten. Berichtet hat ihn Miriam Hollstein, die für die "Bild am Sonntag" akkreditiert war. Es ist ein kleiner Ausschnitt dessen, was sich am Wochenende in Köln zugetragen hat, aber ein vielsagender.
Bin ich der Einzige, der es verstörend findet, wenn eine Partei in Deutschland nur noch unter Polizeischutz ihr Programm debattieren kann, und niemand in der politischen Elite des Landes daran etwas auszusetzen hat? In den Berichten zum AfD-Parteitag in Köln wurde nahezu einhellig gelobt, wie friedlich die Stimmung auf den Protestveranstaltungen geblieben sei. Man kann auch sagen: Die demokratische Öffentlichkeit ist bescheiden geworden. Wenn sich die Antifa anmeldet, um ihr Verständnis von Toleranz zu demonstrieren, gilt es schon als Erfolg, wenn anschließend nicht die halbe Stadt brennt.
Es sei eine "Provokation", daß die AfD ausgerechnet Köln als Versammlungsort gewählt habe, hat die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker erklärt. Auch die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft benutzte das Wort. "Es ist eine Provokation. Aber sie haben die falsche Stadt und das falsche Bundesland ausgesucht", war ihr Kommentar anläßlich des traurigen Umstands, daß es 4.000 Polizisten brauchte, um 516 AfD-Delegierten die freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Kraft meinte mit dem Satz nicht die Demonstranten, die die im Einsatz befindlichen Polizeibeamten als Faschistenbeschützer beschimpften, sondern die Delegierten, die von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch machten.
Eine Provokation? Wo hätte sich die AfD denn statt dessen versammeln sollen, um ihr Programm für die Bundestagswahl zu beraten: in Duisburg, in Essen? Oder besser nirgendwo in NRW, weil ein AfD-Parteitag das Wir-Gefühl stört, das die SPD im Wahlkampf plakatiert? Aber was wäre dann nach Meinung der Ministerpräsidentin ein geeigneter Ort gewesen: die Hallig Hooge?
Mir fallen tausend Dinge ein, was ich an der AfD auszusetzen habe. Mit Leuten wie Alexander Gauland an der Spitze ist die Partei auf dem Weg in die Einöde der politischen Randzone. Spätestens nach dem Parteitag in Köln ist klar, daß man in der AfD alles sagen darf, ohne daß es Konsequenzen hat: Man kann in dieser Partei Reinhard Heydrich für einen ordentlichen Mann halten und Anders Breivik für jemanden, der aus Verzweiflung zum Massenmörder wurde. Gauland ist der Letzte, der den Willen und die Courage hat, solchen Irrsinn abzustellen.
Aber die AfD ist keine verbotene Partei. Bislang ist sie noch nicht mal ein Fall für den Verfassungsschutz. Ich kenne außerdem eine Reihe von Politikern, von denen ich mir wünschen würde, sie hielten den Mund, ohne daß ich auf die Idee käme zu verlangen, daß man sie am Reden hindert. Ich finde auch die Positionen der Linkspartei unangenehm. Dennoch würde ich das Gleiche schreiben, wenn rechtsradikale Hooligans versuchten, einen Parteitag der Linken zu unterbinden.
Das ist ein reizvolles Gedankenspiel: Glauben wir, daß die politische Klasse in Deutschland stumm bliebe, wenn rechte Horden Abgeordnete der Linken auf dem Weg zum Parteitag drangsalieren würden? Meine Vermutung ist: eher nicht.
Der Bundespräsident bricht diese Woche zu einer großen Deutschlandreise auf, um, wie sollte es anders sein, die Demokratie zu stärken. Die erste Etappe ist Bayern, das ist natürlich eine untadelige Wahl. Aber vielleicht könnte Steinmeier auch einen Halt in Köln einlegen, um den Demokratiebewahrern dort zu sagen, daß jedenfalls nicht viel Mut dazugehört, wenn man mit 10.000 Gleichgesinnten gegen 500 Andersdenkende antritt.
Mutig ist es, gegen die Mehrheit zu stehen. Leider wird beides in Deutschland oft verwechselt. Das ist, wenn man so will, unsere Tragik.<<
"ZEIT ONLINE" berichtete am 26. April 2017: >>**Rechtspopulismus: Und wenn die AfD Recht hat?**
Auch wenn die AfD gerade mit sich selbst befaßt ist - sie wird nicht einfach verschwinden.

Der Erfolg der Partei hat mehr mit uns zu tun, als wir glauben.

Von *Jana Hensel*

Das kleine Erdbeben ist in Erinnerung geblieben. Es fand im Sommer 2011 statt und wurde von Frank Schirrmacher, dem damaligen Herausgeber der *FAZ*, ausgelöst. Für das Erdbeben reichte ein einziger Satz. Er lautete: "Ich beginne zu glauben, daß die Linke recht hat."

Damals ging es noch nicht um die Flüchtlingskrise. Es ging auch noch nicht um die Griechenland- oder Eurokrise, die folgten wenig später, nein, damals war die sogenannte Bankenkrise das Thema. Eine Krise, zu deren Lösung die betroffenen Staaten milliardenschwere Rettungspakete schnürten, um den drohenden Bankrott globaler Bankhäuser zu verhindern. Staatliches Geld, Steuergeld, Geld des kleinen Mannes und der kleinen Frau.

Schirrmacher kam das wie ein Ausverkauf des Neoliberalismus und jener Werte vor, die dieser Neoliberalismus lange gepriesen hatte: "Freiheit, Autonomie, Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Zähmung des Staates und seiner Allmacht." Deshalb wechselte er einmal gedanklich die Seiten und schaute sich die Gegenwart aus der Perspektive jener an, die politische Gegner waren, die anders dachten als er und seine Leute. Die Linken.

Jana Hensel

Die Schriftstellerin und Publizistin wurde 2002 mit dem Buch *Zonenkinder* bekannt. Im Herbst erscheint ihr erster Roman.

Heute, einige Krisen später, soll einmal dasselbe versucht werden, in umgekehrter Richtung. Die Perspektive soll gewechselt werden, auch um Selbsttäuschungen auf die Schliche zu kommen. Die AfD sitzt in elf Länderparlamenten. Auch wenn ihre Umfragewerte im Moment sinken, ist eine Sorge vor der Bundestagswahl berechtigt. Werden die Vorhersagen uns erneut täuschen? Werden, auch wenn die AfD sich gerade auf ihrem Parteitag einstweilen zerlegt hat, am Ende mehr Leute AfD gewählt haben, als viele progressive Deutsche es heute glauben, so wie man sich schon bei Trump getäuscht hatte?

Vielleicht hilft es zu fragen: Wo hat die AfD recht? Gibt es gute Gründe für den Aufstieg der AfD, den zeitweisen Aufstieg von Pegida? Gründe, die ihre Anhänger und Wähler zu Pegida und AfD trieben. Gründe, die man kennen sollte.

Unsere Scham

Sich zu fragen, wo die AfD recht hat: Warum fällt das eigentlich so schwer? Es ist eine Sache, sich als Konservativer für die Länge eines Gedankenexperiments auf die Seite der Linken zu schlagen. Aber es scheint eine völlig andere zu sein, die Perspektive von AfD- und Pegida-Anhängern einzunehmen. Wer das tut, setzt sich dem Vorwurf aus zu verharmlosen. Als verbreiteten die Rechtspopulisten eine Aura, gegen die man sich nicht wehren könne; als gäbe es keine rationalen Gegenargumente; als würden sie jeden, der sich ihnen nähert, willenlos in ihren Bann ziehen.

In der AfD gibt es Menschen wie den Thüringer Björn Höcke, der in einer Diktion hetzt, wie es zuletzt im Nationalsozialismus üblich war. Auf Pegida-Demos in Dresden und auf manchen AfD-Demos in Thüringen wurde ein Haß auf Flüchtlinge und alles Fremde, Andere, Nichtdeutsche laut, der an finsterste Zeiten erinnerte.

Davon versucht man, sich zu distanzieren, da versucht man, Abstand zu halten. Dafür stellt man die AfD lieber in immer neuen Schreckensbildern dar, statt sich zu fragen, ob etwas von dem stimmen könnte, was sie sagt. Viele glauben, man dürfe mit denen nicht mal reden. Überhaupt sind viele froh, daß die AfD und Pegida im Osten erfolgreicher sind als im Westen. Aber der Osten ist nicht nur eine Himmelsrichtung, er ist eine Haltung. Er steht für eine Erfahrung.

Wenn man einen ersten Grund nennen soll, warum es die AfD und Pegida gibt: "Wir Demokraten" versuchen, die neuen Rechten von "uns" fernzuhalten. Sie haben sich in dem Niemandsland unserer Ambivalenz eingerichtet, sie profitieren davon, daß wir die Auseinander-

setzung scheuen. Unser schlechtes Gewissen ist ihre Heimat.

Unsere Ängste

Seit dem Mauerfall erleben wir einen Epochenwandel: Ende des Kalten Krieges, Neoliberalismus, Europäische Union, der 11. September, Globalisierung, Digitalisierung, Einführung des Euro, die neuen Kriege, der Terror. Das sind abstrakte Schlagworte, die man benutzt, ohne noch viel über sie nachzudenken. Wir haben verstanden, daß sie unsere Gegenwart prägen, vergessen aber oft, daß sich hinter jedem dieser Worte schwer zu überschauende Veränderungswelten verbergen.

Denn die große Geschichte greift wie ein Räderwerk in die kleine, die in jedem Einzelnen von uns stattfindet. Auch hier sind die Dinge in Bewegung geraten. Erwerbsarbeit ist mittlerweile so prekär geworden, daß ältere Generationen nicht mehr verstehen, wenn einige Jüngere das als einen Vorteil, eine Herausforderung, einen Lebensstil gar betrachten. Alles ist immer im Wandel. Womöglich sind deshalb auch Familienverhältnisse prekär geworden, immer öfter emotionale Vereinbarungen auf Zeit, äußerlich mehr oder weniger feste Arrangements, denen man, wenn ihre Zeit abgelaufen ist, durch Patchworkmodelle innerlich eine Kontinuität zu geben versucht, geben muß.

Dramatische Appelle

Seit 1989 ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Im Osten nicht und auch im Westen nicht. Diese Veränderungen haben Ängste und Verunsicherungen ausgelöst, nicht nur bei jenen, die AfD wählen.

Man muß sich einmal ein paar wenige Buchtitel in Erinnerung rufen, die in den vergangenen Jahren auf den Bestsellerlisten zu finden waren. 2002: Meinhard Miegel, *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. 2007: Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* 2008: Heinz Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*. Im selben Jahr: Michael Winterhoff, *Warum unsere Kinder Tyrannen werden*. 2010: Kirsten Heisig, *Das Ende der Geduld. Konsequent gegen jugendliche Straftäter*. Auch 2010: Stéphane Hessel, *Empört euch!* 2012: Heinz Buschkowsky, *Neukölln ist überall*. Und im selben Jahr: Manfred Spitzer, *Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen*.

Die Autoren dieser Bücher stammen aus allen Berufen und politischen Lagern, ein jeder ist auf seine Art Experte auf seinem Gebiet. Keinem kann man vorwerfen, AfD oder Pegida herbeigeschrieben oder das auch nur intendiert zu haben.

Seit ein paar Jahren jedoch mischen sich immer mehr andere Bücher darunter. Allesamt ebenfalls Bestseller. Es begann im Jahr 2010 mit Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab*, ging 2014 weiter mit Akif Pirinccis *Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer* und Udo Ulfkottes 2015 erschienenem Buch *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken*.

Der Graben zwischen den zuerst und den zuletzt Genannten ist breit. Dennoch ist er mit einem, sagen wir, laienhaften Auge nur schwer zu erkennen: Während die einen unsere demokratischen Werte verteidigen, wollen die anderen sie abschaffen. Mit Überhöhung, Zuspitzung und dramatischen Appellen aber arbeiten sie alle.

Warnen oder übertreiben?

Die *Spiegel*-Journalistin Melanie Amann beschreibt in ihrem gerade erschienenen Buch *Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD* folgende Begebenheit: Im Oktober 2015 steht Björn Höcke auf dem Magdeburger Marktplatz und rechnet den Leuten vor, daß "jeden Tag 10.000 bis 12.000 Asylsuchende nach Deutschland" kommen. Daß das "15 Großstädte von der Größe Magdeburgs in einem Jahr" seien. Daß damit "unsere über Jahrhunderte gewachsene Vertrauens- und Solidargemeinschaft" in Gefahr sei und daß er, "wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen", einen "Bürgerkrieg" prognostiziere.

15 Großstädte, in einem Jahr? Eine vollends unrealistische Zahl. Höckes Hochrechnung war unseriös. Er hat übertrieben. Aber haben das jene Autoren, die aus sicher gut gemeinten Gründen warnen, daß unsere Kinder zu Tyrannen werden könnten, daß die Digitalisierung Demenz auslöst und damit uns und unsere Kinder um den Verstand bringt, nicht auch getan?
Ein zweiter Grund für den Aufstieg von AfD und Pegida ist also, daß die Veränderung unserer Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren dauerhaft mit dramatischen Appellen, Krisenszenarien und einer stets zugespitzten Rhetorik beschrieben wurde.
Alle Seiten betreiben Geschäfte mit Ängsten, nicht nur die AfD. Man kann sich in Untergangsszenarien verlieren, man kann Angst bekommen, daß hier irgend etwas nicht stimmt. Verlieren nicht auch jene, die nicht zu den AfD-Anhängern gehören, manchmal den Mut? Befällt sie nicht ebenfalls manchmal Zukunftsangst?

Früher war alles besser

Es gehört zu den großen, oft geäußerten Mißverständnissen, daß die Rechtspopulisten sich den sozialen Problemen nicht widmen würden. Sie tun es auf ihre Art. Die AfD gründete sich im Jahr 2013 als Reaktion auf die Rettungspolitik der EU während der Bankenkrise, also aus einem ganz ähnlichen Unwohlsein heraus wie jenem, das Frank Schirrmacher in seinem Text beschrieb. Pegida nahm erst in der sogenannten Flüchtlingskrise wirklich Fahrt auf.
Gänzlich unterschiedliche Milieus fanden sich in der AfD und unter ihren Sympathisanten zusammen, und bis heute ringen sie innerhalb und außerhalb der Partei miteinander. Marktliberale Eurogegner, wütende Modernisierungsverlierer, verängstigte Mittelschichtler und antiliberale Wohlstandsbürger.

Ein geniales Rezept

Kein Wunder, daß weder AfD noch Pegida ihrer heterogenen Anhängerschaft kohärente sozial- und wirtschaftspolitische Antworten anbieten, sie betreiben Identitätspolitik im streng nationalen Sinne. Und sie haben ein fast schon genial einfaches Rezept für die ganz verschiedenartige Wut und Verunsicherung ihrer Anhänger gefunden. Es lautet: Früher war alles besser.
Früher, das war, als Wohlstand in Westdeutschland wohlfahrtsstaatlich organisiert war und ständig wuchs. Als Männer arbeiteten und Frauen zu Hause blieben; sich um Kinder kümmerten. Und auch, als Migranten in Westdeutschland noch Gastarbeiter hießen und in der DDR Vertragsarbeiter. Die Idee war dieselbe: Irgendwann sollten alle in ihre Herkunftsländer zurückkehren.
Der westdeutsche AfD-Frontmann Alexander Gauland streite für ein Land, das an jenes Deutschland von vor 30 Jahren erinnere, schreibt auch Melanie Amann in ihrem Buch: "Mit mehr Ordnung, mehr Ruhe, mehr Stabilität. Keine sperrangelweit offenen Grenzen, keine EU-Diktate aus Brüssel, keine Globalisierung, keine *Political Correctness*."
Die Ostdeutsche Frauke Petry schwärmte in ihrer letzten Neujahrsansprache: "Es gab einmal eine Bundesrepublik ohne islamischen Terror und ohne explodierende Gewalt. Ein Gestern, in dem es undenkbar war, daß Frauen und Mädchen massenhaft sexuell belästigt und vergewaltigt wurden. Es gab ein Gestern, als die wenigsten Menschen Angst hatten, ihre Meinung offen zu äußern, ein Gestern, in dem es keine staatlich finanzierte Gesinnungskontrolle im Internet gab, ein Gestern, in dem kein systematischer staatlicher Rechtsbruch stattfand. Ich weiß, daß es viele Menschen gibt, die sich nach diesem friedlichen Gestern zurücksehnen."

Die erste Ost-West-Partei

Hört man Frauke Petry und Alexander Gauland zu, lösen sich die Gegensätze zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Ost und West, Reich und Arm wie in Luft auf. Es geht nur noch um ein warmes, weiches, besseres Gestern.
Das wäre ein dritter Grund für den Erfolg der AfD. Sie konnte sich etablieren, weil ihr gelang, woran die anderen bisher gescheitert sind: Sie vereint Ostalgie und Westalgie. Sie ist die erste

wirkliche Ost-West-Partei; sie nimmt das alte Kohlsche Versprechen von den blühenden Landschaften noch einmal auf und macht es zu einer nostalgischen Zukunftsvorstellung.
Pegida dient ihr dabei als eine Art außerparlamentarischer Vorbote, Pegida versieht die AfD mit dem, was den anderen Parteien fehlt: *street credibility.*

Ich bin ein Verlierer, Baby

Frank Schirrmachers Text erschien, wie gesagt, im Sommer 2011. Die AfD gründete sich wiederum im April 2013. Und im Jahr dazwischen tanzten die jungen Menschen in den Clubs dieses Landes nach der Musik einer genauso jungen Band aus Chemnitz. Die Band heißt Kraftklub und ihr Album *Mit K* landete noch in der Woche des Erscheinens auf Platz eins der Charts. Eine ihrer Hymnen trägt den Titel *Karl-Marx-Stadt*, und der Refrain, von dem man sich vorstellen kann, daß die jungen Menschen ihn auf den Konzerten laut mitsangen, geht so:
"Ich komm aus Karl-Marx-Stadt, bin ein Verlierer, Baby, original Ostler."
Sogar die *Tagesthemen*, die in den Wochen zuvor viel über die Entdeckung des NSU berichtet hatten, stellten die fünf Musiker vor, obwohl das Lied wie folgt weitergeht:
"Ich steh auf keiner Gästeliste, ich bin nicht mal cool in einer Stadt, die voll mit Nazis ist, Rentnern und Hools. Ich cruise Banane essend im Trabant um den Karl-Marx-Kopf, die Straßen menschenleer und das Essen ohne Farbstoff. Diskriminiert, nicht motiviert, von der Decke tropft das Wasser, nix funktioniert. Und so wohnen wir in Sachsen auf modernden Matratzen, immer gut drauf, auch ohne Kohle in den Taschen."
Auch im Westen feierte man Kraftklub als Sound einer neuen Generation. Vielleicht, weil man damals Hoffnung hatte, dieses verdammte Verlierergefühl, das seit dem Mauerfall an den Ostdeutschen klebt, ließe sich einfach wegtanzen. Doch Kraftklub blieb nichts als eine Anekdote, ein Zeichen, daß man sich die Großzügigkeit nahm, geflissentlich zu übersehen, was im Osten wirklich geschah. Eines von vielen Zeichen. Ein paar Jahre später sandte der Osten ein ganz anderes Signal seiner Kraft. Pegida versammelte sich montags.

Unsere Lebenslügen

Wer wissen will, ob etwas von dem stimmt, was die Rechten sagen, der muß in den Osten schauen. Denn auch wenn die AfD eine bundesweit erfolgreiche Partei ist, ihr Popularitätsvorsprung im Osten ist augenscheinlich. Der Historiker Philipp Ther ist ein Westdeutscher, der sich mit dem Osten wirklich auskennt. Ther leitet das Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität in Wien; er hat vor drei Jahren ein Buch veröffentlicht, das den Titel *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent* trägt und die erste Geschichte des Neoliberalismus in Europa ist.
Seine Beobachtung: Nach 1989 setzte sich überall in Osteuropa eine neoliberale Wirtschaftsordnung durch. Sie war durch Deregulierung, Privatisierung, Sozialstaatsabbau und die Akzeptanz gesellschaftlicher Ungleichheit gekennzeichnet. Der Staat zog sich aus immer mehr Verantwortungsfeldern zurück; so, hoffte man, würde man denselben Wohlstand erreichen wie in Westeuropa. Das ging schief. Aber nicht nur das, auch die Hoffnung des Westens erwies sich als trügerisch, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhangs alles beim Alten bleiben würde. Die Einführung von Hartz IV ist das große Monument dieses Umbruchs. Ther nennt sie deshalb eine Kotransformation Westdeutschlands.
Das Spannendste an Thers Buch ist, daß er Ostdeutschland wie selbstverständlich zu Osteuropa zählt. In keinem anderen Land sei die Wirtschaft so stark zusammengebrochen wie im Osten nach Währungsunion und Wiedervereinigung, sie verlor 27 Prozent gegenüber dem Wert von vor 1989. Nur in Bosnien und Herzegowina findet man ähnliche Zahlen - allerdings nach dem Jugoslawienkrieg. In jedem anderen Land hätte "eine derartige Katastrophe massenhafte Proteste und die Abwahl der Regierung" nach sich gezogen, schreibt Ther. Statt dessen stimmten die Ostdeutschen mit den Füßen ab und zogen nach Westen. Junge, Schlaue, Frauen.

"Das erzeugt Protestpotential"

Auch deshalb plädiert Ther in Bezug auf die AfD für einen Perspektivwechsel: "Das Wählerverhalten der Ostdeutschen liegt im osteuropäischen Schnitt und ist gar kein überraschendes Phänomen. Die sozialen Verwerfungen treffen im Osten breitere Schichten, selbst jene, die Arbeit haben, haben eher ungute Perspektiven. Sie werden schlecht bezahlt oder oft nur befristet beschäftigt. Das erzeugt ein Protestpotential." In Polen regiert die nationalkonservative PiS, in Ungarn der autoritäre Viktor Orbán mit seiner rechten Fidesz, in der Slowakei sitzen Nationalisten mit in der Regierung und in Tschechien wirtschaftsliberale Populisten.
Das ist ein weiterer, nunmehr vierter Grund für den Erfolg der Rechtspopulisten: Der Osten ist nach dem Mauerfall zu einem Raum geworden, in dem sich alle Faktoren noch einmal radikalisieren. Der Großteil der Menschen lebt in weniger Wohlstand als diejenigen im Westen. Diese Verwerfungen finden ihren Ausdruck in radikaleren politischen Ansichten. Im Protest gegen die etablierten Parteien artikuliert sich das Gefühl, zu schwach für neue Herausforderungen und nochmalige Veränderungen zu sein. Aber diese Schwäche ist keine irrationale Angst, sondern sie ist für nennenswerte Teile der Gesellschaft Realität.

Unsere Ungerechtigkeit

Wenn man also sagt, der Osten ist keine Himmelsrichtung, sondern er steht für eine Erfahrung, dann ist es die des sich nicht einstellenden Wohlstands.
Echter Wohlstand ist für viele Ostdeutsche nach dem Mauerfall eine Fiktion geblieben, den vieler Westdeutscher jedenfalls werden sie nie erreichen: Weniger als zehn der 500 reichsten Deutschen leben in den neuen Bundesländern; laut Statistischem Bundesamt verfügte ein westdeutscher Haushalt im Jahr 2013 über ein Nettovermögen von durchschnittlich 140.300 Euro, der Wert im Osten lag bei 61.200 Euro.
Ostdeutsche verdienen nicht nur weniger, sie besitzen auch weniger Immobilien, Aktien, Lebensversicherungen und Sparguthaben. Dieses Wohlstandsgefälle wird sich in den nächsten Generationen fortsetzen: Westdeutsche Akademikerkinder erben größere Summen, Ostdeutsche und Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten oder Arbeitslosen im Normalfall kaum etwas.

Es betrifft auch den Westen

Wenn die Rechtspopulisten im Osten, in diesem geschwächten Raum, leichter Fuß fassen können, kann der Rest des Landes das zwar ignorieren, aber nur so lange, bis das Phänomen auch dorthin schwappt. Auch in Westdeutschland gibt es strukturschwache Regionen, gibt es eine Mittelschicht, die Angst vor dem Absturz hat.
Wohlstand durch Arbeit, Aufstieg durch Bildung, das war über Jahrzehnte ein milieuübergreifendes Narrativ, eine identitätsstiftende Erzählung, eine beinahe religiöse Formel. Eigentlich in beiden deutschen Ländern. Aber diese Erzählung glauben heute viele nicht mehr. Erkannt haben das längst eigentlich alle Parteien, wirklich reagiert hat darauf aber nur die AfD.
Die Rechtspopulisten, und das ist ein weiterer, fünfter Grund für ihren Erfolg, haben dieses Vakuum zum Kern ihrer Botschaft gemacht. Sie sprechen für jene, die das Gefühl haben, mit ihnen und für sie spreche niemand mehr. Im Moment scheint diese Symbolpolitik zu genügen. Im Moment reichen zwei einfache neue Feindbilder: die Eliten und die Fremden, die Flüchtlinge, die Anderen.

Unsere Zukunft

Warum kümmert sich die Politik nicht mehr um Fragen der gerechten Verteilung von Wohlstand und Vermögen? Warum ist in Ostdeutschland ein Raum entstanden, in dem sich alle Faktoren radikalisieren können? Die AfD hat mit ihren Antworten nicht recht, aber mit manchen ihrer Fragen. Und sie spricht in Wahrheit zu jenen, die sie nicht wählen.
Auch deshalb schert sie sich nicht viel um ein Programm, scheint sich in ihren eigenen Strömungen zu verlieren und immer wieder selbst zu zerlegen. Sie sammelt mit teils rassistischen Parolen den Protest von der Straße auf und trägt ihn in die Gesellschaft, in die Medien und in

die Parlamente, sie nimmt eine Kommunikation wieder auf, die lange brachgelegen hat. Sie widmet sich dabei nicht der Frage, wer wir eigentlich sein wollen, aber vielleicht muß sie das aus ihrer Sicht auch nicht.
Die AfD hat keine Lösungen, aber sie zeigt Probleme auf. Wenn man daran etwas Positives finden will: Immerhin macht es Politik lebendiger. Nun ist es an uns, über uns, unser Land und unsere Zukunft anders nachzudenken. Gerade weil die bisherigen Antworten nicht mehr allen genügen.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):
>>**"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**
von *Eva Herman*
Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Um so interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.
Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, daß man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der "deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: "Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten.
Nikita Chruschtschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow."
Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Michail Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:
"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekniet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden."
Zu den derzeit aktuellen Themen traf Schirinowski ebenfalls klare Aussagen, wie man sie in westlichen Medien nur zu selten hört. Zum Thema einer angeblichen Annexion der Krim von seiten Rußlands stellte der russische Politiker wörtlich klar:
"Die Krim ist russische Erde, sie gehörte immer zum russischen Reich oder der Sowjetunion. Und die absolute Mehrheit der Krimbewohner kehrte mit Vergnügen in die Struktur Rußlands zurück. Es gibt keine Annexion. Wir haben kein fremdes Land erobert. Ab dem Moment der illegitimen Teilung der UDSSR haben sie immer ihre Unabhängigkeit für sich reklamiert und haben stets die Rückkehr nach Rußland gefordert. Das ging über 26 Jahre. Es gab keine bewaffneten Auseinandersetzungen während des Anschlusses der Krim. Und jetzt ¯ überhaupt:

Es herrscht eine vollkommene Feststimmung. Alle sind zufrieden, und das alles sind die Wünsche der Krimbewohner und der Bewohner unseres Landes."
Michael Vogt sprach die aktuelle Lage in der Ukraine an. Die Antworten Schirinowskis klingen ähnlich gegensätzlich zum deutschen Massenmedien-Einheitsbrei, wie es schon zur Krim-Thematik und zu den deutschen Ostgebieten der Fall ist. Es sind Antworten, die wir dort niemals zu lesen bekommen würden: "Meine persönliche Meinung: Die ganze Ukraine sollte zurückkehren und Teil Rußlands werden. Ein Gouvernement, wie es zu Zeiten des Zaren war. Wenn die Ukrainer das nicht wollen, dann wird das Land, wie in Afrika, zu einer Art Somalia: Krieg, innere Fehden, Provokation, nichts Gutes, weder für Rußland, noch für Europa." Unheilvolle Worte Schirinowskis folgten zur derzeitigen Lage Europas:
"Zwischen den bekannten deutschen Repräsentanten wird darüber gesprochen, daß es ein Szenario gibt, nach dem ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland auf dem Territorium der Ukraine - und zwar wegen der Ukraine ¯ stattfinden soll. Es gibt einen solchen Plan. Der Krieg sollte schon im Sommer 2016 anfangen, er hat nicht angefangen. Jetzt planen sie ihn für den Sommer 2017."
Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das? Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"
Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert:
"Man soll damit Schluß machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Rußland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, daß die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Rußland sein werden anstatt für das Bündnis mit Amerika."
Falls es dazu käme, daß das deutsche Volk Rußland um Hilfe bäte, wie würde Rußland entscheiden, fragte der Journalist schließlich. Die Antwort Schirinowskis dürfte so manchem Hoffnung und Trost geben: "Hilfe für Deutschland? Und Europa? Wir leisten jede Hilfe. (…) Es ist die Bestimmung Rußlands, in kritischen Momenten Hilfe zu leisten bei der militärischen Lösung jedes Problems, jeder Frage."
Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 1. Mai 2017: >>**ARD bezeichnet Weidel als "Nazi-Schlampe"**

Kaum ist der nur mit großem Polizeiaufgebot möglich gewesene AfD-Parteitag vorüber, da versuchen ARD und ZDF erneut, alles in den Dreck zu ziehen, was mit der AfD zusammenhängt. Und die Methoden werden immer übler. Zuerst schlug "Monitor" zu, bevor "Extra 3" dann einen neuen Tiefpunkt der Hetze erreichte.
Nachdem viele gehofft hatten, die Alternative für Deutschland würde sich auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende selbst zerlegen, verlief dieser dann aber letztlich doch recht gut. Die AfD wählte Alexander Gauland und Alice Weidel zum Spitzenteam für den Bundestagswahlkampf, und in der Demoskopie geht es wieder etwas nach oben.
Nun ziehen die hegemonialen Mainstream-Medien erneut alle Register, um die Partei niederzuschreiben und schlechtzureden. Ein weiterer, trauriger Tiefpunkt wurde hierbei in der ARD erreicht. Zuerst fing es bei "Monitor" an, dann ging es bei "Extra 3" direkt weiter: Hetze ohne Ende und das auf teilweise aller übelste Art. Ausdrücke wie "braune Suppe", "rechts", "Fremdenfeindlichkeit" fielen in Variationen immer und immer wieder.
Hier einige weitere Zitate: *"Ich würde auch nicht vor die Tür gehen, wenn ich weiß, daß der Meuthen da rumläuft", "brauner Rauch stieg auf", "Endsieg", "Rechtsradikale von der AfD", "es hat sich sehr viel geändert, zum Beispiel hat sich schon lange keiner mehr in seinen Bunker verkrochen und seinen Schäferhund vergiftet", "Sie sprechen die Partei mit dem Herzen an und wie ist das, wenn immer nur ein Arsch antwortet?", "es herrscht blanker Haß in der Partei", "bei Alice Weidel ist rechts kein Platz mehr frei" (soll heißen: weiter rechts geht es nicht mehr), "die AfD ist wie ein Teller Chicken Wings, da gibt es auch viele Flügel, aber solange alle braun sind, ist das in Ordnung"*.
Alexander Gauland, der Grandseigneur der Partei, wurde als "brauner Hetzer" und "senil" tituliert. Und dann der Höhepunkt: Dr. Alice Weidel, seit langem Mitglied des Bundesvorstandes der AfD, wurde als "Nazi-Schlampe" bezeichnet.
Ich hatte den Eindruck, das hört gar nicht mehr auf. Gefühlt ging das in beiden Sendungen zusammen mindestens 20 bis 30 Minuten, alleine bei "Extra 3" tatsächlich gestoppt über 13 Minuten non stop nur gegen die AfD, siehe ab Minute 23:22, und anschließend kam dann gleich Marine Le Pen auch noch dran.

Stigmatisierung und Diffamierung durch Konditionierung

Die Masche ist klar. Gewisse Kräfte in der Gesellschaft haben es durch jahrzehntelange Indoktrination geschafft, bestimmte Ausdrücke wie zum Beispiel "rechts" vollkommen zu diskreditieren. "Rechts" klingt inzwischen für die meisten negativ, was völlig ungewöhnlich ist, hat dieses Wort doch ursprünglich eine sehr positive Bedeutung von "den rechten Weg finden", "rechtschaffen", "Rechtsstaat", "Recht und Ordnung" usw. "Rechts" ist eigentlich eng verwandt mit "richtig" im Gegensatz zu "links", das an linkisch (ungeschickt, plump), an "falsch" im Sinne von hintertrieben erinnert usw.
Der Stigmatisierungs- und Diffamierungs-Trick funktioniert wie folgt: Man arbeitet zunächst daran, einen Ausdruck, hier "rechts" über Jahrzehnte hin extrem negativ zu konnotieren, am besten mit schrecklichen Bildern - die meisten denken bei "rechts" heute an Hitler und den Holocaust, also die allerschlimmsten Verbrechen. Sie denken nicht an Freiheitsliebe, was in Wahrheit viel mehr mit rechts zu tun hat. Und diese negativen Assoziation werden immer und immer wieder heraufbeschworen.
Die Steigerung von "rechts" ist zunächst "rechtsgerichtet", dann "rechtsradikal" und der Superlativ der Stigmatisierung ist schließlich "Rassist" oder "Nazi". Schafft man es, jemanden als Rassisten oder Nazi abzustempeln, ist er verloren. Kein Mensch hört ihm dann noch unvoreingenommen zu. Ja, so kann man Leute regelrecht zerstören.
Und genau das ist von den Akteuren, die so operieren, auch gewollt. Denn schafft man es, ein Etikett "Nazi" auf eine Flasche Wein, hier die AfD zu kleben, so wollen 80 bis 90 Prozent diesen Wein nicht mehr trinken, weigern sich strikt, die Flasche zu öffnen und auch nur einen

Schluck zu probieren, egal wie der Wein in der Flasche tatsächlich schmeckt. Ihnen reicht der Anblick des Etiketts, das in ihnen ein Übelkeits-Empfinden und Angst-Gefühle evoziert, um diese auf den Wein in der Flasche zu übertragen. Sie sind dann absolut unfähig, sich davon nochmal zu lösen. Die Übertragung und Kopplung ist wie bei Pawlows Hund kaum rückgängig zu machen.

Das Etikett ist dann erfolgreich verpaßt. Die Assoziationen laufen unterhalb der Bewußtseins-Ebene: *rechts - rechtsradikal - braun - braune Suppe - eklig - Nazi - AfD - widerwärtige Partei - nicht wählbar - muß bekämpft werden - muß vernichtet werden - mit allen Mitteln - Hitler hat man damals nicht gekriegt, leider! - aber jetzt! - die sind fällig - wenn wir die jetzt leiden lassen und fertig machen, richtig fertig, dann können wir vielleicht die nie gesühnte Schuld von damals doch noch abtragen …*

Es ging niemals wirklich um Höcke

Was gestern auffiel und das scheint mir sehr aufschlußreich zu sein: Nachdem Höcke sich selbst aus dem Schußfeld genommen hat, indem der dem Parteitag vollkommen fern blieb - das Maritim-Hotel hatte ihm wohl sogar Hausverbot erteilt -, schoß man nun gegen andere: Meuthen, Gauland und auch Weidel. Alle wurden niedergemacht. Alle!

Das ist ein Beleg für die Vermutung: Es geht und ging in Wahrheit niemals um Höcke. Wenn der weg wäre, würde man sich sofort den nächsten aussuchen und dann den gezielt abschießen. Dann den übernächsten und überübernächsten und immer so weiter. Sollten die AfD-ler auf diesen Trick reinfallen, dann müssen sie wohl damit rechnen, daß dies niemals aufhören wird. Denn sobald deren zahlreichen Feinde merken, daß sie mit dieser Strategie Erfolg haben, die eine völlig gängige Kriegsführungs-Praxis darstellt - immer einen am Rand abzuschießen und wenn der gefallen ist, den nächsten -, dann werden sie damit immer weitermachen. Und das wird niemals enden.

Einzig sinnvolle Gegenstrategie: Geschlossenheit

Wenn die AfD gut beraten ist, dann sollte sie also nicht auf all die Schlaumeier hören, die von strategischem Denken meist so viel Ahnung haben wie eine Kuh von der Käseherstellung und die meinen, wenn man Höcke und einige andere opfere, dann werde das aufhören, dann wäre man plötzlich ganz lieb zur AfD, die Diffamierungen hörten dann auf, man würde dann endlich fair berichten und die "bürgerliche Mitte" wählte dann plötzlich in Scharen die AfD. Gegen dieses gezielte Abschießen Einzelner am Rande, welcher sich dadurch natürlich immer weiter verschiebt, wird es nur eine sinnvolle Gegenstrategie geben: alles abprallen lassen. Absolute Geschlossenheit.

Man sollte sich innerhalb der Partei klar machen: die am Rand gehören dazu und schützen die anderen. Also müssen diese ihnen Rückendeckung geben, auch wenn sie eine andere Position haben als jene. Das gehört nun mal zu einer Partei dazu, die ein gewisses Spektrum abdecken will. Und wenn die AfD eine Volkspartei werden oder sein will - das Zeug dazu hat sie allemal -, dann muß sie genau das aushalten.

Wichtig wird sein, daß alle eine gemeinsame Basis haben und bei aller Unterschiedlichkeit für den gemeinsamen Erfolg kämpfen. Die sachlichen und auch menschlichen Differenzen gilt es auszuhalten und auf faire Art und Weise auszutragen. Nach außen aber wird nur Geschlossenheit helfen können gegen diese massiven Diffamierungen und bösartigen, niveaulosen Attakken unterhalb sämtlicher Gürtellinien.

Ausblick

Die Gegner dieser Partei, die auf absehbare Zeit viel mächtiger sind und nicht nur die Medien vollkommen unter ihrer Kontrolle haben, werden alles versuchen, die AfD auseinander zu dividieren. Dabei werden sie insbesondere immer wieder versuchen, einzelne Leute rauszuschießen. Läßt die AfD sich darauf ein, wird das niemals aufhören. Denn hat der Gegner erstmal Blut geleckt, wird er das immer weiter treiben. Jetzt sind schon Meuthen und Weidel

dran. Wer hätte das vor einigen Wochen oder Monaten gedacht?
Vielleicht ein kleiner Trost für die AfD und ihre Anhänger: Auf lange Sicht setzt sich die Wahrheit fast immer durch. Manchmal dauert es nur schrecklich lange. Das antidemokratische, faschistoide Parteien-Kartell wird sich auf Dauer nicht durchsetzen. Die Leute sind zwar meist ein bißchen blöd, die meisten aber nicht völlig. Immer mehr werden merken, was hier abläuft. Die Parole der AfD könnte also lauten: durchhalten und strategisch denken. Das wird ein langer Kampf, der aber durchaus zu gewinnen ist.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):
>>**Liebet eure Feinde - aber bitte nicht die AfD**
Mit unversöhnlichem Haß reagieren die Kirchenoberen auf die neue Partei, dabei findet sie gerade unter Christen viele Anhänger
Der evangelische Kirchentag in Berlin und Wittenberg vom 24. bis 28. Mai ist keine Ausnahme: Die Vertreter der AfD werden weitgehend ausgegrenzt, die Partei als unchristlich verdammt. Nichts könnte falscher sein.
Jeder Event, jedes Festival hat seinen Star. Der Deutsche Evangelische Kirchentag auch. 2003, beim ökumenischen Großtreffen in Berlin, war es der Dalai Lama. In diesem Jahr, wieder in der Bundeshauptstadt und mitten im Luther-Gedenken, wird Barack Obama der Publikumsmagnet sein. Der ehemalige US-Präsident, Mitglied der United Church of Christ, will am 25. Mai am Brandenburger Tor mit Bundeskanzlerin Angela Merkel diskutieren. Das eher profane Thema: "Engagiert Demokratie gestalten - Zuhause und in der Welt Verantwortung übernehmen."
Das kommt längst nicht bei allen gut an. "Reine Politshow", sagt der ZDF-Moderator und evangelikale Bestsellerautor Peter Hahne: "Warum spricht Obama nicht mit jungen Christen über Jesus, Glauben, Bibel, Luther?" Die Antwort, das weiß der ehemalige EKD-Synodale Hahne nur zu gut, liegt auf der Hand: Weil sich in der zerklüfteten Kirche der Reformation weithin Sprachlosigkeit in Glaubensdingen ausgebreitet hat. Politik sticht Theologie aus.
Wie sagte der damalige Ratsvorsitzende Manfred Kock 1998 auf der Synode im westfälischen Münster: "Wir trauen der christlichen Botschaft nicht zu, die Ohren und Herzen der Zeitgenossen zu erreichen und stürzen uns deshalb auf die aktuellen Fragen, von denen in der Öffentlichkeit die Rede ist." Es sei ein Irrglaube anzunehmen, die Kirche würde dadurch mehr Aufmerksamkeit erreichen.
Das sieht, von eher liberaler Warte her, Friedrich Wilhelm Graf ähnlich. Graf ist emeritierter evangelischer Theologieprofessor. Er hat über Jahrzehnte das öffentliche Gebaren von "Gottes Bodenpersonal" verfolgt. Seine Beobachtungen faßte er in einem Katalog von "Kardinal-Untugenden" protestantischer und auch katholischer Amtsträger zusammen. Graf rügte den "autoritären, oft auch besserwisserischen Habitus, mit dem manche Bischöfe in den öffentlichen politischen Streit intervenieren".
Als sein schmales Bändchen "Kirchendämmerung" 2011 erschien, war noch nicht von der AfD die Rede. Doch läßt sich mit Grafs Befund haargenau die Selbstherrlichkeit belegen, mit der Repräsentanten der Amtskirchen der noch relativ jungen Partei begegnen. Zum 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin und Wittenberg, einem Großereignis im Luther-Jahr unter dem etwas schlichten Motto "Du siehst mich", bei dem etablierte Parteien in Gruppenstärke Schau laufen, hat man halbherzig und erst nach einigen verbalen Verrenkungen eine (!) AfD-Vertreterin zu einem Streitgespräch mit dem Berliner Bischof Markus Dröge eingeladen: Anette Schultner, Sprecherin der Bundesvereinigung "Christen in der AfD".
Selbst gegen diese Mini-Vertretung regte sich Widerstand. Die Kirchentagsleitung wurde massenhaft mit Petitionen eingedeckt, die Zulassung wieder zurückzunehmen. Immerhin: Es bleibt dabei. Die Dame wird es freilich nicht leicht haben. Der geplante Disput ist Teil des, man staune, Schwerpunktprogramms "Reiz und Risiko von Verschwörungstheorien" und

"Wiederkehr des völkischen Denkens".
Wie immer man zu dieser kleinen Lösung stehen mag: Die Protestanten machen etwas, was die katholischen Geschwister, genauer: die Leitung des 100. Deutschen Katholikentages 2016 in Leipzig abgelehnt hatte. Der kategorische Ausschluß der AfD von den Podien dieses Laientreffens wurde in der öffentlichen Wahrnehmung zur eigentlichen Botschaft aus der Messestadt an der Pleiße. Es hatte durchaus Warnungen vor einer "Ausschließeritis" gegeben. Durchgesetzt hat sich aber dann das (was für ein martialisches Wort) Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).
Dabei war man, und das gilt für beide Konfessionen, stets stolz auf die "gesellschaftlichen Labore", wie die großen Christentreffen genannt wurden. Es konnten neue, auch unbequeme, radikale Positionen diskutiert werden. In Leipzig hingegen blieben die Menschen mit der politisch korrekten Gesinnung unter sich. Das ging selbst dem Chef der Katholischen Nachrichten-Agentur, Ludwig Ring-Eifel gegen den Strich. Zweifelnd fragte er in seinem Kommentar "Ob das eine freie Gesellschaft weiterbringt?"
Der schroffe Umgang der ZdK-Spitze mit der AfD hat einen sachlichen Diskurs über die Flüchtlingsfrage verhindert. Beide Seiten verhedderten sich in Polemik. Von AfD-Seite wurde die Kirche als "Asylindustrieverband", der das Gespräch mit der Partei wegen der Angst vor "Geschäftsschädigung" ablehne, geschmäht. Die Bischofskonferenz antwortete: "Gequatsche". Und während des jüngsten Bundesparteitages der AfD in Köln lud die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) zu Veranstaltungen unter dem anzüglichen Motto "Unser Kreuz hat keine Haken" ein. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentierte: "Kirchen sind weder Verfassungsschutz noch politische Parteien noch öffentliche Hygieneanstalten."
Das begreift die Basis besser als die Spitze: Es geht ein Riß durch die Kirchen. Die Herde folgt nicht unbedingt ihren Hirten. 15 Prozent der Katholiken würden der AfD ihre Stimme geben, hat das Erfurter Meinungsforschungsinstitut Insa herausgefunden. Am Umgang mit dem Asylproblem scheiden sich die Geister. Vielen als konservativ bezeichneten Christen stößt bitter auf, daß Kirchenleiter, was die Aufnahme von Asylbewerbern und Zuwanderern angeht, keinen Unterschied zwischen den Religionen und Konfessionen machen. "Sind wir schon soweit, daß wir aus Gründen der Politischen Korrektheit die Mahnung des Apostels Paulus vergessen haben?", meldete sich im Internet ein katholischer Philosophieprofessor zu Wort. "Helft zuerst Euren Brüdern", lautet die Forderung des Apostels.
Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry, eine Protestantin, hat Anfang des Jahres in einem Streitgespräch mit dem rheinischen Präses Manfred Rakowski den Kirchen vorgehalten: "Wer für unsere Situation das Gleichnis vom barmherzigen Samariter heranzieht, vergewaltigt biblisches Wissen." Der Kirche gehe das Bewußtsein dafür verloren, daß Barmherzigkeit und Toleranz gegenüber Fremden nur möglich seien, wenn der Rechtsstaat funktioniere, also kein "Staatsversagen" vorliege.
Die EKD schwingt die Keule gegen jeden, der Barmherzigkeit anders buchstabiert als die Apologeten einer naiven "Willkommenskultur". In Einzelfällen mag das berechtigt sein. Wenn allerdings Kritik an der Zuwanderung und der Ruf nach einer "Willkommenskultur für einheimischen Nachwuchs" pauschal als unchristlich verdammt werden, überdehnt die Kirche das von ihr reklamierte gesellschaftliche Wächteramt.
Vor dem Kirchentag in Berlin und in der Lutherstadt Wittenberg lohnt sich ein Blick auf die politische Szene in Sachsen-Anhalt. Gottfried Backhaus ist Landtagsabgeordneter und Gründungsmitglied der "Christen in der AfD". Die Kirchen, sagt er, agierten wie rot-grüne Arbeitskreise, sie grenzten Andersdenkende in ihren Gemeinden aus: "Man will gar nicht reden. Mir ist fast die Zeit zu schade, immer und immer wieder den Austausch zu suchen." Dabei ist seine Partei diejenige, die in jüngster Zeit "klare Kante" in ethischen Fragen gezeigt hat.
Man muß sie ja nicht mögen, aber man sollte nicht darüber hinweg sehen: Entschiedener als

andere, etwa SPD, Grüne und FDP, die selbstverständlich bei Kirchentagen gern gesehen sind, hat sich die AfD klar für den Lebensschutz eingesetzt. Sie bekennt sich zur Ehe als einer Verbindung von Mann und Frau, offen für Kinder. Sie tritt der - von der EKD gepflegten - modernistischen Gender-Ideologie, für die vor Jahren im hessischen Gelnhausen ein eigenes Studienzentrum eingerichtet worden war, entgegen.
Zum Christentreffen in Berlin und Wittenberg hat die von Bischof Dröge geleitete Evangelische Kirche von Berlin-Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz ein besonderes Event geplant: eine "Trauung für alle". Auf der Facebookseite des Kirchentages beschrieb eine Teilnehmerin ihre Erwartungen: "Ich freue mich besonders auf die Trauung homosexueller Paare." Ein anderer Forumsteilnehmer konterte kurz und knapp: "Abscheulich, was dieser 'Kirchentag' hier veranstaltet."<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...): >>**Inquisition**
Erschütterndes hat sich im französischen Illkirch, Standort des unter Terrorverdacht stehenden Bundeswehroffiziers Franco A., ereignet, wurden in der Kaserne doch "Hinweise auf rechtes und völkisches Gedankengut" gefunden, wie die Bundeswehr mitteilte. Konkret geht es um ein Gewehrgehäuse, in das ein Hakenkreuz eingeritzt ist.
So etwas zu tun, ist zweifellos dumm und geschmacklos, aber nicht unbedingt ein Hinweis auf eine rechtsextremistische Gesinnung. Außerdem entdeckten die Ermittler in einer Toilette eine Kritzelei, die "H … H" heißen könnte. Und das kann selbstverständlich für nichts anderes als für "Heil Hitler" stehen. Oder auch nicht, denn die Ermittler mußten zugeben, daß es auch "H … J" heißen könnte. Ganz schlimm ist aber, daß in einigen Räumen "Devotionalien der Wehrmacht" wie die gerahmte Abbildung eines Wehrmachtsoldaten in einem Aufenthaltsraum zu finden waren.
Letzteres hat sogleich Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf den Plan gerufen. Die will jetzt das Traditionsverständnis in der Bundeswehr überprüfen. Bei einem Besuch in Illkirch erklärte sie, die Wehrmacht dürfe "in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr" sein. Einzige Ausnahme seien "einige herausragende Einzeltaten im Widerstand". Ansonsten habe die Wehrmacht "nichts mit der Bundeswehr gemein". Daß sie dafür aus den Reihen der Bundeswehr keinen Widerspruch erntet, versteht sich von selbst.
Was aber mag ihr Amtsvorgänger und Kabinettskollege Thomas de Maizière davon halten? Immerhin war dessen Vater Generalstabsoffizier eben dieser Wehrmacht und später mit zehntausenden anderen ehemaligen Wehrmachtsoldaten am Aufbau der Bundeswehr beteiligt, in der er sogar zum Generalinspekteur aufstieg. Und das ganz ohne jegliche Widerstands-Meriten.
Es ist eine für uns Deutsche schmerzliche historische Tatsache, daß die Wehrmacht auch ein Instrument des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges war. Dementsprechend war ein Teil ihrer Angehörigen an Verbrechen beteiligt.
Die allermeisten Soldaten haben jedoch in tadelloser Haltung ihren Dienst versehen und ritterlich gekämpft. Ein Pauschalurteil über nicht weniger als 19 Millionen Menschen, die in der Wehrmacht gedient haben, verbietet sich.
Wie gut, daß sich die Ministerin bei ihrem Gesinnungs-Feldzug auf gehorsame Inquisitoren wie Generalmajor Bernd Schütt, Kommandeur der 10. Panzerdivision, verlassen kann. Angehörige seiner Division berichten aus verschiedenen Standorten übereinstimmend, daß auf seinen Befehl Ende vergangener Woche sämtliche Kasernenräume durchsucht, "verdächtige" Materialien fotografiert, dokumentiert und die Soldaten, denen solche Materialen zugeordnet werden konnten, erfaßt wurden.
In der Wehrmacht gab es die Funktion des "Nationalsozialistischen Führungsoffiziers", der für die weltanschauliche Zuverlässigkeit der Truppe zu sorgen hatte. Darüber, wie diese Funktion

in der Bundeswehr heißen soll, ist noch nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Aber offensichtlich haben die Wehrmacht und die Bundeswehr eben doch mehr gemein, als die Chef-Inquisitorin von der Leyen glaubt.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Juni 2017 (x892/…): >>**Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt**

Buchbesprechung Josef Kraus:

Gleich vorab: der Mann weiß, wovon er spricht, und das sagt er seit langem schon laut und deutlich nicht nur in einer großen Zahl von Artikeln, in Talk-Shows und in Büchern. Josef Kraus ist kein Schreibtisch-Pädagoge, sondern ein Mann der Praxis, den es von Pult, Lehrerzimmer und Verbandsarbeit an die Front außerhalb der Schule getrieben hat. Und er bringt so manchen Pädagogik-Apparatschik mächtig ins Schwitzen: jetzt wieder mit seinem neuen Buch.

Wer ihn auf dem 9. Civitas-Kongreß im vergangenen Jahr in Bonn erlebt hat, der weiß, wie punktgenau und kompetent Kraus seine Argumente, seine Analysen und Warnungen anbringt. Und so wird die Lektüre von "Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt" dann auch zu einem eher bedrückenden Erlebnis, zu einer Pädagogik-Tour der im Endeffekt depressiven Art, weil sie einem jegliche Illusion über das Bestehende nimmt.

Deutschland hatte ein weltweit angesehenes, effektives Bildungssystem, in dem jeder nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten optimal gefördert wurde. Derart geförderte Begabungen waren letztlich auch zum Vorteil für den fördernden Staat, konnte er doch so auf bestens ausgebildete Kräfte zurückgreifen.

Die höchst beeindruckenden Leistungen Deutschlands auf allen Gebieten, die enorm hohe Zahl an Nobelpreisen in den verschiedensten Disziplinen, die Wissenschaftler anderer Nationen, die weltweit eifrig deutsch als führende Wissenschaftssprache büffelten: all das ist so lange her, so lange her - genauer gesagt: es war in der "Kaiserzeit", vor allem unter dem aus durchsichtigsten Motiven von den Gegnern bzw. Konkurrenten geschmähten Wilhelm II. Es war ein Erbe, von dem noch weit über 60 Jahre später gezehrt werden konnte.

"Und was Eltern jetzt wissen müssen" ist der zweite Teil des Buchtitels. Was mit den Kindern und Jugendlichen im Schulsystem der BRD heute geschieht, wie katastrophal die Zustände sind, das zeigt Kraus detailliert, sauber belegt und messerscharf analysiert. Wer immer noch glaubt, das Schulsystem der BRD sei zumindest in einigen Ländern der BRD noch leistungsfähig, der wird sehr schnell und durchaus unsanft auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt, und der Aufprall wird nicht schmerzfreier, wenn man weiß, daß es anderswo in Europa und der Welt noch weitaus schlimmer ist.

Jahrzehnte sozialistischer Menschenversuche auch und vor allem an den Schulen, die Orientierung des BRD-Schulsystems an unterlegenen Ausbildungsgängen wie z.B. dem Bachelor (was eigentlich Abiturient bedeutet), dem Master, das Abitur schon fast als Rechtsanspruch und notfalls auf dem Gnadenweg: wer all das als Grund für den deutlich sichtbaren Niedergang unserer Bildung sieht, der wird hier bestätigt. Wer das immer noch nicht sieht, braucht dieses Buch (ebenso wie die anderen Veröffentlichungen von Josef Kraus) dringend als Einnordung auf die Realität.

Daß die Kritik nicht um der Kritik Willen, nicht um des bloßen Aufzeigens von argen Mißständen stattfindet, zeigt ein Aufsatz in der sehr empfehlenswerten Zeitschrift "Mut" (Ausgabe April 2017), in dem Kraus unter dem Titel "Europa zwischen Leitkultur oder Kultur light" seine weite Sicht über unsere Kultur und deren Gefährdung darlegt - es ist ja nicht nur das Schulsystem, das in unserem Europa immer mehr darniederliegt.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um das Überleben dieser unserer wunderbaren und großen Kultur. Wenn dafür nicht mehr in der Schule die Grundlage gelegt wird, dann ist diese Kultur verloren. Und da sieht es - eben! - ziemlich übel aus. Und doch: das Schlußka-

pitel heißt "Was Eltern trotz allem tun können", und es zeigt, daß "trotz allem" noch gehandelt werden kann. Wir dürfen "denen" das Feld nicht überlassen. Nirgendwo.
Josef Kraus: Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt und was Eltern jetzt wissen müssen. 267 S.; München (Herbig) 2017 …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Juni 2017 (x892/…): >>**Ostdeutsche Bischöfe gegen Wahl der AfD**
Wie sehr die deutschen Bischöfe inzwischen zu Propagandisten des linken deutschen Mainstreams und Teil des Establishments geworden sind, zeigt eine soeben veröffentlichte sogenannte "sozialethische Expertise" im Auftrag der Bischöfe der östlichen Bundesländer. Wir wollen als Civitas Institut nicht die AfD verteidigen oder zu deren Wahl aufrufen, aber was die deutschen Bischöfe in den letzten Monaten in Bezug zur AfD von sich gegeben haben, ist nicht nur extrem ungerecht, sondern schlicht linksideologisches dummes Geschwätz.
Wenn sich die Bischöfe bereits anmaßen, in den Wahlkampf einzugreifen, und die Frage stellen, ob ein Katholik eine bestimmte Partei wählen darf, dann müßte man dies auch in Bezug auf die postkommunistische "Linke", die radikalsozialistischen "Grünen" oder die linkssozialistische SPD sowie die CDU tun. Doch davon keine Spur. Die deutschen Bischöfe arbeiten mit Spitzenvertretern dieser radikal antikatholischen Parteien, die die katholische Soziallehre und das Naturrecht seit Jahrzehnten auf den Kopf stellen und die schlimmsten menschen- und gottesfeindlichen Gesetze erlassen haben, einträchtig zusammen. Wie sollte es auch anders sein. Längst gehören diese Bischöfe - von Gott ernannte Hirten für ihre Gläubigen, die sie mehr und mehr verraten - zum Establishment.
Was das Establishment ist, sagt der Sohn des namhaften Publizisten Joachim Fest, Nicolaus Fest, der in diesem Jahr als Kandidat der AfD für den Bundestag kandidiert in einem Interview mit Katrin Krips-Schmidt für "Die Tagespost" am heutigen Samstag:
"*Establishment bezeichnet längst keine soziale Klasse mehr, sondern eine moralische, nämlich die der Verkommenheit - also Leute, die auf Kosten der Gemeinschaft rücksichtslos ihre eigenen Interessen durchsetzen, sowie ihre Claqueure und Herolde. Konkret: Viele Banker und Manager, für deren Fehlentscheidungen der Steuerzahler aufkommen mußte; dann die EU-Nomenklatura mit ihrer skandalösen Selbstversorgung, sowie die Vertreter parasitärer Wirtschaftszweige, wie Windenergie und Sozialdienste; schließlich die meisten Journalisten. Und es gehören auch alle diejenigen dazu, die Politik vor allem dazu nutzen, um höchstdotierte Jobs zu ergattern - bei der Bahn, bei Mercedes, VW, den Energieunternehmen und Lobbyverbänden. Da gibt es viele Beispiele. Ob auch Kirchenvertreter dazugehören, muß jeder selbst entscheiden*."
Das Interview mit Nicolaus Fest ist übrigens lesenswert, wenn es auch einen stark propagandistischen Anstrich hat. Es ist leider derzeit nicht online verfügbar.
Zur Verteidigung des katholischen Glaubens, der katholischen Soziallehre und des Naturrechts können wir Laien uns schon lange nicht mehr auf unsere Bischöfe verlassen. Im Gegenteil: sie gehören zu denen, die diese Grundlagen unseres Staates und des Grundgesetzes mithelfen zu zerstören. Es wird Zeit, daß wir diese Aufgaben selbst in die Hand nehmen, um Christus in Staat und Gesellschaft zu verteidigen.<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2017 (x892/…): >>**So sollen unsere Kinder und Enkel verdorben werden**
Sie dringen nur selten in die Öffentlichkeit, und noch seltener finden sie die Beachtung, die sie unbedingt finden müssen: die Pläne der rotgrünen (und manchmal auch schwarzen) Kinderverderber, die sich in unseren Kindertagesstätten ("Kitas") und Schulen an unseren Kindern und Enkeln vergreifen. Überall in der BRD. Hier ein (relativ "frühes") Beispiel aus jenem tiefroten Hamburg, das in jeder Hinsicht darunter leidet, immer wieder falsch zu wählen:

Mit welchen Inhalten Kinder konfrontiert werden (sollen), wie systematisch die natürliche kindliche Scham abgebaut wird, wie widerstrebende Kinder zum "Mitmachen" gebracht werden und, nicht zuletzt, wie man besorgte Eltern am besten runterbügelt, das alles und noch viel mehr findet sich in dieser offiziellen Broschüre.
Es ist dies die "Dokumentation einer Fachtagung" zum Thema frühkindliche Sexualerziehung aus dem Jahr 2005 (!!! - so lange und länger geht das schon!). Mit offiziellen Grußworten und kompletten Anleitungen. …
Und es ist an den Eltern, nicht weiter blind ihre Kinder solchen Verderbern anzuvertrauen, sondern mutig, geschlossen und zahlreich dagegen vorzugehen und diejenigen zu unterstützen, die das bereits tun. Die richtige Schulwahl für ihre Kinder ist eine der wichtigsten Aufgaben der Eltern - sie in erster Linie sind verantwortlich für deren seelisches und körperliches Wohl!
Übrigens - in diesem Zusammenhang: wo waren Sie am 25. Juni, als in Wiesbaden genau dagegen demonstriert wurde, daß unsere Kinder solches in den "Kitas", an den Schulen erleben müssen bzw. sollen? Sie waren dabei? Gut! Sie waren nicht dabei? Nein? Na, dann aber das nächste Mal. Es geht um alles!<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 30. Juni 2017 (x892/…): >>**"Ehe" im Bundestag 30.06.2017: Abschied in Rekordgeschwindigkeit**
Da soll doch noch jemand sagen, in der BRD werde nicht schnell und zielorientiert gearbeitet ... Innerhalb kürzester Zeit hat sich heute das BRD-Parlament aus Wertvorstellungen verabschiedet, die immer Grundlage des Zusammenlebens waren. Spätere Zeiten werden den heutigen Tag als denjenigen benennen, an dem der Bruch mit dem Naturrecht, dem BRD-Grundgesetz und unserer bisherigen Zivilisation vollzogen wurde.
Wir wollen unsererseits an dieser Stelle auf den erstaunlichen Zeitplan aufmerksam machen, der viel über die ganze Angelegenheit aussagt:
Heute morgen um **8.00 Uhr** wurde der Punkt der gleichgeschlechtlichen "Ehe" auf die Tagesordnung gesetzt.
Um **8.05** wurde das Gesetz den Abgeordneten bekanntgemacht bzw. vorgestellt.
Die Abstimmung begann um **8.59** Uhr.
Um **9.03** war der Gesetzesvorschlag "durch". 393 Abgeordnete stimmten dafür, 224 dagegen und 6 enthielten sich der Stimme.
In der Presse findet sich, die Vorsitzende der "C"DU und Kanzlerin der BRD Frau Dr. rer. nat. Angela Merkel habe gegen das Gesetz gestimmt, gegen das sie den immer angekündigten Widerstand aufgegeben hat. … Besonders wichtig zu wissen: Generalsekretär Peter Tauber stimmte mit ja zur Abschaffung der Ehe!
… Nicht abgegebene Stimmen aus der Union: Peter Beyer, Marlene Mortler, Volker Mosblech, Matthäus Strebl, Oswin Veith.
Enthaltungen aus der Union: Uda Heller, Silke Launert, Albert Weiler, Elisabeth Winkelmeier-Becker. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/60-62): >>**Die Deutschland-Abschaffer**
_ *von Martin Müller-Mertens*
Der Haß auf das eigene Volk gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.
Claudia Roth ist die Oma der Antideutschen. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomen und Bionade-

Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten.

Haß 1989, Pleite 1990

… Mit "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter" zogen die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ihr Anliegen: Statt über die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland mit nur 4,8 Prozent ihr Ziel. Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 - die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten - von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.

Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Haß und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche. "Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit", schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. "Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr."

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößerte Bonner noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen - wie praktisch die gesamte politische Linke - ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Haß.

Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir - im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler - tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner Tagesspiegel wiedergegebenen Satz "In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt", bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben. Die Worte "Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!" verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär.

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzumahnen. "Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht", behauptete Claudia Roth, damals Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut".

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es - mehrfach angepaßt - auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor.

Im Gegensatz dazu forderten die Grünen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. "Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein", faßte Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch

2016 in einem Gastbeitrag für den Spiegel zusammen und behauptete: "Deutschland schloß zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgschaftsrechts auf."
Dabei müßte Trittin wissen, daß dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. "Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung (das Geburtsprinzip)bedingungslos zur Geltung kommt", räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: "In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen."
Köln? Nicht so schlimm
Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungsorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht 2015/16 routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. "Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger", fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten des Sexmobs zu relativieren. "Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen", verkündete sie am 8. Januar 2016 in der Welt.
Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. "Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. ... Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge mißbrauchen wollen", hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.
"Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger."
Michael Gwosdz
Selbst die - seit der Asyllawine vielfach bekannt gewordenen - Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte - womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen - vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: "Das Problem von Kinderehen läßt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. ... Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Juli 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat Juni geht an: DIE WELT**
"Massenmedien haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren und Entscheidungsträgern die öffentliche Meinung kundzutun. Darüber hinaus wirken sie durch Kontrolle und Kritik an der Meinungsbildung mit", schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung.
Schöne Worte! Denn von "Kontrolle" und "Kritik" ist in unseren Medien kaum etwas zu lesen - vor allem nicht, wenn es um die Politik der Bundesregierung geht.
Um die Medien an ihre eigentliche Aufgabe zu erinnern, verleiht der Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten monatlich an besonders regierungsfreundliche Medien, Verbände oder sonstige Meinungsbildner die "Goldene Hoftrompete für besonders willfährige Regierungsberichterstattung".
Dieses Mal geht die Goldene Hoftrompete an Ulf Poschardt, Chefredakteur 'Die Welt', für seinen Artikel "Angela Merkel ist endlich da, wo sie stets sein wollte" (Die Welt, 29.5.17). Denn was Diederich Heßling für Kaiser Wilhelm, das ist Ulf Poschardt für die Bundeskanzlerin. Wie der "Untertan" in der legendären Verfilmung von Heinrich Manns Roman rennt er mit allzeit bereitem Enthusiasmus neben der Kutsche der angebeteten Herrscherin her, schwenkt unverdrossen seinen Hut und schreit "Hurra!" Und das schon seit vielen Jahren - Ulf

Poschardt ist ein echter Wiederholungstäter.
Mit dieser Jubelarie feiert er Angela Merkel als "inoffizielle Führerin der freien Welt" und "Ikone des Westens". Vor Merkels "Aura" verblassen glatt amerikanisch-russisch-britische Leichtgewichte wie Donald Trump, Wladimir Putin und Theresa May. Damit schießt er den Vogel ab. Angela Merkel als "archimedischer Punkt der liberalen Demokratie", um den "Politpopstars" wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der kanadische Premier Justin Trudeau sich balzend drängeln? Eine Hoftrompete allein reicht da gar nicht.<<
Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 7. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Denk ich an Deutschland in der Nacht …**
"… dann bin ich um den Schlaf gebracht". So seufzte Heinrich Heine vor über 150 Jahren aus Paris in einem Brief an die geliebte Mutter im fernen Düsseldorf. Ich würde meiner Mutter heute schreiben: "… dann höre ich, wie Merkel lacht!" Heine mußte aus Deutschland fliehen, weil er Fürsten, Adel und Kirche kritisierte. Er wollte Demokratie und Gerechtigkeit. Ich würde am liebsten aus Deutschland fliehen, weil eine Frau zwar Fünfjahrespläne erfüllen gelernt hat, aber Deutschland gerade abgeschafft hat.
Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu …
daß ein ewig mißmutiger Schwabe den ewigen Schuldenmachern in Griechenland seit Jahren Milliarden Euros auf den Ouzo-Tisch schob und gerade wieder schiebt. Was sollte Merkel auch groß dazu sagen? Von Geld hat sie schon immer nie Ahnung gehabt; im Osten gab's nur "Alu", im Westen kassierte sie "plötzlich und unerwartet", ohne je einen Finger zu rühren, Staatsknete wie Lotto. Was also wird sie schon groß gedacht haben? Mir doch egal!
Wider besseres Wissen (?) ließ sie zu …
daß unter frenetischem Jubel von Rot und Grün "endlich" die Kernkraftwerke in Deutschland abschalten mußten. Natürlich wußte sie, daß in Fukushima kein einziger Mensch durch irgend etwas "Verseuchtes" zu Tode gekommen war. Und sagte trotzdem "Ausstieg". Und so blechen die Deutschen heute immer mehr Millionen für eine Sonne, die trotz Klimaerwärmung nicht genug scheint. Für Windräder, die trotz Wind stillstehen, weil die Stromleitungen fehlen. Und damit wir nicht erfrieren, kaufen wir den teuren Atomstrom beim Nachbarn - verbrennen wieder Kohle - säen, ernten und verbrennen Raps und Mais für teuren "Bio-Sprit". Was Merkel in der Staatskarosse denkt: Mir doch egal!
Wider besseres Wissen (?)
öffnete sie im September 2015 angeblich "alternativlos" Deutschlands Grenzen, breitete die molligen Ärmchen aus: Kommt her zu mir, die ihr müßig und mit leerem Magen seid - ich will euch erquicken! Die Plüsch-Teddys flogen, Muttchen machte Selfies für‘s globale Fotoalbum. Germoney, for ever! Als es nach nur sechs Monaten schon eine Million war (und immer mehr wurden), muckte sie trotzig im kleinen Kreis: Mir doch egal!
Deutsche Grenz-Gesetze? Gebrochen. EU-Einreise-Gesetze? Gebrochen. Ihren Amtseid? Gebrochen. Und seitdem arbeiten die Deutschen für "Flüchtlinge", die keine sind. Und Merkel kaut seelenruhig weiter Fingernägel… Und Politiker von Schwarz über Rot bis Grün hämmern denen, die schon länger hier leben, weiter ein, daß sie ja kuschen sollen. Sonst kommen die Mainstream-Medien mit dem Nazi-Pranger.
Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann höre ich, wie Merkel lacht …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Juli 2017 (x892/…): >>**"Was alles mit Linkssein nicht zu tun hat"**
"Was alles mit Linkssein nichts zu tun hat:
Haß.
Hetze.
Gewalt.
Indymedia.

Steinewerfen.
Autos anzünden.
Molotow-Cocktails.
Molotow.
Lenin.
Stalin.
Beria.
Jeschow.
Jagoda.
Die Oktoberrevolution.
Die Tschistka.
Der Holodomor.
Robespierre.
Guillotine.
Vendee.
Der Realsozialismus.
Der Nationalsozialismus.
Die DDR.
Honecker.
Ceaucescu.
Die Stasi.
Mao.
Die Kulturevolution.
Der Große Sprung nach vorn.
Die Roten Khmer.
Killing fields, Venezuela.
Kuba.
Che Guevara.
Kim I. bis III. und evtl. IV.
Die RAF.
Unterdrückung des Geistes.
Unterdrückung der Meinungsfreiheit.
Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit.
Unterdrückung der Eigeninitiative.
Unterdrückung überhaupt.
Der Kampf gegen rechts, sofern "Kampf".
(Michael Klonovsky 14.07.2017) …<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 19. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Blau, die Farbe fürs Herz**

Was ist der Unterschied zwischen CDU-Merkel und SPD-Schulz? SIE hat keinen Bart! ER kaut keine Fingernägel. Soweit man weiß.

Zwischen FDP-Lindner und dem GRÜNEN Özi? Der Christian hat die Haare schöner. Hat ja auch mindestens 10.000 Euro gekostet; der Knick in Cem‘s Pupille wäre wohl teurer.

CSU-Seehofer und die SED-LINKE Wagenknecht? Er kann besser Merklin-Eisenbahn. Aber Sarah ist eindeutig hübscher geschminkt. Jedenfalls besser als Honecker.

Ansonsten? Wie unterscheiden sich die sechs Parteien, die Deutschland im Griff haben? Natürlich, durch die Farben: Merkel-Schwarz, Schulz-Rot, Honecker-Rot, Geld-Gelb, Regenbogen-GRÜN, Weißbläulich. Ansonsten? So, wie ZK-Berlin und MAINSTREAM befehlen. Deutschland muß weg!

Gut, bei der CDU nur jene, die immer noch von HEIMAT schwafeln. Bei der SPD, wer noch von LEITKULTUR murmelt. Bei der FDP alle, die mal liberal-national dachten. Bei den GRÜNEN nur die SCHWEINEDEUTSCHEN, also fast alle. Bei den SED-LINKEN die Kapitalistenschweine, also alle. Und bei der CSU? Nur jene obstinaten Bayern, die mal Franz-Josef Strauß bis zum absoluten Gipfel nachkraxelten.
Was also bleibt den Deutschland-Deppen? Die immer noch nicht ausgetauscht sind? Die immer noch ausharren im Land der Dichter und Denker? Des Schwarzen Goldes, der Grünen Wälder? Wen sollen sie wählen am 24. September? N o c h dürfen sie ja so frei sein in der Kabine…
Also wen sollen die wählen, die schon länger hier leben?
Blau! Die Farbe, die das Herz wieder beruhigt. Wenn es um Deutschland geht. Die Farbe der AfD ist Blau …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 2017 (x887/...): >>**Ein "Mordsweib"?**
Ungesund und fatal ist die Beziehung der Deutschen zu ihrer Kanzlerin
Ihr lieben Deutschen, was fasziniert euch an dieser Frau? Das Äußere kann es eher nicht sein, aber das ist geschenkt. Sicher, man kennt sich. Man hat sich aneinander gewöhnt. Aber diese bedingungslose Hingabe? Ihr seid ihr verfallen. Es ist eine mörderische Beziehung. Diese Frau nimmt Euch aus. Sie tut Euch nicht gut. Sie fährt mit Euch Schlitten und noch dazu voll gegen die Wand. Es ist ein Rätsel.
"Angela Merkel wird immer beliebter", freut sich die "Zeit". Die Wochenzeitung präsentiert eine Infas-Umfrage, nach der sich 36 Prozent der Wähler für die Kanzlerin "richtig begeistern". Infas-Chef Menno Smid staunt: "Wir haben die Intensität einer affektiven Haltung gemessen. Eine solche Messung ist gegenüber kurzfristigen Themeneinflüssen erfahrungsgemäß robust." Sprich: Dies ist mehr als eine Schwärmerei. Heiß und innig sind die Gefühle für die Angebetete.
"Frau Merkel, Sie sind ein Mordsweib", begeisterte sich einer ihrer zahllosen Fans jüngst in Essen. Die Kanzlerin sprach in der dortigen Philharmonie über "Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert". Um Deutschland ging es ihr dabei weniger. Als Weltkanzlerin präsentierte sich die lila Beblazerte an diesem Abend. Sie wolle Wohlstand für alle und das rund um den Globus. Kaum einer ihrer Sätze endete ohne Beifall. Zur Fragerunde erhob sich ein Mann, der sich als Unternehmer und Vater von vier Kindern vorstellte. Sie nehme zwar oft Bezug auf Ludwig Erhard, erklärte dieser kritische Denker, aber ob ihr denn nicht bewußt sei, daß dieser sich nur für den Wohlstand in Deutschland verantwortlich gesehen habe. Erhard habe sicher nicht geglaubt, daß Deutschland berufen sei, auch zum Beispiel für den Wohlstand in Afrika zu sorgen.
Leider folgte kein Moment der Klarheit im Publikum. Der Mann wurde ausgebuht. Merkels Antwort enthielt dann unter anderem einen Verweis auf das Römische Reich. Der antiken Großmacht sei es immer gut gegangen, wenn sie statt auf Abschottung auf Ausgleich mit den Nachbarn gesetzt hätte. Einen Multi-Kulti-Exzeß namens Völkerwanderung erwähnte sie nicht: "Zahllos wie die Funken des Ätnas", so der Zeitzeuge Ammianus Marcellinus, strömten die germanischen "Flüchtlinge" im vierten Jahrhundert nach Christus ins Reich. Auch aus christlicher Nächstenliebe waren sie hereingelassen worden. Sie brachten Gewalt, Chaos und Niedergang.
Der Althistoriker Alexander Demandt hat mit "Das Ende der alten Ordnung" einen lesenswerten Aufsatz darüber geschrieben. Aber zurück zur Magna Mater, zur großen Mutter: Muttis Sicht auf die Geschichte ist ebenso zweckorientiert wie vieles andere. Fakten stören da nur. Und sie kann es sich leisten. "Eine Mutter kann nicht abgewählt werden", hat der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz schon vor einigen Jahren im Hinblick auf die Wahlerfolge Mer-

kels festgestellt. Er attestierte den Deutschen eine Sehnsucht nach Mütterlichkeit. Sein Kollege Tilman Moser spricht vom "regressiv eingerastetem Vertrauen". Mit kindlichem Urvertrauen begegnen die Deutschen ihrer Angela Merkel. Sie werden bitter enttäuscht werden.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 22. Juli 2017 (x953/…): >>**Lügen die Medien?**

Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung.

von Jens Wernicke

Ein neues Buch aus dem Rubikon-Umfeld geht der Frage nach: Lügen die Medien? Zu Wort kommen die Journalisten Walter van Rossum, David Goeßmann, Ulrich Teusch, Volker Bräutigam, Ulrich Tilgner, Stephan Hebel, Werner Rügemer und Eckart Spoo. Die Wissenschaftler Noam Chomsky, Daniele Ganser, Rainer Mausfeld, Uwe Krüger, Jörg Becker, Michael Walter, Erich Schmidt-Eenboom, Klaus-Jürgen Bruder und Kurt Gritsch. Sowie mit Maren Müller, Hektor Haarkötter, Sabine Schiffer, Gert Hautsch, Rainer Butenschön, Markus Fiedler und Daniela Dahn wichtige Stimmen aus der Zivilgesellschaft.

Die Mehrheit der Bürger vertraut den Medien nicht mehr. Der Begriff der Lügenpresse geistert durchs Land. Viele haben erkannt: Eine von Konzerninteressen, Hochglanzwerbung und politischer Agitation à la "Deutschland geht es so gut wie nie zuvor" (Angela Merkel) geprägte "Berichterstattung" hat mit ihrer sozialen Realität nichts mehr gemein. Eine "Kernschmelze des Vertrauens" (Edelman Trust Barometer 2017) findet statt.

SPD-Urgestein und Herausgeber der *NachDenkSeiten* Albrecht Müller kritisiert die Medien daher als "Kampfpresse". Nach seinen Worten sind die Medien zu Sprachrohren der Mächtigen verkommen und stehen Gewehr bei Fuß, wenn es etwa um die Legitimation von Sozialabbau geht.

Andere Medienkritiker werfen den Medien sogar Propaganda vor und verweisen auf eine Berichterstattung, die kein Problem damit hat, entgegen journalistischer Standards mit Lügen den Weg in eine Politik zu ebnen, für die Kriege und das Anstacheln von Feindseligkeiten selbstverständlich geworden sind.

Fest steht: Die Einseitigkeit und Parteilichkeit vieler Medien ist kaum mehr zu ertragen. Wenn selbst führende Politiker inzwischen eine "erstaunliche Homogenität" (Frank-Walter Steinmeier) und mangelnde Meinungsvielfalt der Presse beklagen, wird deutlich: Wir befinden uns in einer tiefgreifenden Krise, die nicht länger hinzunehmen ist.

Doch warum? Was sind die Probleme und Ursachen? Und ist ein ehrlicher und ausgewogener Journalismus überhaupt noch denk- und vorstellbar?

Der Medienmainstream beantwortet diese Fragen üblicherweise mit Aussagen wie "Wir sind nicht gesteuert, Fehler passieren jedem einmal," oder verortet die Krisenursachen mit der Behauptung "Das ist doch alles Verschwörungstheorie!", beim Publikum selbst.

Eine umfassende und vielstimmige Medienkritik tut daher not. Eine Kritik, die den Bürgern die "intellektuellen Waffen" (Pierre Bourdieu) an die Hand gibt, derlei Ausflüchte und Entmündigungsversuche als das zu erkennen, was sie sind. Eine Medienkritik, die für die Bürger Partei ergreift und sich bewußt ist, daß "die Propaganda für die Demokratie (dasselbe ist) wie der Knüppel für einen totalitären Staat" (Noam Chomsky).

Jens Wernicke hat mit zahlreichen Medienexperten über die verschiedenen Facetten der Krise gesprochen und sucht nach Lösungen und Auswegen. Das Resultat ist ein unverzichtbares Kompendium der Medienkritik.

Buchtitel: "*Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung*". *Das Medienkritik-Kompendium* … Westend-Verlag …<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 26. Juli 2017 in der Wochenzei-

tung "Deutschland-Kurier": >>**Fake-Politik**
Was sind die wirklich wichtigen Themen, die unser Land bewegen und unsere Zukunft entscheiden? Zuwanderung, islamischer Terrorismus, Währung, Energie, Familie, Finanzierung der Sozialsysteme! In all diesen Bereichen hat die etablierte Politik versagt.
Um davon abzulenken, propagiert sie Fake-Themen und schüchtert die Bevölkerung mit angeblichen Gefahren ein: Klimawandel, Rußland, Trump. Und jeden, der sich lieber um die wirklich wichtigen Dinge kümmert statt um die Fake-Themen, beschimpft sie als "Rechtspopulisten". Das anzusprechen, was unser Land prägt, wird zu einem Akt des Mutes, denn die relevanten Themen sind alle tabuisiert: sie sind "politisch inkorrekt".
Kein Land kann sich einen Kampf gegen die Wirklichkeit leisten. Kein wirkliches Problem wird durch Wegschauen gelöst. Entweder gelingt es, offen über das zu streiten, was wichtig ist - oder in allen wichtigen Themen werden die gewinnen, denen es nicht um das Wohl Deutschlands, sondern seine Zerstörung geht.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 31. Juli 2017: >>**"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"**
Bürgerliche Reformpartei oder Rechtsaußen-Truppe? Der AfD-Bundestagskandidat Marc Jongen, der den Medien als der "Denker" der Partei gilt, mahnt zu einem haarscharfen Kurs jenseits der Anbiederung, aber diesseits übertriebener Widerstandsrhetorik.
Herr Dr. Jongen, die AfD ist 2013 als bürgerlich-konservative Alternative der Mitte gestartet, heute gilt sie dagegen als populistische Rechtspartei. Ist diese Beschreibung eine Verleumdung der Medien oder trifft sie zu?
Marc Jongen: Mit der AfD hat sich politischer Widerstand gegen den Ausverkauf Deutschlands durch unsere moralisch und geistig korrupten Eliten formiert. Das war 2013 schon so "populistisch" wie heute - dieser Begriff wurde auch schon der Lucke-AfD angeheftet, ebenso wie der Begriff "rechts". Daß der Ausverkauf Deutschlands mehr Dimensionen hat als nur die monetäre, das war bereits bei Gründung der Partei für viele sichtbar. Insofern sind inzwischen nur Themen explizit gemacht worden, die von Anfang an im Widerstandspotential der AfD angelegt waren.
Verneinen Sie, daß die Partei sich verändert hat?
Jongen: Nein, mir ist nur die Allerweltsdiagnose "Rechtsruck" dafür zu simpel und zu denunziatorisch. Wenn man den Mainstream-Medien und dem politischen Gegner Glauben schenkte, müßten die Funktionäre der AfD längst in SA-Uniformen durch die Straßen marschieren und "Sieg Heil!" brüllen, so oft wurde der Partei bereits ein "weiterer Rechtsruck" angedichtet. Das Ganze ist ein sehr durchschaubares - und sehr schmutziges - Mittel des politischen Kampfes hierzulande: Wo die Argumente des Gegners gefährlich werden, weil sie zu sehr ins Schwarze treffen, dort stellt man von Argumentieren auf Diffamieren um. Und mit nichts diffamiert es sich in Deutschland bekanntlich besser als mit der Nazi-Keule.
"Es gilt 'rechts' von 'rechtsradikal' zu befreien"
Also alles Verleumdung der Medien?
Jongen: Eine gründliche und ehrliche Analyse ergibt doch, daß der thematische Hauptschwenk, den die AfD vollzogen hat, nämlich vom Euro-Thema hin zum Migrationsthema, ganz wesentlich mit der Veränderung der politischen Großwetterlage zu tun hat. Als im Sommer 2015 die Migrationskrise dank Angela Merkels Rechtsbrüchen mit voller Wucht über uns hereinbrach, wollte auf Wahlveranstaltungen der AfD kein Mensch mehr etwas über die Finanz- und Währungskrise hören. Wenn Sie einen Rohrbruch haben, zugleich aber der Dachstuhl brennt, dann werden Sie auch alle Kräfte auf den Brand als das weitaus größere Problem konzentrieren.
Nun wird das aber als Verschiebung der AfD nach rechts wahrgenommen. Was bedeutet das für ihre strategische Positionierung auf dem Schachbrett der Politik?

Jongen: Langfristig ist der Begriff "rechts" zu rehabilitieren und von der Gleichsetzung mit "rechtsradikal" zu befreien, wie sie der "Kampf gegen Rechts" perfiderweise suggeriert. Dazu muß die linke Diskurshegemonie aber erst gebrochen werden. Und im politischen Kampf bedeutet Überhastung zumeist, das Gegenteil des Beabsichtigten zu erreichen. Abgesehen davon habe ich nicht den Eindruck, daß unser Wahlprogramm besonders "rechts" wäre. Nach den politischen Maßstäben, die bis vor wenigen Jahren noch allgemein gegolten haben, ist es viel eher als klassisch bürgerlich und grundvernünftig zu bezeichnen.
Am "revolutionärsten" ist noch unsere Forderung nach mehr Volksabstimmungen, aber auch hier dient uns die stocknüchterne bürgerliche Schweiz als Vorbild. Der Eindruck der Rechtslastigkeit entspringt einer optischen Täuschung: Wenn eine CDU-geführte Regierung Politik nach der linksradikalen Parole "No borders, no nations" macht, dann geraten Verfassungstreue, Grenzschutz und politische Vernunft eben unter den Verdacht des "Rechtsextremen".

"Da die Politik irrsinnig ist, müssen wir drastisch sein"

Ihren Ruf, nach rechts gewandert zu sein, verdankt die AfD allerdings kaum einer anspruchsvollen konservativen Argumentation - Stichwort: "Diskurshoheit brechen" -, sondern politischen Provokationen. Ist das eine kluge Strategie?

Jongen: Wie gesagt hat die AfD ihre Schwerpunktsetzung und ihre Rhetorik den veränderten politischen Verhältnissen angepaßt. Da diese Verhältnisse nur noch als irrsinnig zu bezeichnen sind, müssen auch die Worte, die sie anprangern, drastische sein. Das war und ist eine politische Notwendigkeit. Ich verhehle allerdings nicht, daß ich angesichts mancher unbedachten Äußerung von Parteifreunden in letzter Zeit öfter den Kopf geschüttelt habe. Einige scheinen es für einen besonders klugen Schachzug zu halten, exakt dem Klischee zu entsprechen, das der politische Gegner auf uns projiziert. Ich bin nicht gegen gezielte Provokationen, aber diese sollten intelligent und entwaffnend sein, nicht die üblichen Beiß- und Abwehrreflexe auslösen. Damit machen wir es dem Gegner zu einfach und verspielen völlig unnötig Sympathien.

Sie sprachen ja einmal von der mangelnden "Thymosspannung" in Deutschland, die die AfD wieder heben solle. Thymos bezeichnet bei Platon neben Logos und Eros eine der drei Motivationen des Menschen; wobei Thymos die Gemütslage ist. Allerdings ist die AfD anders als zu Beginn heute kaum mehr Ausdruck einer spontanen Unzufriedenheit - also einer Thymoshebung - in der Mitte der Gesellschaft, sondern Vertreterin der grundsätzlichen Unzufriedenheit lediglich einer konservativen oder rechten Minderheit. Spielt diese Veränderung eine Rolle?

Jongen: Man sollte politische Momentaufnahmen nicht als Endzustände fehlinterpretieren. Nach monatelangem Aufschwung geht die AfD derzeit durch eine sehr schwierige Phase. Die regierenden Altparteien und die geballte Macht der staatstragenden Medien haben sich verschworen, um uns totzutreten. Unsere Etablierung als feste politische Größe in Deutschland wollen sie mit allen Mitteln verhindern, solange sie noch eine Chance dazu sehen. Daher verbreiten sie das Narrativ, wir verträten nur ein paar Radikale und Abgehängte. Umfragen zeigen aber, daß die Mehrheit im Volk in vielen Belangen im Grunde den AfD-Positionen zuneigt.
Unsere politische Aufgabe wird in nächster Zeit hauptsächlich darin bestehen, dieser noch zweifelnden, schweigenden Mehrheit klarzumachen, daß wir es sind, die in Wahrheit ihre Interessen vertreten. Wenn dieser Funke überspringt, dann können unsere Zustimmungswerte rasch wieder sehr stark ansteigen. Dann kann auch, um auf Ihre Frage nach dem Thymos zu antworten, das weit verbreitete diffuse Unbehagen im Volk in eine neue Aufbruchsstimmung umschlagen. Eine AfD als Volkspartei wird die Zuversicht vermitteln, daß ein grundsätzlicher Wandel möglich ist.

"Mit dem Populismus darf man es nicht zu weit treiben"

Apropos Volk: Anfangs wehrte sich die Partei gegen den Begriff Populismus. Heute verwendet ihn etwa Parteivize Alexander Gauland selbst, um die AfD zu beschreiben. Was bedeutet dieses Bekenntnis zum Populismus?

Jongen: Wie Sie selbst schon andeuten, kommt Populismus von "Volk". Ebenso wie der Begriff Demokratie. In diesem Sinn ist es nicht ehrenrührig, Populist zu sein. Die sogenannten Populisten sind oft nur die besseren Demokraten, weil sie Volkes Wille noch ernst nehmen. Es ist schon ein groteskes Schauspiel, wie diejenigen, die mit Eifer an der Entmachtung des Volkes als politisches Subjekt und langfristig auch an seiner Abschaffung als ethnische Größe arbeiten, die AfD des Populismus beschuldigen.

Darin verrät sich eine große Geringschätzung des Volkes, das von denselben Leuten, allesamt gute "Demokraten", ja auch gerne als "Pack" oder "Pöbel" beschimpft wird. Allerdings darf man es mit dem Bekenntnis zum Populismus auch nicht zu weit treiben. Dazu behält der Begriff trotz allem zu viele negative Konnotationen. In keiner Partei in Deutschland geht es wohl weniger populistisch zu als in den Fachausschüssen der AfD. Dort wird mit viel Sachverstand und Herzblut um die richtige Position gerungen. "Und uns nennen sie Populisten …", habe ich in solchen Fachausschuß-Sitzungen schon des öfteren gedacht.

Wenn die AfD durchaus auch ein anspruchsvoller "Debattierclub" ist, warum verlassen dann immer mehr Bürgerliche die Partei, und warum verteidigen immer mehr bürgerliche Sympathisanten die AfD öffentlich nicht mehr?

Jongen: Ganz so stimmt das nicht. Mit Nicolaus Fest und Erika Steinbach haben sich in letzter Zeit zwei dezidiert bürgerliche und sehr angesehene Persönlichkeiten zur AfD bekannt - der eine als aktives Mitglied, die andere als Unterstützerin. Richtig ist aber, daß sich viele unserer insgeheimen Sympathisanten momentan nicht trauen, ihre Sympathien offen zu bekunden. Dazu ist das Meinungsklima zu verhetzt, die möglichen Repressalien sind zu bedrohlich. Manche mag auch das ungeschickte Auftreten einiger AfD-Funktionäre verschreckt haben, ich wage aber die These, daß dies kaum eine Rolle spielte, wenn es nicht im Hallraum der feindseligen Medien ins Zehn- und Hundertfache verstärkt würde.

Warten wir bitte ab, was nach der Bundestagswahl geschieht, wenn die AfD sich als politische Größe weiter etabliert hat und etwa der De-facto-Boykott der öffentlich-rechtlichen Talkshows gegen die AfD nicht länger durchzuhalten ist. Ich prophezeie einen Dominoeffekt im bürgerlichen Lager zu unseren Gunsten.

Aber nur eine AfD, die auf die Mitte zielt - indem sie auf den konservativen Teil der Wähler dort einwirkt -, ist gefährlich. Eine Partei, die wie derzeit nur das Segment der Konservativen und Rechten binden kann, ist dagegen keine Bedrohung, weil alle anderen Parteien zusammen sie isolieren und am Rand verhungern lassen können.

Jongen: Da sehe ich schon Handlungsbedarf, aber keinen Grund zur Panik. Als einzige Oppositionspartei im Land, die wir sind, müssen wir offenkundig zwei Extreme vermeiden: Erstens uns den Altparteien zu sehr anzubiedern und damit unseren widerständigen Stachel zu verlieren. Zweitens aber auch, die Widerstandsrhetorik derart zu übertreiben, daß wir es den anderen unmöglich machen, mit uns zusammenzuarbeiten. Zwar ist mit dem aktuellen Führungspersonal in CDU und FDP, geschweige denn in der SPD, keinerlei Kooperation möglich, und die Parole "Merkel muß weg!" gilt ohne Einschränkung.

Aber wir dürfen bei aller berechtigten Polemik nicht vergessen, daß auch die CDU - gerade die CDU - wandlungsfähig ist, und sollten uns schon jetzt für den Tag rüsten, da ihre komatöse bürgerliche Seele wieder aufwacht. Inzwischen gilt es, das sogenannte Overton Window - also den Bereich des politisch Sag- und Durchsetzbaren - mit großer Beharrlichkeit in unsere Richtung zu verschieben. Das schafft man nicht mit möglichst radikalen Parolen, sondern indem man die für uns Empfänglichen einen Schritt außerhalb des Bereichs abholt, wo sie momentan noch stehen.

"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"

Die Frage allerdings, ob die AfD mit der CDU koalieren soll oder nicht, steht doch gar nicht zur Debatte - und zwar von seiten der CDU. Dennoch ergeht sich die AfD in einem internen Streit über diese Frage. Lebt sie nicht mehr in der Realität?

Jongen: Diesen Streit zur Unzeit halte ich auch für unglücklich. Man sollte diese Fragen dann behandeln, wenn sie aktuell werden. Vielleicht hilft ein Blick über die Grenze: In Österreich ist die FPÖ trotz oder gerade wegen ihrer Isolierung durch alle anderen Parteien über die Jahre hinweg immer stärker geworden. Übrigens auch trotz aller Diffamierung als "Rechtsaußen". Im letzten Jahr hätte sie um ein Haar den Bundespräsidenten gestellt, und heute ist sie stärkste Partei in den Umfragen.

Ganz soviel Zeit bleibt uns in Deutschland wohl nicht mehr, aber die politischen Realitäten sind anzuerkennen, und diese weisen uns ohne Wenn und Aber die Oppositionsrolle zu. Um so schneller werden wir stark genug zum Regieren sein, je einiger wir sind und je weniger wir der Versuchung erliegen, die bösen Diffamierungsspiele, die unsere mächtigen Gegner mit uns spielen, parteiintern zu wiederholen.

Dr. Marc Jongen ist Bundestagskandidat und mit Ralf Özkara gleichberechtigter Landesvorsitzender der AfD in Baden-Württemberg.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. August 2017: >>**Über den Gipfeln ist Ruh'. Das verstörende Werk des Gelehrten Rolf Peter Sieferle**

Thomas Schmid

Die liberale Diskursmaschine funktioniert nicht immer gut. Zuweilen wird sie sogar unversehens zu einer Diskursverhinderungsmaschine. Anders als manche Verschwörungsgläubige annehmen, steht dahinter aber keine Absicht, kein Plan. Es auch ist keine Machenschaft. Vielmehr sind Bequemlichkeit, Opportunismus, Herdentrieb und der feste Wille am Werk, keinesfalls in gedankliche Sphären vorzudringen, in denen es ungemütlich werden könnte. Lange schon gibt es einen liberalen und linken Konformismus, eine scheinbar heile Welt derer, die sich auf der aufgeklärten Seite des Ufers wähnen.

Ein besonders absurdes und blamables Beispiel dafür hat dieses Milieu in den vergangenen Wochen und Monaten im Umgang mit einem Buch des 1949 geborenen Historikers, Soziologen und Philosophen Rolf Peter Sieferle geliefert.

Wenige Monate nach seinem Suizid im September 2016 kam unter dem Titel "Finis Germania" eine nachgelassene Schrift Sieferles auf den Markt. Sie erschien im Verlag Antaios von Götz Kubitschek, einem der Ideengeber der zumindest rechtsnationalistischen "Identitären Bewegung". In der Tat, die keine hundert Seiten lange Schrift paßt ins Programm des Verlages. Kaum jemand hätte das Buch beachtet - wäre es nicht dank eines Jurors auf eine Bestenliste für Sachbücher gekommen und wäre es nicht auch noch auf der Bestsellerliste des "Spiegel" aufgetaucht. Schnell setzten in den Feuilletons Aufgeregtheit und Empörung ein, ein Distanzierungswettrennen begann. Dem Autor, einem größeren Publikum bislang gar nicht bekannt, wurde Rechtsradikalismus und Antisemitismus bescheinigt.

Unmittelbar nach Sieferles Tod hatte Gustav Seibt in der "Süddeutschen Zeitung" den Verstorbenen noch als einen großen Wissenschaftler, als fast alleinigen Erfinder eines neuen Fachgebiets, der "Naturgeschichte der Gesellschaften", gepriesen und geschrieben: "Sieferle war ein unerschrockener, immer rationaler Denker, der sich auch dann nicht aus der Ruhe bringen ließ, wenn er apokalyptische Möglichkeiten erwog. Konservativ war allenfalls sein Bewußtsein für natürliche Grenzen." Und er verglich ihn, den Autors eines Gutachtens für die Bundesregierung, mit den Humboldts, die einst den preußischen Staat berieten.

Als nun "Finis Germania" erschienen war, sah es Seibt auf einmal anders. Aus dem großen Autor war nun "ein zunächst einmal ernsthafter Wissenschaftler" geworden, dem von Seibt ein "erschreckender und bestürzender Absturz" bescheinigt wurde. Ein derart toxisches Buch

habe auf einer Besten- oder Bestsellerliste nichts verloren. Das begründete Seibt unter anderem so: Das Buch sei "eine Störung des öffentlichen Gesprächs, die nicht ungefährlich ist, vor allem, weil das Buch natürlich in die Hände von Leuten fallen kann, die gar nicht theoriebildend zu denken imstande sind". Wo kämen wir in unserer Gesellschaft hin, wenn unliebsame Bücher in die Hände von denkunfähigen Menschen fielen?

Die liberale Öffentlichkeit war sich schnell einig: Rolf Peter Sieferle ist in der Welt des Geistes fortan eine Persona non grata. Und er wurde zum Verzweifelten, zum klinischen Fall erklärt. Ein Autor der FAZ mutmaßte, eine Krebserkrankung und die drohende Erblindung habe ihn in den Tod getrieben. Dabei gab es, wie Freunde von Sieferle versichern, weder eine schwere Augenerkrankung noch einen lebensbedrohlichen Krebs.

Wer war Rolf Peter Sieferle? Fest steht, daß er 1968 für kurze Zeit dem Vorstand des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) in Heidelberg angehörte und daß er zuletzt einigen Ansichten der AfD nahestand. Sein Werk spiegelt diese unterschiedlichen Positionen. "Finis Germania" etwa ist eine lockere Ansammlung von Skizzen, Glossen und Aufzeichnungen. Das schmale Buch enthält etliche prägnante Aphorismen, etwa über das hohe Tempo, in dem Erzeugnisse des technischen Fortschritts veralten und zu Schrott werden. Oder Sarkastisches über den Zivilisationsmüll, der die Strände der Welt bedeckt.

Der Mensch, sagt Sieferle, könne doch stolz darauf sein, daß selbst an den entferntesten Gestaden der Welt die Spuren seiner Werke zu finden sind: "Jede Plastikflasche ein Liebesgruß unserer Mitbürger." Der Ton des Buches ist düster, angestrengt übt sich der Autor in Zynismus. Eine europäische Endzeitstimmung weht durch die Seiten. Deutschland, wie der Westen insgesamt, verfügten "über keine normativen Reserven im Sinne von Gemeinwohlorientierung mehr", es werde vielmehr "das Programm des atomistisch-individualistischen Universalismus bis in die letzte Konsequenz hinein verfolgt".

Bis zum äußersten reizt den Autor der hochtönende Moralismus der Fortschrittlichen, die ständig von Verantwortung reden, tatsächlich aber an der Zerstörung herkömmlicher Bindungen arbeiteten. Etwas pathetisch und schwül heißt es: "Die Auflösung der Familie schneidet das Individuum von seinen Ahnen, von der Geisterwelt, vom Absoluten ab. Es verbleibt ein Elementarteilchen in einem endlosen kalten und finsteren Raum." Im Verfolg ihrer Emanzipationsinteressen untergrüben die atomistischen Individuen schließlich alle Ordnung, es beginne der Kampf aller gegen alle: "Der Naturzustand steht am Ende, nicht am Anfang der bürgerlichen Gesellschaft. Nachdem das Aas des Leviathan verzehrt ist, gehen sich die Würmer an den Kragen."

Das klingt nach Untergang des Abendlandes und dem altbekannten geistesaristokratischen Degout gegenüber dem Pöbel, der nur auf Lust aus sei. In der Tat, diese "Nachtgedanken", wie Rüdiger Safranski das Buch genannt hat, stehen in kulturpessimistischer Tradition. Zum Skandal wurden sie aber, weil der Autor die These vertritt, die anhaltende bundesdeutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und vor allem mit dem Holocaust sei nicht ehrlich. Sie betreibe kein aufrichtiges Gedenken, sondern funktionalisiere den Holocaust für heutige Zwecke.

Die Sakralisierung von Auschwitz sei ein "Versuch, innerhalb einer vollständig relativistischen Welt ein negatives Absolutum zu installieren, von dem neue Gewißheiten ausgehen können". Doch dabei bleibt Sieferle nicht stehen. Es fallen elende Sätze wie "Du sollst keinen Holocaust neben mir haben", und es ist von "den ominösen sechs Millionen" ermordeter Juden die Rede. Sieferle ist hier nicht weit von der rechtsradikalen Argumentationsfigur entfernt, die zu Nur-noch-Tätern stigmatisierten Deutschen seien die eigentlichen Opfer. Dennoch: Der Autor verkleinert Auschwitz nicht. Und er war auch kein Antisemit, wie es ihm die stellvertretende Chefredakteurin des "Spiegel" vorwarf. Aber er näherte sich in diesen Aufzeichnungen trüben und von Ressentiments getriebenen Verschwörungsvermutungen.

Lohnt es, sich über einen solchen Autor Gedanken zu machen? Es lohnt. Denn Sieferle war vielleicht ein Außenseiter, aber kein Outcast. Über lange Jahre hinweg galt er als ein weithin anerkannter Autor. Die Verlage, in denen seine Bücher erschienen, lesen sich wie ein Gotha des bundesdeutschen Verlagswesens: Ullstein, C.H. Beck, Suhrkamp, Propyläen, S. Fischer, Luchterhand, Böhlau. Er war einer der ersten von der Linken kommender Autor, der den Widerspruch zwischen linkem und liberalem Fortschrittsstreben und der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellte.
Er schrieb über den unterirdischen Wald, also die Steinkohlevorräte der Welt, und arbeitete sich dazu tief in die Einzelheiten der geologischen Forschung ein. Er zeichnete die lange Geschichte der Fortschrittsfeinde und Zivilisationskritiker nach und legte ihre Motive und ihre guten wie schlechten Argumente frei. Sieferle befaßte sich mit dem Problem des Bevölkerungswachstums, in dem klassische Ökonomen eine Gefahr für den Wohlstand der Nationen sahen und von dessen weltweiter Dimension er befürchtete, sie werde den europäischen Sozialstaat zerstören.
Er lehrte an den Universitäten von Mannheim und St. Gallen, wo er einen Didaktik-Preis für die beste Lehre erhielt. Als einziger Historiker wurde er eingeladen, eine Expertise für das Transformationsgutachten des "Wissenschaftlichen Beirats der deutschen Bundesregierung" zu schreiben. Er gab der Expertise den Titel "Lehren aus der Vergangenheit". Seine Bücher wurden regelmäßig in den Feuilletons der großen Zeitungen besprochen, mal respektvoll, mal polemisch, mal hymnisch lobend (so etwa von Franziska Augstein, die Sieferles Buch "Rückblick auf die Natur" pries, "weil jede Seite des stilistisch hervorragenden, inhaltlich kühnen Essays die Lektüre lohnt").
Ist endloses Wachstum möglich? Was kostet es? Zerstört es am Ende die Lebensgrundlagen? Kann man dem großen Rad in die Speichen greifen? Diese Fragen trieben Sieferle um. Kein Wunder, daß ein Autor, der in der industriellen Gegenwart so etwas wie einen Tanz auf dem Vulkan sah, kein stürmischer Optimist war, sondern eher ein Skeptiker, ein Zweifler und auch ein Pessimist. Für den, wie ein Freund weiß, "das Glas Wasser immer halb leer, nie halb voll war".
Rolf Peter Sieferle hat mindestens zwei Bücher hinterlassen. Das eine harrt noch der Veröffentlichung: die mehr als 600 Seiten lange Studie "Krieg und Zivilisation. Eine europäische Geschichte". Das andere ist erschienen: "Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Masseneinwanderung und Sozialstaat". Alles empört sich über das bekanntere "Finis Germania" - über dieses Buch aber redet niemand. Dabei lohnt es die Auseinandersetzung. Denn es ist eines der ganz wenigen ernst zu nehmenden deutschsprachigen Bücher, die sich radikal gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik wenden und den Deutschen vorwerfen, mit ihrer "Willkommenskultur" das Gemeinwesen letztlich zu ruinieren.
Das Buch ist eine scharfsinnige Begründung der These, daß wir es eben doch *nicht* schaffen könnten. Seine Argumente sollte man nicht tabuisieren, sondern diskutieren. Sieferle spitzt in dieser Schrift viele seiner Argumente aus früheren Büchern zu. Das wirft zudem die Frage auf, ob in dem Weg vom frühen "linken" zum späten "rechten" Sieferle eine gewisse Folgerichtigkeit zu erkennen ist.
"Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt." So kommentierte Katrin Göring-Eckardt, heute Spitzenkandidatin der Grünen, im November 2015 hocherfreut den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland. Solchen Unsinn würde selbst sie heute nicht mehr äußern. Und doch ist diese Denkfigur noch immer symptomatisch für die fahrlässige Blauäugigkeit und Unverantwortlichkeit vieler derer, die in den Flüchtlingen ausschließlich eine Bereicherung Deutschlands sehen. Die glauben, Flüchtlinge würden unser demographisches Problem lösen. Die hoffen, die Flüchtlinge würden den deutschen Facharbeiter-Gap schließen, würden - so Daimler-Chef Zetsche - ein neues Wirtschaftswunder in Gang setzen. Und die der Überzeu-

gung sind, Flüchtlinge würden das Land vielfältiger und toleranter machen.
Gegen diese Litanei geht Sieferle in "Das Migrationsproblem" mit großer Schärfe, aber fundiert und mit guten Argumenten vor. Er sagt, die Massenmigration sei kein Armuts-, sondern ein Wohlstandsphänomen: "Da die Differenz im Lebensstandard zwischen den Regionen der Welt seit 1990 abgenommen hat, bedeutet dies, daß immer mehr Menschen in die Lage versetzt werden, sich zu informieren und eine Entscheidung für die Migration zu treffen. Es ist also die Zunahme des relativen Wohlstands (und nicht die Armut), die in den letzten Jahren eine Massenmigration eingeleitet hat."
Doch es kämen nicht Qualifizierte, wie Deutschland sie dringend bräuchte, sondern vorwiegend Unqualifizierte. Die Mehrheit von ihnen werde dann langfristig vom ohnehin schon überdehnten Sozialstaat ausgehalten. Zudem erlebten die meisten Migranten zwar einen materiellen Aufstieg, sozial jedoch einen Abstieg. Darauf würden sie mit Abschottung und Rückzug in die ihnen vertrauten Familien- oder gar Clanstrukturen antworten. Deutschland werde, so Sieferle, durch Masseneinwanderung nicht vielfältiger, sondern amorph. Nicht friedlicher, sondern gewalttätiger. Nicht moderner, sondern archaischer und roher.
Wie man in fast jeder deutschen Großstadt beobachten kann, sind das alles Hinweise auf reale Probleme, die eine auf den Erhalt der republikanischen Ordnung verpflichtete Einwanderungspolitik mit aller nur denkbaren Kraft angehen muß. In der Analyse scharf, macht Rolf Peter Sieferle jedoch keine Vorschläge, wie diese Fragen zu lösen seien. Das liegt nicht daran, daß er sich in der bequemen Rolle des Kritikers eingerichtet hätte, den man nach Lösungen besser nicht fragt. Es liegt an einem gedanklichen Dilemma.
Eigentlich müßte Sieferle in der Konsequenz seiner Argumentation die totale Abschottung Deutschlands und aller anderen Staaten Europas gegenüber Einwanderern fordern (was er an der einen und anderen Stelle auch erwägt). Dafür gäbe es ein starkes Argument: Wer den Sozialstaat - der so etwas wie der grundlegende deutsche Gesellschaftsvertrag ist - beliebig ausweitet, der zerstört ihn. Es kann keinen universellen Sozialstaat geben.
Denn der Sozialstaat ist historisch an eine Formation gebunden, die die Migrationsfreunde gerne verabschieden würden: "Der Wohlfahrtsstaat beruht im Kern auf Solidarität und Vertrauen innerhalb eines politisch begrenzten, genau definierten Raums, nämlich des Nationalstaats." Dieser folge dem "Prinzip der Genossenschaft, er ist also ein Club mit definierter Mitgliedschaft". Und seine Fülle macht ihn attraktiv für Nicht-Mitglieder, die auf dem Trittbrett mitfahren wollen. Das aber würde den Sozialstaat sprengen: "*No borders, no welfare*."
Doch anders als viele, die heute *nur* von Obergrenze und Grenzschließung sprechen, ist Sieferle zu klug, um darin eine realistische Perspektive zu sehen. Er sagt, der Sozialstaat, ohne den Deutschland als Republik vielleicht nicht überleben kann, sei im Grunde ein Anachronismus: "Dem National-Staat entsprach die National-Ökonomie, und der Sozialstaat war deren fürsorgliche Ausgestaltung." Das alles sei aber mit der Globalisierung wohl unwiderruflich dahin.
Der Sozialstaat stehe auf verlorenem Posten, Grenzen seien fortan porös, weniger Einzahlenden stünden mehr Nutznießer gegenüber. Es könnte diese Befürchtung sein, die Sieferles Denken ins Tragische, Ausweglose, Kulturpessimistische getrieben hat. Letztlich sind es für ihn keineswegs nur die Migranten, die zu Deutschlands Ruin führen werden. Sie beschleunigen nur einen Prozeß, der ohnehin im Gang sei: den Prozeß der Dekadenz im Namen eines die Welt umarmenden Universalismus. Die Demokratie, die Volksherrschaft, brauche ein Korrektiv, um nicht in die Ochlokratie, die Herrschaft des Pöbels, umzuschlagen. Das aber sei dank einer pflichtvergessenen politischen Klasse offenbar längst geschehen.
Dann wird es böse und trüb. Die Epoche, in der man an den immerwährenden Fortschritt glauben konnte, sei seit den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts vorbei - aber noch immer tanze die Mehrheit um das Goldene Kalb des Konsums und verkomme immer mehr:

"Der betreute Mensch wird im Zuge dieser Entwicklung immer weicher und unselbstständiger. Die Jungen werden zu Mädchen erzogen. Die Menschen werden empfindlicher, allergischer, veganer. Sie leben schutzlos in einer immer gefährlicher werdenden Welt."
Alles Vertrauen dahin, keine Verläßlichkeit mehr. Der Stil wandert nicht mehr, wie es früher war und noch immer gut wäre, von oben nach unten, sondern von unten nach oben: Allgegenwart des Lärms, Vernichtung der Stille, keine reflexive, sondern eine expressive, vulgäre Kultur. Im Zuge des dionysischen *prole drift* wird das Unter- zum Oberhemd und das Tatoo Pflicht - ein lustvoller Trip in den Untergang.
Und vollends verabscheuenswert ist für Sieferle der angeblich hemmungslose Universalismus, also die zur "fundamentalistischen Ideologie" erstarrte Überzeugung, im Grunde seien alle Menschen gleich und es gelte, diese Gleichheit weltweit zu verwirklichen. Sie ist für ihn der Krebs, der die Substanz Deutschlands zerfrißt. Im Namen globaler Verantwortung greife die vollkommene Verantwortungslosigkeit um sich. Die trunkenen Universalisten öffnen die Grenzen und "heißen die Invasorenstämme willkommen", die Deutschland in eine multitribale Gesellschaft verwandeln, in der die "Barbaren" den Ton angeben.
Das ist ziemlich nah am Wahn. Trotz aller gewaltiger Probleme, die die Einwanderung aufwirft, ist Deutschland nach wie vor unverkennbar ein gut eingerichtetes und gut verwaltetes Land, um das wir vielerorts in der Welt beneidet werden. Und das in den Fluten der Migration nicht unterzugehen droht. Man soll sich über die Kapriolen des Genderismus durchaus echauffieren - aber man kann nicht ernsthaft bestreiten, daß es ein Fortschritt ist, wenn Frauen heute mehr Rechte und Chancen haben als früher.
Trotz Dieselskandal und Aushöhlung des Parlamentarismus - von Chaos, Regellosigkeit, Anarchie, gebrochenem Landfrieden und Staatsversagen keine Spur. Wie konnte Sieferle das alles beiseite wischen? Vermutlich hat er sich, wie viele andere glühende Merkel-Feinde auch, in Rage gedacht. Und alle Vorsicht fahren lassen. Zwar geht er, dafür ist er zu klug, nicht so weit, der Bundesregierung und dem ihre Flüchtlingspolitik unterstützenden intellektuellen Milieu zu unterstellen, sie arbeiteten bewußt und planvoll an der "Umvolkung" und letztlich Vernichtung Deutschlands.
Aber immer wieder scheint in seiner Schrift der Verschwörungsgedanke durch. Etwa wenn er schreibt: "Das einst recht homogene Volk *soll* sich in einen Stamm unter Stämmen verwandeln." Wo etwas sein *soll*, da muß es Planer, Drahtzieher und eine Absicht geben. Und die Deutschen, so Sieferle, seien selbstvergessen genug, daran auch noch mitzuwirken: "Deutsch sein heißt, an seiner Auflösung zu arbeiten."
Rolf Peter Sieferle hat sich in Rage gedacht, und er hat versucht, sich dabei abzuhärten. Es fehle heute - schrieb er, aus Max Webers "Politik als Beruf" zitierend - "die geschulte Fähigkeit des Blickes in die Realitäten des Lebens, und die Fähigkeit, sie zu ertragen und ihnen innerlich gewachsen zu sein". Ein wenig klingt das wie zu sich selbst gesprochen. Sieferle hat sich die heroische Geste, das Ausharren auf verlorenem Posten, den Blick in den vermeintlichen Abgrund und zuletzt auch eine zynische Verächtlichkeit sowie Ausflüge in das Reich enthemmter Schimpfworte (Hunnen, Gesinnungsdeppen, Horden, Barbarengebiete) offenbar regelrecht antrainiert.
Er hat sich den antiuniversalistischen Furor wie einen Panzer angeschnallt. Und so kam es, daß in seinen letzten Schriften alle Versuche, die Menschen unterschiedlicher Nationen und Erdteile zusammenzubringen und übernationale Strukturen des Austauschs und der Verständigung über Kulturgrenzen hinweg zu schaffen, nicht einmal der Erwähnung wert waren. Empathie und Mitgefühl, das ist aus den Zeilen Sieferles immer wieder herauszuhören, sind nicht wertvoll, sondern verweichlichte Schwäche.
Es gibt eine warme und eine eiskalte konservative Politik des Bewahrens. Für erstere steht exemplarisch Edmund Burke, schon 1790 der erste große Kritiker der Französischen Revolu-

tion. Er war nicht der britische Reaktionär, als der er bis heute karikiert wird. Er fürchtete die Gewalt, die Umstürze freisetzen können, und wollte daher lieber das bewährte Alte erhalten und es behutsam verbessern. Und obschon ein Konservativer, war er in seinen politischen Optionen immer auch von Mitgefühl geleitet. Er sah das Leid der landlosen Armen, und es ließ ihn nicht kalt. Er sah, daß es gute Gründe für die Kolonisten in Amerika gab, sich gegen London aufzulehnen, und war deswegen - auch um der Einheit der Nation wegen - bereit, ihren Forderungen weitgehend nachzugeben.

Der Konservatismus, für den sich Rolf Peter Sieferle entschied, war dagegen ein Konservatismus des kühlsten Kopfes und des Selbstverbots von Empathie. Er hatte am Ende wohl ein tragisches Weltbild, jedoch nicht in dem Sinne der Einsicht, daß es - wie etwa in der Migrationsfrage - bei vielen Problemen keine einfachen oder gar keine Lösungen gibt, man aber gut daran tut, sich nach Kräften um deren Milderung zu bemühen.

Sieferle hat sich mit seinem analytischen Werkzeug vielmehr einen elitären, man kann sagen: einen Herrenmenschen-Konservatismus zusammengezimmert. Eine kleine Schar von Erleuchteten gegen den Pöbel, die Deppen, die Verführten, die dummen Arglosen. Sieferle war nicht mehr weit von der Konservativen Revolution entfernt, über deren führende Köpfe er 1995 ein kritisches, aber auch um Verstehen bemühtes Buch veröffentlicht hatte.

Da saß er nun in seinem Turm und schmähte die Welt. Hinter seiner vorgeblichen Kälte vibrierte vermutlich eine geradezu kindliche Verletztheit darüber, daß die Welt partout nicht bereit war, sich auf seine Erkenntnisse, die er für zwingend hielt, auszurichten.

Gegen nichts richtete sich Sieferles Zorn heftiger als gegen den Universalismus. Er hält ihn durch und durch für verlogen. Einer eigentümlichen Emanzipationsdynamik folgend, sollen alle Menschen - überall auf der Welt - gleich sein. Und zugleich Besondere sein. Das aber gehe nicht, so Sieferle. Denn der Universalismus - siehe die heutige Alltagskultur - zerstöre alles Besondere. Er will die hohle Weltgesellschaft und auf dem Weg dahin den partikularen Nationalstaat zerstören. Er will alles für alle und zerstört damit den Motor der Differenz. Diese Gedanken hat Sieferle schon 1994 in seinem langen Essay "Epochenwechsel" entwickelt. Sein "Absturz" (Seibt) ist also keineswegs neueren Datums, schon in den 90er-Jahren war er mit dem linksliberalen Narrativ vollkommen über Kreuz.

Aus diesen Jahren, und nicht aus seinen letzten Lebensjahren oder -monaten, stammt übrigens auch "Finis Germania", das gewissermaßen die zugespitzten Nacht- und Nebengedanken zu "Epochenwechsel" enthält. Keinem der Empörten ist offensichtlich aufgefallen, daß es in "Finis Germania" mehrere Stellen gibt, denen die Entstehungszeit zumindest wesentlicher Teile der Schrift eindeutig zu entnehmen ist - etwa wenn er von dem 50 Jahre zurückliegenden Ende des Zweiten Weltkriegs spricht.

Es ist mehr als eine Pointe, daß sich hier der Bogen zu dem Linken schließt, der Sieferle einmal gewesen war. Mit 16 Jahren studierte er die Werke von Karl Marx, mit 19 Jahren gehörte er dem SDS an. Früh löste sich Sieferle, der unter Freunden "Pit" genannt wurde, von der Linken, ging auf kritische, keineswegs polemische, oft aber ironische Distanz und blieb fortan konsequent ein Beobachter des politischen Geschehens. Im Studentenwohnheim traf er auf die späteren Ethnologen Fritz Kramer und Hans Peter Duerr ("Der Mythos vom Zivilisationsprozeß"). Man war stolz darauf, 300 Seiten Lektüre am Tag zu bewältigen.

Wie viele für Theorie empfängliche 68er stand auch Sieferle zumindest mit einem Bein in der Tradition des deutschen Idealismus und seiner Marxschen Wende. Die *ganze* Welt, mußte es sein. Die Theorie mußte rückstandslos aufgehen, und es sprach gegen die Wirklichkeit, wenn sie der Idee nicht gerecht wurde. Obwohl später an Universitäten bestallt, war er im Grunde ein Privat-, ein wenig auch ein Stubengelehrter. Die ihn kannten, beschreiben ihn als Einzelgänger, aber als geselligen Einzelgänger: Freunde, Gespräche, Austausch. Ein "anhänglicher Freund" sei er gewesen, der sich über jeden Kontakt freute, selten aber selbst die Initiative

ergriff. Um seine Gedanken zu sammeln, ging er täglich zwei bis drei Stunden zügig spazieren, schnell, nicht entspannt, bergauf, bergab.
Der Rest des Tages: Lektüre, Lektüre, Schreiben. Selbst im hellsten Sommer saß er, wie ein Freund sagt, bei zugezogenen Vorhängen im abgedunkelten Zimmer lesend und schreibend unter einer Stehlampe. Ganz das alte Heidelberg. Sieferle sprach fließend Latein: Einmal habe er, erinnert sich ein anderer Freund, in Rom mit einem Priester auf Lateinisch über sakrale Kunst parliert.
So entsteht das Bild eines genialischen Gelehrten, der es in der Stille seines Studierzimmers mit der ganzen Welt aufnehmen will. Einer über dem Rest der Welt, einer auch gegen den Rest der Welt. Das umfangreiche Werk Sieferles, der eine klare, oft funkelnde Prosa schrieb, durchzieht ein gedankliches Bemühen, den Stein der Weisen, die rettende Formel zu finden. Marx war da ein großes Vorbild. Als sich Sieferle von ihm ab- und der Erforschung der Naturgeschichte der Gesellschaften zuwandte, kreiste sein Denken fortan um ein großes Problem, das heute wie eine Riesenlast auf den Schultern der Menschheit liegt.
Sieferle fragte: Ist *langfristig* und *nachhaltig* eine Fortentwicklung und Ausbreitung der Industriegesellschaften möglich, die mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält und zugleich die Ressourcen des Planeten nicht auf suizidale Weise aufzehrt? Eine größere Frage kann man sich kaum stellen. Die Titanenaufgabe, sie zu beantworten, kann heute allenfalls noch ein großes, interdisziplinär zusammengesetztes Forschungsteam mit Aussicht auf Gelingen angehen. Sieferle dagegen, hierin noch ganz 19. Jahrhundert, hat es im Alleingang versucht. Und mußte sich damit wohl zwangsweise etwas von jener Hybris zulegen, die am Ende seines Lebens Züge von Menschenfeindlichkeit annahm.
Obwohl er genau wußte, daß man Geschichte nicht als Ideengeschichte schreiben kann, neigte er doch genau dazu. Die Evolution der Ideen überlagert bei ihm die Ereignisse, schiebt sie beiseite. Natürlich war ihm bewußt, er schrieb ja auch darüber, daß Geschichte nicht Plan, sondern Ereignis ist: nie berechenbar, immer chaotisch, wirr, disruptiv. Und doch konnte er der Versuchung nicht widerstehen, einer der Geschichte innewohnenden, vorbestimmten Logik nachzuspüren. Das schmälerte seine Neugier auf Zufälle, es verwehrte ihn dem Zugang zum Pragmatismus. Ein Kritiker hat ihm einmal "Vermittlungsunfähigkeit" vorgeworfen. In seinem Furor gegen den humanistischen Universalismus wird das besonders deutlich.
Rolf Peter Sieferle versteht dessen Anspruch als Programm, als Handlungsanweisung, als Strategie: Alle Menschen sind gleich, und der Universalismus setzt das durch, zu hundert Prozent. Dieser Universalismus ist ein Herrscher, der sich die Welt unterwerfen will: Sieg oder Niederlage. Es gibt aber auch einen anderen, wenn man will: einen real existierenden Menschen kompatiblen Universalismus. Der ist kein zu exekutierendes Programm, sondern eine Ahnung, ein Gefühl, ein Impuls, eine Einsicht, ein Wollen, ein Mitgefühl. Das sichere, keineswegs spinnerte Gefühl, daß alle Menschen etwas verbindet.
Dieser Universalismus dekretiert nicht, daß alle Menschen gleich sind, er hält nur extreme Formen von Ungleichheit für unerträglich. Und meint, es sei unsere Aufgabe, das zu mildern. Er verwirft nicht die partikularistische Nächstenliebe, die dem eigenen Umfeld gilt, zugunsten der universalistischen Fernstenliebe, von der er weiß, daß sie eine Schimäre bleiben muß. Er hält nur ganz entschieden dafür, daß es möglich und im Namen des Humanismus geboten ist, den Zeiger ein klein wenig von der Nächstenliebe weg zur Fernstenliebe hin zu verschieben. Viele kleine Akte dieser Art machen die Welt zu einem besseren Ort. Für diese Methode hatte Sieferle, der verspätete Universalgelehrte, keinen Sinn.
Im Blick auf die Theoretiker des 18. und 19. Jahrhunderts, die den radikalen Verzicht auf Armenhilfe forderten, weil diese zu Bevölkerungswachstum und zum Ruin der Gesellschaft führen würde, schrieb Sieferle 1990: "Diese Position war nicht ohne ein Pathos realistischer Härte, sie war von einer kristallenen Schärfe, die sich ihrer szientistischen Differenzierung ver-

dankte. (…) In gewisser Weise enthob sie sich damit überkommener moralischer Bedenken; sie stellte Gesellschaft und Ökonomie als mechanisches Regelsystem dar, von inneren Gesetzen beherrscht, ohne Zwang zur Begründung und Bewertung."
Als Sieferle mehr als 20 Jahre später das Mitleid gegenüber Migranten zum Grundübel der Zeit erklärte, legte er sich eben diese "Position realistischer Härte" zu, die von "kristallener Schärfe" ist und die ihn "überkommener moralischen Bedenken" enthob. Sieferles geistiger Weg war auch ein Weg geistiger Selbstabhärtung. Dabei kam ihm sein Hang zur Verächtlichkeit gegenüber der modernen Massenkultur zupaß, in der er eine infantile "Verschnullerung" der Gesellschaft sah. Er war kein Apokalyptiker. Aber die Schärfe seines Denkens trieb ihn in eine fundamentale politische Ausweglosigkeit, die auch der Verzweiflung nahe war.
Eine Selbsttötung adelt nicht, macht den Toten nicht zum Heros. Sie stellt sein Leben aber auch nicht gänzlich in den Schatten des Suizids, sie kontaminiert das Werk des Autors nicht. Sieferle hat es verdient, nicht nur von seinem Ende her, nicht nur als "Verirrter" gewürdigt zu werden. Er hat wichtige Bücher geschrieben, die bleiben werden. Er ist nicht "abgestürzt", sein gedanklicher Weg beweist aber, daß es keine sicheren Orte des Denkens gibt. Daß ein konsequent Forschender an Abgründe geraten und auf unauflösbare Dilemmata zuschlittern kann.
Sieferle ist auf ein gerne beschwiegenes Dilemma gestoßen, auf eine Aporie der westlichen Industrie-, Einwanderungs- und Spaßgesellschaften: Der Fortschritt ist offensichtlich unaufhaltsam. Es könnte zum Crash, zur Selbstzerstörung kommen. Daher darf man der Frage nicht ausweichen, ob Wachstum und Stabilität wirklich kompatibel sind. Wie Universelles und Partikulares sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern zusammengehen können. Wie wir Deutschland öffnen und doch bewahren können.
Zur Person: Thomas Schmid nahm in seinen Zwanzigern an der Studentenbewegung in Frankfurt teil, was ihn später gegenüber Heilslehren mißtrauisch machte. Und ihn die Bürgerfreiheit schätzen lehrte. Lektor, freier Autor, Journalist. Zuletzt in Berlin Chefredakteur und dann Herausgeber der "Welt"-Gruppe. In diesem Blog veröffentlicht er regelmäßig Kommentare, Essays, Besprechungen neuer, älterer und sehr alter Bücher, Nachrufe und nicht zuletzt Beobachtungen über den gemeinen Alltag.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Mehr Patriotismus wagen!**
Deutschland ist ein großartiges Land. Warum tun wir uns so schwer damit, stolz auf dieses Land zu sein? Kaum ein Volk hat das schlechte Gewissen wegen seiner eigenen Identität so verinnerlicht wie die Deutschen. Die perfektionierte Selbstverleugnung und der ängstliche Eifer, bloß nicht "typisch deutsch" daherzukommen, wirken auf andere genau so: typisch deutsch. Und das macht uns in der Welt nicht beliebter, sondern läßt das Mißtrauen wieder wachsen.
Für einen Italiener oder Briten, einen Franzosen oder Polen ist Stolz auf das eigene Land eine Selbstverständlichkeit. Es ist die Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls, über das man nicht erst diskutieren muß.
Sie stehen zu ihrem Land, mit allen historischen Höhen und Tiefen, und sind gerade deswegen gute Europäer, weil sie ihren festen Platz kennen.
Die Sehnsucht, den eigenen Staat und die eigene Identität in einem nebulösen europäischen Superstaat auflösen zu wollen und nur noch "gute Europäer" zu sein, ist eine deutsche Besonderheit. Sie kommt den Nachbarn verdächtig vor - mit gutem Grund. Denn sie alle verfolgen ihre eigenen nationalen Interessen, wenn sie sich auf die europäische und internationale Bühne begeben.
Je mehr die seltsamen deutschen Politiker beteuern, nur dem europäischen Gedanken, den Menschenrechten und dem Weltfrieden zu dienen und dabei keine eigenen Interessen im Sinn

zu haben, desto argwöhnischer unterstellt man ihnen, einen Geheimplan zur Weltherrschaft in der Schublade zu haben.
Denn der Nationalstaat ist alles andere als überholt. Politik ist auch im globalen 21. Jahrhundert Staatenpolitik. Die Staaten sind die handelnden Figuren auf der politischen Bühne, auch wenn sie sich - als EU oder UNO, als afrikanische, nordamerikanische, asiatische oder eurasische Organisationen - zu überregionalen Staatenbündnissen zusammenschließen.
Denn nur die Staaten haben völkerrechtliche Legitimität und nur im Nationalstaat kann es auch Demokratie und Sozialstaat geben.
Ohne Nationalstaat kein Staatsvolk, ohne Staatsvolk keine demokratische Legitimation und Willensbildung und keine soziale Solidarität.
Wenn die Kanzlerin behauptet, jeder gehöre zum Volk, und die SPD auch noch jedem Immigranten das Wahlrecht nachwerfen will, legen sie die Axt an die Wurzeln der Demokratie.

Nationalstolz ist normal und kein Verbrechen

Wir Deutschen haben keinen Grund, unseren Staat und das, was Generationen aufgebaut haben, leichtfertig an alle Welt zu verschenken und zu verschleudern. Fast ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es höchste Zeit, die deutschen Nationalneurosen zu überwinden.
Auch die Deutschen haben eine Geschichte, auf die sie stolz sein können, ohne die finsteren Jahre des Nationalsozialismus und seine Verbrechen dabei auszublenden. Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung, die in der Aufklärung wurzelt, die Reformer und Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, das Hambacher Fest und die Märzrevolution von 1848 hervorgebracht hat, die Republik von 1919, der Widerstand gegen Hitler und gegen die kommunistische "DDR"-Diktatur bis zur friedlichen Revolution und zum Mauerfall 1989 bieten Anknüpfungspunkte genug, um selbstbewußt in die Zukunft zu gehen.
Der "German Genius", dem ein britischer Historiker unlängst ein respektvolles Standardwerk gewidmet hat, wird in der Welt ebenso geschätzt wie deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz, eine der Grundlagen des weltweiten Erfolgs unserer Industrieprodukte und damit unseres Wohlstands.
"Typisch deutsch" ist in weiten Teilen der Welt noch immer ein Ausdruck der Anerkennung.
Wir sollten uns nicht selbst schlechter machen, als andere uns sehen und endlich mehr Patriotismus wagen.

Verspielen wir nicht unser Erbe!

Erinnert sich noch jemand an das "Sommermärchen" 2006? Deutschland als Austragungsort der Fußball-WM in einem fröhlichen Meer von Schwarz-Rot-Gold, die Welt zu Gast bei Freunden, Erleichterung im europäischen Ausland: Die Deutschen sind endlich normal geworden und haben ein entspanntes, positives Verhältnis zu ihrem Land und ihren Nationalsymbolen gefunden.
Das war gerade mal ein halbes Jahr nach Angela Merkels erster Wahl zur Bundeskanzlerin. Nach zwölf Merkel-Jahren hat sich das Bild dramatisch geändert. Die Szene, wie die Parteichefin nach ihrem dritten Wahlerfolg 2013 ihrem linkischen damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe am Wahlabend ein Deutschlandfähnchen entwindet und es verärgert von der Bühne wirft, steht dafür als Symbol: Deutschland ist zur Abwicklung freigegeben.
Mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen, verhaltenem Entsetzen und da und dort auch heimlicher Schadenfreude beobachtet die Welt seit Jahren, wie Deutschlands politische Klasse das eigene Land und seine Stärken demontiert:
- wie sie den Wohlstand und das Volksvermögen der eigenen Bürger verpfändet, um gescheiterte Krisenstaaten in der Euro-Währungsunion zu halten und sich dafür auch noch als "Unterdrücker" beschimpfen läßt;

- wie sie mit einer irrationalen "Energiewende" die sichere deutsche Energieversorgung zerschlägt, Bürgern und Industrie unerträglich hohe Energiekosten aufbürdet und die europäischen Stromnetze bis an die Belastungsgrenze strapaziert;
- wie sie noch eine "Mobilitätswende" obendrauf setzen will und im Griff grün-linker Öko-Ideologen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Dieselmotor und damit gegen die eigene Automobilindustrie führt;
- wie sie die Kontrolle über die eigenen Grenzen aufgegeben hat, millionenfache Einwandererströme eingeladen hat und andere EU-Staaten moralisch erpressen will, sich an der Aufnahme dieser Ströme zu beteiligen.

Dieser Moralimperialismus hat Deutschland politisch isoliert und einen tiefen Keil zwischen die europäischen Staaten getrieben. Noch 2013 bewunderte der damalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson Deutschland als Vorbild für Europa. Inzwischen ist Großbritannien wegen der Berliner Asylpolitik aus der EU ausgetreten, Austrittsbefürworter Johnson ist Außenminister, und der britische Politologe Anthony Glees schüttelt den Kopf über den "gefühlsgeleiteten Hippie-Staat" Deutschland, der alle Regeln bricht.

Mit ihrer "Willkommenskultur" hätten die Deutschen "ihr Gehirn verloren".

Im Norden und Osten der EU formiert sich erbitterter Widerstand gegen die Merkel-Politik, weil Dänemark das Land der Dänen, und Polen das Land der Polen bleiben soll. Damit wir als Deutsche die Achtung der Welt nicht vollends verlieren, müssen wir diesen Sonderweg aufgeben, uns zur eigenen Identität bekennen und zu einem gesunden Patriotismus zurückfinden.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 9. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Die Wahlen im September sind entschieden.** Wenn die Meinungsforscher recht haben. Und die haben immer recht. Fragen ja nur die Meinung ab, die sie hören wollen. Gut, manchmal kommt ein Brexack dazwischen. Oder ein Drecksack mit Fönwelle.

Aber sonst? Felix FPÖ konnte den GRÜNEN-Präsidenten nicht verbellen. Die holländischen Tulipane haben nur links Kleinholz gemacht. Und die Guillotine-Gallier lavierten ihre Marine nicht mal an einem "Monsieur Null Ouvert" vorbei in den Präsidentenpalast.

Jetzt also die Germanen!! Merkel zum Ersten - zum Zweiten - zum Dritten - und zum …Vierten! And the Michel goes to… Angela!

Wenn also klar ist, wie die "Deutschland-Auktion" ausgeht - wer das Land der Kapitalisten und Kaputtmacher die nächsten vier Jahr weiter in den Schlaf lullen darf - warum noch wählen gehen? Weil es unsere demokratische Pflicht ist? Ist es nicht. Nur unser Recht! Pflicht war es bei der "Deutschen Demokratischen" SED. Weil die Völker die Signale hören sollten: 97,8 Prozent der Werktätigen wollen Sozialismus. So etwas schaffen heute nur noch die Sozis im kleinen Kreis, wenns um den Kanzlerkandidaten geht. Dann sogar zu 100 Prozent.

Wohin das führt, sehen wir: SPD im Keller. SED-LINKE, GRÜNE noch tiefer. FDP etwas nach oben geföhnt. CSU drehhofert sich ins "Aus". Also wieder Angela v. Watschel, Reichsverweser/in von Kohls Gnaden! Und alles bleibt, wie es war: Grenzen als Hülle, Moslems die Fülle. Und nie mehr Not, für immer Rot. Und Rotkäppchen, klar, Rot kann man eines Tages nur noch Blau ertragen.

Die AfD ist blau, farblich! Alternative für Deutschland. In MeckPom, Thüringen, Sachsen, Brandenburg ist sie es schon. In Bayern, Baden Württemberg, Rheinland-Pfalz auch. In NRW, wo es was bringen würde, holt derzeit nur ein Bergmann und Ex-SPD-Genosse richtig Stimmen. "Richtig"? Um die 20 Prozent. Bis jetzt nur in Essen.

Also doch: Wählen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Die Goldene**

Hoftrompete für den Monat Juli geht an: Die ARD
Spötter meinen schon länger, daß die ARD-"Tagesschau" sich von der "Aktuellen Kamera" des "DDR"-Fernsehens vor allem dadurch unterscheidet, daß Letztere die Zuschauer doppelt so lange gelangweilt hat. Dafür gibts heute Propaganda-Lautsprecher wie die Merkel-Verehrerin Sabine Rau aus dem rot-grünen WDR-Stall.
Da erklärt der Europäische Gerichtshof (EuGH) die EU-Asylregeln des Dublin-III-Abkommens weiterhin für gültig - und was kommentiert "Expertin" Sabine Rau in der "Tagesschau"? Die Bundeskanzlerin habe ja bereits "konkrete Maßnahmen eingeleitet" - im CDU-Wahlprogramm stehe doch schon der Satz, "was 2015 passiert ist, darf sich nicht wiederholen".
"Passiert" ist, daß die Kanzlerin das Recht gebrochen hat und bis heute bricht. So wie die Versprechen in ihren Wahlprogrammen übrigens. Frau Rau juckt so was nicht. Zum Lobe Merkels legt sie sogar noch die steile Behauptung drauf, an der "deutsch-ungarischen Grenze" gebe es jetzt ja "stärkere Kontrollen". So viel geballte und geographische Medienkompetenz muß uns schon acht Milliarden Euro Zwangsgebühren jährlich wert sein.
Die Anfrage eines aufmerksamen Rechtsanwalts, wo diese "ungarisch-deutsche Grenze" denn verlaufe, blieb übrigens unbeantwortet. Die "Tagesschau" hat das peinliche Video auch eilig gelöscht. Macht nichts: Das Internet vergißt nichts, wir auch nicht. Das ARD-Hauptstadtstudio steht zu dem grotesken Auftritt seiner Mitgründerin und zeigt den Kommentar – zumindest bis Redaktionsschluß - weiter auf seinem Blog. Die "Goldene Hoftrompete" haben sie sich damit redlich verdient.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 12. August 2017: >>**Wenn die AfD klingt wie die antiimperialistischen Linken**
In der Schlange vor dem "Halber 85" vertreibt man sich die Zeit mit Gesprächen übers Wetter. Der Himmel über Magdeburg ist grau, es nieselt. Und einige Leute wissen genau, warum: "Es werden Schwermetalle in die Luft geblasen. Von Flugzeugen aus. Dadurch bilden sich Wolken. Und dadurch werden wir lethargisch. Es gibt ja in Deutschland keine Männer mehr." Aber wer macht das? Wissendes, mitleidiges Lächeln: "Wer wohl? Die, die man nicht nennen darf. Sagen wir: Amerikaner." Willkommen in der Welt der Teilnehmer des AfD-"Rußland-Kongresses".
Geladen hat die AfD-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt. Gekommen sind mindestens 250 Menschen, der Saal ist bis auf den letzten Platz besetzt. Die meisten entsprechen dem Klischee: Männer in dem, was man euphemistisch "besten Alter" nennt. Es sind aber auch viele junge Männer dabei. Kaum Frauen. Viele Teilnehmer sind Rußlanddeutsche.
Moderatorin Katrin Ziske vom "Compact Magazin für Souveränität" begrüßt sie auf Russisch. Die AfD ist die einzige Partei, die gezielt die Rußlanddeutschen anspricht, mit eigenen russischsprachigen Medien, über Interviews im russischen Staatssender "RT Deutsch", und seit Kurzem mit einer "Interessengemeinschaft der Rußlanddeutschen in der AfD".
Deren Vorsitzender Waldemar Birkle, der in Kasachstan geboren wurde und sich in seinem Pforzheimer Wahlkreis um ein Direktmandat für den Bundestag bemüht, vergleicht in seiner Rede die Rolle der Aussiedler für die AfD mit der angeblich bestimmenden Rolle der Türken in der SPD. Freilich würden die Rußlanddeutschen wie die Russen, aber anders als die Türken, noch die deutschen Tugenden verkörpern, die heute aber hierzulande als spießig belächelt würden.
Durch die Umerziehung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg seien sie zu einem Volk ohne Geschichte geworden, so Birkle - oder mit nur einer Geschichte, der Nazigeschichte. "Wer aber die eigene glorreiche Geschichte nicht kennt, kann darauf nicht stolz sein." Diese Geschichtslosigkeit diene den "Strippenziehern hinter dem großen Teich". Für diese amerikanischen Strippenzieher habe Rußland "zwei Probleme: Bodenschätze und einen gesunden Patriotismus", der nicht zulasse, dass Fremde sie ausbeuten. Rußland werde heute von den Ame-

rikanern für alles verantwortlich gemacht, wie früher Deutschland. Schon darum gehörten diese beiden Völker zusammen.

Rabiate Antiamerikanismus und Fremdenhaß

In der Tat wäre es ehrlicher gewesen, den Rußland-Kongreß einen "Antiamerika-Kongreß" zu nennen - oder wie es Robert Farle ausdrückt, jahrelanger Funktionär der moskautreuen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Nordrhein-Westfalen, heute Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD in Sachsen-Anhalt: einen Kongreß "gegen den Versuch des US-Imperialismus, Europa zu unterjochen". Das Vokabular jedenfalls mußte Farle beim Parteienwechsel nicht ändern.

Schließt man die Augen (denn die Teilnehmer wären jünger und weiblicher, die Männer behaarter und mit einer Neigung zu Lederjacken und Jeans), könnte man sich tatsächlich auf einem Kongreß der Außerparlamentarischen Opposition Ende der 1960er Jahre oder der antiimperialistischen Linken heute wähnen.

Hans-Jörg Müller etwa, Bundesvorsitzender des AfD-Mittelstandsforums, wettert gegen die "Neoliberalen und Neocons um Jeffrey Sachs", die nach dem Ende der Sowjetunion Rußlands Industrie im geopolitischen Auftrag der USA zerstört hätten. Seit hundert Jahren sei es Politik der USA, Deutschland und Rußland gegeneinander zu hetzen, um die amerikanische Herrschaft über Europa aufrechtzuerhalten, das habe der Geostratege George Friedman zugegeben. Und Condoleezza Rice, Beraterin von George W. Bush, habe empfohlen, Krisen in Europa zu provozieren, um einen sich abzeichnenden deutsch-russischen Block zu zerstören.

An diesem Punkt wird die Illusion, man befinde sich auf einer linken Veranstaltung, jäh zerstört, als mein Nachbar unter allgemeinem Lachen in den Saal hineinruft: "Nicht alle Neger sind blöd!" Tatsächlich verbindet ein Mann wie Müller, der als Vertreter diverser deutscher Firmen - darunter VW - in Rußland gearbeitet hat und regelmäßig nach Moskau fährt, um mit der russischen Industrie- und Handelskammer einen "Meinungsaustausch" zu pflegen und dortigen Medien Interviews zu geben, einen rabiaten Antiamerikanismus mit einem ebenso rabiaten Fremdenhaß.

731 Konzerne der "US-Finanzindustrie", so Müller in einer Rede am 13. August 2016, würden die Welt beherrschen und alle europäischen Politiker kontrollieren. Sieben Milliarden Menschen würden zu "Arbeits- und Konsumsklaven" dieser Finanzkonzerne gemacht. Der von der Europäischen Union eingeleitete "Bevölkerungsaustausch" durch Masseneinwanderung und der "kommende Bürgerkrieg" in Deutschland dienten dem Ziel der "Gleichschaltung der Welt" im Interesse dieser Finanzmagnaten: "Wenn von Moral gesäuselt wird, geht es immer nur um Macht und Geld."

Man mag all diese Verschwörungstheorien abtun als überzogene Rhetorik, die wenig zu tun habe mit der realen Politik der AfD. Als jedoch André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD, Fraktionsvorsitzender im Landtag und Mitglied des Bundesvorstands gefragt wird, wie man denn politisch unabhängig handeln könne, da Deutschland eine "Kolonie" sei, weist er die Unterstellung nicht etwa zurück, sondern erklärt: "Wir verlieren die Frage der Souveränität nicht aus den Augen. Wir sind für den Abzug der US-Truppen aus Deutschland. Und in einer nur von den USA geführten Nato wollen wir als Deutsche nicht bleiben. Zurzeit gibt es nur noch einen, der den Ton angibt, und drum herum nur Vasallen. Wir haben das als AfD ganz fest im Auge."

Der Kampf um die Stimmen der Rußlanddeutschen

Früher wählten die Rußlanddeutschen in Berlin die CDU, jetzt könnte sogar die AfD hoch im Kurs stehen. Grund ist offenbar auch mangelndes Vertrauen in Merkels Flüchtlingspolitik.

Damit geht der Kongreß in die Mittagspause. Es gibt, passenderweise, Soljanka. Nach der Pause ist Algis Klimaitis angekündigt. Der Sohn eines litauischen Paramilitärs und Nazi-Sympathisanten, der unter deutscher Führung an Judenpogromen beteiligt war, meint, Vertre-

ter der satanistischen und okkulten Eliten wollten über ein "Programm der Rassenvermischung" die Beseitigung der Nationen, Religionen und Familie bewerkstelligen, mittels einer gezielten Masseninvasion von Muslimen.
Wenn für Müller die Bösewichter Sachs und Friedman heißen, sind es für Klimaitis "Adorno-Wiesengrund", Max Horkheimer und Ernst Bloch. Dass alle Genannten jüdische Wurzeln haben, ist natürlich kein Zufall. Gemessen an solchen Haß-Exegesen wirkt die Vorstellung einer Ruhigstellung der Deutschen per Schwermetalle in den Flugzeugkondensstreifen beinahe harmlos.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**
"Wer vor Gericht oder vor einer anderen zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle falsch schwört, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft." So steht es in Paragraph 154, Absatz 1, des Strafgesetzbuches (StGB). Dreimal hat Angela Merkel (CDU) im Deutschen Bundestag die Hand zum Kanzler-Eid gehoben, hat vor dem deutschen Volk feierlich geschworen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Das Ergebnis ihrer Politik ist sattsam bekannt. Daher stellt sich die Frage: Gehört Merkel ins Gefängnis?
Der Kanzler-Eid, den erstmals Konrad Adenauer (CDU) 1949 ablegte, hat folgenden Wortlaut: "Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."
Die religiöse Beteuerung "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig. Gerhard Schröder (SPD) hatte bei seiner Vereidigung 1998 als erster Kanzler darauf verzichtet.
In Deutschland verbindet sich mit dem Amtseid eine alte Tradition, die in die Zeit der Aufklärung zurückreicht. Schon der preußische König Friedrich der Große (1740-1786) definierte in seinem Staat das Wohl des Einzelnen als oberstes Prinzip im Land. Dies wurde im Allgemeinen Landrecht (1794) rechtlich festgelegt. Der förmliche Amtseid findet sich schon in der Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849 und dann wieder in der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919. Auch die Reichskanzler der Weimarer Republik mußten einen Eid ablegen.
Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: **"Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid."**
HÖRT, HÖRT!
Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.
Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":
- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.
Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß

sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zugunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt.

Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?

Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar.

Ist der Kanzler-Eid also nur eine hohle Phrase? Hätte Merkel ebenso gut auf das CDU-Wahlprogramm oder die Speisekarte eines Berliner Promi-Restaurants schwören können?

LEIDER JA!

Denn der strafbewehrte Meineid betreffe nur falsche Zeugenaussagen vor Gerichten oder Untersuchungsausschüssen.

So sehen es die überwiegende Mehrheit der Verfassungsjuristen und auch der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages. Nach dieser Auslegung ist der Kanzler-Eid lediglich ein feierliches Versprechen, im Sinne einer politischen Beteuerung. Also: Wie versprochen, so gebrochen!

Das darf doch wohl nicht wahr sein! Der Deutschland-KURIER fordert deshalb die ausdrückliche Strafbewehrung des Kanzler-Eides - und zwar schon bei der nächsten Vereidigung im November. Die Eidesformel hat dann wie folgt zu lauten:

"Ich schwöre gemäß Paragraph 154 des Strafgesetzbuches …"<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. August 2017: >>**Goldreserven wieder zur Hälfte in Deutschland**

Die Bundesbank hat einen Teil der deutschen Goldreserven vorzeitig aus dem Ausland zurückgeholt. "50,6 Prozent der deutschen Goldreserven lagern nun in Deutschland", teilte die Bundesbank am Mittwoch mit. Dieses Ziel hätte bis spätestens 2020 erreicht werden sollen.

"Das gesamte Lagerstellenkonzept wurde damit insgesamt rund drei Jahre vor dem geplanten Termin abgeschlossen", sagte Bundesbankvorstand Carl-Ludwig Thiele. Seit 2013 wurden dazu rund 300 Tonnen Gold aus New York und etwa 374 Tonnen Gold aus Paris nach Frankfurt am Main gebracht.

Die deutschen Goldreserven belaufen sich auf 3.378 Tonnen. Davon lagern nun 1.710 Tonnen in Frankfurt, 1.236 Tonnen bei der Federal Reserve Bank in New York und 432 Tonnen bei der Bank of England in London. Die Banque de France bewahrt kein deutsches Gold mehr auf. Wie die Bundesbank weiter mitteilte, hätten Experten die Echtheit sowie Feingehalt und Gewicht der Goldbarren beim Erhalt kontrolliert. Eine aktualisierte Goldbarrenliste solle im Frühjahr 2018 veröffentlicht werden.<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. August 2017: >>**Bundesanwaltschaft weist 1.000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen "Hochverrats" ab**

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1.000 Strafanzeigen wegen "Hochverrats" gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Daran sollen AfD-Anhänger maßgeblich beteiligt sein.

Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind nach einem Zeitungsbericht seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1.000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen. "Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben

sich alle als haltlos erwiesen", sagte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen".

Angela Merkel offenbar von vielen AfD-Anhängern angezeigt

Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern. Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Die Behörde muß alle Strafanzeigen prüfen.

Erst am vergangen Dienstag hatten AfD-Anhänger gegen die Bundeskanzlerin mobilisiert. Bei einem Wahlkampfauftritt in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt), wo die AfD mit 22 von 87 Sitzen im Landesparlament vertreten ist, wurde Angela Merkel mit Buhrufen und Pfiffen empfangen. Der Lärm riß auch während ihrer Rede nicht ab. Als Merkel versprach, die Steuern nach einer Wiederwahl nicht erhöhen zu wollen, ertönte ein Sprechchor, der ihr "Lügner, Lügner" und bis zum Ende ihrer Rede "Hau(t) ab" entgegen rief. Beim Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen waren Beifall und Buhrufe zu hören.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 1. September 2017: >>**Hochverrat im Kanzleramt? Weidel: "Merkel müßte vor Gericht"**

Scharfe Töne im Wahlkampf: AfD-Spitzenkandidatin Weidel geht Merkel persönlich an. Sie ruft dazu auf, sich mit "Rechtsbrüchen der Kanzlerin" auseinanderzusetzen. Nach ihrer Amtszeit, fordert Weidel, gehöre Merkel "vor ein ordentliches Gericht".

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl verschärft die rechtspopulistische AfD erneut ihren Tonfall: AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel erhob schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

"Wir müssen uns mit den Rechtsbrüchen der Kanzlerin auseinandersetzen. Angela Merkel müßte nach ihrer Amtszeit vor ein ordentliches Gericht gestellt werden", forderte sie in einem Interview der "Passauer Neuen Presse".

Illegales Handeln erkennt die AfD-Politikerin dabei vor allem in Politikfeldern, die zu den Kernthemen ihrer eigenen Partei gehören: "In der Euro-Rettungspolitik und in der Flüchtlingskrise hat sie gegen geltendes deutsches und europäisches Recht verstoßen. Dafür sollte sie sich vor einem Richter verantworten müssen."

Die Partei hatte zuvor bereits erklärt, sie wolle sich nach ihrem erwarteten Einzug in den Bundestag für einen "Untersuchungsausschuß Merkel" stark machen. Die Idee, juristisch gegen politische Entscheidungen der Kanzlerin vorzugehen, ist in der AfD nicht neu. Der Bundesvorstand der Partei hatte bereits im Oktober 2015 wegen "Einschleusung von Ausländern" erfolglos Strafanzeige gegen Merkel gestellt.

Tausende Strafanzeigen gegen Merkel

Mit ihren Ansichten stehen Weidel und die Parteiführung der AfD offenbar nicht alleine da: Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 einem Zeitungsbericht zufolge tatsächlich bereits mehr als 1.000 Strafanzeigen eingegangen, in denen der CDU-Politikerin Hochverrat vorgeworfen wird.

"Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", erklärte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern.

Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. "Hochverrat" begeht laut Paragraph 81 im Strafgesetzbuch jemand, "der es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern". Nach den Grundsätzen des Rechtsstaats ist die Karlsruher Behörde verpflichtet, alle eingehenden Strafanzeigen zu prüfen.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. September 2017

(x893/…): >>**Gender - Was steckt dahinter?**

Eine Hintergrundanalyse und ein Warnruf mit Blick auf die bevorstehenden Bundestags- und Nationalratswahlen

Von *Wolfram Schrems*

Im Vorfeld der Bundestagswahlen in Deutschland und der Nationalratswahlen in Österreich werden alle möglichen Fragen behandelt, sehr viele davon eher nachrangig. Von vitalem Interesse muß nämlich die Zukunft des Volkes selbst sein, von dem ja gemäß Verfassung (zumindest in Österreich) das Recht ausgeht. Diese Zukunft wird durch vieles gefährdet, am meisten durch den allgegenwärtigen Gender-Wahn. Dieser wird ohne viel Aufsehen massiv im Volk oktroyiert. Es ist daher Zeit für eine Hintergrundanalyse und einen Warnruf. Anlaß dafür ist eine einschlägige Buchpublikation

Gender - Was steckt dahinter?

In einer hochaktuellen Publikation dieses Titels aus dem Jahr 2015 analysiert der studierte Volkswirt, Publizist und Leiter der Aktion "Kinder in Gefahr" Mathias von Gersdorff (Frankfurt am Main) die ideologischen Grundlagen einer Wahnideologie, die vom gesunden Menschenverstand zwar als wahnsinnig empfunden, von den politischen Machthabern aber aus sinistren Gründen den Menschen oktroyiert wird.

Nun ist es zwar so, daß sich in den letzten Jahren einige der Grundlagen und Quellen der Gender-Ideologie herumgesprochen haben, etwa durch die Publikationen von Gabriele Kuby, Birgit Kelle u.a., daß diese Ideologie aber im politischen und gesellschaftlichen Maßstab weiter erstarkt. Der Widerstand gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie etwa in der Schule ist noch zu schwach. Die Eltern scheinen nicht recht zu begreifen, was hier mit ihren Kindern angestellt wird.

Daher in Kürze einige wichtige Aspekte der Ideologie, wie sie im Buch kenntnisreich ausgeführt werden.

Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx

Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß das infame *Kommunistische Manifest* (1848) den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.

Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutschland, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:

In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem Boden", wohlgemerkt.

In Österreich scheint man noch nicht so weit zu sein. Wie rezente Ereignisse in Vorarlberg zeigen, hat die Indoktrinierung der Kinder aber schon massiv begonnen. Vermutlich soll dieses Thema vor den Nationalratswahlen aber unter der Decke gehalten werden.

Hier sind wir aber schon beim Kern des Themas:

Gender-ideologische "Sexualpädagogik der Vielfalt" - Gehirnwäsche

Von Gersdorff zitiert Stefan Timmermanns, Professor für Sexualpädagogik und Diversität in der Sozialen Arbeit an der *Frankfurt University of Applied Sciences*, Mitautor des Buches *Sexualpädagogik der Vielfalt: Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Präventionen für Schule und Jugendarbeit*, im Wortlaut:

"Ein solcher Perspektivenwechsel (drastische Veränderung der Sprache, als "Reform" betitelt) muß zusätzlich mit einer Relativierung der Kategorien sexueller Orientierung sowie der Kate-

gorien der Geschlechter einhergehen. Denn die scheinbare Eindeutigkeit konstruierter Systeme, die die Menschen entweder in 'Männer' oder 'Frauen' bzw. 'Hetero'- oder 'Homosexuelle' einteilen, ist die Grundlage eines binären, biologistischen, essentialistischen, fundamentalistischen und totalitären Denkens, das die Welt nur in Polaritäten wahrnehmen will und kann. … In letzter Konsequenz läuft diese Perspektive auf eine moralische Unterscheidung in 'Gut' und 'Böse' hinaus".

Damit ist die Katze aus dem Sack: Die Protagonisten der "Vielfalt" werfen den Vertretern und Bekennern der Wirklichkeit "totalitäres Denken" vor, während sie selbst fieberhaft nach dem Muster von Orwells 1984 an einem alptraumhaften Totalitarismus, in dem es keine Wahrheit mehr gibt, arbeiten.

Dieser Alptraum stammt aus den Eingeweiden der "Frankfurter Schule" um Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse. Dort wurde ganz offen die Revolution propagiert. Wohin diese geführt hat, kann man heute gleichsam überall sehen.

Denn das "Ziel eines revolutionären Umwandlungsprozesses müsse (nach Herbert Marcuse) sein, sämtliche Schranken des sexuellen Triebes niederzureißen". Das ist zwar aufgrund der Restbestände christlicher Moral und natürlichen Hausverstandes nicht vollständig gelungen, aber weit genug, um die Familie an den Rand der Auflösung und viel Seelenqual, menschliche Katastrophen, Scheidungsweisen und Abtreibungselend in die Gesellschaft zu bringen.

Die Familie ist das besondere Haßobjekt dieser Ideologen:

"Das Kernanliegen Marcuses wie auch der Gender-Ideologen ist ja gerade, die menschliche Sexualität von allen 'repressiven Strukturen', wie sie von ihnen bezeichnet werden, zu befreien. Dazu gehören für sie die monogame Ehe, aber auch alle Konzepte, die in irgendeiner Form die Sexualität einengen könnten. Im Endeffekt gehört dazu auch das Geschlecht".

Marcuse griff für diese Ideen übrigens auf Sigmund Freud und dessen pseudowissenschaftliche Psychoanalyse zurück.

Anfang der 1970er Jahre wurde "der Psychologe und Professor für Sozialpädagogik Helmut Kentler, Begründer der 'neoemanzipatorischen Sexforschung' und ehemaliger Präsident der 'Deutschen Gesellschaft für Sozialforschung' zur Schlüsselfigur bei der Einführung der Schulsexualerziehung:

"Für ihn sollte die Sexualerziehung ganz im Dienst der Revolution stehen".

Gender, Gnosis, Leibfeindlichkeit und Buddhismus

Eine äußerst interessante Beobachtung im Zusammenhang mit der Geisteshaltung der Genderideologie ist deren Verwandtschaft mit gnostischen Ideen, die ihrerseits mit dem Buddhismus verwandt sind. Dem Menschen, der von der Erlösung des ganzen Menschen durch Jesus Christus, Leib und Seele, nichts weiß, müssen sich diese Gedanken förmlich aufdrängen. Sie sind daher kulturübergreifend.

Von Gersdorff zitiert die ungarischstämmige Literaturwissenschaftlerin Irisz Sipos, die in der (konservativ-protestantischen) *Offensive Junger Christen* tätig ist und diese Angelegenheit brillant auf den Punkt bringt:

"Mit einem gigantischen Überbau aus religiösen Praktiken und Dogmen, aus philosophischen Systemen und technischen Experimenten versuchen Menschen in unterschiedlichen Kulturen, die leidige Leiblichkeit zu überwinden, wegzudiskutieren oder wenigstens zu instrumentalisieren. Heidnische Kulte streben durch Trancezustände nach der entleiblichten Schau der Geisterwelt. Der Buddhismus lehrt die Überwindung von Körperlichkeit und Individualität durch Askese und meditative Versenkung und sieht im Nirwana, der Auflösung aller Verschiedenheit, das Ziel des Seins".

Es wird sodann eine "Einführung in den Buddhismus" eines buddhistischen Autors zitiert, gemäß dem der Körper "das Objekt der Verneinung" ist, denn er "existiert nicht (!)".

Hier zeigt das Heidentum seine ganze Vernunftlosigkeit und Absurdität (die man beim Zu-

sammenschustern von Dignitatis humanae des II. Vaticanums offenbar nicht im Blick hatte - wo ist denn hier bloß die "menschliche Würde"?).
Das widerspricht völlig dem Realismus der katholischen Auffassung vom Leib, der durch Schöpfung, Erlösung und Heiligung eine im Heidentum unbekannte Würde erhält. Mit dem Zusammenbruch der kirchlichen Lehrverkündigung verpufft dieses Wissen natürlich, damit auch die genannte Würde. Man sieht daher, wie der Siegeszug falscher Religionen im Westen "die Akzeptanz der Kernidee von Gender in der Gesellschaft erhöht bzw. die Widerstände dagegen geschwächt hat".

Gender-Pädagogik gegen Kindeswohl - Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft

Die "dekonstruktive Pädagogik" soll "emanzipatorisch" sein. Was auch immer damit genau gemeint sein soll, eines ist klar:
"In Wahrheit geht es hier um die Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit und um nichts anderes".
Gegen die "Dekonstruktion" des kindlichen Seelenlebens wehren sich in Deutschland Elterninitiativen, die bei ihren Kundgebungen in Stuttgart und Wiesbaden ("Demo für alle") Tausende Teilnehmer auf die Straße bringen konnten - und das unter der Drohung staatlich geförderter "Antifa"-Terroristen. Mathias von Gersdorff beweist durch seine regelmäßige, exponierte Teilnahme an den Kundgebungen, daß er nicht nur ein Mann der Theorie ist.
Auch in Österreich formiert sich Widerstand ("Initiative wertvolle Sexualerziehung" und "Marsch für die Familie").
Nicht wenige Stimmen aus der Gesellschaft warnen - trotz erheblichen Konformitätsdrucks seitens Politik und "Antifa"-Straßengewalt - vor einer lügenhaften Ideologie, die den Menschen nur unglücklich machen kann und die - das wird viel zu wenig bedacht - in ihrem Kern totalitär ist. Sie ist unduldsam, aggressiv und freiheitsfeindlich. Sie richtet sich vor allem gegen die Kinder, deren seelische Bedürfnisse sie bewußt verletzt und sie selbst zu politisch-ideologisch und revolutionären Zwecken mißbraucht und vernutzt.
Von daher ist es kein Wunder, daß es auch so wenig gesellschaftlichen Widerstand gegen die sexuellen Übergriffe fälschlich so genannter "Flüchtlinge" auf Kinder (und alle anderen Menschen) gibt. Was nicht verteidigt wird, gilt offenbar nicht als schutzwürdig.
Alle diese Sachverhalte müssen öffentlich beleuchtet und diskutiert werden. Die wahlwerbenden Gruppen müssen das thematisieren. Es kann nicht sein, daß der Genderwahn als schicksalhaft demütig hingenommen wird.

Kirchlicher Widerstand

Von Gersdorff trug kirchliche Stimmen zusammen, die sich kritisch mit dem Genderwahn auseinandersetzen.
So warnte Papst Benedikt XVI. in seiner Weihnachtsansprache an die Römische Kurie vom 21. Dezember 2012 vor der Gender-Ideologie:
"Das Geschlecht ist nach dieser Philosophie nicht mehr eine Vorgabe der Natur, die der Mensch annehmen und persönlich mit Sinn erfüllen muß, sondern es ist eine soziale Rolle, über die man selbst entscheidet, während bisher die Gesellschaft darüber entschieden habe. Die tiefe Unwahrheit dieser Theorie und der in ihr liegenden anthropologischen Revolution ist offenkundig".
Von Gersdorff nennt Bischofskonferenzen (Spanien, Portugal, Slowakei, Polen) und einzelne Bischöfe (Vitus Huonder von Chur, die Bischöfe der Kirchenregion Triveneto und der Toskana), die sich ähnlich äußern.
Auch Papst Franziskus wird zitiert (Gender sei "ein ideologischer Angriff, der Versuch einer ideologischen Kolonisierung einer familienfeindlichen Doktrin"). Bei Franziskus bleibt nur leides alles immer im Vagen und kann schon morgen revidiert werden.
Auch sonst ist der Widerstand der kirchlichen Strukturen und Apparate im deutschen

Sprachraum nicht besonders massiv, in der Diözese Feldkirch/Österreich ist man sogar in die Schulsexualerziehung verwickelt. Das ist wohl kein Einzelfall.

Resümee

Von Gersdorffs Buch ist flüssig und klar geschrieben. Die Gedankengänge sind nachvollziehbar, die Zitate gut belegt. Eine ausführliche Literaturliste regt zu weiteren Studien an. Dem Buch ist große Verbreitung zu wünschen. Möge es dazu beitragen, einem Wahn Einhalt zu gebieten, damit sich die Familien, die Kinder und die gesamte Gesellschaft gedeihlich entwickeln können.

Vor allem die politischen Entscheidungsträger sollen das beherzigen, vor den Wahlen und danach auch.

Mögen es aber vor allem diejenigen beherzigen, denen als Eltern, Lehrer, Katechisten und Priester das Wohl der Kinder in besonderer Weise anvertraut ist!

Mathias von Gersdorff, Gender - Was steckt dahinter?, Media Maria Verlag, Illertissen 2015

Wolfram Schrems, Theologe, Philosoph, Katechist<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. September 2017: >>**Vertagter Ansturm**

Der Wahltermin rückt näher - Zeit, die Deutschen darauf vorzubereiten, was danach auf sie zukommt. Wer sich vom Wahlkampfgeplänkel und den inszenierten Nichtigkeiten nicht ablenken läßt, kann es sich an den Fingern einer Hand ablesen: Die nächste Einwanderungswelle rollt schon auf uns zu. Natürlich erst nach der Wahl, wenn die Kanzlerin wieder fest im Sattel sitzt.

Während in den letzten Bundesländern die Sommerferien zu Ende gehen und die Steuerzahler wieder an ihre Arbeitsstellen zurückkehren, platzte die Meldung dazwischen, daß bis 2018 mehr als 390.000 Syrer das Recht haben werden, ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Tapfer verkündet der Bundesinnenminister, er sei für eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs.

Die nächste Million kann die Koffer packen

Weder die Kanzlerin selbst noch ihre potentiellen Koalitionspartner wollen sich darauf festlegen. Das offiziell ausgegebene Beruhigungs-Placebo, man rechne maximal mit einem Familienmitglied pro Antragsberechtigtem, ist dürftig: Die Kleinstfamilie ist weder in Syrien noch sonstwo in der arabisch-orientalischen Welt das vorherrschende Modell.

Die nächste Million kann also schon einmal die Koffer packen. Handelte es sich bei den bislang Aufgenommenen tatsächlich um "Kriegsflüchtlinge", sollte man eher eine Rückkehrwelle erwarten: Schließlich wird in Syrien der "Islamische Staat" gerade verdrängt, in weiten Landesteilen herrscht schon Frieden, der Wiederaufbau könnte beginnen. Doch weder in Berlin noch in Brüssel unterscheidet man noch zwischen echten Flüchtlingen, denen vorübergehender Schutz zu gewähren ist, und dauerhafter Einwanderung.

Die Ergebnisse des EU-Gipfels in Paris Ende August lassen nichts Gutes ahnen. Während die Kanzlerin Abkommen mit afrikanischen Staaten zur Eindämmung der illegalen Migration nach Vorbild des mißlungenen "Türkei-Deals" in Aussicht stellt, spricht sie bereits davon, legale Einwanderungsmöglichkeiten für Afrikaner zu schaffen. Es sei falsch, "nur zu sagen, Illegalität geht nicht, und gar nichts anzubieten", sagt sie.

Die illegale Einwanderung wird weitergehen

Warum eigentlich? Die "legalen Migrationswege" werden sich jedenfalls ebenso als Seifenblase erweisen wie die vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron aus dem Hut gezogene Prüfung von Asylanträgen auf dem afrikanischen Kontinent. Wer dort keinen legalen Freifahrtschein ergattert, wird sein Glück weiter auf den illegalen Routen über das Mittelmeer versuchen, solange weder Deutschland noch Europa daran denken, ihre Grenzen wirksam zu schließen.

Danach sieht es nicht aus. Das mußte eben erst Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán erfahren, der der EU maliziös eine Rechnung schickte, sich mit 400 Millionen Euro wenigstens zur Hälfte an den Kosten des ungarischen Grenzzauns zu beteiligen, der im vergangenen Jahr die Balkan-Route für illegale Migranten weitgehend geschlossen hat. Damit habe Ungarn schließlich die europäische Aufgabe der Sicherung der EU-Außengrenzen wahrgenommen, argumentiert der in Brüssel Unbeliebte.
Wer sich nicht am Migranten-Umverteilungskarussell beteilige, bekomme auch kein Geld, wurde Orbán von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker abgefertigt. Keine Rede auch davon, die von der EU-Seenotrettungsmission "Sophia" aufgegriffenen illegalen Migranten an die afrikanische Küste zurückzubringen, statt sie wunschgemäß nach Europa weiterzutransportieren. Deutsche Marineeinheiten und selbsternannte "Aktivisten" nehmen so den Schleusern und Schleppern einen Großteil der Arbeit ab. Solange diese Aktivitäten andauern, werden auch die Maßnahmen der italienischen Regierung gegen die "Wassertaxi"-Dienste sogenannter "Nichtregierungsorganisationen" den Migrantenstrom allenfalls vorübergehend dämpfen.

Die Schmutzarbeit erledigen andere

Aus Sicht der Bundesregierung sind die Absprachen Italiens mit libyschen Machthabern zur Blockade illegaler Überfahrten nach Europa zu Wahlkampfzeiten freilich komfortabel: Die Schmutzarbeit erledigen wieder mal die anderen. Die Rechnung dafür dürfte ebenfalls spätestens nach dem Wahltag kommen: dann nämlich, wenn Rom seine aus allen Nähten platzenden Aufnahmelager leeren muß und von den übrigen Europäern, sprich vor allem Deutschland, die "solidarische" Übernahme Hunderttausender illegal eingewanderter Afrikaner erwartet, um Platz für Neuankömmlinge zu schaffen.
Zur Vorbereitung der deutschen Öffentlichkeit auf die nächste "alternativlose" Einwanderungswelle geben Medien, Wirtschaft und Lobbyisten schon jetzt fleißig Flankenschutz. Ein Bericht der Bundesregierung prophezeit wieder einmal dramatischen "Fachkräftemangel" für die nahe Zukunft, und das Institut der Deutschen Wirtschaft pocht wie bestellt auf "stärker arbeitsmarktorientierte Zuwanderung".

Die Menschen lassen sich Sand in die Augen streuen

Wer berechtigten Zweifel hat, daß unkontrollierte illegale Einwanderung dafür die Lösung sein könnte, und sich noch an eine Mitte August veröffentlichte Berechnung erinnert, daß 59 Prozent der "Flüchtlinge" keinen Schulabschluß und sogar 80 Prozent keinen Berufsabschluß vorweisen können, wird von DIW und Bamf termingerecht belehrt, daß zwei Drittel der erwachsenen "Flüchtlinge" plötzlich doch eine Schule abgeschlossen hätten - nach "eigenen Angaben" allerdings.
Und "Migrationsforscher" verlangen mehr und schnellere Einbürgerungen "zur Rettung der Demokratie", damit auch alle gleich mitwählen können. Neue Wähler kann man sich so vielleicht backen, von den real existierenden Problemen löst das nicht ein einziges. Wer sich mit vollen Schaufeln Sand in die Augen streuen läßt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er nach der Wahl der Gelackmeierte ist.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. September 2017: >>**Deutsche fühlen sich frei**

Deutschland ist so frei wie lange nicht mehr. Das geht aus dem am Dienstag in Berlin vorgestellten Freiheitsindex 2017 hervor. Demnach haben sowohl die gesellschaftliche und mediale Wertschätzung der Freiheit als auch das subjektive Freiheitsempfinden der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen.
So stufen gut 50 Prozent der Bevölkerung ihr gegenwärtiges Leben selbst als "sehr frei" ein. Und 63 Prozent sind der Ansicht, daß sie ihre Meinung in Deutschland gänzlich frei äußern können - sechs Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Der Gesamtwert des Indexes stieg von 0,33 auf 2,7 Punkte (auf einer Skala von -50 bis +50) und damit auf den höchsten Stand seit

2011.
Populismus "deutlich auf dem Rückzug"
Es sei erkennbar, daß die Bürger ihre Freiheit heute vornehmlich durch Terrorismus und Extremismus bedroht sähen, erklärte Ulrike Ackermann, Leiterin des John-Stuart-Mill-Instituts, das den Freiheitsindex alljährlich veröffentlicht. Demnach wünsche sich ein Großteil der Bevölkerung sogar ein stärkeres Eingreifen des Staates, um "die Freiheit vor den Feinden der Freiheit ganz offensiv" zu verteidigen. Der "Persönlichkeitsschutz als hoher Freiheitswert" trete "hinter die Bekämpfung von Terrorismus zurück".
Die Forscher stellten außerdem fest, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung weiterhin großes Mißtrauen gegenüber den "Eliten" aus Politik, Wirtschaft und Medien hegt. Entsprechend seien etwa 39 Prozent der Bürger der Meinung, Politiker hätten keine Ahnung von ihrer Arbeit ("Das könnte ich besser"). 43 Prozent unterstellten sogar, Politiker handelten nur im eigenen oder im Interesse anderer Mächte, nicht aber zum Wohle der Bevölkerung. Und 33 Prozent verträten die Ansicht, "daß Deutschland auf eine ganz große Krise zusteuert", die ohne eine grundlegende Veränderung des politischen Systems nicht überwunden werden könne.
Das John-Stuart-Mill-Institut sieht in den Zahlen dennoch eine "deutliche Trendwende" gegen den "populistischen Zeitgeist". Es seien zwar immer noch "populistische Elemente" in der Mitte der Gesellschaft vorhanden. Seinen Höhepunkt habe der Populismus jedoch inzwischen überschritten, das Ansehen demokratischer Institutionen in der Öffentlichkeit nehme wieder zu. Sichtbar werde dies vor allem in einer verstärkten politischen und gesellschaftlichen Isolation der AfD, in der inzwischen 74 Prozent der Deutschen keine normale demokratische Partei mehr sähen. Zu "Alarmismus und Hysterie" bestehe daher "kein Anlaß".<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. September 2017: >>**"Die Ehe für alle ist verfassungswidrig!"**
Hedwig von Beverfoerde (54) kämpft seit vielen Jahren für Familie und den Schutz von Kindern vor Sexualisierung und der Gender-Ideologie. Sie ist Sprecherin des Aktionsbündnisses für Ehe & Familie - DEMO FÜR ALLE (www.demofueralle.de). Im Interview mit dem Deutschland-KURIER erklärt sie ihre Initiative.
Deutschland-KURIER: Gemeinsam mit der Petitionsplattform CitizenGO Deutschland fahren Sie seit einigen Tagen mit dem "Bus der Meinungsfreiheit" durch Deutschland. Was steckt dahinter?
Hedwig von Beverfoerde: Der erste orangefarbene "Bus der Meinungsfreiheit" fuhr vor einem halben Jahr durch Spanien. Dieser erste Bus war eine Reaktion von "Hazte Oír" - einer Unterorganisation von CitizenGO - auf eine Plakatkampagne der spanischen LGBT-Bewegung, die den Slogan "Mädchen haben einen Penis / Jungs haben eine Vagina" auf riesige Plakatwände hatte drucken lassen. Als "Hazte Oír" diese ideologische Verdrehung biologischer Fakten mit eigenen Großplakaten richtigstellen wollte, wurden ihnen diese verweigert.
"Wir zeigen Flagge für Ehe und Familie und für die Meinungsfreiheit."
So entstand die Idee mit dem Bus als mobiles Plakat. Der Protest der LGBTs, Sachbeschädigung inklusive, ließ nicht lange auf sich warten. Nur unter massivem Polizeischutz konnte der Bus durch Spanien fahren. Wenig später gab es dann orangefarbene Busse in den USA, Kolumbien, Mexiko und Chile. Jetzt fahren wir in Deutschland, demnächst folgen Italien und Frankreich. Inzwischen ist daraus eine weltweite Kampagne für die Meinungsfreiheit geworden.
Deutschland-KURIER: Und warum jetzt in Deutschland?
Hedwig von Beverfoerde: Obwohl uns das Grundgesetz in Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität anders aus. Wer in Deutschland friedlich für die Wahrung der Elternrechte und gegen eine Sexualisierung der Kinder in Schule und KiTa demonstriert, muß mit massiven Störaktionen linksextremer Antifa-Aktivisten rechnen. Seit wir uns als

DEMO FÜR ALLE erfolgreich gegen die Gender-Ideologie zur Wehr setzen, werden wir diffamiert und öffentlich angepöbelt, bis hin zu tätlichen Angriffen.
"Der Wesenskern der Ehe ist ihr Potential zur Weitergabe des Lebens."
Uns reicht es jetzt! 10 Tage lang fahren wir mit einer Gruppe junger Leute durch Deutschland und machen Station in zehn Städten. Damit zeigen wir Flagge für Ehe und Familie und für die Meinungsfreiheit.
Deutschland-KURIER: Auf Ihrem Bus findet sich u.a. die Forderung: Ehe bleibt Ehe. Was hat es damit auf sich?
Hedwig von Beverfoerde: Am 30. Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag in einem unwürdigen Hauruck-Verfahren das Ehe-Öffnungsgesetz beschlossen. Dazu war er nicht berechtigt. Denn laut Grundgesetz und ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die Ehe der Lebensbund zwischen einem Mann und einer Frau, und nichts anderes. Damit ist dieses Gesetz - das Angela Merkel im TV-Duell als "befriedende Lösung" bezeichnete, wohl wissend, daß das Grundgesetz etwas anderes darunter versteht - verfassungswidrig!
Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Der Wesenskern der Ehe ist ihr Potential zur Weitergabe des Lebens. Dieses Potential hat aber nur die Verbindung von Mann und Frau. Selbstverständlich sind auch andere Lebensgemeinschaften möglich, aber diese sind eben keine Ehe und werden auch nie eine Ehe sein.
Deutschland-KURIER: Was wollen Sie ganz konkret mit der Bus-Tour erreichen?
Hedwig von Beverfoerde: Mit dem "Bus der Meinungsfreiheit" fordern wir, daß das Ehe-Öffnungsgesetz so schnell wie möglich vor das Bundesverfassungsgericht kommt. Der einfachste und schnellste Weg wäre eine Normenkontrollklage durch die Bayerische Staatsregierung. Denn ab dem 1. Oktober können die ersten Homo-Ehen geschlossen und damit auch Kinder adoptiert werden. Damit wird den Kindern das natürliche Recht auf Vater und Mutter genommen. Die Zeit drängt also! Mehr als 62.000 Bürger haben bereits unsere Petition "Ehe-Öffnung kippen - Bayern voran!" unterzeichnet. Wir fordern ein rasches Handeln, bevor Fakten geschaffen werden, die sich nicht mehr zurücknehmen lassen.
Am Ende unserer über 2.000 km langen Bus-Tour werden wir vor dem Bundeskanzleramt auf der Abschlußkundgebung um 15 Uhr noch einmal deutlich Position beziehen: für Ehe bleibt Ehe, für die Zweigeschlechtlichkeit und gegen Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder in Schule und KiTa. Wir wollen dort Angela Merkel den Protest der mehr als 220.000 Bürger übergeben, die unsere Petition "Ehe bleibt Ehe" gegen die Öffnung der Ehe unterschrieben haben. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. September 2017: >>**"Merkels Zuwanderungspolitik wird Deutschland zerstören"**
Der Wirtschaftswissenschaftler Max Otte hat Angela Merkels Bundesregierung vorgeworfen, Deutschland zu ruinieren. Am CDU-Parteiprogramm habe er nichts auszusetzen, die gelebte Praxis sei jedoch "grausam", sagte Otte dem Internetportal *wallstreet:online*.
"Niemals hätte ich gedacht, daß eine CDU-Regierung unser Land dermaßen schädigen könnte." Merkel reiße Deutschland "sehenden Auges in den Strudel". Die Einwanderungspolitik habe ihn als CDU-Mitglied bewogen, dieses Mal sein Kreuz bei der AfD zu machen.
"Die Zuwanderung, wie sie jetzt betrieben wird, ist katastrophal. Sie wird unser Land zerstören", kritisierte Otte. Bereits jetzt gäbe es sogenannte No-go-Areas und einen ersten Fall, in dem ein Moslem in Deutschland mehrere Frauen haben dürfe. Hinzu kämen mehr als 1.000 registrierte Kinderehen.
Otte befürchtet Nachteile wegen Outing
Am 11. September hatte Otte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter angekündigt, bei der Bundestagswahl am 24. September AfD zu wählen. "Mein Outing wird mir viele Nachteile und Anfeindungen bringen, aber ich halte es für meine staatsbürgerliche Pflicht", rechtfertigte

der Wirtschaftswissenschaftler seine Entscheidung.
Er vermute, künftig von vielen Medien nicht mehr eingeladen zu werden und auf "schwarze Listen" zu kommen. "Das sind Zustände wie 1933. Menschen, die sich für die AfD outen, haben nichts zu lachen."
In der Partei gäbe es "vielleicht" einzelne Menschen mit antisemitischen Ansichten, sie sei aber demokratischer als die CDU. "Denn bei der AfD wird noch im Diskurs über Inhalte gerungen", ergänzte Otte.<<
Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 19. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Die Maske fällt**
Die AfD hat Aufwind. Dazu muß man nicht einmal die Umfragewerte kennen, die medialen Hetzkampagnen zeigen es zweifelsfrei an.
Da sagt Alexander Gauland, er möchte die Islamisierungsbeauftragte Özoguz "entsorgen", so wie zuvor schon SPD-Politiker Merkel "rückstandslos entsorgen" wollten - und der politisch-mediale Komplex läuft mit Schaum vor dem Mund durchs Land. Der 'Spiegel' erfindet gesundheitliche Probleme der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel, die 'Welt' präsentiert eine vier Jahre alte private E-Mail, deren Urheberschaft ungeklärt ist und versucht daraus einen Skandal zu machen. In TV-Talkshows stehen AfD-Politiker generell allen anderen Studiogästen, dem handverlesenen Publikum und den jede Fairneß vermissenden Moderatoren gegenüber. Sie dürfen nicht ausreden und werden durchweg unsachlich angegriffen.
Die Medienkaste läßt die Maske fallen. Kein objektiver Journalismus mehr, sondern Propagandakrieg. Mit Lügen und ohne jeden Anstand. Da darf bei der 'Welt' die Ehefrau von Christian Lindner über ihre "Stylingtipps" für den Gatten schreiben und anschließend die gefakte Weidel-E-Mail veröffentlichen - und niemanden scheint es zu stören. Der Chefredakteur, der weiland Interviews frei erfand, gab die Marschroute vor: "Merkel ist die Führerin der freien Welt". Derlei gab es in Europa letztmalig im Rumänien des Nicolae Ceausescu. Wobei der immerhin nur das "Genie der Karpaten" war.
Und doch nützt es nichts, denn die Wähler lassen sich nicht beirren. Die Angriffe verpuffen. Die Umfragewerte steigen. Es wird spannend am 24. September.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. September 2017: >>**"Die deutsche Nachkriegs-Demokratie hat ihre Unschuld verloren"**
BERLIN. Der Schock sitzt tief. Die AfD hat den Sprung in den Bundestag geschafft ¯ und das stärker als FDP, Linkpartei und Grüne. Vertreter der anderen Parteien sind entsetzt. Auch Stimmen aus Medien, Religion und Kultur sind besorgt. Die JF präsentiert eine (kleine) Auswahl, sie kann in den Kommentaren gern ergänzt werden.
Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland:
"Das Maß der Unterstützung für eine junge rechtspopulistische Partei ist ein Weckruf für alle, denen das friedliche und solidarische Miteinander in einem weltoffenen Deutschland am Herzen liegt." Ausgrenzende und haßerfüllte Stimmen dürften nicht das Leben in Deutschland vergiften.
Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland:
"Leider sind unsere Befürchtungen wahr geworden: Eine Partei, die rechtsextremes Gedankengut in ihre Reihen duldet und gegen Minderheiten in unserem Land hetzt, ist jetzt nicht nur in fast allen Länderparlamenten, sondern auch im Bundestag vertreten. Ich erwarte von unseren demokratischen Kräften, daß sie das wahre Gesicht der AfD enthüllen und die leeren, populistischen Versprechen der Partei entlarven. Ein Ziel sollte alle demokratischen Parteien vereinen: Den Wählern zu verdeutlichen, daß die AfD keine Alternative ist, damit sie dort landet, wo sie hingehört ¯ unter der Fünf-Prozent-Hürde!"
Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland:
"Ich werde mein Land und mein Volk gegen die Antidemokraten und Rassisten verteidigen."

Elmar Tehveßen, stellvertretender Chefredakteur des ZDF:
"Für diese Demokratie ist die AfD eine ernsthafte Gefahr, weil sie den Begriff 'Volkswille' zur Waffe macht. Wer anderer Ethnie, Religion, anderer Partei oder nur anderer Meinung ist, kann zum Volksfeind erklärt werden. In diesem Sinne ist die AfD durch und durch autoritär und damit gefährlich für Parlamentarismus und Pluralismus in unserer Gesellschaft."
Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin der Grünen:
"Es werden wieder Nazis im Bundestag sitzen. Für uns gilt: Wir werden keinen einzigen Angriff auf die Demokratie stehen lassen."
Martin Schulz, SPD-Chef:
"Mit der AfD zieht erstmals eine rechtsextreme Partei in den Deutschen Bundestag ein. Wir haben die Aufgabe, in Zeiten, in denen der plumpe Rassismus in Fraktionsstärke in den Bundestag einzieht, starke Oppositionsarbeit zu leisten."
Ulf Poschardt, Chefredakteur der *Welt*:
"De facto hat die Union die Macher der AfD mit angestiftet, auf dem weiten leeren Feld des politischen Marktes, irgendwo zwischen erzkonservativen und nationalpatriotischen Werten, selbstbewußt ihr Lager aufzuschlagen. Dort thront künftig die AfD in Prozentsichtweite zur SPD und ist deutlich stärker als die Grünen. Die trübe Suppe aus wütenden Spießbürgern und aggressiven Rechtsextremisten mußte sich für dieses Ergebnis nicht einmal richtig anstrengen. Es wurde ihr geschenkt."
Katja Kipping, Vorsitzende der Linkspartei:
"Zum 1. Mal seit 45 werden heut Nazis in Fraktionsstärke in den Reichstag einziehen. Verweisen wir sie auf die hinteren Plätze."
Grüne Jugend:
"Nazis sitzen ab jetzt im Bundestag. Das erfordert antifaschistischen Widerstand. Ein guter Tag um politisch aktiv zu werden!"
Andreas Petzold, Herausgeber des *Stern*:
"Mehr als 13 Prozent aller Wähler haben sich von den rechtsextremen Parolen der AfD-Spitzenkandidaten Alice Weidel und Alexander Gauland nicht abschrecken lassen. Nein, sie haben demokratiefeindliche Überzeugungen demokratisch abgesegnet. Die deutsche Nachkriegs-Demokratie hat damit, wenn man so will, ihre Unschuld verloren. Humanität, Toleranz, Freiheit und die Überwindung des Nationalismus ist von mehr als fünf Millionen deutschen Wählern zur Disposition gestellt worden. Das Ziel der AfD ist schließlich die Restauration des völkischen Gedankens, einer reinen Volksgemeinschaft, abgeschottet in einem gut bewachten Nationalstaat, in dem nur das demokratisch sein soll, was die sogenannte Alternative für Deutschland als richtig empfindet."<<
Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 27. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Bis zum bitteren Ende**
Die CDU erregt nur noch Mitleid. Sie hat bei der Bundestagswahl am Sonntag dramatisch verloren. Und doch erklären die Unionsvertreter unisono, was für einen großartigen Wahlerfolg sie erreicht haben.
Na dann! Auf viele weitere solche "Erfolge", liebe Christdemokraten. Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit - das wußten schon die alten Griechen. Die CDU betreibt mittlerweile eine Politik, wie sie Claudia Roth wünscht. Niemand hat je CDU gewählt für offene Grenzen, unbegrenzte Einwanderung, "Ehe für alle", Verpfändung deutscher Spareinlagen zugunsten der Kreditaufnahme der südlichen EU-Länder oder einer zur Deindustrialisierung führenden Energiepolitik.
Noch mögen einige Wähler aus alter Anhänglichkeit bei der CDU ihr Kreuz machen, andere von SPD und Grünen zur inhaltlich ohnehin identischen Kanzlerpartei wechseln, wieder andere sich von der Anti-AfD-Propaganda des Staatsfernsehens einlullen lassen - aber das hält den

Exodus der bürgerlichen Wähler am Ende nicht auf.
Die Union hat Merkel ertragen, weil sie Posten und Prozente brachte. Spätestens seit Sonntag muß jedem Unionsfunktionär klar sein:
Die Prozente purzeln und die Posten wandern zu AfD und FDP.
Was kommt nun - die verzweifelte Palastrevolte oder der Gang in die verdiente Bedeutungslosigkeit?<<
Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 27. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**"Wenn ich mir was wünschen dürfte, käme ich in Verlegenheit …"**
Marlene Dietrich singt den legendären Song von Friedrich Holländer seit 87 Jahren. Jeden Tag. Auf YouTube! Rauchig, melancholisch, Marlene eben!
Sie kam mir spontan in den Sinn, als David Bendels, der Chefredakteur vom Deutschland-KURIER, mich bat, mal aufzuschreiben, was ich mir für die nächsten vier Jahre für Deutschland wünsche … So schreibe ich, während die "Mutter aller Schlachten" um die Demokratie in Deutschland noch tobt …
Ich habe Marlenes Lied leicht verändert: "Man hat uns nicht gefragt …, ob wir so leben wollen oder lieber nicht … Meine Frau geht schon lange nicht mehr "allein, durch eine große Stadt" … Und ich weiß, daß "SIE" (Merkel) mich nicht "lieb hat", nie lieb hatte … Aber "ich warte und ich warte trotzdem …"
- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder HEIMAT sagen kann, ohne von einem Präsidenten "Dunkeldeutscher" genannt zu werden …
- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder Schwarz-Rot-Gold flattern lassen kann, ohne von einer Bundestagsvizepräsidentin Schweinedeutscher genannt zu werden …
- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder Deutschland sagen kann, ohne von einer türkischen "Integrationsbeauftragten" belehrt zu werden, daß es außer der Sprache nichts, nichts "Deutsches" gibt …
Nein, liebe Marlene Dietrich, wenn ich mir was wünschen dürfte … käme ich überhaupt nicht in Verlegenheit … "eine schlimme oder gute Zeit?" Ich wünsche mir endlich wieder eine gute Zeit für Deutschland:
- Daß unsere Kinder nicht mehr in der Schule Gender- oder Schwulen-Sex mit sechs lernen müssen … Daß weder Türken noch andere Moslems sie quälen und schlagen, weil sie Christen sind …
- Daß unsere Töchter und Frauen wieder unbehelligt Bikini, Mini oder Jeans tragen dürfen, mit 17 oder 70 Jahre jung.
- Daß sie im Park allein joggen können, ohne von "Südländern" oder "Männern" mit "dunklerem Teint" vergewaltigt zu werden …
Und ich wünsche mir, daß Deutschlands Grenzen wieder Grenzen werden … Daß nur noch Flüchtlinge hereindürfen, keine Heerscharen von Sozialfällen. Ich wünsche mir, daß alle Verbrecher-Migranten in kürzester Zeit abgeschoben werden, auch wenn ihr Anwalt strampelt oder "strickt" …
Ich wünsche mir, daß kein Rentner mehr in der Mülltonne nach Essen suchen muß, während der Türken-Tyrann Millionen kassiert und die "Flüchtlinge" Milliarden …
Und daß der sauberste Diesel der Welt weiter unbehelligt dieseln kann … Daß wir den umweltfreundlichsten UND preiswertesten Strom der Welt wieder in die Steckdose lassen … Daß unsere Kühe weiter furzen dürfen … Ich wünsche mir meinen Negerkuß zurück, meinen Mohrenkopf, mein Zigeunerschnitzel. Und die Kreuze auf den Kirchen von Lid'l.
Liebe Marlene, ich hätte noch viele Wünsche … Aber Gott sei Dank gibt es ja jetzt die neue Partei im Reichstag. Die wird auf Deutschland aufpassen!!<<
Herbert Ludwig berichtete am 29. September 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkrat-

zer.wordpress.com" über die Obrigkeitshörigkeit und den Untertanengeist der Deutschen (x964/…): >>**Die deutsche Obrigkeitshörigkeit und ihr Ursprung**

"Ein Deutscher ist mit Vergnügen alles, nur nicht er selber."

Jean Paul (1763-1825)

Obrigkeitshörigkeit und Untertanengeist der Deutschen ziehen sich durch die neuere Geschichte. Das ist vielfältig beschrieben worden. Carl Friedrich von Weizsäcker wird die treffende Charakterisierung zugeschrieben, der typische Deutsche sei absolut obrigkeitshörig, ein typischer Befehlsempfänger und des eigenen Denkens entwöhnt; er sei zwar ein Held vor dem Feind, aber im bürgerlichen Leben kennzeichne ihn ein totaler Mangel an Zivilcourage.

Letzteres beklagte selbst Bismarck mit den Worten: *"Mut auf dem Schlachtfelde ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt."*

Heinrich Mann beschrieb in seinem Roman "Der Untertan" eindrucksvoll den Typus des Mitläufers und Konformisten, der total an die von oben vorgegebenen gesellschaftlichen Normen, Meinungen und Erwartungen angepaßt ist.

Die Frage nach den Ursachen

Die Ursache der besonderen deutschen Untertanengesinnung wird vielfach in einer verbreiteten autoritären Erziehung in Elternhaus und Schule gesehen, die sich in dem auf Befehl und Gehorsam beruhenden preußischen Militär gleichsam fortsetzte. Max Weber sieht eine zentrale Ursache im Protestantismus, der den Staat als göttliche Einrichtung absolut gesetzt und den Obrigkeitsstaat legitimiert habe. Das Luthertum sei für den Untertanengeist und die Obrigkeitshörigkeit der Deutschen verantwortlich.

Allgemein meint man, daß diese gläubig-gehorsame Seelenhaltung gegenüber der Obrigkeit über Generationen hinweg schließlich so verinnerlicht worden sei, daß es in der Regel keiner äußeren Gewalt mehr bedürfe, um sie aufrecht zu erhalten.

Aber woher ist die autoritäre Erziehung gekommen? Die Änderung in der Erziehung nach 1945 hat den Untertanengeist nicht zum Verschwinden gebracht. Den Militarismus haben die Franzosen viel stärker ausgebildet, ohne daß er bei ihnen zu einem solch ausgeprägten Untertanengeist geführt hätte. Und der Protestantismus ist zunächst als Freiheitsimpuls aus dem Innern einzelner Individualitäten gegen den seelischen Imperialismus einer religiösen Obrigkeit aufgestiegen; die Legitimierung des Obrigkeitsstaates hat da eher einen partiellen Rückfall bedeutet.

Die Obrigkeitshörigkeit ist durch äußere Bedingungen und Umstände nicht zu erklären, sie ist ein inneres Phänomen der Deutschen, eine innere Schwäche, der man daher auch nicht durch äußere Maßnahmen beikommen kann. Dies hat auch der scharfsichtige Heinrich Heine so gesehen:

"*Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts."*

Die Frage ist, wodurch diese seelische Knechtschaft entsteht, und wie sie zu überwinden ist. Auch von innen wird *man* allerdings die Deutschen nicht befreien können, wie Heine meint. Das kann nur jeder Deutsche selbst tun. Denn sie hängt ja mit einer Schwäche der Individualität, des Ichs zusammen, das sich nur selbst ergreifen und verändern kann. Wie kommt diese Schwäche zustande? Dazu müssen wir uns zuvor eine zentrale positive Veranlagung der Deutschen vergegenwärtigen, die auch kulturgeschichtlich konstatiert und vielfach beschrieben worden ist.

Das höhere Ich

Der spanische Diplomat und Kulturphilosoph Salvador de Madariaga hat treffend auf ein we-

sentliches Charakteristikum der Deutschen aufmerksam gemacht, das in der deutschen Sprache zum Ausdruck kommt:
"*Das Hauptmerkmal der deutschen Sprache … ist wohl das Vorherrschen des Wortes werden. … Dieses Merkmal verleiht der Sprache eine Art von ständiger Bewegung, eine Qualität des Fließens, … welche der tiefste Wesenszug des deutschen Lebens ist. … Was für England und Frankreich nur ein Gedanke unter vielen ist und für Spanien überhaupt kein Gedanke, ist für Deutschland geradezu der Wesenskern allen Denkens, so daß eben beide, die Sprache und das Denken, in Deutschland das Fließen eines Stromes annehmen."*
In diesem Empfinden des ständigen Werdens kommt die besondere Veranlagung des Deutschen nach unaufhörlicher Entwicklung seines eigenen Wesens zum Ausdruck, seines innersten Ichs. Das Ich ist in seinem Grunde nichts Fertiges, sondern ein Werdendes, sich Entwikkelndes. Damit unterscheidet es sich von dem, was wir gewöhnlich im Alltag als "Ich" bezeichnen, das ein Beharrendes ist, das immer bleiben will, wie es ist. Dieses erscheint gleichsam als ein verzerrtes Spiegelbild des wahren, höheren Ichs, das selbst nicht unmittelbar in das Alltagsbewußtseins eintritt, sondern sozusagen im Hintergrund schwebt. Aber sein Einfluß ist spürbar und beobachtbar.
Wir messen die Zustände um uns und das Handeln der anderen Menschen mehr oder weniger unbewußt ständig daran, wie es eigentlich sein sollte. Und wir merken, daß wir auch selbst mit unserem Verhalten, unserem Tun und unseren Fähigkeiten vielfach nicht zufrieden sind. Wir genügen nicht unseren eigenen Idealen und moralischen Ansprüchen. Wir bleiben zumeist hinter ihnen zurück. Dies festzustellen, ist aber nur möglich, wenn es eine höhere Instanz in uns gibt, die das, was wir gewöhnlich Ich nennen, beurteilt und am eigenen höheren Maßstab mißt - das höhere Ich. Friedrich Schiller schrieb in seinen "Ästhetischen Briefen":
"Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen idealistischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen übereinzustimmen die große Aufgabe seines Daseins ist".
Er verwies dabei auf seinen Freund, den Philosophen Johann Gottlieb Fichte, der ebenfalls das empirische, also das gewöhnlich erfahrbare Ich, von einem reinen, idealen Ich unterscheidet. Dieses ist für ihn das "*erste Prinzip aller Bewegung, alles Lebens, aller Tat und Begebenheit",* das dem intelligenten, bewußten Ich logisch vorangeht. Beide stimmen selten überein, sie aber zur vollkommenen Übereinstimmung zu bringen, sei die ständige Aufgabe und Bestimmung des Menschen.
Doch dazu reiche der bloße Wille nicht aus. Wir müßten uns allein und gemeinsam in einem ständigen Prozeß des Lernens und der Selbsterziehung die Fähigkeiten dafür erwerben, um die Widerstände und Hindernisse der Sinneswelt zu überwinden. Und diesen ganzen Prozeß des Erwerbs vielfältiger Fähigkeiten mache letztlich das aus, was wir "Kultur" nennen.
Die deutschen Dichter haben diesen vielfach unbewußten Prozeß literarisch beschrieben, in Dramen oder Entwicklungsromanen, in denen, wie z.B. in Goethes "Wilhelm Meisters Lehrjahre", "*die geistig-seelische Entwicklung einer Hauptfigur in ihrer Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Umwelt dargestellt wird,"* die ihre "*Erlebnisse und Erfahrungen reflektierend verarbeitet und (ihrer) Persönlichkeit einverleibt."* (Wikipedia)
Es geht im Grunde immer um die Auseinandersetzung zwischen dem in seinen Eigenheiten beharrenden niederen Ego und dem höheren Ich, das eine Änderung, ein partielles Absterben des Niederen verlangt, damit der Mensch nicht stehen bleibt, sondern sich im Werdestrom weiterentwickelt.
Goethe faßte dies schließlich in die Worte zusammen*: "Und solang du dies nicht hast / Dieses Stirb und Werde, /Bist du nur ein trüber Gast / Auf der dunklen Erde."*
Und Friedrich Rückert sah das höhere Ich als etwas an, das wie ein Zukunftsbild vor jedem schwebt, dessen Realisierung er entgegenstrebt und dichtete: *"Vor jedem steht ein Bild des,*

was er werden soll: / Solang er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll. / Was er geworden ist, genüget nie dem Mann; / O wohl ihm, wenn er stets nur werden will und kann."

Der Herrscher in uns

Im Gegensatz zum gewöhnlichen Ego tritt das höhere Ich also nicht von selbst ins Bewußtsein. Es muß gesucht, ins Auge gefaßt und willentlich hervorgebracht werden. Das Ich ist seinem Wesen nach ein Agens, ein Auto-mobil, d.h. ein Selbst-Beweger. Ein Ich, das von außen geschoben oder gezogen werden müßte, ist noch keins. Es ist nur insofern, als es sich von innen heraus selber aktiv im Denken ergreift, in Bewegung setzt und sich selbst bestimmt. Darin liegt aber auch der Grund dafür, daß das höhere Ich immer nur von verhältnismäßig wenigen bewußt angestrebt und zu realisieren gesucht wurde und wird.

Die Philosophen des deutschen Idealismus, insbesondere Fichte, haben einen sehr anspruchsvollen gedanklichen Weg dazu aufgezeigt. Rudolf Steiner wies auf einen einfacheren, unmittelbar lebenspraktischen Weg hin, den er als elementaren Bestandteil einer höheren Erkenntnisschulung beschrieb.

Er empfiehlt, sich täglich Augenblicke innerer Ruhe zu verschaffen, in denen man sich eine kurze Zeit aus seinem täglichen Leben zurückzieht und all seine Freuden, Leiden, Sorgen, Erfahrungen und Taten vor seiner Seele vorbeiziehen läßt, aber so, daß man sie von einem höheren Gesichtspunkt aus betrachtet, als ob man sie nicht selbst, sondern ein anderer erlebt oder getan hätte. Man soll in diesen Zeiten die Kraft suchen, sich selbst wie ein Fremder gegenüberzustehen. Dann ist man nicht mehr so eng mit den eigenen Erlebnissen verwoben, und sie zeigen sich in einem neuen Licht. Das Wesentliche beginnt sich von dem Unwesentlichen zu sondern.

Man zieht sich dadurch aus der emotionalen Egozentrik des niederen Ichs allmählich heraus, so daß sich immer mehr höhere Gesichtspunkte für die Beurteilung der Dinge einstellen können. Dabei kommt alles darauf an, "*daß man energisch, mit innerer Wahrheit und rückhaltloser Aufrichtigkeit sich selbst, mit all seinen Handlungen und Taten, als ein völlig Fremder gegenüber stehen kann."*

Das bedeutet, daß das höhere Ich mehr und mehr Einfluß auf das Alltags-Ego geltend machen kann. "*Denn jeder Mensch trägt neben seinem - wir wollen ihn so nennen - Alltagsmenschen in seinem Innern noch einen höheren Menschen. Dieser höhere Mensch bleibt so lange verborgen, bis er geweckt wird. Und jeder kann diesen höheren Menschen nur selbst in sich erwecken."*

Dieses in den ausgesonderten Augenblicken der inneren Ruhe gewonnene "höhere Leben" wird nach und nach seinen Einfluß auch auf das gewöhnliche Alltagsleben ausüben. Man wird ruhiger werden, mehr Sicherheit in seinen Handlungen gewinnen und nicht mehr leicht aus der Fassung gebracht werden können. Man ärgert sich nicht mehr über alle möglichen Dinge, und andere hören auf, einem Befürchtungen zu machen.

Man wird sich immer mehr innerlich selbst lenken und weniger von den Umständen und äußeren Einflüssen gelenkt werden. So fängt man an, "*sein Lebensschiff einen sicheren, festen Gang zu führen innerhalb der Wogen des Lebens. Während es vorher von diesen Wogen hin und her geschlagen worden ist."*

Das höhere Ich ist in einem fortwährenden Drängen nach Entwicklung begriffen, das sich gegen alle Widerstände und Niederlagen im Gewissen, in Sehnsüchten, Träumen und Idealen bemerkbar zu machen sucht. Dadurch daß man sich regelmäßig kurze Zeiten der beschriebenen inneren Ruhe verschafft, wird dem höheren Menschen in uns eine gesetzmäßige Entwicklung ermöglicht, in deren Verlauf er über das Alltags-Ich immer mehr die Oberhand gewinnt und dieses allmählich in Übereinstimmung mit sich bringen kann.

"Dieser "höhere Mensch" wird dann der "innere Herrscher", der mit sicherer Hand die Verhältnisse des äußeren Menschen führt. Solange der äußere Mensch die Oberhand und Leitung

hat, ist dieser "innere" sein Sklave und kann daher seine Kräfte nicht entfalten. Hängt es von etwas anderem als von mir ab, ob ich mich ärgere oder nicht, so bin ich nicht Herr meiner selbst, oder - noch besser gesagt -: ich habe den "Herrscher in mir" noch nicht gefunden."
Es kommt also darauf an, den Herrscher in mir, das heißt die Herrschaft des höheren Ich über das niedere zur Entwicklung zu bringen.

Die Suche außen

Darin, daß die Ich-Entwicklung der inneren Anstrengung und Aktivität des Ichs selbst bedarf, liegt aber nun die Ursache, warum sie von vielen, ja den meisten Deutschen nur schwach angestrebt wird. Aber die Sehnsucht nach dem Höheren lebt in jedem, wenn auch noch so verborgen; und kann er es in seinem Inneren nicht finden, so scheint es ihm statt dessen von außen in der hohen Obrigkeit bequem entgegenzukommen. "*Die innere Herrschaft des Ichs im einzelnen Menschen verwandelt sich in die äußere Herrschaft des Staates über ihn."*
Der Mensch bleibt im Alltags-Ich stecken, das an die äußeren Verhältnisse gebunden ist, und empfängt gehorsam die Anordnungen der staatlichen Herrschaft, der es sich wie selbstverständlich unterwirft. Und wer als Funktionsträger, als Beamter in den Machtapparat aufsteigt, wird selbst zu einem Teil dieses höheren Pseudo-Ichs, der einerseits nach unten über den einzelnen Menschen als seinen Untertan stolz gebietet und andererseits den Vorgesetzten über ihm in treuer Pflichterfüllung ergeben ist.
Hier liegt der eigentliche Ursprung der deutschen Obrigkeitshörigkeit, des ausgeprägten Untertanengeistes, die so verhängnisvoll gewirkt haben und bis in die unmittelbare Gegenwart wirken. Denn es ist prinzipiell kein Unterschied zwischen der Obrigkeit eines pompösen, hohlen "Gottesgnadentums", eines aufgeblähten Usurpators oder der durch scheindemokratische Wahlen erhobenen egomanischen Parteienkaste, die heute mit denselben überkommenen Machtstrukturen ihre Herrschaft ausübt.
Sie werden noch durch die modernen psychologischen Mechanismen einer vielseitigen medialen Bewußtseinsindustrie unterstützt, welche täglich die Herrschaft dieser Clique von Oligarchen propagandistisch absichert und die eingeschläferten Untertanen immer wieder zu deren Wiederwahl an die Urnen führt, in denen ihre Hoffnungen stets neu begraben werden.
Nur aus dem Erleben der inneren, in sich selbst gegründeten Unabhängigkeit des höheren Selbst kann die Empörung gegen jede Form von Fremdbestimmung wachsen, die den Menschen nicht als freies, sich selbst bestimmendes Ich, als Subjekt, sondern als Objekt eines fremden Willens behandelt und zum folgsamen Untertanen macht.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2017: >>**Volk außer Kontrolle**

Wie die Deutschen ihre Angst verloren haben, wen das besonders erschrecken muß, und wie uns die Amis Gewaltenteilung lehren

Die Ereignisse überschlagen sich. "Es" ist passiert, in Berlin laufen sie voller Schrecken durcheinander. "Spiegel"-Schreiber Jakob Augstein faßt die hechelnde Panik in Worte: "Nazis im Bundestag"! Wer hat das getan? Wer hat die gewählt? Der frühere "Focus"-Chef Helmut Markwort verriet schon vor der Wahl, er kenne persönlich niemanden, der AfD wähle und auch niemanden, der einen kenne, der die Blauen ankreuzen wolle.
Helmut Markwort ist ein besonnener Mann, typischer FDP-Anhänger, also nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen. Daher dürfte ihn das Ereignis vom 24. September längst nicht dermaßen aus der Fassung bringen wie die Augsteins der Republik. Allerdings gibt Markworts Zitat Auskunft darüber, wie weit sich die sogenannte "Informationselite" der Republik von einem nicht gerade kleinen Teil des Volks entfernt hat - kennt nicht mal einen, der einen kennt, als wohnten sie auf verschiedenen Kontinenten.
Was den "Spiegel"-Autor zutiefst irritieren muß, ist die absehbare Erfahrung, daß er seine scheppernde Attacke ins Leere reitet. Es ist nicht lange her, da hätte er mit dem Schwingen

der Nazikeule unter AfD-Anhängern Angst und Schrecken verbreitet. Jahrzehntelang zuckten die Deutschen zusammen, wenn sie einer in die Nähe der Hitlerei rückte.
Ephraim Kishon hat dieses deutsche Spiel schon vor Jahrzehnten entlarvt: Wer unter Deutschen eine Debatte "gewinnen" wolle, der müsse nur zum rechten Zeitpunkt mit möglichst empört tuendem Augenaufschlag "Hitler!" rufen, und schon sei der Gegendiskutant erledigt. Dieses deutsche Spiel hat so prächtig funktioniert, daß immer mehr Leute mitspielen wollten. Zum Schluß "hitlerte" es bei jeder noch so banalen Gelegenheit: Das Nennen gewisser Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik, das Zitieren einer unfriedlichen Koran-Sure, der Hinweis auf gesetzliche Regelungen zur Grenzkontrolle oder Ähnliches reichte schon, damit einem die braune Trumpfkarte vor die Nase geknallt wurde.
Der AfD hatte man die Karte jahrelang um die Ohren gehauen. Alle spielten mit: die etablierten Parteien und die Staats- und Konzernmedien, die Kirchen und Gewerkschaften, Scharen von "Promis" und wer nicht alles. Eigentlich hätten die alternativen Unruhestifter längst mausetot sein müssen. Sind sie aber nicht, im Gegenteil, wie wir seit Sonntag schwarz auf weiß haben. Die Nazikeule hat so oft zugeschlagen, daß sie ihre Wirkung verlor. Sie schreckt nicht mehr, sie nervt höchstens noch.
So wie Anfang der Woche. Da hat AfD-Spitzenkandidat Gauland die spitze Frage gestellt, was der Spruch, Israels Sicherheit und Existenzrecht seien Teil der deutschen Staatsräson, in der Praxis eigentlich wert sei. Ob die Deutschen sich überhaupt bereitfänden, in den Krieg zu ziehen, wenn der (latent gefährdete) Judenstaat Ziel einer militärischen Aggression würde. Er habe da seine Zweifel. Und die hat er wohl zu Recht.
Doch Volker Beck, Grüner und Chef der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im alten Bundestag, quasselte sofort etwas von "NPD" und "antisemitisch". Dabei hatte Gauland nur wissen wollen, ob die hochtrabende Zusage an Israel ein ernstes Beistandsversprechen darstellt oder bloßes Geschwätz - und damit offensichtlich den wunden Punkt der Schwätzer getroffen. Also holten die Getroffenen ihre Nazikeule heraus, erzielten damit allerdings keinerlei nennenswerte Wirkung. Schon wieder daneben!
Dieser Kontrollverlust ist das eigentlich Schockierende. Man hatte sich daran gewöhnt, die Deutschen mit Hilfe ihrer Angst und ihres schlechten Gewissens beliebig durch die Manege treiben zu können. Doch irgendwann ist es halt allzu durchschaubar geworden. Wenn die Leute den Budenzauber aber erst einmal durchblickt haben, können die Gaukler einpacken.
Merkels Kanzleramtsminister Peter Altmaier hatte kurz vor der Wahl ja noch mal alles gegeben und die AfD-geneigten Bürger aufgefordert, gar nicht erst zur Wahl zu gehen. Die Botschaft: Wer nicht für uns ist, der ist nicht bloß gegen uns, der sollte am besten gar nicht mehr dabei sein bei der Demokratie.
In den Altmaier-Worten paarten sich Verzweiflung und Arroganz in beispielhafter Weise. Wir bekamen einen tiefen Einblick in das, was man das "Demokratieverständnis" der Mächtigen nennen könnte, welches nach dem Grundsatz zu funktionieren scheint: Demokratie ist, wenn wir die Macht behalten.
Für einen bestimmten Teil des deutschen Volkes hört sich das in etwa so an wie: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben. Das kennt dieser bestimmte Teil noch von irgendwoher, was den besonderen Wahlerfolg der Populisten in dessen Heimatregionen erklärbar macht.
Wie tief das Mißverständnis der Mächtigen der deutschen Republik in Sachen Demokratie schon reicht, läßt sich auch an den Kommentaren zur Entwicklung in den USA ablesen. Mit diebischer Freude verfolgen Deutschlands Tonangeber in den Medien, wie US-Präsident Donald Trump gegen ein rebellisches Parlament anrennen muß. Wie ihn die Volksvertreter zu Verhandlungen und Kompromissen nötigen und ihren Präsidenten auch gerne mal komplett auflaufen lassen.

"Trump im Kongreß gescheitert" jubeln deutsche Redaktionen auf und deuten das als Schwäche des US-Präsidenten, von der sich die Stärke und der Rückhalt unserer Kanzlerin so wohltuend abhebe, was doch der Beweis dafür sei, daß unsere Demokratie derzeit viel besser funktioniere als die der Amis. Haha!
Die gleiche Begeisterung löst es aus, wenn der ungeliebte Trump von einem hohen Gericht in die Schranken gewiesen wird. Seht ihr: Er kann es nicht! Wir dagegen ...
Die US-Amerikaner nennen das, was sie da treiben, "checks and balances", zu Deutsch: Überprüfung und Ausgleich. Wir Deutsche enttarnen das natürlich als Beschönigung, die lediglich übertünchen soll, wie's da drüben drunter und drüber geht.
Was die teutonischen Besserdemokraten leider übersehen, ist, daß es sich bei dem Treiben in Übersee um nichts anderes handelt als um praktizierte Gewaltenteilung. Genauso haben es sich die Schöpfer der modernen Demokratie nämlich gedacht: Daß das Parlament aus gewählten Volksvertretern die Regierung streng kontrolliert und daß die Gerichte beide Organe, Regierung wie Volksvertretung, genau im Auge behalten, damit alles, was sie treiben, im Rahmen der Gesetze bleibt.
Doch wie funktionierte das im Deutschland der vergangenen Jahre? Das Parlament "kontrolliert" die Regierung? Es läuft genau umgekehrt: In der größten Regierungsfraktion etwa schwang ein getreuer Gefolgsmann der Kanzlerin namens Volker Kauder die Rute über folgsame Fraktionssoldaten, die in untertäniger Treue strammstanden vor ihrer Herrin.
So hob die Kanzlerin mit einem Fingerschnippen die Gesetze zur Grenzkontrolle und Einreise auf - doch weder im Parlament noch sonstwo regte sich hörbarer Widerstand, höchstens auf der Straße. Über die Bürger, die dort zu protestieren wagten, rollte jedoch die "vierte Gewalt" in Gestalt der "unabhängigen" Staatsmedien hinweg, um die Hitler-Karte zu zücken.
Gegen dieses Gespinst einer alles überspannenden Allmacht kam nichts und niemand auf. Gewaltenteilung? "Checks and balances"? Nichts dergleichen.
Aus diesem Machtgefühl scheint die Kanzlerin noch immer ihre Ruhe zu schöpfen. Wenn man sieht, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Amt verharrt, kann man den Eindruck bekommen: Im Grunde ihres Herzens zweifelt Merkel nach zwölf Jahren an der Regierung daran, daß das sogenannte Volk überhaupt noch das moralische Recht hat, über ihre Kanzlerschaft abzustimmen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 9/2017 berichtete im September 2017:
>>**Die Kalte Kanzlerin - Der Staat bin ich, das Volk ist nichts**
_ von Daniell Pföhringer
Um es gleich vorwegzunehmen: Der sogenannte "Hooton-Plan", von dem in halbseidenen Internetforen oft als Blaupause zur Auslöschung des deutschen Volkes geraunt wird, ist nicht für die aktuellen Vorgänge verantwortlich. Dieses Papier war - im Gegensatz zum Morgenthau-Plan zur Deindustrialisierung der Besatzungszonen, dessen wesentliche Elemente tatsächlich bis Juli 1947 Grundlage der alliierten Direktive JCS 1067 waren - nur die akademisch verbrämte Fieberfantasie eines Fanatikers:
Im Jahr 1943 - etwa zwei Jahre nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg - plazierte der amerikanische Anthropologe Earnest Albert Hooton, der nicht nur ein leidenschaftlicher Deutschenhasser war, sondern auch ein Rassist und Eugeniker (wortwörtlich plädierte er für das "Eliminieren der Unbrauchbaren, Wertlosen, Degenerierten und Antisozialen jeder Rasse und jedes ethnischen Stammes"), einen Artikel mit dem Titel "Breed war strain out of Germans" ("Die Kriegsveranlagung aus den Deutschen züchten") im New York Daily.
Darin warb er dafür, die "aggressive Ideologie" des "deutschen Nationalismus" durch die Ansiedlung ausländischer Bevölkerungsgruppen auszumerzen. Den Deutschen unterstellte Hooton "biologisch begründete und angeborene räuberische Neigungen", die nur durch "Kreuzung" mit Menschen fremder Herkunft gebändigt werden könnten.

Stichwort "Austauschmigration"
Wenig spricht dafür, daß Hootons wahnwitzigen Ideen den New York Daily, der nur wenige Jahre später eingestellt wurde, überlebt hätten - vielmehr weisen die aktuellen Vorkommnisse in Deutschland frappierende Ähnlichkeiten mit einem anderen Konzept auf, das weitaus ernster zu nehmen ist als das wirre Geschreibsel des fanatischen Eugenikers.
Der "Große Austausch", wie der französische Schriftsteller Renaud Camus die heute nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa zu beobachtende Ethnomorphose nennt, folgt nicht biologistischen Motiven wie bei Hooton; es geht nicht darum, angeblich angeborene schlechte Eigenschaften "wegzuzüchten". Statt dessen wird demographisch und ökonomisch argumentiert.
Grundlage ist weniger ein Plan im eigentlichen Sinne, sondern sind Empfehlungen von höchster Stelle - genauer: ein Bericht der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, der empfiehlt, daß in Europa, wie es explizit heißt, "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden" müßten , um den derzeitigen Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter konstant halten zu können.
In der englischsprachigen Ausgabe ist von "Replacement Migration" - also "Austauschmigration" - die Rede, in der deutschen Übersetzung heißt es hingegen verharmlosend "Bestandserhaltungsmigration".
Die Fachabteilung der UNO unter der Leitung von Joseph Chamie, damals wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Migrationsstudien in New York, stellte bei der Untersuchung der "Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Migrationstrends für alle Länder der Welt" zwei "kritische Trends" fest, nämlich "den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung" in einigen Staaten.
Unter die Lupe genommen wurde dabei vor allem Europa, unter anderem auch die Bundesrepublik. Als "Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen" kam man schließlich auf die Strategie der Austauschmigration. Eines der im Jahr 2000 skizzieren Szenarien besagt, daß Deutschland jährlich eine Nettozuwanderung von 324.000 Menschen benötige, um seinen derzeitigen Bevölkerungsstand bis 2050 aufrechterhalten zu können. "Im Ergebnis wären 2050 bei einer Bevölkerung von 82 Millionen 23 Millionen (28 Prozent) Post-1995-Migranten oder deren Nachkommen", heißt es dazu in dem UN-Bericht. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 2. Oktober 2017: >>**Widerstand gegen AfD-Politiker Glaser als Bundestagsvize**
Im Bundestag formiert sich fraktionsübergreifender Widerstand gegen die Wahl des AfD-Kandidaten Albrecht Glaser zum Bundestagsvizepräsidenten. Die Spitzen von SPD, FDP, den Grünen und der Linksfraktion haben angekündigt, Glaser ihre Stimme zu verweigern. Als Begründung führen sie laut einem Bericht der *faz* an, Glaser stelle die Religionsfreiheit in Abrede. "Wer die Religionsfreiheit in Frage stellt, hat sich disqualifiziert. Ich kann so jemanden nicht wählen", sagte der Grünen-Fraktionsvorsitzende Cem Özdemir.
Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Marco Buschmann, erklärte: "Es ist bekannt, daß Herr Glaser für eine Reihe von Positionen steht, die eine Zumutung für mich darstellen." Die Fraktionen seien angehalten, mehrheitsfähige Personen für das Amt zu benennen.
Keine Religionsfreiheit für Muslime?
Linkspartei-Fraktionschef, Dietmar Bartsch betonte, "daß ich Glaser nicht wählen werde". Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, sagte mit Verweis auf Glaser, potentielle Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten müßten "natürlich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und insbesondere die Grundrechte respektieren". Die Unionsfraktion wollte sich auf Nachfrage der *faz* nicht zu der Personalie äußern.
Als Begründung für ihre ablehnende Haltung verweisen die Fraktionen auf eine Rede des

75jährigen, in der dieser den Entzug der Religionsfreiheit für Muslime gefordert hatte. Im April hatte Glaser bei einem Vortrag im hessischen Oestrich-Winkel gesagt: "Der Islam ist eine Konstruktion, die selbst die Religionsfreiheit nicht kennt und diese nicht respektiert." Da wo der Islam das Sagen habe, werde jede Art von Religionsfreiheit im Keim erstickt. "Und wer so mit einem Grundrecht umgeht, dem muß man das Grundrecht entziehen." AfD-Fraktionschef Alexander Gauland will aber nicht von dem Wahlvorschlag abrücken: "Selbstverständlich stehen wir hinter Herrn Glaser als Kandidaten", unterstrich er.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 4. Oktober 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Sehr geehrter Herr Bundespräsident!**

Mit tiefstem Bedauern muß ich Ihnen leider mitteilen, daß ich für das Amt der Bundeskanzlerin in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr zur Verfügung stehe. Ich habe fertig mit Deutschland!

Herr Bundespräsident, seit der letzten Wahl versuche ich, Partner für eine neue Koalition zu finden. Diejenigen, die ich will, wollen nicht. Diejenigen, die wollen, möchte ich nicht. Jedenfalls diese freche Föhn-Pfeife von der FDP nicht. Der Reihe nach.

Der Herr Martin Schulz aus Würselen weigert sich, mit mir eine Große Koalition zu machen. Im Wahlkampf war er noch so nett zu mir. Plötzlich kriege ich von ihm nur noch Schimpfe. ICH kann doch nichts dafür, daß seine SPD-Wähler ihn mit 20,5 % geprügelt haben. Mich und meine CDU/CSU hat dieses Pack doch auch auf 33 % runtergeprügelt. Und der Genosse Schulz hat nur 5,2 % verloren, ich sogar 8,6 %!!

Dabei habe ich doch mit Ihrem Nachfolger im Amt des Außenministers, dem netten Herrn Vizekanzler Gabriel, so wunderbar erst Syrien, Irak und Afghanistan, dann halb Afrika, ja, die ganze Welt gerettet. Ich habe sogar Ihre SPD-Staatssekretärin, die türkische Neudeutsche, Frau Özoguz, endlich herausfinden lassen, daß jene, die schon länger hier leben, nur EINE deutsche Identität haben, die Sprache nämlich. Nicht mal die Kinder-Ehe, den Gender-Sex-Unterricht für Sechsjährige habe ich der SPD verboten.

Aber nein, der Herr will nicht. Dabei fand er es doch auch so wunderbar, als ich 2015 die Grenzen für Hunderttausende Facharbeiter, Ärzte und Ingenieure "alternativlos" geöffnet habe. Wertvoller als Gold hat der Herr Schulz sie genannt. Und als sie sich dann als junge, gesunde Analphabeten entpuppten? Habe ich da nicht gesagt: Nun sind sie halt da … mir doch egal? Kann man noch anschmiegsamer sein in einer GroKo?

Gut, es gab ein paar Kollateralschäden - hier etwas Silvester-Sex, dort eine Joggerin im Park - die täglichen Einzelfälle halt. Aber selbst den Schutzsuchenden, der sich in Berlin mit dem Bus auf den Weihnachtsmarkt verirrte, versehentlich ein paar Menschen rammte, habe ich nicht an die große Glocke gehängt. Und die Medien von ARD, ZDF, PHOENIX waren/sind doch alle auf unserer Seite! Ich selbst habe literweise Tee mit Frau Frieder Springer geschlürft, damit diese schreckliche 'Bild'-Zeitung kuscht …

Und jetzt läßt dieser Herr Schulz mich einfach so im Stich? Nur weil dieses Pack von der AfD 12,6 % Wähler bekam? 5 oder 6 Millionen Dunkeldeutsche? Meine Güte, in den nächsten Jahren hätten wir die doch mit dem wunderbaren SPD-Justizminister Maas, mit meinem Büroleiter Meat Loaf Altmaier platt und stumm gemacht … Aber nein, der Herr Schulz zickt. Nun will ich auch nicht mehr. Macht doch euren Dreck alleene …

PS: Leider wurde dieser Brief nie wirklich geschrieben. Aber man darf ja mal träumen. …<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 11. Oktober 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat September geht an: Oliver Welke / "heute show"**

Komiker, die sich von den Herrschenden bezahlen lassen, um ihre Brötchengeber mit Späßen auf Kosten anderer aufzumuntern, nennt man gemeinhin Hofnarren. Die wenigsten trauen sich, ihre Narrenfreiheit zu nutzen, um den Mächtigen selbst den Spiegel vorzuhalten. Wer sich bevorzugt an den Feinden des Hofes abarbeitet, hat die Lacher des Brötchengebers sicher

und riskiert nicht in Ungnade zu fallen, ist dafür allerdings auch nicht wirklich komisch.
Unter all den Hofnarren, die sich die politische Klasse im zwangsgebührenfinanzierten Staatsfernsehen so hält, ist Oliver Welke mit seiner "heute show" wohl so ziemlich der unlustigste. Die erste Sendung nach der Bundestagswahl treibt seine plumpe Masche auf die Spitze: Ein paar matte, harmlose Scherze über Mutti Merkel und ihre früheren und künftigen Koalitionspartner - man weiß ja, welche Hand einen füttert -, aber volles Rohr und immer schön unter die Gürtellinie gegen AfD und Donald Trump, da weiß er genau, daß die Etablierten den auch nicht mögen.
Keine "Nazi"-Anspielung ist Welke und seiner Truppe zu primitiv, wenn’s gegen die AfD geht. Deren Wähler sind ja sowieso alle "Idioten". Und klar, nicht der in zwölf Merkeljahren angehäufte Mist ist das Problem, sondern daß die AfD deswegen jetzt auch im Bundestag sitzt. Schuld daran sind Facebook, Twitter und überhaupt alle in den Medien, die noch über die Asylkrise reden, obwohl Mutti das doch gar nicht mag, rasselt Welke mit seinem Hofnarren-Kollegen von NDR-'extra 3' herunter. Und die doofen Wähler, natürlich nur die von der AfD. Die haben versagt, nicht das Parteien-Establishment, also wird auf denen ordentlich rumgehackt.
Brav apportiert, Olli. Zur Belohnung gibts auch ein paar Leckerli - und natürlich die schon lang verdiente Goldene Hoftrompete.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Die Forschung bestätigt das Bauchgefühl**
Ein Aufschrei ging durch die Medien, als der einfache Mann von der Straße diese als "Lügenpresse", "einseitig" und "ideologisch verblendet" kritisierte. Doch nun zeigen aktuelle Forschungsberichte: Der gemeine Plebs von der Straße hat mehr als recht gehabt: Die deutschen Medien haben einen Schrott über die Flüchtlingskrise zusammengekleistert und sind ihrer Rolle als unabhängige Berichterstatter vorne und hinten nicht gerecht geworden.
"Die Studie zeigt auf, daß sich der Informationsjournalismus beim Thema Flüchtlinge praktisch nur für die Regierungspolitik, kaum aber für die Situation der in Deutschland angekommenen Flüchtlinge interessierte." Und: "Die Medien feierten sich und den liberalen Teil der Bevölkerung als großartige Menschenfreunde. Sie wollten nicht recherchieren und übergingen Skeptiker und Kritiker." Zu diesem Befund kommt der Hamburger Medienforscher Michael Haller in seiner jüngsten Studie über die Berichterstattung zur Flüchtlingskatastrophe.
Ausländerkriminalität ausgeblendet
Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der Mainzer Medienforscher Marcus Maurer, der bestätigt, daß es bis zum Herbst 2015 einen "sehr positiven" Tenor der Berichterstattung über Migranten gegeben habe. Deutliche Probleme gab es bei der Berichterstattung über Kriminalität:
Die Journalisten hätten nicht mehr die Realität wahrgenommen, geschweige denn über diese berichtet. Denn während in der Kriminalitätsstatistik deutlich mehr Gewaltdelikte von als gegen Migranten festgehalten wurden, hätten die Medien häufiger über Gewalt gegen Migranten berichtet als über Gewaltdelikte, die von Flüchtlingen verübt wurden. Zudem dominierten in den Talkshows vor allem Gäste, die sich für eine verstärkte Zuwanderung aussprachen. Wer dies kritisierte, sah sich doppelt so oft "konfrontativem Verhalten" von seiten der Moderatoren ausgesetzt als diejenigen, die sich für Zuwanderung stark machten.
Unglaubwürdige Medien
Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Chefin des Instituts für Demoskopie, Renate Köcher: Während die Medien immer noch voller Freude über die unkontrollierte Zuwanderung schwärmten, waren bereits im Oktober 2015 zwei Drittel der Deutschen der Meinung, die Flüchtlingswelle werde das Land stark verändern. 62 % der Bevölkerung befürchteten, mit den Flüchtlingen würden auch Terroristen eingeschleust. 57 % hatten das Gefühl, die Politik sei ratlos und Deutschland habe die Kontrolle über seine Grenzen verloren. Kein Wunder

straft die Bevölkerung die Medien hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit ab:
Was die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, betrifft, vertrauen nur noch 30 % der Deutschen den Medien.
In Bezug auf die Kriminalität von Flüchtlingen sind es gar nur noch 23 %. Jeder Gebrauchtwagenhändler verfügt über eine höhere Glaubwürdigkeit!<<
Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 25. Oktober 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Die CDU hat fertig**
Erstklassig beruft erstklassig, zweitklassig beruft drittklassig, drittklassig beruft viertklassig - der Satz konkretisiert die berühmte Regel von Machiavelli, wonach man einen Fürsten anhand seines Umfeldes bewerten kann.
Angela Merkel hat seit fast 20 Jahren in der CDU nur noch viertklassiges Personal berufen: Tauber, Altmaier, Kauder, von der Leyen. Alle Guten hat sie weggebissen: Merz, Koch, Guttenberg. Wer immer einen eigenen Gedanken hatte, vielleicht sogar einen originellen, mußte weg: denn er war eine Bedrohung für Merkels Machtanspruch.
Deshalb kommt in der CDU auch nach Merkel nichts mehr.
Weil niemand mehr da ist, der Vertrauen gewinnen kann. Aktuell beweist das die CDU in Sachsen. Der entscheidungsschwache, aber beliebte Ministerpräsident Tillich geht - und wird durch einen Nachwuchspolitiker ersetzt, der bei der Bundestagswahl seinen Heimatwahlkreis an die AfD verloren hat. Einen Wahlkreis wohlgemerkt, der seit 1990 fest in CDU-Hand ist und bei dem 2013 noch 49,6 Prozent der Erststimmen auf die CDU entfielen. Was ihm im Kleinen widerfuhr, wird er in ganz Sachsen wiederholen: eine einstige CDU-Hochburg an die AfD übergeben.
Mit Merkels Personal ist das alternativlos.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. November 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat Oktober geht an: Maybrit Illner**
So richtig prickelnd war es ja noch nie, was die ZDF-Moderatorin in ihrer Donnerstags-Schwatzrunde so serviert hat: Wohlfühl-Konsenssoße mit den üblichen Verdächtigen aus dem etablierten Parteien-Personal als Hauptzutat, gerne mit Figuren aus der zweiten Reihe und nur ganz selten gewürzt mit echten Oppositionspolitikern, die dann sicherheitshalber - wie neulich AfD-Vize Beatrix von Storch - schon mal separiert von den anderen am Katzentisch stehen müssen.
Seit der Bundestagswahl kennt die Ödnis allerdings keine Obergrenze mehr. "Maybrit Illner" ist zur Dauerwerbesendung für die "Jamaika"-Koalition mutiert, in der Schwarze, Grüne und Gelbe schon mal das Regierungskuscheln üben und die Bürger darauf einstimmen dürfen, welche Wahlversprechen sie in die Tonne treten würden, damit Mutti weiter regieren kann und die ausgehungerten Vorturner der Besserverdienerparteien FDP und Grüne auch mal an die Fleischtöpfe kommen.
In jeder zweiten Sendung sitzt Lindner-Vize Wolfgang Kubicki dabei, der seine Großmutter und das FDP-Wahlprogramm sowieso für einen Ministersessel verkaufen würde; für die Grünen waren von Kirchentags-Katrin Göring-Eckardt bis K-Gruppen-Jürgen Trittin auch schon alle da, und von CDU und CSU findet sich immer einer, der beteuert, daß das mit der "offenen rechten Flanke" schon nicht so gemeint ist und alle im Grunde doch dasselbe wollen: "Sozial" und "gerecht" sein sowieso, auch wenn die bockige SPD das gern für sich gepachtet hätte, das "Klima" retten bitte auch, und irgendwie "Ordnung" soll bei der Einwanderung schon herrschen, auch wenn weiter jeder rein darf.
Für diese Bürgereinschläferung in Endlosschleife ist Maybrit Illner die Idealbesetzung. Daß die Ost-Berlinerin mal SED-Mitglied war und das Fernseh-Handwerk im "Roten Kloster" gelernt hat, stand ihrer Nach-Wende-Karriere nicht im Wege. Warum auch; wer unter direkter Aufsicht der Abteilung Agitprop des ZK der SED die Rotlichtbestrahlung an der "Sektion

Journalistik" der Leipziger Karl-Marx-Uni durchlaufen hat, der zentralen Journalisten-Kaderschmiede der "DDR", weiß schließlich, wie es die Mächtigen gerne haben. Besonders, wenn sogar die Kanzlerin selbst mal Agitprop-Sekretärin war. Gelernt ist eben gelernt; und willige Hoftrompeter werden bekanntlich immer gebraucht.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 15. November 2017: >>**Berlin hat fertig - nun auch die Polizei!**

Im Februar ist wieder Berlinale. Dann spielt Berlin ein bißchen Hollywood. Aber so lange will die Stadt diesmal nicht warten. Daher übt sie sich gerade im Nachstellen eines großen Hollywood-Erfolges: Des Kinohits "Police-Academy - dümmer als die Polizei erlaubt".

"Police Academy" war eine Klamotte des eher rauhen Humors. Aber absolut prophetisch. Das Drehbuch entspricht genau dem, was Grüne, Sozen und Christdemokraten in den letzten Jahrzehnten an der Berliner Polizei-Akademie umsetzten: Wie im Film senkte man die Aufnahmeanforderungen gegen null - und hat jetzt die Ergebnisse. Polizeischüler, die kein Deutsch können; oder nicht schwimmen; oder im Unterricht schlafen; oder sich weigern, Frauen die Hand zu geben; oder offen rassistisch sind, weil sie als Muslime Deutsche verachten.

Ein Ausbilder der Akademie sprach sich den Frust von der Seele. "Das wird ’ne Zwei-Klassen-Polizei, die nur korrupt sein wird. Das sind keine Kollegen, das ist der Feind. Das ist der Feind in unseren Reihen." Das klingt dann nicht mehr so komisch.

Gleichzeitig meldete 'Focus', daß kriminelle Clans die Berliner Polizei unterwandern. Einer der Anwälte dieser Clans vertritt, ganz zufällig, ausgerechnet die Vizepräsidentin der Polizei, Margarete Koppers. Sie gilt als Liebling der Grünen und scheint den Ehrgeiz zu haben, so viele Skandale mit ihrem Namen zu verbinden wie Berliner Clanmitglieder Straftaten. Zeugnisse soll sie manipuliert, Feuerwehrleute um die Bezahlung von Überstunden geprellt, von der schleichenden Vergiftung von Polizisten durch ungenügende Belüftung der Übungsschießanlage gewußt haben. Und auch die Senkung der Ausbildungsanforderungen geht auf ihr Konto.

Diese Senkung hat rein ideologische Gründe. Berlin will zeigen, wie bunt und multikulti es ist. Daher bildet die Stadt auch potentiell korrupte Schläger und Volltrottel an der Waffe aus. Wenn die Migranten zu doof sind, muß man ihnen halt entgegenkommen.

Für den rot-rot-grünen Senat Grund genug, Frau Koppers zu befördern. Sie soll Generalstaatsanwältin werden. Wie zu erwarten, ging es auch bei dieser Beförderung nicht mit rechten Dingen zu.

Die Zustände an der Polizei-Akademie sind ein Skandal. Aber der eigentliche Skandal liegt bei denjenigen, die diese Zustände ermöglicht haben. Der Fisch stinkt vom Kopfe her. Und wie jeder faulige Fisch schillert er rot und grün und schwarz.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 16. November 2017: >>**"Das ist unfaßbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern**

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. Ein Verteidigungsexperte der SPD sieht die Verantwortung bei Ursula von der Leyen.

Mehr als die Hälfte der Kampfpanzer "Leopard 2" der Bundeswehr sind derzeit nicht einsatzbereit. Das geht aus einer Übersicht des Verteidigungsministeriums hervor, die den Zeitungen der Funke Mediengruppe vorliegt.

Von den 244 Kampfpanzern des Typs seien lediglich 95 bereit für den Einsatz, heißt es. 53 Fahrzeuge werden gerade umgerüstet, 7 stehen bei Industrie und Prüfstellen, weitere 89 seien "nutzungsbedingt ausgefallen", wie es in den Unterlagen aus dem Ministerium heißt. Die reparaturbedürftigen Kampfpanzer können offenbar nicht zügig instand gesetzt werden, weil Ersatzteile fehlen. Wörtlich heißt es in dem Bericht, in vielen Fällen würde sich "die Nichtverfügbarkeit der benötigten Ersatzteile nachteilig" auswirken.

Strukturelle Mängel an der Spitze?
"Das ist unfaßbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.
"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt."
Die Soldaten seien es jedenfalls nicht, betonte Hellmich. Sie seien darauf angewiesen, daß ihnen das nötige Material funktionstüchtig auf den Hof gestellt werde. "Es ist und bleibt eine Frage der Leitung des Verteidigungsministeriums, die für die Sicherheit unseres Landes verantwortlich ist", betonte der SPD-Politiker.
Beim Kampfpanzer Leopard 2 handelt es sich um eines der wichtigsten Waffensysteme des Heeres. Das bis zu 65 Tonnen schwere und maximal 72 km/h schnelle Kettenfahrzeug kann aus seiner Hauptwaffe, der Glattrohrkanone im Kaliber 120 Millimeter, verschiedene Spezialgeschosse auf bis zu sechs Kilometer entfernte Ziele abfeuern.
Exportschlager mit Ketten und Kanone
Für die deutsche Rüstungsindustrie ist der Leopard 2 ein wichtiges Exportprodukt. Seit 1979 haben sich bereits Streitkräfte in 16 Ländern für den deutschen Hauptkampfpanzer entschieden. Das ursprüngliche Modell wurde über die Jahre in mehreren Stufen weiterentwickelt. Die neueste Version vermarktet Hersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) als "Leopard 2 A7+". Insgesamt konnte KMW mit seinen Partnern Rheinmetall und MTU bereits mehr als 3.500 Stück dieser Spezialfahrzeuge an Abnehmer in aller Welt ausliefern.
Die speziell an den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr angepaßten Leopards in der Version "A7+" bieten zum Beispiel einen "passiven Rundumschutz für die Besatzung gegen Bedrohungen wie Sprengfallen, Minen oder Panzerfaustbeschuß", verbesserte Nachtsicht-Fähigkeiten, eine "Außenbordsprechstelle" und leistungsstarke Klimaanlagen für Turm und Fahrgestell.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. November 2017: >>**Staatskunst**
Was das "Zentrum für politische Schönheit" vor dem Wohnhaus des Thüringer AfD-Politikers veranstaltet, ist eine konzertierte politische Aktion. Die großen Medien berichteten in Echtzeit und verlinkten Livestreams. Auch die Radionachrichten hielten die Sache für erwähnenswert, und noch am selben Abend widmete die Sendung "Kulturzeit" auf 3Sat sich der sogenannten Kunstaktion.
Die Initiatoren haben nicht nur Betonstelen aus Pappmaché aufgestellt. Angeblich haben sie auch Höcke und seine Familie monatelang mit Kameras observiert und sogar den Hausmüll nach belastendem Material durchsucht. "Wir wissen alles", sagt Philipp Ruch, der Leiter des Zentrums. "Wann Höcke sein Holz hackt, welche Verlage ihm Broschüren schicken, wie er auf Reisen mit seinen Anzügen umgeht, wie es seinen Schafen geht, wo er gerne urlaubt."
Vollstrecker einer Staatsräson
Kunst ist hier zum Vorwand für Spitzelei, für Erpressung, zu einer Form des Psycho- und molekularen Bürgerkriegs gegen Andersdenkende verkommen. Die Frage nach Stasi-Methoden beantwortet Ruch mit dem Satz: "Gegen Nazis wenden wir nur Nazimethoden an."
Falls Höcke aber "vor dem Denkmal auf die Knie fällt und für die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg um Vergebung bittet, wollen wir der Ernsthaftigkeit seiner Läuterung glauben. Dann lösen wir den Zivilgesellschaftlichen Verfassungsschutz vorerst wieder auf und veröffentlichen keine pikanten Details aus seinem Leben." Er nennt sein Vorgehen "einen aggressiven Humanismus". Solche Sätze kennt man aus den Romanen Alexander Solschenizyns.

Geäußert werden sie von den Vollzugsbeamten des stalinistischen Terrors.
Die sich hier als künstlerische Tabubrecher in Szene setzen, sind ebenfalls Vollstrecker einer Staatsräson. Der im Holocaust-Mahnmal zementierte Schuldkult dient ihnen als Quelle totaler Selbstermächtigung. Das ist kein Zufall, denn in einer Gesellschaft, in der die masochistische Moral gemeinschaftsbildend wirkt, findet das aufgestaute innere Elend den Ausweg im Sadismus. Subversiv sind die politischen Schönheitsaktivsten in ganz anderer Weise: Mit der Miniaturausgabe haben sie das Denkmal auf eine Witzvorlage reduziert, was seine Gegner als Bestätigung und Bestärkung verbuchen können.

Verräterische Schadenfreude

Die Mitinitiatorin des Berliner Holocaust-Mahnmals, Lea Rosh, hat den Nachbau als "eine wunderbare Idee" bezeichnet. Die Aktion so kurz vor der Weihnachtszeit sei eine "herrliche Bestrafung" für Höcke. So müsse er vor seinem Haus den Nachbau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas erdulden. Roshs Schadenfreude ist verräterisch. Wenn schon die Miniaturausgabe eine zu erduldende Strafe ist, was ist dann erst das Original?
Auch der bekannte Kunsthistoriker Beat Wyss ist dem Zentrum zur Seite gesprungen. Die Frage, ob ein massiver Eingriff in die Privatsphäre des AfD-Politikers, die eine monatelange Überwachung darstelle, sich durch eine Kunstaktion legitimieren ließe, bejahte er klar. "Die Kunst darf alles, wenn sie zum Lachen führt." Auch "weil sie quasi als fünfte Gewalt in der Gesellschaft mit Machtlosigkeit geschlagen ist". Philipp Ruch sei deshalb auch "der legitime Erbe von Till Eulenspiegel", denn Kunst habe die Aufgabe, "ein Fürsten-Spiegel zu sein".
Dazu zwei abschließende Bemerkungen. Erstens: Es gibt - siehe oben - auch das Lachen des subalternen Büttels, dem Macht über die Machtlosen verliehen wurde; es gibt das Lachen des Sadisten, des Folterknechts, sogar das des Lustmörders, vor dem sogar Alfred Hitchcock sich fürchtete. Zweitens: Eulenspiegel hat die Machtverhältnisse verspottet, sie situativ zum Tanzen gebracht.

Fürstenknecht statt Fürstenspiegel

Ruch hingegen ist Teil der Verhältnisse und reproduziert sie. Er installiert keinen Fürstenspiegel, er ist ein Fürstenknecht! Die Aktion ist ein Sonderprojekt im Rahmen des dritten Berliner Herbstsalons des Maxim-Gorki-Theaters in Berlin, der auch hinter den Dschihad-Bussen am Brandenburger Tor steckt. Also, Staatskunst vom Feinsten!
Fazit: Wir haben Staatskünstler, Staatsmedien, Staatsintellektuelle. Sie bilden einen Überbau, der ästhetisch, moralisch und geistig nur noch destruktiv wirkt und zur Käseglocke geworden ist.
Ein Vorschlag zur Güte: Philipp Ruch zeigt tätige Reue über seine Gemeinheit und seinen Kniefall vor der Staatsräson, indem er sich auf einem Weihnachtsmarkt seiner Wahl bis zu den Knien in einen der Betonpoller einmauern läßt, die zum Schutz gegen islamistische Anschläge aufgestellt werden. Im Gegenzug versorgt Björn Höcke ihn allabendlich mit Glühwein und Bratwurst und stärkt ihm moralisch den Rücken.
Die "Kulturzeit"-Redakteure müßten die Versöhnungsszenen mit Kamera und Mikrofon begleiten. Das wäre tabubrechend, grenzüberschreitend, das wäre tapfer, das wäre politisch und auf eine unaggressive Weise human. Das wäre Schönheit, übersetzt in Politik!<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. November 2017: >>**Gemeinschaft von Gläubigen**

Was ist los an deutschen Universitäten? Als die Politikwissenschaftlerin Gisela Müller-Brandeck-Bocquet an der Universität Würzburg darum bat, diesen Ort als säkularen Freiraum zu akzeptieren und Kopfbedeckungen abzulegen, verweigerte dies eine moslemische Studentin, trotz persönlicher Aufforderung.
Daraufhin brach ein Sturm der Entrüstung los, erregte Studenten zwangen die Professorin öffentlich zur Entschuldigung, gedeckt von einer verschüchterten Universitätsleitung. Ein Vor-

fall, der in Variationen längst universitärer Alltag ist.

Nichtigkeiten reichen aus

Vergangenes Jahr wollte der Berliner Geschichtsprofessor Jörg Baberowski an der Universität Bremen ein Buch vorstellen. Der Studentenausschuß beschimpfte ihn öffentlich, drohte mit Protesten. Erfolgreich, der Veranstalter mußte umziehen. Baberowskis Buchtitel: "Räume der Angst".

Derweil … (protestierten) Studenten der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin, da ein Liebesgedicht des Lyrikers Eugen Gomringer an der Fassade angeblich eine "patriarchale Kunsttradition" ausdrücke. Es erinnere "unangenehm an sexuelle Belästigung, der Frauen alltäglich ausgesetzt sind". Das Gedicht wird übermalt.

Nichtigkeiten reichen aus, daß eine Studentenschaft in Erregungsmodus fällt, gegen mißliebige Dozenten vorgeht, Veranstaltungen sprengt, Arbeitsräume verwüstet und es nicht nur bei verbaler Gewalt beläßt. Toleriert, wenn nicht gar ermuntert, von einer Universitätsleitung, die alles will, nur nicht sich selbst den Protesten aussetzen.

Wohl eher die Freiheit des Mobs

Nachdem der Kasseler Biologieprofessor Ulrich Kutschera in einem Interview homosexuelle Partnerschaften als "sterile Erotik-Duos ohne Reproduktionspotential" bezeichnete, prüft die Universität ernsthaft disziplinarrechtliche Schritte. Freiheit von Forschung und Lehre? Wohl eher die Freiheit des Mobs, zu bestimmen, was gelehrt wird.

Wie ist das zu werten? Ist nun mit fünfzig Jahren Verspätung die maoistische Kulturrevolution auch bei uns angekommen? Ernten die Alt-68er jetzt mit ihrer Emeritierung die Früchte eines Marsches durch die Institutionen? Um das zu klären, müssen wir in die Tiefen der europäischen Aufklärung hinabsteigen.

Das mittelalterliche Weltbild war eine geschlossene Angelegenheit. Christliche Klöster, als Horte der Gelehrsamkeit, verstanden sich eigentlich nicht als Produktionsstätten neuen Wissens, sondern als Pfleger und Bewahrer bereits vorhandenen, vermeintlich endlichen Wissens. Die Lehrmeinung von Autoritäten wurde lediglich immer neu kommentiert und interpretiert.

"Fromme Lügen" waren sittliches Gebot

Im Übergang zur Neuzeit fand dann ein Paradigmenwechsel statt, für den Nikolaus von Kues (1401-1464) gleichsam sinnbildlich als letzter großer Kirchenlehrer wie zugleich erster Humanist steht. Mit seiner Schrift "Über die belehrte Unwissenheit" prägte er die Vorstellung eines menschlichen Geistes, der sich durch Selbsttätigkeit immer neues Wissen über eine sich ins Unendliche ausbreitende Welt aneignet. Das aber hat zwei erhebliche Konsequenzen, die Nikolaus selbst auch gezogen hat.

Zum einen galt es in der mittelalterlichen Klosterwelt als selbstverständlich, archiviertes Wissen eigenen Absichten anzupassen. "Fromme Lügen" waren unter der Bedingung eines geschlossenen Weltbildes ganz einfach sittliches Gebot. Der Mönch, der die "Konstantinische Schenkung" in die Archive schmuggelte, war kein Betrüger, sondern er korrigierte lediglich Fehler der Wirklichkeit.

Indem Nikolaus aber die äußere Gewißheit destruierte, brauchte er eine innere Gewißheit. Eine Gewißheit, die er über seine persönlichen Interessen stellte. So entlarvte Nikolaus als erster die "Konstantinische Schenkung" als Fälschung.

Hier protestieren keine Studenten, sondern Gläubige

Zum anderen benötigte Nikolaus dafür eine neue Methode, die sich nicht auf die Autorität von Lehrmeinungen beruft, sondern bei der ein selbsttätiges Denken Fakten überprüft und bewertet, die jederzeit von anderen überprüft und bewertet werden können. Es ist diese Trias aus Fortschritt, Wissenschaft und individuellem Denkvermögen, die an der Krippe der europäischen Aufklärung steht. Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, wird später Immanuel Kant sagen. Ein europäisches Projekt, das offenkundig zu Ende gegangen ist.

In Wirklichkeit sind es keine Studenten, die hier protestieren. Denn Studenten haben Fragen. Das hier aber sind Gläubige. Nicht prinzipiell anders als ein mittelalterlicher Klosterschüler schlucken sie pseudoreligiöse Lehrmeinungen, bringen diese mit ihren pseudoreligiösen Gefühlen in Einklang und wachen eifersüchtig darüber, daß niemand es wagt, diese pseudoreligiösen Lehrmeinungen in Frage zu stellen, weil dies notwendig eine Verletzung ihrer pseudoreligiösen Gefühle bedeutet. So weit, so unspektakulär. Doch eines ist an Absonderlichkeit nicht zu übertreffen.

Wenn ein geschlossenes Glaubenssystem mit den Werten der Aufklärung im Krieg ist, so haben wir zwei klar erkennbare Kontrahenten, die sich selbst auch als solche sehen. Wenn beispielsweise an einer Universität der islamischen Welt säkular eingestellte Studenten mit ihren religiös eifernden Kommilitonen im Clinch liegen, so ist den Beteiligten klar, daß sie unterschiedliche Werte vertreten.

Aus zeternden Feministinnen werden über Nacht ebenso zeternde Verschleierte.

Hier liegt jedoch das absolute Kuriosum vor, daß sich die pseudoreligiösen Jünger auf die Werte der Aufklärung berufen. Toleranz, Meinungsfreiheit, Fortschritt - das Wutgeheul, mit dem Dozenten aus dem Vorlesungssaal geprügelt werden, es verwendet genau diese Worte.

Was nur ist an dem Projekt der europäischen Aufklärung so furchtbar schiefgelaufen, daß nun eine Karikatur ihrer selbst sich anschickt, die Werte eben dieser Aufklärung gründlich abzuräumen? Eine gesellschaftliche Entwicklung, deren Vorreiterrolle damals wie heute die Universitäten übernehmen?

Nun, aus islamischer Sicht ist der Fall klar. Das Abendland sei an seinen eigenen Widersprüchen zerbrochen und zugrunde gegangen. Es erwarte jetzt die Erlösung aus dem einzig wahren Glauben. Nicht nur aus demographischen Gründen reüssiert der Islam an deutschen Hochschulen, aus zeternden Feministinnen werden über Nacht ebenso zeternde Verschleierte.

Freier Geist auf freien Geist

Doch der Fall liegt anders. Der Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt (1767-1835) war zwar Kind der Aufklärung, kritisierte diese aber dafür, das Wesentlichste übersehen zu haben. Denn Aufklärung ist nicht Fortschritt, ist nicht entfesselte Vernunft allein, sondern sie ist vor allem anderem Ausbildung von Individualität.

Anderes leitet sich hiervon erst ab, führt ohne diese ins Nichts. Humboldts ganzes Reformprojekt ist hierauf abgestimmt. Von einfachen, gleichförmigen Lagen sollte der einzelne in den Elementarschulen rasch aufsteigen zur freien Selbsttätigkeit. In der Universität als krönendem Schlußstein sollte dann nur noch freier Geist auf freien Geist wirken, aus ihrer Polarität zur gegenseitigen Steigerung der Kräfte gelangen.

So wichtig war Humboldt die Freiheit des Geisteslebens, daß er die Universität sogar mit eigenen Domänen ausstatten wollte, damit kein äußerer Einfluß die Lehre bestimmen durfte. Diesen radikalen Schritt hat niemand getan, weder die von Humboldt geprägte deutsche Hochschullandschaft, noch die nach ihrem Vorbild organisierten Universitäten Amerikas.

Wenn der Geist keine Wohnstatt findet, geht er eben woanders hin

Es wäre eine lohnenswerte Aufgabe bei letzteren zu zeigen, wie durch finanzkräftige Stiftungen Gender Studies von außen in den Lehrplan implementiert wurden. Eindeutig als politischer Auftrag wird diese Pseudowissenschaft in Deutschland betrieben. Alleine das Zentrum für Gender Studies der Universität Marburg darf sich nun über eine Million Euro Steuergelder freuen, um zwei Jahre lang gegen Kritiker vorzugehen.

"Wir möchten Erkenntnisse darüber gewinnen, was genau am Wandel der Geschlechterverhältnisse als krisenhaft empfunden wird, wie anti-feministische Diskurse vor diesem Hintergrund mobilisierend wirken und wie der gesellschaftliche Zusammenhalt wieder gestärkt werden kann", freut sich Projektleiterin Annette Henninger. Gläubige beim Gebet halt.

Es bleibt die Erkenntnis: Wenn der Geist keine Wohnstatt findet, geht er eben woanders hin.

Übrig bleibt dann etwas, das sinnvoll wohl nur noch unter dem Gesichtspunkt klinischen Schwachsinns betrachtet werden kann.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. November 2017: >>**Schweigen ist Silber, Reden ist Gold!**

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Bei Politikern der Altparteien - abgehalfterten wie amtierenden - gilt das Sprichwort umgekehrt: Schweigen ist Silber, Reden ist Gold!

Als Mietredner kassieren sie satte, manchmal bis zu fünfstellige Honorare für einen 45-minütigen Vortrag.

Viel Geld dafür, daß sie tun, was eigentlich ihr Job ist (bzw. war): Politik erklären, sich Diskussionen stellen.

Der "Mercedes" unter den Rednern ist Ex-Kanzler Gerhard Schröder (SPD): Einschlägige Agenturen handeln ihn mit Preisen zwischen 50.000 und 75.000 Euro. Allerdings sollen immer weniger Unternehmen/Verbände bereit sein, diese horrende Summe auch wirklich zu zahlen.

Der grüne Ex-Außenminister Joschka Fischer (das Herz schlägt links, die Zunge schmeckt rechts) wird am Markt mit bis zu 30.000 Euro eingepreist. Er dürfte damit ebenfalls zur Redner-Premiumklasse zählen.

In der gehobenen Mittelklasse dominieren Union und Linksfraktion.

CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn, derzeit (noch) Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, ist begehrt bei Krankenkassen und Klinikverbänden. Für "Informationen aus erster Hand" gibt's hier zwischen 3.500 und 7.000 Euro.

Reger Nachfrage erfreut sich Ex-Linken-Fraktionschef Gregor Gysi. Der Dampfplauderer wird für ein launiges Grußwort auf bis zu 15.000 Euro taxiert.

Ex-CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU) soll von einem dubiosen Privatnachrichtendienst regelmäßig fünfstellige Summen kassiert haben - Insider sagen: bis zu 30.000 Euro. Damit dürfte er in einer Preisklasse wie Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) gespielt haben, der für bis zu 25.000 Euro "gut gewesen" sein soll.

Zur Erinnerung: Die Diäten (Gehalt) eines Bundestagsabgeordneten betragen aktuell 9.541,74 Euro zuzüglich einer steuerfreien Aufwandsentschädigung von 4.318,38 Euro.

Ein Sonderfall ist Ex-Sozialminister Norbert Blüm (CDU). Mit rund 9.000 Euro monatlich ist seine Rente nicht nur ganz besonders sicher - er genießt den Lebensabend mit Frau Marita auf ausgedehnten Kreuzfahrten. Zahlen muß Blüm nicht - er heuert als Polit-Conférencier an und bespaßt die mitreisenden Passagiere.

Manche kriegen den Hals einfach nicht voll!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. November 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat November geht an: Tina Hassel**

Die arme Tina. Im Sommer 2015, kurz vor Angela Merkels "Grenzen auf für alle", wurde Tina Hassel Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios. In ihrer untertänigen Verehrung für die Willkommenskanzlerin läßt sich die Rotfunkerin vom WDR seither so leicht von niemandem überbieten. Sogar mit andächtig zur Raute gefalteten Händchen hat man sie schon vor der Kamera gesehen. Und jetzt soll alles zu Ende gehen? Nicht mit Tina!

Was hat sie sich in den letzten Wochen nicht ins Zeug gelegt, um die "Jamaika" Schwampel als letzte Chance für die nächste Kanzlerschaft ihres Idols herbeizubeten und herbeizutwittern! Hunderte Kurznachrichten am Tag hat sie auf dem Höhepunkt des Sondierungs-Gewürges aus ihrem weich mit Zwangsgebührengeldern gepolsterten Berliner Chefsessel schon mal abgesetzt.

Pfui über jeden hat sie gegen Fieslinge ausgeschüttet, die was gegen den totalen Familiennachzug für alle und jeden haben. Denen soll das Wort "Familie" im Halse stecken bleiben, donnert die Tina, jawohl! Für sie ist sogar der "atmende Deckel", den die Grünen aus der

CSU-"Obergrenze" für die Aufnahme illegaler Migranten gebastelt haben, ein Geniestreich und jeder ein Schuft, der so einen Unfug nicht schluckt. Jamaika muß her, und "Asyl kennt keine Grenzen". So geht "unabhängiger" öffentlich-rechtlicher Fernsehjournalismus.
Mit ihrer "Jamaika"-Begeisterung steht Tina Hassel ja nicht alleine da. Auch die ZDF-Kollegen dreschen nach Kräften auf die Spielverderber ein, die bei der schwarz-gelb-grünen Schwampel nicht mitmachen wollen. Aber der ARD-"Brennpunkt" am Tag nach dem Platzen der Sondierungsgespräche schießt einsam den Vogel ab.
Den blöden Lindner von der FDP, der der unfehlbaren Kanzlerin die kalte Schulter gezeigt hat, den ollen Sozi-Chef Schulz, der nicht mehr Merkels Mehrheitsbeschaffer spielen will, bürstet Tina Hassel patzig ab, aber mit der "geschäftsführenden Bundeskanzlerin", die es "noch einmal wissen will", führt sie ein andächtiges Verherrlichungsinterview, um ihr das Versprechen zu entlocken, daß sie weitermachen will. Ja, darauf haben wir gewartet. Merkel hat ja nichts falsch gemacht, sie ist nach der "Jamaika"-Pleite sogar noch "gestärkt", schuld sind immer nur die anderen. Honeckers Regierungsfernsehen hätte das auch nicht schöner hinbekommen.
Fragt sich bloß: Was will Tina Hassel mit diesem Heldenkult erreichen? Will sie Chef-ideologin der Grünen werden? Oder Merkels nächste Regierungssprecherin? Das könnten recht kurzlebige Jobs werden. Aber die Goldene Hoftrompete, die bleibt. Und wer hätte sie mehr verdient als die treue Tina?<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Familie: Die Charakterschmiede der Gesellschaft**
Anne-Dominique Kaufmann
Die Familie ist eine der genialsten Institutionen der Welt! Für Kinder ist die Familie der Ort, wo sie von Geburt an von Trainern begleitet werden, die sie bedingungslos lieben. Sie dürfen in kleinen Schritten mit ständiger Wiederholung die Kompetenzen lernen, die sie fürs Leben erfolgreich machen.
Geübt muß werden: Gehorsam, Respekt, Höflichkeit, Ausdauer, Ehrlichkeit, Genauigkeit, Ordnung, Selbstbeherrschung, Bescheidenheit, Freundlichkeit - bis sie zur Gewohnheit werden! Wer es nicht schafft, wird nicht sofort vom Chef entlassen oder ins Gefängnis gesteckt wie im "echten Leben". Nein, sondern darf aufstehen, sich den "Staub aus den Hosen klopfen" und mit den besten "Trainern" der Welt erneut Anlauf nehmen. "Früh übt sich, wer ein Meister werden will."
Wie sieht denn die Charakterschmiede aus? Sie findet im täglichen Leben statt. Zum Beispiel: Was ausgeräumt wurde, wird wieder eingeräumt, was runterfällt, wird aufgehoben, was kaputt geht, wird repariert, was auf den Tisch kommt, essen wir (nur nicht das Geschirr), wo Probleme sind, werden Lösungen gesucht (nicht immer gleich die Lösung geben; laß mal selber überlegen!), wo Streit ist, wird vergeben, und wer freundliche, weise Worte für andere hat, darf wissen: "Ein Wort geredet zu seiner Zeit ist wie goldene Äpfel auf silbernen Schalen" (Sprüche 25, 11).
Und was ist die Familie für die Eltern? Eigentlich genau das gleiche Charakterübungsfeld wie für die Kinder, nur in der "Oberstufe". Hier übt sich in der Ehe, was man als Kind gelernt hat: Treue und Verbindlichkeit, die Fähigkeit, nachzugeben, Respekt und Höflichkeit füreinander, Akzeptanz und Wertschätzung, Ausdauer und Problemlösung, Vergebung und Liebe. Es ist harte, aber lohnenswerte Arbeit, denn bewährte Beziehungen werden tiefer, schöner, begehrenswerter! Und die Kinder lernen: so geht eine Ehe!
Es gibt für Eltern keine bessere Investition, als am Charakter ihrer Kinder zu "schmieden"!
Das Resultat: starke, kompetente, selbstbewußte, junge Leute, die Harmonie und Erfolg im Leben haben und eine echte Bereicherung für die Gesellschaft sind!
Schließlich sollte uns allen klar sein, was früher jeder wußte:

- daß starke Männer und Frauen starke Ehen machen
- daß starke Ehen starke Kinder machen
- daß starke Eltern und Kinder starke Familien machen
- daß starke Familien eine starke Gesellschaft machen und
- daß eine starke Gesellschaft ein starkes Land macht!

Anne-Dominique Kaufmann ist ehemalige Musik-Lehrerin und inzwischen vollzeitige Ehefrau und Mutter von vier Kindern.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Dezember 2017: >>**SPD-Parteitag stimmt für Gespräche mit der Union**

Die SPD hat den Weg für Verhandlungen über eine Große Koalition frei gemacht. Eine große Mehrheit der Delegierten stimmte am Donnerstag auf dem Parteitag in Berlin für die Aufnahme von ergebnisoffenen Sondierungsgesprächen mit der Union. Bevor die SPD Koalitionsverhandlungen aufnimmt, müßte ein Sonderparteitag im kommenden Jahr grünes Licht geben. Über einen möglichen Koalitionsvertrag werden nach dem Willen der Parteiführung zusätzlich noch die Mitglieder abstimmen.

Noch am Wahlabend hatte SPD-Chef Martin Schulz diese Option ausgeschlossen und angekündigt, in die Opposition zu gehen. Die Sozialdemokraten fuhren am 24. September mit 20,5 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis aller Zeiten bei einer Bundestagswahl ein.

Am Abend wurde Schulz mit 81,9 Prozent in seinem Amt als Parteichef bestätigt. Bei seiner Wahl im März hatte er noch 100 Prozent der Stimmen erhalten. In seiner Parteitagsrede forderte Schulz die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025. "Ich will, daß es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft", sagte der frühere Präsident des Europaparlaments.

"Europa ist unsere Lebensversicherung"

Eine europäische Verfassung solle demnach von einem europäischen Verfassungskonvent ausgearbeitet werden, der die Zivilgesellschaft und die Bürger mit einbeziehe. Anschließend soll der Vertrag allen Mitgliedstaaten zur Ratifizierung vorlegen. Länder, die ihre Zustimmung verweigern, müßten nach dem Willen von Schulz in einem solchen Fall automatisch die EU verlassen. "Europa ist unsere Lebensversicherung", betonte er.

Weiter prangerte der Parteivorsitzende in seiner Rede "asoziale Steuerflucht" und Konzerne wie Google und Facebook an, die europäische Regeln nicht akzeptierten. Hart ins Gericht ging Schulz auch mit der vermeintlichen Austeritätspolitik des früheren Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (CDU): "Weitere vier Jahre deutsche Europapolitik à la Wolfgang Schäuble, das kann sich die Europäische Union weiß Gott nicht mehr leisten."

Kritik an Schulz` Thesen zur Europapolitik kam aus der CSU. "Man muß jemanden, der die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 fordert, der damit die Auflösung der Nationalstaaten in den kommenden sieben Jahren will und der alle, die sich diesem Diktat nicht beugen wollen, aus der EU rausschmeißen will, wohl als einen Europaradikalen bezeichnen", sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt laut einem Bericht der *Welt*.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Dezember 2017: >>**Die Aufgabe der Nation**

Der Weg Deutschlands in eine demokratische Republik - ohne die Sozialdemokratie nicht vorstellbar. Die SPD war der Tempomacher für soziale Reformen, die Bismarck nur unter dem Eindruck des Aufstiegs der Arbeiterbewegung durchsetzte. Gleichzeitig zeigte sich die SPD staatstragend, sie widerstand den revolutionären Versuchungen, die sie mit starken Absplitterungen auf ihrem linken Flügel bezahlte. In entscheidenden Momenten der deutschen Geschichte zeigte sie sich resistent gegen totalitäre Versuchungen - ob von links oder rechts -, worauf die SPD zu Recht stolz sein kann; ein Erbe, das sie jedoch immer wieder zu vergessen drohte.

Europaweit befinden sich nun sozialdemokratische Parteien im Sinkflug, in einigen Ländern stürzten sie auf Splitterparteistatus wie zuletzt in Frankreich. Parallel reüssieren populistische Bewegungen, die national oder rechts eingeordnet werden. Offensichtlich hat eine dramatische Entfremdung stattgefunden zwischen der die Sozialdemokratie tragenden politischen Elite von Berufspolitikern aus überwiegend Beamten und Wählermilieus der abhängig beschäftigten Mittelschicht und Arbeiterschaft.

Balance zwischen internationaler Orientierung und nationalem Interesse

Im Spannungsfeld zwischen Globalisierung, Verlagerung politischer Kompetenzen an supranationale Strukturen und den lokal und national erlebten Folgen einer Politik der Deregulierung der Arbeitsmärkte und Öffnung der Grenzen fühlen sich viele Arbeitnehmer und "einfache Leute" allein gelassen und verraten. In meinem engeren familiären Umfeld dominierten Sozialdemokraten. Die einzige Partei, der mein Vater angehörte, war die SPD, der er als Berufssoldat 1968 beitrat - für einige Jahre. Kameraden nannten ihn den "roten Major".

Als eher nationalkonservativ geprägter Soldat setzte er - später enttäuschte - Hoffnungen in eine neue Ostpolitik von Willy Brandt. Mein Großvater mütterlicherseits, Ingenieur, war Baubürgermeister einer Stadt im Schwarzwald. Auch bei ihm verbanden sich patriotische Gesinnung mit Strenge, Gemeinschaftssinn und einer sozialen Verpflichtung.

Die SPD stand immer für eine Politik internationaler Orientierung und Solidarität, gleichzeitig in ihren besten Zeiten dabei stets die Balance haltend zum nationalen Interesse und den eigenen Leuten.

Daß die AfD davorsteht, sich als Volkspartei zu etablieren, und dabei in großer Zahl ehemalige SPD-Wähler einsammelt, hat damit zu tun, daß die Sozialdemokraten sich der Zerstörung des nationalen Sozialstaates unter dem Banner von Euro und EU nicht entgegenstellen. In der Zangenbewegung zwischen global operierenden Konzernen und unkontrollierter Migration schlüge eigentlich die Stunde der Sozialdemokraten - doch sie überlassen die Nation anderen politischen Kräften.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>**Meinungszensur in Deutschland**

Das Stasi-Gesetz des Heiko Maas

Seit einiger Zeit ist das sogenannte Anti-Haß-Gesetz aus dem Hause des Noch-Justiz-Ministers Heiko Maas (SPD) in Kraft. Das Fazit bisher: Gleichviel Haß, mehr Zensur, weniger Meinungsfreiheit.

Der scheidende Bundesjustizminister Heiko Maas wollte mit seinem Gesetz das "verbale Faustrecht" im Internet beenden und die Meinungsfreiheit schützen. Dafür wurden die Plattformbetreiber für die Inhalte ihrer Nutzer in Haftung genommen. Bis zu 50 Millionen Euro sollen die Unternehmen zahlen, wenn Inhalte nicht "sauber" genug sind.

Das Ergebnis: Facebook und Twitter löschen und sperren, was der Bundesregierung nicht gefallen könnte.

Jetzt hat es den deutsch-ägyptischen Islamkritiker Hamed Abdel-Samad getroffen. Er hatte auf Twitter über einen algerischen Asylbewerber geschrieben, der laut dem Politikwissenschaftler in Algerien wegen Gewalt gegen religiöse Minderheiten verurteilt wurde. Das Ergebnis war die Sperrung von Abdel-Samads Twitter-Konto. Wie genau das US-Unternehmen auswählt, wer blockiert oder gelöscht wird, ist nicht herauszubekommen. Fest steht jedenfalls, daß man sich dort nicht mit der deutschen Regierung anlegen möchte.

Das Ergebnis nennt Abdel-Samad "schleichende Diktatur".

Dank dem neuen Gesetz, entscheiden nicht mehr Gerichte, welche Aussagen in Deutschland erlaubt sind. Es sind US-Firmen wie Facebook und Twitter, die in vorauseilendem Gehorsam die Meinungsfreiheit unterdrücken. Sie wollen sich keinem Risiko aussetzen.

Die Merkel-Regierung behält dabei saubere Hände: Sie verbietet keinem direkt den Mund,

Kritiker müssen für ihre Meinung nicht ins Gefängnis. Es wird nur dafür gesorgt, daß sie sich nicht mehr öffentlich äußern können. Was die Systemmedien nicht berichten, soll auch keinen Platz im Internet haben.
Eine solche Form der Zensur kennt man normalerweise aus autoritären Staaten wie China. Auch dort beugen sich die Internet-Riesen den Wünschen der Regierung. Gezeigt wird nur, was dem Regime genehm ist.
Daß das Twitter-Konto von Abdel-Samad nach dem Einschalten eines Anwalts wieder freigeschaltet wurde, ist der einzige Lichtblick. Mit Maas' Anti-Haß-Gesetz wird nicht Haß in Deutschland verhindert, sondern Meinungsfreiheit und Demokratie.<<
Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 14. Dezember 2017: >>**Bildungspolitik - Bildung, die schaffen wir ... ab!**
VON KLAUS-RÜDIGER MAI
Die Forderungen nach mehr sozialer Durchmischung der Schulen werden lauter. So sollen Kinder aus bildungsnahen Familien die Leistungsschwächeren mitziehen. Doch die Reformen führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu einer Absenkung der Bildungsstandards für alle Schüler
Dr. Klaus-Rüdiger Mai, geboren 1963, Schriftsteller und Historiker, verfaßte historische Sachbücher, Biographien und Essays, sowie historische Romane. Sein Spezialgebiet ist die europäische Geschichte.
Immer lauter und immer öfter wird die Forderung nach einer stärkeren vom Gesetzgeber reglementierten sozialen Durchmischung der Schulen erhoben. Jüngst verstieg sich Morten Freidel angesichts der jüngsten Iglu-Studie zur Lesefähigkeit von Grundschülern zu dem sprachlich fragwürdigen, an den Stil der *taz* erinnernden Imperativ: Mischt Grundschüler!
Die Forderung der "Durchmischung" an den Gesetzgeber geht von folgender Vorstellung aus: Der mangelhafte Wortschatz von Grundschülern und ihre Handicaps im Erlernen des Lesens und Schreibens beruht darauf, daß immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in den Klassen auf Kinder treffen, die aus sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. Kinder aus Familien, die mehr als einhundert Bücher besitzen, hätten einen zu großen Vorsprung vor den Gleichaltrigen, in deren Elternhäuser keine oder wenig Bücher existieren.
Um dieses Problem zu lösen, könnte man natürlich den Besitz von über einhundert Büchern verbieten, alle überzähligen Exemplare vom Ordnungsamt einziehen lassen und sie an Familien verteilen, in denen es keine oder nur wenige Bücher gibt. Ob in diesen Familien dann dadurch mehr gelesen oder gar den Kindern vorgelesen werden würde, darf bezweifelt werden.
Niedrigeres Niveau für alle
Nun wurde in der *FAZ* dieser Vorschlag nicht unterbreitet, dafür aber einer, der nicht weit davon entfernt liegt. Die Länder sollen nicht nur einen Schulbezirk bestimmen, sondern vor allem darüber wachen, daß Eltern sich dem nicht entziehen können. Stillschweigend wird in dem Artikel damit geliebäugelt, Privatschulen abzuschaffen. Denn wenn Eltern nur noch dadurch der Durchmischung entkommen, indem sie ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, werden das alle tun, die es sich irgendwie noch leisten können. Auch wenn das für sie zu großen Opfern führte. Steuern für eine verkorkste Bildungspolitik zahlten sie übrigens auch in diesem Fall weiter.
Würde man aber Privatschulen verbieten, führte der Vorschlag zu einer Einheitsschule. Aus dem Bestreben, es für alle gut machen zu wollen, aber es letztlich nicht zu können, würde es dann richtig schlecht und zwar für alle. Der Effekt, den sich Freidel und andere erträumen, würde also das Gegenteil von dem bewirken, was sie sich wünschen. Zum Vergleich: Ein schneller Hundertmeterläufer würde zwar einen langsameren ziehen können, aber nur um den

Preis, daß er selbst seine Leistungsgrenzen niemals erreichen würde. Seine Leistungsmotivation würde dadurch auf Dauer zerstört werden, und bald würde er auf ein niedrigeres Niveau fallen.

Integrationsbestreben vor Bildungsniveau

Die sogenannte soziale Durchmischung würde also nicht zu dem Ergebnis führen, daß sich das Leseniveau der Grundschüler bessert, denn es hätte erstens keinen und teilweise einen negativen Einfluß auf die Lernmotivation. Zweitens würden Grundschüler aus Haushalten mit mehr als einhundert Büchern nicht die Bildungsvorstellungen in Haushalten mit keinen oder wenigen Büchern verändern können. Drittens blendet die Vorstellung der "Durchmischung" methodische und inhaltliche Fehlleistungen des Lehrplanes aus, die einen weit aus höheren Anteil an den Defiziten der Grundschüler haben und die nicht mit der sozialen Struktur der Klassen zusammenhängen.

Im Gefolge der Flüchtlingskrise hatte Thomas de Maiziere davon gesprochen, daß man die Bildungsstandards wird absenken müssen. Die Bildungssenatorin von Bremen, Claudia Bogedan, sieht "die Integration von Flüchtlingskindern als größte schulpolitische Herausforderung." Bezeichnenderweise sieht sie die nicht in einem durchdachten Konzept zur längst überfälligen Verbesserung der Bildung, zur Anhebung der Bildungsstandards, das natürlich die Beschulung von Flüchtlingskindern mitbedenken muß. Sondern in der Anpassung der Schule an immer neue schulpolitische Vorgaben, die allein der Integration dienen.

Andere Bildungsvorstellungen in muslimischen Ländern

Sehr selbstbewußt erklärt die Bremer Senatorin: "Gerade ein Land wie Bremen (kann) als gutes Beispiel wirken und zeigen, wie man zu einer gelungenen Integration beitragen kann." Das gute Beispiel besteht allerdings darin, daß Bremens Schüler bei Leistungsvergleichen meist Letzter - mit mehr als einem Jahr Rückstand in Deutsch und Mathe zu Spitzenreitern wie Sachsen und Bayern sind. Auch übersieht die Forderung nach Durchmischung, daß Kinder aus China oder Vietnam oder Japan unabhängig vom Bildungsgrad ihrer Eltern häufig gute schulische Leistungen erzielen, weil sie eine positive Lernhaltung mitbringen.

Wird von Willkommensklassen und von Flüchtlingen gesprochen, wird gern verschwiegen, daß es sich vorrangig um muslimische Kinder handelt. Schaut man sich die sehr niedrige Buchproduktion muslimischer Länder im Vergleich zu europäischen Staaten an, wird deutlich, daß traditionell hier andere Bildungsvorstellungen gelten. Das können Kinder aus bildungsnahen Schichten nicht auffangen.

Man erklärt Kinder zur Verschiebungsmasse und macht sie zu Ausputzern einer verkorksten Einwanderungs- und Bildungspolitik, bringt die Senkung von Bildungsstandards politisch ernsthaft ins Gespräch und zwingt die Kinder in Einheitsschulen. Das alles zeugt von wenig Respekt den Kindern gegenüber, zeugt von einem Bildungsstalinismus, der die Kinder zu einem Rädchen im Getriebe erklärt und noch dazu entscheidende Fragen außer acht läßt, die bereits vor der großen Zuwanderung eine Rolle spielten.

Absurder neuer Lehrplan

Das beginnt bei der Einsparung von Lehrern, die dazu geführt hat, daß heute fast jeder ohne besondere Qualifikation unterrichten darf. Und es endet bei zweifelhaften, ideologiegetriebenen pädagogischen Experimenten wie Flexklassen, Erlernen des Schreibens nach Gehör, Verbot des Diktatschreibens, Abschaffung der Schreibschrift, Schaffung eines dem Wissenserwerb hinderlichen Zwangssystems von Gesellschafts- und Naturwissenschaften als große Unterrichtskomplexe. Letzteres kommt mit der durchsichtigen Behauptung daher, daß Schüler dadurch lernen, über den Tellerrand zu denken, was aber nichts nützt, wenn sie nicht zuvor gelehrt bekamen, was der Teller ist.

Wenn man die Systematik der Fächer in einem fächerübergreifenden in Wahrheit aber fächerüberhobenen Lernen zerstört, das nicht mehr die Logik der Fächer lehrt, dann erübrigt

sich jegliche Diskussion über die Durchmischung, denn dann lernen alle wenig.
Im Geschichtsunterricht wird nach dem neuen Brandenburger Lehrplan nicht mehr gelehrt, was woraus und in welchem Zusammenhang nacheinander und parallel zueinander entstand. Statt dessen soll sich der Geschichtsunterricht an Themen ausrichten. So wird beispielsweise das Thema Armut im Mittelalter und in der frühen Neuzeit und in der Moderne behandelt, zugleich wird das Thema dann auch in Geographie durchgenommen.
Wäre es nicht wichtiger, daß Schüler etwas lernen über die geologische, politische und wirtschaftliche Beschaffenheit der Erde? Oder über Industrien und Bodenschätze? In Geschichte könnten sie etwas verstehen von der Entwicklung des deutschen Föderalismus, begonnen mit der Goldenen Bulle, über den Kampf um die deutsche Libertet, über den Dreißigjährigen Krieg und den Westfälischen Frieden, anstatt zu Armutsspezialisten zu werden.

Schädliche Bildungsreform

Es läßt sich natürlich schwer beurteilen, ob die Regierung meint, daß unseren Kindern Armutsspezialistentum im späteren Leben noch einmal nützlich sein wird. Wer Schüler nicht in die Systematik der Fächer, in ihre Logik, ihre Methodik und Methodologie einführt und schult, der verhindert jedoch, daß sie lernen, in Zusammenhängen zu denken. Schaut man sich die Vielzahl schädlicher "Bildungsreformen" an, kann man schwerlich dem Eindruck widerstehen, daß Bildungspolitik die Absenkung der Bildungsstandards zum Ziel hat.
Eine andere Studie besagt, daß Deutschland nur in einem Bereich sehr weit vorn liegt, und zwar in der Teamfähigkeit. Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses brach darüber Jubel aus, denn Wissen wäre nicht mehr wichtig, so hieß es, Wissen kann man sich schließlich auch ergoogeln. Menschen, die sich nur noch Wissen ergoogeln können, sind aber in allem abhängig von Google. Wir wissen zwar nichts, aber es ist doch toll, daß wir jetzt mal zusammen sind.
Den Leseschwächen der Grundschüler kann man also nicht mit der Schaffung der Einheitsschule, nicht mit "Durchmischung" begegnen, sondern nur mit einem besseren, inhaltlich zielführenden Unterricht und mit einem ausdifferenzierten Schulsystem. Hier muß angesetzt werden, denn hier liegt die Bildung im Argen.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Dezember 2017: >>**Mob schleift Universität**

"Wir schulden den Afrikanern und Arabern nichts, denn die so genannten Fluchtursachen sind überwiegend hausgemacht." Der Tweet des Leipziger Jura-Professors Thomas Rauscher enthält eine Selbstverständlichkeit. Für die Bevölkerungsexplosion zum Beispiel, die jeden wirtschaftlichen Fortschritt in Afrika buchstäblich auffrißt, können die Europäer nun wirklich nichts.
Seit mehreren Wochen erlebt Rauscher, wie gefährlich es ist, das Selbstverständliche auszusprechen. Studenten tragen "Rauscher, rausch ab!"-Plakate über den Campus, eine Vorlesung wurde gestürmt. Im Internet, in den gedruckten und elektronischen Medien tobt eine Kampagne gegen ihn. Die Universität hat dienstrechtliche Maßnahmen eingeleitet, die bis auf die psychische Zermürbung anscheinend erfolglos bleiben.
Die Protestler sind außerstande, zwischen Recht und ihrer von politischer Korrektheit durchtränkter Moral zu unterscheiden. Man müßte Sorge haben, daß eine neue Generation politischer Volksrichter heranwächst, wie man sie in Deutschland schon zweimal hatte, doch Rauscher hat mitgeteilt, die Störer seiner Vorlesung hätten "ganz überwiegend nicht der Juristenfakultät" angehört, sondern der Antifa und dem SDS.

Toleranz-Bekenntnisse

Dieser Mob bestimmt aber den Geist der altehrwürdigen Institution. Der Senat der Universität Leipzig ist vor ihm in die Knie gegangen und hat das "menschenfeindliche Weltbild" in Rau-

schers Äußerungen einstimmig "aufs Schärfste" verurteilt. Die Universität verstehe sich als "weltoffener und toleranter Ort der Wissenschaft".
Die Juristenfakultät Leipzig schloß sich mit dem donnernden Bekenntnis an: "Lehre und Forschung betreiben wir nach dem Leitbild eines weltoffenen und toleranten Miteinanders, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Orientierung. Wir setzen uns für einen freien Meinungsaustausch ein, der jedoch seine Grenze bei Äußerungen findet, die rassistisch oder in sonstiger Weise diskriminierend sind."
Der Ton erinnert an die Ergebenheitsadressen, die Künstler und Wissenschaftler bei Gelegenheit an die SED-Führung adressieren mußten. Sachsens Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange kann zufrieden sein, denn sie hatte zuvor getwittert: "Sachsens Hochschulen sind weltoffen und international. Die ausländerfeindliche Meinung von Rauscher kritisiere ich scharf."

Wissenschaft hat nur der Wahrheit zu dienen

Nun ja, in der DDR sollte die Wissenschaft der Sache des Sozialismus dienen, die führenden Rolle der SED stärken sowie die Völkerfreundschaft im allgemeinen und die ewigen Liebe zur Sowjetunion insbesondere fördern. Heute soll sie eben der Toleranz, der Antidiskriminierung und der Weltoffenheit nützen. Das eine wie das andere ist ein großer Quatsch. Wissenschaft hat auf die Erkenntnis der Wahrheit hinzuwirken und sonst gar nichts. Die Offenheit zur Welt ergibt sich dann ganz von allein.
Apropos: Was meinen diejenigen überhaupt, die sich ihrer "Weltoffenheit" rühmen? Worin besteht die weltoffene Qualität der Politikerin Stange? Wir vermuten einfach mal, daß die Weltkenntnis der meisten Schlagwort-Benutzer nicht über den impressionistischen Wissensstand umtriebiger Touristen hinausgeht.
Wer es nötig hat, seine Weltoffenheit zu betonen, projiziert und transzendiert nur die eigene Beschränktheit ins vermeintlich Weltweite - und verfehlt damit die Realitäten in der Welt. Genau das hat Rauscher in seiner Kritik an der Asyl- und Einwanderungspolitik angemahnt.

Verfälschende Schlagzeilen

Für die Kampagne gegen ihn sind Schlagzeilen wie die des MDR symptomatisch: "Keine Konsequenzen für Rauscher". Die Insinuation (Unterstellung) lautet. Nicht der Dauerbeschuß, nicht die Hexenjagd ist das Außerordentliche und Berichtenswerte, sondern der unterbliebene Rausschmiß, das unterlassene Berufsverbot. Ähnlich die *Leipziger Volkszeitung*, die schreibt: "Im Fall des mit Rassismusvorwürfen konfrontierten Leipziger Jura-Professors Thomas Rauscher sieht das sächsische Wissenschaftsministerium (SMWK) keine Handhabe, um gegen ihn dienstrechtliche Schritte einzuleiten."
Statt "keine Handhabe" hätte es "keinen Grund" heißen müssen, um klarzustellen, daß die Vorwürfe substanzlos sind. Denn "keine Handhabe" bedeutet: Formale Schranken hindern uns daran zu tun, was moralisch, politisch und auch rechtlich geboten wäre. Man kann darin sogar die Aufforderung an den Mob sehen, die staatliche Handlungslücke anderweitig zu schließen.

Niveauverlust der Bildungsabschlüsse

Die geistige Unreife und aggressive Bosheit, die Rauschers Tweets zu einem "Fall" werden ließen, haben ihren Grund auch in der Inflationierung und im Niveauverlust der Bildungsabschlüsse. Wenn die Hälfte der Schüler zum Abitur geführt wird und an die Universitäten drängt, dann ist es ganz natürlich, daß viele dieser Studenten alsbald feststellen, zu wissenschaftlicher Arbeit überhaupt nicht befähigt und vom Lehrbetrieb überfordert zu sein.
Was dann folgt, kennt man bereits aus der Grundschule, wo die einen das ABC im Schlaf und andere es überhaupt nicht lernen. Diese versuchen kompensatorisch Wirkung zu erzielen, indem sie den Unterricht stören oder die anderen drangsalieren. An den Unis weichen sie in den politischen Aktivismus aus, formieren sich als Mob und schleifen den freien Geist, vor dem sie allen Grund haben, sich klein zu fühlen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 20. Dezember 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat Dezember geht an: Die 'Süddeutsche Zeitung'**

Früher war manches doch einfacher. Bekam man mit, daß ein Nachbar oder Bekannter heimlich Feindsender hört, über die Partei herzieht oder gar Zweifel am Endsieg des Sozialismus verbreitet, verpfiff man ihn einfach beim zuständigen Blockwart oder Abschnittsbevollmächtigten, und der sorgte dann schon dafür, daß Miesmacher und Wehrkraftzersetzer aus dem eigenen Umfeld entfernt und aus dem Verkehr gezogen wurden, bevor man womöglich noch selber in Verdacht kam.

Wer heute vermeiden will, daß auch nur der Hauch eines Zweifels an seiner allzeit zuverlässigen Gesinnung auftaucht, muß schon selbst aktiv werden. Praktische Lebenshilfe gibt es von der Münchener "Isar-Prawda", dem unentbehrlichen Wegweiser in allen Fragen der politisch korrekten Einstellung.

Der neue Schulfreund Ihres 13-jährigen Sohnes ist eigentlich ganz nett, aber Sie verdächtigen seine Eltern wegen so einiger nicht linientreuer Äußerungen, womöglich AfD zu wählen, und Sie wollen mit solchen Merkel-Feinden nichts zu tun haben? Die Experten der 'Süddeutschen Zeitung' wissen Rat: Erklären Sie Ihrem Sohn, daß die richtige Haltung wichtiger ist als Klassenkumpels, stellen Sie die Verdächtigen zur Rede, wie Sie dazu kommen, so undenkbare Meinungen zu haben, machen Sie Ihrem Junior klar, daß man mit so was nicht an einem Tisch sitzt.

Ja, da ist er wieder, der gute alte Denunziantengeist. Wem das suspekt ist, der soll mal lieber aufpassen, worüber er mit seinen Kindern spricht. Oder mit den Eltern von dessen Schulfreunden. Die Blockwarte und Linientreuen mit der 'Süddeutschen' unterm Arm kriegen ja doch alles raus. Und zögern auch nicht einzuschreiten.

Anderswo plagt man sich schon auch damit, wenn die Untertanenpflicht, sich von allen Bösmenschen mit Abscheu abzuwenden, plötzlich auch Familienmitglieder erfaßt. Hilfe, was soll ich machen, wenn meine eigene Mutter was "gegen Ausländer" sagt, jammert einer im 'SZ-Magazin', mein Bruder wählt AfD, und ich weiß nicht, wie ich damit umgehen soll, "wir müssen reden", bettelt einer in 'bento', dem Stuhlkreis-Magazin für die unerwachsene 'Spiegel'-Klientel.

Aber keiner verteidigt die politisch korrekte Filterblase so unbeirrt wie die 'Süddeutsche Zeitung'. Dafür gibts die Goldene Hoftrompete - mit der großen Kundschafter-Verdienstmedaille noch obendrauf.<<

Schlußbemerkungen: Mit Hilfe der allmächtigen Staats- und Konzernmedien, der Schulen, Kirchen und Gewerkschaften gelang es schließlich im Jahre 2017 noch einmal, die düsteren Zukunftsperspektiven der Deutschen auszublenden und die perfide Destabilisierungspolitik zu verharmlosen oder zu rechtfertigen.

Im Verlauf des Bundestagswahlkampfes schafften es die von der kommunistischen "Frankfurter Schule" ausgebildeten oder beeinflußten Politiker, Hochschullehrer, Lehrer und Journalisten, jede sachliche Kritik und jeglichen Widerstand als Faschismus oder Rassismus vom Tisch zu fegen oder niederzubügeln, so daß kontroverse, sachliche Auseinandersetzungen fast nicht in der Öffentlichkeit stattfanden.

Der US-amerikanische Journalist und Zeitungspublizist John Swinton (1829-1901) berichtete bereits im Jahre 1883 während einer Rede in New York vor anderen Journalisten über die angebliche Unabhängigkeit der US-Presse (x317/248-249): >>… So etwas gibt es bis zum heutigen Tage nicht in der Weltgeschichte, auch nicht in Amerika: eine unabhängige Presse.

Sie wissen das, und ich weiß das. Es gibt hier nicht einen unter Ihnen, der es wagt, seine ehrliche Meinung zu schreiben. Und wenn er es täte, wüßte er vorher bereits, daß sie niemals im Druck erschiene. Ich werde wöchentlich dafür bezahlt, daß ich meine ehrliche Meinung aus dem Blatt, mit dem ich verbunden bin, heraushalte.

Andere von Ihnen erhalten ähnliche Bezahlung für ähnliche Dinge, und wenn Sie so verrückt wären, ihre ehrliche Meinung zu schreiben, würden Sie umgehend auf der Straße landen, um sich einen neuen Job zu suchen. Wenn ich mir erlaubte, meine ehrliche Meinung in einer der Papierausgaben erscheinen zu lassen, dann würde ich binnen 24 Stunden meine Beschäftigung verlieren.
Das Geschäft der Journalisten ist, die Wahrheit zu zerstören, schlankweg zu lügen, die Wahrheit zu pervertieren, sie zu morden, zu Füßen des Mammons zu legen und sein Land und die menschliche Rasse zu verkaufen zum Zweck des täglichen Broterwerbs. Sie wissen das, und ich weiß das, also was soll das verrückte Lobreden auf die freie Presse?
Wir sind Werkzeuge und Vasallen von reichen Männern hinter der Szene. Wir sind Marionetten. Sie ziehen die Strippen und wir tanzen an den Strippen. Unsere Talente, unsere Möglichkeiten und unsere Leben stehen allesamt im Eigentum anderer Männer. Wir sind intellektuelle Prostituierte. …<<
Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 erhielten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 33,0 %, SPD = 20,5 %, AfD = 12,6 %, FDP = 10,7 %, Linke 9,2, Grüne = 8,9 %, Sonstige = 5,1 %.
Infolge der Wiederwahl der etablierten Parteien, die nachweislich für die katastrophalen politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Umerziehung, Energiewende, Euro-Rettung, EZB-Schuldenpolitik, Abschaffung der Wehrpflicht, Massenmigration bzw. Umvolkung, Islamisierung" usw.) verantwortlich waren, verspielten mehr als 82 % der deutschen Wähler schließlich am 24. September 2017 endgültig die letzte Chance, ihr Heimatland vielleicht doch noch zu retten. Alle mittel- und westdeutschen Wähler, die sich anscheinend infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche für eine Wiederwahl der verantwortlichen politischen Parteien und Politiker dieser antideutschen Politik entschieden, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, ihre Heimat im Stich gelassen zu haben.
Angesichts der Tatsache, daß unsere heutige Gesellschaft in einer bizarren Traumwelt lebt, in der die allgegenwärtige Umerziehung, der NS-Schuldkult, die "politische Korrektheit", die Gleichmacherei, die Globalisierungsideologie, Multikulti, Gender Mainstreaming etc. dominieren, wird es schon bald ein böses Erwachen geben. Die selbsternannten Weltverbesserer, die Retter des Weltklimas und Gutmenschen versprachen zwar den Himmel auf Erden, aber sie werden die Deutschen letzten Endes unabwendbar in ein tödliches Inferno führen.
Die vermutlich langfristig geplante Energiewende, Euro-Rettung, unbegrenzte Haftung Deutschlands für die unverantwortliche EZB-Schuldenpolitik, Aussetzung der Wehrpflicht sowie die gesetzwidrige Politik der illegalen Masseneinwanderung werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes den gesamten deutschen Staat unaufhaltsam zerstören.
Infolge der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche (Schuldkult und Verächtlichmachung des Eigenen: NS-Kollektivschuld, Nationalmasochismus und Schuldbewußtsein) ist den meisten Deutschen anscheinend jeglicher Realitätssinn und der gesunde Menschenverstand abhanden gekommen. Fast das gesamte Land ähnelt heute einem Irrenhaus, in dem die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln an der Zurechnungsfähigkeit des deutschen Volkes oder kritisieren die alles beherrschende Meinungsdiktatur der selbsternannten "Gutmenschen".

Hinweise für den Leser

Einstellungstermine:
Einstellungstermin der deutschen Geschichte, Band 10 (44 PDF-Dateien): **01.11.2018-01.12.2018.**
Einstellungstermin der 1. erweiterten deutschen Geschichte, Band 10 (44 PDF-Dateien): **01.07.2021.**
Einstellungstermin der 2. überarbeiteten Chronik, Band 10/1 – Band 10/3 (3 PDF-Dateien): **01.03.2025.**
Die PDF-Dateien werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Die Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen (**...)** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.
Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3. Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Do-

	kumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x016	Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Wiesbaden.
x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x018	Meyers Lexikon Verlag (Hg.): MEYERS ENZYKLOPÄDISCHES LEXIKON in 25 Bänden. 9. völlig neubearbeitete Auflage. Mannheim/Wien/Zürich 1971-1981.
x019	Riedel, Johannes (Hg.): KNAURS WELTATLAS. Berlin 1935.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: Die Flüchtlinge. Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.

x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, Robert H. u.a. (Hg.): Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): Polen und Deutsche. Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: Ermordung der Menschheit. Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Verletzungen von Menschenrechten. Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x080	Conquest, Robert: Stalin. Der totale Wille zur Macht. München 1991.
x084	Graml, Hermann (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x086	Stiglmayer, Alexandra (Hg.): Massenvergewaltigung. Krieg gegen Frauen. Frankfurt/Main 1993.
x087	Möller, Horst (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.

x088	Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x096	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Das Jahrbuch Nr. 1. Aktuell 2000. Das Lexikon der Gegenwart von A-Z. 16. Auflage. Dortmund 1999.
x100	Duffy, Christopher: Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945. München 1994.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1948-1949. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x148	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x152	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 10. Bonn 1994.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1995.
x160	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen - unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage. Bonn 1996.

x161	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. 22. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1996.
x163	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas. 29. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1998.
x169	Finkelstein, Norman G.: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden de Juden ausgebeutet wird. München 2002.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x191	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x281	Steingart, Gabor: Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: Es hätte auch anders kommen können. Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x298	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte. 1. aktualisierte Auflage. Braunschweig 1997.
x299	Klett, Ernst (Hg.): Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x305	Axel Springer Verlag (Hg.): 50 Jahre Deutschland. Das deutsch-deutsche Geschichtsbuch von BILD. Hamburg 1999.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: CHARAKTERWÄSCHE. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x308	Naimark, Norman N.: Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x313	Fabian, Frank: Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands. Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: Verraten – verkauft – verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.

x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x338	Fritze, Lothar: Die Moral des Bombenterrors. Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg. München 2007.
x341	Elsässer, Jürgen (Hg.): Zensur in der BRD. Die schwarze Liste der verbotenen Autoren. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 9. Werder (Havel) 2016.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): Heil Hillary! Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verrat am Wähler. Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): Tiefer Staat. Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): Kriegslügen der USA. Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x349	Elsässer, Jürgen (Hg.): Feindbild Familie. Politische Kriegsführung gegen Eltern und Kinder. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2013.
x350	Elsässer, Jürgen (Hg.): Krieg gegen Rußland. Wie die NATO nach Osten marschiert. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 3. Werder (Havel) 2014.
x351	Elsässer, Jürgen (Hg.): Klimawandel. Fakten gegen Hysterie. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 15. Werder (Havel) 2017.
x352	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 1. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 28. September 2019. Oberwil/Schweiz.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x355	Barmettler, André (Hg.): Die hybride Kriegsführung. ExpressZeitung. Ausgabe 31. Februar 2020. Oberwil/Schweiz.

Internet

x800	Bracht, Hans Werner: http://www.deutscherosten.de/BRACHT.htm - 19.04.2011.
x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x851	Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.com/-HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015
x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegsordnung.htm - März 2015.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x854	https://helmutmueller.wordpress.com/2015/09/14/offener-brief-von-generalmajor-gerd-schultze-rhonhof-an-angela-merkel/ - Oktober 2015.
x855	http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/2-offener-brief-von-generalmajor-deshalb-muß-merkel-zum-wohl-des-volkes-zuruecktreten-a1275056.html - Oktober 2015.
x856	http://www.pi-news.net/2015/09/brief-eines-daenen-an-angela-merkel/ - Oktober

	2015.
x857	http://rsv.daten-web.de/Germanien/Die_BRD_ist_kein_Staat_Abhandlung_Prof-_Sojka.html - Oktober 2015.
x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015.
x860	https://www.wsws.org/de/articles/2005/06/mer1-j23.html - Januar 2016.
x869	http://www.bandulet.de/Berichte/zahlmeister.html – Juli 2016.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ – September 2016.
x880	http://horst-koch.de/europa-vatikan-u-die-neue-weltordnung/ - Dezember 2016.
x881	http://horst-koch.de/fluechtlingsstroeme / - Dezember 2016.
x882	http://horst-koch.de/wertezersetzung-familie/ - Dezember 2016.
x884	http://horst-koch.de/europa-schafft-sich-ab/ - Dezember 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x888	http://www.deutsches-reich-heute.de/html/index2.php?http://www.deutsches-reich-heute.de/html/gesetze/ueberleitung.htm
x890	https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018
x891	http://gedichte.xbib.de/Fallersleben_gedicht_Das+Lied+der+Freiheit.htm - Januar 2018
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&viev=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info … - Februar 2018
x894	http://www.kath.net/news/36278 - Februar 2018
x895	http://www.pi-news.net/2012/08/die-wahre-geschichte-von-mohammed-teil-1/ - Februar 2018
x896	http://www.pi-news.net/2012/08/die-wahre-geschichte-von-mohammed-teil-2/ - Februar 2018
x897	http://www.pi-news.net/2012/08/die-wahre-geschichte-von-mohammed-teil-3/ - Februar 2018
x900	http://www.liebe-zu-deutschland.de/Deutschland.htm - August 2018
x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergründe-der-europäischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x910	https://horst-koch.de/die-fm-und-jesus-christus/ - April 2019
x913	https://horst-koch.de/sodom-und-gomorrah-heute/ - April 2019
x914	https://horst-koch.de/freiheit-gleichheit-bruederlichkeit/ - April 2019
x915	https://horst-koch.de/tempel-der-freimaurer-lerich/ - April 2019
x916	https://ostmaerker.files.wordpress.com/2012/02/m-spanehl-die-zerstc3b6rung-der-deutschen-volksidentitc3a4t.pdf - April 2019
x917	https://horst-koch.de/griff-des-islam-nach-europa/ - April 2019
x918	https://horst-koch.de/kopftuch-als-uniform/ - April 2019
x922	https://de.wikipedia.org/wiki/Benjamin_Freedman - April 2019
x932	http://www.horst-koch.de/deutschland-519/merkel-betreibt-aufloesung-deutschlands.html – Juli 2019
x935	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/11/18/das-verhaengnis-der-politischen-parteien/ – Juli 2019
x936	https://www.magazin2000plus.de/index.php/magazine/extra/extra-11-detail – Juli 2019

x938	http://www.gottliebtuns.com/round_table_cfr_3.htm – Juli 2019
x939	https://horst-koch.de/christentumnwo-thuerkauf/ – Juli 2019
x944	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/08/29/die-geheime-macht-elite-hinter-dem-anglo-amerikanischen-imperialismus/ – November 2019
x945	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/09/12/wie-die-geheimgesellschaft-skull-bones-die-schaltstellen-der-usa-besetzt/ – November 2019
x946	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschafts-instrument/ – November 2019
x947	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/06/29/islam-und-gewalt-gehort-der-islamismus-zum-islam/ – November 2019
x953	https://kritisches-netzwerk.de/forum/luegen-die-medien-propaganda-rudeljournalismus-und-der-kampf-um-die-oeffentliche-meinung – November 2019
x958	https://horst-koch.de/minarette/ – November 2019
x964	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/09/29/die-deutsche-obrigkeitshoerigkeit-und-ihr-ursprung/ – November 2019
x965	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/08/17/gezielte-verharmlosung-des-islam/ – November 2019
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ – November 2019
x969	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/10/07/volk-oder-bevoelkerung-von-den-quellen-der-deutschen-kultur/ – November 2019
x977	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreisssaal-der-eu/#more-4262 – September 2020

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014

Reichsadler: Nach der Kaiserkrönung Karls des Großen (800) wurde der römische Legionsadler zum Wappentier des Fränkischen Reiches, denn der deutsche Kaiser betrachtete sich als Nachfolger des Weströmischen Reiches.
Das Heilige Römische Reich (962-1806), das Deutsche Reich (ab 1871) und die Bundesrepublik Deutschland (seit 1949) übernahmen den Reichsadler bzw. Bundesadler als deutsches Staatssymbol.